

BERNHARD SCHWERTFEGER

Die  
Diplomatischen  
Akten des  
Auswärtigen Amtes  
1871 - 1914

---

*Ein Wegweiser durch das große  
Aktenwerk der Deutschen Regierung*

---

*Zweiter Teil:  
Der Neue Kurs*



---

Deutsche Verlagsgesellschaft für  
Politik und Geschichte m.b.H.

B E R L I N

L



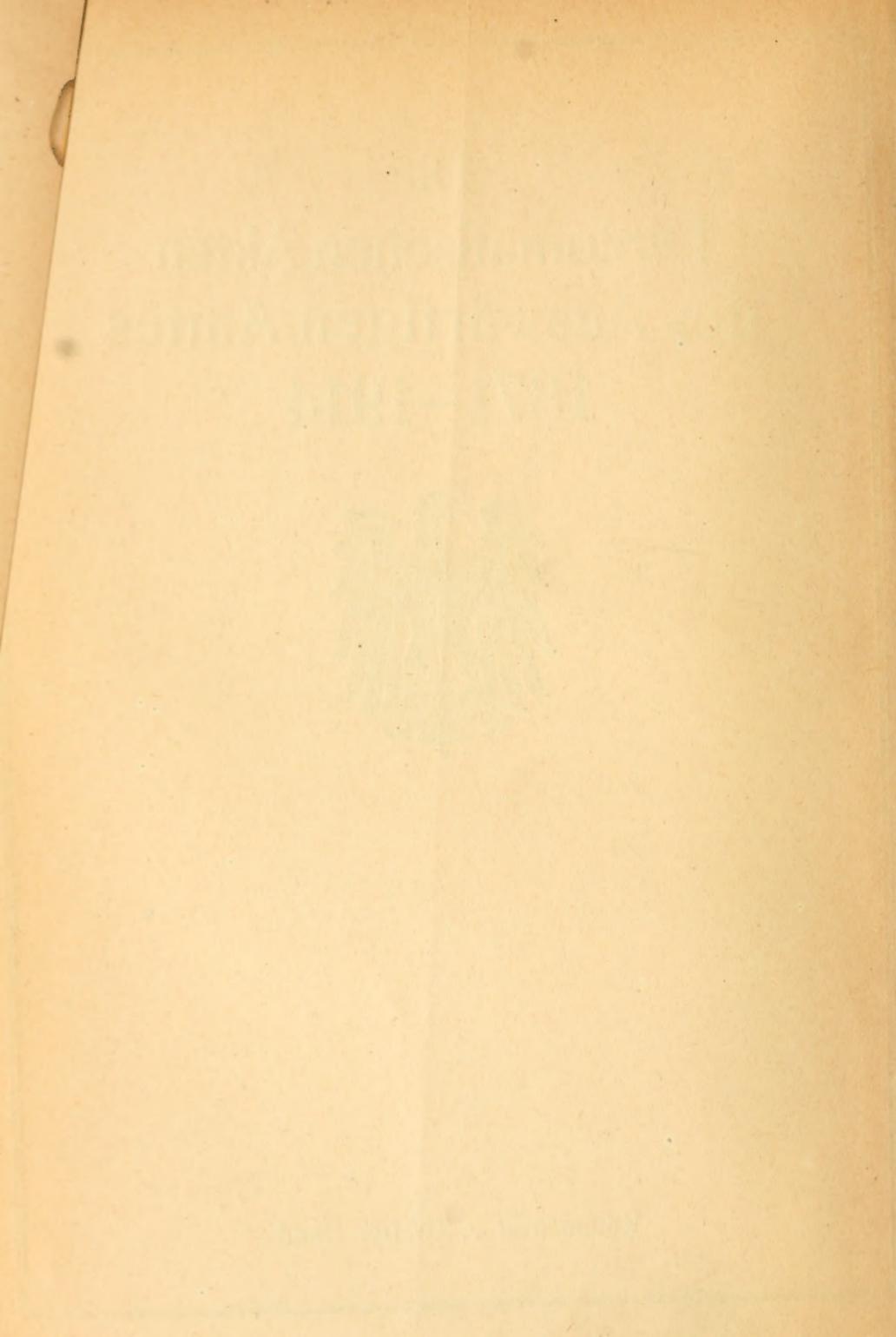




Die  
Diplomatischen Akten  
des Auswärtigen Amtes  
1871–1914



Kommentar / Zweiter Band





# Die Diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes 1871–1914

Ein Wegweiser durch das große  
Aktenwerk der Deutschen Regierung

von

BERNHARD SCHWERTFEGER

1 9 2 4

---

DEUTSCHE VERLAGSGESELLSCHAFT FÜR POLITIK  
UND GESCHICHTE M. B. H. IN BERLIN W 8

Zweiter Teil

# Der Neue Kurs 1890—1899

(Band VII—XII)

224428  
10. 8. 28

1 9 2 4

---

DEUTSCHE VERLAGSGESELLSCHAFT FÜR POLITIK  
UND GESCHICHTE M. B. H. IN BERLIN W 8



## 1. Auflage

Alle Rechte, besonders das der Übersetzung, vorbehalten / Für Rußland auf Grund der deutsch-russischen Übereinkunft / Amerikanisches Copyright 1924 by Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte m. b. H. in Berlin W 8, Unter den Linden 17/18 / Amerikanische Schutzzollformel: Made in Germany / Gesetz und gedruckt in der Buchdruckerei F. E. Haag in Melle i. H.

---

## Zur Einführung

Für die Bearbeitung des zweiten Bandes des „Wegweisers“ sind die gleichen Grundsätze bestimmend gewesen, die mich bei der Abfassung des ersten Teiles geleitet haben. Eine große Zahl mir zugegangener beifälliger Urteile hat meine Auffassung bestätigt, daß ein derartiges Hilfswerk für das Studium der so ungeheuer umfangreichen Aktenmasse ein unabweisliches Bedürfnis ist, und diese Überzeugung hat mir zu einer Zusammenfassung von über 2600 Seiten diplomatischer Aktenstücke den Mut gegeben.

Als wesentliche Ergänzung des „Wegweisers“ betrachte ich die synchronistische Zusammenstellung der Aktenstücke nach ihren Abfassungsdaten und nach den Nummern, unter denen sie im Aktenwerk erscheinen. Die von den Herausgebern der diplomatischen Aktenstücke gewählte Anordnung, sie nach sachlichen Gesichtspunkten zu gruppieren und unter gemeinsamen Kapitelüberschriften zusammenzufassen, hat leider zur unvermeidlichen Folge gehabt, daß viele Dokumente, besonders die umfangreicheren, geteilt worden sind und nun unter verschiedenen Kapiteln erscheinen. Für den Leser der Dokumente, der sich an die geschichtliche Reihenfolge halten möchte, ist es vielleicht noch störender, daß er bei neuen Kapiteln häufig um Monate, wenn nicht Jahre, zurückgehen muß, da sich die nach bestimmten Gruppen eingeteilten Kapitel zeitlich oft überschneiden. Durch die synchronistische Zusammenstellung, die ich auch für den ersten Band des „Wegweisers“ nachträglich beifüge, wird es möglich, für jeden einzelnen Tag, an dem eine Berichterstattung oder Willensäußerung deutscherseits vorliegt, festzustellen, wie die ganze Summe der Deutschland berührenden Fragen sich an diesem Tage dargestellt hat. Ich hoffe, mit dieser Anordnung einen Wunsch derjenigen erfüllt zu haben, die das ganze Aktenwerk oder wenigstens den „Wegweiser“ am liebsten völlig chronologisch angeordnet gesehen hätten. Zu einer derartigen Bearbeitung durfte ich aber nicht greifen, da ich dadurch den „Wegweiser“ seines ihm zgedachten Charakters entkleidet haben würde, einen zuverlässigen Wegführer durch das Aktenwerk gerade in seiner nun einmal vorliegenden Form zu bilden. Durch die synchronistische Zusammenstellung wird es möglich, Werke, die auf dem Studium der Akten des Auswärtigen Amtes beruhen, aber nicht der

Anordnung des großen Aktenwerkes folgen, wie z. B. die wertvolle Zusammenfassung von Erich Brandenburg „Von Bismarck zum Weltkrieg“<sup>1)</sup>, in Beziehung zu der großen Publikation zu bringen.

Auch im vorliegenden Bande habe ich die fremdsprachigen Dokumente verdeutscht, obwohl ich von einer Seite darauf aufmerksam gemacht worden bin, daß es für diejenigen, die sich überhaupt mit dem Studium diplomatischer Akten befassen, einer solchen Übersetzung nicht bedürfe. Ich kann dieser Auffassung nicht beipflichten, da es im Interesse der möglichst weiten Verbreitung gerade dieser für die ganze deutsche Welt bestimmten Aktenstücke darauf ankommen dürfte, den Kreis des in Betracht kommenden Publikums nicht gar zu eng zu ziehen. Was es aber mit der Fähigkeit des deutschen Leserpublikums auf sich hat, fremdsprachige Dokumente einigermaßen zuverlässig und ohne allzu große Mühe in sich aufzunehmen, davon habe ich auf Grund meiner Erfahrungen bei der Herausgabe der belgischen Dokumente „Zur europäischen Politik“, die leider bei ihrem ersten Erscheinen<sup>2)</sup> der deutschen Übersetzungen entraten mußte, eine nur geringe Meinung.

Von einer Seite bin ich darauf hingewiesen worden, daß ein Teil der im ersten Bande des „Wegweisers“ von mir übersetzten Dokumente, und zwar des Briefwechsels zwischen Kaiser Wilhelm I. und dem Zaren Alexander II., schon verdeutscht vorlag, und zwar in dem von Horst Kohl bearbeiteten „Wegweiser durch Bismarcks Gedanken und Erinnerungen“<sup>3)</sup>. Diese Tatsache war mir nicht bekannt gewesen, als ich die in Frage kommenden Briefe meinerseits übersetzte, und es fehlte auch in der amtlichen Ausgabe der Dokumente ein Hinweis darauf, daß diese Stücke schon irgendwo veröffentlicht waren. Nachdem ich von den durch Horst Kohl veröffentlichten Übersetzungen Kenntnis nehmen konnte, habe ich es nicht mehr bedauert, die Übersetzung selbst vorgenommen zu haben<sup>4)</sup>. Kleinere fremdsprachige

1) Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte, Berlin W 8, 1924.

2) Binnen kurzem erscheinen sie nunmehr nebst deutscher Übersetzung im Verlage der großen Aktenpublikation des Auswärtigen Amtes und des vorliegenden Wegweisers.

3) G. J. Göschen'sche Verlagshandlung, 1899.

4) Der Brief des Zaren Alexander vom 3./15. August 1879, der im Band III, S. 14/16, des Aktenwerkes enthalten ist — vgl. Wegweiser Band 1, S. 249/250 —, lautet im ersten Absatz der von Horst Kohl gegebenen Übersetzung:

„Lieber Oheim und Freund!

Es liegt mir am Herzen, Dir noch schriftlich für Deinen gütigen Brief vom 27. Juli zu danken, ebenso Augusta, für die Sendung, Eurerseits an beide, der entzückenden Denkmünze zur Erinnerung an Eure goldene Hochzeit, der beizuwohnen mir leider die Umstände nicht erlaubt haben, wie ich mir ein Fest daraus machte.“

Teile innerhalb der Berichte habe ich meist in der textlichen Darstellung des „Wegweisers“ deutsch wiedergegeben, soweit es mir angezeigt schien.

Noch ein Wort über die verschiedene Behandlungsart, zu der ich mich den einzelnen Kapiteln gegenüber veranlaßt sah. Der Leser wird es mir, wie ich hoffe, nicht verargen, wenn ich bei solchen Epochen, die der deutschen Politik keinen unmittelbaren Anlaß zum Eingreifen boten, mich auf eine kurze Vorlage der in Betracht kommenden Aktenstücke beschränkt habe. Andere geschichtliche Entwicklungsreihen, bei denen man die deutsche Politik im Vordergrund des Weltinteresses erblickt, oder in denen jedenfalls ein wesentliches deutsches Interesse an dem geschichtlich-politischen Ablauf zum Ausdruck kommt, habe ich in etwas größerer Breite unter möglichst naher Anlehnung an die Sprache der Dokumente darstellen zu sollen geglaubt.

Bad Pyrmont, 26. Juni 1924

Bernhard Schwertfeger

## Druckfehlerverzeichnis zum ersten Bande des vorliegenden Werkes

- S. 192, Z. 7 v. o. lies „März“ statt „Herbste“.
- S. 215 am Schluß des 3. Absatzes v. o. setze hinzu: „vorhaben, erst vollkommen erholen können“ und streiche die 3. Zeile v. o. des 4. Absatzes.
- S. 277 unter Artikel II, 2. Absatz, 5. Zeile v. o. lies „ihrerseits“ statt „ihres Anteils“.
- S. 277 unter Artikel II, 2. Absatz, 7. Zeile v. o. lies „das auf dem Grundsatz“ statt „der auf dem Grundsatz“.
- S. 277 unter Artikel III, Zeile 2 v. o. lies „deren“ statt „derer“.
- S. 315, Nr. 1087, 2. Absatz v. o. lies „kraft des Berliner Vertrages dort erworben hat“.

# Inhalt

1. Die Diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes 1871 bis 1914, Zweiter Teil: Der Neue Kurs 1890—1899. Ein Wegweiser durch die Bände 7—12 des Aktenwerkes der deutschen Regierung (Inhaltsübersicht nachstehend) . . . . .	1
2. Synchronistische Zusammenstellung der Aktenstücke der Bände 7—12 . . . . .	181
3. Übersetzungen der fremdsprachigen Dokumente der Bände 7—12 . . . . .	219
4. Verzeichnis der in den Bänden 7—12 des Aktenwerkes enthaltenen Schriftstücke und der deutschen Übertragungen der fremdsprachigen Dokumente . . . . .	271
5. Synchronistische Zusammenstellung der Aktenstücke der Bände 1—6 (Nachtrag zu Wegweiser Band 1) . . . . .	375

---

## Inhaltsübersicht der Bände VII—XII

### Siebenter Band

#### Die Anfänge des Neuen Kurses

##### I. Der Russische Draht

###### KAPITEL 44

Nichterneuerung des Rückversicherungsvertrages 1890 . . . . .	3
---	---

###### KAPITEL 45

Erneuerung des Dreibund-Vertrags. Erste Versuche Frankreichs, Italien vom Dreibunde abzusprennen 1891 . . . . .	9
---	---

###### Anhänge:

A. Aufmarsch- und Rüstungsfragen im Dreibund 1891—1892 . . . . .	12
B. Der erneuerte Dreibund und das Italienisch-Französische Verhältnis 1893—1895 . . . . .	13

	KAPITEL 46	
Erneuerung des Rumänischen Vertrages 1892 . . . . .		17
	KAPITEL 47	
Französisch-Russischer Zweibund 1890—1894 . . . . .		19
	KAPITEL 48	
Deutsch-Französische Beziehungen 1890—1894 . . . . .		28
	KAPITEL 49	
Der Draht nach Rußland 1890—1892.		
A. Äußere Politik . . . . .		36
B. Handelspolitische Beziehungen . . . . .		38
	KAPITEL 50	
Der Draht nach Rußland 1892—1894.		
A. Äußere Politik . . . . .		39
B. Handelspolitische Beziehungen . . . . .		42

---

## Achter Band

### Die Anfänge des neuen Kurses

#### II. Die Stellung Englands zwischen den Mächten

	KAPITEL 51	
Erster Annäherungsversuch Deutschlands: Der Helgoland-Sansibarvertrag. Französische Gegenwirkung 1890 . . . . .		47
	KAPITEL 52	
Auf dem Wege zur Quadrupelallianz. Der Dreibund und die Entente à trois.		
A. Unter dem Kabinett Salisbury 1890—1892 . . . . .		50
B. Unter den Kabinetten Gladstone und Rosebery 1892—1895 . . . . .		54
	KAPITEL 53	
Die Bedeutung der Mittelmeerfragen für die Gruppierung der Mächte.		
A. Die Ägyptische Frage . . . . .		59
B. Die Tunis- und die Tripolisfrage . . . . .		63
C. Die Marokkofrage . . . . .		68
	KAPITEL 54	
Die Bedeutung der Kolonialfragen für die Gruppierung der Mächte.		
A. England und Italien: Massaua—Kassala—Zeila . . . . .		69
B. England und Deutschland: Samoa—Kongo . . . . .		70

---

## Neunter Band

## Der nahe und der ferne Osten

KAPITEL 55	
Die Bedeutung der Orientfragen für die Gruppierung der Mächte 1890—1895 . . . . .	77
KAPITEL 56	
Der „Armenische Dreibund“. Das Zusammenwirken von England, Rußland und Frankreich 1890—1895 . . . . .	84
KAPITEL 57	
Der „Ostasiatische Dreibund“. Das Zusammenwirken von Deutschland, Rußland und Frankreich 1894—1895 . . . . .	86
KAPITEL 58	
Die Deutsch-Russischen Beziehungen und die Französisch-Russische Allianz 1894—1895 . . . . .	90
KAPITEL 59	
Deutsch-Französische Beziehungen. Der Dreyfus-Prozeß 1894—1895 . . . . .	94

## Zehnter Band

## Das türkische Problem 1895

KAPITEL 60	
Salisburys Aufteilungsplan. Cowes 1895 . . . . .	99
KAPITEL 61	
Salisbury und die Armenische Frage Juli bis Dezember 1895.	
A. Vom Antritt des neuen Kabinetts Salisbury bis zur Annahme des Armenischen Reformplanes Juli bis Oktober 1895 . . . . .	101
B. Das Fiasko des „Armenischen Dreibundes“ . . . . .	102
Anhang: Die Episode von Zeitun . . . . .	106
KAPITEL 62	
Versuche einer Gruppierung der Mächte. Graf Goluchowskis Fiasko 2. Hälfte 1895	
A. Goluchowskis Balkanpolitik . . . . .	106
B. Osterreichs Vorstoß in der Orientfrage und Englands Zurückweichen. Flottendemonstration und Stationärfrage . . . . .	108
C. Versuche einer Aktivierung der Entente à trois . . . . .	109
Anhang: Ein Russisch-Englisches Kondominium in Konstantinopel? . . . . .	111

Elfter Band  
Die Krügerdepesche und das europäische  
Bündnissystem 1896

KAPITEL 63	
Die Krügerdepesche und die Rückwirkung auf das Deutsch-Englische Verhältnis 1896 . . . . .	117
KAPITEL 64	
Kontinentalliga gegen England? 1896 . . . . .	120
KAPITEL 65	
Englands Absage an die Ententé à trois . . . . .	124
KAPITEL 66	
Deutschlands Absage an Österreichs Dreibundaspirationen . . . . .	125
KAPITEL 67	
Die Ägyptische Frage und die Mächte. Französisch-Englische Annäherungsversuche und ihr Scheitern . . . . .	128
KAPITEL 68	
Italiens Afrikanöte und die Mächte . . . . .	133
KAPITEL 69	
Stillschweigende Erneuerung des Dreibundvertrags 1896. . . . .	137
Anhänge:	
A. Der Dreibund und das Italienisch-Französische Verhältnis 1896.	139
B. Die Verlängerung des Rumänischen Vertrags 1896—1899 . . . . .	140
C. Sturdzas Berliner Mission 1896—1897 . . . . .	140
KAPITEL 70	
Deutsch-Französische Beziehungen. Ein Annäherungsversuch Hanotaux'? . . . . .	141
KAPITEL 71	
Die Deutsch-Russische Freundschaft und die Französisch-Russische Allianz. Zarenbesuche in Deutschland und Frankreich . . . . .	142

Zwölfter Band

Erste Hälfte

Alte und neue Balkanhändel 1896—1899

KAPITEL 72	
Ein Vorspiel der Reformfrage 1896 . . . . .	151

KAPITEL 73	
Die Armenische Frage und die Mächte 1896 . . . . .	151
KAPITEL 74	
Die Meerengenfrage und die Mächte 1896—1897 . . . . .	153
KAPITEL 75	
Das Ende der Bulgarischen Frage. Der Dreibund und die Anerkennung Fürst Ferdinands 1896 . . . . .	155
KAPITEL 76	
Die Mazedonische Gefahr 1896 . . . . .	157
KAPITEL 77	
Die Kretensischen Wirren und die Mächte 1896 . . . . .	160
KAPITEL 78	
Das Europäische Konzert und die Reformfrage. Die Konstantinopeler Bot- schafterkonferenzen 1896—1897 . . . . .	161
KAPITEL 79	
Deutsch-Österreichisch-Russische Erörterungen über das Balkanproblem. Das Österreichisch-Russische Balkanabkommen 1897 . . . . .	163

---

## Zwölfter Band

### Zweite Hälfte

#### Alte und neue Balkanhändel 1896—1899

KAPITEL 80	
Der Griechisch-Türkische Krieg 1897 . . . . .	167
KAPITEL 81	
Die Kretafrage 1898. Dissonanzen im Europäischen Konzert . . . . .	172
KAPITEL 82	
Die Mazedonische Reformfrage 1898—1899 . . . . .	175
KAPITEL 83	
Deutschlands Einfluß am Goldenen Horn 1898—1899 . . . . .	175
Anhang:	
Die Orientreise Kaiser Wilhelms und die Protektoratsfrage 1898 bis 1899	178

---



Die Anfänge des Neuen Kurses

I

Der Russische Draht

Der siebente Band des Aktenwerkes

---

# Inhaltsübersicht

des 7. Bandes

## KAPITEL 44

Nichternewerung des Rückversicherungsvertrages 1890. Dokumente Nr. 1366—1392 . . . . .	3
--	---

## KAPITEL 45

Erneuerung des Dreibund-Vertrags. Erste Versuche Frankreichs, Italien vom Dreibund abzusprengen 1891. Dokumente Nr. 1393—1430 . . . . .	9
---	---

Anhänge:

A. Aufmarsch- und Rüstungsfragen im Dreibund 1891—1892. Dokumente Nr. 1431—1441 . . . . .	12
B. Der erneuerte Dreibund und das Italienisch-Französische Verhältnis 1893—1895. Dokumente Nr. 1442—1463 . . . . .	13

## KAPITEL 46

Erneuerung des Rumänischen Vertrages 1892. Dokumente Nr. 1464—1488 .	17
--	----

## KAPITEL 47

Französisch-Russischer Zweibund 1890—1894. Dokumente Nr. 1489—1538 .	19
--	----

## KAPITEL 48

Deutsch-Französische Beziehungen 1890—1894. Dokumente Nr. 1539—1608 .	28
---	----

## KAPITEL 49

Der Draht nach Rußland 1890—1892.	
A. Äußere Politik. Dokumente Nr. 1609—1625 . . . . .	36
B. Handelspolitische Beziehungen. Dokumente Nr. 1626—1634 . . . . .	38

## KAPITEL 50

Der Draht nach Rußland 1892—1894.	
A. Äußere Politik. Dokumente Nr. 1635—1660 . . . . .	39
B. Handelspolitische Beziehungen. Dokumente Nr. 1661—1671 . . . . .	42

---

## Kapitel 44

### Nichterneuerung des Rückversicherungsvertrages<sup>1)</sup> 1890

Am 19. März 1890 abends teilte der russische Botschafter in Berlin, Graf Schuwalow, dem Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Grafen Herbert v. Bismarck, mit, er sei vom Zaren ermächtigt, den im Juni 1890 ablaufenden geheimen russisch-deutschen Vertrag auf sechs Jahre zu verlängern, „und zwar in der Absicht, diese Abmachung nunmehr als eine dauernde anzusehen“. Er habe gleich am Tage seiner Rückkehr von Petersburg, am 17. März, sofort den Fürsten Bismarck aufgesucht, um ihm diese Eröffnung zu machen, dabei aber von dem bevorstehenden Rücktritte des Fürsten erfahren und seine Anerbietungen daraufhin zurückgezogen. Bei der Entlassung des Fürsten würde der Zar auf die Verlängerung des Geheimvertrages verzichten, „da eine so geheime Angelegenheit mit einem neuen Reichskanzler nicht verhandelt werden könne“.

<sup>1)</sup> Über die Bedeutung des Rückversicherungsvertrages ist auf Grund der Aktenpublikation des Auswärtigen Amtes bereits eine umfangreiche Literatur entstanden. Am ausführlichsten setzt sich mit dieser Frage Felix Rachfahl in seinem großen Werke „Deutschland und die Weltpolitik 1871—1914“, Band I: Die Bismarck'sche 'Aera' (Stuttgart 1923, Ernst Heinrich Moritz (Inh. Franz Mittelbach), auseinander. Ferner nenne ich: Erich Brandenburg, „Von Bismarck zum Weltkriege. Die deutsche Politik in den Jahrzehnten vor dem Kriege“. Dargestellt auf Grund der 'Akten des Auswärtigen Amtes. 1924, Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte, Berlin W 8; Dr. Otto Becker, „Bismarcks Bündnispolitik“, Erster Teil: Bismarck und die Einkreisung Deutschlands. Berlin, Carl Heymanns Verlag 1923; Hans Rothfels, „Bismarcks englische Bündnispolitik“, Deutsche Verlags-Anstalt Stuttgart, Berlin und Leipzig 1924; Veit Valentini, „Bismarcks Außenpolitik von 1871—1890, Eine Übersicht über die sechs ersten Bände der diplomatischen Akten des 'Auswärtigen Amtes“, Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte, Berlin W 8, 1922; Dr. Adalbert Wahl, „Zwischen den Kriegen“, Sechs Vorträge über die auswärtige Politik der Großmächte von 1871 bis 1914, Oslander'sche Buchhandlung, Tübingen 1923; Heinrich Otto Meisner, „Bismarcks Bündnispolitik 1871—1890“, Preußische Jahrbücher, Dezemberheft 1922; Heinz Trützschler von Falkenstein, „Bismarck und die Kriegsgefahr des Jahres 1887“, dargestellt auf Grund der Bände III—VI der großen Aktenpublikation des Auswärtigen Amtes und mit Benutzung unveröffentlichter Akten des Auswärtigen Amtes und des Reichsarchivs, Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte, Berlin W 8, 1924. Vergleiche schließlich noch Felix Rachfahl, „Die Umwälzung der neuesten Geschichtsschreibung durch die letzten Quellen der Bismarckzeit“. (Erstes Heft der Einzelschriften zur Politik und Geschichte, Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte, Berlin W 8, 1923.)

Nr. 1373  
Anl.

Diese dem Kaiser Wilhelm II. durch den Grafen Herbert v. Bismarck gemachte Meldung stimmt mit dem vom Grafen Schuwalow nach Petersburg über diese Unterredung erstatteten Berichte nicht überein. Graf Schuwalow hatte nur erklärt, angesichts der bevorstehenden Entlassung des Fürsten Bismarck erst Weisungen von seiner Regierung einholen zu müssen. Am 20. März ließ Kaiser Wilhelm II. ihn bitten, zu ihm zu kommen, und teilte ihm mit, daß er sich in der traurigen Notwendigkeit befinde, sich vom Kanzler zu trennen. Er habe nicht geglaubt, daß dieser Augenblick so nahe wäre, aber der Fürst leide seit einigen Wochen an einer derartigen Überreizung der Nerven, daß man in jedem Augenblick auf eine schwere Erkrankung gefaßt sein müsse. Abgesehen von einigen Meinungsverschiedenheiten in der inneren Politik beständen für diese Trennung keine politischen Gründe; nur aus Gesundheitsrücksichten gebe ihm der Kaiser seine Freiheit. In den Beziehungen zu Rußland solle nichts geändert werden; „die Politik, die der Kanzler gemacht hat, war nicht die seinige, es war diejenige meines Großvaters und es ist die meinige“. Dem Zaren ließ der Kaiser durch Schuwalow mitteilen, er sei ganz bereit, auf seine Gedankengänge einzugehen. „Ich weiß“, hatte der Kaiser dem Botschafter gesagt, „daß man sich mit den militärischen Konferenzen beschäftigt, zu denen ich meine kommandierenden Generale der Armeekorps zusammenberufen habe; abgesehen von einigen Organisationsänderungen handelt es sich dabei nur um Maßregeln für den Fall von Unordnungen, die sich aus der Erregung der Arbeiterklasse in einigen Distrikten ergeben könnten. Bei meiner Thronbesteigung hat man das Gerücht verbreitet, ich sei kriegerisch und strebe nach militärischem Ruhme; damit ist es nichts. Ich will nur den Frieden außen und Ordnung im Innern.“ Diesen Gedanken machte sich der Zar völlig zu eigen und ließ dem Grafen Schuwalow sofort telegraphisch mitteilen, er sei bereit, die Verhandlung zum Abschluß zu bringen. Eine sofortige Mitteilung dieses Zarenwunsches an den Kaiser scheint nicht erfolgt zu sein. In einem zweiten, am 20. März 1890 an den Kaiser gerichteten Schreiben, betont vielmehr Graf Herbert v. Bismarck nochmals, Schuwalow habe ihm mitgeteilt, daß russischerseits auf eine Verlängerung des Vertrages verzichtet werde, nachdem Fürst Bismarck aus seinen Ämtern entlassen sei. Der Kaiser versah diese Stelle des an ihn gerichteten Schreibens mit der Frage „Warum?“

Nr. 1367

In Berlin begannen nunmehr Verhandlungen über den Rückversicherungsvertrag, zu denen auch der Botschafter v. Schweinitz aus Petersburg herangezogen wurde. Dieser sprach sich anfangs zugunsten einer Verlängerung aus. Es gelang jedoch dem Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amte, Grafen v. Berchem, und dem Vortragenden Rate v. Holstein, ihn umzustimmen.

Welche Gründe damals gegen die Erneuerung des Vertrages

geltend gemacht worden sind, erhellt aus einer ausführlichen Aufzeichnung des Grafen v. Berchem vom 25. März 1890. Seiner Meinung nach kam es darauf an, eine ruhige, klare und loyale Politik zu führen, um die Errungenschaften der letzten 26 Jahre festzuhalten. Im Rückversicherungsvertrage sah er ein gefährliches diplomatisches Wagnis und verglich ihn mit dem Westminstervertrage Friedrichs des Großen, durch den er den Siebenjährigen Krieg und seine Isolierung heraufbeschworen habe. Er empfahl daher, „die durch russische Initiative gegebene Gelegenheit, von der Abrede zurückzutreten, nicht unbenützt zu lassen“; es müsse dies in der freundschaftlichsten Weise geschehen. Nr. 1368

Am 27. März hielten der Reichskanzler v. Caprivi und der Botschafter General von Schweinitz dem Kaiser über diese wichtige Frage Vortrag. Übereinstimmend vertraten sie die Ansicht, daß die Festsetzungen des Vertrages weniger ihrem Wortlaute als ihrem Sinne nach mit dem Dreibunde, mit dem rumänischen Vertrage und mit der deutscherseits auf England geübten Einwirkung nicht wohl in Einklang zu bringen seien. Das Bekanntwerden des Vertrages, das immerhin möglich sei, gefährde den Dreibund und sei geeignet, England von Deutschland abzuwenden. Der Kaiser beschloß hierauf, durch den Botschafter v. Schweinitz nach seiner Rückkehr auf seinen Posten in Petersburg an geeigneter Stelle aussprechen zu lassen, „wie diesseits der bestimmte Wille vorliege, nach wie vor die besten Beziehungen zu Rußland zu unterhalten, wie aber in dem Personenwechsel, der sich in Deutschland gegenwärtig vollzogen, und der uns das Bestreben nahelege, fürs erste uns ruhig zu verhalten und in keinerlei weitgehende Verhandlungen einzutreten, der Grund liege, weshalb wir für geratener hielten, von einer Erneuerung des Vertrages abzustehen.“ Bei der Nichterneuerung des Rückversicherungsvertrages ist offenbar der Vortragende Rat v. Holstein die treibende Kraft gewesen. Nr. 1369

Ende März kehrte Botschafter v. Schweinitz nach Petersburg zurück. Bald darauf, am Abend des 31. März, besuchte er den Außenminister v. Giers und fand ihn noch unter dem günstigen Eindrucke, den der Bericht des Grafen Schuwalow <sup>1)</sup> über seine Audienz beim Deutschen Kaiser hervorgerufen hatte. Nur allmählich konnte er Herrn v. Giers zu verstehen geben, daß die deutsche Regierung nicht beabsichtige, den am 18. Juni ablaufenden Vertrag zu erneuern. Giers war darüber äußerst betroffen, da Rußland, ohne jedes Abkommen mit Deutschland oder mit irgendeiner anderen Macht, ganz allein stehen werde. Er wollte die Hoffnung nicht aufgeben, daß irgendeine andere schriftliche Abmachung möglich sei. Als der Zar am 3. April den Botschafter v. Schweinitz empfing, äußerte er sich Nr. 1370

Nr. 1373  
Anl.

<sup>1)</sup> Deutscher Wortlaut siehe S. 221.

allerdings befriedigt und in dem Sinne, daß er die Nachricht ohne  
 Nr. 1370 Befremden hingenommen habe. „Des eigenen ehrlichen Willens fest  
 bewußt und ohne Mißtrauen gegen uns, fühlt dieser Monarch kein  
 Bedürfnis nach schriftlichen Abmachungen,“ berichtete Schweinitz am  
 Nr. 1371 3. April dem Reichskanzler v. Caprivi. In einem an den Kaiser ge-  
 richteten Telegramm vom 3. April berichtete Schweinitz über seine  
 Audienz noch weiter, daß der Zar sein festes Vertrauen bekundet  
 habe, Deutschland und Rußland würden gut zusammenhalten. Hoffent-  
 lich werde Caprivi nicht wie Graf Waldersee den Krieg wünschen  
 und herbeizuführen suchen. Schweinitz hatte dem Zaren erwidert,  
 daß General Caprivi, obwohl er ohne Zweifel berufen sei, im Kriegs-  
 falle eine hervorragende Rolle zu spielen, doch nur der politischen Not-  
 wendigkeit, nicht eigener Neigung oder Voreingenommenheit folgend  
 zum Kriege raten würde. Der Zar erwiderte ihm, wenn Caprivi sich  
 das viermal überlege, werde alles in Ordnung sein.

Herr v. Giers hielt trotz aller ihm gemachten Mitteilungen immer  
 noch an der Hoffnung fest, daß irgendein Notenaustausch oder  
 vielleicht ein Briefwechsel zwischen den Monarchen an die Stelle des  
 bisherigen Vertrages treten könne. Schweinitz konnte demgegenüber  
 Nr. 1372 sich nur zurückhaltend und zuhörend verhalten, wie er am 15. Mai be-  
 richtete. Giers las ihm bei einem Besuche am 14. Mai das Telegramm  
 vor, das Graf Schuwalow am 21. März über seine Audienz bei  
 Nr. 1373 Kaiser Wilhelm II. nach Petersburg gerichtet hatte. „Ich halte es  
 nebst Anl. nicht für ratsam,“ schrieb Schweinitz an den Kanzler, „die Hand,  
 welche der Zar nochmals ausstreckt, zurückzustoßen; dagegen scheint  
 es mir wohl möglich, in Anbetracht der herabgeminderten Ansprüche  
 Rußlands etwas Schriftliches zu vereinbaren, welches, selbst wenn es  
 einmal bekannt werden sollte, nicht gegen uns verwertet werden  
 könnte, und uns doch die Neutralität Rußlands mindestens für die  
 ersten Wochen eines französischen Angriffskrieges sichern würde.“ Er  
 fragte daher, ob er auf die erneute Anregung des Herrn v. Giers ein-  
 gehen solle; hierüber bitte er eine Entscheidung des Kaisers einzu-  
 holen.

In Berlin wurde daraufhin die Frage nochmals erörtert. Eine Auf-  
 zeichnung Holsteins vom 20. Mai 1890 zeigt, daß hauptsächlich er ein  
 Nr. 1374 Gegner der Verlängerung des Vertrages gewesen ist. Aber auch  
 Nr. 1375 der neue Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Frhr. v. Marschall,  
 trat ihm bei. Für ihn war der entscheidende Punkt, daß Deutschland  
 durch jede geheime Abmachung mit Rußland letzterem eine Waffe  
 in die Hand gab, um in wirksamer Weise Mißtrauen bei seinen Ver-  
 bündeten zu erwecken, während Rußland aus der Tatsache einer  
 deutscherseits seinen Verbündeten geheimzuhaltenden Abmachung die  
 Zuversicht schöpfen konnte, der Dreibund besitze nicht das Maß  
 innerer Festigkeit, um gegebenenfalls einheitlich zu handeln.

Nr. 1376 Auch der Vortragende Rat im Auswärtigen Amte v. Kiderlen war

ein Gegner der Vertragsverlängerung, da er eine Verstimmung in London befürchtete, falls dort irgend etwas von einem solchen Verträge bekannt würde. Auch unsere Beziehungen zu Italien hob er hervor. Der Vortragende Rat Raschdau fand vor allem, daß der Rückversicherungsvertrag Deutschland zu wenig biete. Er empfahl, die russischen Anregungen nicht ohne weiteres abzuweisen, sondern mit einem gewissen platonischen Entgegenkommen anzuhören.

Nr. 1377

Die weitere Behandlung der Angelegenheit geht aus einer grundlegenden Aufzeichnung des Reichskanzlers v. Caprivi vom 22. Mai 1890 hervor. In dem immer aufs neue betonten Wunsche der russischen Regierung, den Vertrag verlängert zu sehen, glaubte er die Absicht zu erkennen, russischerseits den Dreibund zu sprengen und Italien ebenso wie England gegen Deutschland einzunehmen. Rußland sehe jetzt einen Zustand zu Ende gehen, der ihm Sicherheit gewährte, ohne ihm Opfer aufzuerlegen. Die Gefahr einer anderweitigen Bindung Rußlands schätzte Caprivi nicht hoch ein. Überhaupt legte er auf Bündnisse ganz allgemein weniger Wert und entfernte sich damit grundsätzlich von dem gegen Ende der Kanzlerzeit des Fürsten Bismarck übermäßig künstlich gewordenen Bündnissystem seines Vorgängers. „Was sind denn Bündnisse heutzutage überhaupt wert“, fragte er in seiner Aufzeichnung vom 22. Mai 1890, „wenn sie nicht auf Interessengemeinschaft gegründet sind? Seit die Nationen, ihre Interessen und Stimmungen, in einer soviel wesentlicheren Art als etwa im Siebenjährigen Kriege an Krieg und Frieden beteiligt sind, reduziert sich der Wert einer Allianz von Regierung zu Regierung erheblich, wenn das Bündnis nicht die Stütze in der öffentlichen Meinung findet.“

Nr. 1379

Ein Immediatvortrag beim Kaiser brachte am 23. Mai 1890 die Angelegenheit zum Abschluß. Der Kaiser entschied sich für die Gedankengänge Caprivis, die dem diplomatischen Verkehr mit Rußland in Zukunft zugrunde gelegt werden sollten. In der Antwort an den Botschafter v. Schweinitz sollte auf die „Unmöglichkeit, unserer öffentlichen Meinung gegenüber ein kompliziertes Bündnissystem auch nach dem Ausscheiden des Fürsten Bismarck aufrechtzuerhalten“, hingewiesen werden. In diesem Sinne wurde Schweinitz am 29. Mai angewiesen, die Anerbietungen des russischen Ministers des Äußern „höflich und freundlich, aber definitiv abzulehnen“, ohne daß auf russischer Seite eine Verstimmung zurückbleibe.

Nr. 1378

Nr. 1380

Daß man damals auch außerhalb Berlins über den Rückversicherungsvertrag ähnlich dachte wie Caprivi, beweist ein Privatbrief des deutschen Botschafters in Wien, Prinzen Heinrich VII. Reuß, an den Staatssekretär Frhrn. v. Marschall vom 4. Juni 1890, in dem er seine rückhaltlose Zustimmung zu den ihm mitgeteilten politischen Grundsätzen des Kanzlers aussprach. „Für einen unsicheren halben Verbündeten“, meinte er, „den wir in höflicher Weise abgewiesen haben,

Nr. 1381

gewinnen wir die Sicherheit, daß unsere alten Verbündeten nur um so fester an uns halten werden.“

Nr. 1382 v. Im Petersburger Auswärtigen Amte herrschte Enttäuschung. Herr Giers kam, als Schweinitz ihm seinen Auftrag ausgerichtet hatte, immer wieder auf den Wunsch zurück, daß irgend etwas Schriftliches, sei es auch noch so allgemein gehalten, an die Stelle des abgelaufenen Vertrages treten möge. Schweinitz erinnerte demgegenüber daran, daß ja auch der Kaiser Alexander keinen besonderen Wert auf schriftliche Abmachungen lege.

Nr. 1383 Den Abschluß der Akten über die Nichterneuerung des Rückversicherungsvertrages im Jahre 1890 bildet ein Schreiben des Botschafters in Konstantinopel, v. Radowitz, an den Reichskanzler, in dem dieser gleichfalls diesen Entschluß billigte. Deutschlands jetzige Haltung bilde jedenfalls keine Förderung mehr für die russische Unternehmungslust auf der Balkanhalbinsel oder an den Meerengen und diene dadurch dem Frieden. „Drängt das Moskauer Slawentum trotzdem auf Abenteuer und treibt es zum Kriege, so trifft es auf um so fester gefügte Bündnisse zur Abwehr.“

Nr. 1384 Am 24. Oktober 1896 ließ Bismarck in den „Hamburger Nachrichten“ einen Artikel „Fürst Bismarck und Rußland“ erscheinen, der von geheimen, 1890 nicht erneuerten Abmachungen sprach und im In- und Auslande großes Aufsehen hervorrief. Besonders in Österreich-Ungarn zeigte sich große Erregung in der Presse, die von den Enthüllungen eine Lockerung des Dreibundes befürchtete. Die deutsche Regierung geriet in eine peinliche Verlegenheit. Reichskanzler Fürst Hohenlohe ließ daher im „Reichsanzeiger“ erklären, daß derartige diplomatische Vorgänge ihrer Natur nach zu den strengsten Staatsgeheimnissen gehörten. Die Kaiserliche Regierung müsse daher auf jede Klarstellung verzichten. Kaiser Wilhelm II. wünschte in seiner Empörung über das Verhalten des Fürsten Bismarck sofort ein Telegramm an den Kaiser von Österreich zu senden und darin auszusprechen, daß durch die jetzigen Vorgänge der Kaiser sowohl wie die Welt in dem Verständnis bekräftigt werde, warum der Kaiser 1890 den Fürsten Bismarck entlassen habe. Fürst Hohenlohe wies darauf hin, daß ein solches Telegramm nur chiffriert an den Geschäftsträger in Wien gehen könne, da Deutschlands vertragsmäßige Verpflichtung zur Geheimhaltung heute noch fortbestehe. Dies geschah. Die österreichische Regierung betonte ihr volles Vertrauen zu Deutschland, und Kaiser Franz Joseph richtete in gleichem Sinne ein herzliches Telegramm an den Deutschen Kaiser.

Im November 1896 brachte im Reichstage Graf v. Hompesch eine Interpellation wegen der Nichterneuerung des Rückversicherungsvertrages ein. In Petersburg glaubte man darauf hinweisen zu müssen, daß eine Erklärung der deutschen Regierung im Reichstag über

diesen Geheimvertrag den beklagenswertesten Eindruck machen müsse<sup>1)</sup>. Nr. 1389  
 Staatssekretär Frhr. v. Marschall erwiderte<sup>2)</sup>, durch Bismarcks Haltung, Nr. 1390  
 der seinerzeit selbst den Vertrag unterzeichnet habe, sei die Sachlage  
 völlig verändert. Nunmehr müsse die Regierung auf eine derartige Inter-  
 pellation antworten, um nicht den Parteigängern des Fürsten Bismarck  
 das Feld zu überlassen. Die Gründe der Geheimhaltung sollten in der  
 Reichstagsklärung nicht berührt werden. Tatsächlich wurde denn  
 auch die Interpellation am 16. November 1896 durch Hohenlohe und  
 Marschall im Reichstage beantwortet.

Zwei rückblickende Aufzeichnungen vom Juni 1904, die sich mit  
 dem Anteil des Grafen v. Berchem und des Vortragenden Rats v. Nr. 1391,  
 Holstein an der Ablehnung des Rückversicherungsvertrages befassen, 1392  
 schließen den bedeutungsvollen Abschnitt ab.

## Kapitel 45

### Erneuerung des Dreibundvertrages

#### Erste Versuche Frankreichs, Italien vom Dreibunde abzusprenge 1891

Im November 1890 weilte Reichskanzler v. Caprivi in Italien Nr. 1393  
 und hatte mehrere Besprechungen mit dem Ministerpräsidenten Crispi, 1394  
 dem damals ein engeres Zusammengehen Italiens mit Spanien sehr am  
 Herzen lag. Caprivi vertrat den Standpunkt, daß für alles, was Italien  
 am Mittelmeer interessiere, die englische Freundschaft die unumgäng- Nr. 1395  
 liche Vorbedingung bilde. Eine günstige Folgeerscheinung des Caprivi-  
 schen Besuches war, daß Italien sich noch enger an Österreich  
 binden zu wollen erklärte. Crispi hatte auch den Wunsch bekundet,  
 den Dreibund erneuert zu sehen. Seine Gedanken über eine Handels- Nr. 1396  
 liga zwischen Deutschland, Italien und Österreich fanden aber in Nr. 1397  
 Berlin und Wien einstweilen kein Echo. Der Gedankenaustausch  
 zwischen dem deutschen Botschafter in Wien und dem Reichskanzler Nr. 1398  
 v. Caprivi zeigt, daß man schon damals dem Gedanken einer Mit-  
 wirkung italienischer Streitkräfte in einem Kriege der Mittelmächte  
 gegen Rußland und Frankreich skeptisch gegenüberstand. Eine vor-  
 zeitige Erneuerung des Dreibundvertrages hielt man in Wien und Nr. 1399,  
 Berlin nicht für angezeigt. 1400

Am 9. Februar 1891 wurde Marquis di Rudini an Stelle Crispis Nr. 1401  
 Ministerpräsident und italienischer Minister des Äußern. Er versprach,  
 die auswärtige Politik Italiens ganz in gleicher Weise fortzusetzen

<sup>1)</sup> Deutscher Wortlaut siehe S. 222.

<sup>2)</sup> Deutscher Wortlaut siehe S. 222.

- wie seine Vorgänger. Das vermochte er bald durch die Tat zu beweisen, als im März — anlässlich des Aufenthalts der Kaiserin Friedrich in Paris im Februar 1891<sup>1)</sup> — die Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland wieder gespanntere geworden waren. In Paris machte man damals verschiedene Versuche, um hinter das Geheimnis des Dreibundes zu kommen. Rudini erklärte indes, er könne nichts anderes tun, als sich auf die Erklärungen zu beziehen, die er über den Charakter des Dreibundes am 14. Februar in der Deputiertenkammer abgegeben habe. Damals hatte er ausgesprochen, Italien werde seinen Bündnissen feste und zuverlässige Treue bewahren und durch seine Haltung zeigen, daß es keine Angriffsabsichten hege; bezüglich seines Verhältnisses zu Frankreich werde es sich bemühen, jede falsche Meinung zu widerlegen. In Deutschland würdigte man diese Haltung des italienischen Außenministers und vertrat den Standpunkt, daß Frankreich offenbar Italien erst vom Dreibunde abzusprenge, dann von England zu trennen und auf diese Weise von sich abhängig zu machen suche. Es lag daher im Interesse der deutschen Politik, daß
- Nr. 1402 England seine Seestreitkräfte im Mittelmeer verstärkte und seine Beziehungen zu Italien pflegte.
- Nr. 1403 Die große Rührigkeit der französischen Diplomatie Italien gegenüber ließ es vom deutschen und österreichischen Standpunkte aus im März 1891 nun doch erwünscht erscheinen, die Verhandlungen über die Erneuerung des Dreibundvertrages zu beginnen, zumal Frankreich auf handelspolitischem Gebiete sich Italien zu nähern suchte. Es machte indes weitere Schritte davon abhängig, daß es den Inhalt des italienisch-deutschen Vertrages kennen lernen wollte. Mindestens
- Nr. 1404 wünschte man in Paris zu wissen, ob Italien Deutschland Beistand zu leisten verpflichtet sei, falls Frankreich bei einem Kriege mit Deutschland Elsaß-Lothringen zurückerobern sollte. Marquis di Rudini erwiderte dem ihn ausfragenden französischen Botschafter Billot, wenn er ihm diese Fragen beantworten wollte, so würde er ihm den Schlüssel zu den Verträgen in die Hand geben; dazu habe er aber weder Lust noch Veranlassung.
- Nr. 1405  
1406
- Nr. 1407 In Italien wünschte man nun einen möglichst baldigen Abschluß des Dreibundvertrages, um etwaigen Machenschaften durch eine vollendete Tatsache zuvorkommen. Der italienische Botschafter in Berlin, Graf de Launay, erhielt in diesem Sinne am 15. April 1891 ausführliche Weisungen, denen ein Vertragsentwurf beigefügt war<sup>2)</sup>.
- Nr. 1410 Der italienische Botschafter in Wien, Graf Nigra, wurde in gleichem Sinne angewiesen. Die eigentlichen Verhandlungen sollten indes in Berlin geführt werden.
- Nr. 1411

1) Vgl. S. 29 ff.

2) Deutscher Wortlaut siehe S. 223 ff., 227 ff.

In Berlin wünschte man nicht, Italien gegenüber größere Verpflichtungen zu übernehmen als bisher. „Ich kann immer nur wiederholen,“ schrieb Reichskanzler v. Caprivi am 23. März 1891, „der militärische Wert von Italiens Bundesgenossenschaft hängt zumeist davon ab, ob England der vierte im Bunde ist und Italien die Sorgen um seine Küsten abnimmt... Ich vermeine also, daß ernstlich danach getrachtet werden muß, Italien im Bündnis zu erhalten, ohne ihm mehr zu geben.“ Militärisch könnten wir Italien immer nur auf eine einzige Weise unterstützen, nämlich durch den Krieg am Rhein. Über Einzelheiten des Vertrages wurde im Verlaufe des April dann noch hin und her gehandelt.

Nr. 1412

Nr. 1413

Nr. 1413—  
1417

Frankreich hatte inzwischen in Rom einen neuen Schritt getan, um die Veröffentlichung des mit Deutschland geschlossenen Vertrages durch persönliche Einwirkung auf den König von Italien zu erreichen. Dieser erwiderte, die Veröffentlichung eines Vertrages könne nur mit Zustimmung beider Kontrahenten geschehen, man möge daher diesem Wunsche auch in Berlin Ausdruck geben. Bezeichnenderweise stellte der französische Außenminister Ribot Mitte April 1891 durch Vermittlung eines Agenten des Hauses Rothschild der italienischen Regierung eine große Geldsumme zur Verfügung, falls Italien in einer schriftlichen Erklärung die Verhältnisse und Bedingungen angebe, unter denen es sich an einem Kriege Deutschlands gegen Frankreich beteiligen werde, wurde aber scharf abgewiesen.

Nr. 1418

Nachdem über einige Artikel des zu schließenden Vertrages Ende April und Anfang Mai 1891 noch verhandelt worden war<sup>1)</sup>, konnte der Staatssekretär Frhr. v. Marschall am 6. Mai melden, daß der Vertrag soeben vom Reichskanzler und den Botschaftern Österreich-Ungarns und Italiens unterzeichnet worden sei. Der neue Vertrag<sup>2)</sup> trat an die Stelle der bisher gültigen drei Verträge, nämlich des Vertrages zu Dreien vom 20. Mai 1882<sup>3)</sup>, bzw. 20. Februar 1887<sup>4)</sup>, sowie des deutsch-italienischen<sup>5)</sup> und des österreich-italienischen Vertrages von demselben Datum. In einem besonderen Protokoll<sup>6)</sup> versprachen sich — gleichfalls am 6. Mai 1891 — die drei Mächte auf wirtschaftlichem Gebiete über die Behandlung als meistbegünstigte Nation hinaus alle Erleichterungen und alle besonderen Vorteile, die mit den Anforderungen eines jeden der drei Staaten und mit ihren wechselseitigen Verpflichtungen gegenüber dritten Mächten vereinbar waren.

Nr. 1419—  
1423

Nr. 1424

Nr. 1426

Nr. 1425

Nr. 1427

1) Deutscher Wortlaut eines am 30. April 1891 überreichten italienischen Vorschlages (Nr. 1420) siehe S. 229.

2) Deutscher Wortlaut siehe S. 229 ff.

3) Deutscher Wortlaut siehe Wegweiser Bd. 1, S. 266.

4) Deutscher Wortlaut siehe Wegweiser Bd. 1, S. 280.

5) Deutscher Wortlaut siehe Wegweiser Bd. 1, S. 280.

6) Deutscher Wortlaut siehe S. 232/233.

Trotz des Wunsches der italienischen Regierung, die Tatsache der Erneuerung der Verträge möge erst in einigen Wochen bekanntgegeben werden, wußte „Daily Telegraph“ schon am 8. Mai 1891 die Unterzeichnung eines neuen Vertrages zu melden. Die deutsche Regierung suchte zu dementieren, erklärte sich aber am 19. Juni damit einverstanden, daß Marquis di Rudini im italienischen Senat den Abschluß des Vertrages bekanntgab. Demgemäß erwiderte Marquis di Rudini dem ihn am 29. Juni im Senat interpellierenden Grafen Taverna, daß „bevor noch die alten Verträge verfallen sein werden, die neuen schon seit lange in Kraft sind, weil in der äußeren Politik keine Unterbrechungen der Fortdauer eintreten dürfen. Unsere fest und aufrichtig aufrechterhaltenen Verträge sichern für lange Zeit den Frieden Europas.“ Das ist in buchstäblichstem Sinne wahr geworden!

## Anhang A

### Aufmarsch- und Rüstungsfragen im Dreibund 1891—1892

In den Jahren, die dem Abschlusse des französisch-russischen Zweibundes vorausgingen, hat seitens der französischen Politik immer das Bestreben vorgewaltet, die anfangs nur diplomatische und wirtschaftliche Übereinstimmung zu festen militärischen Verabredungen und Aufmarschplänen auszugestalten, die ihrer Natur nach nur gegen die Dreibundmächte gerichtet sein konnten. Demgegenüber hat Deutschland allen gegenteiligen Behauptungen zum Trotz niemals den Versuch gemacht, Italien zu besonderen militärischen Abmachungen zu veranlassen oder einen Druck im Sinne einer Verstärkung der militärischen Rüstungen Italiens auszuüben.

Im Juni 1891 wurde über Wien der Wunsch der Italiener bekannt, daß mit dem Truppentransport über die Alpen im Falle eines Krieges gegen Frankreich<sup>1)</sup> früher begonnen werden möge, als es bisher vorgesehen war. Deutscherseits entsprach man diesem Wunsche. Wie wenig man aber in Deutschland daran dachte, den Abschluß des Dreibundes zu kriegerischen Unternehmungen auszunutzen, zeigte sich noch im Sommer 1891, als österreichischerseits der Wunsch geäußert wurde, die Beteiligung Kaiser Wilhelms II. an den österreichischen Manövern zu einem Kriegsrate über einen etwaigen künftigen Feldzug gegen Rußland zu benutzen. Dieser Gedanke erschien sowohl dem Reichskanzler v. Caprivi wie dem Chef des Generalstabes Grafen Schlieffen überaus unerwünscht. Die Veranlassung für diesen Wunsch

<sup>1)</sup> Vgl. Wegweiser Band 1, S. 181 ff., Kapitel 41 des Aktenwerkes.

hatte offenbar das schweigsame und, wie es den Österreichern erschien, „wenig entgegenkommende“ Wesen des Grafen Schlieffen gegenüber dem österreichischen Feldzeugmeister Beck gebildet. Der deutsche Botschafter in Wien, Prinz Heinrich VII. Reuß, hielt es für erwünscht, daß die Chefs der beiden Generalstäbe sich näher kennen lernten. Einen Krieg werde Österreich niemals vom Zaune brechen, da es ihn weniger brauchen könne als irgendein anderes Reich; es hoffe aber, daß Deutschlands Heere im Kriegsfall nicht abwarten würden, bis Österreich die erste Niederlage erlitten habe; auf ein Mehr rechne die österreich-ungarische Regierung nicht.

Nr. 1434

Wie wenig Deutschland gewillt war, auf Italien irgendeinen Druck auszuüben, zeigt das Verhalten gegenüber dem Wunsche, angesichts der mißlichen Finanzlage Italiens die italienische Armee von 12 auf 10 Armeekorps herabzusetzen. Deutschland erklärte, es der italienischen Regierung in der Hauptsache überlassen zu müssen, auf welchem Wege sie die Erhaltung der Wehrkraft Italiens und seiner europäischen Stellung mit den Bedürfnissen der gegenwärtigen finanziellen Lage in Einklang bringen wolle. Dabei war nicht zu verkennen, daß die Vorstellung der Welt von der Stärke des Dreibundes durch eine Verminderung der italienischen Armee um zwei Korps eine Einbuße erleiden mußte. Treffend hob Graf Caprivi in einem Schreiben vom 30. April 1892 hervor, daß für Italien alles auf Englands Haltung ankomme. „Nimmt ein englisch-italienischer Seesieg den Italienern die Sorge um ihre Küsten und Inseln, so können sie auch von zehn Armeekorps fünf über die Alpen schicken. Geschieht das nicht, so kommt auch von zwölfen keins.“

Nr. 1435,  
1436

Nr. 1437

Nr. 1438

Dem deutschen Botschafter in Rom wurde daher große Zurückhaltung in dieser Frage angeraten. Während man in Wien auf eine direkte Anfrage der italienischen Regierung, wie man sich zu einer Herabsetzung der Armee um zwei Armeekorps stellen würde, geantwortet hatte, man möge dazu nicht raten, „weil der Eindruck auf die öffentliche Meinung kein guter sein würde“, hielt die Berliner Regierung an ihrem Standpunkte fest, Italien nicht durch Drängen irgendwelcher Art in Verlegenheit zu setzen.

Nr. 1440  
Nr. 1439,  
1441

## Anhang B

### Der erneuerte Dreibund und das italienisch-französische Verhältnis

1893—1895

Schwere Zusammenstöße zwischen französischen und italienischen Arbeitern in Aigues-Mortes bei Marseille hatten am 17. August 1893 stattgefunden; sieben Italiener waren dabei getötet und vierunddreißig verwundet worden. Da die französischen Behörden nichts taten, um

die Italiener zu schützen, entwickelte sich über diese Vorgänge ein äußerst gereizter diplomatischer Gedankenaustausch. Der italienische Botschafter zu Paris, Reßmann, wurde angewiesen, die Bestrafung Nr. 1442, oder Absetzung des Maires von Aigues-Mortes zu verlangen. In Nr. 1443 Wien zeigte der Außenminister Graf Kálnoky Neigung zum Eingreifen in den Gedankenaustausch. Deutschland enthielt sich aber, „um Nr. 1445 jeden Eindruck einer Pression zu vermeiden“, in Paris jeder Äußerung.

Der italienische Botschafter Reßmann trug in dieser Zeit durch seine pessimistische Haltung nicht unwesentlich zur Verschärfung der Nr. 1446 Lage bei. Seiner Meinung nach war es seit Jahren das offensichtliche Bestreben der Franzosen, Italien vom Dreibunde abzulenken. Italien sollte nach seiner Meinung alles vermeiden, wodurch Frankreich gereizt werden konnte. Dahin rechnete er offenbar auch den bevorstehenden Besuch des Kronprinzen Viktor Emanuel in Koblenz am 1. September. Der Kronprinz wollte von hier aus an den Kaisermanövern in der Rheinprovinz und in den Reichslanden teilnehmen.

Angesichts der deutschen Zurückhaltung wich auch Graf Kálnoky Nr. 1447 der an ihn ergangenen italienischen Aufforderung aus, in Paris auf die Notwendigkeit einer raschen Genugtuung hinzuweisen. Als am 22. August 1893 die italienische Regierung mitzuteilen vermochte, der Maire von Aigues-Mortes sei durch seine Regierung vom Amte suspendiert und eine strenge Untersuchung der Vorgänge angeordnet Nr. 1448 worden, hielt Reßmann die Lage doch noch für besorgniserregend. Nr. 1449 Dem deutschen Geschäftsträger in Paris, v. Schoen, sagte er, man Nr. 1450 müsse sich angesichts der Verschlechterung der Lage Europas und besonders Italiens nachgerade fragen, ob der Dreibund nicht besser daran getan hätte, den nun doch einmal unvermeidlichen Krieg zu einer günstigen Zeit zu entfesseln. Schoen antwortete, er sei von der Unvermeidlichkeit des Krieges durchaus nicht überzeugt. Selbst ein günstiger Krieg würde den Dreibundmächten mehr schaden als der bewaffnete Frieden, ein unglücklicher Krieg sie aber nahezu vernichten. Je mehr alle Mächte, Freunde und Gegner, auf den Krieg rüsteten, desto unwahrscheinlicher werde sein Ausbruch. „Der Friede, der nun seine 22 jährige Probe bestanden, werde auch ferner erhalten werden können.“

Nr. 1451 Zum Botschafter Grafen Münster äußerte Reßmann am 26. September 1893, die Franzosen intrigierten nach zwei Richtungen: sie wollten Italien finanziell ruinieren und es zur Revolution und Republik treiben. Da sie dies nicht erreichen würden, so arbeiteten sie auf den Krieg hin. Die deutsche Politik zog aus den Mitteilungen ihrer Diplomaten unter ausdrücklicher Billigung des Kaisers den Schluß, daß es notwendig sei, deutscherseits beruhigend in Italien einzuwirken. Das schien um so nötiger, als Reßmann anfangs Oktober 1893 in gewundener Weise andeutete, es sei in Rom erwünscht zu wissen,

wie weit man in der gegenwärtigen Lage auf Deutschlands Unterstützung rechnen könne. Der Geschäftsträger v. Schoen erhielt daraufhin die Weisung, ausweichend zu antworten. Nr. 1452  
Nr. 1453

Eine neue Verschärfung erfuhr die Angelegenheit dadurch, daß Ende Dezember 1893 das Geschworenengericht zu Angoulême sämtliche Angeklagte von Aigues-Mortes freisprach. Damit stimmte es schlecht überein, daß der Präsident der französischen Republik Carnot beim Neujahrsempfange des diplomatischen Korps die Liebe und Achtung der französischen Nation für Recht und Gesetz besonders ausdrücklich hervorhob. „Eine Gefahr in unserer Zeit“, berichtete Graf Münster am 6. Januar 1894 hierüber, „ist das Nationalgefühl, welches eine bedenkliche Richtung einschlägt und zum Nationalhaß immer mehr ausartet. Darin sehe ich die wirkliche Kriegsgefahr.“ Nr. 1454  
Nr. 1455

Der Kaiser trat dieser Auffassung in seinen Randbemerkungen bei. Wie der italienische Botschafter Reßmann damals die Gesamtlage würdigte, entwickelte er im Februar 1894 dem deutschen Botschafter Bernhard v. Bülow in Rom. Italien müsse wissen, was es wolle, meinte er. Wolle es den Krieg, dann lieber heute als morgen. Die allgemeine Stimmung Frankreichs dränge zunächst nicht nach kriegerischer Entladung; man wolle doch zunächst das Ablaufen des Dreibundes abwarten und möchte beim nächsten Anlaß militärisch ganz sicher gehen. „Wie können Sie unsere Demokratie für kriegerisch halten?“ hatte Carnot dem italienischen Botschafter gesagt, während der Präsident des französischen Senats Challemel-Lacour geäußert haben sollte: „Frankreich entwickelt sich derart nach der Seite des Materialismus und des Pazifismus, daß man es von Zeit zu Zeit schütteln muß, damit es nicht vergißt, was es nicht vergessen darf.“ Augenscheinlich war Reßmann damals nicht der geeigneteste Vertreter seines Landes, da er Frankreich gegenüber bald zu nervös und bald zu nachgiebig sich verhielt. Bülow ließ ihm jedenfalls keinerlei Ermunterung im Sinne einer scharfen Haltung gegen Frankreich zuteil werden. Nr. 1456

Als Italien sich um die Jahreswende 1894/95 entschloß, Herrn Reßmann von Paris abzuberufen, und die Geschäfte einstweilen dem Botschaftsrat Grafen Gallina übergab, bat Crispi um Unterstützung des neuen Botschafters durch die deutsche Botschaft. „Sie werden bemerkt haben,“ sagte er zum Botschafter v. Bülow, „mit welcher Heftigkeit die französische Presse und vor allem die halbamtlichen Blätter mich angreifen. Der Haß der Franzosen und der französischen Regierung gegen mich kommt daher, daß Italien sich nicht vom Dreibunde trennen wird, solange ich an der Macht bin, dafür büрге ich Ihnen. Wenn ich stürzte, würde die auswärtige Politik Italiens ihre Richtung ändern.“ Nr. 1457

Sehr bald bot sich auch für die deutsche Regierung ein schwerwiegender Anlaß, sich über die französische Presse zu beklagen.

- Am 1. Dezember 1894 war der Hauptmann Dreyfus unter dem Verdacht verhaftet worden, fremden Militärbevollmächtigten geheime Aktenstücke mitgeteilt zu haben. Die Erörterungen über den Dreyfus-Prozeß haben Frankreich lange Jahre hindurch nicht zur Ruhe kommen lassen. Die späteren Bände der Aktenpublikation, insonderheit die Bände IX und XIII, teilen umfangreiches Material hierüber mit. Von Anfang an mußte Deutschland ebenso wie Italien sich gegen die in der französischen Presse mit leidenschaftlicher Härte ausgesprochenen Vorwürfe verteidigen, daß der deutsche und italienische Militärbevollmächtigte in der Dreyfus-Angelegenheit die Hand im Spiele gehabt hätten. Es erschien daher dem Reichskanzler Fürsten Hohenlohe, nach Ausweis seines Erlasses an den Botschafter Grafen Münster vom 7. Januar 1895, erwünscht, die Maßlosigkeiten der französischen Presse gegenüber der italienischen Regierung „akademisch, zur Beleuchtung der Gesamtlage, mit in die Erörterung zu ziehen“. Dabei glaubte er, mit der französischen Regierung in dem Wunsch der Erhaltung des Friedens einig zu sein.
- Nr. 1158
- Nr. 1159 In Paris übernahm im Februar 1895 Graf Tornielli die Geschäfte des italienischen Botschafters. Diese Ernennung erfolgte in versöhnlichem Geiste. Österreich wirkte nunmehr in Paris dauernd im Sinne der Mäßigung auf Italien ein, suchte anscheinend eine dauernde politische Verbindung zwischen Italien und Spanien herzustellen und dadurch einen lateinischen Dreibund zu schaffen, in dem „das anti-österreichische italienische Element durch Frankreich und Spanien in Ordnung gehalten würde“. In Berlin bezweifelte man, daß diese Gruppierung wirklich für Österreich die gleiche Sicherheit gegen die Irrendenta bieten würde wie der Dreibund. Demgemäß
- Nr. 1460 betonte auch in Wien der deutsche Botschafter Graf zu Eulenburg, daß bei der Aufnahme Italiens in den Dreibund Österreich mehr gewonnen habe als Italien bezüglich seines Verhältnisses zu Österreich. Botschafter Bernhard v. Bülow kennzeichnete das Ziel der deutschen Politik vom Standpunkte der deutschen Interessen aus damals dahin, daß wir ebensowohl einen Angriff Italiens gegen Frankreich, als ein Bündnis Italiens mit Frankreich zu verhindern hätten. Irgendwelchen
- Nr. 1461 Haß gegen Frankreich wollte er auf italienischer Seite nicht bemerken. Ihm schien im Gegenteil die Sehnsucht nach einer Verständigung mit Frankreich in Italien lebhaft und weit verbreitet zu sein. Das war auch anlässlich der Ermordung des Präsidenten Carnot durch den italienischen Anarchisten Caserio zutage getreten.
- Nr. 1462
- Nr. 1463 Anlässlich eines von Italien im Sommer 1895 gewünschten französischen Waffeneinfuhrverbots für Djibuti und Obock ergab sich eine neue Verstimmung gegen Frankreich. Die französische Politik verfolge gegenüber Italien nur ein Ziel, sagte der italienische Minister des Äußern, Baron Blanc, zum Botschafter v. Bülow, nämlich Italien vom Dreibunde oder vielmehr von Deutschland abzusprenge.

## Kapitel 46

## Erneuerung des rumänischen Vertrages 1892

Die Grundlagen für die geheimen Abmachungen, die Rumänien mit den Staaten des Dreibundes verbanden, sind im 17. Kapitel — 3. Band des Aktenwerkes — und im „Wegweiser“ Band 1, Kapitel 17, S. 91 ff., klargelegt worden. Die Dauer des Vertrages war auf fünf Jahre mit der Maßgabe festgesetzt, daß im Falle der nicht rechtzeitigen Kündigung der Vertrag als auf drei weitere Jahre verlängert angesehen werden sollte <sup>1)</sup>. Dieser Bündnisvertrag war nicht rechtzeitig, d. h. ein Jahr vor seinem Ablauf, gekündigt worden und lief daher auf drei weitere Jahre, bis Oktober 1891, weiter. Auch Italien war durch Vertrag vom 15. Mai 1888 dem Bündnis beigetreten.

Im Februar 1891 ging vom österreich-ungarischen Gesandten, Grafen Goluchowski, in Bukarest die Anregung aus, die Erneuerung der Abmachungen ins Auge zu fassen. Hierfür war Vorbedingung, daß der König von Rumänien für zuverlässige Minister sorgte, die den Mut hätten, den Vertrag abzuschließen. König Karol verhielt sich zunächst abwartend. Mit seinem gegenwärtigen Kabinett hielt er die Erneuerung für schwer zugänglich. Die Dreibunddiplomaten folgerten daraus, daß der König durch irriige Nachrichten über die Lockerung des Dreibundes von der Anlehnung an die Zentralmächte einigermaßen abgekommen sei. Man hielt es aber für richtig, vorläufig abzuwarten und den König nicht allzusehr zu drängen.

In Berlin sah man die Hauptursache für die rumänische Zurückhaltung in dem feindlichen Verhalten der ungarischen Politik gegenüber den siebenbürgischen Rumänen. Die Frage des rumänischen Bündnisses erlangte dadurch, daß von der Art ihrer Lösung die Flankendeckung der österreich-ungarischen Verbündeten im Kriegsfall abhing, für Deutschland eine große Bedeutung. Ein Aufstand in Siebenbürgen konnte Rumänien mit fortreißen. Caprivi ließ daher Österreich darauf aufmerksam machen, daß Rumänien infolge der Haltung der Ungarn „in die Rolle einer russischen Vorhut- und Etappenstraße hineingegärtet werde“. Eine Feindseligkeit Rumäniens sei aber ein nicht unerhebliches Hemmnis für die militärische Machtentfaltung der Doppelmonarchie. In Wien zeigte sich Graf Kálnoky über diese Ausführungen, denen er ernstlich nicht zu widersprechen vermochte, wenig erbaut, betonte seinen geringen Einfluß auf Ungarn und deutete an, daß Kaiser Franz Joseph bereit sei, im Sinne der Vertragserneuerung an den König von Rumänien zu schreiben. Deutscherseits wollte man keine drängenden Schritte tun. Das schien um so mehr angezeigt, als Graf Goluchowski mit einem derartigen Versuche im Sommer 1891 von König Karl ziemlich deutlich zurück-

<sup>1)</sup> Vgl. Wegweiser Band 1, S. 268.

gewiesen worden war. Der damalige deutsche Gesandte in Bukarest, Bernhard v. Bülow, beschränkte sich darauf, die Vorteile der Vertragsverlängerung für Rumänien bei passender Gelegenheit immer wieder hervorzuhellen. Diesen Gedanken vertrat auch eine vom Vortragenden Rat im Auswärtigen Amt v. Kiderlen herrührende Aufzeichnung vom 25. Oktober 1891.

Ende Oktober 1891 weilte der König von Rumänien in Berlin und sprach sich mit dem Reichskanzler am 28. Oktober offen und bestimmt dahin aus, daß die Stellung Rumäniens zum Dreibunde mit oder ohne Vertrag dieselbe bleibe, und daß er persönlich dafür büрге; wenn zurzeit die Erneuerung des Vertrages nicht rätlich sei, so habe das seinen Grund lediglich in den Parteiverhältnissen. Auch gegenüber dem Staatssekretär Frhrn. v. Marschall äußerte sich der König in gleichem Sinne. Die Berliner Besprechungen blieben indes nicht ohne Einwirkung auf ihn, wie sich daraus ergab, daß er gleich nach seiner Rückkehr die Notwendigkeit erhöhter militärischer Vorsichtsmaßregeln und einer engeren Föhlung mit dem Dreibunde betonte.

Im Dezember teilte der rumänische Minister Carp dem Gesandten v. Bülow mit, daß die rumänische Regierung die Notwendigkeit des vertragsmäßigen Anschlusses Rumäniens an den Dreibund anerkenne. In gleichem Sinne unterhielt sich König Karl in Budapest mit dem Kaiser von Österreich. Die Angelegenheit kam aber auch im Frühjahr 1892 immer noch nicht recht in Fluß, da der König sich nicht entschließen konnte, seinen alten Ministern die Existenz des alten Vertrages einzugestehen. Am 18. März tat er diesen für ihn schwierigen Schritt gegenüber dem Minister des Äußeren A. Lahováry, der sich zur Erneuerung der Verträge bereit erklärte. Volle zwei Monate später erreichte der König dasselbe Zugeständnis von seinem Ministerpräsidenten Catargi, ein Beweis dafür, wie viele Bedenklichkeiten der Rumänen schon damals angesichts der besonderen geographischen und politischen Lage ihres Landes auf dem Balkan zu überwinden waren.

Nummehr ging die Erneuerung schnell vor sich. Am 11. Juni konnte von dem „endlich bis zur Unterzeichnung reif gewordenen Vertragsgeschäft“ gesprochen werden, nachdem der rumänische Minister des Äußern am 8. Juni amtlich seine Bereitwilligkeit ausgesprochen hatte, „den im vergangenen Herbste abgelaufenen geheimen Vertrag mit Österreich-Ungarn tel quel zu erneuern“. Nach Unterzeichnung des rumänisch-österreichischen Vertrages beabsichtigte das Wiener Kabinet, den erfolgten Vertragsabschluß zur Kenntnis des Berliner Kabinetts und der italienischen Regierung zu bringen und beide zu ersuchen, dem Vertrage in derselben Weise beizutreten, wie dies früher geschehen war. König Karl sah nunmehr die Erneuerung der Geheimverträge als einen großen politischen Erfolg an. Lebhafte Befriedigung herrschte auch im Dreibundlager.

Am 25. Juli 1892 meldete aus Sinaia der deutsche Geschäfts-  
 träger Mumm v. Schwarzenstein, daß der geheime Bündnisvertrag  
 zwischen Österreich-Ungarn und Rumänien vorbehaltlich der Ratifi-  
 kation durch die beiden Regierungen heute unterzeichnet worden  
 sei. Deutschland vollzog seinen Beitritt durch eine Akzessionser-  
 klärung von sieben Artikeln, deren deutscher Wortlaut auf S. 233/234  
 abgedruckt ist. Nr. 1486  
Nr. 1487

Den Abschluß der über den rumänischen Vertrag mitgeteilten  
 Dokumente bilden zwei Denkschriften Demeter Sturdzas, eines der  
 eifrigsten und folgerichtigsten Anhänger der Dreibundpolitik in Ru-  
 mänien, über die das österreich-rumänische Bündnis so vielfach er-  
 schwerenden Streitfragen mit Ungarn. Der Gesandte B. v. Bülow  
 übersandte eine Abschrift dieser für den König Karl aufgesetzten  
 Aufzeichnungen am 16. Oktober 1893 dem Reichskanzler Grafen  
 Caprivi. Nr. 1488

### Kapitel 47

## Französisch-Russischer Zweibund 1890—1894

Die Dokumente über die Entstehungszeit des französisch-russi-  
 schen Zweibundes führen uns bis in den Sommer 1890 zurück. Nicht  
 ganz ein Jahr vorher war Boulanger, eine geraume Zeit der Träger  
 aller nationalistischen Hoffnungen Frankreichs, von einem Ausnahme-  
 gerichtshofes des Attentats und der Unterschlagung für schuldig erklärt  
 und zur Deportation verurteilt worden. Damit hatte der Boulangis-  
 mus sein Ende gefunden, und auch die in Rußland bis zu den höchsten  
 Kreisen hinauf verbreitete Hoffnung, daß die boulangistische Be-  
 wegung in Frankreich schließlich zur Wiederherstellung der Monarchie  
 führen könnte, war gescheitert. Nr. 1489

Im Juni 1890 tagte in Paris ein Gefängniskongreß. Französischer-  
 seits bot man alles auf, um aus ihm für die russisch-französische Ver-  
 brüderung möglichst viel Kapital zu schlagen. Der Geschäftsträger  
 in Petersburg, Graf v. Pourtalès, glaubte aber nicht, daß eine An-  
 näherung der beiden Länder von größerer politischer Bedeutung,  
 d. h. mit Übernahme gegenseitiger Verpflichtungen, vorliege. „Die  
 Russen wissen zu gut, daß sie, ohne sich zu engagieren, der französi-  
 schen Unterstützung jederzeit, wenn sie sie brauchen, sicher sind.“ Aus  
 Paris meldete Graf Münster am 24. Juni, daß er an dem vollzogenen  
 Abschlusse eines Bündnisses zwischen Frankreich und Rußland ent-  
 schieden zweifle. Ein General sagte zum Grafen Münster: „Die  
 Russen betrachten die französische Republik als eine Kokotte, die  
 man haben kann, wenn man sie wünscht, ohne Ehe.“ Als die älteste  
 Tochter des russischen Botschafters, Baron v. Mohrenheim, sich mit  
 einem französischen Offizier verlobte und von verschiedenen Seiten  
 aus diesem Anlasse lebhaft Kundgebungen im Sinne der Verbrüderung

Nr. 1491 mit Rußland stattfanden, meldete Graf Münster am 26. Juli, daß er durchaus nicht an den Abschluß einer russisch-französischen Allianz glaube. Solche Gerüchte würden von Zeit zu Zeit absichtlich verbreitet, namentlich dann, wenn die Isolierung Frankreichs besonders fühlbar sei<sup>1)</sup>. Graf Münster benutzte die Verlobung im Hause des Barons v. Mohrenheim, um dem französischen Außenminister Ribot etwas auf den Zahn zu fühlen und sagte ihm ganz ruhig: „Ich gratuliere zur russisch-französischen Allianz.“ Über diese Anrede erschrak Ribot dermaßen, daß Graf Münster erst glaubte, es sei etwas daran. Ribot erholte sich erst, als der Graf ihm sagte, er habe die Mohrenheimsche Verlobung gemeint.

Wie weit die russisch-französischen Verabredungen damals schon gediehen waren, blieb dem deutschen Diplomaten anfangs verborgen, so insonderheit auch die ersten Besprechungen, die General de Boisdeffre im Sommer 1890 anläßlich einer Reise zu den russischen Manövern gehabt hatte. „Wie das Verhältnis zu Rußland steht,“ meldete Nr. 1492 Graf Münster am 4. Januar 1891 an den Reichskanzler, „ist schwer zu erkennen. An den Abschluß einer festen russisch-französischen Allianz glaube ich noch immer nicht, wohl an militärische Verabredungen für den Fall des Krieges.“

Von großem Interesse ist der vom Kaiser als „sehr klar und richtig“ bezeichnete Bericht des deutschen Militärbevollmächtigten in Nr. 1493 Petersburg, Generals v. Villaume, vom 5. März 1891. Danach verfolgte man in Petersburg die Anzeichen einer Entspannung zwischen Deutschland und Frankreich, die hauptsächlich vom Kaiser ausging, mit unverhohlener Besorgnis. Man befürchtete aber andererseits damals in Rußland, daß ein plötzlicher Ausbruch des Chauvinismus in Frankreich oder das Ende der Langmut und Geduld in Deutschland zwischen beiden Ländern ernstere Verwicklungen eher herbeiführen könne, als man es wünschte; denn zurzeit gab es — nach Villaumes Ansicht — keine kriegerisch gesinnte Partei in Rußland.

Im April 1891 kamen beunruhigende Nachrichten von mehreren Seiten. In Paris hatte General Gallifet dem ihn besuchenden Kommandierenden General des VIII. Preußischen Armeekorps, Frhrn v. Loë, gesagt: „In beiden Nationen wünsche niemand den Krieg, aber alle vernünftigen Leute seien der Ansicht, daß er wegen Elsaß-Lothringen unvermeidlich sei. Gewiß werde Frankreich, wenn nicht ungewöhnliche und unerwartete Zwischenfälle einträten, den Krieg nicht beginnen. Wenn aber Rußland den Krieg gegen Deutschland begänne, so sei keine Regierung imstande, Frankreich zurückzuhalten. Eines

<sup>1)</sup> Es empfiehlt sich dringend, zu diesen Vorgängen die von mir herausgegebenen belgischen Dokumente „Zur Europäischen Politik“ Band V, „Renvanche-Idee und Panlawismus“, bearbeitet von Wilhelm Köhler, zu vergleichen.

Vertrages zwischen Frankreich und Rußland bedürfe es dazu nicht.“ Über die damalige Stimmung in Rußland hatte ein auf der Durchreise in Berlin befindlicher russischer Zivilbeamter dem Generalmajor und Kommandeur der 3. Kavalleriebrigade, Prinzen Albert von Sachsen-Altenburg, der früher in russischen Diensten gestanden hatte, mitgeteilt, die Panslawistenführer seien überzeugt, den Zaren mit sich fortzureißen, sobald sie den Moment für gekommen hielten, und dieser Moment sei der nächste Herbst. Der Zar habe es über sich vermocht, dem Präsidenten der französischen Republik den Andreasorden zu verleihen, — darüber hatte auch Graf Münster am 6. April einigermmaßen besorgt berichtet, wenn er auch noch keine bestimmten Anzeichen für den Abschluß eines wirklichen Allianzvertrages zu haben glaubte —, und so werde er sich auch zum Kriege bringen lassen. Diese übertriebenen Befürchtungen teilte der Botschafter v. Schweinitz nach Ausweis seines Berichtes vom 17. April 1891 zwar nicht, wies aber darauf hin, daß die Garantie, die Deutschland in der Versöhnlichkeit des Zaren gefunden habe, jetzt weniger zuverlässig sei als früher.

Bald kamen auch über Bukarest Meldungen, die auf französische Anstrengungen im Sinne eines Allianzvertrages mit Rußland hinwiesen. „Frankreich hat alles getan, um einen Vertrag zu erhalten,“ sagte Herr v. Giers zu dem rumänischen Gesandten in Petersburg, „aber trotz der lebhaftesten Bemühungen hat es ihn keineswegs erreicht.“ Kaiser Alexander wolle sich mit Frankreich in kein festes Vertragsverhältnis einlassen, weil die republikanische Regierungsform ihm unsympathisch sei und die Ministerien in Frankreich zu häufig wechselten. Die Verleihung des Andreasordens an Herrn Carnot zähle unter die kleinen Geschenke, die die Freundschaft erhalten.

Ernster sah das Bild aus, das sich aus der Mitteilung eines nicht-deutschen Diplomaten in Berlin ergab. Danach hätte nach dem Zwischenfall bei dem Besuche der Kaiserin Friedrich in Paris<sup>1)</sup> die französische Regierung ihren Petersburger Botschafter mit der Frage beauftragt, ob Frankreich im Kriegsfall auf russische Unterstützung rechnen könne. Botschafter v. Schweinitz erhielt den Auftrag, Näheres hierüber zu ermitteln, und berichtete am 24. Mai, der französische Botschafter in Petersburg, de Laboulaye, habe in der Audienz, in der er den Dank des Herrn Carnot für den Andreasorden abstattete, sich anscheinend tatsächlich in diesem Sinne geäußert. Der Zar aber habe das Gespräch auf einen anderen Gegenstand gelenkt. Auch der italienische Botschafter in Petersburg berichtete ähnlich.

Am 6. Mai 1891 fand die Erneuerung des Dreibundes statt. In den politischen Kreisen Petersburgs herrschte daraufhin zeitweise eine niedergeschlagene Stimmung. Man fühlte sich in der Welt ver-

1) Vgl. hierüber S. 29 ff.

Nr. 1502 einsamt, bis durch das Eintreffen des französischen Geschwaders unter dem General Gervais am 23. Juli in Kronstadt ein völliger Stimmungsumschwung eintrat. Die Huldigungen des französischen Geschwaders steigerten das Selbstgefühl der russischen Politiker. Auch der Zar zeigte sich darüber erfreut. „In Berlin und Wien vertraue man auf die Friedensliebe Seiner Majestät des Kaisers Alexander,“ berichtete Geschäftsträger A. v. Bülow am 30. Juli 1891 an den Reichskanzler v. Caprivi, als Warnung eines Beamten vom russischen Außenministerium. „Man möge sich aber dort nicht einbilden, daß dieselbe unerschütterlich wäre.“ — „Hat sich auch keiner eingebildet“, schrieb Kaiser Wilhelm II. an den Rand des Berichtes. — „Es könne der Augenblick kommen, wo die Neigung zum Frieden sich mit der Würde Rußlands nicht mehr vereinbaren lasse und auch der beste Wille des Monarchen den Ausbruch des großen Krieges nicht mehr zu verhindern imstande sein werde.“ Hierzu bemerkte der Kaiser: „Ganz richtig! Ich freue mich, durch einen Russen bestätigt zu sehen, was ich seit sechs Jahren gepredigt habe.“

Nr. 1503 Der „Siegesgesang der französischen Revolution“ war, wie Unterstaatssekretär Frhr. v. Rotenhan am 7. August 1891 an den Botschafter v. Schweinitz schrieb, in Petersburg und Moskau hoffähig geworden, und die Republik fand in Rußland keine grundsätzliche Gegnerschaft mehr.

Nr. 1504 Als Botschafter v. Schweinitz am 1. August nach Petersburg zurückkehrte, fand er alle seine russischen und diplomatischen Bekannten unter dem überwältigenden Eindruck, den die Begeisterung der Volksmassen bei der Einfahrt der französischen Schiffe in die Newa und beim Empfange ihrer Offiziere im Stadthause hervorgebracht hatte. Der Befehl des Zaren, daß die Freundschaft mit Frankreich offen, feierlich und demonstrativ ohne Beleidigung oder Herausforderung anderer Mächte zu glänzendem Ausdruck kommen solle, war buchstäblich befolgt worden. Als Schweinitz mit Giers über den Besuch des französischen Geschwaders sprach, hatte er den Eindruck, daß man sich in Rußland nicht nur isoliert, sondern bedroht gefühlt und es als notwendig erkannt habe, „den sensationellen Erscheinungen, unter welchen die Erneuerung des Dreibundes zutage trat, eine sensationelle Manifestation gegenüberzustellen“.

Nr. 1505 Auch Graf Kálnoky war übrigens der Meinung, „daß die Erneuerung der Dreibundverträge für seinen Geschmack etwas zu sehr ‚mit Pauken und Trompeten‘ Europa angekündigt worden sei“. Dies sei aber mit Rücksicht auf die schwierige Stellung des Marquis di Rudini geschehen. Zu dem Berichte des Gesandten B. v. Bülow in Bukarest vom 4. August 1891, der diese Bemerkungen enthielt, machte der Kaiser die Anmerkung: „Der europäische Friede ist wie ein Herzleidender. Er kann lange, sehr lange leben. Aber er kann plötzlich auf das Unerwartetste tot sein.“ Auf die Rückfrage des Auswärtigen

Amtes, was unter den sensationellen Erscheinungen verstanden werden solle, unter denen die Erneuerung des Dreibundes stattgefunden habe, berichtete Schweinitz am 22. August 1891, man habe in Petersburg darunter die Besuche verstanden, die der Kaiser von Österreich-Ungarn und der König von Italien am 23. Juni dem englischen Geschwader in Fiume bzw. am 6. bis 8. Juli in Venedig gemacht hätten, und vor allem die großartige Huldigung der britischen Nation für den Deutschen Kaiser im Juli 1891, als der Kaiser nebst seiner Gemahlin zum Besuche in England weilte<sup>1)</sup>. Nr. 1506  
Nr. 1507

Immer noch blieb die Frage offen, ob es zwischen Frankreich und Rußland schon zu tatsächlichen Verabredungen gekommen sei. Im August 1891 wußten die „Times“ vom Abschlusse eines Vertrages zwischen dem Konteradmiral Gervais und den russischen Ministern des Äußern, des Krieges und der Marine zu berichten. Schweinitz bezeichnete diese Nachricht am 8. August ausdrücklich als unbegründet, hielt es aber für sicher, „daß eine Verständigung über strategisches und nautisches Zusammenwirken zwischen den beiderseitigen Autoritäten in der Kriegs- und Marineverwaltung längst getroffen sei“. General Obrutschew stehe mit den französischen Generalen Miribel, dem damaligen Generalstabschef, und Boisdeffre, dem damaligen Souschef des Generalstabes, in stetiger und enger Verbindung. Nr. 1508

Wie die deutsche Botschaft in Paris damals die Sachlage beurteilte, geht aus einem ausführlichen, sehr lesenswerten Berichte des Geschäftsträgers v. Schoen vom 20. August 1891 hervor, zu dem der Kaiser eine Reihe treffender Anmerkungen gemacht hat. Der damalige Optimismus der deutschen Diplomaten in Paris, der sich auch in den Berichten des Grafen Münster wiederholt zeigt, war nicht gerechtfertigt, denn gerade damals erfolgte jener Austausch von Schreiben zwischen Giers und Ribot — am 21. und 27. August 1891 —, der in der Tatsache einem Bündnis nahezu gleichkam. Der Kaiser hegte eine berechtigtes Mißtrauen und vermerkte zu einer Stelle des Schoen'schen Berichtes: „Herr v. Schoen haben die Rosabrille aufgehäbt, wie mir scheint“ und weiter: „Da letzteres — nämlich eine friedliche Betätigung des nationalen Temperamentes in Frankreich — sehr unwahrscheinlich ist, so müssen wir uns nach Kräften bemühen, möglichst gestärkt und fertig zu sein, wenn der Sturm ausbricht.“ Nr. 1509

Der Gedanke des Zweibundes wurde in ganz Frankreich bald ungeheuer volkstümlich. Bei jedem Regimentsfestessen wurde, wie der deutsche Militärattaché Rittmeister v. Funcke am 30. August 1891 berichtete, der russischen Armee gedacht, und im Manövergelände schmückte man die Häuser mit russischen und französischen Fahnen. Von den Hunderttausenden von Franzosen, die in den letzten Wochen „Vive la Russie!“ gerufen hätten, habe die allergrößte Anzahl Nr. 1510

<sup>1)</sup> Vgl. S. 52.

„A bas l'Allemagne!“ damit gemeint, berichtete Funcke, nur daß das Volk noch nicht den Mut habe, dies öffentlich auszusprechen.

Nr. 1111 Die Wirkungen der französisch-russischen Annäherung zeigten sich auch bald darin, daß man russischerseits Österreich einzuschüchtern suchte.

Nr. 1512 Im November 1891 weilte der russische Außenminister v. Giers persönlich in Paris und anschließend auch zwei Tage in Berlin. Die deutsche Botschaft in Paris entnahm aus seinem dortigen Auftreten wiederum einen gewissen Optimismus, und auch in Berlin wirkte die Tatsache der persönlichen Anwesenheit des russischen Außenministers nach Ausweis der darüber vorliegenden Aufzeichnungen des Reichskanzlers v. Caprivi und des Staatssekretärs Frhr. v. Marschall in ähnlichem Sinne. Im Januar und April 1892 glaubte Graf Münster aus Nr. 1513—  
1515  
Nr. 1516.  
1517 Paris sogar schon über eine erhebliche Erkaltung der französischen Russenliebe berichten zu können.

Nr. 1518 Im Juli 1892 erfolgte mit einem Artikel des „Figaro“ vom 14. Juli „Alliance ou flirt?“ ein wohlberechneter französischer Vorstoß in der Richtung auf einen formellen Abschluß einer französisch-russischen Militärkonvention. Graf Münster verkannte die Bedeutung dieses Artikels, und auch der Geschäftsträger in Petersburg, A. v. Bülow, traf kaum das Richtige, wenn er am 21. Juli 1892 berichtete, der Artikel des „Figaro“ werde nicht nur bei Hofe, sondern auch in anderen politischen und gesellschaftlichen Kreisen sarkastisch und ablehnend besprochen. Die tatsächliche Wirkung ist jedenfalls gewesen, daß der damals noch in Kopenhagen weilende Zar gleich nach seiner Rückkehr den französischen General Boisdeffre im Hinblick auf die geplanten Verhandlungen zu den Augustmanövern einladen ließ. Bei dieser Gelegenheit sind die Verhandlungen über die Militärkonvention zum endgültigen Abschluß gebracht worden<sup>1)</sup>, wenn auch der formelle und endgültige Abschluß nach Ausweis des französischen Gelbbuches „L'Alliance Franco-Russe“ erst Ende 1893 erfolgte. General Boisdeffre war erst kurz vor seiner Reise nach Rußland zum Divisionskommandeur befördert worden.

Nr. 1520 Ein gewisses Aufsehen erregte es, daß im September der Präsident Carnot mit großem Gefolge nach Chambéry und Aix-les-Bains reiste, wo er den zur Erholung weilenden Minister v. Giers durch Ribot und Freycinet begrüßen ließ. Bei dieser Gelegenheit hat Ribot sehr eingehend mit Giers über die russisch-französischen Verhandlungen, die Militärkonvention und ihre endgültige Unterzeichnung verhandelt, was aber den deutschen Diplomaten nicht bekannt geworden

<sup>1)</sup> Vgl. Bernhard Schwertfeger „Zur europäischen Politik. Unveröffentlichte Dokumente.“ Band 5 „Revanche-Idee und Panslawismus“. Belgische Gesandtschaftsberichte zur Entstehungsgeschichte des Zweibundes. In amtlichem Auftrage bearbeitet von Wilhelm Köhler.

ist. Selbst als französische Zeitungen von dem Abschluß eines förmlichen russisch-französischen Bündnisses zu sprechen anfangen, blieb der Geschäftsträger v. Schoen — nach Ausweis seines Berichtes vom 20. September 1892 — bei der Ansicht, daß Rußland kaum von Nr. 1521 seinem bekannten Programm der freien Hand abweichen würde. Rußland sei auch ohne Vertrag der französischen Hülfe so ziemlich unter allen Umständen sicher, das Interesse an geschriebenen Verpflichtungen bestehe daher nur auf französischer Seite. „Alle Anzeichen sprächen nach wie vor dafür, daß zwischen Rußland und Frankreich nichts anderes bestehe als ein unbestimmtes Freundschaftsverhältnis.“ Der Kaiser pflichtete den Ausführungen dieses Berichtes nicht bei, sondern bewahrte sich ein berechtigtes Mißtrauen.

Vom Oktober 1892 ab wurde Graf Münster etwas bedenkllicher. Die Beziehungen zwischen den beiden Regierungen, berichtete er Nr. 1522 am 13. Oktober, schienen wieder intimer geworden zu sein. Bis jetzt habe er, Graf Münster, immer angenommen, der Zar würde sich der demokratischen Republik gegenüber niemals binden; jetzt sei er aber nicht mehr ganz sicher, ob nicht gewisse Abmachungen vereinbart worden seien. Das Haus Rothschild verhandele über eine 500-Millionen-Anleihe für Rußland. Die Schlußfolgerung des Grafen Münster in diesem Berichte, es werde an der faktisch seit Jahren bestehenden Lage nichts ändern, wenn wirklich ein Allianzvertrag existierte und die russische Anleihe zustande käme, scheint unter diesen Umständen kaum berechtigt.

Zweifellos ist die französische Republik durch den Mitte November 1892 ausbrechenden *P a n a m a - S k a n d a l* dem Zaren gegenüber aufs neue schwer bloßgestellt worden. Graf Münster war der Meinung, daß Ribot, falls er wirklich schriftliche Abmachungen mit Nr. 1523 Rußland besitze, bei diesem Anlaß zur Befestigung seiner ins Wanken geratenen Stellung sicherlich damit hervorgetreten sein würde. Da das nicht geschah, glaubte er wieder nur an das Vorhandensein von mündlichen Versprechungen. Aus Kopenhagen wurde eine verbürgte Äußerung der Königin Luise berichtet, wonach ihr Schwiegersohn, der Nr. 1524 Zar, immer in Zorn gerate, sobald in den Zeitungen von dem förmlichen Abschlusse einer franko-russischen Allianz die Rede sei. Als der französische Botschafter in Petersburg, Graf Montebello, Ende Dezember 1892 von dreimonatigem Urlaube nach Petersburg zurückkehrte, konnte auch er nur die Abschwächung des französischen Einflusses bei den russischen maßgebenden Persönlichkeiten feststellen. Die Vorgänge in Frankreich hatten den Zaren tief verstimmt. Der Nr. 1525 Wunsch wurde bei ihm rege, die vertrauensvollen Beziehungen zum Deutschen Kaiser wieder aufzunehmen. Hieraus erwuchs im Dezember 1892 die Ernennung des Generals v. Werder, der früher Militärbevollmächtigter in Petersburg und dort sehr beliebt gewesen war, zum dortigen Botschafter, nachdem General v. Schweinitz aus Ge-

sundheitsrücksichten sich Ende November genötigt gesehen hatte, seinen Abschied einzureichen<sup>1)</sup>).

Nr. 1526 Im Januar 1893 weilte anlässlich der Vermählung der Prinzessin Margarethe von Preußen der russische Großfürst-Thronfolger mehrere Tage am Kaiserhofe in Berlin. Er berichtete, daß der Zar über den Panama-Skandal, in den auch der russische Botschafter Baron v. Mohrenheim verwickelt sein sollte, ganz außer sich gewesen sei. Komme es zum Kriege, hatte der Großfürst erklärt, dann müsse eine Koalition wie in den Jahren 1813 bis 1815 eintreten, um Frankreich zu bekämpfen. Kaiser Wilhelm entgegnete, dieser Gedanke und keinerlei Rußland feindliche Tendenz liege dem Dreibunde zugrunde; was der Dreibund anstrebe, decke sich mit den Interessen Rußlands, indem er die Solidarität der europäischen Monarchien zum Ausdruck bringe, um die umstürzenden Tendenzen, für die von Frankreich aus Propaganda gemacht werde, zu bekämpfen. Der Dreibund könne ebensogut Vierbund usw. genannt werden, da für alle Staaten Raum sei, die den gleichen Tendenzen huldigten. Der russische Thronfolger bat, über diese Anschauungen seinem Vater berichten zu dürfen, wozu Kaiser Wilhelm II. seine ausdrückliche Zustimmung gab. Bei seiner Rückreise gab er ihm eine Aufzeichnung über die Ziele des Dreibundes mit, deren deutscher Wortlaut auf S. 235 abgedruckt ist.

Nr. 1527 Eine Zeitlang herrschte in Petersburg tatsächlich eine durchaus antifranzösische Stimmung. Rußland habe sich, sagte Herr v. Giers Ende April 1893 zum Botschafter v. Werder, doch nach Bildung des Dreibundes für etwaige Fälle nach einem Verbündeten umsehen müssen; Frankreich aber würde nie einen Angriff auf Deutschland wagen, ohne der Unterstützung Rußlands sicher zu sein, und die würde ihm durch den so friedliebenden Kaiser Alexander niemals zuteil werden.

Nr. 1529 Trotzdem gelang es noch im gleichen Jahre den unermüdlichen Anstrengungen des französischen Botschafters in Petersburg, Grafen Montebello, den seit längerem betriebenen Besuch der russischen Flotte in Toulon im Oktober durchzusetzen. Von diesem Besuche konnten die ernstesten Folgen ausgehen. Die politische Bedeutung dieser Demonstration wurde noch dadurch unterstrichen, daß der in Kopenhagen weilende Zar am 13. Oktober 1893, dem Festtage von Toulon, das in Kopenhagen vor Anker liegende französische Kriegsschiff „Isly“ in Begleitung des Großfürsten-Thronfolgers und des Großfürsten Michael mit seinem Besuche beehrte. Über die Festtage in Toulon und Paris berichtete Graf Münster am 17. und 30. Oktober 1893 ausführlich. Es ist von hohem Reiz, mit dieser Berichterstattung die sehr interessanten ausführlichen Dar-

<sup>1)</sup> Vgl. S. 39/40.

legungen des belgischen Gesandten in Paris, Barons Beyens, vom 7. und 30. Oktober 1893, die Berichte des Barons Greindl, belgischen Gesandten in Berlin, vom 14. und 25. Oktober 1893 und die Ausführungen des belgischen Gesandten Baron de Vinck vom 30. Oktober 1893 zu vergleichen, die in den von mir veröffentlichten Dokumenten „Zur europäischen Politik“ enthalten sind<sup>1)</sup>.

Die wieder sehr optimistisch gewordene Auffassung des deutschen Botschafters in Paris wurde von seinem Petersburger Kollegen nicht geteilt. Am 27. November 1893 berichtete Werder, er müsse den Erfolg, den die Franzosen durch diesen Empfang bei den Russen erzielt hätten, nochmals hervorheben. Es unterliege keinem Zweifel, daß die russisch-französische „Entente“<sup>2)</sup> in ein innigeres Stadium getreten sei. Er, Werder, könne daher der Behauptung der franko-russischen Presse, daß der Friede nunmehr endgültig gesichert sei, nicht zustimmen; ganz im Gegenteil sehe er in dieser innigen Verbrüderung eher eine Gefahr für den Frieden. „Angesichts der Charaktere der Franzosen und der Russen steht zu befürchten, daß sie sich bei etwaigen politischen Komplikationen im Vollgefühl ihrer vereinten Kräfte zu Schritten hinreißen lassen werden, welche ernste Folgen haben könnten.“ Diese prophetischen Worte des Botschafters v. Werder haben sich im Juli und August 1914 erfüllt. Kaiser Wilhelm II. trat den Auffassungen des Botschafters durchaus bei. Der Minister v. Giers war jederzeit bereit, die franko-russischen Ovationen zu tadeln und Abhülfe zu versprechen; es blieb aber stets alles beim alten. Nr. 1534  
Nr. 1535

Die deutsche Botschaft in Paris hielt, allen diesen Anzeichen zum Trotz, an ihrer optimistischen Auffassung fest. „Wenn mich meine Beobachtungen nicht täuschen,“ schrieb Graf Münster am 29. Januar 1894, „so ist die hiesige öffentliche Meinung Rußland gegenüber entschieden viel kühler geworden. Wieweit die Regierung selbst ernüchtert ist, läßt sich noch nicht erkennen.“ Die politische Lage Frankreichs nach außen, berichtete er am 17. März, sei auch nicht glänzend. Seit den letzten zehn Jahren sei die ganze Politik allein auf eine Allianz mit Rußland und auf das Zusammengehen der beiden Nationen, die nichts Gemeinsames hätten als den Haß gegen Deutschland, begründet gewesen. Von beiden Seiten habe man den Nationen vorgeschwindelt, daß ein Einverständnis, eine Allianz, bestehe. Jetzt sei durch den Abschluß des deutschen Handelsvertrages<sup>3)</sup> mit Rußland manche Illusion zerstört, und Frankreich beginne wieder zu Nr. 1536  
Nr. 1537

<sup>1)</sup> Band V „Revanche-Idee und Panlawismus“, bearbeitet von Wilhelm Köhler.

<sup>2)</sup> Im Aktenwerk ist auf S. 254 des Bandes VII, 1. Zeile des 2. Absatzes, irrtümlich „deuts ch - französische“ statt „russisch - französische Entente“ gesetzt.

<sup>3)</sup> Vgl. S. 43.

Nr. 1548 fühlen, daß es politisch allein stehe. Indes mußte Graf Münster nach dem Tode des Kaisers Alexander III. in einem Berichte vom 27. November 1894 zugeben, das ganze republikanische Frankreich habe, dem Beispiele von Paris folgend, den verewigten Zaren als Friedensfürsten und Erretter Frankreichs betrauert und so gefeiert, wie es einen eigenen beliebten Monarchen nicht hätte feiern können; die politische Tragweite derartiger Kundgebungen sei durchaus nicht zu unterschätzen.

## Kapitel 48

### Deutsch-Französische Beziehungen 1890—1894<sup>1)</sup>

Von Beginn seiner Regierung an hatte Kaiser Wilhelm II. sozialen Fragen, insonderheit der Arbeiterschutzgesetzgebung, sein Hauptaugenmerk zugewendet. Im Bestreben, auch auf diesem Gebiete möglichst einen Ausgleich der Gegensätze zu Frankreich zu bewirken, ließ er im Februar 1890 die französische Regierung zur Teilnahme an der geplanten internationalen Arbeiterschutzkonferenz einladen. Der französische Außenminister Spuller im Kabinett Tirard Nr. 1539 war in einiger Verlegenheit, dankte am 12. Februar einstweilen für die Aufforderung, wollte sich endgültig aber erst äußern, nachdem er dem Ministerrate die Frage unterbreitet hatte. Am 27. Februar erfolgte die grundsätzliche, aber erst am 7. März die endgültige Annahme der Einladung, nachdem Spuller am 6. März in der Deputiertenkammer sehr geschickt nachgewiesen hatte, daß das demokratische Frankreich sich da nicht ausschließen könne, wo über das Wohl der Arbeiter verhandelt werden solle. 480 Stimmen bejahten, nur 4 verneinten den Antrag des Ministers.

Nr. 1541 Als Ende März 1890 Graf Münster von einer Reise nach Paris wieder zurückkehrte — das Kabinett Tirard war inzwischen durch ein Kabinett Freycinet mit Ribot als Außenminister ersetzt worden —, besuchte ihn Freycinet und sprach von der Wirkung des Rücktrittes des Fürsten Bismarck. Man habe ihn für den Erhalter des Friedens gehalten und in Paris einen Augenblick gefürchtet, daß es jetzt anders werden könne. Er, Freycinet, habe diese Befürchtung nicht geteilt, und hege das größte Vertrauen zum Deutschen Kaiser, der nur das Wohlergehen seiner Untertanen aller Klassen wolle; das aber sei mit kriegerischen Tendenzen unvereinbar. Von der Arbeiterschutzkonferenz berichtete Ribot, daß der französische Delegierte Jules Simon sehr befriedigt von dort zurückgekehrt sei. „Er ist ganz als Deutscher zurückgekehrt“, meinte Ribot. In diesem Zusammenhange brachte er sodann die Aufhebung des Paßzwanges für Elsaß-

1) Der Leser wird bei der zeitlichen Überschneidung der Kapitel 47 und 48 gut tun, die synchronistische Zusammenstellung, S. 181 ff., zu Rate zu ziehen.

Lothringen zur Sprache, die er dringend wünschte, da der Paßzwang von Anfang an dazu beigetragen habe, die Stimmung gegen Deutschland zu verbittern. Graf Münster erwiderte, diese Maßregel sei durch die von Paris systematisch betriebene Agitation gegen Deutschland veranlaßt worden. Auch Präsident Carnot betonte, er wünsche nichts aufrichtiger, als ein nachbarliches Einvernehmen mit Deutschland. Als bald darauf Gerüchte über eine Aufhebung der reichs- Nr. 1542  
ländischen Paßkontrolle auftauchten, ließ das Auswärtige Amt dem entgegentreten.

Inzwischen schien sich zwischen England und Frankreich eine Verständigung in der ägyptischen Frage anzubahnen, während auch Italien sich Frankreich gegenüber entgegenkommender verhielt. „Beide Länder sehen, oder glauben zu sehen,“ schrieb der Vortragende Rat im Auswärtigen Amt, v. Kiderlen, an den Grafen zu Eulenburg<sup>1)</sup>, Nr. 1543  
der mit dem Kaiser darüber sprechen sollte, „daß wir mit Frankreich kokettieren, und glauben nun natürlich, auf Frankreich allerlei Rücksicht nehmen zu müssen.“ Deshalb gebärde sich die französische Presse auf einmal so freundlich gegen Deutschland und spreche von Aufhebung der Paßkontrolle und ähnlichen Dingen.

Beim Neujahrsempfange beim Präsidenten der Republik 1891 gewann Graf Münster den Eindruck, an dem er, wie er am 4. Januar Nr. 1544  
1891 meldete, unverändert festhielt, „daß von französischer Seite ein Krieg noch nicht gewünscht, nicht beabsichtigt und von hier nicht ausgehen wird.“ Steige aber der Hochmut der Grande Nation noch mehr, als er im Jahre 1890 schon gewachsen sei, so könne bei Komplikationen von anderer Seite Frankreich jetzt mehr geneigt sein, mit einzugreifen, als es bisher der Fall war.

In Berlin fing man nun an, die französischen, für eine ver- Nr. 1545  
söhnlichere Haltung gegen Deutschland eintretenden Pressestimmen fortlaufend sammeln und von Paris einsenden zu lassen. Veranlassung hierzu hatte die bevorstehende Anwesenheit der Kaiserin Friedrich in Paris vom 18. bis 27. Februar 1891 gegeben. Graf Münster ließ es Nr. 1546  
sich angelegen sein, die Symptome einer sich vollziehenden Annäherung an Deutschland, die er bereits feststellen zu können glaubte, sorgsam zu beachten.

Am 18. Februar 1891 traf die Kaiserin Friedrich mit ihrer Tochter, der Prinzessin Margarethe, auf ihrer Reise nach England inkognito in Paris ein und nahm beim deutschen Botschafter Grafen Münster Wohnung. Leider dauerte dieser Besuch der Erregbarkeit der Nr. 1548  
Chauvinisten zu lange, obwohl die Regierung sich korrekt benahm. Nr. 1547  
Graf Münster, der am 26. Februar die Weisung erhalten hatte, auch die deutschfeindlichen Presseerzeugnisse zu sammeln und nach Berlin einzureichen, berichtete am 27. Februar ausführlich darüber an den Nr. 1549

<sup>1)</sup> Damals noch preußischer Gesandter in Oldenburg.

- Reichskanzler. Es war schließlich dahin gekommen, daß Déroulède und andere Chauvinisten Versammlungen abhielten, in denen gegen die Künstler, die die Berliner Ausstellung beschicken wollten, gegen die Anwesenheit der Kaiserin Friedrich in Paris und gegen das „bevorstehende Hierherkommen“ des Deutschen Kaisers Protest erhoben wurde. Die Kaiserin war nirgends belästigt worden, aber die Chauvinisten hatten in ihrem Kampfe gegen die Beschickung der Berliner Ausstellung durch französische Künstler gesiegt. Graf Münster zog aus den Vorgängen die Nutzenanwendung, „daß die Franzosen in Dingen, welche auch nur einigermaßen die Politik berühren, unberechenbar sind, daß das laute und das stille Wirken einiger berufsmäßiger Störenfriede genügt, um Regierung und öffentliche Meinung zur Verwirrung und Verirrung zu bringen, die Stimme der Vernunft und bessere Regungen zu ersticken.“ Das Berliner auswärtige Amt unternahm wegen der angedeuteten Vorgänge keinerlei amtliche Schritte. Ein ausführlicher Bericht des Grafen Münster vom 28. Februar gibt weitere Einzelheiten über den Besuch der Kaiserin in Paris, Berichte der Botschafter in Wien und London schildern den dortigen Eindruck der Vorgänge. Am 2. März 1891 suchte in Berlin der französische Botschafter den Staatssekretär des Äußern auf und sprach die Erwartung der französischen Regierung aus, daß die Beziehungen zwischen beiden Ländern durch die jüngsten Vorgänge nicht getrübt werden würden. Eine Wirkung der Vorgänge war aber doch, daß bis auf weiteres von jeder Milderung in der praktischen Handhabung des bestehenden Paßzwanges deutscherseits abgesehen und dies im „Reichsanzeiger“ bekannt gemacht wurde. Die Beschickung der Berliner Ausstellung durch französische Künstler kam gleichfalls nicht mehr in Frage; Graf Münster wurde angewiesen, sich in dieser Frage zurückhaltend, und wenn er um Vermittlung angegangen würde, ablehnend zu verhalten.

Die französische Regierung benutzte jeden Anlaß, um dem Grafen Münster ihr Bedauern über die Haltung der Presse während des Aufenthalts der Kaiserin Friedrich zum Ausdruck zu bringen.

- Bald erregte eine neue Frage die öffentliche Aufmerksamkeit. Für den Herbst 1891 waren französische Manöver an der Ostgrenze geplant, und es war in der Presse von beabsichtigten Probemobilmachungen in größerem Maßstabe die Rede. Deutscherseits wurde der Militärbevollmächtigte mit Nachforschungen betraut, der die Gerüchte über Probemobilmachungen als gänzlich unbegründet erklärte. Graf Münster sprach auch den Kriegsminister de Freycinet selbst darauf an, der ihm sagte, die französischen Manöver erschienen dieses Jahr deshalb bedeutender, weil die Korps nicht einzeln, sondern im Zusammenhange von zwei und dann von vier Korps manövrieren sollten, damit die Generale sich an die Handhabung größerer Truppenmassen gewöhnten.

Diese Auskunft bestärkte den Grafen Münster in seiner Überzeugung, daß für den Sommer 1891 ernstere Komplikationen nicht zu erwarten seien. Durch dieses Urteil zog er sich die ernste Mißbilligung Kaiser Wilhelms II. zu, der während eines Besuches in Darmstadt mit dem Großherzoge von Baden über die Lage gesprochen und von diesem die Ansicht gehört hatte, daß Frankreich sich nicht mehr scheuen werde, zu einem ihm geeignet erscheinenden Zeitpunkte selbst die Offensive zu ergreifen. Der Kaiser hatte auch den bisherigen Militärattaché in Paris, Major Frhr. v. Hoiningen gen. Huene, der damals als Generalstabsoffizier der 29. Division in Freiburg stand, kommen lassen und nach seinen Ansichten gefragt. Der Kaiser bildete sich danach ein für den Botschafter Grafen Münster sehr ungünstiges Urteil, sprach in einem an das Auswärtige Amt gerichteten Telegramm von dem letzten „an Naivität und kindlichem Vertrauen alles übersteigenden Bericht Münsters aus Paris“, und bat den Staatssekretär des Auswärtigen, der neulichen Verabredung gemäß dem Grafen zu Münster die Eröffnung zu machen, daß auf seine Botschafterdienste nicht mehr gerechnet werde, und den Grafen v. Wedel nach Paris zu berufen.

Dieser Vorgang bietet einen sehr interessanten Beleg für die Entscheidung der Frage, ob und in welchem Maße die kaiserlichen Rändbemerkungen im Auswärtigen Amt beachtet worden sind. Eigentlich enthielt das Telegramm des Kaisers vom 9. Mai einen unwiderflichen Befehl zur Abberufung des Grafen Münster und zur Ernennung des Grafen Wedel. Im Auswärtigen Amte aber äußerten sich sowohl der Vortragende Rat Raschdau wie auch Herr v. Holstein, letzterer in einer längeren Aufzeichnung vom 11. Mai, in einem der kaiserlichen Willensmeinung entgegengesetzten Sinne und erreichten dadurch, daß die für die Führung der Politik maßgebenden Persönlichkeiten auf die vom Kaiser gewünschte Abberufung des Botschafters nicht eingingen. Einen auf kaiserlichen Befehl vom Major Frhr. v. Hoiningen gen. Huene an das Auswärtige Amt erstatteten Bericht vom 15. Mai 1891 behandelte besonders Holstein ziemlich geringschätzig. Der Reichskanzler ließ diesen Bericht dem Botschafter Grafen Münster zur Äußerung zugehen, und dieser fand dadurch Gelegenheit, sich am 27. Mai in der schärfsten Weise dagegen zu äußern. Der Major habe in unberechtigter und unverantwortlicher Weise die Alarmglocke geläutet, und zwar auf Grund oberflächlicher Gespräche. „Glaubte Major v. Huene selbst an seine Alarmnachrichten,“ schreibt Münster wörtlich, „dann würde er, der sehr gut schreiben kann, anders geschrieben haben, als dieser seinen Fähigkeiten nach ganz elende Bericht es zeigt . . . Das Verbreiten solcher Nachrichten hinter dem Rücken seines früheren Botschafters und seines an seine Stelle kommandierten Nachfolgers ist ein Benehmen, welches ich nicht näher qualifizieren will.“ Energisch wahrte Graf Münster seinen Stand-

punkt: „So lange ich die Ehre habe, der Botschafter Seiner Majestät des Kaisers hier auf diesem verantwortlichen Posten zu sein, ist es nicht allein meine Pflicht, aber auch die Pflicht der mir beigegebenen Beamten und Offiziere, auf alles sorgfältig zu achten, was hier auf politischem und militärischen Gebiete vorgeht. Diese Pflicht geht vor allem dahin, die Kriegsgefahr beizeiten richtig zu erkennen, aber auch dafür zu sorgen, daß unbegründete Alarmnachrichten auf das richtige Maß zurückgeführt werden. Meine Berichterstattung während fast sechs Jahren zeigt, daß ich in den schwierigsten, gefährlichsten Zeiten — ich verweise dabei auf die Zeit des Generals Boulanger — stets richtig gesehen und die Tatsachen meinen Voraussagungen stets recht gegeben haben.“

Nr. 1569 Dieser Bericht tat seine Wirkung. Von einer Abberufung des Botschafters war keine Rede mehr, und in einem abschließenden Schreiben des Botschafters vom 21. Juni, in dem er auf das Verstärken der Kriegsgerüchte hinwies, finden sich nur einige nach Form und Inhalt gemäßigte Randbemerkungen des Kaisers.

Im Sommer 1891 kam es zu einer anderweitigen Regelung der Grenzbeziehungen zwischen Frankreich und Deutschland. Es war immer schon ein lebhafter Wunsch der Franzosen gewesen, den Paßzwang beseitigt zu sehen<sup>1)</sup>. Auch Caprivi teilte diesen Wunsch, dem aber das Verhalten der Franzosen und insbesondere die Gründung einer geheimen Gesellschaft in Nancy im Wege stand. Caprivi bat daher den Statthalter in Elsaß-Lothringen, ihm alle für Deutschlands auswärtige Beziehungen wichtigen Vorgänge aus den Reichslanden rechtzeitig mitzuteilen. Den Pariser Wünschen auf Aufhebung des Paßzwanges begegnete die deutsche Botschaft mit dem Hinweise, der Paßzwang sei bereits einmal dem Erlöschen nahe gewesen, als die Vorgänge anlässlich des Besuches der Kaiserin Friedrich die Lage wieder verschärft hätten. Auch die neue „Ligue de la revanche“ in Nancy wirke ungünstig. Am 7. August Nr. 1572 Nr. 1573 Nr. 1574 verzeichnete Caprivi, daß er sich des Tages freuen würde, an dem die Paßverordnung aufgehoben werden könne, und verständigte am 2. September den Statthalter in Elsaß-Lothringen, daß er, sein Einverständnis vorausgesetzt, der Frage näherzutreten gedenke, ob und wie der Paßzwang in Elsaß-Lothringen durch andere Maßregeln ersetzt werden könne. In Berlin fanden daraufhin Verhandlungen statt, und am 21. September erfolgte von Straßburg aus eine „Verordnung betreffend die Milderung des Paßzwanges“. Mit dieser Maßregel war ein für die Entspannung der Beziehungen zwischen den Nachbarländern wesentlicher Schritt, und zwar wiederum durch Nr. 1575, Deutschlands Entgegenkommen, getan. Die zusammenfassenden Be-  
1576

1) Vgl. S. 28.

richte des Botschafters Grafen Münster vom 2., 5. und 14. Oktober zeigen deutlich den damaligen Stand der Beziehungen. Die Randbemerkungen des Kaisers zu diesen drei Berichten erweisen, daß er sie zwar immer noch für zu optimistisch hielt, sich aber mit der Berichterstattung des Grafen Münster ganz wieder abgefunden hatte. Nr. 1577  
Nr. 1578,  
1579

Im Frühjahr 1892 drohten neue Verwicklungen. Für den 5. Juni war das Bundesfest der französischen Turner in Nancy ausgeschrieben. Die Studentenschaft der Universität Nancy wollte damit eine große internationale studentische Feier verbinden und lud alle ausländischen Universitäten mit Ausnahme der deutschen ein. Geplant war auch anlässlich dieses Festes ein Ausflug in die Vogesen über Gérardmer bis unmittelbar an die deutsche Grenze. Caprivi ließ anfragen, ob die französische Regierung für die Respektierung der deutschen Grenze Sorge tragen wolle. Sehr bald bemächtigte sich die Presse des bevorstehenden Festes, dessen Deutschfeindlichkeit laut hervorgehoben wurde, während die französische Regierung den Standpunkt vertrat, daß der Ausflug nach Gérardmer besser unterbliebe. Finde er aber statt, so werde die französische Regierung alle nötigen Maßnahmen treffen. Nr. 1580  
Nr. 1581  
Nr. 1582  
Nr. 1583

In Berlin sah man die Lage immerhin für so ernst an, daß Caprivi das Auswärtige Amt um eine Denkschrift darüber ersuchte, welche Mittel uns zur Verfügung ständen, „um, falls in Nancy Ausschreitungen stattfinden, welche wir nicht ruhig hinnehmen können, Frankreich unser Mißfallen zum Bewußtsein zu bringen, ohne den Krieg zu erklären“. Staatssekretär Frhr. v. Marschall entledigte sich dieses Auftrages unter Verwendung eines Entwurfes von der Hand des Vortragenden Rats Raschdau am 26. Mai. Tags darauf erstattete der Reichskanzler dem Kaiser einen zusammenfassenden Bericht über das geplante Nancyer Fest. In der französischen Presse legte sich Ende Mai die Erregung, da man einsah, daß die Klagen über deutsche Herausforderungen und unbefugte Einmischung in innere französische Dinge sich nicht begründen ließen. Nr. 1584  
Nr. 1585  
Nr. 1586  
Nr. 1587

Das Fest wäre auch wohl ohne politische Nachwirkungen verlaufen, wenn nicht unerwartet der russische Großfürst Konstantin in Nancy eingetroffen wäre und dadurch große Kundgebungen für Rußland, den Zweibund und Elsaß-Lothringen hervorgerufen hätte. Die französische Regierung mißbilligte dieses Verhalten des Großfürsten sehr scharf. Einer der Minister sagte sogar zum Grafen Münster: „Der einzige, ein wenig bedauerliche Zwischenfall ist der Besuch des Großfürsten Konstantin gewesen, auf den weder der Präsident noch einer der Minister gefaßt war und der zu Demonstrationen Anlaß gegeben hat, die wir sicherlich nicht wollten; aber die Großfürsten haben die Leidenschaft, ihre Nase überall hineinzustecken, wo sie nichts zu tun haben.“ Nr. 1588

Nr. 1589 Mitte September 1892 regte die Kolonialabteilung des Auswärtigen Amtes mittelst einer Denkschrift beim Reichskanzler an, in der Frage der Sicherung des Hinterlandes von Kamerun gegen das französische Vorgehen zu protestieren, Deutschlands Ansprüche aber durch Entsendung einer Expedition unter Führung des Botanikers Dr. Preuß zu unterstützen. Caprivi lehnte diesen Gedanken rundweg ab und zeigte sich dabei als Realpolitiker, der vor allem auf die Sicherung der deutschen Kontinentalstellung den Hauptnachdruck seiner Politik zu legen wünschte. Wörtlich schrieb er am 19. September 1892: „Solange wir die Abrechnung über Elsaß-Lothringen noch vor uns haben, werden wir gut tun, Situationen zu vermeiden, die, um fragwürdigen kolonialen Besitzes wegen, zu Verwickelungen mit Frankreich führen können, bei denen die Stellung unserer Bundesgenossen und vollends Englands mindestens ungewiß wäre. Kommt es zum Kriege am Rhein, so entscheidet dessen Erfolg über die Kolonien mit; siegen wir, so werden wir die Auswahl haben, werden wir geschlagen, so ist es mit unserer Kolonialpolitik überhaupt zu Ende. Sehr viel wird bei dem Zukunftskriege auf die mise en scène ankommen, ich wüßte aber kaum eine unglücklichere, wie wenn der Schauplatz des ersten Aktes Adamaua wäre. Daraus folgere ich, daß es auch im vorliegenden Falle gut sein wird, Händel mit Frankreich zu vermeiden, auf die letzten Mittel der großen Politik nicht zu rechnen, und unsere Ziele mit unseren zurzeit verfügbaren kolonialen Mitteln in Einklang zu halten. Ich bitte also unsere Ansprüche in Afrika Frankreich gegenüber auf diplomatischem Wege so gut zu wahren, als es, ohne einen Konflikt zu provozieren, möglich sein wird.“

Nr. 1590 Mitte November 1892 begann der Panama-Skandal ganz Frankreich leidenschaftlich zu erregen. Die französische Presse bezichtigte die diplomatischen Vertreter des Dreibundes der Beteiligung an den Angriffen gegen Baron v. Mohrenheim in der Panama-Sache und nannten hierbei offen den österreichisch-ungarischen Botschafter Grafen Hoyos. In Berlin erwog man, mit der Abberufung des Botschafters zu drohen. Französischerseits lenkte man ein und erklärte sich sogar zu einem amtlichen Dementi wegen der gegen Graf Hoyos gerichteten Preßangriffe bereit.

Nr. 1591 Am 30. März 1893 kam in Paris das Kabinett Ribot zu Fall und wurde durch ein Kabinett Dupuy ersetzt; Develle übernahm das Ministerium des Äußeren. Graf Münster stellte Ribot ein schlechtes Abgangszeugnis aus. Bei jeder Gelegenheit habe er gegen Deutschland intrigiert, und alle entstandenen Schwierigkeiten seien immer auf ihn zurückzuführen gewesen.

Nr. 1592 Die Dokumentensammlung enthält sodann ein Schriftstück vom 15. Juli 1893, aus dem hervorgeht, daß die Anregung zu einer deutsch-französischen Verständigung über die Interessengebiete von Deutsch-Kamerun und Französisch-Kongo von deutscher Seite ausgegangen ist.

Eine neue Phase der deutsch-französischen Beziehungen wurde dadurch eingeleitet, daß Kaiser Wilhelm II. nach dem Tode des Marschalls Mac Mahon den Grafen Münster beauftragte, in seinem Namen einen Kranz auf dem Grabe des Marschalls niederzulegen. Dabei betonte der Kaiser, daß Mac Mahon als Präsident der Republik ihm, dem Kaiser, 1878 seinen Inkognitobesuch in Paris erleichtert habe. Nun herrschte im Herbst 1893 in Frankreich große nationale Erregung über den Besuch des russischen Geschwaders in Toulon<sup>1)</sup>, so daß der Vortragende Rat v. Holstein den kaiserlichen Schritt für nicht unbedenklich hielt. Graf Münster entledigte sich ihm gewordenen Auftrages durch ein Telegramm an die Witwe des Marschalls<sup>2)</sup> und konnte am 20. Oktober melden, daß die Kundgebung des Kaisers in Paris sehr gut aufgenommen sei. In einem Schreiben vom 25. Oktober schilderte Graf Münster ausführlich das Leichenbegängnis und hob hervor, daß der Gedanke des Kaisers, den verstorbenen Marschall durch eine Beileidskundgebung zu ehren, einen „ganz vorzüglichen Eindruck“ hervorgebracht habe.

Im Dezember 1893 fand in Paris schon wieder ein Regierungswechsel statt, indem das Kabinett Dupuy dem Kabinett Casimir Périer Platz machen mußte. Am 12. Februar 1894 berichtete Graf Münster, daß man in Frankreich jetzt die tatsächliche Bedeutung des deutsch-russischen Handelsvertrages<sup>3)</sup> zu würdigen beginne, und daß die Aussichten auf die Erhaltung des Friedens sich dadurch gebessert hätten. „Wenn Rußland den Krieg nicht will, beginnt ihn Frankreich nicht. Die Republik befestigt sich. Die gemäßigten Elemente scheinen Einfluß zu gewinnen.“ Der Kaiser hatte seine Auffassung über den Botschafter inzwischen so weit geändert, daß er diesen Bericht mit der Schlußbemerkung „völlig einverstanden“ versah.

Am 24. Juni 1894 fiel Präsident Carnot in Lyon einem italienischen Anarchisten zum Opfer. Sein Nachfolger wurde am 27. Juni Casimir Périer. Kaiser Wilhelm II. beauftragte den Grafen Münster bei der Leichenfeier für Carnot einen Kranz niederzulegen, dem neuwählten Präsidenten nochmals seine Teilnahme an dem Schmerze Frankreichs zu bezeugen und ihm außerdem mitzuteilen, daß er Befehl gegeben habe, die in Kiel vor einem Jahre wegen Spionage verhafteten Marineoffiziere Degouy und Delguey-Malavas am Beisetzungstage Carnots wieder freizulassen. Dieser Vorgang ist ein starker Beweis für die immer wieder betätigte ritterliche Absicht des Kaisers, die denkbar besten Beziehungen zu Frankreich herzustellen.

1) Vgl. S. 26.

2) Deutscher Wortlaut siehe S. 235.

3) Vgl. S. 43.

- Nr. 1606 Die Wirkung blieb nicht aus. Casimir Périer gab dem Botschafter, nachdem er seinen Auftrag ausgerichtet hatte, tiefbewegt die Hand und sagte: „Melden Sie Seiner Majestät, daß dieser Gnadenakt den graden Weg zum Herzen der französischen Nation findet.“ Der Minister des Äußern fügte hinzu: „Diese edle Handlung hat eine große politische Tragweite.“ Daß dies nicht lediglich Wörtern kömmlichen Dankes gewesen sind, vermochte der Botschafter dem
- Nr. 1607 Kaiser in einem Telegramm vom 1. Juli mitzuteilen; der Eindruck sei ein noch größerer gewesen, als er selbst erwartet habe. In einem
- Nr. 1608 Schreiben vom 5. Juli an den Reichskanzler führte er sogar aus, seine Erwartung sei bei weitem übertroffen worden, „und wenn der ‚Figaro‘ sagte, daß am Sonntag abend unser Kaiser der populärste Mann in Paris gewesen sei, so ist das richtig.“ Auch seine persönliche Stellung als Botschafter habe dabei sehr gewonnen. Dennoch wisse er, daß solche Stimmungen umschlagen könnten. Von seiten beider Regierungen müsse alles getan werden, damit dieses nicht geschehe. „Die Zeit gleicht am besten Gegensätze aus. So geht es auch mit unseren Beziehungen zu Frankreich.“ Der Wert der russischen Freundschaft wurde damals in Frankreich, nach Ansicht des Grafen Münster, wieder geringer eingeschätzt. In Rußland aber war man mit der Botschaft des Präsidenten Casimir Périer wenig zufrieden, besonders nach Münsters Ansicht, nicht mit dem Satze, in dem es hieß: „Sicher in sich selbst, voll Vertrauen auf seine Armee und seine Marine, kann Frankreich erhobenen Hauptes seine Friedensliebe versichern.“

## Kapitel 49

### Der Draht nach Rußland 1890—1892

#### A. Äußere Politik

- Nach der Nichterneuerung des Rückversicherungsvertrages kam für die deutsch-russischen Beziehungen und bei der Eigenart der russischen
- Nr. 1609 Autokratie sehr viel darauf an, wie sich Kaiser Wilhelm II. persönlich zum Zaren stellen würde. Der für Mitte August 1890 geplante Kaiserbesuch am russischen Hofe wurde deshalb im Auswärtigen Amt gründlich vorbereitet. Auch in Petersburg fanden vorherige grund-
- Nr. 1610 legende Besprechungen zwischen Giers und dem Botschafter v. Schweinitz statt.

Am 17. August 1890 traf der Kaiser zum Besuche des Zaren in Narwa ein. In seiner Begleitung befand sich u. a. auch der Reichskanzler v. Caprivi. Am 22. August begaben sich die beiden Monarchen

nach Peterhof, von wo am 23. August die Abreise des Kaisers erfolgte. Über das durchaus befriedigende Ergebnis der Besprechungen zwischen den Monarchen und den maßgebenden Staatsmännern geben uns die Dokumente Nr. 1611—1614 genauen Aufschluß. Kaiser Wilhelm II. hat sich in ausführlicheren Randbemerkungen gleichfalls dazu geäußert. Nr. 1611—  
1614

Für die Entwicklung der Beziehungen zwischen den beiden Herrscherhäusern mußte die Persönlichkeit des russischen Thronfolgers von wesentlicher Bedeutung sein. In die Dokumentensammlung ist aus diesem Grunde eine ausführliche Aufzeichnung des Botschafters v. Schweinitz vom 9. November 1890 aufgenommen, in der er sich über die Einflüsse äußert, denen der Thronfolger von Jugend auf ausgesetzt gewesen war. Nr. 1615

Daß man auf russischer Seite den Mangel eines jeden vertragsmäßigen Bandes mit Deutschland bedauerte, zeigte sich bei verschiedenen Gelegenheiten, so auch in einer Unterredung des Botschafters Grafen Schuwalow am 29. Januar 1891 mit dem Staatssekretär Frhr. v. Marschall. Das russische Publikum verstand unter dem „neuen Kurs“ in Deutschland nach einem Berichte des Konsuls Raffauf in Kiew soviel, daß das Deutsche Reich der Auflösung entgegengetreibe. Bedenklich war vor allem für die österreich-russischen Beziehungen, daß Rußland immer stärkere Truppen an der österreichischen Grenze zusammenzog. Auch der Oberprokurator des heiligen Synods Pobedonowszew unterhielt sich mit dem Botschafter v. Schweinitz darüber und betonte, daß man in Rußland den Krieg fürchte und nur deshalb Truppen nach dem Westen schiebe, um gegen überraschende Angriffe gesichert zu sein. Daß man aber in Wien gar nicht daran dachte, auf kriegerische Abenteuer zuzugehen, zeigt ein Bericht des Botschafters Prinzen Heinrich VII. Reuß vom 9. Februar 1892 mit Deutlichkeit. Deutscherseits sah man die Zustände in Rußland als gefahrdrohend an, zumal in den inneren Verhältnissen völlige Verwirrung herrschte. In diesem Sinne äußerte sich auch am 10. Februar 1892 der König von Sachsen zu dem preußischen Gesandten Grafen v. Dönhoff. Nr. 1616  
Nr. 1617  
Nr. 1618  
Nr. 1619  
Nr. 1620  
Nr. 1621

Als anfangs Februar 1892 der Konprinz von Schweden nach einem vorherigen Besuche in Petersburg nach Berlin kam, schilderte er die Verhältnisse in Rußland sehr trübe. Die Furcht vor einem deutschen Angriffe sei weit verbreitet, und die Überzeugung von der Ohnmacht Rußlands trete deutlich zutage. Beunruhigend war auch, daß der Zar sich immer noch nicht zur Erwidern des deutschen Kaiserbesuches vom August 1890 entschließen konnte. Am 25. September 1891 war das russische Kaiserpaar von Kopenhagen kommend durch Berlin gefahren, am 31. Oktober hatte es Danzig berührt, ohne eine dieser beiden Gelegenheiten zu einem Besuche am deutschen Kaiserhofe auszunutzen. Nr. 1622

- Eine zusammenfassende gründliche Darstellung der damaligen Zustände und Auffassungen in Rußland gab der Botschafter v. Schweinitz in seinen ausführlichen Berichten vom 12. und 20. Februar 1892. Anscheinend auf polnische Einflüsse zurückgehend erhielt sich dort das Gerücht, Deutschland arbeite auf einen Krieg gegen Rußland hin. Der in Deutschland damals begonnene polnische „Versöhnungskurs“ wurde in der russischen Öffentlichkeit vielfach als russenfeindlich angesehen. Eine eigentliche Kriegspartei bestand in Rußland kaum, wohl aber wurde von einzelnen Militärs das Mißtrauen des Zaren gegen Deutschland und Österreich künstlich wachgehalten.

### B. Handelspolitische Beziehungen

- Seit Herbst 1890 wurde zwischen Deutschland und Österreich über einen Handelsvertrag verhandelt und im Mai 1891 ein solcher zum glücklichen Abschluß gebracht. In Rußland verfolgte man diese Dinge mit großem Interesse und wünschte deutscherseits die Erleichterung hauptsächlich für Getreide und Holz. In Berlin hatte Graf Schuwalow im Dezember 1890 selbst die Initiative in diesem Sinne ergriffen. Staatssekretär Frhr. v. Marschall erwiderte ihm, Deutschland habe den besten Willen, Rußland entgegenzukommen, müsse aber auf Grund des bisherigen Verhaltens der russischen Handelspolitiker zunächst skeptisch sein. In Petersburg äußerte sich Herr v. Giers dem deutschen Botschafter gegenüber gleichfalls im Sinne handelspolitischer Erleichterungen. Über den weiteren Gang der Verhandlungen in Berlin unterrichten die Dokumente Nr. 1628—1631.
- Am 23. Mai 1891 fragte der österreich-ungarische Botschafter Graf Széchényi im Berliner Auswärtigen Amte vertraulich an, ob an den vielfachen Zeitungsnachrichten, wonach zwischen Deutschland und Rußland Handelsvertragsverhandlungen schwebten, irgendetwas Wahres sei. Marschall erwiderte ihm, es sei bisher nur von einer Verständigung über einzelne Punkte zur Anbahnung eines besseren handelspolitischen Verhältnisses zwischen den beiden Mächten gesprochen worden.
- Einen wichtigen Gesichtspunkt brachte Herr v. Giers am 25. November 1891 in Berlin dem Staatssekretär Frhr. v. Marschall gegenüber zur Sprache. Er wies darauf hin, daß vor einigen Jahren, als der Zar in Berlin zu Besuch gewesen sei, Fürst Bismarck das Lombardverbot für die russischen Papiere gerade an demselben Tage erlassen habe<sup>1)</sup>. Giers glaubte nicht an die Maxime des Fürsten Bismarck, daß man politisch gut stehen und sich wirtschaftlich bekriegen könne. Marschall erwiderte, das Lombardverbot sei nur eine Antwort auf zahlreiche uns schwer schädigende Maßregeln der russi-

<sup>1)</sup> Band V, Kapitel 36, Anhang A. — Vgl. Wegweiser Band 1, S. 161/162.

schen Regierung gewesen. Österreichischerseits war man sehr interessiert, den Stand der Verhandlungen zwischen Deutschland und Rußland kennen zu lernen und zu erfahren, ob der Reichskanzler geneigt sei, das Lombardverbot aufzuheben. Nr. 1634

## Kapitel 50

### Der Draht nach Rußland 1892—1894

#### A. Äußere Politik

Unter Einwirkung des Königs von Dänemark hatte sich der Zar entschlossen, im Juni 1892 seinen Gegenbesuch beim Deutschen Kaiser zu machen<sup>1)</sup>. Die Begegnung fand am 7. Juni in Kiel statt und verlief in der befriedigendsten Weise. Von Politik wurde nicht gesprochen. Kurz vor der Galatafel ernannte der Kaiser den Zaren zum Admiral à la suite der deutschen Flotte. In Berlin hatte man den Eindruck, daß die Kieler Zusammenkunft zwar an der politischen Lage nichts Wesentliches ändere, daß aber die persönliche Annäherung beider Monarchen eine neue bedeutsame Friedenssicherung bilde. Unterstrichen wurde dieser Eindruck noch dadurch, daß die Kieler Zusammenkunft gerade während des Nancyer Festes<sup>2)</sup> stattfand. Auch der Kaiser von Österreich äußerte sich über den Kieler Besuch sehr befriedigt. In gleichem Sinne wirkte ein im November stattfindender Besuch des russischen Thronfolgers in Wien, wenn auch der junge Mann sich aus großer Verlegenheit dort sehr unbeholfen und verlegen gezeigt hatte. Nr. 1635  
Nr. 1636  
Nr. 1637  
Nr. 1638

Am 28. November 1892 reichte General v. Schweinitz sein Abschiedsgesuch ein und wurde durch den in Petersburg schon von der Zeit her, wo er dort Militärbevollmächtigter gewesen war, sehr beliebten General v. Werder als Botschafter ersetzt<sup>3)</sup>. Der Zar selbst hatte einen dahingehenden Wunsch geäußert. Der Reichskanzler trug keine Bedenken, und so konnte Kaiser Wilhelm II. dem als Jagdgast in der Göhrde bei ihm weilenden Großfürsten Wladimir die Ernennung persönlich mitteilen. Dieser äußerte sich sehr erfreut. Die Hoffnung des Kaisers, es werde dem General v. Werder bei dem unbegrenzten Vertrauen des Zaren zu ihm sehr bald gelingen, den Zaren aus dem französischen Fahrwasser herauszubringen, ging vielleicht etwas zu weit, da die Dinge zwischen Frankreich und Rußland schon zu weit gediehen waren. Immerhin fühlte sich der Zar veranlaßt, dem Kaiser, noch nach dem Jagdschloß Göhrde, telegraphisch mit folgendem Wortlaute zu danken: Nr. 1640  
Nr. 1641  
Nr. 1642

<sup>1)</sup> Vgl. S. 37.

<sup>2)</sup> Vgl. S. 33.

<sup>3)</sup> Vgl. Wegweiser Band 1, S. 42 u. a. a. O.

Telegramm in Klarschrift. Ausfertigung.

Gatschina, den 18. November 1892.

Bin sehr glücklich über die gute Nachricht, die Du mir gibst und sehr empfänglich für diesen neuen Beweis Deiner Liebenswürdigkeit, in dem Du W(erder) nach Petersburg ernennst, wovon Du wußtest, daß es mir Freude machen würde. Tausend Grüße.

Alexander.

Nr. 1643 Trotzdem erhielt sich beim Kaiser Alexander III. anscheinend immer noch der Gedanke, daß der Dreibund in erster Linie gegen Rußland geschlossen worden sei. Hierin bestärkte ihn auch die vom Reichskanzler Grafen v. Caprivi am 23. November 1892 eingebrachte große Militärvorlage.

Nr. 1644 Als der neue Botschafter v. Werder am 12. Januar 1893 dem Zaren seine Kreditbriefe überreichte, fragte jener ihn alsbald, wie es mit der Militärvorlage stände. Der Zar sprach sich über diese Vorlage, die auch den Übergang zur zweijährigen Dienstzeit in sich schloß, ganz objektiv aus, schloß aber die Unterhaltung mit dem Botschafter doch damit ab, daß er sagte, er sehe sehr schwarz und glaube, das zwanzigste Jahrhundert werde uns große Katastrophen bringen. Kaiser Wilhelm II. bemerkte zu dem Berichte des Botschafters v. Werder: „Das Entrée ist so günstig, wie man nur wünschen kann. Ich vertraue Werder, daß er es zum Heile unserer Beider Häuser und Länder gut ausnutzen wird. Der Friede Europas ruht nicht zu einem geringen Teil in seinen Händen.“

Nr. 1645 Sehr bald ergaben sich aus den Äußerungen des Reichskanzlers über die Militärvorlage im Reichstage, besonders am 11. Januar 1893, wo er von der Möglichkeit des Zweifrontenkrieges und der Wahrscheinlichkeit militärischer Abmachungen zu Wasser und zu Lande zwischen Frankreich und Rußland sprach, neue Besorgnisse des Zaren. Er erkannte zwar an, daß Caprivi kein Parlamentarier, sondern Soldat wäre und im Wunsche, die Vorlage durchzubringen, vielleicht etwas zu weit gegangen sei, blieb aber doch besorgt. Anscheinend um die günstige Wirkung eines Besuches des russischen Thronfolgers am Berliner Hofe vom 24. bis 28. Januar 1893 aufzuheben, erschienen damals in der französischen, englischen und österreichischen Presse Nachrichten, daß im Frühjahr ein russischer Angriff auf Deutschland bevorstehe. Großfürst Sergius sei in Frankreich gewesen, um festzustellen, ob Frankreich zu einem Kriege im Frühjahr hinlänglich vorbereitet sei. In Petersburg konnte Werder

Nr. 1647 immer wieder nur feststellen, daß der Zar ebensowenig wie Kaiser Wilhelm II. an den Krieg dachte, und im Ausbruch eines solchen ein furchtbares Unglück sah. Nur die Umsturzparteien würden Vorteil daraus ziehen.

Als der russische Thronfolger Berlin verließ, hatte, wie schon erwähnt<sup>1)</sup>, Kaiser Wilhelm II. ihm eine Aufzeichnung über die Ziele des Dreibundes mitgegeben<sup>2)</sup>. Diese Aufzeichnung übersandte der Kaiser offenbar nebst einer ausführlichen Schilderung des Besuches des Thronfolgers dem Kaiser Franz Joseph, der sich dafür am 5. Februar 1893 bedankte, dabei aber doch der Besorgnis Ausdruck Nr. 1648 gab, daß dem Dreibunde Enttäuschungen und schwere Prüfungen nicht erspart bleiben würden. Als der Thronfolger nach Petersburg zurückgekehrt war, sprach er sich zum General v. Werder über Nr. 1649 seine Berliner Eindrücke nur zurückhaltend aus, so daß Werder annahm, er sei wohl dahin instruiert gewesen, sich in Berlin sehr reserviert zu verhalten. Dem widersprach aber Kaiser Wilhelm II. und stellte in einer Randbemerkung fest, der Thronfolger habe sich mit ihm über alles so offen ausgesprochen, wie noch nie ein Großfürst.

Der freimütige und rein militärische Ton einiger am Geburtstage des deutschen Kaisers in Deutschland gehaltenen Generalsreden, in denen von der Möglichkeit eines Zukunftskrieges gesprochen wurde, erregte Anfang Februar in Rußland erhebliches Aufsehen. Die „Moskauer Nachrichten“ machten den Anfang mit Nr. 1650 neuen Angriffen gegen Deutschland. Auch ein vom Kaiser Wilhelm II. am 22. Januar 1893 anlässlich der Anwesenheit des Herzogs von Edinburgh in Berlin ausgebrachter Trinkspruch auf die englische Flotte wirkte in gleichem Sinne. Graf v. Caprivi legte derartigen Verstimmungen nur verhältnismäßig geringe Bedeutung bei. Wenn eine solche augenblickliche Verstimmung über einige in Nr. 1651 Deutschland gefallene Äußerungen genügen könnte, um alle Beweise des Entgegenkommens des Kaisers Wilhelm II. umzustoßen, dann scheine es, als wenn man das Wohlwollen Rußlands dauernd nur dadurch gewinnen könne, daß man die deutsche Politik, wie in der Mitte des 19. Jahrhunderts, ganz in den Dienst der russischen stelle. In welcher Weise das Schicksal der großen deutschen Militärvorlage die deutsch-russischen Beziehungen damals beeinflußt hat, zeigen die Dokumente Nr. 1652—1654.

Am 29. April 1893 hatte Botschafter v. Werder ein ausführliches Gespräch mit Herrn v. Giers, der ungeachtet seines körperlichen Nr. 1655 Verfalls vor kurzem in Wien gewesen war. In seiner Unterhaltung mit Werder tat Giers interessante Äußerungen über den Fürsten Bismarck, der Rußland, besonders auch durch seine Finanzmaßregeln, in die Arme Frankreichs getrieben habe. Mit diesem Lande bestände keine Allianz; nach Bildung des Dreibundes aber hätte Rußland sich doch für etwaige Fälle nach einem Verbündeten um-

<sup>1)</sup> Vgl. S. 26.

<sup>2)</sup> Anlage zu Nr. 1527 (Band VII, S. 244); deutscher Wortlaut siehe S. 235.

sehen müssen. Frankreich würde aber nie einen Angriff auf Deutschland wagen, ohne der Unterstützung Rußlands sicher zu sein, und die würde ihm durch den so friedliebenden Zaren niemals zuteil werden. Giers sprach auch von der steten Vermehrung der stehenden Heere und erwog die Frage, „ob die Staaten bei den eminenten Friedensaussichten nicht einen Vertrag schließen könnten, durch welchen die Heeresmacht eines jeden Staates festgestellt würde“. Hier taucht bei einer amtlichen russischen Persönlichkeit plötzlich der Gedanke einer allgemeinen Abrüstung auf. Über die Besprechungen des Herrn v. Giers in Wien werden wir durch einen Bericht des Botschafters Prinzen Heinrich VII. Reuß vom 1. Mai unterrichtet. Nr. 1656 Eine Aufzeichnung des Geschäftsträgers Prinzen Max v. Ratibor vom Nr. 1657 9. Juni 1893 gibt dazu weitere Ergänzungen. Man war dort in Rücksicht auf den Gesundheitszustand des Herrn v. Giers auf ernstere Fragen kaum eingegangen.

Im September 1893 nahm Kaiser Wilhelm II. an den österreich-ungarischen Manövern teil und besuchte vom 22. bis 27. September den Kaiser Franz Joseph als Jagdgast. Einige Äußerungen, die er vielleicht bei den österreichischen Manövern getan hatte — etwa in dem Sinne, daß wir mit solchen Truppen keinen Feind zu fürchten brauchten, — hatten bei Kaiser Franz Joseph die Ansicht bewirkt, als unterschätze der Kaiser vielleicht die russische Armee. Prinz Nr. 1658 Heinrich VII. Reuß konnte ihn darüber beruhigen. Kaiser Wilhelm II. war über dieses Mißverständnis geradezu betroffen und betonte in einer Randbemerkung zu dem Berichte des Prinzen Heinrich VII. Reuß mit vollem Rechte, daß er ganz anders denke.

Im Herbst 1894 warf der mit Sicherheit erwartete baldige Tod des Kaisers Alexander III. seine Schatten voraus. Schon seit Sommer Nr. 1659 1894 litt der Zar an einer unheilbaren Nierenerkrankung. Am 30. Oktober telegraphierte der Thronfolger, der Zustand habe sich verschlimmert. Der Kaiser ließ dem Zaren den am 29. Oktober eingetretenen Kanzlerwechsel mitteilen, — Fürst Chlodwig von Hohenlohe war an die Stelle des Grafen Caprivi getreten —, und beabsichtigte, im Falle des Ablebens des Zaren nach Petersburg zur Beisetzung zu reisen. Botschafter v. Werder riet indessen, diese Reise einstweilen Nr. 1660 zu unterlassen und die Anknüpfung intimerer Beziehungen zu dem jungen Zaren auf eine spätere Zeit zu verschieben.

## B. Handelspolitische Beziehungen

Am 25. Juni 1893 führte die russische Regierung, die am 17. Juni eine Handelskonvention mit Frankreich abgeschlossen hatte, einen Nr. 1661 doppelten Zolltarif ein und drohte der deutschen Regierung mit Maßnahmen gegen alle Waren deutschen Ursprungs, falls Deutschland

ihr nicht einstweilen vorläufig gewisse Vergünstigungen zubilligte. Man drohte, zum 1. August einen Maximaltarif für alle deutschen Waren einzuführen. Deutscherseits lehnte man diese Drohung kurzerhand ab und ließ der russischen Regierung mitteilen, man werde die Einführung des russischen Maximaltarifs gegen Deutschland durch Erhöhung der Steuern auf die Einfuhr russischer Produkte beantworten. Caprivi wünschte aber nach wie vor das Zustandekommen eines Vertrages mit Rußland aus politischen wie wirtschaftlichen Gründen dringend.

Anfang Oktober begannen, einem Vorschlage der deutschen Regierung gemäß, in Berlin die Verhandlungen über Zollangelegenheiten und nahmen einen guten Fortgang, über deren weiteren Verlauf im Archiv des Auswärtigen Amts nur wenig Akten vorhanden sind. Das ausführliche Kronratsprotokoll vom 18. Februar 1894 gibt aber einen guten Überblick über die damals geleistete Arbeit. Am 16. März 1894 konnte Kaiser Wilhelm II. dem Zaren mitteilen<sup>1)</sup>, daß der Handelsvertrag nunmehr durch den Reichstag beschlossen worden sei. Der Zar dankte telegraphisch tags darauf<sup>2)</sup>.

In Österreich erblickte man in dem Abschluß des Handelsvertrages einen erfreulichen Schritt. In Rußland selbst herrschte die lebhafteste Genugtuung. Die Sprache der russischen Blätter zeigte seit Abschluß des Vertrages eine wesentlich geringere Begeisterung für Frankreich. Als vollends die Verlobung des Großfürsten-Thronfolgers mit der Prinzessin Alix von Hessen am 20. April 1894 in Koburg erfolgt war, trat eine erhebliche Ernüchterung des chauvinistischen Panlawismus ein. Eine freundlichere Stimmung Deutschland gegenüber war unverkennbar. Ob allerdings dieser Umschwung zum Besseren sich als dauerhaft erweisen würde, war eine andere Frage.

Am 26. Oktober 1894 erfolgte sodann, wie schon im V. Bande des Aktenwerkes mitgeteilt worden ist<sup>3)</sup>, die Aufhebung des Lombarbverbotes durch Deutschland. Damit ging der Wunsch des Grafen v. Caprivi in Erfüllung, der russischen Nation und Regierung in ihrer durch das schwere Leiden des Zaren verursachten Bedrängnis einen Sympathiebeweis zu geben, und die feste Absicht Kaiser Wilhelms II. zu bekunden, für den Nachfolger des Zaren „die Wege freundschaftlichen Nebeneinanderlebens mit Deutschland zu ebnen“.

<sup>1)</sup> Deutscher Wortlaut siehe S. 235/236.

<sup>2)</sup> Deutscher Wortlaut siehe S. 236.

<sup>3)</sup> Vgl. Wegweiser Band 1, S. 161/162.



Die Anfänge des Neuen Kurses

II

Die Stellung Englands zwischen den Mächten

Der achte Band des Aktenwerkes

---

## Inhaltsübersicht

des 8. Bandes

### KAPITEL 51

- Erster Annäherungsversuch Deutschlands: Der Helgoland-Sansibarvertrag.  
Französische Gegenwirkung 1890. Dokumente Nr. 1672—1705 . . . . . 47

### KAPITEL 52

- Auf dem Wege zur Quadrupelallianz. Der Dreibund und die Entente à trois.  
A. Unter dem Kabinett Salisbury 1890—1892. Dokumente Nr. 1706—1730 50  
B. Unter den Kabinetten Gladstone und Rosebery 1892—1895. Dokumente Nr. 1731—1774 . . . . . 54

### KAPITEL 53

- Die Bedeutung der Mittelmeerfragen für die Gruppierung der Mächte.  
A. Die Ägyptische Frage. Dokumente Nr. 1775—1861 . . . . . 59  
B. Die Tunis- und die Tripolisfrage. Dokumente Nr. 1862—1913 . . . . . 63  
C. Die Marokkofrage. Dokumente Nr. 1914—1971 . . . . . 68

### KAPITEL 54

- Die Bedeutung der Kolonialfragen für die Gruppierung der Mächte.  
A. England und Italien: Massaua—Kassala—Zeila. Dokumente Nr. 1972 bis 2016 . . . . . 69  
B. England und Deutschland: Samoa—Kongo. Dokumente Nr. 2017—2072 70
-

## Kapitel 51

### Erster Annäherungsversuch Deutschlands: Der Helgoland-Sansibarvertrag. Französische Gegenwirkung 1890.

Im März 1889 hatte Graf Herbert Bismarck aus London noch berichten können, alle maßgebenden Persönlichkeiten Englands wünschten aufrichtig, mit Deutschland nur die besten Beziehungen zu unterhalten. Man zeigte damals in England nicht nur Entgegenkommen in kolonialen Fragen, sondern Chamberlain, der ehemalige Handelsminister im Kabinett Gladstone, regte von sich aus an, England könne für Deutschlands Entgegenkommen in Afrika vielleicht Helgoland an Deutschland abtreten<sup>2)</sup>. Die Angelegenheit war damals aber schließlich nicht weiter verfolgt worden, da Bismarck den Augenblick für den Erwerb Helgolands noch nicht für gekommen hielt. Der Besuch des Deutschen Kaisers in England anlässlich der englischen Flottenrevue Anfang August 1889 hatte politisch günstig gewirkt.

Am 7. Dezember 1889 meldete nun der Londoner Botschafter Graf v. Hatzfeldt, in kolonialen Fragen habe sich jetzt, nicht nur in den beteiligten geschäftlichen Kreisen, sondern im großen Publikum, eine gewisse Mißstimmung gegen Deutschland eingeschlichen. Man war der Ansicht, Sansibar, das man als eine rein englische Schöpfung ansah, durch die Schwäche der Regierung verloren zu haben, und außerdem durch den deutschen Handel dort geschädigt zu werden. In einem vertraulichen Gespräch mit Lord Salisbury gab Hatzfeldt der Meinung Ausdruck, alle kolonialen Fragen zwischen Deutschland und England könnten binnen einer Stunde geregelt werden, wenn Vertreter beider Regierungen sich guten Willens an einem Tische zur Beratung zusammenfänden. Ein Teil der damaligen englischen Verstimmung wurde durch die Überlassung von Waffen an den Sultan von Witu bewirkt. Man befürchtete, die deutsche ostafrikanische Gesellschaft wolle den Sultan später gegen englische Interessen ins Feuer schicken.

Staatssekretär Graf Herbert Bismarck wies diese Beschwerde einer Waffenlieferung an den Sultan in Witu als unbegründet zurück, da der Sultan diese Waffen lediglich zu dem Zwecke erhalten habe, sich der Somalistämme zu erwehren. Im übrigen ließ er Lord Salis-

<sup>1)</sup> Vgl. Wegweiser Band 1, Kapitel 29, S. 131 ff.

<sup>2)</sup> Vgl. Wegweiser Band 1, S. 132.

bury sagen, daß die vertrauensvollen und intimen Beziehungen der Kabinette stets über Verstimmungen der beiderseitigen öffentlichen Meinungen erhaben bleiben würden.

In London ergriff Lord Salisbury nunmehr die Gelegenheit zu einer entgegenkommenden Aussprache mit dem Grafen Hatzfeldt. Es sei doch sehr wünschenswert, meinte er, einige der schwebenden kolonialen Differenzen, namentlich in Sansibar, durch eine gleichzeitige Verständigung aus der Welt zu schaffen. Dabei regte er den Gedanken eines Schiedsspruches an. Deutscherseits ging man auf diesen Gedanken bereitwillig ein und war durchaus damit einverstanden, daß der Leiter der kolonialen Angelegenheiten im Foreign Office, Sir Percy Anderson, nach Berlin kommen sollte, um dort alles weitere zu klären. Anderson traf aber erst Anfang Mai in Berlin ein und verhandelte dort mit dem deutschen Kommissar Dr. Krauel.

Die Aussprache zwischen den beiden Ländern wurde wesentlich durch eine vertrauliche Zusammenkunft gefördert, die zwischen Lord Salisbury und dem Grafen Hatzfeldt im Mai 1890 im Foreign Office stattfand. Salisbury formulierte die englischen Wünsche, die im besonderen auch die Übernahme des Protektorats über die Insel Sansibar enthielten, und versprach dagegen die Abtretung der Insel Helgoland durch einen Parlamentsbeschluß und die Übergabe der deutschen Gebieteile an der festländischen Küste von Sansibar in den endgültigen deutschen Besitz. Beiderseits wurde nun über verschiedene Wünsche hin und her gehandelt. Entscheidend für Deutschlands Stellung war dabei, den Erwerb von Helgoland nicht durch Unnachgiebigkeit in anderen Fragen zu gefährden. Graf Hatzfeldt sollte im Auge behalten, daß der Besitz der Insel weitaus der wichtigste Gegenstand bei der ganzen Verhandlung sei. Um so größeren Wert mußte er daher darauf legen, Lord Salisbury, der bis jetzt Helgoland als ein in Wirklichkeit für Deutschland ziemlich wertloses Objekt ansah, über die wahre Bedeutung dieses Handels nicht zu früh aufzuklären.

Ende Mai begannen sich neue Schwierigkeiten einzustellen. Lord Salisbury schien den Wunsch zu hegen, die schwebenden Fragen, besonders wegen des Protektorats über Sansibar, noch zu vertagen. Deutscherseits herrschte der entgegengesetzte Wunsch, und am 5. Juni einigte man sich auf ein gemeinsames Programm über die Gebietsveränderungen in Afrika. England sollte das Protektorat über Sansibar und Pemba erhalten, Helgoland an Deutschland abgetreten werden. Hierbei verlangte Lord Salisbury eine Bestimmung, wonach die allgemeine Dienstpflicht für die Helgoländer nicht sofort eingeführt und den Einwohnern das Recht der Option gewährt werden sollte. Deutschland stimmte zu, und am 10. Juni erklärte sich auch der englische Ministerrat unter gewissen Voraussetzungen mit den Verabredungen einverstanden. Hierbei kam nicht zur Sprache, daß der

Übergang der Insel in deutschen Besitz voraussichtlich die Mißstimmung der Franzosen gegen England wesentlich erhöhen mußte, sondern nur, daß Helgoland im Falle eines immerhin möglichen Krieges mit Deutschland der englischen Flotte einen wertvollen Stützpunkt geboten haben würde. Am 1. Juli 1890 wurde das deutsch-englische Abkommen endgültig abgeschlossen, nachdem die Königin ihre Zustimmung schon Mitte Juni gegeben hatte. Die Grundzüge des Abkommens waren schon am 17. Juni bekanntgegeben worden. Nr. 1689

Bereits zwei Tage später meldete Botschafter Graf Münster aus Paris, die Veröffentlichung des deutsch-englischen Vertrages und namentlich die Abtretung Helgolands habe in Paris alle Kreise überrascht und sehr verstimmt. Die französische Regierung gab alsbald in London zu verstehen, daß sie eine Kompensation erwarte, da die Unabhängigkeit des Sultans von Sansibar 1862 zwischen Frankreich und England vertraglich festgelegt worden sei. Lord Salisbury vertrat den Standpunkt, die Zustimmung Frankreichs sei nicht erforderlich. Nr. 1690

Auch von Deutschland verlangte Frankreich Kompensationen. Am 18. Juli 1890 überreichte der französische Botschafter Herbet in Berlin eine Note<sup>1)</sup>, in der auf die Abtretung der Insel Mafia und der vom Sultan von Sansibar abhängenden Festlandsgebiete an das Deutsche Reich hingewiesen und ein Gedankenaustausch über diese Frage angeregt wurde. Herbet fügte hinzu, es gebe für alles Kompensationen. Die Kolonialabteilung des Auswärtigen Amtes wünschte, Frankreich gegenüber mit England Hand in Hand zu gehen. Herr v. Holstein, der damals stellvertretend das Auswärtige Amt leitete, war aber anderer Ansicht und sah keinen Anlaß, eine Verständigung mit der großbritannischen Regierung über das der französischen Forderung gegenüber einzunehmende Verhalten herbeizuführen. Graf Hatzfeldt erhielt die französische Note zur Kenntnis. Nr. 1693  
Nr. 1692

Am 23. Juli wurde der Botschafter Graf Münster angewiesen, den französischen Einspruch als unbegründet zurückzuweisen. In England empfand man die französische Einspruchspolitik als Ungeschicklichkeit, da sie nur dazu führen könnte, England vollständig in die Arme von Deutschland zu treiben. Den Anschein einer Herausforderung Frankreichs wünschte man dort jedoch unbedingt zu vermeiden, ging aber mit Deutschland jetzt gern gemeinsam vor, womit der Reichskanzler sich einverstanden erklärte. Eine gewisse Rolle spielte bei den deutschen Verhandlungen mit Frankreich damals die tunesische Frage, über die im 53. Kapitel<sup>2)</sup> nähere Angaben enthalten sind. Es ging damals das Gerücht, daß Frankreich mit dem Bey von Tunis einen Erbvertrag abgeschlossen haben solle, eine Nachricht, die nicht verfehle, besonders auch in Italien großes Aufsehen zu machen. Nr. 1694  
Nr. 1695  
Nr. 1696  
Nr. 1697  
Nr. 1698  
Nr. 1699,  
1700  
Nr. 1701  
Nr. 1702  
Nr. 1703

<sup>1)</sup> Deutscher Wortlaut siehe S. 236.

<sup>2)</sup> Vgl. S. 63.

Den Abschluß der Verhandlungen über Sansibar enthalten die Dokumente Nr. 1704 und 1705. Am 17. November 1890 sandte der französische Botschafter in Berlin Herbette dem Staatssekretär Frhrn. v. Marschall eine Note<sup>1)</sup>, die ihm noch am gleichen Tage durch Marschall amtlich bestätigt wurde. Die Kaiserliche Regierung sprach ihr Einverständnis mit den französischen Erklärungen aus. Frankreich erhob keinen Einspruch gegen den Erwerb der festländischen Besitzungen des Sultans von Sansibar und der Insel Mafia durch Deutschland; dagegen erkannte Deutschland die Schutzherrschaft Frankreichs über Madagaskar mit allen Folgen an.

## Kapitel 52

### Auf dem Wege zur Quadrupelallianz Der Dreibund und die Entente à trois

#### A. Unter dem Kabinett Salisbury 1890—1892

Über die Grundlagen der Entente à trois zwischen Italien, England und Österreich sind im 28. Kapitel des IV. Bandes<sup>2)</sup> schon die notwendigen Mitteilungen gemacht worden. Lord Salisbury hatte schon damals, als es sich um den Beitritt Englands zu der in Konstantinopel entworfenen Vereinbarung der drei Mächte über die Orientfragen handelte, den größten Wert darauf gelegt, daß die Verständigung zwischen Österreich, England und Italien durchaus geheimgehalten werden müsse. Sie war damals nur durch einen Notenaustausch erfolgt<sup>3)</sup>.

Ende März 1891 sprach sich der italienische Botschafter in London, Graf Tornielli, in einem Privatbriefe an den Marquis di Rudini dahin aus, das mit England bestehende geheime Abkommen genüge weder zur Deckung der italienischen Interessen, noch entspreche es der Wichtigkeit Italiens für die englische Politik. Graf Tornielli empfahl, durch deutsche Vermittlung in London weitergehende und bestimmte Verpflichtungen zu verlangen. Rudini wünschte England vor allem dazu zu bewegen, auch Abmachungen über Mittelmeerfragen zu treffen. In Berlin wünschte man durchaus, eine englisch-italienische Annäherung zu fördern.

<sup>1)</sup> Deutscher Wortlaut siehe S. 237.

<sup>2)</sup> Siehe Wegweiser Band 1, S. 127 ff.

<sup>3)</sup> Deutscher Wortlaut der Dokumente Nr. 938 und 940 siehe Wegweiser Band 1, S. 293 ff.

In welcher Richtung Italiens Wünsche gingen, erfuhr man bald über Wien, wo die italienische Regierung ihren Wunsch ausgesprochen hatte, England möge sich auch für den westlichen Teil des Mittelmeeres Italien gegenüber verpflichten. Lord Salisbury stand der Anregung nicht unfreundlich gegenüber, betonte aber, daß er keinen Vertrag schließen könne. Deutscherseits glaubte man, Lord Salisbury durch Mitteilung der soeben erfolgten Verlängerung des Dreibundes, vielleicht den italienischen Wünschen geneigter machen zu können.

Der weitere Gang der Verhandlungen geht aus dem Dokument Nr. 1713 und besonders den Anlagen zu den Dokumenten Nr. 1714<sup>1)</sup> und 1715<sup>2)</sup> hervor. Der deutsche Botschafter in Rom, Graf von Solms-Sonnenwalde, übermittelte die italienischen Wünsche nach Berlin, von wo sie nach London weitergeleitet wurden. In London übernahm es Graf Hatzfeldt, die italienischen Wünsche Lord Salisbury zunächst in allgemeinerer Form mitzuteilen.

Sehr bald ergab sich aufs neue die Gebundenheit der englischen Politik gegenüber dem Parlament. Ebenso wie wenige Monate nach dem erwähnten Notenaustausch im Dezember 1887 der Führer der radikalen Linken im Unterhause, Labouchère, angefragt hatte, ob die englische Regierung ein Abkommen mit Italien oder irgendeiner anderen Macht eingegangen sei, worauf der Regierungsvertreter ausweichend geantwortet hatte<sup>3)</sup>, ebenso fragte Labouchère am 2. Juni 1891 wiederum an, ob tatsächlich 1887 Vereinbarungen eingegangen worden seien, die Frankreich, selbst falls es auf Rußland zählen könne, von einem Eroberungskriege abhalten würden; im italienischen Parlament hatte sich am 14. Mai nämlich der Abgeordnete Chiala in diesem Sinne geäußert. Der englische Unterstaatssekretär für die Auswärtigen Angelegenheiten, Sir James Fergusson, erwiderte, die von Labouchère gestellten Fragen seien bereits 1888 genau erörtert worden, und die Regierung habe ihren damals gemachten Ausführungen nichts hinzuzufügen, da sich die politische Lage seitdem nicht verändert habe. Die englische Regierung sei keinerlei Verpflichtungen eingegangen, die die Armee oder die Flotte Englands an irgendeine andere Macht bänden, und habe sich für alle nur denkbaren Verhältnisse ihre volle Entschlußfähigkeit bewahrt.

Auf Lord Salisbury hatte diese Interpellation naturgemäß die Wirkung, ihn Italien gegenüber noch zurückhaltender zu machen. Dazu fühlte er sich um so mehr veranlaßt, als anfangs Juni der „Figaro“ einen Brief des französischen Deputierten Millevoye an Labouchère veröffentlichte, in dem Äußerungen des Königs Humbert von Italien zu dem im März 1891 verstorbenen Prinzen Jérôme Napoleon über

<sup>1)</sup> Anlage zu Nr. 1714. Deutscher Wortlaut siehe S. 237/238.

<sup>2)</sup> Anlage zu Nr. 1715. Deutscher Wortlaut siehe S. 238/239.

<sup>3)</sup> Vgl. Wegweiser Band 1, S. 130.

die Natur der englisch-italienischen Vereinbarungen enthalten waren. König Humbert sollte gesagt haben: „Ich habe für die Sicherheit der italienischen Küsten nichts zu befürchten. Ich habe vom Kabinett von St. James das formelle Versprechen, daß sich die englische Flotte gegebenenfalls mit der meinigen vereinigen wird, um Italien gegen jede Unternehmung zur See zu decken . . . Mehr habe ich Ihnen nicht zu sagen. Was ich Ihnen bestätigen kann, ist, daß die englische und italienische Regierung Depeschen mit genauen Verpflichtungen ausgetauscht haben, und ich habe volles Vertrauen zu dem geschriebenen Worte der englischen Regierung<sup>1)</sup>.“ Als in Paris Ribot den italienischen Botschafter Grafen Menabrea auf diese Enthüllungen anredete, erwiderte dieser sehr energisch, ob schriftliche Abmachungen beständen, sei gleichgültig, denn falls Frankreich versuche, das Gleichgewicht im Mittelländischen Meere zu stören, so würden auch ohne solche Abmachungen die englische und italienische Flotte sich zusammenfinden. Auch der „Standard“ hatte sich im Juni in ähnlichem Sinne geäußert.

Nr. 1721

Nr. 1722

Nr. 1730

Nr. 1723

Lord Salisbury wurde daraufhin nur um so zurückhaltender und bat den um die Vermittlung der italienischen Wünsche bemühten Grafen Hatzfeldt, noch etwas zu warten. Er ist dann aber tatsächlich auf die ganze Sache nicht mehr zurückgekommen. Auch Versuche, die Italien über Wien unternahm, konnten ihn von dieser Haltung nicht abbringen.

Nr. 1727

Nr. 1724

Vom 4. bis 13. Juli weilte Kaiser Wilhelm II. in England<sup>2)</sup>. Dieser längere Aufenthalt nahm einen für die Entwicklung der Beziehungen Deutschlands zu England sehr günstigen Verlauf. Der Kaiser benutzte die Gelegenheit einer Besprechung mit Lord Salisbury, um ihm möglichstes Entgegenkommen gegen die italienische Regierung und eine wohlwollende Haltung gegen den Sultan zu empfehlen, ohne aber irgendwie zu drängen. Der Staatssekretär des Äußern, Frhr. v. Marschall, hatte den Kaiser begleitet und bei dieser Gelegenheit auch eine eingehende Aussprache mit Lord Salisbury über alle Fragen der hohen Politik. Hierbei kamen auch die französischen Machenschaften in Marokko<sup>3)</sup> zur Sprache, die den englischen Minister etwas beunruhigten. Marschall erwiderte, irgendein direktes Interesse bestehe für uns in jenen Gegenden nicht; unsere diplomatische Unterstützung stehe also unseren Freunden zu Gebote, und wir würden uns lebhaft freuen, wenn England dort Hand in Hand mit Spanien und Italien ginge.

Noch während der Anwesenheit des Deutschen Kaisers in England erfolgte im englischen Parlament seitens der Opposition ein neuer

1) Französischer Wortlaut siehe Band VIII, S. 58.

2) Vgl. Band IX, Dokument Nr. 2111, S. 63 ff.

3) Hierzu siehe Näheres Kapitel 53, S. 68.

Angriff gegen die Regierung wegen ihrer Stellung zum Dreibunde. Nr. 1725  
 Labouchère erhob Einspruch dagegen, daß in Italien noch länger die Illusion genährt werde, als wenn Lord Salisburys Erklärungen auch für seine Nachfolger bindend seien. Sir James Fergusson erwiderte, die sogenannte geheime Verständigung zwischen England und Italien bestehe lediglich in einem Austausch von Ansichten über die Erhaltung des europäischen Friedens und des Status quo im Mittelmeer; die guten Beziehungen zwischen England und Frankreich seien durch die Politik der Regierung keineswegs verändert worden, Englands Sympathien seien aber auf seiten der Mächte anzutreffen, die den Frieden zu erhalten strebten und die internationalen Verträge rückhaltlos anerkannten. Diese Erklärungen machten damals um so stärkeren Eindruck, als wenige Tage vorher, am 6. Juli 1891, König Humbert in Venedig der englischen Mittelmeerflotte einen Besuch abgestattet hatte.

Auch in Petersburg verfolgte man diese Vorgänge mit Besorgnis und fand, daß der nunmehr erneuerte Dreibund einen für Rußland Nr. 1726  
 bedrohlicheren Charakter annehme. Die Rede des Deutschen Kaisers in der Guildhall zu London, die auch in England einen ausgezeichneten Eindruck machte, wirkte indes beruhigend. Der Kaiser hatte darin u. a. gesagt: „Dem Beispiele Meines Großvaters und unvergeßlichen Vaters folgend werde ich stets, soweit es in Meiner Macht steht, die historische Freundschaft zwischen diesen unseren beiden Nationen bewahren, welche man so oft zum Schutze der Freiheit und Gerechtigkeit nebeneinander gesehen hat.“

Wenige Wochen später erfolgte der Besuch der französischen Flotte in Kronstadt<sup>1)</sup>. Schon im Mai hatte die französische Regierung der englischen die Absicht dieses Besuches mitgeteilt und gefragt, ob es den Engländern genehm sein würde, wenn das Geschwader auf dem Rückwege von Kronstadt einen englischen Hafen anlief. Von London aus hatte man sich zustimmend geäußert, und die Königin erklärte sich bereit, die französischen Offiziere in Osborne zu empfangen.

Der geplante Besuch fand vom 19. bis 26. August 1891 in Nr. 1728  
 Portsmouth statt. Die Königin Viktoria gab am 20. August den Offizieren in Osborne ein Festmahl, bei dem sie, ebenso wie vor ihr der Zar in Peterhof, die Marseillaise stehend anhörte, und stattete am 21. August der Flotte selbst einen Besuch ab. Deutsche Besorgnisse über diesen demonstrativen Empfang der Franzosen in England wurden durch den Hinweis auf die innerpolitische Bedeutung dieser Nr. 1728  
 Vorgänge für England beschwichtigt. Nach Ansicht des deutschen Geschäftsträgers Grafen v. Metternich lag dem Empfange der Franzosen die englische Absicht zugrunde, die Welt von der völligen Nr. 1729  
 Aktionsfreiheit Englands zu überzeugen und der etwaigen Annahme

<sup>1)</sup> Vgl. S. 22.

den Boden zu entziehen, als ob England nach der einen oder anderen Seite hin in seinen Entschließungen für die Zukunft gefesselt sei. Trotzdem sei, meint er, die Popularität Deutschlands und des Dreibundes in England im Steigen begriffen.

## B. Unter den Kabinetten Gladstone und Rosebery

1892—1895

Im Juli 1892 ergaben die englischen Parlamentswahlen eine Majorität für die liberale Partei und entschieden damit auch über das Schicksal des Kabinetts Salisbury, das aber noch bis Mitte August im Amte blieb.

- Nr. 1731 In Berlin war man besorgt, dieser Wechsel könne die kontinentale Politik Englands, besonders sein Verhalten zu Italien und zur Türkei, beeinflussen. Graf Hatzfeldt berichtete am 19. Juli, ein endgültiges Urteil werde erst möglich sein, wenn feststehe, ob Lord Rosebery in das Kabinett eintrete. Lord Salisbury war der Meinung, die auch Hatzfeldt teilte, daß Gladstone größere Freundlichkeit für Frankreich zeigen werde. Über die damaligen Auffassungen des deutschen auswärtigen Amtes unterrichtet uns eine ausführliche Aufzeichnung des Vortragenden Rates Raschdau vom 20. Juli 1892. Bezüglich Italiens versicherte Salisbury, daß er in den Beziehungen zu diesem Lande den Schlüssel zur ganzen auswärtigen Politik Englands erblicke und daher Lord Rosebery in die geheime Abmachung mit Italien<sup>1)</sup> einweihen wolle.
- Nr. 1732 In Italien stand man einer Ernennung Roseberys zum Außenminister günstig gegenüber, zumal er betonte, daß er die Stabilität der auswärtigen Politik Englands sichern wolle. Für schriftliche Zusicherungen an die Italiener war er nicht zu haben, betonte aber, Italien habe keinen Grund zur Beunruhigung. Diesen Eindruck gewann auch Graf Hatzfeldt. Doch wünschte Lord Rosebery, daß in einem Schriftsatze über seine Besprechungen mit dem Grafen Hatzfeldt, den dieser als mündliche Äußerung zu verwerthen ermächtigt worden war, auf die Friedensliebe der englischen Nation besondere Rücksicht genommen werden möchte.
- Nr. 1733 Graf Hatzfeldt sandte diese Aufzeichnung am 11. September nach Berlin<sup>2)</sup>. Aus ihr ging hervor, daß Lord Rosebery die Auffassung seines Vorgängers in bezug auf Italien teilte und die italienische Regierung hierüber soweit zu beruhigen suchte, als dies ohne Gefährdung seiner Stellung damals möglich war. In diesem Sinne wurde sie auch in Italien bewertet. Doch wünschte der Minister Brin
- Nr. 1734

<sup>1)</sup> Von 1887. Vgl. Wegweiser Band 1, S. 127 ff.

<sup>2)</sup> Deutscher Wortlaut siehe S. 239.

zu erfahren, ob Italien unter allen Umständen, wenn es von Frankreich angegriffen werde, auf England rechnen könne. In Paris stellte damals Graf Münster fest, daß das Mißtrauen zwischen den auswärtigen Ministerien Frankreichs und Englands anscheinend noch größer geworden sei als zu Zeiten Salisburys. Nr. 1742  
Nr. 1743

Von entscheidender Bedeutung für die Entwicklung der deutsch-englischen Beziehungen mußte bei der Eigenart der englischen Regierungsverhältnisse die persönliche Stellung des Botschafters zu dem neuen Außenminister Lord Rosebery werden. Graf Hatzfeldt hat sich über die Entwicklung dieser Beziehungen in mehreren Berichten ausführlich ausgesprochen. Von vornherein sah er in Lord Rosebery dasjenige Element des Kabinetts, auf dessen Erhaltung und Befestigung es für Deutschland ankam, weil Rosebery das einzige Gegengewicht zu den mehr oder weniger franzosenfreundlichen Neigungen Gladstones bildete. Seine Meinung, es sei nicht nützlich, Lord Rosebery zu irgendwelchen Äußerungen zu drängen, wurde vom Staatssekretär Frhrn. v. Marschall durchaus geteilt. Nr. 1744

In dieser Beziehung wäre Italien, das dem neuen englischen Außenminister gleichfalls sympathisch gegenüberstand, gern etwas weiter gegangen. Vom deutschen Standpunkt aus schien es richtig, Lord Rosebery an Deutschlands gute Gesinnungen für seine Person glauben zu lassen, ihn aber doch in einer gewissen Unsicherheit darüber zu erhalten, ob und wie weit Deutschland sich gegebenenfalls zu einer Unterstützung dieses Kabinetts entschließen werde. Nr. 1745  
Nr. 1746

Auch in Wien war man mit dem englischen Ministerwechsel zufrieden. Die Beziehungen Englands zu Österreich schienen so erfreulich, daß der in den Ruhestand versetzte englische Botschafter in Wien, Sir Augustus Paget, am 13. Mai 1893 Österreich als den „natürlichen Alliierten“ Englands zu bezeichnen vermochte. Zeitweise befürchtete Lord Rosebery, Italien könne sich in Orientfragen Rußland nähern. Deutscherseits begrüßte man die Tatsache, daß Lord Rosebery sich dadurch veranlaßt sah, Italiens Sympathien immer mehr auf die Seite Englands zu ziehen und so die italienische Politik von anderweitigen Verbindungen abzuhalten. Nr. 1747  
Nr. 1748

Im Juli 1893 kam es nach verschiedenen Zwischenfällen zu einem französisch-siamesischen Konflikt. Frankreich forderte ultimativ das ganze linke Mekongufer. In England herrschte große Erregung, da Frankreich früher wiederholt erklärt hatte, die Integrität Siams achten zu wollen. Für England war es „beinahe unannehmbar“, Frankreich in Birma zum Grenznachbarn zu erhalten. Zeitweise schien es zum Kriege kommen zu sollen. Lord Rosebery neigte zu einer festen Haltung Englands, fürchtete aber die Haltung seiner Regierungskollegen. Es setzten nun verschiedene Versuche ein, Deutschland in den Konflikt mit hineinzuziehen. In Berlin befleißigte man sich demgegenüber der größten Zurückhaltung. Nr. 1749  
Nr. 1750,  
1751

Nr. 1752 Gerade in den kritischen Tagen weilte Kaiser Wilhelm II. — vom 27. Juli bis 8. August — zur Teilnahme an der Regattawoche in Cowes. In der Nacht zum 31. Juli wurde er durch ein Telegramm der Königin von England alarmiert, wonach die französische Regierung die Zurückziehung der bei Bangkok liegenden englischen Kanonenboote verlangte. Lord Rosebery hatte dies verweigert und wünschte den deutschen Botschafter sogleich zu sprechen. Da Graf Hatzfeldt erkrankt war, mußte ihn Graf Metternich vertreten, der vom Grafen Hatzfeldt den Auftrag erhielt, mitzuteilen, daß Deutschland sich in die siamesische Frage nicht einmischen könne.

Nr. 1753 Der über die damaligen Vorgänge erstattete Bericht des zur Erholung in Cowes weilenden Grafen Hatzfeldt vom 31. Juli 1893 bildete für den Reichskanzler Grafen Caprivi die Veranlassung zu einigen grundlegenden Betrachtungen für den Fall des Kriegsausbruchs. „Für uns ist der wünschenswerteste Beginn des nächsten großen Krieges, vermerkte er zu dem Berichte des Grafen Hatzfeldt, wenn der erste Schuß von Bord eines englischen Schiffes fällt. Wir haben dann die Sicherheit, die Tripel- zu einer Quadrupel-Allianz erweitern zu können. Wir müssen es vermeiden, Italien allein vorzuschicken; das holt sich Schläge, und nachher haben wir es um so schwerer. Also: erst England unwiderruflich engagieren, dann aber auch — je nach dem Rußland mitspielt oder nicht — alle Dreibundmächte oder Italien mit Deutschland auftreten lassen. Das ist das militärisch Richtige, und danach muß diplomatisch agiert werden.“ Militärisch sei uns ein etwa eintretender Krieg jetzt ebenso recht wie später.

Nr. 1754 Es kam aber nicht zum Kriege, da England gern Entgegenkommen zeigte, nachdem die französische Regierung die Unterwerfung Siams unter die ihm gestellten Bedingungen angenommen hatte und erklärte, die Blockade wieder aufheben zu wollen. Allgemein wurde damals diese Haltung Englands als ein Zurückweichen vor den französischen Drohungen aufgefaßt, und auch in Italien äußerte man Verstimmung darüber, daß Lord Rosebery erst den Mund so voll genommen und von Allianzen mit den Dreibundmächten gesprochen habe, wenn es ihm mit der Sache so wenig ernst gewesen sei.

Nr. 1756 Für Deutschland ergab sich aus dem Vorgange ein starkes Mißtrauen gegen England. Ein grundlegendes Schreiben des Staatssekretärs Fhrn. v. Marschall an den Grafen Hatzfeldt vom 2. August 1893 belehrt uns darüber, daß man in Berlin ernstlich befürchtete, die englische Regierung denke nicht daran, bei der Verteidigung englischer Interessen selber mitzuwirken; daß sie vielmehr nur den Augenblick herbeisehne, wo der Dreibund allein „per procura“ diese Verteidigung übernehme. Graf Hatzfeldt wollte versuchen, die maßgebenden englischen Staatsmänner von der Notwendigkeit zu überzeugen, bei herannahender Kriegsgefahr sich rechtzeitig durch eine

Nr. 1757

bindende Abmachung zu sichern. Auch die Italiener hatten — nach Meldungen über Wien — das Vertrauen zu dem englischen Freunde etwas verloren und fürchteten, gegebenenfalls von ihm im Stich gelassen zu werden. Nr. 1758

Eine für Deutschland erfreuliche Wirkung der siamesischen Entwicklung war ein vollständiger Umschwung in der öffentlichen Meinung Englands. Überall in England zeigte man sich über die französischen Rücksichtslosigkeiten entrüstet und mit dem ehemals beängstigenden Gedanken einer Annäherung an den Dreibund und besonders an Deutschland vertraut. Ungünstig wirkte bald darauf nach Ansicht des Grafen Hatzfeldt die Haltung der unter dem Einflusse und der Leitung des Fürsten Bismarck stehenden Blätter, in denen England der Vorwurf einer selbstsüchtigen Politik gemacht wurde. „Der Schaden,“ berichtete Hatzfeldt am 19. September 1893, Nr. 1759

„der durch jene Erörterungen in der Presse angerichtet wird, ist um so bedauerlicher, als . . . die hiesige öffentliche Meinung sich infolge der aggressiven Politik Frankreichs in der letzten Zeit immer mehr mit dem Gedanken befreundet hatte, in der Anlehnung an das befreundete Deutschland und seine Bundesgenossen ein Gegengewicht gegen die von Frankreich drohenden Gefahren zu suchen.“ Andererseits betonte Nr. 1760

Hatzfeldt aber auch den englischen Staatsmännern gegenüber Deutschlands Besorgnis, daß man in England Deutschlands Unterstützung im gegebenen Falle zwar ausnützen, ihm aber nachher überlassen würde, die dadurch geschaffenen Schwierigkeiten allein zu überwinden. „Was wir während der letzten acht Wochen von englischem Tun wahrnahmen,“ schreibt Staatssekretär Frhr. v. Marschall Nr. 1761

am 24. Oktober 1893, „ist geeignet, uns in derjenigen Vorsicht zu bestärken, die schon bisher Pflicht war einer Politik gegenüber, welche nicht Verbündete, sondern Blitzableiter sucht.“ Deutschland habe in der letzten Zeit kein Zutrauen zur englischen Kameradschaft gewinnen können. Nr. 1762

Unter diesen Verhältnissen kam es auch nicht zu der von Italien so sehr gewünschten festen Abmachung mit England.

Nr. 1763,  
1764

Am 5. März 1894 hatte Rosebery für den aus Gesundheitsrücksichten ausscheidenden Gladstone das Amt als Premierminister übernommen. Seine bisherige Stellung als Staatssekretär des Äußern übernahm Earl of Kimberley, der bisherige Staatssekretär für Indien. Bald darauf hatte Deutschland Anlaß, sich über die unfreundliche Haltung zu beklagen, die Lord Rosebery in kolonialen Fragen Deutschland gegenüber beobachtete<sup>1)</sup>. Schon in der Samoafrage, von der später die Rede sein wird<sup>2)</sup>, hatte England wenig Entgegenkommen

<sup>1)</sup> Vgl. Dokument Nr. 2036, Band VIII, S. 432/433.

<sup>2)</sup> Vgl. Kap. 54, B.

- gezeigt. Das von ihm mit dem Kongostaate abgeschlossene Abkommen, über das weiter unten Näheres mitgeteilt wird<sup>1)</sup>, bekundete nach der Auffassung des deutschen Auswärtigen Amtes die feindselige Absicht der englischen Regierung, die deutschen Besitzungen in Ostafrika zu umzingeln, um den Handel von ihnen abzulenken. Man suchte nun in dem Sinne auf Italien einzuwirken, daß es England
- Nr. 1765 keinen Zweifel darüber lassen solle, es werde eine gegen Deutschland gerichtete Politik in Afrika niemals unterstützen. Auch sollte Italien versuchen, die englischen Staatsmänner zur Wiederherstellung der verletzten Rechte Deutschlands anzuhalten. Die italienischen Staats-
- Nr. 1766 männer glaubten damals, ein immer stärkeres Einlenken der englischen Politik Frankreich gegenüber feststellen zu müssen.
- Nr. 1767 Den deutschen Standpunkt in der Kongofrage legte Botschafter B. v. Bülow in Rom deutlich klar. Er führte aus, daß Englands bisheriges Verhalten in der Kongofrage einen schweren Verstoß gegen die geltenden Verträge bedeute<sup>2)</sup>. Die früheren freundschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und England könnten nur dann wieder aufleben, wenn letzteres seinen Irrtum einsähe und Abhilfe eintreten lasse. Am 22. Juni 1894 konnte B. v. Bülow in Rom die Beilegung der Kongostreitfrage mitteilen, was dort große Genugtuung erregte.
- Nr. 1768 Naturgemäß blieb Italiens Wunsch immer der gleiche, England näher an den Dreibund heranzuziehen und von einem zu engen Zusammengehen mit Frankreich abzuhalten. Das Scheitern des Gedankens einer englisch-französischen Entente war denn auch, wie
- Nr. 1769 Reichskanzler Fürst v. Hohenlohe am 24. November 1894 feststellte, damals wesentlich das Verdienst der italienischen Politik. Auch diese
- Nr. 1770 sah die Haltung des damaligen englischen Kabinetts als unberechenbar an, und fand die Haltung des Kabinetts Rosebery kurzsichtig, widerspruchsvoll und kleinlich. Trotzdem wünschte man nach wie vor das
- Nr. 1771 Zusammengehen Englands mit dem Dreibunde und beklagte daher aufrichtig die Mißhelligkeiten zwischen Deutschland und England.
- Nr. 1772 Englischerseits betonte man in Rom, daß die englische Intimität mit Italien gute Beziehungen Englands zu Frankreich nicht ausschließe; die Aufrechterhaltung der italienischen Großmachtstellung im Mittelmeer sei für England eine Notwendigkeit. Trotzdem erhoffte man in Italien lebhaft einen englischen Ministerwechsel. Das Kabinett
- Nr. 1773 Rosebery, äußerte König Humbert, habe die Rücksichtnahme auf Frankreich bis zu einem Grade getrieben, der nur noch als Furchtsamkeit bezeichnet werden könne. Hoffentlich komme bald Lord Salisbury wieder ans Ruder. Italien sei weit entfernt, unruhige oder übertriebene Forderungen an England zu stellen; es wolle nur, daß England sich selbst und seinen Traditionen treu bleibe.

<sup>1)</sup> Vgl. S. 70 ff.

<sup>2)</sup> Deutscher Wortlaut siehe S. 239/240.

Dieser Wunsch nach einem Ministerwechsel in England ging schon am 26. Juni 1895 in Erfüllung. Salisbury übernahm wieder die Leitung, und am 31. August 1895 meldete Graf Hatzfeldt nach Berlin, die Neigung Lord Salisburys gehe nach wie vor dahin, mit dem Dreibunde in Übereinstimmung zu bleiben. Die Verstimmungen während der Zeit des Ministeriums Rosebery wollte Lord Salisbury zum Teil der deutschen Haltung in der Kongofrage und bei anderen Anlässen zur Last legen, was Hatzfeldt zurückwies. Nr. 1774

## Kapitel 53

### Die Bedeutung der Mittelmeerfragen für die Gruppierung der Mächte

#### A. Die Ägyptische Frage

Über die ägyptische Frage ist eine große Anzahl von Dokumenten aus den Jahren 1890 bis 1895 — es sind nicht weniger als 87 — mitgeteilt. Es würde zu weit führen, den Inhalt jedes einzelnen Stückes hier, wo es nur auf die Gewinnung des Überblickes ankommt, zu kennzeichnen.

Deutlich heben sich aus den mitgeteilten Dokumenten einige Leitgedanken heraus.

Zunächst war es ein dringender Wunsch der Türkei, Ägypten von den Engländern wieder geräumt zu sehen, sobald die Ruhe in den Gemütern und das Gleichgewicht in den Finanzen hergestellt und die ägyptische Wehrkraft hinreichend gestärkt sein würde, um die Ordnung im Lande aufrechtzuerhalten. Immer wieder zeigte sich das Bestreben des Zweibundes, im besonderen Frankreichs, zur Einmischung. England hingegen wünschte nicht nur, Ägypten zu behalten, sondern möglichst auch die alten, an die Madhisten verloren gegangenen ägyptischen Provinzen im Sudan wiederzuerhalten und sich ganz von der türkischen Bevormundung freizumachen. Frankreich war hierüber verstimmt, Deutschland aber vertrat, wie stets in allen ägyptischen Angelegenheiten, den englischen Standpunkt. Nr. 1775  
— 1778  
Nr. 1778  
— 1783  
Nr. 1784  
1780, 1785  
1786, 1787

Im Jahre 1891 schuf die Einmischung der Engländer in die ägyptische Justizverwaltung eine neue Verstimmung der Franzosen. Deutschland bewahrte seine Zurückhaltung und wünschte unverändert eine Verständigung der Türkei mit England. Nr. 1788  
1796

Daraus ergab sich ein gewisser Gegensatz gegen die Bemühungen Frankreichs, während Deutschland durch seinen ausgezeichneten Bot- Nr. 1797,  
1798

schafter in London, den Grafen Hatzfeldt, dauernd in dem gleichen Sinne, nämlich im Sinne einer Verständigung mit England, zu wirken  
 Nr. 1799, suchte. Dasselbe geschah auch in Konstantinopel. Die Türkei unter-  
 1800 nahm: daher einen neuen Schritt bei der englischen Regierung und  
 Nr. 1801—suchte zu einer Räumungskonvention zu gelangen, zeigte aber —  
 1803 hauptsächlich auf Deutschlands Veranlassung — ein gewisses Ein-  
 Nr. 1804, lenken. Graf Hatzfeldt vermittelte und unterstützte die Verhandlungen  
 1805 durch Entwurf eines eigenen Vorschlages, der aber in London nicht  
 Nr. 1806 ohne weiteres Aufnahme fand, da Gladstone ein unabhängiges  
 Nr. 1807 Ägypten, also vom türkischen Standpunkte aus eine Verschlechterung  
 Nr. 1808 des damaligen Zustandes, verlangte.

Das Jahr 1892 zeigte in der ägyptischen Frage immer noch keine  
 Nr. 1809 wesentliche Entspannung. Deutschland hielt es für geraten, sich von  
 weiteren Schritten in Konstantinopel oder London zurückzuhalten,  
 nachdem der Sultan die deutschen Ratschläge einer rechtzeitigen  
 Verständigung mit England so wenig beachtet hatte. Am Goldenen  
 Nr. 1810, Horn zögerte man in der Hoffnung auf einen für die Türkei günstigen  
 1811 Ministerwechsel in England. Auch in Wien ließ Staatssekretär Frhr.  
 Nr. 1812 v. Marschall mitteilen, daß Deutschland stets dem Sultan ein freund-  
 liches Verhältnis zu England und eine Verständigung über Ägypten  
 angeraten hätte; er müsse aber die Räumungsfrage vorläufig beiseite  
 Nr. 1813 lassen. Frankreich, das in der gleichen Frage dauernd in england-  
 feindlichem Sinne zu wirken suchte, hatte damit wenig Erfolg.

Nr. 1814 Als die ägyptische Regierung sich im Dezember 1892 an die  
 Vertreter der Großmächte wendete, um die Erlaubnis zu erhalten,  
 die Armee um zwei Bataillone und zwei Schwadronen erhöhen zu  
 Nr. 1814, dürfen, trat auch Deutschland unter der Voraussetzung für diesen  
 1815 Anspruch ein, daß auch England dafür sei. Dieser Standpunkt wurde  
 im Januar 1893 deutscherseits vorübergehend aufgegeben, da England  
 in Konstantinopel in kleinasiatischen Eisenbahnbaufragen eine un-  
 Nr. 1816 freundliche Haltung gegen Deutschland angenommen hatte. Auch  
 Nr. 1817 Frankreich verweigerte seine Zustimmung zur beantragten Vermehrung  
 der ägyptischen Streitkräfte. Nunmehr lenkte England ein. In London  
 Nr. 1818 bemerkte Lord Rosebery, Deutschlands veränderte Haltung in Ägypten  
 erschwere ihm die Anlehnung Englands an den Dreibund.

Neue ägyptische Schwierigkeiten entstanden im Januar 1893 durch  
 einige sehr selbständige und England nicht genehme Maßnahmen  
 Nr. 1819 des soeben zur Regierung gelangten jungen Khediven Abbas II.  
 Hilmi. Die englische Regierung erhob Einspruch, worauf wiederum  
 Nr. 1820, Frankreich sich einzumischen begann. Die englische Regierung erklärte  
 1821 daraufhin amtlich ihren Entschluß, die englischen Garnisonen in  
 Ägypten zu verstärken. Als der türkische Botschafter in Berlin darüber  
 sprach, wurde ihm vom Staatssekretar Frhrn. v. Marschall erwidert,  
 Deutschland könne nur den der Türkei schon so oft gegebenen Rat  
 Nr. 1821 wiederholen, sich mit England zu verständigen und die französischen

Ratschläge nicht zu befolgen. Botschafter Fürst Radolin erklärte Nr. 1822 daraufhin am 27. Januar 1893 in Konstantinopel, als der Oberzeremonienmeister des Sultans, Munir Pascha, ihm gegenüber andeutete, von französischer Seite werde der Sultan gedrängt, gegen die Übergriffe der Engländer wenigstens zu protestieren, er, Radolin, habe hierüber keine Instruktionen, seine Ansicht gehe aber dahin, der Sultan möge sich nicht durch die französischen Insinuationen beirren lassen.

Nun tauchte in London der Gedanke auf, ob England im Falle weiterer Schwierigkeiten in Ägypten und eines weiteren Einspruches Frankreichs die ägyptische Frage den Mächten zur Entscheidung Nr. 1823 vorlegen solle. Lord Rosebery hoffte, in diesem Falle den Dreibund auf seiten Englands zu sehen. Deutschland riet ab, Lord Rosebery Nr. 1824 aber hatte schon von sich aus auf den Gedanken verzichtet. Am Nr. 1825 besten schien auch von englischem Standpunkte aus eine unmittelbare Verständigung mit dem Sultan, der französischerseits bedrängt Nr. 1826 wurde, die Intervention der Mächte in der ägyptischen Frage anzurufen. In London gab aber Lord Rosebery dem französischen Botschafter unzweideutig zu verstehen, daß England nur dem Sultan als dem Souverän oder der Gesamtheit der Großmächte, nicht aber Nr. 1827 Frankreich allein über seine ägyptische Politik Rechenschaft schuldig sei. Mit Frankreich insonderheit wünschte es nicht zu verhandeln, Nr. 1828 hätte aber gern seinem Lande die Rolle als Mandatar des Sultans in Ägypten verschafft.

Ein ausführliches Schreiben des Botschafters Grafen v. Hatzfeldt, der seinen Ruf als einer der besten Diplomaten aus der Bismarckschen Schule auch hier bewährte, vom 5. Februar 1893 vermittelt uns einen Nr. 1829 zusammenfassenden Überblick über den damaligen Stand der Dinge. Klar geht aus diesem Schreiben hervor, daß von einer Räumung Ägyptens durch die englischen Truppen unter keinen Umständen die Rede sein konnte. England erblickte jetzt die Hauptgefahr für seine ägyptische Politik in der unsicheren Haltung des Khediven. Die Nr. 1830 deutsche Regierung enthielt sich eines jeden Eingriffes, zeigte aber England auch weiterhin seine wohlwollende Haltung. In Konstantinopel ließ sie erklären, daß der Sultan, wenn er die Frage den Nr. 1831 Mächten vorlege, damit rechnen müsse, die Neutralisation Ägyptens aufgebracht und durchgesetzt zu sehen.

Endlich im April 1893 entschloß sich Lord Rosebery, dem Sultan seinen Wunsch einer unmittelbaren Verständigung in der ägyptischen Nr. 1832 Frage aussprechen zu lassen. Wenn die Türkei auch einzulenken Nr. 1833 schien, so bildete doch ihre unsichere Haltung für Deutschland die Veranlassung, sich ganz aus der Sache herauszuhalten. Diese Haltung Nr. 1834 erwies sich bald als berechtigt, denn der Sultan zögerte seine Antwort so lange hinaus, daß Lord Rosebery am 14. Juni 1893 dem türkischen Nr. 1836 Botschafter in London erklärte, die öffentliche Meinung Englands

wende sich immer mehr gegen die Türkei, und es sei jetzt zu spät, auf die beabsichtigte Verständigung zurückzukommen. Bemerkenswert ist, daß man damals auch in Ägypten selbst Zweifel an der Festigkeit der auswärtigen Politik Englands hegte.

Nr. 1837 Am 8. Juli 1893 ließ der Sultan dem türkischen Botschafter in London den Entwurf einer mit England abzuschließenden Konvention zugehen. England verhielt sich abweisend, worauf Deutschland den Standpunkt vertrat, England möge nicht durch zu scharfe Behandlung des Sultans ihm die Rückkehr zu England noch erschweren. Deutschland war auch damals bereit, England in der ägyptischen Frage zu unterstützen, solange England selbst seine dortige Stellung nicht aufgab und sie mit der erforderlichen Energie verteidigte.

Nr. 1838 Im Juli 1893 regte der ägyptische Khedive beim Sultan an, sich an die Mächte zu wenden. Deutscherseits fand man den damaligen Augenblick, wo eine große maritime Machtentfaltung der gegnerischen Mächte im Mittelmeer bevorstand, für einen derartigen Schritt ungeeignet und riet dringend davon ab. England blieb auch weiterhin unnachgiebig und wollte sich mit dem Sultan auf eine Verhandlung über Ägypten überhaupt nicht mehr einlassen.

Nr. 1840-1842 Im Frühjahr 1894 schlug die ägyptische Regierung eine Schuldenkonversion vor. Da damals unfreundliche Erörterungen zwischen Berlin und London über koloniale Fragen im Gange waren<sup>1)</sup>, sprach sich Deutschland nicht im Sinne dieses Planes aus und befand sich dabei in Übereinstimmung mit Frankreich. Scharf verwahrte man sich in Berlin dagegen, daß England den deutschen Standpunkt nunmehr in Kairo und London angriff; Deutschland sei für englische „Drohungen“ nicht zugänglich. Der neue englische Außenminister Lord Kimberley lenkte ein, worauf sich die Lage wesentlich entspannte. Die deutsche Politik bewahrte in dieser Frage nunmehr eine vorsichtige Zurückhaltung, tat aber auch nichts, um sich in einen „fortgesetzten klaren Antagonismus“ zu England zu setzen. „Die Selbständigkeit unserer Politik“, schrieb Unterstaatssekretär Frhr. v. Rotenhan am 29. Juni 1894 an den deutschen Generalkonsul in Kairo, „sind wir berechtigt, uns unter allen Umständen zu wahren, aber deren Betätigung in Ägypten, wo die englischen, französischen und italienischen Interessen im Vordergrund stehen, können wir ohne Beeinträchtigung unseres nationalen Selbstgefühls auf ein Minimum beschränken.“ In diesem Sinne wurde der Generalkonsul angewiesen, alles zu vermeiden, was als antienglische Voreingenommenheit gedeutet werden könnte. Botschafter Graf v. Hatzfeldt erhielt die Ermächtigung, in London zu sagen, wir würden nach wie vor in den ägyptischen Fragen mit England auf dessen Wunsch gern Hand

<sup>1)</sup> Vgl. Kapitel 54, S. 69 ff.

in Hand gehen, müßten uns aber vorbehalten, im einzelnen Falle unser eigenes Interesse dabei zu prüfen. Die Konversion der vier-<sup>Nr. 1855</sup>prozentigen ägyptischen Schuld wurde als für Deutschland unerwünscht bezeichnet.

Als im August 1894 die Türkei wieder mit England zu verhandeln wünschte, legte Lord Kimberley, der immer besorgt die<sup>Nr. 1856</sup> französische Haltung prüfte, keinen Wert mehr darauf. Der englische Premierminister Lord Rosebery schwankte damals in seiner ägyptischen Politik. Deutschland aber enthielt sich jedes Rates. Der Argwohn des<sup>Nr. 1857</sup> Sultans richtete sich im Herbst 1894 auch weniger auf England als<sup>Nr. 1858</sup> auf Italiens Vorgehen im Sudan.

Eine neue Mißstimmung der englischen Beamten und Offiziere in Ägypten gegen den Khediven leitete das Jahr 1895 ein. Als es so<sup>Nr. 1859</sup> schien, als wenn der deutsche Generalkonsul in Kairo, Frhr. v. Heyking, für den Khediven und gegen die Engländer Partei nehme, wurde<sup>Nr. 1860</sup> ihm eröffnet, daß Deutschland heute ebensowenig Anlaß habe wie im Jahre 1882, sich zum Vorteil des Vizekönigs und seiner Paschas mit einer europäischen Macht zu verfeinden. Heyking erwiderte, daß er sich in Kairo in gleichem Sinne betätigt und jeder anderen Meinungs-<sup>Nr. 1861</sup>äußerung enthalten habe.

## B. Die Tunis- und die Tripolisfrage

Deutschlands Mittelmeerpolitik zu Anfang der neunziger Jahre war, wenn man von einer solchen überhaupt sprechen darf, eine durchaus zurückhaltende. Sie war stets bestrebt, bei angemessener Vertretung der italienischen Wünsche das Gefüge des Dreibundes zusammenzuhalten und dabei möglichst mit England zusammenzugehen.

Im Mai 1890 erregte die Nachricht, Frankreich beabsichtige aus dem tunesischen Biserta einen großen Kriegshafen zu machen, starke<sup>Nr. 1862</sup> Besorgnisse bei den Italienern. Für Deutschland hatte es, nach Caprivi's Ansicht, kein direktes Interesse, wer Herr in westlichen Teile des Mittelmeeres war, obwohl auch Deutschland durch seine Kolonialpolitik mehr als früher auf die Offenhaltung des kürzeren Weges nach Ostafrika und Polynesien Wert legen mußte. Seine Befürchtung war, Italien könne, wenn es bei seinen nordafrikanischen Wünschen vom Dreibunde im Stiche gelassen werde, in die Arme Frankreichs getrieben werden.

Sehr bald tat die italienische Regierung amtliche Schritte wegen Biserta. Deutschland wünschte sich zurückzuhalten, wirkte im Sinne<sup>Nr. 1863</sup> der Mäßigung auf Italien und suchte zu erreichen, daß die englische

und italienische Regierung bei ihren Vorstellungen in Paris nicht über das von beiden als notwendig erkannte Maß akademischer Warnung hinausgingen. In England aber glaubte man gar nicht ernstlich daran, daß Biserta, selbst als Kriegshafen, eine wirkliche Basis für französische Operationen bilden könne. Caprivi wünschte sich nicht weiter zu engagieren und ließ, als die Frage einer etwaigen Entschädigung für Italien auftauchte, den deutschen Standpunkt dahin klären, falls ein Kompensationsobjekt von England an Frankreich für erforderlich erachtet werde, möge dies in Madagaskar und nicht in Tunis gesucht werden. Nach Ansicht des Botschafters Grafen Münster entsprach das auch dem Wunsche der französischen Politik.

Im Juli 1890 trat Frankreich mit dem Wunsche hervor, die Frage des englischen Protektorats in Sansibar mit französischen Entschädigungen in Tunis zu verbinden. Hierauf ging aber Lord Salisbury, der im übrigen Entgegenkommen zeigte, nicht ein.

Als im Juli 1890 die italienische Regierung sichere Nachricht darüber zu besitzen behauptete, es sei vor einigen Tagen ein Vertrag zwischen der französischen Regierung und dem Bey von Tunis geschlossen worden, wonach Tunis nach erfolgtem Ableben des Beys von Frankreich annektiert werden solle, warf Italien die Frage auf, wie Lord Salisbury sich zu der geheimen Abmachung zwischen Italien, Österreich und England vom Jahre 1887 stelle<sup>1)</sup>. Deutschland hielt sich zurück. Caprivi befürchtete, daß Italien zu weit gehen könne und für diesen Fall auf den casus foederis für den Dreibund rechne. In einer grundlegenden Aufzeichnung vom 17. Juli 1890 sprach er sich mit der ihm eigenen militärischen Klarheit und Folgerichtigkeit über die Unmöglichkeit aus, etwa um Tunis einen Präventivkrieg zu führen. „Wir müssen vielmehr danach trachten,“ schloß er seine Aufzeichnung, „Italien zu beruhigen, England zu einer diplomatischen und im Notfall militärischen Unterstützung Italiens zu ermuntern, uns selbst aber zunächst abwartend zu verhalten.“ In diesem Sinne berichtete er dem Kaiser, der seiner Meinung völlig beitrug.

Auch in England hielt man einen Krieg wegen der tunesischen Frage für unmöglich. Der deutsche Botschafter in Rom wurde angewiesen, in abwartendem und beruhigendem Sinne auf den Ministerpräsidenten Crispi einzuwirken. In England wünschte man vor allem nicht, durch das Anschneiden der tripolitanischen Frage das ganze orientalische Problem in Fluß zu bringen. Andererseits wollte man aber auch Crispi die notwendige Unterstützung nicht versagen. In gleichem Sinne wirkte Deutschland auch in Wien ein.

Die Hauptsache war, zu erfahren, ob ein geheimer Vertrag

<sup>1)</sup> Vgl. Wegweiser Band 1. Deutsche Übersetzungen der Dokumente Nr. 859, S. 280 ff., Nr. 887 und Nr. 890 S. 282—284.

zwischen Frankreich und Tunis wirklich bestand. Hierüber suchte Nr. 1879 Caprivi vor allem in Paris selbst Klarheit zu gewinnen. Botschafter Graf Münster sollte, „gleichsam nebenbei und ohne den erhaltenen Nr. 1880 Auftrag zu erkennen zu geben“, den französischen Außenminister über das tunesische Gerücht befragen. In Rom wurde behauptet, Nr. 1880 die Nachricht vom Vertrage mit Frankreich stamme vom Hofe des Nr. 1881 Bey; schreite Frankreich zur Annexion von Tunis, so bedeute das den Krieg, falls keine Entschädigung für Italien stattfände. Man könne ihn nur vermeiden, wenn die befreundeten Mächte in Paris vorstellig würden und auf eine Kompensation hinarbeiteten. Frankreich sei zu einer solchen in Tripolis geneigt, und damit würde man in Italien einverstanden sein.

England zeigte sich zwar bereit, mit Deutschland zu gehen, doch erwies sich aus der Haltung des Lords Salisbury immer wieder, daß die Leiter der englischen auswärtigen Politik niemals Versprechungen für die Zukunft eingehen wollten. So hatte auch jetzt wieder Lord Salisbury nur den Wunsch, einer Überstürzung der Angelegenheit Nr. 1882 durch Italien vorzubeugen.

In Frankreich dementierte man ernstlich das Gerücht eines mit dem Bey von Tunis geschlossenen Abkommens. Deutscherseits nahm Nr. 1883 man diese Erklärung mit Befriedigung auf, und Graf Münster wurde Nr. 1884 angewiesen, sich so zu verhalten, daß Frankreich „nicht noch unnützlich gekränkt werde“. Auch in Italien entschloß man sich, weitere Schritte Frankreichs, worunter nur die Besitzergreifung von Tunis verstanden Nr. 1885 sein konnte, abzuwarten, ehe man weiterging.

Der italienischen Auffassung, daß Tunis für die italienische Machtstellung in Nordafrika große militärische Bedeutung habe, stand der Reichskanzler v. Caprivi ablehnend gegenüber. Der Gedanke der Nr. 1886 Italiener, sich für die Schaffung eines französischen Kriegshafens in Biserta ein Gegengewicht in Tripolis schaffen zu wollen, schien ihm erst dann berechtigt, wenn die italienische Flotte eine ganz andere Stärke erreicht habe. „Von einer Freiheit der Bewegung auf dem Mittelmeere kann nur für denjenigen die Rede sein, welcher in der entscheidenden Seeschlacht der Sieger geblieben ist. Diesen Sieg zu erringen, ist die Aufgabe der italienischen Flotte; kann sie das nicht, so ist das Dasein von Biserta ihr gleichgültig.“ Die aktiven Streitkräfte seien das Entscheidende, und Italien habe alle Ursache, seine Streitkräfte zur See durch eigene Kraft oder durch die Allianz Englands zu erhöhen.

Trotzdem drängte Crispi immer wieder und wünschte eine sofortige Besitzergreifung von Tripolis. Mit Recht befürchtete man in Nr. 1887 Berlin, daß die Balkanhalbinsel nicht ruhig zu halten sei, wenn Italien Nr. 1888 und Frankreich sich anschickten, Tripolis zu teilen, wünschte aber unter allen Umständen, bei keiner Mittelmeer- und Orientfrage ins Nr. 1889

- Nr. 1890 Vordertreffen zu kommen. Man suchte daher Italien zu beruhigen,  
 Nr. 1891 indem man ihm für gewisse Fälle eine Unterstützung für Tripolis  
 in Aussicht stellte. Hierüber wollte sich Deutschland mit England und  
 Österreich verständigen, und zwar in dem Sinne, daß Tripolis jeden-  
 Nr. 1892 falls keiner anderen Macht zufallen sollte. Im Vordergrund der deut-  
 schen Politik stand der Wunsch, dem Caprivi in seinem Schreiben vom  
 Nr. 1892 5. August an den Botschafter Grafen Hatzfeldt Ausdruck gab, den  
 Weltfrieden zu erhalten. „Was . . . die gewaltsame Abtrennung Tripo-  
 litaniens von der Türkei mitten im Frieden betrifft, so wird sich dazu  
 nur der entschließen, der sich nicht scheut, bewußterweise den all-  
 gemeinen Brand durch eine Handlung zu entfachen, bei der Recht und  
 Moralität nicht auf seiner Seite sind, auch nicht dem Scheine nach.“  
 Nr. 1893 England trat dieser Auffassung bei, und Deutschland verhielt sich  
 im weiteren Verlaufe vorsichtig so, daß England nach Möglichkeit  
 Nr. 1894 die Vorhand weiterer zu unternehmender Schritte verbleiben sollte.  
 1895 Das schien auch Italien gegenüber um so eher möglich, als Lord  
 Nr. 1896 Salisbury anerkannte, daß Tripolitaniern über lang oder kurz in den  
 Besitz Italiens übergehen müsse.
- Nr. 1897 Im November 1890 tat Italien neue Schritte in England. Wieder  
 Nr. 1898 behauptete man eine angebliche Bedrohung von Tripolis durch Frank-  
 reich und wünschte sich dagegen zu sichern. Deutschland ließ darauf  
 in Paris auf die Gefahr hinweisen, der die Ruhe Europas durch den  
 „neuerdings mit Eile und unnötigem Geräusch betriebenen Bau“  
 des Kriegshafens von Biserta ausgesetzt werde. Gelegentlichen Wün-  
 schen der Franzosen, in den Grenzgebieten Berichtigungen zu ihren  
 Nr. 1899 Gunsten bei der Türkei durchzusetzen, trat der Sultan in Fühlung  
 mit den Dreibundmächten entgegen. Ein abschließendes Urteil über  
 die Vorgänge vermittelt uns ein ausführlicher Bericht des Grafen  
 Nr. 1900 v. Hatzfeldt vom 6. Januar 1891. Wir erkennen daraus die vorsichtige  
 und kluge Haltung dieses Diplomaten, der es im Sinne der Berliner  
 Weisungen zu erreichen wußte, daß England sich in mäßigendem  
 Sinne in Rom einsetzte.
- Angebliche französische Übergriffe auf türkisches Gebiet im  
 Nr. 1901 Hinterlande von Tripolitaniern erregten im Frühjahr 1891 aufs neue die  
 europäische Diplomatie. Deutschland ging indes, vorsichtig wie bis-  
 Nr. 1902, her, über die Betonung seiner Solidarität mit Italien nicht hinaus.  
 1903
- Nr. 1904 Über zwei Jahre später, im Frühjahr 1893, ergaben sich neue  
 Streitigkeiten über die Grenze zwischen Tunis und Tripolis. Deutsch-  
 Nr. 1905 land bewahrte auch jetzt seine Zurückhaltung, gab aber der Türkei  
 den Rat, ihr Besitzrecht, soweit dasselbe unzweifelhaft sei, im Wege  
 militärischer Besetzung zu wahren. Den Versuchen Italiens, Deutsch-  
 Nr. 1906 land in seine Auseinandersetzungen mit Frankreich und der Pforte  
 Nr. 1907 hineinzuziehen, versagte sich die deutsche Politik. Dies schien um so

mehr angezeigt, als auch die Türkei die Verhandlungen mit Frankreich an der tripolitanisch-tunesischen Grenze nicht wieder aufnahm. Nr. 1908

Im Juni des nächsten Jahres — 1894 — drohte eine neue diplomatische Aktion der Italiener wegen angeblicher französischer Übergriffe in Tripolitanien. Deutschland hielt sich wiederum zurück, wobei die unfreundliche Haltung Englands, besonders in der Kongofrage <sup>1)</sup>, mitbestimmend war. Italiens damalige Haltung gegenüber Deutschland erhellt aus einem Briefe des italienischen Außenministers Barons Blanc an den deutschen Botschafter in Rom, der im Dokument Nr. 1910 wörtlich abgedruckt ist <sup>2)</sup>. Er lautet in deutscher Übersetzung: Nr. 1910

„Persönlich

Mein lieber Botschafter!

Lanza <sup>3)</sup> fürchtet ebenso wie Tornielli <sup>4)</sup>, daß wir uns allzusehr mit England verständigen könnten, daß dieses uns die Kastanien aus dem Feuer holen läßt, daß dieses uns verleiten könnte, in den afrikanischen Angelegenheiten eine mit den deutschen Interessen, die gegenwärtig mit denen Frankreichs nicht im Widerstreit stehen, wenig übereinstimmende Haltung einzunehmen. Ich habe nicht nötig zu sagen, daß wir durchaus keine Lust haben, etwas Derartiges zu tun; hauptsächlich nicht bei dieser Krise, die Leute an die Macht zurückbringen kann, die niemals an eine englisch-italienisch-deutsche Verständigung geglaubt haben.

Ganz der Ihrige

(gez.) Blanc“

Italien wünschte zwar, weiterhin mit England zusammenzugehen, im Falle von deutsch-englischen Schwierigkeiten aber sich tunlichst nach Deutschland zu richten. Englands Haltung blieb zweifelhaft, während in Italien jede aus Tripolis kommende Nachricht Crispi auf's äußerste erregte. Zeitweise befürchtete man, Italien könne sich vom Dreibunde abwenden, dem es sich hauptsächlich aus dem Grunde angeschlossen habe, „um nach dem Verlust von Tunis eine weitere Vergrößerung Frankreichs an der Südküste des Mittelmeeres zu verhindern. Nach dem Zerreißen ihrer afrikanischen Träume würde die italienische öffentliche Meinung, die leicht von einem Extrem ins andere übergeht, vielleicht nur noch an Triest und an Trient denken.“ Deutscherseits vertrat man den Standpunkt, die Erfüllung der ita- Nr. 1911  
Nr. 1912  
Nr. 1913

<sup>1)</sup> Vgl. Kapitel 54, B.

<sup>2)</sup> Französischer Wortlaut siehe Band VIII, S. 287/288.

<sup>3)</sup> Lanza war italienischer Botschafter in Berlin.

<sup>4)</sup> Tornielli war italienischer Botschafter in London.

lienischen Wünsche sei um so wahrscheinlicher, je mehr sich Italien einer besonnenen und abwartenden Haltung befleißige.

### C. Die Marokkofrage

Für die deutsche Marokkopolitik in der ersten Hälfte der neunziger Jahre enthalten die Akten ein sehr reiches Material in den Dokumenten Nr. 1914—1971. Eine einzelne Analysierung der in diesen Schriftstücken zum Ausdruck kommenden politischen Bestrebungen der am Mittelmeer hauptsächlich interessierten Mächte erscheint hier nicht notwendig und darf um so mehr der Spezialforschung überlassen bleiben, als politische Geschehnisse von erheblicher geschichtlicher Bedeutung darin nicht verzeichnet sind. Immer handelt es sich um einen Ausgleich der italienischen Wünsche mit der für Italien in allen Mittelmeerfragen hauptsächlich in Betracht kommenden Großmacht England. Dieses wiederum hält mit starrer Beharrlichkeit den Grundsatz fest, die jeweils an der Macht befindlichen Politiker nicht Verpflichtungen übernehmen zu lassen, die von ihren Nachfolgern eines Tages eingelöst werden müssen. Daher zeigt sich gerade in diesen auf die Behandlung der marokkanischen Frage bezugnehmenden Dokumenten immer wieder England in vorsichtiger Zurückhaltung, die gelegentlich so weit geht, daß sie Italien ernstlich verstimmt. Dahinein spielen die Interessengegensätze Spaniens, das die englische Besetzung Gibraltars immer noch nicht verwinden kann, und Englands, das den größten Wert darauf legen muß, Tanger nicht in der Hand einer anderen Macht zu wissen, um nicht den Schlüssel zum Mittelmeer zu verlieren.

Inmitten aller dieser Fragen bewahrt Deutschland eine zweckmäßige Zurückhaltung und betont stets, daß es in Marokko keine unmittelbaren Interessen habe. Auch in der Frage des französischen Vordringens auf Tuat bleibt Deutschland unbeirrt im Hintergrunde der diplomatischen Erörterungen. Im Vordergrund seiner Politik steht der Wunsch, Italien von einer allzu stürmischen Vertretung seiner afrikanischen Interessen im Sinne der Aufrechterhaltung des Weltfriedens abzuhalten. Allen Versuchen Italiens, Deutschland auch in Mittelmeerfragen den Vortritt aufzudrängen, hat die deutsche Politik in den in Frage kommenden Jahren erfolgreich widerstanden.

Aus den erwähnten zahlreichen Dokumenten sei besonders das grundlegende Telegramm des Staatssekretärs Frhrn. v. Marschall vom 4. November 1891 an den deutschen Botschafter in Rom hervorgehoben, das für die Genesis diplomatischer Einwirkungen sehr lehrreich ist, und die zusammenfassende Darlegung des Ministerresidenten in Tanger, Grafen v. Tattenbach, vom 27. Juli 1892. Zu den Dokumenten Nr. 1924 — 20. Oktober 1891 — und Nr. 1966 — Rom, 30. November 1894 — findet der Leser die Verdeutschungen auf S. 240 ff.

Nr. 1914—  
1971

Nr. 1933

Nr. 1948

Nr. 1924  
Nr. 1966

## Kapitel 54

## Die Bedeutung der Kolonialfragen für die Gruppierung der Mächte

### A. England und Italien

#### Massaua — Kassala — Zeila

Die Beziehungen zwischen dem Dreibunde einerseits und England andererseits sind durch die italienischen Wünsche seiner Afrikapolitik dauernd auf das stärkste beeinflußt gewesen. Italien suchte seine Vormachtstellung in Abessinien immer weiter über den eigentlichen Herrschaftsbereich des Königs Menelik hinaus auszudehnen und erstrebte Einfluß im Tigré, dessen Hauptstadt Adua es im Februar 1890 besetzte, aber bald wieder räumen mußte. Die deutsche Politik gegenüber Italien in den Jahren 1890 bis Frühjahr 1895 wird durch eine Randbemerkung Kaiser Wilhelms II. zu einem Berichte des Londoner Botschafters Grafen v. Hatzfeldt vom 26. März 1890 Nr. 1972 trefflich gekennzeichnet. Danach sollte der deutsche Botschafter in Rom beruhigend auf den italienischen Ministerpräsidenten Crispi einwirken, „und stets seine Aufmerksamkeit auf Freundschaft mit England im Mittelmeer wieder hinlenken“. Hiernach hat die deutsche Politik dauernd gehandelt.

Ein näheres Eingehen auf den Inhalt der zahlreichen, Deutschlands Politik nur in zweiter Linie angehenden Schriftstücke erscheint — ebenso wie im vorigen Kapitel — überflüssig. Hingewiesen sei Nr. 1972—  
2016 auf den zusammenfassenden Bericht des deutschen Botschafters in Rom, Grafen zu Solms-Sonnenwalde, an den Reichskanzler v. Caprivi vom 8. April 1890, der einen guten historischen Überblick über die Nr. 1974 bisherigen Ereignisse bietet; auf die Belege für die deutsch-italienische Kontroverse über das deutsch-französische Abkommen vom 4. Februar/15. März 1894 betreffend das Hinterland von Kamerun, Nr. 1992—  
1995 in denen gleichfalls ein guter historischer Überblick gegeben ist; auf das Telegramm des Botschafters B. v. Bülow vom 3. Januar 1895 Nr. 1999 nebst seiner deutschen Übertragung auf S. 242 und auf das Dokument Nr. 2002 vom 4. Januar 1895 nebst der deutschen Übertragung auf Nr. 2002 S. 243.

Insbesondere die Dokumente aus dem Anfange des Jahres 1895, die sich mit der italienischerseits gewünschten Abtretung von Zeila befassen, zeigen, in wie hohem Maße italienische und englische Wünsche hier aufeinander prallten. In London bewährte bei allen diesen Auseinandersetzungen der deutsche Botschafter Graf Hatzfeldt sein Nr. 2010 hohes diplomatisches Geschick. Seinem Einflusse hauptsächlich gelang es, die auftauchenden Schwierigkeiten immer wieder zu überwinden.

## B. England und Deutschland

### Samoa — Kongo

Handelte es sich in den vorhergehenden Kapiteln um Fragen, bei denen ein unmittelbares Interesse Deutschlands weniger vorlag, so führt uns die Dokumentenreihe Nr. 2017—2072 in ein Gebiet hinein, wo die Wünsche der jungen deutschen Kolonialpolitik sich an den Interessen anderer Mächte, besonders Englands, zu stoßen begannen.

Ein schwerer Gegensatz ergab sich im Frühjahr 1893 schon anlässlich der Kämpfe zwischen der deutschen Schutztruppe in Südwestafrika und dem Hottentottenhäuptling Hendrik Witboi. Deutschland wünschte Kanonen in der vom deutschen Schutzgebiet umschlossenen Walfischbai auszuschießen und erfuhr hierbei den Widerstand der Behörden der englischen Kapkolonie, ohne daß die englische Regierung sich gemüßigt gesehen hätte, dort im Sinne der deutschen Wünsche einzugreifen. In London brachte Graf Hatzfeldt daraufhin zur Sprache, in wie hohem Maße Deutschland bisher immer die englische Politik in Ägypten unterstützt habe, und erreichte durch seine Geschicklichkeit das Eingehen auf Deutschlands Wünsche.

Bald entstanden indes zwischen England und Deutschland neue Gegensätze in der Frage der Anwerbung von chinesischen Kulis in Singapur für die Pflanzungsunternehmungen der Neu-Guinea-Kompagnie.

Im November 1893 gelang der Abschluß eines deutsch-englischen Abkommens über die Abgrenzung der beiderseitigen Interessensphären in Kamerun. Es beseitigte, wie Staatssekretär Frhr. v. Marschall dem Kaiser am 16. November 1893 berichtete, die jahrelangen Zwistigkeiten zwischen den deutschen und englischen Unternehmern und gewährte dem deutschen Unternehmungsgeiste ein reiches Feld der Tätigkeit. Offensichtlich beherrschte die deutsche Politik damals immer das Bestreben, die Gemeinschaft der Interessen, wie sie in Europa zwischen Deutschland und Großbritannien bestand, auch in Afrika zur Geltung zu bringen.

Ernstliche Auseinandersetzungen ergaben sich im April 1894 aus dem deutschen Wunsche, Samoa an Deutschland abgetreten zu sehen. Bisher teilten sich Amerika, England und Deutschland in die Verwaltung der Inselgruppe. Amerika wünschte nun zurückzutreten, und sein Austreten aus dem Samoavertrage schien für Deutschland eine gute Gelegenheit, in den Alleinbesitz zu gelangen. Graf Hatzfeldt wurde angewiesen, diesen Wunsch in London zu vertreten. Er entledigte sich dieses Auftrages mit der bei ihm gewohnten Geschicklichkeit. England lehnte indes jedes Entgegenkommen ab, worauf Deutschland sich afrikanischen Wünschen Englands gegenüber zurückhaltender zeigte. Reichskanzler Graf v. Caprivi holte nunmehr die

Willensmeinung des Kaisers ein, der sich dahin entschied, man solle abwarten, wie Amerika verfare; scheidet dieses aus dem Vertrage aus, so solle er für Deutschland auch nicht mehr als bindend angesehen und der Versuch gemacht werden, „in Unterhandlungen mit England die deutschen Ansprüche an Samoa in möglichst weitem Umfange zur Geltung zu bringen“ (14. Mai 1894). Nr. 2029

Schwierigkeiten zwischen Frankreich und dem Kongostaate hatten schon seit längerer Zeit die internationale Atmosphäre belastet. Sie steigerten sich, als im April 1894 eine Besprechung Delegierter Frankreichs und des Kongostaates in Brüssel ergebnislos abgebrochen wurde. Auch Deutschland hatte als Nachbar des Kongostaates Veranlassung, sich mit diesen Fragen zu befassen. Die Nachricht, daß zwischen England und dem Kongostaate ohne Verständigung Deutschlands eine Vereinbarung über eine Ausdehnung des Kongostaates abgeschlossen worden sei, wirkte daher in Berlin alarmierend. Man entschloß sich dort sofort, vom Kongostaate eine schriftliche Erklärung zu erwirken, daß eine im Artikel III des erwähnten Vertrages an England abgetretene Straße sich mindestens 20 km von der deutschen Grenze fernzuhalten habe. König Leopold von Belgien war zu einer solchen Erklärung sofort bereit. Deutschland vertrat ihm gegenüber den Standpunkt, an der Existenz des Kongostaates kein Interesse mehr zu haben und die französische Nachbarschaft vorzuziehen, falls der Kongostaat sich im Widerspruch mit seiner Neutralität dazu hergebe, der englischen Aggressivpolitik in Afrika Vorschub zu leisten. Nr. 2030

Inzwischen war die Samoafrage immer noch nicht endgültig entschieden, so daß der Reichskanzler Graf v. Caprivi am 28. Mai 1894 in einem grundlegenden Schreiben an den Botschafter Grafen v. Hatfeldt die Frage erörterte, ob es angezeigt sei, im ganzen sechs Kriegsschiffe nach Samoa zu entsenden. England gegenüber wurde ein sehr viel schärferer Ton angeschlagen und offen mit Gegenwirkungen gedroht. Nr. 2035

In der gleichzeitig laufenden Kongofrage erhielt der Staatssekretär des Kongostaates in Brüssel, Graf de Grelle-Rogier, am 1. Juni 1894 die Mitteilung, daß die deutsche Regierung vor Überlassung des Landstreifens an Großbritannien von der Regierung des Kongostaates so rechtzeitig in Kenntnis gesetzt werden müsse, daß sie ihre Rechte zu wahren in der Lage sei. Nr. 2036, 2037

Ein grundlegendes Privatschreiben des Botschafters Grafen v. Hatfeldt vom 1. Juni 1894 an den Reichskanzler vermittelt uns eine historisch-interessante Zusammenfassung der bisherigen deutsch-englischen Auseinandersetzungen über Samoa und andere Fragen. Graf Hatfeldt bedauerte es lebhaft, daß sich eine Rückwirkung der kolonialen Mißhelligkeiten auf die deutsch-englischen politischen Beziehungen nicht ganz ausschließen lasse. Er empfahl daher, zur Erreichung der deutschen Ziele einen wirklich fühlbaren Druck an ver- Nr. 2039

schiedenen Punkten auf England auszuüben. Der Kaiser trat seinen Auffassungen völlig bei und befürwortete, diesen Druck zunächst in der ägyptischen Frage anzuwenden, wo er auch für England tatsächlich am fühlbarsten sein mußte.

- Die Auswirkung dieser neuen Politik gegenüber England zeigt sich in den Dokumenten Nr. 2040—2046. In London war Lord Kimberley, der Staatssekretär des Äußeren im Kabinett Rosebery, auf das ernsteste verstimmt, und die Wirkung der deutschen Haltung wurde noch wesentlich durch ein freimütiges Gespräch unterstrichen, das Kaiser Wilhelm II. am 10. Juni 1894 mit dem englischen Botschafter Sir E. Malet in Berlin über den Kongostaat führte, und über das er dem Reichskanzler tags darauf ausführlich berichtete. Dieses Gespräch des Kaisers wurde sofort nach London berichtet, wo Graf Hatzfeldt alsbald den Versuch feststellen zu können glaubte, eine Verständigung mit Frankreich über afrikanische Fragen unter der Bedingung herbeizuführen, daß Frankreich dabei Ägypten aus dem Spiele ließ. Hieraus hätte sich eine Isolierung Deutschlands ergeben können, der deutscherseits durch eine Annäherung an Frankreich in der Kongofrage entgegenzuarbeiten versucht wurde.

- Die Kongofrage selbst wurde durch eine scharfe, an den Staatssekretär des Kongostaates in Brüssel gerichtete Aufforderung der deutschen Regierung vom 13. Juni 1894 ihrer Erledigung nähergebracht. In London wurde erklärt, Deutschland verlange keine Kompensation, sondern stehe auf dem Boden seines vertraglichen Rechtes; Sache Englands sei es, die durch seine einseitigen Verhandlungen mit dem Kongostaate geschaffene Vertragsverletzung wieder gutzumachen.

- Eine ganz neue Wendung erhielt die deutsch-englische Spannung durch ein erneutes ausführliches Gespräch des deutschen Kaisers mit dem englischen Botschafter Sir E. Malet, bei dem er am 13. Juni 1894 zum Diner weilte. Hier vertrat der englische Botschafter durchaus den Standpunkt Deutschlands und gab die Politik des Lords Rosebery mehr oder weniger preis. In London ließ Graf Hatzfeldt durchblicken, falls der mit dem Kongostaate abgeschlossene Vertrag nicht gelöst werde, müsse Deutschland für das Anschneiden der ägyptischen Frage — vielleicht auf einer Konferenz — die Verantwortung ablehnen.

- In Wien bedauerte man das Zerwürfnis zwischen England und Deutschland um so lebhafter, als man sich in allen Balkan- und Mittelmeerfragen auf ein Zusammengehen mit England angewiesen fühlte. Man begann daher im Sinne einer Verständigung in London einzuwirken und erzielte damit auch den Erfolg, für die Beseitigung des Kongokonflikts einen ausgleichenden Vorschlag zu finden. Lord Rosebery lenkte ein, da er vor allem ein Zusammengehen Deutschlands mit Frankreich scheute. Der König von Belgien erklärte zwar, ohne England, von dem er abhinge, nicht handeln zu können, erklärte sich aber am 16. Juni bereit, sofort mit der englischen Regierung in

Unterhandlung zu treten, um den von der deutschen Regierung beanstandeten Artikel III des Vertrages aufzuheben. In London war man dazu bereit, und deutscherseits lag ein Anlaß, auf diese Lösung nicht einzugehen, um so weniger vor, als auf eine nachdrückliche Unterstützung der Kongowünsche durch Frankreich anscheinend nicht zu rechnen war. So erweist es jedenfalls die ausführliche Aufzeichnung der französischen Regierung, die der Botschafter Herbette am 17. Juni 1894 in Berlin dem Staatssekretär Frhrn. v. Marschall überreichte <sup>Nr. 2059, 2060</sup> <sup>Nr. 2061</sup> <sup>Nr. 2062, 2064</sup> <sup>Nr. 2065</sup> <sup>Nr. 2066</sup> <sup>Nr. 2069</sup> <sup>Nr. 2063, 2068</sup> <sup>Nr. 2067</sup> <sup>Nr. 2069</sup> <sup>Nr. 2070</sup> <sup>Nr. 2071</sup> <sup>Nr. 2072</sup> 1).

Die Dokumente Nr. 2062—2064 zeigen den endgültigen Abschluß des Kongostreites. England ließ Artikel III des Vertrages fallen, eine Lösung, von der Staatssekretär Frhr. v. Marschall der französischen Regierung sofort loyale Mitteilung machte. Man hoffte in Paris, die Engländer würden nunmehr nicht umhin können, auch die französischen Forderungen zu berücksichtigen.

In Italien und Österreich war man über die Beilegung des Konfliktes äußerst erfreut. Zeitweise schien es sogar, als wenn man in England geneigt sei, auf eine Konferenz über die Kongofragen einzugehen. Auch Rußland hatte sich in London und Brüssel gegen den Kongovertrag ausgesprochen, vielleicht in dem besorgten Wunsche, das Zusammenwirken Deutschlands und Frankreichs nicht zu weit gehen zu lassen.

Mit einer Konferenz über die Frage des Kongoabkommens war man deutscherseits wenig einverstanden. Lord Rosebery aber fand sich zu seiner bisherigen Politik der Anlehnung an den Dreibund zurück, da er an eine politische Verständigung mit Frankreich nicht glaubte und weder in der Samoa- noch in der Kongofrage einen Grund für eine Änderung seiner Politik erblickte. Auf eine Konferenz verzichtete auch er.

Das diesen Abschnitt abschließende Dokument Nr. 2072 zeigt den Wunsch der italienischen Politik, England und Deutschland miteinander versöhnt zu sehen. Deutscherseits versah man daher auch gern den römischen Korrespondenten der „Times“ mit Material zur Darstellung der englisch-deutschen Beziehungen in deutschfreundlichem Sinne.

1) Deutscher Wortlaut siehe S. 243 ff.



Der nahe und der ferne Osten

Der neunte Band des Aktenwerkes

---

## Inhaltsübersicht

des 9. Bandes

### KAPITEL 55

- Die Bedeutung der Orientfragen für die Gruppierung der Mächte 1890—1895.  
Dokumente Nr. 2073—2174 . . . . . 77

### KAPITEL 56

- Der „Armenische Dreibund“. Das Zusammenwirken von England, Rußland  
und Frankreich 1890—1895. Dokumente Nr. 2175—2212 . . . . . 84

### KAPITEL 57

- Der „Ostasiatische Dreibund“. Das Zusammenwirken von Deutschland,  
Rußland und Frankreich 1894—1895. Dokumente Nr. 2213—2307 . . . . . 86

### KAPITEL 58

- Die Deutsch-Russischen Beziehungen und die Französisch-Russische Allianz  
1894—1895. Dokumente Nr. 2308—2328 . . . . . 90

### KAPITEL 59

- Deutsch-Französische Beziehungen. Der Dreyfus-Prozeß 1894—1895. Doku-  
mente Nr. 2329—2368 . . . . . 94
-

## Kapitel 55

### Die Bedeutung der Orientfragen für die Gruppierung der Mächte

Für die Stellung der europäischen Großmächte zu einander ist ihre Haltung in der „Frage der Meerengen“ wesentlich mitbestimmend gewesen. Während der ganzen Regierungszeit Kaiser Wilhelms II. bis zum Ausbruche des Weltkrieges hat die türkische Frage niemals aufgehört, eine europäische zu sein.

Im März 1890 war viel von russischen Kriegsvorbereitungen im Schwarzen Meere die Rede. Auch Österreich äußerte sich besorgt, glaubte aber nicht an russische Kriegsabsichten noch in diesem Jahre, wie die österreichische Außenpolitik überhaupt damals Rußland gegenüber sich verhältnismäßig ruhig und gleichgültig zeigte. Auch in England nahm man einen ruhigen Standpunkt ein und gab auch in Bulgarien Ratschläge zur Mäßigung. Österreichischerseits hegte man die Hoffnung nicht mehr, daß England für den Schutz Bulgariens zu interessieren sei, glaubte indessen an eine Erwärmung der englischen Politik für den Fall, daß Rußland die Meerengen ernstlich bedrohen sollte.

Unbestreitbar hatte Rußland damals den überwiegenden Einfluß auf dem Balkan, und die Türkei befürchtete, diesen Einfluß sich auch auf Bulgarien ausdehnen zu sehen. Deutschland bewahrte seine Zurückhaltung, blieb aber mit England in enger Fühlung hinsichtlich einer von der Haltung Bulgariens für den Frieden auf dem Balkan zu befürchtenden Gefahr. Lord Salisbury vertrat damals den Standpunkt, daß Rußland, wenn es einmal zum Einschreiten entschlossen sein sollte, seinen Vorstoß unmittelbar auf den Bosphorus und Konstantinopel richten würde.

In der Türkei wünschte man damals nichts sehnlicher als einen unbedingten Anschluß an den Dreibund.

Ein wesentliches Moment der Beunruhigung bildete nach wie vor<sup>1)</sup> die bulgarische Frage, da der Zar mit der Persönlichkeit des Fürsten Ferdinand nicht einverstanden war, wenn er auch gewaltsame Unternehmungen zu dessen Sturz ablehnte. Deutscherseits hielt man sich an Bismarcks Grundsatz, russische Wünsche bezüglich Bulgariens zu unterstützen, nicht aber eine den russischen Wünschen ent-

<sup>1)</sup> Vgl. Wegweiser Band 1, S. 147 ff.

Nr. 2086 sprechende Initiative zu ergreifen. Die Erhaltung des europäischen Friedens wurde bei allen diesen Erwägungen immer in den Vordergrund geschoben.

Einem breiten Raum nehmen vom Frühjahr 1890 ab in den Erörterungen der Diplomaten die türkischen Befestigungen an den Dardanellen und am Bosphorus ein. Nach einer Aufzeichnung des Reichskanzlers v. Caprivi vom 11. Mai 1890 hatte Deutschland nur dann eine Veranlassung, auf eine Verbesserung der türkischen Verteidigungsmittel am Bosphorus hinzuwirken, wenn England über seine Entschlossenheit keinen Zweifel ließ, „aus eigener Initiative gegen jeden russischen Landungsversuch auf dem Boden der europäischen Türkei einzuschreiten“. Die Wirksamkeit englischen Auftretens im Orient werde nicht durch die Befestigung der Dardanellen und dergleichen gelähmt, sondern durch Englands Mangel an militärischer Kraft und entschiedenem militärischen Willen. Deutschland aber hatte kein Interesse, die englischen Kastanien aus dem Feuer zu holen.

In diesem Sinne wurde Botschafter Graf Hatzfeldt verständigt. Englands Besorgnisse, durch die Befestigung der Dardanellen an einem etwaigen Eingreifen seiner Flotte verhindert zu sein, wurden deutscherseits entkräftet.

Aufmerksam verfolgte man damals im Lager des Dreibundes die Vorgänge auf der Balkanhalbinsel, die auf das Vorhandensein einer geheimen politischen Verständigung zwischen Griechenland, Serbien und Montenegro hindeuteten. Die Türkei schien damals immer mehr unter den Einfluß Rußlands zu geraten. Dafür sprach auch, daß der Sultan wiederholt russischen Kriegsschiffen die Durchfahrt durch die Meerengen gestattete.

Diese Tatsache wünschte Lord Salisbury in Konstantinopel zur Sprache zu bringen. Das veranlaßte die deutsche Politik zu erhöhter Aufmerksamkeit. Ihr schien dieser Schritt etwas weitgehend, und Deutschland wollte sich jedenfalls an einem Proteste in Konstantinopel nicht beteiligen, dessen Spitze sich unmittelbar gegen Rußland richten mußte. England schob seinen Einspruch deshalb auf. Über das weitere Verfahren Englands herrschte nun einige Wochen lang ziemliche Unklarheit. Auch Österreich vertrat den Standpunkt, der englische Protest werde besser unterlassen, da er den angestrebten Zweck doch nicht erreichen würde.

Die dauernd beunruhigenden Verhältnisse in der Türkei brachten im Herbst 1890 wieder einmal den Gedanken einer Aufteilung des türkischen Gebietes in den Vordergrund. Dieses Mal ging der Gedanke von Italien aus. Deutschland hielt sich zurück, da es nicht Italien zuliebe einem Teilungsplane zustimmen wollte, ehe sich die anderen Hauptinteressenten dazu geäußert hätten.

Im Frühjahr 1891 erregte der Plan einer von der Südküste des Schwarzen Meeres nach dem Inneren Kleinasiens anzulegenden Bahn

die Aufmerksamkeit der Diplomatie. Reichskanzler v. Caprivi ließ den Standpunkt vertreten, daß ein solcher Bahnbau aus strategischen und politischen Gründen nicht unbedenklich sei. Nr. 2106  
Nr. 2107,  
2108

Anschließend daran wurde zwischen England und Deutschland die Frage erörtert, ob die englischen Streitkräfte im Mittelmeer zur gleichzeitigen Bewältigung der dortigen Aufgaben im Falle einer europäischen Krisis tatsächlich genügen würden. Entscheidend hierfür war, ob der Sultan bei einer russischen Bedrohung den Engländern die Dardanellen zu öffnen gewillt war. Nahm er in einem solchen Falle die englische Hilfe in Anspruch, so erklärte sich Lord Salisbury bereit, einem solchen vertragsmäßig begründeten Rufe des Sultans Folge zu leisten. Zeigte sich der Sultan geneigt, sich mit England über Ägypten zu verständigen, so konnte er vielleicht neue Garantien für den Schutz Konstantinopels und der Meerengen von England erreichen. Nr. 2109  
Nr. 2110

Als Staatssekretär Frhr. v. Marschall im Juli 1891 den Kaiser nach England begleitete, hatte er eine ausführliche Aussprache mit Lord Salisbury über nahezu alle Fragen der damaligen europäischen Lage. Lord Salisbury betonte hierbei, die englische Flotte werde, vielleicht noch durch die italienische Flotte verstärkt, zeitig genug zur Stelle sein können, um einen Handstreich der Russen auf Konstantinopel zu verhüten. Marschall sprach aus, England könne stets auf Deutschlands Sympathie und Unterstützung rechnen, wenn es für Erhaltung und Festigung seines Einflusses im Orient eintrete, immer vorausgesetzt, daß England geneigt sei, seine Interessen im entscheidenden Augenblicke auch selbst zu wahren. Hinsichtlich Bulgariens waren sich die beiden Staatsmänner darüber einig, dem — wenn auch illegalen — Regiment des Prinzen Ferdinand in Sofia seine Lage nicht zu erschweren. Österreich sah in Bulgarien nach wie vor den Angelpunkt der Orientfrage. Nr. 2111  
Nr. 2112

Im Herbste 1891 erregte der Abschluß eines Abkommens zwischen Rußland und der Türkei über die freie Durchfahrt der sogenannten „Freiwilligen Flotte“ durch die Dardanellen die Besorgnis Englands. Deutschland hielt sich zurück, was um so richtiger erschien, als Rußland der ganzen Frage nur geringe Bedeutung beimaß. Die Türkei stand auf dem Boden ihres Rechtes und machte den in Konstantinopel beglaubigten Vertretern der Großmächte Mitteilung von dem Abkommen mit Rußland. Die Vertreter Österreich-Ungarns, Italiens und Englands erhielten nunmehr von ihren Regierungen den Auftrag, darauf hinzuweisen, daß alle Begünstigungen, die der Sultan einer Macht gewähre, allen anderen zugute kommen müßten. Deutschland schloß sich diesem Schritte nicht an, wenigstens nicht in schriftlicher Form. Nr. 2113  
Nr. 2114  
Nr. 2115  
Nr. 2116

Eine grundlegende Aufzeichnung des Botschafters Grafen v. Hatzfeldt vom 28. Oktober 1891 vermittelt uns die damalige Auffassung Nr. 2117

der englischen Politik und den Wunsch des Lords Salisbury nach Abschluß einer Konvention über Ägypten und einer politischen Verständigung mit dem Sultan. Während Rußland Bulgarien sich immer mehr selbst zu überlassen schien, ließ Lord Salisbury die Türken wissen, daß die englische Flotte bei einer Bedrohung des Bosphorus durch die Russen sich auf Wunsch des Sultans sofort in der Besikabai versammeln werde.

Das Jahr 1892 begann mit einer bulgarisch-serbischen Spannung. In Rußland rechnete man auf den mäßigenden Einfluß Österreich-Ungarns auf Bulgarien. Deutschland vertrat zwar den Standpunkt, an den Balkandingen nicht unmittelbar beteiligt zu sein, wollte aber in orientalischen Fragen in jedem Einzelfalle seine Mitwirkung besonders erwägen.

Auch bei dem französisch-bulgarischen Konflikt, der im Dezember 1891 aus der zwangsweisen Entfernung eines französischen Korrespondenten aus Sofia sich ergeben hatte, bewahrte Deutschland seine Zurückhaltung. Es wünschte, eine Verständigung vor allem mit Rußland immer im Bereich der Möglichkeit zu erhalten, solange es ohne Schädigung der eigenen Wünsche oder der Treue gegen seine Verbündeten möglich war. Im Februar 1892 trat daher in Rußland eine Beruhigung ein. Der deutschen Rücksichtnahme auf Rußland entsprach auch die Ablehnung eines Besuches des Prinzen Ferdinand von Koburg in Berlin, den er vertraulich dort hatte ankündigen lassen.

Der englisch-russische Gegensatz erfuhr im November 1892 eine neue Beleuchtung durch die englischen Erwägungen über eine etwaige Verteidigung Indiens durch ein Vorgehen im Schwarzen Meere. Botschafter Graf Hatzfeldt wurde ersucht, sich über diese Frage zu äußern, und tat dies in einem ausführlichen Berichte vom 24. November 1892, der für die Beurteilung Salisburys als Staatsmann und Charakter von historischem Wert ist.

Das Jahr 1893 wurde mit Erörterungen über eine im Hinblick auf die Konfession des Fürsten von Bulgarien angenommene Verfassungsänderung der Sobranje eingeleitet. England zeigte sich hierüber beunruhigt, da Rußland protestierte. Es geschah aber nichts Weiteres von seiner Seite. Deutschland hielt sich auch in dieser Frage zurück und weigerte sich daher, im April 1893 den bulgarischen Ministerpräsidenten Stambulow in Berlin zu empfangen, wohin er gelegentlich einer Reise im Gefolge des Fürsten Ferdinand nach Wien gern gekommen wäre. In Wien hatte man Bulgarien zur Vorsicht ermahnt. Bei einer persönlichen Besprechung mit dem Grafen Kálnoky erklärte Herr v. Giers am 23. April 1893, Rußland werde das undankbare Bulgarien sich selbst überlassen: es habe von dem Wohlwollen Rußlands nichts mehr zu erwarten.

Im Spätherbste 1893 ergab sich eine Veränderung der Orientlage aus dem Gerüchte, daß England seiner Herrschaft im Mittelmeer kein Nr. 2135  
vitalcs Interesse mehr beizumessen scheine und sogar eine russische Nr. 2136  
Besetzung Konstantinopels ertragen würde. Man brachte das gelegentlich mit den englisch-französischen Schwierigkeiten in der Siamfrage in Verbindung. Als Graf Hatzfeldt am 5. Dezember 1893 mit Lord Nr. 2137  
Rosebery darüber sprach, ließ dieser keinen Zweifel daran, daß England seine Rolle in der europäischen Politik aufrechtzuerhalten beabsichtige.

Im Dezember 1893 weilte der damalige preußische Gesandte in München, Graf zu Eulenburg, vorübergehend in Wien und hatte dort verschiedene Besprechungen mit dem Grafen Kálnoky. Dabei berührten die beiden Diplomaten die Gesamtheit der damals schwebenden Fragen, und der vom Grafen zu Eulenburg daraufhin an Caprivi erstattete Bericht gefiel dem Kaiser so gut, daß er ihn in einer Schlußbemerkung als „den ersten vernünftigen und interessanten Bericht, der lange aus Wien gekommen“ sei, bezeichnete. Damals offenbar entstand beim Kaiser der Wunsch, den Grafen auf einen wichtigeren Nr. 2138  
Posten versetzt zu sehen, und am 26. April 1894 ernannte er ihn zum Botschafter in Wien. Der Haupteindruck des erwähnten Berichtes bestand darin, daß auch Österreich in England das Gefühl der Interessensolidarität mit Italien zu erwecken bemüht war, aber auch Nr. 2139  
bereits zu erwägen anfang, was zu tun sei, falls England als politischer Faktor ausfiel. In Wien wünschte man, daß England durch Nr. 2140  
eine regere Betätigung seiner Mittelmeerinteressen dem zunehmenden russisch-französischen Einflusse im Mittelmeere ein Gegengewicht biete. Mit Besorgnis verfolgte man Englands Gleichgültigkeit an der Dardanellenfrage, denn bisher hatte es als Evangelium gegolten, daß sich England einer Öffnung der Meerengen für Rußland unter allen Nr. 2141  
Umständen widersetzen werde.

In England erkannte man nun auch die Notwendigkeit, die Mittelmeerinteressen — besonders in der Türkei — stärker als bisher zu vertreten. Man entschloß sich, den Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt, Sir Philip Currie, als Botschafter nach Konstantinopel zu entsenden. Sein Auftrag ging unzweifelhaft dahin, „den Einfluß Englands herzustellen und sich in allem mit den Vertretern des Dreibundes zu verständigen“. In Wien blieb man aber nach wie vor besorgt, ob England gegebenenfalls in den Meerengen Rußland ein „quos ego“ Nr. 2142  
zurufen würde. Man wünschte dort die Erhaltung des „Status quo“, Nr. 2143  
fühlte sich aber ohne Englands Unterstützung allein nicht in der Lage, den russischen Bestrebungen einen Riegel vorzuschieben, und erwog Nr. 2144  
für diesen Fall, ob man nicht besser tun würde, sich mit Rußland über diese Frage zu verständigen. Nr. 2145

Tatsächlich nahm England nach Eintreffen seines neuen Botschafters in Konstantinopel eine entschiedenere Haltung ein und Nr. 2146  
Nr. 2147

erklärte sich entschlossen, „den Kampf gegen Rußland, falls derselbe wegen der von letzterem verlangten freien Durchfahrt durch die Meerengen notwendig werde, aufzunehmen und allein im Mittelmeer mit der englischen Flotte zu führen“. Seine Flotte sei hierzu stark genug, auch ohne die Mithilfe Österreich-Ungarns und Italiens. Mit Österreich unterhielt England damals einen lebhaften Gedankenaustausch.

Auch in Deutschland beschäftigte man sich eingehend mit der Dardanellenfrage. Zwei Aufzeichnungen des Reichskanzlers Grafen v. Caprivi vom 8. März 1894 zeigen, daß die deutsche Politik nicht gewillt war, sich in dieser Frage vorschieben zu lassen. „Wir müssen am Dreibunde“, schrieb Caprivi, „solange es geht und immer an Österreich-Ungarn, das in seiner Großmachtstellung zu erhalten, auch ein deutsches Bedürfnis ist, festhalten; wir dürfen es nicht Rußland in die Arme treiben . . . Wir dürfen Österreich-Ungarn in seinem Versuch, sich mit England zu verständigen, nicht entmutigen, wir müssen aber im Auge behalten, daß für uns eine friedliche Lösung der Meerengenfrage vorzuziehen ist.“ Die gleiche vorsichtige Politik beweist auch ein Schreiben des Staatssekretärs Frhrn. v. Marschall an den Botschafter Grafen v. Hatzfeldt vom 28. März 1894. Der Kaiser vertrat gleichfalls diesen Standpunkt. Von Wien aus wurde immer betont, wie wichtig es für die Machtstellung des Dreibundes sei, wenn Europa die Überzeugung gewönne, daß auch England im Ernstfalle als Vierter im Bunde gezählt werden könnte.

Als Ende Mai 1894 in Bulgarien das Kabinett Stambulow durch das russenfreundlichere Kabinett Stoilow ersetzt wurde, und sich daraus neue Verwirrungen zu ergeben drohten, blieb die deutsche Politik ihrer bisherigen vorsichtigen Haltung getreu und enthielt sich jeder Stellungnahme zu den dortigen Vorgängen.

Vom 5. bis 16. August 1894 weilte Kaiser Wilhelm II. in England. Österreich bekundete den Wunsch, der Kaiser möge die englischen Staatsmänner bei dieser Gelegenheit auffordern, bei ihrer traditionellen Orientpolitik zu verharren. Deutscherseits lehnte man es aber ab, sich durch Österreich-Ungarn „zur Übernahme von Verpflichtungen drängen zu lassen, welche in dem Dreibundvertrage nicht vorgesehen sind“. Englands Haltung blieb nach wie vor zweifelhaft; auf bestimmte Zusicherungen in der Meerengenfrage war nicht zu rechnen.

Die Verstimmung Deutschlands gegen England in der Kongofrage<sup>1)</sup> überschattete damals die deutsch-englischen Beziehungen. Nach ihrer Beilegung griff eine freundlichere Stimmung Platz. Einen ausgezeichneten Überblick über den damaligen Stand der Dinge vermittelt ein ausführlicher Bericht des Grafen v. Hatzfeldt vom 11. November

<sup>1)</sup> Vgl. S. 71 ff.

1894, zu dem der Kaiser eine Reihe von treffenden Randbemerkungen gemacht hat. Nach Hatzfeldts Ansicht empfand Lord Rosebery sehr wohl die aus der Isolierung Englands drohende Gefahr. Anscheinend stand ein Ausgleich mit Rußland über die Abgrenzung in Asien bevor, und dann verhinderte eine endgültige Verständigung der beiden Mächte nur die von Rußland gewünschte freie Durchfahrt durch die Dardanellen. Graf Hatzfeldt hatte den Eindruck, daß England auch hierin schließlich nachgeben würde, „wenn damit die Zusage Rußlands verbunden wäre, die gegen englische Interessen im Mittelmeer gerichteten Bestrebungen Frankreichs nicht mehr zu fördern, und sich dort, falls es zum Kriege zwischen Frankreich und England käme, jeder Unterstützung der französischen Flotte zu enthalten“.

Auch der englische Militärbevollmächtigte in Berlin, Oberst Swaine, sprach sich dem Kaiser gegenüber in gleichem Sinne aus. Nach der Ansicht des Staatssekretärs v. Marschall mußte England durch diese einseitige Nachgiebigkeit noch mehr an seinem historischen Prestige einbüßen. Bald ergab sich auch, daß von einer weitergehenden Verständigung zwischen Rußland und England nicht die Rede war. In Deutschland war man durchaus damit einverstanden, wenn diese beiden Mächte sich einander näherten.

Im November 1894 erfolgte in Frankreich ein auffallender Umschwung der öffentlichen Meinung zugunsten Englands. Offenbar hoffte man auf eine englisch-russische Allianz, die aber in weitem Felde lag. Seitens des Dreibundes bestand nach wie vor — wenigstens bei Österreich und Italien — der Wunsch, ein bindendes Abkommen mit England zu schließen. Deutschland betonte indes, daß von ihm in großen wie in kleinen, in europäischen wie in kolonialen Fragen ohne Gegenseitigkeit von den Engländern nichts zu erlangen sei.

Während in Berlin der englische Botschafter aussprach, wie sehr die englische Regierung wünsche, alle aufkommenden Fragen mit Deutschland freundschaftlich zu besprechen, beobachtete Deutschland die scheinbare russisch-englische Annäherung kühl abwartend. Besorgniserregend schien gelegentlich die Richtungsänderung und Erregung der englischen öffentlichen Meinung, da sie bestimmend auf die Entschlieûungen des Ministeriums einzuwirken vermochte.

In der Dardanellenfrage vertrat Deutschland mit ausdrücklicher Billigung des Kaisers den Standpunkt des Berliner Vertrages, der nicht einseitig aufgehoben werden könne. „Das Ziel des Dreibundes“, schrieb Reichskanzler Fürst v. Hohenlohe am 13. Dezember 1894 an den Botschafter Grafen zu Eulenburg, „ist vor allem die Erhaltung des Territorialbestandes der drei verbündeten Monarchien.“ Der Gedanke einer russisch-englischen Verständigung zu Zweien ohne Frankreich sei noch in der Kindheit, und eine russisch-französisch-englische Verständigung liege wohl noch in weitem Felde.

In Wien war man dauernd besorgt, daß aus den deutsch-eng-

- Nr. 2170 lischen Kolonialschwierigkeiten sich ernstere Verwicklungen ergeben könnten, und wünschte die Wiederherstellung eines besseren Verhältnisses mit England, das für den europäischen Frieden und für die Existenz des Dreibundes von größter Bedeutung sei. Italien wünschte im Orient mit Deutschland, in Afrika mit England zu gehen. Dem
- Nr. 2171
- Nr. 2172 Wunsche des Kaisers entsprach es, daß Deutschland auch im Orient für die Interessen seiner beiden Bundesgenossen tunlichst eintreten möge.

Bald ergab sich, daß eine englisch-russische Verständigung nur über asiatische Angelegenheiten — Pamirfrage — stattgefunden hatte.

Nr. 2173

Nr. 2174 In Wien hielt man eine Verständigung mit Rußland auf der Grundlage der Wahrung des Besitzstandes der europäischen Türkei nur noch für eine Frage der Zeit.

## Kapitel 56

### Der Armenische Dreibund Das Zusammenwirken von England, Rußland und Frankreich 1890—1895

Am 4. Juni 1878 hatte sich die Türkei in der sogenannten Zypern-Konvention zunächst gegen England allein, sodann durch den Berliner Vertrag vom 13. Juli 1878 gegen alle Signatarmächte des Berliner Kongresses verpflichtet, Reformen zur Besserung des Loses der Christen in der Türkei und besonders in Armenien einzuführen. Da aber nichts Ernstliches geschah, hatte die englische Regierung im Juni 1880, im Herbst 1881, im Mai 1883 und im August 1886, von der öffentlichen Meinung gedrängt, mit steigendem Nachdruck die armenische Frage wieder aufgenommen. 1890 verschlimmerte sich die Lage derart, daß die Mächte sich mit der Frage aufs neue beschäftigen mußten.

Am 27. Juli 1890 kam die Mißstimmung der Armenier durch einen Tumult im Patriarchat zu offenem Ausdruck. Der Patriarch hätte dabei beinahe das Leben verloren, und in einer solchen Revolte, sogar in der Hauptstadt der Türkei, lag eine Gefahr für alle in der Türkei wohnenden Christen. Die Dokumente Nr. 2176 bis 2180 erweisen, daß weder Rußland noch England, die in erster Linie zum Einschreiten Veranlassung gehabt hätten, etwas Ernstliches taten. So blieb in der Hauptsache alles beim alten.

Nr. 2175

Nr. 2176—  
2180

Über zwei Jahre später, im Frühjahr 1893, lebte die armenische Frage aufs neue auf. Die armenischen Zustände machten, besonders in England, viel Aufsehen, und Lord Rosebery sah sich genötigt, der

armenierfreundlichen Haltung der liberalen Partei Rechnung zu tragen. Deutschland bewahrte auch bei diesem Anlasse seine Zurückhaltung. Nr. 2181—2183

Im November 1894 brachen in Armenien neue Unruhen aus. Deutschland warnte in Konstantinopel, hielt sich aber zurück. Der Sultan beschloß, eine besondere Kommission nach Armenien zu schicken, die am 27. November 1894 auch tatsächlich dorthin abging. In England stellte man weitere Forderungen, und auch in Deutschland sah man eine Untersuchung gegen die armenischen Übeltäter nicht als ausreichend an. Dem gegenüber bemühte man sich in Konstantinopel, die Nachrichten über türkische Ausschreitungen gegen die Armenier als übertrieben hinzustellen. Nr. 2184 Nr. 2185 Nr. 2186 Nr. 2187 Nr. 2188 Nr. 2189

Im Dezember 1894 erfolgte ein entscheidender Schritt der Mächte. Die englische Regierung lud die russische und die französische gemeinsame Schritte zur Klärung der armenischen Frage zu tun. Trotzdem wünschte das englische Kabinett keine Verwicklungen im Orient. Rußland stand den Versuchen Englands, es in die armenische Frage hineinzuziehen, anfangs kühl und mißtrauisch gegenüber. Zeitweise ging das Gerücht, Rußland wolle das türkische Armenien besetzen. Italien schien, durch Englands bisherige Haltung verstimmt, sich der russischen Politik nähern zu wollen, was deutscherseits nicht als erwünscht angesehen wurde. Nr. 2190 Nr. 2191 Nr. 2192 Nr. 2193, 2194 Nr. 2194, 2195

Mißtrauisch betrachteten die Botschafter der verschiedenen Mächte in Konstantinopel die weitere Entwicklung, bis endlich Ende Dezember 1894 eine Verständigung zwischen Rußland, Frankreich, England und der Türkei stattfand. Italien war nicht beteiligt worden; man betrachtete es deutscherseits für Italien als gute Lehre, daß es immer bessere Geschäfte machen würde, wenn es sich in seiner diplomatischen Haltung von den übrigen Dreibundmächten nicht trennte. Das erkannte man auch in Rom an. An eine intime Verständigung zwischen England, Frankreich und Rußland glaubte man in Deutschland nicht. Eine entscheidende Besserung der Verhältnisse in Armenien war bei der türkischen Korruption nicht zu erzielen gewesen. Nr. 2196—2198 Nr. 2191 Nr. 2199 Nr. 2200 Nr. 2201 Nr. 2202

Im Frühjahr 1895 setzten türkische Versuche ein, Deutschland aus seiner bisherigen Zurückhaltung herauszulocken. Der Sultan entsandte den türkischen Unterstaatssekretär der indirekten Steuern, den ehemaligen preußischen Stellvertreter Bertram nach Deutschland, um die Intervention des Kaisers für den Fall anzurufen, daß England, Frankreich und Rußland in der armenischen Frage Wünsche aussprächen, deren Erfüllung gegen Souveränitätsrechte des Sultans oder gegen türkische Staatsinteressen verstoße. Der Kaiser lehnte diesen Versuch des Sultans schroff ab. Nr. 2203 Nr. 2204

In Konstantinopel überreichten im Mai 1895 die Botschafter von Großbritannien, Frankreich und Rußland der Pforte eine Denkschrift mit den Reformvorschlägen für Armenien. Obwohl England in drohendem Tone eine Antwort verlangte, antwortete die türkische Regierung Nr. 2205 Nr. 2206

ausweichend. England erwog die Entsendung seiner Mittelmeerflotte nach der Besikabai und witterte hinter der türkischen Haltung die heimliche Unterstützung der Türkei durch Rußland.

Die weiteren Dokumente — Nr. 2209—2212 — zeigen, daß die armenische Frage auch jetzt noch nicht gelöst wurde, da eine volle Einmütigkeit der Großmächte nicht zu erzielen war.

## Kapitel 57

### Der „Ostasiatische Dreibund“ Das Zusammenwirken von Deutschland, Rußland und Frankreich in Ostasien 1894—1895

Das 57. Kapitel führt uns nach dem fernen Osten und zeigt das Zusammenwirken Deutschlands mit Rußland und Frankreich anlässlich der Beendigung des chinesisch-japanischen Krieges. Dieser Zeitabschnitt ist für die Beurteilung der deutschen Politik insofern wichtig, als er unbestreitbar den Ausgangspunkt für Japans Entfremdung gegen Deutschland gebildet hat.

Am 1. August 1894 war die Kriegserklärung Japans an China erfolgt. Schon vorher hatten die beiden Mächte anlässlich eines im Süden von Korea entstandenen Aufruhrs Truppen zur Wiederherstellung der Ordnung nach dem Festlande entsandt. Als dieser Zweck erfüllt war, weigerte sich die japanische Regierung, ihre Truppen zurückzuziehen, bevor nicht die koreanische Regierung in ihrem Lande Reformen eingeführt hätte, die die Wiederkehr ähnlicher Aufstände verhüten sollten. China rief auch die deutsche Regierung an, damit sie in Japan im Sinne einer Räumung Koreas vermitteln möchte. Schon vorher hatte die englische Regierung in Berlin angeregt, Deutschland möge sich einer Intervention der Mächte behufs eines friedlichen Ausgleichs der entstandenen Gegensätze anschließen. Damals vertrat das deutsche Auswärtige Amt den Standpunkt, in Korea seien in erster Linie England und Rußland interessiert, und eine Intervention deutscherseits komme daher nur in Frage, sobald auch die übrigen europäischen Großmächte in friedlichem Sinne einwirkten.

Die schwere Niederlage der Chinesen zu Lande und zu Wasser rief im Innern des großen Reiches eine wachsende Gärung hervor, so daß man in Europa zeitweise an eine Gefährdung der in China weilenden Fremden dachte. Von England ging die Anregung aus, ob Deutschland gewillt sei, sich mit England, Frankreich, Rußland und den Vereinigten Staaten zu einer Intervention zwischen Japan und China zu vereinigen<sup>1)</sup>. In Berlin hielt man die Anregung für verfrüht,

<sup>1)</sup> Deutsche Übersetzung siehe S. 245.

glaubte auch, mit Sicherheit auf eine Ablehnung Japans rechnen zu müssen. England schloß sich dieser Auffassung an. Als der chinesische Gesandte in Berlin am 12. November 1894 die Bitte aussprach, Deutschland möge auf der Grundlage der Unabhängigkeit Koreas und der Zahlung einer noch näher zu bestimmenden Kriegsschädigung vermitteln, wurde dies Ersuchen höflich, aber bestimmt abgelehnt. Nr. 2216  
Nr. 2217  
Nr. 2218

Hatte bis jetzt die deutsche Regierung eine für Japan durchaus freundliche Haltung beobachtet, die den bisherigen Beziehungen zwischen den beiden Ländern durchaus entsprach, so ist vom November 1894 ab ein Wechsel in der Haltung Deutschlands festzustellen. Den Beginn machte ein Telegramm des Kaisers an den Reichskanzler Fürsten v. Hohenlohe vom 17. November 1894. Hierin war die Vermutung ausgesprochen, daß England wahrscheinlich demnächst im Orient aktiv zu werden beginne; vielleicht werde es sich ohne Vereinbarung mit anderen Mächten in den Besitz von Schanghai und einiger strategisch wichtiger Punkte setzen. Die Folge würde sein, daß Rußland und Frankreich gleichfalls wichtige Punkte in China erstrebten. Hierbei dürfe Deutschland nicht zu kurz kommen, da es gleichfalls eines festen Punktes in China bedürfe. Der Kaiser hielt den Erwerb von Formosa, das auch von Frankreich erstrebt werde, für wünschenswert. Nr. 2219

Auch bei diesem Anlasse erlauben die Akten des Auswärtigen Amts die Feststellung, daß den Wünschen des Kaisers keineswegs immer unmittelbar Folge geleistet worden ist. Der Staatssekretär Frhr. v. Marschall hielt den Erwerb von Formosa nicht für ein erstrebenswertes Ziel, glaubte auch nicht daran, daß England durch irgendeine Handlung das Signal zur Aufteilung des Chinesischen Reiches zu geben beabsichtige. Er empfahl daher, einstweilen abzuwarten. Die Verschiebung der Seestreitkräfte in Ostasien sollte indes sorgfältig beobachtet werden. In einem Berichte hierüber erwähnte am 23. November 1894 der Gesandte in Peking, Frhr. Schenck zu Schweinsberg, zum ersten Male den Erwerb der Kiautschoubai als ein für Deutschland erstrebenswertes Ziel. Nr. 2220  
Nr. 2221

Über die Möglichkeit eines etwaigen Besitzererwerbs in Ostasien wurden im Februar 1895 wiederholt Erwägungen angestellt. Anfangs März bat die chinesische Regierung Deutschland vertraulich, sich bei Japan im Sinne maßvoller Friedensbedingungen einsetzen zu wollen. Deutschland gab diese Anregung am 6. März mit dem Bemerkten an Japan weiter, die europäischen Großmächte seien von China zur Intervention aufgefordert: für Japan sei es deshalb am vorteilhaftesten, den Frieden bald abzuschließen; eine japanische Forderung von Gebietsabtretungen auf dem Festlande würde besonders geeignet sein, ein Einschreiten der Mächte hervorzurufen. Nr. 2222—  
2224  
Nr. 2225  
Nr. 2226

Diese deutsche Mahnung ließ die japanische Regierung einstweilen unberücksichtigt und beschwor dadurch tatsächlich die Inter-

vention der Großmächte herauf. Bald darauf ergab es sich, daß England, um seine Beziehungen zu Japan nicht zu verschlechtern, sich von jedem gewaltsamen Drucke auf Japan fernhielt, und den anderen Großmächten nicht allein völlig die Initiative überließ, sondern sich ganz zurückhielt. Über das Verhalten Deutschlands, Rußlands und Frankreichs gegenüber Japan enthalten die Akten eine große Fülle von Dokumenten, die im ganzen folgendes Bild gewähren: Rußland und Frankreich vertreten den Standpunkt, daß die japanischen Forderungen an China übertrieben seien, und daß insonderheit die Besitzergreifung der Halbinsel Liaotung mit Port Arthur durch Japan nicht geduldet werden könne. Im Berliner Auswärtigen Amt hatte man zur Bearbeitung der ostasiatischen Frage den langjährigen deutschen Gesandten in Peking, Max v. Brandt, hinzugezogen. Seine Denkschrift vom 8. April 1895 ist für die weitere Stellung Deutschlands zu der Frage des chino-japanischen Friedensschlusses maßgebend geworden.

Brandt ging von der Auffassung aus, daß ein Zusammengehen Deutschlands mit Rußland in dieser asiatischen Angelegenheit von nicht zu unterschätzendem Einflusse auf die Stellung Rußlands zu Deutschland in Europa sein müsse. Schließe sich Frankreich von einer Beteiligung an den von Rußland angeregten Schritten aus, so ergebe sich hieraus eine Lockerung der französisch-russischen Beziehungen von selbst. Auch liege in einem gemeinschaftlichen Vorgehen mit Rußland für Deutschland vielleicht die einzige Möglichkeit, von einem dankbaren China die Abtretung oder Pachtung eines Platzes für eine Flotten- oder Kohlenstation zu erhalten.

Rußland habe, führte der Gesandte v. Brandt am 9. April 1895 nachdrücklich aus, das einzige, auch an Panzerschiffen, starke Geschwader in den ostasiatischen Gewässern, und es sei daher wünschenswert, sich an dieses anzuschließen. In Deutschlands Interesse liege es, Rußland nach dem Osten hinzuweisen, wo seine wahren Aufgaben lägen. Man entschloß sich daher in Berlin, falls England an seiner Ablehnung festhielt, mit Rußland und Frankreich gemeinsam vorzugehen. Den gleichen Entschluß bekundete Frankreich. Maßgebend für die deutsche Haltung war der Wunsch, durch das Zusammengehen mit Rußland die deutsche Ostgrenze zu entlasten und dadurch vielleicht ein zu enges Zusammengehen Rußlands und Frankreichs zu verhindern.

Unglücklicherweise befand sich damals als Vertreter Deutschlands der Gesandte Frhr. v. Gutschmid in Tokio, der den Japanern geradezu feindlich gegenüberstand und alle ihm zugehenden Weisungen seiner Regierung mit unverkennbarem Vergnügen so scharf wie möglich ausführte. Eine grundlegende Weisung des Auswärtigen Amtes vom 17. April 1895 schrieb ihm vor, sobald der russische und französische Gesandte in Tokio Anweisung zum Eingreifen erhielten, sich sodann

gegenüber der japanischen Regierung in gleichem Sinne zu äußern. „Die jetzigen japanischen Friedensbedingungen sind übertrieben,“ wurde ihm am 17. April 1895 nach Tokio telegraphiert. „Sie verletzen europäische, auch deutsche Interessen, wenn schon letztere in geringerem Maße. Wir sind daher jetzt veranlaßt, mit zu protestieren, und werden, falls erforderlich, auch den nötigen Nachdruck zu geben wissen.“ In einem weiteren Telegramm vom 23. April 1895 schrieb Staatssekretär Frhr. v. Marschall dem Gesandten Frhrn. v. Gutschmid vor, er möge stets von neuem hervorheben, daß beiden Teilen Unannehmlichkeiten erspart worden wären, wenn die japanische Regierung den freundschaftlichen Rat Deutschlands vom 6. März 1895 befolgt<sup>1)</sup> und ihre Bedingungen gemäßigt hätte, statt leere Redensarten zu machen.

Der entscheidende Schritt der drei Botschafter in Tokio erfolgte am 23. April 1895. Zuerst sprach der russische, dann der französische Gesandte und schließlich der deutsche, dieser aber in so scharfer Tonart, daß der japanische Vizeminister Hayashi davon ganz betroffen war. Gutschmid ging so weit, seine mündlichen Äußerungen durch eine schroffe schriftliche Erklärung, die er dem japanischen Vizeminister übergab, noch zu übertrumpfen. Hierin hatte er verschiedene Formulierungen aus Schriftstücken des Auswärtigen Amtes, die nur zur Regelung seiner Sprache ihm telegraphisch zugegangen waren, wörtlich mit verwendet. Verhängnisvoll wirkte in diesem Zusammenhang besonders die wörtliche Verwendung des vom Vortragenden Rat v. Holstein entworfenen Telegramms vom 17. April 1895<sup>2)</sup>, in dem es hieß: „Wir sind daher jetzt veranlaßt, mit zu protestieren, und werden, falls erforderlich, auch den nötigen Nachdruck zu geben wissen. Japan muß nachgeben, da Kampf gegen drei Großmächte aussichtslos.“

Triumphierend berichtete Gutschmid am 23. April 1895: „Meine Sprache machte augenscheinlich Eindruck.“

Die weitere Entwicklung der Dinge bis zur endgültigen Ausfertigung der Friedensbedingungen von Schimonoseki geht aus der Dokumentensammlung mit vollster Deutlichkeit hervor. Dem Spezialstudium dieser Frage eröffnet sich in den hier mitgeteilten Akten ein lohnendes Ziel. Für unsere Zwecke ist es nur nötig, auf die deutschen Übertragungen der Dokumente Nr. 2272, 2274, 2287, 2294, 2305<sup>3)</sup> hinzuweisen. Man erkennt aus dem Gesamtverlauf, daß nicht einmal die vom Gesandten v. Brandt ausgesprochene Hoffnung, Deutschland werde mit Rußland zu vertrauensvolleren Beziehungen gelangen und dadurch seine europäische Lage erleichtern, in Erfüllung ging. Die deutsche Politik geriet vielmehr in dieser ost-

<sup>1)</sup> Vgl. S. 87 (Dokument Nr. 2226.)

<sup>2)</sup> Siehe S. 245/246, 246/247, 247, 247/248, 248/249.

asiatischen Frage sehr bald in eine zunehmende Isolierung hinein, wie sich besonders bei der Frage der chinesischen Anleihe zur Bezahlung der Kriegskosten an Japan herausstellte.

Nr. 2307 Japans freundschaftliche Empfindungen für Deutschland waren nachhaltig zerstört. Mit aller Deutlichkeit zeigt sich dies aus dem zwölf Jahre nach den Vorgängen erstatteten, durch seine Rückblicke wertvollen Berichte des deutschen Botschafters Frhrn. Mumm v. Schwarzenstein vom 13. Juni 1907. Der Botschafter hatte eine ausführliche Unterredung mit dem Vicomte Hayashi über die unfreundliche Haltung der japanischen Presse gegen Deutschland. Die japanische Stimmung gegen Deutschland, meinte darauf Hayashi, stamme noch immer aus der Zeit der Beteiligung Deutschlands an der Intervention der drei Mächte im Jahre 1895. Ein Unglück sei es gewesen, daß damals gerade der sehr heftige Baron Gutschmid deutscher Vertreter gewesen sei, der mit Freuden die Gelegenheit ergriffen habe, Japan zu demütigen. Im Auswärtigen Amt ließ auf Grund dieses Berichtes Reichskanzler Fürst Bülow Ermittlungen nach den damals schon zwölf Jahre zurückliegenden Vorgängen anstellen und auch die Botschaftsakten in Tokio daraufhin durchsehen. Als Ergebnis wurde festgestellt, daß das schroffe Auftreten Gutschmids tatsächlich den Absichten der deutschen Regierung nicht entsprochen hatte, daß es nunmehr aber nicht mehr angezeigt sei, auf eine Erörterung der heiklen Frage den japanischen Staatsmännern gegenüber zurückzukommen.

Nr. 2306 Die Auswirkung der damaligen Ungeschicklichkeit eines deutschen Vertreters haben wir im Weltkriege büßen müssen, obwohl noch 1896, also in dem auf den Frieden von Schimonoseki folgenden Jahre, die japanischen Staatsmänner rückhaltlos anerkannt hatten, was Japan dem deutschen Einflusse und im besonderen die japanische Armee der deutschen Ausbildung verdanke.

## Kapitel 58<sup>1)</sup>

### Die Deutsch-Russischen Beziehungen und die Französisch-Russische Allianz 1894—1895

Die Dokumente des 58. Kapitels behandeln ihrem geschichtlichen Inhalte nach die Thronbesteigung des Kaisers Nikolaus am 1. November 1894, den Tod des russischen Ministers des Äußeren v. Giers

<sup>1)</sup> Der Leser wird gut tun, für das 58. Kapitel die synchronistische Zusammenstellung heranzuziehen, da die in ihm behandelten Gegenstände vielfach mit dem Inhalt des 57. und 59. Kapitels — Ostasiatische Vorgänge und Beziehungen zu Frankreich — durcheinander gehen.

und dessen Ersatz durch den bisherigen russischen Botschafter in Wien, Fürsten Lobanow, sowie die mit dieser Ernennung zusammenhängende Abberufung des deutschen Botschafters in Petersburg, v. Werder, und die Ernennung des Fürsten v. Radolin an seiner Stelle. Fürst Lobanow war ursprünglich als Botschafter an Stelle des Grafen Schuwalow nach Berlin bestimmt gewesen. Aus seiner Ernennung zum russischen Außenminister, die ohne eine vorherige Benachrichtigung des Deutschen Kaisers durch den jungen Zaren erfolgte, ergab sich eine persönliche Verstimmung Kaiser Wilhelms II., die in der Abberufung des Botschafters v. Werder ihren Ausdruck fand.

Die mitgeteilten Dokumente Nr. 2308—2328 kennzeichnen die deutsch-russischen Beziehungen im Zusammenhange mit den soeben kurz skizzierten persönlichen Vorgängen. Nr. 2308—  
2328

Zunächst berichtet der Geschäftsträger in Petersburg Graf Rex ausführlich über die Person des jungen Zaren und schildert den Einfluß seiner Umwelt, insonderheit der Großfürsten, auf ihn. Der Zar sei einstweilen noch stark unter dem Einflusse seiner Mutter und außerdem von Franzosenfreunden umgeben. Nr. 2308

Die folgenden Dokumente beschäftigen sich mit der Persönlichkeit und der voraussichtlichen Politik des Fürsten Lobanow und mit der Wirkung der Abberufung des Generals v. Werder. In Wien schien man zu hoffen, daß es nunmehr möglich sein würde, sich mit Rußland auf der Grundlage der Wahrung des Besitzstandes der europäischen Türkei zu verständigen. Nr. 2309,  
2310

Eine neue Phase der deutsch-russischen Beziehungen kündigte sich an, als der neu ernannte russische Botschafter zu Berlin, Graf v. der Osten-Sacken, auf dem Wege von Petersburg in Wien mit dem dortigen Botschafter, Grafen zu Eulenburg, sich aussprach und dabei den Gedanken vertrat, Rußland werde den Frieden an Deutschlands Grenze garantieren, wenn Kaiser Wilhelm seine dominierende Stellung — zugleich als Hort des Friedens — aufrechterhalte. Dem jungen Zaren sei außerordentlich viel daran gelegen, mit Kaiser Wilhelm II. in den allerbesten Beziehungen zu bleiben. Das herrschende Einvernehmen mit Frankreich habe auch für Deutschland einen unzweifelhaften Wert, nämlich den Druck Rußlands im Sinne des europäischen Friedens. Nr. 2311  
Nr. 2312

Die Randbemerkungen des Kaisers zu diesem Berichte des ihm befreundeten Botschafters bilden ein Glaubensbekenntnis seiner politischen Überzeugung. Zu seiner Kennzeichnung als „Hort des Friedens“ vermerkte er: „Ja, soweit mir Gott hilft!“ und als Schlußbemerkung fügte er dem Berichte hinzu, Deutschland habe ein Interesse daran, mit Rußland als der gewaltigsten Macht Asiens vor China und Japan vereint zu stehen; Rußland werde, offen unterstützt,

den deutschen Wünschen gerecht werden, England aber selbst im günstigsten Falle nur Deutschland auszunutzen versuchen und es dann im richtigen Augenblicke sitzen lassen. So zeige sich der Welt das so erwünschte Bild von einem Zusammengehen Rußlands mit dem Dreibunde.

Nr. 2314 Leider erwiesen die Vorgänge in Ostasien alsbald, daß der Kaiser sich über die Zuverlässigkeit der russischen Politik getäuscht hatte. In Petersburg aber sprach man alsbald mit Bewunderung von der Politik des Deutschen Kaisers, die diese Annäherung hervorgebracht habe.

Nr. 2315 Eine politisch und historisch wertvolle Darlegung vermittelt uns das Dokument Nr. 2315 in einem ausführlichen Telegramm des Botschafters Grafen v. Hatzfeldt an den Vortragenden Rat v. Holstein. Hatzfeldt sprach sich über den Zweibund in dem Sinne aus, daß jede große Krisis in Europa Rußland und Frankreich mit oder ohne schriftliche Abmachung immer vereinigt finden werde. Das habe Fürst Bismarck immer klar erkannt und nur deshalb nicht gefürchtet, weil er geglaubt habe, die russische Neutralität bei einem Konflikt zwischen Deutschland und Frankreich sogar noch im letzten Augenblick erkaufen zu können, wenn er Österreich preisgäbe und den Russen den Orient überließe. Fürst Lobanow sei keineswegs ein Freund Deutschlands, und die russische Rücksichtslosigkeit in der Frage der chinesischen Anleihe dürfe Deutschland nicht vergessen <sup>1)</sup>.

Nr. 2316 In Paris hielt der deutsche Botschafter, Graf Münster, immer noch an einem nicht gerechtfertigten Optimismus in bezug auf die Tragweite des Zweibundes fest, wenn er es als zweifelhaft erscheinen ließ, ob eine Allianz wirklich bestehe.

Von besonderem Interesse sind für die Beurteilung der russisch-deutschen Beziehungen die Dokumente vom Sommer 1895 ab, da sie das Entstehen der engen persönlichen Freundschaft zwischen dem Zaren und Kaiser Wilhelm II. zeigen.

Nr. 2317 In Rußland war man wesentlich selbstbewußter geworden und hoffte, mit der Zeit die Weltherrschaft zu erlangen. Um so lebhafter Nr. 2318 war der Wunsch Kaiser Wilhelms II., „Rußland in Ostasien festzunageln, damit es sich weniger mit Europa und dem europäischen Orient beschäftige. Rußland müsse, unter Verwertung der Macht der orthodoxen Kirche und der Moskauer Kreise, als Vorkämpfer des orthodoxen Christentums und des Kreuzes, als Hort der Zivilisation gegen die drohende Gefahr eines durch Japan mobilisierten chinesischen Ansturms vorgeschoben werden.“ Diesem Gedankengänge entsprach im September 1895 die Überbringung der vom Kaiser entworfenen allegorischen Zeichnung mit der Unterschrift

<sup>1)</sup> Vgl. die Dokumente Nr. 2280 und 2283.

„Völker Europas, wahret Eure heiligsten Güter“ durch den Flügel-Nr. 2321,  
adjutanten, Oberst v. Moltke, von Rominten nach Petersburg<sup>1)</sup>.2322

Ein Besuch des Reichskanzlers Fürsten v. Hohenlohe in Petersburg im September 1895, der in seinen etwa möglichen politischenNr. 2319  
Auswirkungen schleunigst durch einen sofort darauf folgenden Aufenthalt des Fürsten Lobanow in Frankreich abgeschwächt wurde,Nr. 2320  
beleuchtet die damals reichlich unklaren deutsch-russischen Beziehungen. So oft die französische Regierung sich nicht sicher fühlte, berichtete der Geschäftsträger v. Schoen am 20. September 1895 nachNr. 2320  
Berlin, zog sie, um ihre eigene Stellung zu befestigen, wieder an der nie versagenden russischen Notleine.

Auf der Rückreise von seinem Aufenthalt in Frankreich besuchte Fürst Lobanow den Deutschen Kaiser in Hubertusstock. In Eberswalde holte ihn im Auftrage des Kaisers der Botschafter Graf zu Eulenburg ab und sprach sich während der Wagenfahrt nach Hubertusstock ausführlich mit dem russischen Minister aus. Den Hauptnachdruck legte er auf die Verurteilung der englischen Politik und entlockte dadurch dem Fürsten Lobanow das Zugeständnis, daß man auch in Frankreich sehr gegen England eingenommen sei. England wolle „alle Tore der Welt“, Rußland aber werde unter keinen Umständen zugeben, daß England sich der Dardanellen bemächtige.

Auch Kaiser Wilhelm II. sprach sich dem Fürsten Lobanow gegenüber wenig freundlich über England aus. Als der Fürst am 14. Oktober den Staatssekretär Frhrn. v. Marschall in Berlin besuchte, bekundete er auch diesem gegenüber sein Mißtrauen gegen Englands Pläne, die friedlichste Gesinnung Rußlands gegen Deutschland und versuchte, die Nützlichkeit der franko-russischen Entente auch für Deutschland zu erweisen. Die damaligen russischen Presseäußerungen zeigten alsbald, wie sehr es Rußland darum zu tun war, Deutschland an seiner Seite zu wissen, um Italien zum Anschluß an die russisch-französische Gruppe zu bringen und England kopfscheu zu machen.Nr. 2325  
Nach Petersburg zurückgekehrt, sprach sich Lobanow über seine russischen und deutschen Eindrücke sehr befriedigt aus.Nr. 2326  
Nr. 2327

Staatssekretär Frhr. v. Marschall bewahrte sich eine ruhige Skepsis. Seiner Ansicht nach konnte auf dauernde Freundschaft zwischen Staaten ebensowenig gerechnet werden wie zwischen Individuen, zumal wenn sie beiderseits herrsch- und habsüchtig und außerdem empfindlich waren. Angesichts der russischen Politik schien es ihm für Deutschland am wichtigsten, den Dreibund zu erhalten, bis Rußland vielleicht einmal wünschte, ohne Frankreich sich mit Deutschland und seinen Freunden zu vereinigen. „Bis dahin haben

<sup>1)</sup> Vgl. hierzu die ausführlichen Briefe des Obersten v. Moltke an seine Gattin: Generaloberst Helmuth von Moltke, Erinnerungen, Briefe, Dokumente 1877—1916. Stuttgart 1922. S. 187 ff.

wir zwar nicht Rußland, aber die franko-russische Gruppe als eine Gefahr zu betrachten und müssen es als besonders wünschenswert ansehen, wenn neben dem Dreibunde sich speziell für die Vertretung von Mittelmeerinteressen ein englisch-italienisch-österreichisches Zusammengehen mehr und mehr akzentuiert.<sup>1)</sup>

## Kapitel 59

### Deutsch-Französische Beziehungen Der Dreyfus-Prozeß 1894—1895

Das Schlußkapitel des neunten Bandes führt in die Zeit des deutschen Kanzlerwechsels hinein<sup>1)</sup>. Am 29. Oktober 1894 hatte der „Reichsanzeiger“ die Ernennung des Fürsten v. Hohenlohe zum Reichskanzler mitgeteilt. Diese Ernennung machte in Paris, wo Fürst v. Hohenlohe 1874—1885 Botschafter gewesen war, den allerbesten  
Nr. 2329 Eindruck. Man glaubte, darin ein erneutes Zeichen der Friedensliebe des Deutschen Kaisers erblicken zu können.

Die folgenden Dokumente unterrichten uns über die ersten Anfänge des Dreyfus-Prozesses, der ganz Frankreich für Jahre hinaus leidenschaftlich erregen sollte. Unter dem Verdachte, fremden Militärbevollmächtigten geheime Aktenstücke mitgeteilt zu haben, wurde  
Nr. 2330 der französische Artilleriehauptmann Dreyfus am 1. November 1894 verhaftet. Die französische Presse erhob alsbald heftige Vorwürfe gegen den deutschen und den italienischen Militärbevollmächtigten in Paris.

In ganz Frankreich lebte die Krankheit der Spionerie fieberhaft auf. Der „Matin“ ging so weit, die Abschaffung der Militärattachés zu fordern, und bezeichnete die deutsche Botschaft als die Zentralstelle der deutschen Spionerie in Frankreich. Der Pressekrieg gegen die Militärattachés und selbst gegen die Botschaft wurde  
Nr. 2331 nach einem Berichte des Grafen Münster vom 13. Dezember 1894 mit einer Unverschämtheit geführt, die an die schlechteste Boulangerzeit erinnerte. Es gelang aber dem persönlichen Auftreten des Botschafters, eine Verschlechterung des Verhältnisses zwischen den Re-  
Nr. 2332 gierungen zu verhindern. Die deutsche Regierung forderte schließlich ein Dementi in der französischen Presse, zu dem die französischen  
Nr. 2333 Staatsmänner sich nur ungern entschlossen. Endlich am 9. Januar 1895 fand sich die französische Regierung bereit, in der „Agence Havas“  
Nr. 2334—<sup>2331</sup> eine kurze Erklärung in diesem Sinne abzugeben<sup>2)</sup>.

<sup>1)</sup> Vgl. die synchronistische Zusammenstellung.

<sup>2)</sup> Deutscher Wortlaut siehe S. 249.

Eine ernstliche Trübung der deutsch-französischen Beziehungen trat nicht ein, wie daraus hervorgeht, daß der Deutsche Kaiser im Februar 1895 entgegenkommender Weise die französische Regierung Nr. 2343 zur Entsendung von Kriegsschiffen anlässlich der geplanten feierlichen Eröffnung des Nordostseekanals einladen ließ. In Frankreich war man in Verlegenheit, nahm aber nach mannigfachen Bedenken am 8. März 1895 die Einladung an. Als Gegenwirkung hierzu verdoppelte die chauvinistische Agitation in Frankreich ihre Tätigkeit und auch die Patriotienliga Déroulèdes lebte wieder auf. Der französische Verstand, sagte der französische Botschafter Herbette im April 1895 zum österreich-ungarischen Botschafter in Berlin, billige ja das Zusammengehen mit Deutschland und Rußland, aber dem französischen Gemüte sei es schrecklich, daß in dem deutschen Erinnerungsjahre an den Krieg von 1870 französische Kriegsschiffe mit deutschen gemeinsam operieren sollten. Lebhaft bedauerte man in Paris, daß es nicht zu einer russisch-englisch-französischen Allianz über Ostasien gekommen war. Nr. 2344 Nr. 2345 Nr. 2346, 2351 Nr. 2347 Nr. 2348-2350

Im Mai 1895 bat Hanotaux um die Mitteilung des endgültigen Programms für die Kieler Feier. Die öffentliche Meinung in Frankreich rege sich darüber auf, daß etwa die beiden deutschen Schiffe „Weißenburg“ und „Wörth“ in Kiel anwesend sein könnten. Kaiser Wilhelm II. erblickte in dieser Anfrage eine grobe Taktlosigkeit. Das Auswärtige Amt teilte dem Grafen Münster mit, daß Schiffe vom Tiefgange der „Weißenburg“ und „Wörth“ aus technischen Gründen an der Feierlichkeit der Kanaldurchfahrt nicht mit teilnehmen würden. Der damalige Notenwechsel über diese Angelegenheit wirft ein grelles Schlaglicht auf die damalige Überempfindlichkeit der Franzosen. Der öffentlichen Meinung Frankreichs gegenüber hielt es Hanotaux für angezeigt, sich am 10. Juni 1895 in einer Kammerdebatte auch über die Beziehungen Frankreichs zu Rußland deutlicher als bisher auszusprechen<sup>1)</sup>. Nr. 2352 Nr. 2353 Nr. 2354 Nr. 2355, 2356, 2357 Nr. 2358

Im Juni 1895 wurde im deutschen Auswärtigen Amt die Frage erörtert, ob man sich in der Togofrage mit Frankreich allein oder auch mit England verständigen solle. Diese Verständigung kam aber erst wesentlich später, nämlich am 23. Juli 1897, eine entsprechende Verständigung mit England erst am 14. November 1899 zustande. Nr. 2359, 2360

Auch in der Frage einer deutschen Flottendemonstration, die anlässlich der Ermordung eines deutschen Kaufmannes in Marokko erfolgt war, ließ sich die französische Presse zu heftigen Angriffen gegen Deutschland verleiten. Es erfolgte aber im Juli 1895 hierüber bald eine Beruhigung. Nr. 2361, 2362

<sup>1)</sup> Deutscher Wortlaut siehe S. 250.

- Die zahlreichen deutschen Kriegsgedenkfeiern, die aus Anlaß der  
Nr. 2363, fünfundzwanzigsten Wiederkehr der Jahrestage des deutsch-franzö-  
2365, 2367 sischen Krieges stattfanden, erregten in Frankreich peinliches Aufsehen.  
Nr. 2364 Doch war Hanotaux offensichtlich bestrebt, gute Beziehungen zu  
Deutschland aufrechtzuerhalten. Kaiser Wilhelm II. tat alles in gleichem  
Nr. 2368 Sinne, wie daraus hervorgeht, daß er — trotz aller Vorgänge des  
Jahres 1895 — dem Präsidenten der Republik, Felix Faure, zum  
Weihnachtsfeste 1895 sein Bild überreichen ließ.
-

Das türkische Problem 1895  
Der zehnte Band des Aktenwerkes

---

## Inhaltsübersicht

des 10. Bandes

### KAPITEL 60

Salisbury's Aufteilungsplan. Cowes 1895. Dokumente Nr. 2369—2393 . . . 99

### KAPITEL 61

Salisbury und die Armenische Frage Juli bis Dezember 1895.

- A. Vom Antritt des neuen Kabinetts Salisbury bis zur Annahme des Armenischen Reformplanes Juli bis Oktober 1895. Dokumente Nr. 2394—2444 . . . . . 101
- B. Das Fiasko des „Armenischen Dreibundes“. Dokumente Nr. 2445—2479 102
- Anhang: Die Episode von Zeitun. Dokumente Nr. 2480—2487 . . . . 106

### KAPITEL 62

Versuche einer Neugruppierung der Mächte. Graf Goluchowskis Fiasko.

2. Hälfte 1895 . . . . . 106
- A. Goluchowskis Balkanpolitik. Dokumente Nr. 2488—2501 . . . . 106
- B. Osterreichs Vorstoß in der Orientfrage und Englands Zurückweichen. Flottendemonstration und Stationärfrage. Dokumente Nr. 2502—2537 . . . . . 108
- C. Versuche einer Aktivierung der Entente à trois. Dokumente Nr. 2538—2569 . . . . . 109
- Anhang: Ein Russisch-Englisches Kondominium in Konstantinopel? Dokumente Nr. 2570—2576 . . . . . 111
-

## Kapitel 60

### Salisbury's Aufteilungsplan. Cowes 1895

Der zehnte Band führt in die Schwierigkeiten der italienischen Politik am Roten Meer ein.

In Rom befürchtete man im Juli 1895, daß eine unangenehme Entwicklung der Dinge in Äthiopien schwere Folgen für die Regierung haben könnte. Der italienische Außenminister Baron Blanc sprach sich zu dem Botschafter B. v. Bülow am 14. Juli 1895 rückhaltlos darüber aus<sup>1)</sup>. Frankreich und Rußland waren bestrebt, Italien in Afrika Schwierigkeiten zu bereiten, um es auf diese Weise einzuschüchtern oder lahmzulegen. Die italienische Politik hatte nun den Wunsch, auf den Dreibund und das Wohlwollen Englands gestützt, zu einer aktiveren Politik überzugehen. Der italienische Minister des Äußeren, Baron Blanc, arbeitete eine Denkschrift aus<sup>1)</sup>, die Botschafter B. v. Bülow alsbald nach Berlin sandte, und die von hier aus dem Grafen v. Hatzfeldt nach London mitgeteilt wurde. Dieser ließ sie Lord Salisbury lesen. Die Wirkung der italienischen Anregungen auf Lord Salisbury war, daß er den Gedanken einer Teilung der Türkei ins Auge faßte und erwog, ob man nicht den Italienern, statt sie bei ihren sterilen Unternehmungen in Afrika zu fördern, die türkischen Provinzen Albanien und Tripolis geben sollte.

Lord Salisbury, der nach dem Rücktritt des Kabinetts Rosebery wiederum als Premier- und Außenminister zur Regierung gelangt war, glaubte der Türkei eine lange Lebensdauer nicht mehr zusprechen zu können. Er sprach sich darüber mit dem deutschen Botschafter Grafen v. Hatzfeldt vertraulich aus. Die Schwierigkeit war nur, ob sich eine gütliche Teilung unter den Interessenten des türkischen Erbes bewerkstelligen lassen werde. Eine Zuweisung Albaniens und Tripolitaniens an Italien konnte jedenfalls nicht ohne Rückwirkung auf Österreich bleiben.

Für den Bestand des Dreibundes dämmerten damit gewisse Gefahren herauf. Die deutsche Politik hielt sich daher in dieser Frage vorsichtig zurück. Man war in Berlin der Meinung, England dürfe sich nicht zu sehr zurückziehen, denn das vollständige Verschwinden

<sup>1)</sup> Deutscher Wortlaut der dem Botschafter B. v. Bülow übergebenen Aufzeichnungen des italienischen Außenministers Baron Blanc siehe S. 250 ff.

- Nr. 2376 des englischen Machtfaktors aus dem Mittelmeer würde voraussichtlich den Anschluß Italiens an die russisch-französische Gemeinschaft herbeiführen. Solange die österreichische und italienische Erbschafts-
- Nr. 2377 quote, meinte der Vortragende Rat v. Holstein, nicht unter englischer Beteiligung zwischen den beiden Mächten vereinbart sei, müsse Deutschland — wenn nötig zusammen mit Rußland, Frankreich und Österreich — alle stürmischen anglo-italienischen „Reformvorschläge“ in Konstantinopel bekämpfen. In London machte Graf Hatzfeldt Lord
- Nr. 2378 Salisbury eindringlich auf die Gefahren seines neuesten Programms aufmerksam. Deutschland selbst wollte am Mittelmeer nichts haben:
- Nr. 2379 also sollten sich die Mächte untereinander verständigen, die dort etwas haben wollten, und das waren England, Italien und Österreich.

Vom 5. bis 16. August 1895 war Kaiser Wilhelm II. in Cowes anwesend <sup>1)</sup>. Er teilte durchaus den Standpunkt der Zurückhaltung und ging auf Salisburys Pläne anfangs nicht ein. Als sich ergab, daß

Nr. 2381 Salisbury auch die Absicht verfolgte, Rußland durch wesentliche Zugeständnisse zu befriedigen und Frankreich zu isolieren, erhielt Graf

Nr. 2383, Hatzfeldt indes die Weisung, diese Fragen zunächst rein persönlich

2384 mit Lord Salisbury weiter zu besprechen.

- Die mitgeteilten Akten erbringen historisch sehr bemerkenswerte Einzelheiten über den Besuch des Kaisers in Cowes und über seine
- Nr. 2385 Besprechung mit Lord Salisbury bei diesem Anlasse. Es wird darin klargestellt, wie es zu der tiefen Verstimmung des Kaisers gegen Salisbury kam, der ihn zwei bis drei Stunden vergeblich auf sein Eintreffen hatte warten lassen, da er zur Königin befohlen worden war und dadurch die Zeit versäumte. Sein aus diesem Grunde an den
- Nr. 2386 deutschen Botschafter gerichteter Entschuldigungsbrief findet sich auf S. 254 in deutscher Übertragung.

Nach einer Aufzeichnung des Vortragenden Rats v. Holstein vom 31. Oktober 1901 <sup>2)</sup> ist die bei diesem Anlasse erzeugte Stimmung des Kaisers auf seine Haltung zur Zeit des Jameson-Einfalles, somit auch auf die Entstehung des sogenannten Krügertelegrammes <sup>3)</sup> nicht ohne Einwirkung gewesen.

- Aus den Akten wird unwiderleglich bewiesen, daß der Gedanke
- Nr. 2387 einer Aufteilung der Türkei von Lord Salisbury und nicht von deutscher Seite ausgegangen ist. Die mitgeteilten Urkunden aus diesem
- 2390 Zeitabschnitt besitzen einen erheblichen Persönlichkeitsreiz. Lord Salisbury vertrat seinen einmal ausgesprochenen Gedanken mit Nachdruck und betonte in einer sensationellen Rede im Oberhause am
- Nr. 2391 15. August 1895 bei der Erörterung der türkischen und armenischen Frage, daß er an dem dauernden Bestande des Türkischen Reiches

<sup>1)</sup> Vgl. S. 82 (Besuch im Sommer 1894).

<sup>2)</sup> Siehe Band X, S. 26.

<sup>3)</sup> Vgl. S. 117 ff.

ernste Zweifel hegen müsse. Die deutsche Regierung ließ aber die englische nicht im Zweifel darüber, daß die bisherige unsichere Politik Nr. 2392, 2393 Englands fast überall in Europa Mißtrauen hervorgerufen habe, und daß niemand mehr an bestimmte Ziele der englischen Politik und an ihre folgerichtige Durchführung glaube.

## Kapitel 61

### Salisbury und die Armenische Frage Juli bis Dezember 1895

#### A. Vom Antritt des neuen Kabinetts Salisbury bis zur Annahme des Armenischen Reformplanes Juli bis Oktober 1895

Die öffentliche Meinung Englands hatte sich im Sommer 1895 der armenischen Frage <sup>1)</sup> wieder nachdrücklich zugewendet. Lord Salisbury wünschte, die Türkei möge aus eigenem Antriebe etwas Nr. 2394—2398 tun, vielleicht schlechte Gouverneure durch gute ersetzen, sonst müßte England zu anderen Mitteln greifen, um endlich den nicht endenden Beschwerden abzuhelfen. Lenkte der Sultan nicht ein, so war mit einer für Österreich bedrohlichen Aufrollung der Orientfrage zu rechnen, die auch Rußland auf den Plan bringen mußte. Deutschland empfahl daher der Türkei in ihrem eigensten Interesse Nachgiebigkeit Nr. 2399, 2400 gegen England. Den Schritten der Mächte in Konstantinopel sollte sich der deutsche Botschafter anschließen. Nr. 2401—2423

Die Lage für die Türkei war ernst, da Lord Salisbury in seiner schon erwähnten Rede im Oberhause am 15. August erklärt hatte, die vom Sultan beobachtete Taktik der Verschleppungen und Entschuldigungen müsse schließlich ein Eingreifen Europas herbeiführen und die Unabhängigkeit der Türkei gefährden. In der Türkei selbst gewann der Wunsch Boden, den Sultan Abdul Hamid durch einen Nr. 2435 anderen Herrscher zu ersetzen.

Im September 1895 kam es aus Anlaß armenischer Demonstrationen in Stambul zu blutigen Zusammenstößen mit der Polizei. Nr. 2424 Anfangs Oktober machten daraufhin die Dragomans der Botschaften Nr. 2425—2427 der Pforte sehr scharfe Vorstellungen und forderten energische Maßregeln, damit der barbarischen Metzelei der muselmanischen Bevölkerung gegen die Armenier endlich Einhalt getan werde. Angesichts des religiösen Fanatismus der Moslems wurde die Lage für die armenische Bevölkerung so ernst, daß schließlich alle Großmächte

<sup>1)</sup> Vgl. S. 84 ff.

Nr. 2428—<sup>2433</sup> in Mitleidenschaft gezogen wurden. Den gemeinsamen Schritten der Botschafter in Konstantinopel schloß sich daher auch der deutsche Botschafter an. Eine Wirkung dieses Verhaltens war, daß der Sultan sich — wie schon so oft — zu Reformen entschloß und dies den Botschaftern der Großmächte bekanntgab.

Nr. 2434,<sup>2438</sup> Unverkennbar ergab sich während dieser Zeit aus den Vorgängen in der Türkei eine Verschlechterung der deutschen Beziehungen zu England, dem man in Deutschland einen Teil der Schuld dafür beimaß, daß die Dinge in der Türkei sich so verhängnisvoll entwickelt hatten.

Nr. 2439 Der aufs neue bekundete türkische Reformwille schuf vorübergehend eine Entspannung der Lage. Der Sultan ließ sich beim Deutschen Kaiser für den ihm gewordenen Beistand bedanken, und auch England erkannte die Unterstützung an, die Deutschland der zufriedenstellenden Beendigung der armenischen Angelegenheit gewidmet habe. Lord Salisbury ließ seinen Teilungsplan nunmehr fallen. Nach Nr. 2441,<sup>2442</sup> Ansicht des deutschen Botschafters in Petersburg, Fürsten v. Radolin, lag es übrigens nicht im Interesse der Türkei, die Beseitigung des Sultans Abdul Hamid zu wünschen.

Nr. 2444 Wie wenig aber damals von einer wirklichen und endgültigen Besserung der armenischen Lage gesprochen werden konnte, beweist der den Schluß des Kapitels bildende Bericht des österreichisch-ungarischen Generalkonsuls in Trapezunt vom 10. Oktober 1895 über die dortigen blutigen Ereignisse am 8. Oktober. Kaiser Wilhelm II. sprach über diese Vorgänge seine tiefe Entrüstung aus.

## B. Das Fiasko des Armenischen Dreibundes

Die im Kapitel 56<sup>1)</sup> mitgeteilten Dokumente hatten mit der Feststellung geendet, daß der armenische Dreibund — England, Frankreich, Rußland — nicht zu endgültigen Ergebnissen gelangt war, da es an einer wirklichen inneren Einmütigkeit der drei Mächte fehlte. Nr. 2445 Russischerseits wurde im Oktober 1895 mit Genugtuung betont, daß die enge Verbindung der drei Mächte in der armenischen Angelegenheit nunmehr beendet sei. Rußland benutzte die hochgradige Unpopularität Englands in der Türkei geschickt dazu, die Pforte zur Anlehnung an Rußland zu veranlassen. Fürst v. Radolin berichtete Nr. 2446 aus Petersburg, die russische Regierung habe schon vom Frühjahr 1895 ab dem Sultan alle möglichen beruhigenden Winke geben lassen, die armenischen Reformen nicht zu ernst zu nehmen, während sie äußerlich und offiziell mit den Engländern Hand in Hand ging, eine Haltung, die dem loyalen Sinne Kaiser Wilhelms II. — nach Ausweis einer von ihm gemachten Randbemerkung — durchaus widerstrebte.

1) S. o. S. 84 ff.

Am 1. November telegraphierte der deutsche Botschafter in Konstantinopel Frhr. v. Saurma, daß die Nachrichten von neuen Metzeleien in Erzerum sich bestätigten. Am gleichen Tage berichtete er, die unnatürliche Verbindung zwischen Rußland und England in der armenischen Frage sei nun wieder gelöst, und von jetzt an dürfte die traditionelle Politik der beiden Mächte wieder aufgenommen werden: „von Rußland, gerichtet auf Schwächung und Zersetzung der Türkei, um einst, wenn der Augenblick günstig, mit größtmöglichster Aussicht auf Erfolg die Türkei zu überfallen; von England, dahin zielend, die Türkei möglichst zu stärken, um sie in die Lage zu setzen, sich gegen diesen russischen Überfall möglichst gut zu wehren.“ England konnte aber, schon in Rücksicht auf seine öffentliche Meinung, die armenische Frage nicht völlig fallen lassen.

Nr. 2449

Über neue Metzeleien berichtete Botschafter Frhr. v. Saurma am 5. November und zugleich über einen gemeinsamen Schritt der Botschafter beim Sultan. Die türkische Bevölkerung war gegen den Sultan Abdul Hamid derart erregt, daß Saurma jeden Augenblick den Ausbruch einer Revolution befürchtete. Kaiser Wilhelm II. wendete sich daher in einem Telegramm an den Zaren mit der Bitte, ihm seine Ansicht über die weitere Entwicklung der Dinge mitzuteilen<sup>1)</sup>. Der Zar antwortete telegraphisch<sup>2)</sup>, wenn das Leben von Christen bedroht sei, sollten alle Botschafter in Stambul Maßnahmen ergreifen, um weiterem Blutvergießen vorzubeugen. Mit Recht konnte der Reichskanzler Fürst v. Hohenlohe in einer Aufzeichnung vom 12. November 1895 darauf hinweisen, daß der Zar damit den vom Kaiser gewünschten Meinungsaustausch zu Zweien ablehne; das sei kein Zeichen besonderen Vertrauens. Der deutsche Botschafter in Konstantinopel war ohnehin bereits angewiesen, sich auch ohne vorherige Anfrage beim Auswärtigen Amt an allen denjenigen gemeinsamen Schritten zu beteiligen, die sämtliche Botschafter als durch die Lage der Verhältnisse geboten erachteten.

Nr. 2450

Nr. 2451,  
2456

Nr. 2452

Nr. 2453

Nr. 2455

Nr. 2454

Der Depeschenwechsel zwischen dem Kaiser und dem Zaren ließ nach Ansicht des Fürsten v. Hohenlohe erkennen, daß die deutschen Beziehungen zu Rußland damals keine gesicherten waren, und daß es daher nicht angezeigt sein konnte, irgendwelche anderen freundschaftlichen Beziehungen um Rußlands willen aufs Spiel zu setzen.

Über die weitere Entwicklung der Dinge in der Türkei unterrichten uns die Berichte des Botschafters Frhrn. v. Saurma vom 11. bis 14. November 1895. Den Deutschen Kaiser erfüllten die dortigen Vorgänge mit unverkennbarer Entrüstung. Trotzdem mäßigte England seine Haltung gegenüber dem Sultan.

Nr. 2457—  
2460

Nr. 2461

<sup>1)</sup> Deutscher Wortlaut siehe S. 255.

<sup>2)</sup> Deutscher Wortlaut siehe S. 255.

Inzwischen hatten die Botschafter in Konstantinopel, wie Frhr. Nr. 2462 v. Saurma am 19. November 1895 berichtete, dem Sultan auf sein Ersuchen mitgeteilt, auf welche Schritte die Großmächte zur Wiederherstellung der Ordnung und Ruhe in den von der Anarchie ergriffenen Provinzen Kleinasiens besonderen Wert legten.

Wieder tauchte in dieser Episode das Gerücht auf, England denke an eine Aufteilung der Türkei. In diesem Zusammenhange ist das ausführliche Telegramm des Kaisers Wilhelm II. vom 21. November Nr. 2463 1895, in dem er über eine Unterhaltung berichtet, die er mit seiner Mutter, der Kaiserin Friedrich, über ihre in London gewonnenen Eindrücke gehabt hatte, von großem persönlichen und geschichtlichen Interesse. Die Kaiserin hatte ihrer Meinung Ausdruck gegeben, daß ihr Sohn einen Kongreß nach Berlin einberufen solle. Die Türkei könne nicht lange mehr zusammenhalten, es müsse zu einem allgemeinen Zusammenbruch kommen. In diesem Sinne deutete sie an, die einzige Rettung aus dieser Schwierigkeit sei die Aufteilung der Türkei. Der Kaiser schloß aus ihren Darlegungen, daß diese wohl in der Hauptsache den Anschauungen der Königin von England und des Lords Salisbury entsprechen würden, und verständigte sogleich telegraphisch den Reichskanzler. Dieser schrieb sofort dem am 22. November Nr. 2464 in der Görde weilenden Monarchen, er halte die vom Kaiser gegebene Aufklärung für höchst wertvoll; offenbar wolle Lord Salisbury in allen Mittelmeerfragen gern den Kabinetten von Rom und Wien den Vortritt überlassen. Er folgerte daraus, die Dreibundmächte, die ihre Zukunft durch die franko-russische Gruppe bedroht sähen, müßten sich die Aufgabe stellen, „akute Konflikte mit jener Gruppe möglichst so lange zu vermeiden, bis England an die äußerste Grenze seiner philosophischen Duldsamkeit zurückgedrängt ist und die Notwendigkeit sieht, wirklich mitzufechten“. Deutschlands Dreibundfreunde müßten sich die Politik der freien Hand in Balkan- und Meerengenfragen so lange wahren, wie England sich nicht vertragsmäßig oder tatsächlich festgelegt habe. Bis England ein weiteres Überwuchern der franko-russischen Macht als unvereinbar mit seinen eigenen Existenzbedingungen finde, müsse die deutsche Politik ihre Aufgabe darin sehen, „daß in Erwartung dieses Augenblicks die Kabinette von Wien und Rom weder die Geduld noch auch das Zutrauen zum Dreibund verlieren“. Diesen Auffassungen trat der Kaiser rückhaltlos bei. Auf einen Kongreß wollte er keineswegs eingehen und schrieb an den Schluß des Hohenloheschen Schreibens: „Der Berliner Kongreß war ein folgenschwerer Fehler; ich werde nie in einen zweiten willigen“.

In Konstantinopel vermied hinfort der englische Botschafter jede Nr. 2465 Schärfe. Der Sultan schien nachgiebiger zu werden, und die englische Regierung fühlte sich veranlaßt, Deutschlands Mitwirkung in Konstantinopel behufs Wiederherstellung der Ruhe mit Dank anzuer-  
Nr. 2466  
Nr. 2467

kennen<sup>1)</sup>. In England dachte man Ende November nicht mehr an eine Aufteilung der Türkei, wohl aber an die Absetzung des Sultans. Nr. 2468  
Dieser hatte, von der Haltung des deutschen Botschafters in Konstantinopel beeinflusst, aber gerade damals weiteres Entgegenkommen Nr. 2469 gezeigt.

Anfangs Dezember 1895 wurden neue Schritte in Konstantinopel Nr. 2470 nötig, da neue Metzeleien stattgefunden hatten, über die Frhr. v. Saurma am 11. Dezember 1895 berichtete. Wiederum bemühte sich Nr. 2471 der englische Botschafter, seine Kollegen zu aktiven Schritten in Nr. 2472 der armenischen Frage anzuspornen. Im Berliner Auswärtigen Amte glaubte man hierin Englands Bestreben zu erkennen, für den Fall des Zusammenbruches der Türkei „einen Krieg der Kontinentalmächte untereinander anzuregen, bei welchem Englands Betätigung in dessen Belieben gestellt wäre“. Der deutsche Botschafter in Konstantinopel Nr. 2474 wurde daher angewiesen, sich gegenüber den englischen Anträgen, die darauf hinausgingen, an dem morschen türkischen Staatsbau zu rütteln, ablehnend zu verhalten.

Auch in Wien und Rom suchte England damals auf das Eingreifen Nr. 2473, dieser Dreibundmächte in die armenische Frage hinzuwirken. Bei 2475, 2476 beiden Mächten fand es Ablehnung. Lord Salisbury, der in Rücksicht Nr. 2477 auf die öffentliche Meinung Englands die armenische Frage nicht aufgeben konnte, schien nunmehr jedes eigenmächtige Handeln vermeiden und sich eng an die gemeinschaftlichen Schritte der Mächte anlehnen zu wollen. Ein neues Aufleben der alten armenischen Frage konnte in der Tat die mühevoll erreichte Entente der Mächte über den Haufen werfen und noch schwierigere Lagen schaffen, als bisher zu überwinden gewesen waren. Diese Auffassung entwickelte in Wien Graf Goluchowski dem ihn besuchenden englischen Botschafter. Trotzdem drängte der englische Botschafter in Rom dort nochmals im Sinne Nr. 2478 des Eingreifens in die armenische Frage.

Der den Abschnitt über das Fiasko des armenischen Dreibundes abschließende Bericht des Botschafters Frhrn. v. Saurma vom 16. Dezember 1895 endet mit einem unbefriedigenden Ausblick. Die Einigkeit unter den Vertretern der Großmächte in ihrer Haltung gegenüber dem Sultan war immer fraglicher geworden. England drängte immer wieder auf energische Schritte gegen den Sultan, und gewisse verdächtige Anzeichen deuteten darauf hin, daß man sowohl in Bulgarien wie in Griechenland und vielleicht auch in Serbien sich für eine im nächsten Frühjahr in Szene zu setzende Unternehmung vorzubereiten begann. Nr. 2479

<sup>1)</sup> Deutscher Wortlaut eines vom englischen Geschäftsträger in Berlin dem Staatssekretär Frhrn. v. Marschall übergebenen Schreibens vom 23. November 1895 siehe S. 255.

## Anhang

**Die Episode von Zeitun**

Die Armenier von Zeitun, einer Bergstadt im Taurus, hatten sich, um einem drohenden Blutbade vorzubeugen, mit den Waffen gegen die türkische Regierung erhoben, und am 30. Oktober 1895 den türkischen Gouverneur nebst der Besatzung der türkischen Kaserne gefangen genommen. Eine Armee von 50 000 Mann wurde nunmehr gegen Zeitun aufgeboten, der es aber nicht gelang, die von den Armeniern tapfer verteidigte Stadt zu erobern. Auf den Rat des deutschen Botschafters nahm nunmehr der Sultan das Angebot der Mächte an, durch die Konsuln von Aleppo zwischen den Aufständischen und der türkischen Regierung eine gütliche Vereinbarung herbeizuführen.

- Nr. 2480—  
2487 Die mitgeteilten Dokumente Nr. 2480—2487 zeigen den Anteil der deutschen Politik an dieser Vermittlung, die in einer Konferenz der Botschafter vom 28. Dezember 1895 beschlossen wurde. Am 3. Januar 1896 konnte der Botschafter Frhr. v. Saurma melden, die Pforte habe die angebotene Vermittlung angenommen. Am 30. Januar 1896 trafen die Konsuln aus Aleppo in Zeitun ein und schlossen am 10. Februar einen Vertrag ab, der den Zeituniaten völlige Amnestie, Steuererlaß für einige Jahre, eine christliche Gendarmerie und einen christlichen Gouverneur bewilligte.
- Nr. 2486 Am 13. Februar 1896 meldete Saurma telegraphisch die Beendigung der Vermittlung zwischen den Aufständischen in Zeitun und der Pforte. Dreißigtausend Armenier waren durch die freundschaftliche Intervention der Deutschen und der englischen Regierung, denen sich
- Nr. 2487 später auch die Regierungen der übrigen Großmächte angeschlossen hatten, von dem nach menschlicher Berechnung sicheren Tode gerettet worden.

## Kapitel 62

## Versuche einer Neugruppierung der Mächte Graf Goluchowskis Fiasko. 2. Hälfte 1895

### A. Goluchowskis Balkanpolitik

Die Dokumente Nr. 2488—2501 führen uns in den politischen Gedankenkreis des neuen österreichischen Außenministers Grafen Goluchowski ein. In dem Grafen hatte Kaiser Franz Joseph einen Minister gefunden, der in den Fragen der österreichischen Außen-

politik aus eigener Überzeugung den Standpunkt des Kaisers vertrat. Der Monarch aber war, wie Botschafter Graf zu Eulenburg am 8. August 1895 berichtete, am Schluß seines vielgeprüften Lebens Nr. 2488  
 ängstlich darauf bedacht, dasjenige zu sichern, was ihm als Äquivalent für die verlorenen italienischen Länder und für die Vorherrschaft in Deutschland zugefallen war. Hierzu gehörte die Aufrechterhaltung seines Einflusses auf dem Balkan neben Rußland, also — was der von Bismarck immer vertretenen Interessenteilung auf dem Balkan zwischen Österreich und Rußland widersprach — auch in Bulgarien. Das aber lag durchaus nicht in den Wünschen der deutschen Politik, und Reichskanzler Fürst v. Hohenlohe sprach in einer Weisung vom Nr. 2489  
 19. August 1895 mit Entschiedenheit aus, „daß sich weder vor der deutschen öffentlichen Meinung noch vor dem deutschen Reichstage eine Politik mit Erfolg vertreten ließe, welche darauf abzielt, behufs Verhinderung der Wiederherstellung des früher in Bulgarien bestandenen russischen Einflusses den Frieden mit Rußland zu stören“.

Graf Goluchowski fing nun an, die Unterstützung seiner Orientpolitik, die er bei Deutschland nicht fand, bei England zu suchen. Hierüber erstattete der deutsche Geschäftsträger in Wien, Prinz von Lichnowsky, am 28. und 30. Oktober 1895 sowie am 2. November Nr. 2490—  
 1895 mehrmals Bericht und vertrat dabei den Standpunkt, daß Graf 2492  
 Goluchowski die Verschlechterung der deutsch-englischen Beziehungen lebhaft beklagte und seinerseits eine Verständigung mit dem Kabinett von St. James suchte. Salisbury kam diesem Wunsche der öster- Nr. 2493  
 reichischen Politik entgegen, ohne sich aber irgendwie zu binden. Trotzdem bewahrte Goluchowski einstweilen sein Vertrauen auf England.

Dem österreich-ungarischen Botschafter v. Szögyény-Marich, der ihn am 4. November 1895 in Berlin aufsuchte, entwickelte Staats- Nr. 2494  
 sekretär Frhr. v. Marschall ausführlich die Stellung der deutschen Politik gegenüber den Orientfragen. Er zeigte dabei, wie dringend notwendig es sei, daß Österreich nicht im voraus isoliert seine Orientpolitik festlege. Es müsse vorsichtig vorgehen, denn bei einer gegen Deutschlands Rat unternommenen Aktion würde es immer noch von Deutschlands Ermessen abhängen, „den Zeitpunkt und die Modalitäten des Einschreitens zu bestimmen“. Der Kaiser billigte diese vorsichtig zurückhaltende Politik.

Auch Rußland gegenüber wurden die bisherigen freundschaftlichen Beziehungen weiter gepflegt. Nur für den Fall, ließ Fürst v. Eulenburg schreiben, daß die jetzige demonstrative franko-russische Zärtlichkeit in Taten umgesetzt würde, wenn aus dem Zarentum und der Republik wirklich eine Gruppe mit festen politischen Zielen Nr. 2495  
 würde, müßte die russische Politik auch von deutscher Seite eine andere Beurteilung erfahren.

Die weiteren Dokumente erweisen, daß England Österreich gegen-  
 Nr. 2496 über zwar eine freundliche Stellung einnahm, sich aber in keiner  
 Weise auf feste Bindungen einließ, was den Grafen Goluchowski bei  
 Nr. 2497, seiner Auffassung der Orientlage außerordentlich verstimmte. Es gab  
 2498 übrigens damals auch österreichische Diplomaten, so den Botschafter  
 Nr. 2499 in Paris Grafen Wolkenstein, die von einer Anlehnung an England,  
 das doch keine Garantien zu geben imstande sei, nichts wissen wollten.  
 Graf Wolkenstein befürwortete für Österreich eine fast willenlose An-  
 lehnung an Deutschland. Dann brauche man auch Italien nicht, denn  
 dieses bedeute eine unmögliche, ja geradezu verderbliche Zugabe für  
 Österreich. „Ein Bündnis mit Italien“, sagte er zum Reichskanzler  
 Fürsten v. Hohenlohe, „ist nur in Friedenszeiten denkbar. Verliert der  
 Dreibund die Schlacht, so büßen wir unsere italienischen Lande ein.“  
 In Deutschland aber wollte man diese Beurteilung des italienischen  
 Bündnisses nicht gelten lassen.

Von Wichtigkeit sind die beiden diesen Abschnitt abschließenden  
 Nr. 2500, Dokumente Nr. 2500 und 2501. Es ergibt sich aus ihnen, daß der  
 2501 Kaiser von Österreich durchaus auf dem Balkan den Status quo  
 erhalten und Konstantinopel in der Hand der Türkei belassen sehen  
 wollte. Unter keinen Umständen sollte etwa Rußland in den Besitz  
 der türkischen Hauptstadt gelangen. Deutschland aber hatte seiner-  
 seits den Wunsch, sich in der Orientfrage die Freiheit seiner Ent-  
 scheidungen zu bewahren. „Ich präzisiere diesen Satz dahin:“, schrieb  
 Nr. 2501 der Reichskanzler Fürst v. Hohenlohe am 11. November 1895 nach  
 Wien: „wir haben in Wien zur Vorsicht zu raten und klarzustellen,  
 daß Österreich-Ungarn jede Aktion gegen Rußland aus Anlaß der  
 Meerengenfrage auf eigenes Risiko unternimmt . . . Im übrigen haben  
 wir uns freie Hand zu wahren und jede Äußerung zu vermeiden,  
 welche Österreich-Ungarn und Italien abhalten könnte, sich mit Eng-  
 land über die Orientfrage zu verständigen und gegebenenfalls dessen  
 rechtzeitiges Eintreten in die Aktion sicherzustellen“.

## **B. Österreichs Vorstoß in der Orientfrage und Englands Zurückweichen**

### **Flottendemonstration und Stationärfrage**

Die Geschehnisse in der Türkei im November 1895 ließen bei dem  
 Nr. 2502 italienischen Außenminister Baron Blanc den Wunsch zu einem tat-  
 kräftigeren Vorgehen Italiens entstehen. Kaiser Wilhelm II. fürchtete  
 Nr. 2503 mit Recht, daß Italien sich von England vorschieben lassen könne,  
 Nr. 2504 und trat dafür ein, Italien eine vorsichtige und abwartende Haltung  
 gegenüber der orientalischen Entwicklung zu empfehlen.

Nr. 2505 Auch in Österreich hielt man auf Grund ernster Nachrichten aus  
 Konstantinopel ein tatkräftigeres Vorgehen für angezeigt. Man erwog  
 die Entsendung von Kriegsschiffen nach den Meerengen, ein Vor-

schlag, der auch ausgeführt wurde, deutscherseits aber nur mit einem Schiffe, da ein weiteres bei dem damaligen Stande der deutschen Flotte dafür nicht verfügbar gemacht werden konnte.

Die weiteren Vorgänge gehen aus den Dokumenten Nr. 2506 bis Nr. 2506—2529 2529 hervor. Darin kommen auch alle Schwankungen in der Haltung der Großmächte deutlich zum Ausdruck.

Damit auch Deutschland an der Flotten-Demonstration einen größeren Anteil nehmen könne, wollte der Kaiser das Kriegsschiff „S. M. S. Kaiser“ von Asien abberufen und nach Port Said beordern. „Ich bedauere,“ telegraphierte er am 23. November 1895 bei der Rückkehr von einer Hofjagd in der Góhrde an den Reichskanzler Fürsten v. Hohenlohe, „daß bei den geradezu himmelschreienden Zuständen in unserer Marine und ihrer völligen Unzulänglichkeit in jeder Hinsicht dieses die einzige Art ist, in welcher ich den Wünschen Eurer Durchlaucht betreffs unserer Flagge im Mittelländischen Meere entgegenkommen kann.“ Als nunmehr der Kanzler dringend bat, von der Herbeiholung dieses Schiffes abzusehen, wurde der bereits an Nr. 2531 den kommandierenden Admiral gerichtete Befehl wieder zurückgenommen, so daß Deutschland nur mit einem Schiffe an den Dardanellen vertreten blieb.

Um so lebhafter beteiligte sich der deutsche Botschafter in Kon-Nr. 2532—2537 stantinopel, Frhr. v. Saurma, durch diplomatische Einwirkungen an der Beilegung der dortigen Schwierigkeiten.

### C. Versuche einer Aktivierung der Entente à trois

Das letzte Kapitel des zehnten Bandes zeigt uns in seinen Dokumenten den Versuch einer Wiederbelebung der Mittelmeer-Entente zwischen Italien, England und Österreich in Anlehnung an die Abmachungen von 1887<sup>1)</sup>.

Aus der Gesamtheit der Schriftstücke geht wiederum hervor, mit welcher Vorsicht England allen seine Haltung in der Zukunft beeinflussenden Festlegungen auszuweichen wußte, während andererseits Italien und auch Österreich großen Wert darauf legten, die Mittelmeerabmachungen von 1887 in irgendeiner Form bestätigt zu sehen. Zwischen den Dreibundmächten nahm Deutschland eine auch in dieser Beziehung vorsichtig abwägende Haltung ein und suchte seine Dreibundgenossen immer in dem Sinne zu beeinflussen, daß sie sich nicht gegen unsichere Versprechungen Englands zu unvorsichtigen Schritten ihrer Mittelmeer- und Balkanpolitik hinreißen ließen.

Von besonderem Interesse sind aus der Zahl der hier mitgeteilten Dokumente Nr. 2538—2569 einige Äußerungen des Deutschen Kaisers Nr. 2538—2569

<sup>1)</sup> Vgl. Band IV und Wegweiser Band 1, S. 127 ff.

Nr. 2542 vom 13. November 1895. Er bekundete dem Reichskanzler und dem österreichisch-ungarischen Botschafter gegenüber seine Überzeugung, daß Rußland und Frankreich untrennbar verbunden seien, um ihre Zwecke gemeinsam zu verfolgen, und daß Frankreich, indem es seine Politik und seine Macht in Rußlands Dienste stelle, im letzten Ende die Wiedererwerbung von Elsaß-Lothringen im Auge habe. Kaiser Nikolaus aber werde über die letzten Ziele der russisch-französischen Entente von seinen Ratgebern geflissentlich im unklaren gehalten. Mit der Erhaltung des Status quo im Orient zeigte sich der Kaiser durchaus einverstanden und auch damit, daß Österreich und Italien auf der Grundlage der Verständigung von 1887 mit England in einen Gedankenaustausch träten; Deutschland werde dabei in zweiter Reihe hinter den drei Mächten stehen und Österreich vor einem bewaffneten Konflikt mit Rußland namentlich dann warnen, wenn England noch nicht fest engagiert sei. Falls die Großmachtstellung Österreich-Ungarns ohne Provokation seinerseits bedroht werde, könne sich Kaiser Franz Joseph auf ihn, den Deutschen Kaiser, verlassen.

Bald darauf sah sich aber der Staatssekretär Frhr. v. Marschall zu einer gewissen Einschränkung veranlaßt, wie aus seinen Weisungen Nr. 2555 vom 3. Dezember 1895<sup>1)</sup> an den Botschafter in Rom, B. v. Bülow, hervorgeht. „Am vorsichtigsten müssen wir“, schrieb er dem Botschafter, „mit Wien sein, da beim Grafen Goluchowski der Gedanke, daß Österreichs Großmachtstellung bei Deutschland ihre festeste Stütze findet und in jeder Lage finden muß, mehr hervortritt, als uns angenehm ist und in den Rahmen unserer Orientpolitik paßt.“ Marschall machte sich hiermit ganz den Standpunkt des Fürsten Bismarck zu eigen, den er in einem Erlaß nach Wien am 26. Februar 1888 ausgesprochen hatte und in dem es hieß: „Solange Österreich mit England den gleichen Strang zieht, ist auch Italien ziemlich sicher. Die Bundesgenossenschaft des letzteren ist am leichtesten und wirksamsten via London zu pflegen und zu erhalten. Sie würde zweifelhaft von dem Augenblick an werden, in welchem Meinungsverschiedenheiten zwischen England und Österreich zutage träten.“

Die Blicke des italienischen Ministers des Äußeren waren, wie Nr. 2556 Botschafter B. v. Bülow am 3. Dezember 1895 berichtet, vor allem nach London gerichtet, weil die fernere Richtung der italienischen Orient- und Mittelmeerpolitik in erster Linie von dem Verhalten Englands Nr. 2557 abhing. Deutschland bewahrte demgegenüber seine vorsichtige Zurückhaltung. Der italienische Außenminister betrachtete nach wie Nr. 2558 vor das Zusammenwirken des Dreibundes mit England als die Verwirklichung seines politischen Lebensprogramms.

<sup>1)</sup> Deutscher Wortlaut eines am 3. Dezember 1895 dem Botschafter B. v. Bülow in Rom mitgeteilten Telegramms des italienischen Außenministers an den italienischen Botschafter in Berlin (Dok. Nr. 2555) siehe S. 256.

Frankreich hielt sich in der Orientfrage ziemlich stark zurück. Nr. 2559  
Die Stimmung der maßgebenden Persönlichkeiten in Paris neigte dahin,  
sich im Orient von allen kriegerischen Unternehmungen fernzuhalten, Nr. 2560  
komme es aber zum Kriege, dann ihn zu lokalisieren und den euro-  
päischen Krieg zu vermeiden.

Italien tat trotz der deutschen Mahnungen zur Vorsicht im De- Nr. 2561  
zember 1895 in London Schritte zur Anbahnung eines Ideenaus-  
tausches über die Abmachungen von 1887. Deutscherseits hielt man  
sich um so mehr zurück, als die Engländer der deutschen Politik Nr. 2562,  
damals wenig Vertrauen entgegenbrachten. Italiens Haltung wurde 2563  
aber damals in Berlin doch schon als so bedenklich angesehen, daß der  
Reichskanzler am 17. Dezember 1895 in einem ausführlichen Erlasse Nr. 2564  
an den Botschafter in Rom auf die Folgen eines Abfalles Italiens vom  
Dreibunde hinzuweisen sich veranlaßt sah. Italien habe davon ledig-  
lich die Zerstückelung des Reiches und die Wiederherstellung der welt-  
lichen Macht des Papstes zu erwarten.

Österreichische Verständigungsversuche mit England, über die Nr. 2565—  
von den deutschen Diplomaten eingehend berichtet wurde, beenden 2568  
den Abschnitt. Deutschland begleitete die Abmachungen, welche die  
ihm befreundeten Mittelmeerstaaten in ihrem Interesse abschließen zu  
sollen glaubten, mit seinen besten Wünschen, hielt aber, wie Marschall  
am 23. Dezember 1895 an den Botschafter Grafen zu Eulenburg Nr. 2569  
schrieb, den damaligen Beitritt Englands zum Dreibunde für praktisch  
nicht durchführbar.

## Anhang

### Ein russisch-englisches Kondominium in Konstantinopel?

Am 17. Dezember 1895 verzeichnete Staatssekretär Frhr. v. Mar-  
schall, daß der russische Botschafter ihm gegenüber die Unklarheit Nr. 2570  
und Unaufrichtigkeit der englischen Politik beklagt habe. In diesem  
Zusammenhange erwähnte er, das englische Kabinett habe vor kurzem  
in Petersburg den Gedanken ausgesprochen, Konstantinopel zu einem  
russisch-englischen Kondominium zu machen. Der russische Außen-  
minister Fürst Lobanow habe diesen Gedanken mit Entrüstung zurück-  
gewiesen und erklärt, unverbrüchlich an dem Berliner Verträge fest-  
halten zu wollen.

Für die deutsche Politik war dieser neue englische Schritt nur  
ein weiterer Beweis für die überall herumtastende Politik des eng- Nr. 2571  
lischen Kabinetts. „Die Geschichte der Kondominia in Ägypten wie in  
Schleswig-Holstein lehrt,“ schrieb Frhr. v. Marschall am 19. Dezember  
1895 an den Botschafter Grafen v. Hatzfeldt, „daß dieselben, wenn

nicht mit Krieg, so doch mit ernstlicher Verfeindung enden.“ Rußland könne sich, solange die nördliche Einfahrt des Bosphorus unbefestigt bleibe, schon heute tatsächlich als Mitbesitzer von Konstantinopel ansehen. Der Schritt Englands könnte als ein geschickter politischer Zug nicht betrachtet werden, denn er gebe Rußland eine Handhabe, um in Wien und Rom Mißtrauen gegen England zu erregen.

Nr. 2572 Am 20. Dezember 1895 fand in Berlin im Hause des Prinzen Wilhelm von Hohenzollern bei Gelegenheit eines Frühstücks eine ausführliche Besprechung des Kaisers Wilhelm II. mit dem englischen Militärattaché Oberst Swaine statt<sup>1)</sup>. Der Kaiser sagte offen heraus, ob England immer noch nicht das Gewissen schlage wegen der heillosen Wirtschaft, die es durch sein unqualifiziertes Verhalten in Kleinasien für die Armenier hervorgerufen, und über die Unruhe, die es in Europa unter die Mächte gebracht habe. Die ganze Welt sei der festen Überzeugung gewesen, England mache Ernst, nachdem einmal sein Mittelmeergeschwader vor den Dardanellen erschienen sei. England aber habe Italien und Österreich den Vortritt überlassen. Nun seien die Dreibundmächte stutzig geworden. England habe das Wort und müsse nicht mit einer Macht allein hinter dem Rücken der anderen, sondern mit allen Mächten gleichmäßig und offen sprechen, wie das unter kontinentalen Mächten Sitte sei. Die Zeiten seien vorüber, wo auf dem Kontinent eine Macht sich fände, die für englische Interessen ins Feuer ginge. Der Kaiser hatte dem englischen Militärattaché erlaubt, von seinen freundschaftlichen Äußerungen in vertraulicher Weise in London Gebrauch zu machen, und ließ den Inhalt des Gespräches sämtlichen deutschen Botschaftern mitteilen. Die Wirkung dieses Gespräches war, daß der englische Botschafter in Berlin, die freundschaftlichen Gefühle des Kaisers für England anerkennend, sein Mißtrauen gegen das englische Kabinett zu zerstreuen suchte. Von dem Angebote eines russisch-englischen Kondominiums in Konstantinopel wisse er nichts.

Nr. 2573

Der englische Botschafter wendete sich an seine Regierung, und Lord Salisbury ermächtigte ihn in einem Telegramm<sup>2)</sup>, den Plan eines solchen Kondominiums kategorisch in Abrede zu stellen. Lord Salisbury bezeichnete die Behauptungen, die der Kaiser dem Obersten Swaine gegenüber wiederholt gemacht habe, in einem Briefe vom März 1896<sup>3)</sup> als „emphatische“ (emphatic statements) und erklärte, danach habe ihn das Telegramm an den Präsidenten Krüger nicht mehr erstaunt.

<sup>1)</sup> Vgl. S. 118 (Dokument Nr. 2579).

<sup>2)</sup> Deutscher Wortlaut siehe S. 256.

<sup>3)</sup> Vgl. Dokument Nr. 2779, Band XI.

Auch Fürst Lobanow erklärte dem deutschen Botschafter in Petersburg, daß ihm gegenüber England den Gedanken eines Kondominiums in Konstantinopel niemals angeregt habe. Wie die Sache sich wirklich verhalten hatte, blieb ungewiß, da die erste Nachricht von einem solchen Plane doch von dem russischen Botschafter in Berlin ausgegangen war<sup>1)</sup>. In Wien glaubte man nicht, daß England diesen Schritt getan habe, und dachte eher an ein neues Lügengewebe des Fürsten Lobanow, der sich aus den armenischen Vorschlägen eine solche Anfrage konstruiert haben könnte.

<sup>1)</sup> Vgl. Nr. 2570.



Die Krügerdepesche und das europäische  
Bündnissystem 1896

Der elfte Band des Aktenwerkes

---

# Inhaltsübersicht

des 11. Bandes

KAPITEL 63	
Die Krügerdepesche und die Rückwirkung auf das Deutsch-Englische Verhältnis 1896. Dokumente Nr. 2577—2639 . . . . .	117
KAPITEL 64	
Kontinentalliga gegen England? 1896. Dokumente Nr. 2640—2658 . . . . .	120
KAPITEL 65	
Englands Absage an die Entente à trois. Dokumente Nr. 2659—2669 . . . . .	124
KAPITEL 66	
Deutschlands Absage an Österreichs Dreibundaspirationen. Dokumente Nr. 2670—2680 . . . . .	125
KAPITEL 67	
Die Ägyptische Frage und die Mächte. Französisch-Englische Annäherungsversuche und ihr Scheitern. Dokumente Nr. 2681—2747 . . . . .	128
KAPITEL 68	
Italiens Afrikanöte und die Mächte. Dokumente Nr. 2748—2795 . . . . .	133
KAPITEL 69	
Stillschweigende Erneuerung des Dreibundvertrags 1896. Dokumente Nr. 2796—2814 . . . . .	137
Anhänge:	
A. Der Dreibund und das Italienisch-Französische Verhältnis 1896. Dokumente Nr. 2815—2824 . . . . .	139
B. Die Verlängerung des Rumänischen Vertrags 1896—1899. Dokumente Nr. 2825—2832 . . . . .	140
C. Sturdzas Berliner Mission 1896—1897. Dokumente Nr. 2833—2836 . . . . .	140
KAPITEL 70	
Deutsch-Französische Beziehungen. Ein Annäherungsversuch Hanotaux'? Dokumente Nr. 2837—2844 . . . . .	141
KAPITEL 71	
Das Deutsch-Russische Verhältnis und die Französisch-Russische Allianz. Zarenbesuche in Deutschland und Frankreich. Dokumente Nr. 2845—2882 . . . . .	142

---

## Kapitel 63

### Die Krüger-Depesche und ihre Rückwirkung auf das Deutsch-Englische Verhältnis 1896

Die Akten beginnen mit einer Aufzeichnung des Staatssekretärs Frhrn. v. Marschall vom 1. Februar 1895. Danach hatte der englische Botschafter in Berlin, Sir Edward Malet, sich mit ihm über einen Trinkspruch unterhalten, den der Präsident der südafrikanischen Republik auf den Deutschen Kaiser ausgebracht hatte. Nach Ansicht Englands sprächen mancherlei Anzeichen dafür, daß die Haltung der deutschen Regierung gegenüber der südafrikanischen Republik dort eine Stimmung hervorrufe, die mit der internationalen Stellung der letzteren nicht vereinbar sei. Sie sei verpflichtet, internationale Verträge nur nach vorher eingeholter Zustimmung der englischen Regierung abzuschließen. Letztere aber könne sich der Wahrnehmung nicht verschließen, daß allmählich in Transvaal die Überzeugung Platz greife, man könne dort unbedingt auf die Unterstützung durch Deutschland zählen. In dieser Beziehung sei England sehr empfindlich. Nr. 2577

Staatssekretär Frhr. v. Marschall erwiderte, die englische Regierung möge doch, statt mehr oder minder versteckte Vorwürfe gegen die deutsche Regierung zu richten, sich zunächst an den Premierminister der Kapkolonie, Sir Cecil Rhodes, wenden, der durch seine Politik allein die Ursache für den behaupteten Stimmungswechsel in Transvaal bilde; für Deutschland gebe es keine Transvaalfrage.

Etwa acht Monate später wurde Sir Edward Malet von Berlin abberufen, um durch den bisherigen englischen Botschafter in Petersburg, Sir Frank Lascelles, ersetzt zu werden. Als Sir Edward Malet, kurz vor seinem Abgange, am 14. Oktober 1895 den Staatssekretär Frhrn. v. Marschall bei einem Diner beim Reichskanzler traf, bezeichnete er, wenn auch in sehr freundlicher Form, die deutsche Haltung gegenüber Transvaal als auf die Dauer für England unerträglich und meinte, die Fortsetzung dieser Haltung gegenüber Transvaal könne zu ernstest Verwicklungen führen. Herr v. Marschall erwiderte mit Offenheit und Nachdruck, wir müßten es als eine schwere Verletzung unserer Interessen ansehen, wenn Transvaal die ihm garantierte Selbständigkeit verliere und zu einem Bestandteile des großen „Rhodesia“ herabsänke. Ein Sturm der Entrüstung würde sich über Nr. 2578—  
2580

Deutschland verbreiten, wenn wir etwa in dieser Frage ebenso wie in der der Eisenbahnlinie Pretoria—Lorenzo Marques vor englischen Drohungen den Rückzug anträten. England werde zu bedenken haben, ob es auf der Welt so viele Freunde besitze, daß es leichthin zum Bruche mit Deutschland treiben könne.

Auch der Kaiser war gegen England sehr aufgebracht und sprach dies am 24. Oktober 1895 dem englischen Militärbevollmächtigten Obersten Swaine gegenüber mit rückhaltloser, vielleicht etwas zu weitgehender Offenheit aus. Er beschwerte sich darüber, daß England wegen ein paar Quadratmeilen voll Neger und Palmbäume seinen einzigen wirklichen Freund, den Deutschen Kaiser, den Enkel der Königin von Großbritannien und Irland, mit Krieg bedroht habe. Ein solches Verhalten Englands zwinge Deutschland geradezu, gemeinschaftliche Sache mit Frankreich und Rußland zu machen. England könne aus seiner jetzigen völligen Isolierung nur durch ein rückhaltlos offenes Eintreten entweder auf seiten des Dreibundes oder gegen denselben herausgelangen.

Nr. 2579 Das in den Akten enthaltene Kaiserliche Diktat vom 25. Oktober 1895 über diese Unterredung ging dem Botschafter Grafen v. Hatzfeldt nach London zu. Hatzfeldt fand die Äußerungen des Kaisers „vielleicht etwas schroff“; sie stimmten aber ausweislich eines Privattelegramms Hatzfeldts vom 27. Oktober 1895<sup>1)</sup> mit dem überein, was er, Graf Hatzfeldt, in etwas freundlicherer Form in London gesagt habe, und sie würden daher, wie Graf Hatzfeldt meinte, zur Klärung beitragen. Bedenklich erschien ihm nur die vom Kaiser angedeutete Alternative: sofortiges verbindliches Abkommen oder nichts. Ersteres sei in England formell nicht möglich. Wir würden also die Engländer dazu drängen, das zweite zu wählen und anderweitige Verständigung und Anlehnung zu suchen.

Nr. 2580 Noch vor Eingang des Kaiserlichen Diktats vom 25. Oktober in London hatte Graf Hatzfeldt dort eine Besprechung mit Lord Salisbury, der es auf das bestimmteste in Abrede stellte, den Botschafter Sir Edward Malet zu derartigen Äußerungen ermächtigt zu haben. Um so mehr hielt es Kaiser Wilhelm II. für berechtigt, die „Insolenz“ Sir Edward Malets zurückzuweisen.

Nr. 2580-2582 Oberst Swaine hatte über die Unterredung mit dem Deutschen Kaiser sofort nach England berichtet. Seine Äußerungen waren dort gedruckt und an alle Mitglieder des Kabinetts verteilt worden. In London erklärte nunmehr Lord Salisbury, er habe den Botschafter Sir Edward Malet zu den fraglichen Äußerungen nicht beauftragt und er erblicke in der Transvaalfrage nicht einen „schwarzen Punkt“ zwischen England und Deutschland. Der neue englische Botschafter, Sir Frank

<sup>1)</sup> Siehe Band XI, S. 10/11 (Anmerkung \*).

Lascelles, erhielt Auftrag, dem Kaiser zu sagen, daß Sir Edward Malet zu seinen Äußerungen keinerlei Auftrag gehabt habe. Auch in London Nr. 2583, entschuldigte man sich. 2584

Für die Beurteilung der Vorgänge in Pretoria, die bald darauf die Aufmerksamkeit aller Welt erregten, war durch die vorhergehenden Auseinandersetzungen der Boden also in ungünstigster Weise vorbereitet. Eine gewisse Gereiztheit auf deutscher Seite war zurückgeblieben, wenn auch Lord Salisbury sein aufrichtiges Bedauern über Nr. 2584 das durch das Vorgehen des englischen Botschafters in Berlin geschaffene Mißverständnis hatte aussprechen lassen.

Am Weihnachtstage 1895 meldete der deutsche Konsul in Pre-Nr. 2585— toria, v. Herff, daß Nachrichten aus Johannesburg dortige Unruhen 2587 erwarten ließen. Am 30. Dezember berichtete er, daß 800 Mann be-Nr. 2588 waffneter Truppen der Chartered Company auf Johannesburg zögen, und daß der Präsident der Burenrepublik den Befehl gegeben habe, ein weiteres Vordringen der feindlichen Truppen mit Waffengewalt zu verhindern.

Staatssekretär Frhr. v. Marschall wußte nunmehr eine starke Nr. 2589, Politik England gegenüber durchzusetzen. Präsident Krüger wurde 2590 zum Widerstande ermutigt, das Landungskorps des Kreuzers „See-Nr. 2591 adler“ zum Schutze des Konsulats zur Verfügung gestellt. Über die weiteren Schritte enthält das Aktenwerk alles nötige Material<sup>1)</sup>. Das ist gerade bei dieser Frage um so wertvoller, als in dem amtlichen, Nr. 2592— am 12. Februar 1896 nach vorheriger Verständigung mit der eng- 2609 lischen Regierung unter dem Titel „Aktenstücke betreffend die Südafrikanische Republik“ ausgegebenen Weißbuche der deutschen Regierung wichtige Stellen der Schriftstücke verändert oder in verkürzter Form wiedergegeben sind. Es wird somit erst jetzt möglich sein, die wirklichen amtlichen Vorgänge in voller historischer Treue festzustellen.

Über die Entstehung des sogenannten Krüger- telegramms, das in England eine heillose Entrüstung hervorrief und die Beziehungen des Inselreiches zu uns nachhaltig auf das ungünstigste beeinflußt hat, liegen bekanntlich ausführliche Bekundungen Kaiser Wilhelms II. vor, die er in seinem 1922 erschienenen Buche „Ereignisse und Gestalten aus den Jahren 1878 bis 1918“ gemacht hat. Die nunmehr mitgeteilten Akten des Auswärtigen Amtes beweisen gleichfalls unwiderleglich, daß das Krügertelegramm vom 3. Januar Nr. 2610 1896 tatsächlich nicht einer impulsiven Aufwallung des Kaisers entsprungen ist, sondern daß es einen wohlherwogenen Akt des Aus-

<sup>1)</sup> Vgl. das Telegramm Salisburys vom 31. Dezember 1895 an den englischen Botschafter in Berlin (Nr. 2594). Deutscher Wortlaut siehe S. 256.

wärtigen Amtes darstellte<sup>1)</sup>. Es ist auch nicht richtig, daß der Staatssekretär Frhr. v. Marschall die ursprüngliche Fassung des Krügertelegramms in manchen Ausdrücken gemildert habe. Der Kaiser hat seine schweren Bedenken gegen die Absendung des Telegramms in der gemeinsamen Besprechung mit dem Reichskanzler Fürsten v. Hohenlohe, dem Admiral Hollmann und dem Freiherrn v. Marschall geltend zu machen versucht. Nur Admiral Hollmann vertrat seinen Standpunkt und warnte vor der Absendung des Telegramms, das als eine „impulsive“ Handlung des „jugendlichen“ Kaisers aufgefaßt werden würde. Der Reichskanzler und der Staatssekretär bestanden aber auf der Unterzeichnung des Telegramms unter Betonung ihrer Verantwortlichkeit für die Folgen. Der Monarch gab ihnen nach.

Nr. 2611—  
2618

Aus den mitgeteilten Berichten des Botschafters Grafen v. Hatzfeldt aus London ersehen wir, welche ungeheure Wirkung das Krügertelegramm bei der Mentalität des englischen Volkes auf dieses ausgeübt hat. Diese Wirkung ging über die einer zeitlich beschränkten Verstimmung hinaus, sie öffnete vielen Engländern, ihrer Auffassung nach, zum ersten Male die Augen für die Erkenntnis einer dem englischen Handel und der englischen Vormachtstellung von Deutschland drohenden Gefahr. Daß die Spannung zwischen den amtlichen Behörden und den diplomatischen Persönlichkeiten allmählich nachließ und im März 1896 englischerseits als beseitigt bezeichnet wurde, änderte nichts an der Tatsache, daß ein unheilvoller, in die Zukunft weiter wirkender Schritt geschehen war.

Nr. 2614—  
2639

Die Akten des Auswärtigen Amtes über das Krügertelegramm zeigen eindringlich den Wert dieser einzigartigen Publikation für die Geschichtsschreibung. Viele Veröffentlichungen einzelner Persönlichkeiten werden an der Hand der Dokumente ernstlich nachgeprüft werden müssen.

## Kapitel 64

### Kontinentalliga gegen England? 1896

Über eine sehr bemerkenswerte Phase der deutschen Politik des neuen Kurses unterrichten uns die Dokumente Nr. 2640—2658. Sie zeigen uns die Auswirkung eines politischen Gedankens des Vortragenden Rats im Auswärtigen Amt v. Holstein und vermitteln uns

<sup>1)</sup> Vgl. hierzu den Aufsatz von Otto Hammann im Heft 2 des „Archivs für Politik und Geschichte“ vom März 1924, S. 203 ff. und vor allem den in den „Europäischen Gesprächen“ Hamburg im Juni 1924 erschienenen Aufsatz von Dr. Friedrich Thimme, wonach der Kaiser noch weitergehende Pläne gehabt haben soll und von diesen durch das Telegramm abgebracht worden wäre.

dabei einen tiefen Einblick in die Schaffenswerkstatt der damaligen deutschen Diplomatie und in das Entstehen diplomatischer Pläne überhaupt.

Die deutsch-englische Spannung in der Transvaalfrage und die tiefe Mißstimmung der italienischen Staatsmänner gegen England wegen seiner mehr oder weniger verhüllten Weigerung, den Abmachungen über das Mittelmeer von 1887<sup>1)</sup> aufs neue beizutreten und sich vor allem in einer nachhaltigeren Form zu ihnen zu bekennen, hatten bei Holstein den Gedanken ausgelöst, ob es für Deutschland nicht möglich sei, mit Italien den Anschluß an die franko-russische Gruppe zu suchen. Dadurch hoffte er, einerseits Italien von einem vorzeitigen Abspringen vom Dreibunde zurückzuhalten, andererseits aber auch England den Wert guter Beziehungen zum Dreibunde recht deutlich vor Augen zu führen. Wenn er von den Fragen, über die er eine Verständigung zwischen diesen vier Mächten gegen England für möglich hielt, den ganzen ägyptischen Fragenkomplex ausdrücklich ausschloß, so war das ein Beweis dafür, daß er nicht daran gedacht hat, eine Kontinentalliga gegen England für alle Fälle zusammenzubringen. Ihm schwebte vielmehr vor, den Dreibund geschlossen zusammenzuhalten, mit ihm unter Deutschlands Führung eine Politik der freien Hand zu treiben und dadurch England, wenn möglich, zu einer dem Dreibunde freundlicheren Politik zurückzuführen. Vorgehend darf hierzu schon bemerkt werden, daß in dem Ausschlusse der ägyptischen Frage eine Halbheit des von Holstein erdachten politischen Planes zu erkennen ist, denn ganz besonders Frankreich mußte seine Stellung zu England von dessen Haltung in der ägyptischen Frage abhängig machen.

Eine Aufzeichnung Holsteins vom 30. Dezember 1895 zeigt seinen Gedanken, daß es möglich sein müsse, Österreich dem Dreibunde zu erhalten, zugleich aber Deutschland und Italien sich zeitweise mit der franko-russischen Gruppe zur Erreichung bestimmter Ziele vereinigen zu lassen. Indien mit seinen Zugängen — Ägypten, Persien — sollte aber von jeder etwaigen Vereinbarung ausgeschlossen bleiben. Nr. 2640

Der Reichskanzler Fürst v. Hohenlohe ging anfangs auf Holsteins Gedanken ein und ließ den Botschafter in Paris, Grafen Münster, wissen — Berlin, 1. Januar 1896 —, daß unter Umständen eine gemeinsame Aktion Deutschlands und Frankreichs hinsichtlich mancher außereuropäischer Fragen denkbar und leicht erreichbar sein würde. Die englische Politik gehe zielbewußt und unbeirrt ihren Weg in der Überzeugung, daß die beiden großen kontinentalen Gruppen durch gegenseitiges Mißtrauen davon abgehalten seien, sich gegen die allmähliche außereuropäische Ausbreitung Englands zu wehren. Das führe schließlich „zur allmählichen Konfiskation der noch nicht unter Nr. 2641

<sup>1)</sup> Vgl. Wegweiser, Band 1, S. 124 ff.

europäischer Herrschaft stehenden Teile des Erdballs durch England“. Dabei bestand keinerlei Aussicht, „England jemals zu gemeinsamer Verteidigung von Dreibunds- und englischen Interessen mit heranzuziehen“. Graf Münster sollte mit dem Präsidenten Faure in akademischer Form über den Grundgedanken einer kontinentalen Verständigung über einzelne genau bestimmte Zwecke sprechen. Graf Münster hat den Gedanken offenbar von vornherein verworfen, denn er ist in seiner Berichterstattung niemals darauf zurückgekommen und ist auch von Berlin aus in dieser Hinsicht nicht erinnert worden.

Nr. 2642 Auch beim Botschafter B. v. Bülow in Rom fand der Holsteinsche Gedanke wenig Anklang. Seiner Ansicht nach mußte Italien fürchten, „daß ein zu tief verletztes Großbritannien sich à tout prix mit Frankreich auf Kosten Italiens verständigen könnte“. Die italienische Zukunft im Mittelmeer, besonders die Anerkennung der italienischen Ansprüche in Nordafrika standen nach seiner Überzeugung immer im Vordergrund der italienischen Politik und erlaubten keine entschiedene Wendung gegen England.

Nr. 2643, 2644 Die Dokumente Nr. 2643 und 2644 zeigen, daß es in der Hauptsache der Gedanke eines einzelnen Mannes, eben des Vortragenden Rats v. Holstein, gewesen ist, der hier mit den in Frage kommenden  
Nr. 2645 deutschen Auslandsvertretern erörtert wurde. Auch Graf zu Eulenburg in Wien hatte Bedenken dagegen, da Graf Goluchowski nicht geneigt schien, sich an einer Koalition der Kontinentalmächte gegen England zu beteiligen. In Frankreich aber benutzte man die Gelegenheit, um auf der einen Seite Deutschland gegen England aufzustacheln, andererseits  
Nr. 2646 aber eine englisch-französische Verständigung gegen Deutschland zu erzielen. In diesem Sinne wirkte besonders der sehr rührige französische Botschafter Baron de Courcel in London.

Nr. 2647 Als am 15. Januar 1896 Botschafter B. v. Bülow in Berlin an-  
Nr. 2648 fragte, ob er den bewußten neuen Gedanken jetzt mit dem Ministerpräsidenten Crispi erörtern dürfe, und dazu sofort ermächtigt wurde, mußte er den Gedanken des Festhaltens am Dreibunde durchaus in die vordere Linie rücken. In Rom war man über das Zerwürfnis zwischen England und Deutschland auf das äußerste besorgt, und der Außenminister Baron Blanc deutete wiederholt an, „daß eine  
Nr. 2649 dauernde Entfremdung zwischen Deutschland und England Italien an die Seite Frankreichs und Rußlands drängen müsse“.

Nr. 2650 In Paris verfolgte man die zunehmende Feindseligkeit Englands gegen Deutschland mit unverhohlener Schadenfreude. Die französische Presse führte nachdrücklich aus, daß Transvaal nicht geeignet sei,  
Nr. 2651 die Aufmerksamkeit Frankreichs von Elsaß-Lothringen abzuwenden. Die französische Politik wurde vor „unnatürlichen Allianzen“ gewarnt. Nunmehr erkannte Staatssekretär Frhr. v. Marschall die Verfehltheit des Holsteinschen Gedankens, und zwar hauptsächlich an der Haltung Frankreichs.

In diesem Zusammenhange sei vorgehend gleich auf die Schlußfolgerung hingewiesen, die Reichskanzler Fürst v. Hohenlohe aus Frankreichs Haltung in dieser Epoche am 20. Mai 1896<sup>1)</sup> in einem nach Petersburg gerichteten Erlasse gezogen hat. Innerhalb 10 Jahren, hieß es darin, hätten zwei verschiedene deutsche Regierungen zweimal versucht, ein politisches Zusammenwirken mit Frankreich in solchen Fragen herbeizuführen, die außer Verbindung mit dem Frankfurter Frieden ständen. „Die Erfahrungen, welche wir jedesmal gemacht haben, sind nicht geeignet, uns, wie die Dinge einmal liegen, zu einem dritten Versuch zu ermutigen. Wir müssen aus dem Erlebten den Schluß ziehen, daß Frankreich alle Fragen der einen Revanche-Idee unterordnet.“

Nr. 2735

Nach Petersburg ließ Marschall am 19. Januar 1896 mitteilen, daß Deutschland die durch die Haltung der englischen Politik geschaffene Weltlage bedauere, daß aber an ihr vorläufig nichts zu ändern sei. In Petersburg versuchte Fürst Lobanow, die deutschen Besorgnisse Frankreich möglichst zu entkräften.

Nr. 2651

Vor Nr. 2652—  
2654

Sehr bedeutsam ist in dieser Zeitepoche die große Sorge Deutschlands um die Erhaltung Italiens beim Dreibunde. Wiederholt fühlte sich Bülow veranlaßt, seiner Besorgnis Ausdruck zu geben, daß eine Entfremdung zwischen Deutschland und England die Italiener in die Arme Frankreichs treiben könne. Obwohl Italien bei allen seinen Anliegen von England immer nur Abweisungen erfuhr, leistete es ihm immer wieder erbetene und unerbetene Liebesdienste. Der Reichskanzler Fürst v. Hohenlohe mußte daher den deutschen Botschafter in Rom zu der unangenehmen Aufgabe ermächtigen, die Folgen des Abfalls Italiens vom Dreibunde zu besprechen. Solange es Deutschlands Verbündeter bleibe, werde dieses für die Erhaltung seiner unverminderten Machtstellung Sorge tragen; trenne sich aber Italien vom Dreibunde, so behalte sich Deutschland volle Handlungsfreiheit vor. Bülow sprach sich in Rom mehrfach in diesem Sinne aus, konnte aber immer nur feststellen, daß Italien die deutsch-englischen Verstimmungen mit großer Sorge betrachtete. Auch war man in Rom überzeugt, daß Frankreich jeder Annäherung an Italien auch in Einzelfragen aus dem Wege gehen werde, solange nicht eine Trennung von Deutschland stattgefunden habe<sup>2)</sup>.

Nr. 2655

Nr. 2656

Nr. 2658

Nr. 2657

Den Abschluß der für die Beurteilung der allmählich zutage tretenden inneren Brüchigkeit des Dreibundes besonders wichtigen Schriftstücke bildet ein ausführlicher vertraulicher Bericht Bülows an den Reichskanzler vom 18. Februar 1896. Wohl nur der Not ge-

Nr. 2658

<sup>1)</sup> Band XI, S. 188 ff.

<sup>2)</sup> Deutsche Übersetzung eines vom italienischen Außenminister, Baron Blanc, am 4. Februar 1896 an den Botschafter B. v. Bülow gerichteten Briefes siehe S. 257.

horchend hatte der italienische Außenminister Baron Blanc den Willen des römischen Kabinetts bekundet, seine Haltung in auswärtigen und besonders in orientalischen Fragen künftig ausschließlich nach derjenigen Deutschlands zu regeln. Italien halte fest am Dreibunde, es möchte aber den Anschein vermieden sehen, als ob nicht allein Rußland, sondern die franko-russische Gruppe auf der ganzen Linie triumphiere. In der italienischen Kammer werde die Frage aufgeworfen werden, welchen Nutzen Italien aus seinen Bündnissen ziehe. Bülow machte dagegen geltend, daß nicht die franko-russische Gruppe, sondern der Dreibund und vor allem Deutschland das Heft der Weltpolitik in der Hand hielten. Der Dreibund könne als solcher künftighin die Politik der freien Hand treiben, bei der England bisher seinen Vorteil gefunden habe. Bei festestem Zusammenschluß in sich könne sich der Dreibund nach außen freie Hand bewahren. Bei einer solchen Politik werde auch Italien seine Rechnung finden, wenn es nur nicht durch Ungeduld, Unstätigkeit und Unvorsichtigkeit sich seine Chancen selbst verderbe.

Der Kaiser trat den Gedankengängen des Botschafters nachdrücklich bei. Damit war die Politik der freien Hand als maßgebende Richtschnur auch seinerseits anerkannt. Von dem Gedanken, in Einzelfragen ein Zusammengehen Deutschlands und Italiens mit der franko-russischen Gruppe ins Auge zu fassen, war man völlig wieder zurückgekommen.

Mehr noch als in den anderen Kapiteln ist es bei den soeben geschilderten Vorgängen nötig, den Zusammenhang mit den Geschehnissen der Gesamtpolitik, insonderheit mit den Transvaal-Ereignissen, durch Heranziehung der synchronistischen Zusammenstellung herzustellen.

## Kapitel 65

### Englands Absage an die Entente à trois

In Österreich legte man schon immer großen Wert auf die Erneuerung des 1887 mit Lord Salisbury abgeschlossenen Abkommens von 1887 über Mittelmeerfragen<sup>1)</sup>. Der österreich-ungarische Botschafter in London erhielt im Januar 1896 Auftrag, die Frage beim Premierminister anzuregen. Deutscherseits sah man den Versuch, England zu einer festen Abmachung für den Kriegsfall zu bewegen, als aussichtslos an und fürchtete, durch Beteiligung an derartigen

<sup>1)</sup> Vgl. Kapitel 28 (Wegweiser Band 1, S. 127 ff.).

Verhandlungen in eine zweideutige Stellung zu kommen. Auch in Italien hielt man den Augenblick für die Einleitung solcher Verhandlungen noch nicht für gekommen. Nr. 2662

Ohne die Dreibundmächte zu verständigen, unternahm Österreich in London den erwähnten Schritt, fand aber, wie zu erwarten gewesen war, nur geringes Entgegenkommen. Lord Salisbury hatte darauf hingewiesen, daß die öffentliche Meinung Englands über die Türkei ihm nicht gestatten würde, eine Verpflichtung zum Schutze Konstantinopels gegen die Russen einzugehen; die englische Regierung könne sich nicht binden. Nr. 2663  
Nr. 2664

In Wien bestand anfangs nur geringe Neigung, die Dreibundgenossen über diese Londoner Vorgänge aufzuklären, obwohl der österreichische Botschafter in London seinen deutschen Kollegen in tiefstem Vertrauen bereits eingeweiht hatte. In Berlin verhielt man sich daher abwartend und hatte nur den Wunsch, daß das Wiener Kabinett seine Orientpolitik nicht in russenfeindlichem Sinne festlegen möge. Nr. 2665

Auch in Italien erfuhr man alsbald, daß Lord Salisbury die früheren Abmachungen Englands mit Österreich und Italien nicht geradezu verleugnete, aber keine neuen oder engeren Verpflichtungen übernehmen wollte. Graf Goluchowski war über das Scheitern seiner Bemühungen sehr verstimmt und gab nunmehr nach London die Nachricht, daß er es als Aufgabe der österreichischen Politik auch fernerhin auffasse, alle den Orient betreffenden Fragen mit der englischen Regierung in freiem und freundschaftlichem Zusammenhange fortlaufend zu erörtern, im übrigen aber ruhig abzuwarten. Nr. 2666  
Nr. 2667  
Nr. 2668

Aus Wien telegraphierte am 24. Februar 1896 der Botschafter Graf zu Eulenburg abschließend, Graf Goluchowski sehe die englische Ablehnung jetzt als vollkommen endgültig an, aber es werde unzweifelhaft die Zeit kommen, wo England wieder eine Anlehnung an Österreich-Ungarn suche. Nr. 2669

## Kapitel 66

### Deutschlands Absage an Österreichs Dreibundaspirationen

In die ersten, schon durch die Auseinandersetzungen Österreichs mit England und Italien belasteten Monate des Jahres 1896 fallen auch Erörterungen über Österreichs Politik innerhalb des Dreibundes.

Aus Wien berichtete am 31. Januar 1896 der Botschafter Graf zu Eulenburg unmittelbar an Kaiser Wilhelm II. über ein Gespräch, das er mit dem Chef des österreichischen Generalstabes, Feldmarschallleutnant Frhr. v. Beck, gehabt habe, und in dem er die Frage Nr. 2670

zu klären versucht hatte, inwieweit Österreich-Ungarn etwa bei Verwickelungen im Balkan auf die Unterstützung durch Deutschland rechne. Im Vordergrund stand die Frage, ob Deutschland zur Bundeshilfe verpflichtet sei, falls bei einer zum Schutze der Dardanellen gegen Rußland geschlossenen Abmachung zwischen Österreich und England der Einmarsch der Russen in Konstantinopel den casus belli bilde. Graf zu Eulenburg hatte sofort die Ansicht vertreten, den Österreichern dürfe militärisch kein Zweifel darüber belassen werden, daß Deutschland eine russische Okkupation Konstantinopels nicht als casus foederis betrachten könne. Feldmarschalleutnant Frhr. v. Beck hatte sodann die Frage erörtert, wo wohl der Punkt sei, bei dem Deutschland anerkennen müßte, daß Österreichs Existenz bedroht sei. Eulenburg erwiderte ausweichend, dies sei im voraus schwer zu bestimmen, und empfahl dem Kaiser, militärischerseits den österreichischen Generalstabschef einige Mitteilungen machen zu lassen, die diesen in die Lage versetzten, sie für etwaige zu weitgehende Verbindlichkeiten mit England als Dämpfer zu gebrauchen.

Nr. 2671

Einem Wunsche des Botschafters entsprechend gab der Kaiser den an ihn gerichteten Brief unmittelbar dem Reichskanzler. Dieser äußerte sich am 2. Februar 1896 ausführlich zu der wichtigen Frage, wie sich Deutschland zu dem Wunsche Österreichs stellen solle, eine bestimmte Erklärung über die Haltung Deutschlands im Falle einer russischen Besetzung der Meerengen zu erlangen. Ganz wie es in England auch immer geschah, vertrat Fürst v. Hohenlohe den Grundsatz, „daß zukünftige Ereignisse, deren Eintritt völlig ungewiß ist, nicht Gegenstand bindender Entscheidungen sein können“. — „Die Gründe,“ heißt es in dem staatsmännisch durchdachten Schriftstück, das uns einen Vergleich mit Deutschlands Lage gegenüber Österreich vor Ausbruch des Weltkrieges sehr nahelegt, „welche uns seinerzeit veranlaßt hatten, die auf den Orient und das Mittelmeer bezüglichen Fragen aus den Bündnisverträgen auszuschneiden und den casus foederis mit Österreich-Ungarn auf den Fall eines gegen dieses Reich gerichteten Angriffs Rußlands zu beschränken, bestehen unverändert fort. Wollten wir über die ausdrücklichen Bestimmungen jener Verträge hinaus Österreich-Ungarn unsere Unterstützung zusagen, falls es in einem russischen Vorgehen nach Konstantinopel einen casus belli erblicken zu müssen glaubt, so würden wir die Verantwortlichkeit für etwaige aggressive Pläne des Wiener Kabinetts übernehmen, die Grundlagen unserer bewährten Orientpolitik preisgeben und damit für uns die Gefahr eines Krieges nach zwei Fronten steigern; wollten wir umgekehrt dem Wiener Kabinett erklären, daß wir Österreich-Ungarn bei einem Kriege mit Rußland aus Anlaß der Meerengenfrage seinem Schicksal preisgeben würden, so hieße dies unsere Verbündeten entmutigen und dem Pessimismus zutreiben.“

Englands Politik, führte Hohenlohe weiter aus, beruhe auf dem

Antagonismus der beiden großen Gruppen der Kontinentalmächte. Die Wahrnehmung, daß dieser Gegensatz sich dank der friedlichen Politik des Deutschen Kaisers allmählich mildere, habe dem Londoner Kabinett seine auf neue Anfandung jener Gegensätze ausgehende Orientpolitik eingegeben. Daß die Politik des Kaisers alle diese Versuche durchkreuzt habe, sei vielleicht mehr als die Transvaalfrage die wirkliche Ursache der noch herrschenden englischen Stimmung gegen Deutschland. Graf zu Eulenburg sollte daher alle Anfragen von politischer und militärischer Seite dahin beantworten, daß, „wenn Österreich-Ungarn aus solchem Anlaß in einen Krieg mit Rußland gerate, es auf eigene Verantwortlichkeit handele, daß wir aber allerdings nicht zugeben würden, daß Österreich-Ungarns Großmachtstellung ernsthaft bedroht werde“.

An der inneren Unmöglichkeit, die letztere Bedingung in einem für Deutschland ungefährlichen Sinne zu beantworten, hat sich 1914 der Weltkrieg entzündet. Damals, 1896, hielt man es jedenfalls für das beste, von einer „Definierung der wiederholt von österreichischer Seite angeregten Frage, wann wir im konkreten Falle den casus foederis als eingetreten betrachten würden, zurzeit abzusehen“.

In Wien war man enttäuscht und beklagte das Sinken des österreich-ungarischen Einflusses infolge der nicht hinreichenden Berücksichtigung seiner einzigen ernsthaften auswärtigen, sowohl wirtschaftlichen wie politischen Interessen, nämlich der orientalischen. Demgegenüber vertrat Fürst v. Hohenlohe mit Festigkeit als Grundgedanken des Dreibundes, ihn nicht zum Mittel für unbestimmte Pläne Österreichs im Orient verwenden zu lassen. „Österreich muß mit dem defensiven Charakter des Dreibundes zufrieden sein, wenn es nicht zugrunde gehen will“.

Der Termin der Erneuerung des Dreibundes nahte heran. In Berlin mußte man damit rechnen, daß Österreich in gewissem Sinne Deutschland für den Wegfall der englischen Unterstützung im Mittelmeer haftbar machen werde. Man erwog daher, Österreich zu der Anfrage in England zu ermächtigen, ob jenes Österreich als vereinzelte Macht und ohne die Fessel des Dreibundes lieber zum Verbündeten nehmen wolle als mit dieser Fessel. Österreich solle in dem Augenblick, wo es bei Abschluß eines Abkommens mit England einen dahingehenden Wunsch äußere, von den Verpflichtungen des Dreibundes, jedenfalls von denjenigen gegenüber dem Deutschen Reiche entbunden werden. Dabei wurde aber dem Grafen Goluchowski kein Zweifel darüber gelassen, daß Deutschland an seinen Freunden festhalten werde, solange diese sich ebenso verhielten. Als Politik des Dreibundes kennzeichnete Fürst v. Hohenlohe damals: „Zusammenhalten, sich ruhig halten, seiner eigenen Stärke vertrauen und keine anderen Bündnisse suchen, sei es, wo es sei“.

Die Verstimmung der österreichischen Staatsmänner war damals so groß, daß sie eine persönliche Aussprache des Grafen Goluchowski in Berlin als erwünscht erscheinen ließ. Der Graf weilte dort vom 10. bis 13. März 1896, und es geschah alles, ihn aus seiner Stimmung „der enttäuschten Hoffnungen und sorgenvollen Ungewißheiten“ wieder herauszubringen. Wenn er es schon vor seiner Reise als eine Deutschland und Österreich obliegende Verpflichtung betrachtet hatte, auf Italien in dem Sinne zu wirken, daß es sich beschränkte und nicht „mit ungemessener Eitelkeit von Mißerfolg zu Mißerfolg eilte“, so bezeichnet das greifbar die schon damals vorhandene innere Brüchigkeit des Dreibundes.

Der Wunsch des Grafen zu Eulenburg, Graf Goluchowski möge mit dem festen Eindruck einer Beruhigung und nicht dem einer Enttäuschung aus Berlin zurückkehren, wurde schon vor Eintreffen des Ministers in Berlin durch eine Unterredung Kaiser Wilhelms II. mit dem englischen Botschafter in Berlin, Sir Frank Lascelles, insofern vorbereitet gefördert, als der Kaiser hierbei über die ablehnende Haltung Englands gegenüber den österreichischen Wünschen einige bedauernde Äußerungen tat<sup>1)</sup>.

Über die Aussprache des Grafen Goluchowski mit dem Reichskanzler Fürsten v. Hohenlohe in Berlin unterrichtet uns eine Aufzeichnung des letzteren vom 15. März 1896. Goluchowski betonte dabei seine Befriedigung über die Besserung der deutsch-englischen Beziehungen und erklärte, er habe nie ernstlich gehofft, mit seinem Londoner Antrage auf Erneuerung und Feststellung des Abkommens von 1887 bei Lord Salisbury durchzudringen.

## Kapitel 67

### Die Ägyptische Frage und die Mächte Französisch-Englische Annäherungsversuche und ihr Scheitern

Vom Februar 1896 bis in den Sommer des Jahres hinein beherrschte die ägyptische Frage die Aufmerksamkeit der Großmächte. Offensichtlich versuchte Frankreich damals in dieser Frage eine Annäherung an England. Besonders der sehr rührige Baron de Courcel, Frankreichs Botschafter in London, setzte sich dafür ein.

Am 21. Februar 1896 brachten die „Times“ die auffallende Nachricht, der neu ernannte türkische Botschafter in London habe die An-

<sup>1)</sup> Vgl. Dokument Nr. 2770, Wegweiser S. 134.

weisung erhalten, die englische Regierung zu ersuchen, die Frage der Räumung Ägyptens mit der Pforte zu regeln. Wenn diese Nachricht auch alsbald widerrufen wurde, so schien es doch, daß irgend etwas im Gange war, und in der Tat wurde auch von Pera bestätigt, daß der Sultan Schritte bei der englischen Regierung im Hinblick auf die Regelung der ägyptischen Frage hatte tun lassen. Nr. 2684  
Nr. 2685,  
2686

In London stellte Baron de Courcel den Engländern als Ergebnis einer solchen Regelung den freundschaftlichen Anschluß an Frankreich in Aussicht. Deutscherseits verständigte man das Wiener Kabinett und machte darauf aufmerksam, daß sich aus diesen Vorgängen als Folge der kurzsichtigen englischen Politik eine Wendung der europäischen Gesamtpolitik ergeben könnte. An den Botschafter in Petersburg ließ der Reichskanzler am 24. Februar 1896 die Weisung ergehen, sich bei Gelegenheit mit dem Fürsten Lobanow in dem Sinne auszusprechen, daß Deutschland die weitere Entwicklung mit Gemütsruhe abwarten könne, denn die neueste Politik Englands habe das Ergebnis gehabt, auch solchen Staaten, die bisher traditionell mit England gingen, die Wahrnehmung näherzubringen, daß die angebliche Freundschaft Englands nur ein einseitiger Begriff sei. Auch dem Wiener Kabinett gegenüber, wo Graf Goluchowski durch die neue Wendung der Dinge gegen die Haltung der englischen Politik tief verstimmt war, wurde darauf hingewiesen, daß vorläufig alle Erörterungen nutzlos seien. Erst wenn sich aus der türkischen Anregung eine Annäherung Englands an Frankreich wirklich ergebe, würden Besprechungen innerhalb der Dreibundmächte nötig werden. Nr. 2687  
Nr. 2688  
Nr. 2689  
Nr. 2690

In der Tat war die erste Anregung zu den englisch-türkischen Verhandlungen nach einer Meldung aus Pera von London ausgegangen, während anfangs März 1896 in der englischen und russischen Presse der Versuch gemacht wurde, die deutsche Regierung mit der neuesten Anregung der ägyptischen Frage in Verbindung zu bringen. Nr. 2691  
Nr. 2692

Am 3. März 1896 ging in Berlin die Nachricht von der vernichtenden Niederlage der Italiener bei Adua ein, über die im 68. Kapitel alle erforderlichen Dokumente mitgeteilt sind <sup>1)</sup>). Für das Verständnis der Vorgänge wird es nötig sein, die grundlegenden Aufzeichnungen vom 3. und 4. März 1896 — Dokumente Nr. 2769—2772 — <sup>2)</sup> schon hier in den Zusammenhang einzufügen. Das ist besonders aus dem Grunde wichtig, weil Kaiser Wilhelm II. unter dem frischen Eindrucke der Hiobsbotschaft aus Abessinien in Berlin eine zweistündige Unterredung mit dem englischen Botschafter Sir Frank Lascelles gehabt hatte, die für die Haltung der englischen Politik gegenüber Deutschland entscheidend geworden ist. Es ergab sich daraus eine vertrauensvollere Zusammenarbeit Englands mit Deutschland.

<sup>1)</sup> Vgl. S. 133 ff.

<sup>2)</sup> Siehe S. 134.

- Nr. 2693 In bezug auf die ägyptische Frage teilte am 4. März 1896 Lord Salisbury dem Botschafter Grafen v. Hatzfeldt mit, die Initiative wegen Ägyptens sei vom Sultan ausgegangen, und es handle sich jetzt in keiner Weise um eine politische Verständigung mit Frankreich, sondern lediglich um koloniale Fragen. Graf v. Hatzfeldt hatte den Eindruck, daß in der auswärtigen Politik Englands, wenn auch noch keine Schwenkung zugunsten des Dreibundes, so doch jedenfalls ein Stillstand in den dreibundfeindlichen Bestrebungen eingetreten sei. Anscheinend waren die erwähnten Äußerungen in den „Times“ auf
- Nr. 2694
- Nr. 2695 Veranlassung der englischen Regierung erfolgt, die dadurch die Stellungnahme der öffentlichen Meinung in England hatte ermitteln wollen.

- Eine Folge der Vorstellungen Kaiser Wilhelms II. in seinem Gespräch mit Sir Frank Lascelles war es, daß das englische Kabinett sich entschloß, sofort eine Division nach Dongola vorzuschieben. Daraus ergab sich eine Entlastung für Italien in Kassala. In Paris rechnete man, nicht ohne Verstimmtheit, damit, daß die Engländer nunmehr ihre Truppen bedeutend verstärken und wahrscheinlich später nach Chartum weiter vorrücken würden.
- Nr. 2696

- Schwierigkeiten bereitete nunmehr die Aufbringung der für die Expedition nach Dongola erforderlichen Geldmittel. Der englische Generalkonsul in Kairo, Lord Cromer, wünschte die Zustimmung der
- Nr. 2697 Schuldenkommission, um einen Teil des Reservefonds aus der Schuldenkasse für den Zug nach Dongola zu verwenden. In Berlin ließ Salisbury mitteilen, daß die englische Regierung der ägyptischen angedeutet habe, sie möge die Expedition nach Dongola durch die Bereit-
- Nr. 2698 stellung von 500 000 Pfund aus dem Reservekapital vorbereiten <sup>1)</sup>.

- Nr. 2700— Über die Bereitstellung dieser Geldmittel wurde dann zwischen  
2702 den Mächten hin und her gehandelt, wobei sich ergab, daß Rußland
- Nr. 2705 und Frankreich <sup>2)</sup> gegen die Entnahme dieser Summe ernsthafte Ein-
- Nr. 2711, wendungen erhoben. In Rußland fand man, der geplante Feldzug  
2712 nach Dongola sei keine Notwendigkeit zum Schutze Ägyptens, son-
- Nr. 2713, dern eine aggressive und in ihren Folgen unübersehbare Unter-
- Nr. 2714, nehmung Englands in angeblichem Interesse Italiens, und verweigerte  
2716 glattweg die Zustimmung zur Verwendung des Betrages.

- Nr. 2717 Baron de Courcel schien in London zeitweise geneigt, der Ver-
- Nr. 2719 wendung ägyptischer Fonds gegen gewisse Zusicherungen englischer-
- Nr. 2720 seits zuzustimmen. Schließlich stimmte Frankreich doch gegen die Entnahme, und in einer Sitzung am 26. März 1896 in Kairo bestritten der französische und russische Schuldenkommissar gemeinsam die Kompetenz der Schuldenkommission zur Bewilligung der Ausgaben für die Expedition nach Dongola.

<sup>1)</sup> Deutsche Übersetzung siehe S. 257/258.

<sup>2)</sup> Deutsche Übersetzung des Dokuments Nr. 2706 siehe S. 258.

Lord Salisbury blieb indes seiner Absicht getreu, wenn auch Frankreich sich durch den Plan eines englisch-ägyptischen Vormarsches nach Dongola auf das unangenehmste überrascht zeigte. Man hätte dort gewünscht, daß England sich mit die ganze ägyptische Frage in einer für beide Teile befriedigenden Weise verständigt hätte. Für Deutschland ergab sich der Vorteil, daß wie Graf Münster am 19. März 1896 aus Paris meldete, eine Verständigung zwischen Frankreich, Rußland und England auf lange Zeit nicht mehr zu befürchten war<sup>1)</sup>.

Lord Salisbury ließ sich durch die Mißstimmung in Paris abhalten, seine Absicht auszuführen. Baron de Courcel erkannte die eingetretene Besserung der deutsch-englischen Beziehungen und fand sich mit der „unerwünschten Überraschung“ der Expedition nach Dongola, so gut es ging, ab. Für die Haltung der englischen Regierung war es mitbestimmend, daß auch der Generalkonsul in Kairo, Lord Cromer, es im englisch-ägyptischen Interesse für gut hielt, wenn England den Italienern rasch Hilfe brächte. England schien jetzt ernstlich entschlossen, an Ägypten festzuhalten, ohne auf die Empfindlichkeit Frankreichs in dieser Frage besondere Rücksicht zu nehmen. Der Gedanke eines Kondominiums mit Frankreich war aufgegeben.

Eine Folge der verschlechterten französischen Beziehungen zu England war es, daß in Paris ein Wechsel im Außenministerium eintrat. Berthelot legte sein Amt nieder, das der Ministerpräsident Bourgeois übernahm. „Die Beziehungen zu England sind schlecht,“ meldete Graf Münster am 31. März 1896. „Die Stimmung ist auf beiden Seiten des Kanals viel feindlicher geworden.“

Deutschland verhielt sich trotzdem in der ägyptischen Frage weiter zurückhaltend. War man sich doch seit Januar 1896 völlig im klaren darüber<sup>2)</sup>, daß eine gemeinsame Politik mit Frankreich gegen England aussichtslos war, denn in Paris blieb jede außenpolitische Erwägung immer dem Revanchegedanken untergeordnet.

Unbestreitbar hatte der Dreibund durch die geschilderten Vorgänge eine Verstärkung erhalten, Frankreich aber eine diplomatische Niederlage erlitten, da auch seine Versuche, die Türkei zu einem Protest gegen die Dongola-Expedition zu treiben, ergebnislos geblieben waren. Auf Anraten Deutschlands hatte man sich am Goldenen Horn jeder Einmischung in die ägyptische Frage enthalten und zeigte sich auch nicht geneigt, auf den von Rußland vertretenen Gedanken einer Konferenz einzugehen.

Den russischen Plan einer europäischen Konferenz über die ägyptische Frage besprach Kaiser Wilhelm II. Anfang Mai 1896 rück-

<sup>1)</sup> Deutscher Wortlaut eines vom Grafen Münster übersandten Ausschnittes aus dem „Temps“ vom 18. März 1896 siehe S. 258.

<sup>2)</sup> Vgl. oben S. 122.

haltlos mit dem englischen Militärbevollmächtigten Obersten Grierson und betonte bei dieser Gelegenheit, er bedauere die fortdauernde feindselige Haltung der englischen Presse gegen seine Person und gegen Deutschland. Lord Salisbury ließ daraufhin mitteilen, ihm fehle jede Möglichkeit, eine Kontrolle über die englische Presse auszuüben.

- Nr. 2734 Mitte Mai 1896 erregte die Nachricht, daß England in Bombay 3000 Mann zu einer Brigade zusammenziehen und diese nach Suakim zur Ablösung der dort stehenden ägyptischen Garnison entsenden wolle<sup>1)</sup>, in Rußland erhebliche Beunruhigung. Man wollte dort die Suezkanalfrage aufwerfen. Die deutsche Regierung erwiderte am Nr. 2735 20. Mai<sup>2)</sup>, sie verkenne weder die Wichtigkeit der deutschen Interessen am Suezkanal noch die Notwendigkeit, sie zu stützen. Die alleinige Tatsache aber, daß die englische Regierung die ägyptische Garnison von Suakim durch indische Truppen ersetzen wolle, bilde für Deutschland noch keine Veranlassung, aus seiner Zurückhaltung Nr. 2736 herauszutreten. Auch in der Türkei suchte der Zweibund gegen den englischen Plan Stimmung zu machen. Lord Salisbury war seinerseits Nr. 2737 durchaus nicht geneigt, auf den Wunsch Rußlands nach einer Konferenz einzugehen.

- Nr. 2738 In Italien hatte die Tatsache lebhafte Beunruhigung erregt, daß Lord Salisbury kurz vor der Expedition nach Dongola dicht vor einem Abkommen mit Frankreich über Ägypten gestanden haben Nr. 2739 sollte. Nun stellte allerdings Baron de Courcel es dem Grafen Hatzfeldt gegenüber durchaus in Abrede, mit Lord Salisbury amtlich über die Erledigung der ägyptischen Frage verhandelt zu haben. Eine Nr. 2740 innere Übereinstimmung der französischen und russischen Politik über Mittelmeerfragen schien indes nicht zu bestehen.

- Nr. 2741 In Berlin blieb man der Erörterung der ägyptischen Frage auf einer Konferenz durchaus abgeneigt. Wichtig ist in diesem Zusammen- Nr. 2742 hange ein unbefangenes Urteil des Botschafters Grafen v. Hatzfeldt über die deutscherseits einzuschlagende Politik. „Wenn Sie mich fragen,“ schrieb er am 24. Mai 1896 an den Vortragenden Rat v. Holstein, „welche Haltung ich unter diesen Umständen als die allein richtige für uns betrachte, so kann ich nur auf Grund tiefster Überzeugung wiederholen, daß wir stets und unter allen Umständen darauf bedacht sein müssen, uns die Freiheit unserer Entschlüsse zu wahren, was durchaus nicht verhindert, daß unsere beiden Alliierten, wie es ihren Wünschen und ihren Interessen entspricht, intime Beziehungen zu England unterhalten und sich eventuell mit demselben über eine gemeinsame Politik verständigen.“

1) Deutsche Übersetzung eines vom Fürsten Lobanow am 15. Mai an den russischen Botschafter in Berlin gesandten Telegrammes siehe S. 258/259.

2) Deutsche Übersetzung der Erklärung vom 20. Mai siehe S. 259.

Wenn nun auch ein Zusammenwirken Rußlands und Frankreichs im Sinne einer ägyptischen Konferenz ergebnislos blieb und Frankreich Deutschland gegenüber wieder mehr einlenkte, so war dennoch der vom Grafen Münster am 22. Juli 1896 daraus gezogene Schluß, daß zwischen Frankreich und Rußland kein Allianzvertrag bestehe, aus den damaligen Vorgängen nicht herzuleiten. Unverkennbar war aber die erhebliche neue Verstimmung Rußlands gegen England.

Nr. 2743,

2745

Nr. 2744

Nr. 2746

Nr. 2747

## Kapitel 68

### Italiens Afrikanöte und die Mächte

Im Frühjahr 1895 hatte Italien seine militärischen Operationen in Abessinien abgebrochen. Als es sie anfangs Oktober 1895 wieder aufnahm, stellten sich bald Rückschläge ein. Die Kolonne des Majors Toselli wurde am 7. Dezember im Süden von Makalle umzingelt und aufgegeben. Weitere unglückliche Ereignisse schlossen sich an. In Italien führte man diese Mißerfolge auf die fortdauernde französische Einfuhr von Kriegsgerät nach Abessinien und auf die unfreundliche Haltung der englischen Regierung in der Frage von Zeila und Harrar zurück <sup>1)</sup>.

In Deutschland empfand man die Notwendigkeit, für Italien bald demonstrativ freundschaftliche Schritte zu tun. Als die italienische Regierung von England die Erlaubnis zur Landung einiger hundert Mann in Zeila zu erhalten wünschte, trat Deutschland diesem Wunsche nachdrücklich bei. Lord Salisbury knüpfte seine Zustimmung aber an die Genehmigung des India Office. Auch hielt man Zeila als Operationsbasis nach dem Innern für ungeeignet. Auf einen dauernden Verbleib italienischer Truppen dort wollte man jedenfalls nicht eingehen, erklärte auch, daß eine vorausgehende Verständigung Italiens mit Frankreich bezüglich Harrars notwendig sei.

Nr. 2748

Nr. 2749

Nr. 2750,  
2751

Nr. 2752

Nr. 2753

Nr. 2754—  
2760

In Rom ließ Lord Salisbury am 21. Januar 1896 mündlich erklären, das Kabinett von St. James sei der Meinung, die Frage von Zeila und Harrar müsse von Italien mit Frankreich verhandelt werden. Der italienische Minister des Äußeren erwiderte <sup>2)</sup>, diese Frage bleibe eine theoretische, da die italienische Regierung durchaus nicht die Absicht habe, eine Expedition gegen Harrar zu unternehmen. Aber das Vertrauen Italiens, das sich mit England in naher Fühlung glaubte, würde durch die Tatsache erschüttert, daß Lord Salisbury sich aus Rücksicht für Frankreich von der Stellung zurückziehe, die Lord

Nr. 2761

<sup>1)</sup> Vgl. 54. Kapitel, s. o. S. 69.

<sup>2)</sup> Französischer Wortlaut dieser Erklärung siehe Band XI, S. 224.

Kimberley am 5. Mai 1894 eingenommen habe. „Das ist kein gutes Vorzeichen für die Möglichkeit, wo Italien englischerseits im Orient engagiert wäre, und läßt der Befürchtung Raum, England könne vorkommendenfalls uns dort im ersten Augenblick ebenso verlassen, um unsere Interessen Frankreich zu opfern.“

Die Schwierigkeit der Lage Italiens brachte dort wieder den Gedanken in den Vordergrund, Italien werde von Frankreich weder in großen noch in kleinen Fragen ernstliche Zugeständnisse erlangen, solange es im Dreibunde bleibe. Die Stimmung der dortigen Staatsmänner war dauernd nervös und gedrückt. Man wünschte in irgendeiner Weise aus den afrikanischen Schwierigkeiten herauszukommen, ohne den Dreibund aufzugeben. Eine Aufzeichnung des Reichskanzlers Fürsten v. Hohenlohe vom 13. Februar 1896 zeigt aber, daß man in Berlin nicht gewillt war, für Italien die Gefahr eines Weltkrieges auf sich zu nehmen. „Ein europäischer Krieg zu dem Zweck,“ verzeichnete Hohenlohe, „Italien die Eroberung von Abessinien zu ermöglichen, werde weder in Deutschland noch in Österreich auf Zustimmung und Verständnis rechnen können.“ Der Dreibund war nach seiner Auffassung, wie er am 15. Februar dem Botschafter B. v. Bülow schrieb, ein „pacte conservatoire“, aber „keine Erwerbsgesellschaft“, und das Eindringen der Italiener nach Erythräa sei ein aggressiver Akt und stehe als solcher formell nicht unter der Deckung des Dreibundvertrages. Gegen England blieb man in Italien verstimmt, erzielte aber eine leichte Annäherung an Rußland.

Am 3. März 1896 ging in Berlin die Nachricht ein, daß General Baratieri am 1. März die Abessinier bei Adua angegriffen habe, jedoch völlig geschlagen worden sei. Kaiser Wilhelm II. gewährte sofort dem italienischen Botschafter, Grafen Lanza, eine Unterredung und sprach sich sodann gegenüber dem englischen Botschafter, Sir Frank Lascelles, eingehend über die Lage aus<sup>1)</sup>. Dabei betonte der Kaiser die Unmöglichkeit, daß England sich mit Frankreich verständigen könne, da die Verbindung Frankreichs mit Rußland eine viel zu feste sei. Sir Frank Lascelles berichtete sofort telegraphisch nach London, der Kaiser erwarte, daß England sich dem Dreibunde anschließe oder doch jedenfalls Italien in seiner bedrängten Lage zu Hilfe komme.

In der englischen öffentlichen Meinung bestand damals noch wenig Geneigtheit, für Italien einzutreten. Lord Salisbury machte aus seiner Meinung kein Hehl, daß er das abessinische Unternehmen der Italiener stets für unüberlegt und verfehlt gehalten habe. Er sehe sich daher leider außerstande, der italienischen Regierung zu helfen.

Diese Haltung verstimmt in Berlin und Rom aufs äußerste. Nun-

1) Vgl. S. 129.

mehr lenkte man in England mit Rücksicht auf das Vordringen der Derwische gegen Kassala ein und beschloß eine den Italienern nützliche militärische Diversion von Ägypten aus nach Dongola, in der Hoffnung, hierdurch die Derwische zu erschrecken und zum Rückzuge von Kassala zu bewegen. Das entsprach durchaus dem Rate, den Kaiser Wilhelm II. dem Botschafter Sir Frank Lascelles gegeben hatte. In Italien machte das temperamentvolle Eintreten des Kaisers für die Sache der Italiener tiefen Eindruck und ließ das Verbleiben Italiens beim Dreibunde wieder im Werte steigen. Nr. 2775,  
2776  
Nr. 2777  
  
Nr. 2778

Am 13. März 1896 suchte der englische Botschafter Sir Frank Lascelles den Staatssekretär Frhrn. v. Marschall auf und erklärte ihm, Lord Salisbury sei bereit, die durch die Berichterstattung über das Kaisergespräch vom 3. März<sup>1)</sup> angeregte Frage zu beantworten. Auch er wünsche, wie in früherer Zeit, mit Deutschland auf dem Fuße gegenseitiger freundschaftlicher Beziehungen zu stehen. England wolle sich an den Dreibund anlehnen, werde aber nie ein Versprechen übernehmen, das für irgendeine zukünftige Möglichkeit die Verpflichtung zum Kriege enthalte. Diese Politik sei der Regierung vorgeschrieben, einmal durch die öffentliche Meinung, die derartige Verabredungen gegebenenfalls über den Haufen werfen werde, sodann aber durch die insulare Lage des Landes. England könne eine Verpflichtung zum Kriege vertragsmäßig nicht übernehmen, da diese für die Selbstverteidigung des Landes unnötig sei. „Möge diese Politik verständig sein oder nicht,“ ließ Lord Salisbury sagen, „sie sei die einzig mögliche in England; während seines letzten Ministeriums 1886 bis 1892 habe er sie konstant befolgt.“ Warum sei nun jetzt der Deutsche Kaiser mit der englischen Politik nicht zufrieden? Hierüber sprach sich der englische Botschafter mit Marschall rückhaltlos aus und schloß mit dem nochmaligen Ausdruck des englischen Wunsches, daß zwischen den beiden Ländern gegenseitige freundschaftliche Beziehungen bestehen möchten. Nr. 2779

Seit dem 10. März 1896 war in Italien an Stelle des durch die abessinischen Vorgänge gestürzten Kabinetts Crispi das Kabinett di Rudini mit dem Herzog von Sermoneta als Außenminister am Ruder. Der leitende Gesichtspunkt des neuen Ministeriums war, vor allem militärische Mißerfolge und allzu große finanzielle Opfer in Afrika zu vermeiden. König Humbert sprach dem Botschafter B. v. Bülow die Hoffnung aus, daß die neuen Minister eine Formel finden würden, die Empfindlichkeit des italienischen Nationalgefühls mit der Notwendigkeit des Rückzuges in Erythräa zu versöhnen. Die Fortdauer des Dreibundvertrages in unveränderter Form erklärte di Rudini als selbstverständlich. In Deutschland wünschte man, daß Nr. 2780  
  
Nr. 2781  
  
Nr. 2782

<sup>1)</sup> S. S. 134.

Nr. 2783 Italien Kassala nicht übereilt räumen möge, zumal auch Lord Cromer  
 Nr. 2784 das Verbleiben der Italiener in Kassala wünschte.

Schon im März 1896 hatte der Nachfolger des Generals Baratieri in Erythräa, General Baldissera, Friedensverhandlungen mit Menelik angeknüpft, die sich jedoch im April wieder zerschlugen, da sich der Negus aus Gründen der inneren abessinischen Politik vorderhand auf einen normalen Friedensschluß nicht einlassen wollte.

Inzwischen hatte Rußland sich erboten, eine Sanitätskolonne nach Erythräa zu senden. In Italien und Deutschland mißtraute man diesem auf eine russische Einmischung in die afrikanischen Angelegenheiten hinielenden Wunsche. Man glaubte auch die Abneigung des Negus gegen einen Friedensschluß zum Teil auf französischen und russischen Einfluß zurückführen zu dürfen.

England gegenüber nahm das neue italienische Kabinett eine ruhigere Haltung ein. Rudini ebenso wie der Herzog von Sermoneta erklärten dem deutschen Botschafter, daß sie England gewiß nicht zum Gegner haben, ihm aber auch nicht die Kastanien aus dem Feuer holen oder sich von ihm vorschieben oder ausbeuten lassen möchten.

Ein Gegenstand besonderer italienischer Sorge war in dieser Zeit die Freilassung der zahlreichen von den Abessiniern gemachten Gefangenen. Die russische Regierung bot ihre freundschaftliche Vermittlung an. In Italien glaubte man, die Freilassung der Gefangenen eher durch englische Vermittlung erreichen zu können. In diesem Zusammenhange kam das Gerücht auf, die Italiener wünschten Kassala an England abzutreten. Die Friedensverhandlungen mit dem Negus kamen nicht recht von der Stelle. Als Menelik Ende August eine genaue Darstellung des italienisch-abessinischen Verhältnisses dem Deutschen Kaiser übersandte, ließ dieser eine Übersetzung des Schreibens der italienischen Regierung vorlegen. Aus dem Schreiben Meneliks ging hauptsächlich hervor, daß er die Unabhängigkeit Abessiniens anerkannt und gewährleistet wissen wollte, ein Wunsch, auf den einzugehen man auch in Italien bereit war. Die Abessinier wollten indes die italienischen Gefangenen nicht eher herausgeben, ehe sie zu einem günstigen Friedensvertrage gelangt waren.

Am liebsten hätte damals der italienische Ministerpräsident Afrika ganz aufgegeben. Italien sei zu arm und schwach, sagte Rudini im Oktober 1896 zum Botschafter B. v. Bülow, um Kolonialpolitik treiben zu können. Solange Italien Kolonien habe, werde es nie an ehrgeizigen Offizieren fehlen, die trachten würden, dort Lorbeeren zu erwerben. Jedes Engagement ziehe ein anderes nach sich und erfordere neue Opfer an Menschen und Geld. Die Truppensendungen nach Afrika ruinierten nicht nur die italienischen Finanzen, sondern desorganisierten auch die italienische Armee. Die Regierung müsse aber in dieser wie in mancher anderen Frage einstweilen lavieren.

Am 26. Oktober 1896 erfolgte der Friedensschluß. Kaiser Wilhelm II. war der erste, der seinem Verbündeten telegraphisch seine Glückwünsche hierzu aussprach. In Italien glaubte man, daß der Friedensschluß die Stellung des Kabinetts nicht unerheblich befestigen werde, denn letzteres habe alles erreicht, was unter den Nr. 2795 obwaltenden Umständen zu erhoffen gewesen wäre.

## Kapitel 69

### Stillschweigende Erneuerung des Dreibundvertrags 1896

Schon im Februar 1895<sup>1)</sup> tauchten italienischerseits Wünsche auf, den im Jahre 1896 ablaufenden Dreibundvertrag durch Hinzu- Nr. 2796 ziehung Rumäniens und auch Spaniens zu erweitern. In Übereinstimmung mit dem Auswärtigen Amt entzog sich der deutsche Botschafter B. v. Bülow jeder Besprechung über eine derartige Erweite- Nr. 2797 rung des Vertrages.

Ein Jahr später nahmen die italienischen Staatsmänner die Frage aufs neue auf und bezeichneten es als wünschenswert, daß bei einer Erneuerung des Dreibundvertrages Österreich-Ungarn im Mittelmeer, Nr. 2798 Deutschland im Orient weitere Verpflichtungen als bisher übernehmen. Bülow erwiderte sofort, daß diese Zumutungen unmöglich seien; der Hauptzweck jedes Vertrages sei, für eine gegebene Zeit eine sichere Grundlage zu gewähren; dieser Zweck werde illusorisch gemacht, wollte man unablässig, noch in der festgesetzten Vertragszeit, über mögliche Änderungen und Neuerungen beraten. Dieser Standpunkt wurde vom Reichskanzler Fürsten v. Hohenlohe unter ausdrücklichem Hinweise darauf gebilligt, daß Deutschlands Dreibundfreunde, wenn Nr. 2799 sie sicher auf die deutsche Unterstützung rechnen könnten, eine gesteigerte Unternehmungslust betätigen würden. Das Ziel des Dreibundes sah er darin, daß er im festen Zusammenschluß in sich und Nr. 2800 mit freier Hand nach außen — also in der bisherigen Rolle Englands — die Ereignisse ruhig abwarten sollte.

Nach dem schweren Rückschlage von Adua<sup>2)</sup> mäßigten die italienischen Staatsmänner ihre Ansprüche. Eine Mitteilung der italienischen Regierung, die der Botschafter Graf Lanza am 30. März 1896 in Berlin überreichte<sup>3)</sup>, besagte nur noch, daß die italienische Re- Nr. 2801

<sup>1)</sup> Vgl. die synchronistische Zusammenstellung, S. 198/199.

<sup>2)</sup> S. o. S. 134.

<sup>3)</sup> Deutsche Übersetzung siehe S. 259.

gierung für den Fall einer stillschweigenden Weiterverlängerung des Dreibundvertrages daran erinnern zu müssen glaube, daß die im Mai 1882 in bezug auf England ausgewechselten Ministererklärungen<sup>1)</sup> für dieselbe Dauer wie der Dreibundvertrag in Kraft bleiben sollten. Die italienische Regierung bat, ihr diese Auffassung zu bestätigen.

- Nr. 2802 Der Dreibund sollte also in keinem Falle als gegen England gerichtet angesehen werden. Deutschland lehnte aber eine zusätzliche Erklärung ab, durch die Italiens Stellung zu England nicht günstiger gestaltet werden könnte, als sie schon war, während Deutschlands und Italiens Beziehungen zu Rußland sich dadurch verschlechtern
- Nr. 2803 konnten. Nunmehr erklärten auch Rudini und der Herzog von Sermoneta, daß sie sich von der Nützlichkeit der Fortdauer des Dreibundvertrages in unveränderter Form überzeugt hätten. Immer wieder
- Nr. 2804 aber wies man in Rom darauf hin, daß Italien wegen seiner langgestreckten Küsten unmöglich gegen ein mit England verbündetes Frankreich kämpfen könne. Über die wirkliche Bedeutung der schon erwähnten Abmachung von 1882 fand dann deutscherseits noch ein
- Nr. 2805. Gedanken Austausch mit der österreichischen Regierung statt.

- Nr. 2806  
Nr. 2807 Am 28. April übergab Graf Lanza dem Staatssekretär Frhrn. v. Marschall einen Schriftsatz<sup>2)</sup>, in dem nochmals ausgeführt wurde, daß Italien sich eintretendenfalls in der völligen Unmöglichkeit befinden würde, und zwar wegen seiner geographischen Lage, mit seinen Verbündeten an einem Kampfe gegen die beiden beträchtlichsten Seemächte der Welt teilzunehmen; kein Ministerium Italiens vermöchte die Verantwortung zu übernehmen, das Land in einen solchen Krieg hineinzuziehen. Das Auswärtige Amt bestätigte am 29. April den italienischen Schriftsatz<sup>3)</sup> unter Hinweis darauf, daß die deutsche Regierung den italienischen Ausführungen nicht die Eigenschaft einer Auslegung des Dreibundvertrages beizulegen vermöge. In Rom fand man sich damit ab.

- Nr. 2809 Am 16. Mai 1896 verstrich der Termin, bis zu dem Italien den Dreibundvertrag hätte kündigen müssen. Von diesem Tage an bestand also der Vertrag auf weitere sechs Jahre zu Recht, ohne daß ausdrücklich ausgemacht worden wäre, daß der einfache Hinzutritt Englands zu den Feinden des Dreibundes diesen für Italien unverbindlich machen würde. Als in einer Sitzung der italienischen Deputiertenkammer am
- Nr. 2810 1. Juli der Marquis di Rudini eine Äußerung hatte fallen lassen, wonach er die Dreibundabmachungen zu verbessern beabsichtige,
- Nr. 2811 erklärte er auf Anfrage des Botschafters B. v. Bülow, seine Äußerung

<sup>1)</sup> Vgl. Wegweiser Band 1, S. 89/90.

<sup>2)</sup> Deutsche Übersetzung siehe S. 260.

<sup>3)</sup> Deutsche Übersetzung siehe S. 260/261.

sei mißverstanden worden und nur eine Erwiderung auf ihm gemachte Vorwürfe gewesen, daß er zweimal die Gelegenheit habe verstreichen lassen, den Vertrag zu verbessern. Er erblicke im Dreibund die Grundlage der italienischen Politik und eine absolute Notwendigkeit für Italien.

Auch der im Juli 1896 das italienische Ministerium übernehmende Visconti Venosta machte sich diesen Standpunkt zu eigen, wenn auch die Beziehungen zu Rußland und Frankreich sorgfältiger gepflegt werden sollten, als dies in Italien bisher geschehen sei. Da der Dreibund ein Bund zur Erhaltung des Friedens sei, so hindere er nicht, auch mit anderen Mächten freundliche Beziehungen zu pflegen.

## Anhang A

### Der Dreibund und das Italienisch-Französische Verhältnis 1896

In den Dokumenten Nr. 2815—2824 sind Belegstücke für die Beurteilung der Beziehungen zwischen Italien und Frankreich in den Jahren 1895 und 1896 zusammengestellt.

Diese Dokumente bilden eine wesentliche Ergänzung der Kapitel 67 und 68. Es zeigt sich in ihnen, daß Italien ein freundliches Neben-einanderleben mit Frankreich für ausgeschlossen hielt, solange es zum Dreibunde gehörte. In kommerzieller Beziehung suchte es sich mit Frankreich sowohl über den tunesischen Handelsvertrag wie über die Abgrenzung der gegenseitigen Machtsphäre in Nordostafrika zu verständigen. Das italienische Kabinett hatte aber Veranlassung, sich über eine so ablehnende Haltung Frankreichs zu beklagen, daß ein weiteres Entgegenkommen zwecklos erschien. Die französisch-italienischen Beziehungen verblieben „im Zustande latenter Feindseligkeit“, wie Baron Blanc am 1. Februar 1896 dem italienischen Botschafter in Paris, Grafen Tornielli, schrieb.

Nach dem Sturze Crispis schien Frankreich einzulenken. Rudini betonte den Wunsch, die Verschärfung in den Beziehungen zu Frankreich durch eine möglichst vorsichtige und versöhnliche Haltung, sowie durch Zugeständnisse in Einzelfragen zu mildern. Solche waren besonders auf handelspolitischem Gebiete vorhanden. Man wünschte in Rom vor allem das Aufhören des französisch-italienischen Zollkrieges.

Die öffentliche Meinung Italiens wandte sich damals schon unverkennbar vom Dreibunde ab. Zwar hielten die italienischen Minister an ihm ebenso fest wie ihre Vorgänger, aber sie wünschten doch, durch den Dreibund nicht an „normalen“ Beziehungen zu anderen Mächten verhindert zu werden. Deutscherseits richtete man alles Augenmerk darauf, Italien zu zeigen, daß es nur bei unzweideutigem Festhalten am Dreibunde seine Zukunft wahren werde.

## Anhang B

**Die Verlängerung des Rumänischen Vertrages 1896 bis 1899**

Durch Akzessionserklärungen vom 11./23. November 1892 war Deutschland dem Bündnisvertrage beigetreten, den Österreich-Ungarn und Rumänien am 13./25. Juli 1892 geschlossen hatten<sup>1)</sup>. Dieser Bündnisvertrag lief nach Artikel 5 vier Jahre, also bis zum Juli 1896.

Nr. 2825 Rumänien wünschte nunmehr eine Verlängerung des Geheimvertrages um drei Jahre. Die Unterzeichnung des Protokolls sollte  
 Nr. 2826 während der Anwesenheit des Kaisers Franz Joseph in Bukarest am 28. September 1896 erfolgen.

Das deutsche Auswärtige Amt wünschte alles zu vermeiden, was  
 Nr. 2827 eine unmittelbare Einbeziehung Rumäniens in den Dreibundvertrag zur Folge gehabt haben würde, da es eine Verschlechterung der Beziehungen zu Rußland und ein weiteres Hindrängen Rußlands zu  
 Nr. 2828 Frankreich daraus befürchtete. Man fand den Ausweg, von der Tatsache der Verlängerung nur Kenntnis zu nehmen und den Beitritt, der erst im August 1899 ausgesprochen werden mußte, bis dahin zu verschieben. In Rumänien war man mit einem Aufschub einverstanden.

Nr. 2829 Die Dokumente Nr. 2830—2832 zeigen, daß Deutschland sich von  
 Nr. 2830—  
 2832 seinem Standpunkte nicht hat abbringen lassen.

## Anhang C

**Sturdzas Berliner Mission 1896/1897**

Schon 1888 hatte der damalige rumänische Ministerpräsident Sturdza dem Fürsten Bismarck anlässlich eines Besuches in Berlin den Wunsch ausgesprochen, ein Gutachten des preußischen Generalstabes über die Befestigungen von Fokschani zu erhalten. Damals fand eine Unterredung zwischen Moltke und Sturdza statt. Anfang Dezember 1896 war Sturdza zurückgetreten, blieb aber in naher Fühlung mit dem neuen Ministerium und übernahm als dessen Vertrauensmann Ende Dezember 1896 eine Mission nach Wien und Berlin. Er sollte in Berlin eine Rücksprache mit dem Chef des Generalstabes, Grafen  
 Nr. 2833 Schlieffen, über rumänische Landesverteidigungsfragen herbeizuführen suchen.

Nr. 2834 In Berlin hatte man wenig Neigung, sich in derartige innere Verhältnisse Rumäniens allzusehr hineinziehen zu lassen und verwies Sturdza hauptsächlich auf Verhandlungen mit Österreich-Ungarn. Die Mitteilungen, die Sturdza dem Grafen Schlieffen machte, erfüllten  
 Nr. 2835 diesen mit gewissen Bedenken gegen die österreichischen Mobilisierungsvorbereitungen. Auf gemeinsame deutsch-österreichisch-  
 Nr. 2836 rumänische Beratungen militärischer Verhältnisse wünschte man aber in Berlin nicht einzugehen.

<sup>1)</sup> Vgl. Nr. 1487. Deutscher Wortlaut siehe S. 233/234.

## Kapitel 70

## Deutsch-Französische Beziehungen

### Ein Annäherungsversuch Hanotaux'?

Am 22. Juni 1896 erschien bei dem Berliner Korrespondenten der „Kölnischen Zeitung“, Arthur v. Huhn, der während der Amtszeit Nr. 2837 des Botschafters Fürsten v. Hohenlohe jahrelang in Paris gelebt hatte, ein früherer Korrespondent des Pariser „Matin“, um mit ihm die Möglichkeit einer Verbesserung der deutsch-französischen Beziehungen Nr. 2838 auf privatem Wege und durch Vermittlung Huhns zu besprechen. Dieser setzte sich sofort mit maßgebenden Persönlichkeiten in Verbindung, die aber der Ansicht waren, daß eine Änderung der deutsch-französischen Beziehungen auf dem Wege privater Besprechungen nicht zu erhoffen sei, zumal Frankreich Deutschland in der Transvaalfrage im Stich gelassen habe.

Kurze Zeit darauf bot sich für Deutschland Gelegenheit, Frankreich einen Dienst zu erweisen. Das französische Schiff „General Chanzy“ wurde durch den Kreuzer „Gefion“ aus Seenot gerettet. Kaiser Wilhelm II. teilte diese Tatsache dem Präsidenten Faure mit, Nr. 2839 und dieser dankte telegraphisch.

Am 24. Juli 1896 meldete Graf Hatzfeldt aus London, daß der Nr. 2840 dortige französische Botschafter de Courcel sein Möglichstes tue, um ihn von der Notwendigkeit des Zusammengehens zwischen Frankreich und Deutschland in einzelnen Fragen zu überzeugen. Auch in Kopenhagen war von französischen Wünschen nach einer derartigen An- Nr. 2841 näherung die Rede.

Im September 1896 wurde Herr v. Huhn von dem französischen Nr. 2842 Korrespondenten Morre nochmals in gleichem Sinne in Anspruch genommen. Morre schlug ihm vor, nach Kopenhagen zu kommen, wo er mit einem hierzu ermächtigten Vertrauensmanne der französischen Regierung in Verbindung gesetzt werden solle. Huhn ging darauf ein und reiste in Begleitung von Morre nach Kopenhagen, wo er den in verschiedene politische Geschäfte verwickelten bekannten Julius Hansen traf, der nach 1866 als dänischer Agent im Interesse der Nordschleswiger in Paris tätig gewesen war. Zur Zeit Gambettas war er als Franzose naturalisiert worden und als Botschaftsrat in französische Dienste getreten. In dieser Eigenschaft hatte er auf verschiedenen Gebieten gegen Deutschland gewirkt und erzählte auch, daß zwischen Rußland und Frankreich tatsächlich militärische Vereinbarungen unterzeichnet worden seien<sup>1)</sup>. Früher sei er ein ent-

<sup>1)</sup> Vgl. B. Schwertfeger, Zur europäischen Politik. Band V, „Revanche-Idee und Panslawismus“. Bearbeitet von Dr. Wilhelm Köhler, S. 27, Anm. 2, S. 121 ff. u. a. a. O. (Band I der im Druck befindlichen neuen Ausgabe.)

schlossener Anhänger des Revanchegedankens gewesen, jetzt aber hielten alle verständigen und zurechnungsfähigen Leute in Frankreich einen solchen Krieg für unmöglich. Die persönliche Haltung Kaiser Wilhelms II. lasse die Hoffnung berechtigt erscheinen, daß französische Annäherungsversuche an Deutschland dort Verständnis und guten Willen finden würden. Hanotaux habe ihn beauftragt, in privater Weise Mittel und Wege ausfindig zu machen, wie man sich Deutschland nähern könne. Er müsse aber mit großer Vorsicht vorgehen.

Nr. 2843 Hansen schlug vor, der Botschafter Graf Münster möge ermächtigt werden, von sich aus ein entgegenkommendes Wort zu Hanotaux zu sprechen. Dann dürfe Frankreich vielleicht auf die diplomatische Unterstützung durch Deutschland in Mittelmeerfragen rechnen, und Frankreich könne Elsaß-Lothringen vergessen. In diesem Sinne hatte sich Hanotaux auch einem russischen Journalisten gegenüber ausgesprochen.

Nr. 2844 Wenn Kaiser Wilhelm II. auch persönlich geneigt war, jeden ernstlichen Versuch des Ministers Hanotaux zu ermutigen, so begnügte man doch in Berlin diesen französischen Sondierungen mit einem gewissen gebotenen Mißtrauen. „Dadurch wird unsere politische Haltung vorgezeichnet:“ schrieb Reichskanzler Fürst v. Hohenlohe am 8. Dezember 1896 an den deutschen Botschafter in Petersburg, Fürsten v. Radolin, „Wir setzen der Vorsicht Vorsicht entgegen.“

## Kapitel 71

### Das Deutsch-Russische Verhältnis und die Französisch-Russische Allianz Zarenbesuche in Deutschland und Frankreich

Nr. 2845 Das Jahr 1896 war für die Entwicklung der russisch-französischen Beziehungen insofern von besonderer Wichtigkeit, als im Frühjahr die russische Regierung — anscheinend zum ersten Male — die inneren Verhältnisse der französischen Republik, so z. B. die Wahl des Ministers des Auswärtigen, unmittelbar zu beeinflussen suchte. Man war in Petersburg nicht damit einverstanden, daß das Pariser Kabinett Neigung zeigte, sich mit London über Ägypten zu verständigen. Fürst Lobanow empfand mit Mißvergnügen die Unsicherheit der französischen Regierung. Der junge Zar galt als friedlich gesinnt, aber schwach und fremden Einwirkungen zugänglich.

Nr. 2846 Tatsächlich scheint Rußland bei der Beseitigung des Kabinetts Bourgeois unmittelbar die Hand im Spiele gehabt zu haben. Am Nr. 2847 23. April 1896 wurde dieses von der Kammer gestürzt, und Hanotaux

trat als Minister des Äußeren in das neue Kabinett Méline ein. Da er sich zum Grafen Münster in dem Sinne äußerte, Frankreich habe an der Meerengenfrage besonderes Interesse, so rechnete man deutscherseits vorübergehend mit einer Gruppierung der Großmächte nach Art der alten Krimkriegsgruppe, d. h. Englands, Italiens, Österreichs und Frankreichs gemeinsam gegen Rußland, ohne diese Gruppierung etwa als nahe bevorstehend anzusehen. Nr. 2849

Von besonderem Interesse sind die politischen Vorgänge vom Frühjahr 1896 ab für die Beurteilung der damaligen Beziehungen zwischen Frankreich und Rußland, und für die Frage, was man in Deutschland über die Existenz des Zweibundes damals tatsächlich gewußt hat.

Auffälliger Weise vertrat Graf Münster nach wie vor den Standpunkt, daß eine geschriebene Abmachung, also eine tatsächliche Allianz zwischen den beiden Mächten nicht vorhanden sei. Dabei war wiederholt von anderer Seite betont worden, daß eine derartige Allianz bestehen müsse. Auch in den schon erwähnten — im September 1896, also einige Monate später niedergeschriebenen — Aufzeichnungen des Herrn v. Huhn<sup>1)</sup> war davon die Rede, es sei tatsächlich ein schriftlicher Vertrag — allerdings rein defensiven Charakters — abgeschlossen worden, und ihm wären später zwischen beiden Mächten schriftliche militärische Vereinbarungen gefolgt. In gleichem Sinne berichtete Botschafter Fürst v. Radolin am 14. Mai 1896, daß nach Aussage eines Gewährsmannes bereits seit zwei Jahren eine geheime Militärkonvention zwischen Paris und Petersburg bestehe, die angeblich durch den franzosenfreundlichen General Obrutschew zustande gekommen sei. Die Haltung der Kaiserin-Witve von Rußland Frankreich gegenüber bewies gleichfalls alles andere als deutschfreundliche Neigungen. Nr. 2850

Nunmehr setzte die persönliche Politik Kaiser Wilhelms II. in dem Sinne ein, die Beziehungen zu Rußland im Interesse der Erhaltung des Weltfriedens noch weiter zu verbessern. Den ersten greifbaren Anlaß dazu bildete die Krönung des Zarenpaares in Moskau am 26. Mai 1896, zu der als Vertreter des Kaisers Prinz Heinrich entsandt wurde. Er überbrachte dem Zaren ein freundschaftlich gehaltenes Glückwunschschreiben, auf das dieser am 25. Mai 1896 unter Betonung der nahen Freundschaftsbeziehungen zwischen beiden Häusern erwiderte<sup>2)</sup>. Nr. 2851

In Paris wurde die Moskauer Krönung gefeiert, als ob der Zar gleichzeitig französischer Kaiser und Frankreich durch Personalunion mit Rußland verbunden wäre. Es war kaum richtig beobachtet, wenn Graf Münster am 3. Juli 1896 berichtete, durch die Krönungsfeste in Moskau sei das Band zwischen Frankreich und Rußland nicht fester Nr. 2852

<sup>1)</sup> Vgl. oben Nr. 2842, S. 141.

<sup>2)</sup> Deutscher Wortlaut des Zarenbriefes siehe S. 261.

geschlungen, sondern gelockert worden, denn die Franzosen sähen immer mehr ein, daß die Russen sie ausnutzten, und daß die Aussicht, Rußland werde Frankreich zur Eroberung von Elsaß-Lothringen verhelfen, immer unwahrscheinlicher werde.

Die Begeisterung des französischen Volkes für den Zweibund wurde jedenfalls noch im Sommer 1896 durch die Nachricht ins Ungemessene gesteigert, daß das russische Kaiserpaar im Anschluß an seine Antrittsbesuche in Wien, Deutschland, England, anfangs Oktober 1896 für mehrere Tage nach Frankreich kommen werde. Noch am  
 Nr. 2855 21. Juli 1896 führte Graf Münster aus, daß die etwaige Aufgabe der Zarenreise für die zukünftige politische Lage Frankreichs großen Einfluß haben und daß sie für Deutschland nur günstig wirken könne. Aber auch in diesem Falle durfte Deutschland nicht darauf rechnen,  
 Nr. 2856 daß die Russen jemals ihre Westgrenze entblößen oder dem Zusammengehen mit Frankreich entsagen würden.

Auf der Reise von Wien nach Kiew war am 30. August 1896 der russische Außenminister, Fürst Lobanow, gestorben. Mit ihm ging  
 Nr. 2857 nach einem Petersburger Berichte des Geschäftsträgers v. Tschirschky der überzeugteste Anhänger der russisch-französischen Entente dahin. Sein Nachfolger wurde vorübergehend Schischkin, an dessen Stelle am 13. Januar 1897 Graf Murawiew zum Verweser des russischen Ministeriums des Äußeren ernannt wurde. Als am 5. September 1896 das russische Kaiserpaar zum Besuche des anlässlich des Kaisermanövers in Schlesien weilenden deutschen Kaiserpaares in Breslau eintraf, befand sich in seiner Begleitung auch Schischkin, und besprach mit dem deutschen Staatsmännern die politischen Fragen. Der Hauptnachdruck wurde dabei auf die wirtschaftlichen Erörterungen gelegt und die Frage geprüft, wie sich die europäischen Mächte gegen die amerikanischen Absichten wehren könnten, Europa für den Absatz seiner Waren die unbeschränkte Meistbegünstigung zu versagen.

Auf der Reise von Görlitz nach Kopenhagen weilte das Zarenpaar am 7. und 8. September 1896 in Kiel, wo der Zar der deutschen Flotte einen Besuch abstattete, nachdem ihn Kaiser Wilhelm II. am 5. September zum Admiral à la suite der deutschen Marine ernannt hatte. Die Dokumente Nr. 2859 und 2860<sup>1)</sup> zeigen den freundschaftlichen Gedankenaustausch der Monarchen in Ausdrücken, die über die bei solchen Anlässen herkömmlichen Beteuerungen zweifellos hinausgingen. Der Kaiser war über den Zarenbesuch in Schlesien sehr erfreut und hatte seinen Gast dazu veranlaßt, bei seinem Besuche in Paris den Gedanken zu vertreten, daß der Deutsche Kaiser bereit sei, mit Frankreich zur Verteidigung des europäischen Kontinents Hand in Hand zu gehen. Gemeint war dabei die Zusammenfassung der euro-

<sup>1)</sup> Deutscher Wortlaut der ausgetauschten Telegramme siehe S. 261/262.

päischen Mächte zum Kampfe gegen die von Amerika drohenden Handelsmaßnahmen. Auch mit dem Reichskanzler Fürsten v. Hohenlohe hatte der Zar in Breslau hierüber gesprochen und den Fürsten Nr. 2862 gefragt, ob er Bedenken gegen den Zarenbesuch in Paris hege. Es erfreute ihn, als Hohenlohe erwiderte, daß ihm der Besuch in Paris unausweichlich erscheine. Bei den vorbereitenden Erörterungen der französischen Festlichkeiten nahm der Zar persönlich eine ganze Nr. 2863 Reihe von Änderungen und Einschränkungen vor.

Das große Ereignis des Zarenbesuches in Frankreich ging programmäßig vonstatten. Am 5. Oktober landete das Kaiserpaar in Cherbourg, weilte vom 6. bis 8. Oktober in Paris und wohnte am 9. Oktober der großen Parade des II., VI. und VII. Armeekorps in Châlons bei.

Der spöttisch ablehnende Bericht des Grafen Münster vom 3. Oktober 1896 wird der wirklichen Bedeutung dieser Festlichkeiten, Nr. 2864 besonders im Hinblick auf die so leicht zu beeinflussende französische Psyche, kaum hinreichend gerecht. Graf Münster betrachtete den Besuch des Zaren als eine Kanossareise und gab der Hoffnung Ausdruck, daß die unnatürliche Allianz, bei der Rußland allein gewinne, den Franzosen immer unbegründeter erscheinen werde.

Schärfer beurteilte die Lage Graf Goluchowski, der sich dahin Nr. 2865 äußerte, es komme nach seiner Meinung gar nicht darauf an, ob ein Vertrag zwischen Frankreich und Rußland bestehe; die Tatsache sei unumstößlich, daß beide Länder zusammengehen würden, solange die bestehenden Verhältnisse in Europa erhalten blieben. Graf Münster dagegen hielt es für gleichgültig, ob ein Allianzvertrag existierte oder Nr. 2866 nicht, da es jedenfalls nur ein Defensivvertrag sein würde, und Deutschland ja nicht daran denke, Rußland oder Frankreich anzugreifen. Er erkannte in seinen ausführlichen Berichten über die Feierlichkeiten in Frankreich an, daß die Bevölkerung sich musterhaft benommen hatte, und daß chauvinistische Kundgebungen unterblieben waren. Als er am 10. Oktober über die Revue in Châlons berichtete, erwähnt Nr. 2867 er zum ersten Male die Verwendung des von den Franzosen erfundenen neuen Wortes „duplice“ (Zweibund). Wenn auch das Wort „alliance“ in den offiziellen Reden gefehlt habe und umschrieben worden sei, so existiere eine solche aber doch, und Deutschland habe damit zu rechnen.

Im Herbst 1896 ergab sich aus einer Reise des russischen Kaiserpaares nach Darmstadt eine neue Begegnung der Monarchen, am 19. Oktober in Darmstadt und am 20. in Wiesbaden, die beide günstig verliefen. Der Zar teilte mit, daß er in Paris über den von Kaiser Wilhelm II. angeregten Zusammenschluß der Kontinentalmächte gegen Amerika ausführlich gesprochen und großes Interesse dafür gefunden Nr. 2868 habe. Er wünsche nunmehr mit Deutschland in einen regelrechten Notenaustausch über diese Fragen zu treten. Das schien um so er-

freulicher, als auch Graf Goluchowski diesem Gedanken lebhaft zustimmte. Als eine Auswirkung der Annäherung der Monarchen darf es bezeichnet werden, daß der im Sommer 1896 zwischen Rußland und Deutschland entstandene „Zollkrieg“ durch eine Konferenz in Berlin schnell beigelegt werden konnte.

Nr. 2870

Nr. 2869,  
2871

Die Dokumente Nr. 2869 und 2871 vermitteln uns nochmals zusammenfassend die Urteile über den Zarenbesuch in Frankreich.

Am 24. Oktober 1896 erschien in den „Hamburger Nachrichten“ der berühmte Artikel „Fürst Bismarck und Rußland“ und enthüllte das bisher sorgfältig gehütete Geheimnis des sogenannten Rückversicherungsvertrages und seiner Nichterneuerung im Jahre 1890. Kurz darauf teilte ein Korrespondent des „Daily Telegraph“ im Berliner Auswärtigen Amt mit, er habe eine Information erhalten, wonach der Deutsche Kaiser vom Zaren Verpflichtungen gegenüber etwaigen französischen Revanchegehlüsten verlangt habe. Der Zar habe dieses Ansinnen höflich, aber bestimmt abgelehnt. Der Ursprung dieser Information sollte auf dieselbe Quelle zurückgehen, von der auch die jüngsten Enthüllungen der „Hamburger Nachrichten“ stammten. Wir ersehen aus den Dokumenten Nr. 2873 und 2878, welchen peinlichen Eindruck die Bismarckschen Enthüllungen damals in Rußland gemacht haben.

Nr. 2872

Nr. 2873,  
2878

Von großem Wert für die Beurteilung der deutsch-französischen Beziehungen ist ein ausführlicher, in dem Aktenwerk nicht in ganzem Umfange mitgeteilter Bericht des Militärattachés in Paris, Oberstleutnants v. Schwartzkoppen. Er gab eine ausführliche Herleitung des Revanchegedankens in Frankreich und erwähnte, daß es in den 1894 an der französischen Kriegsakademie gehaltenen Vorträgen über den Krieg von 1870/71 geheißen habe: „Unsere Unglücksfälle haben eine vollständige Umformung unserer militärischen, politischen und sozialen Organisation herbeigeführt; zwei in hervorragendstem Sinne französische Provinzen sind in den Händen des Auslandes geblieben, und es ist unsere Pflicht, sie, koste es, was es wolle, von dem Joche des Unterdrückers zu befreien. Elsaß und Lothringen erwarten ihre Befreiung. Arbeiten wir unablässig an unserer Vervollkommnung: die Sieger von gestern werden vielleicht die Besiegten von morgen sein!“ Die allernächste Zukunft sah Oberstleutnant v. Schwartzkoppen nicht als bedrohlich an; Deutschland werde aber gut tun, sich über die Absichten und Ziele des russisch-französischen Bündnisses keine Illusionen zu machen.

Nr. 2874

Nr. 2875,  
2876

Von jeder Erörterung der elsäß-lothringischen Frage während des Zarenbesuches hatten die Franzosen vorsichtig abgesehen.

1) Französischer Wortlaut siehe Band XI, S. 378.

Deutschlands Dreibundgenossen fühlten sich durch die Vorgänge in Frankreich einigermaßen bedrückt. „Rußland“, sagte Graf Nigra Nr. 2877 in Wien zu dem deutschen Geschäftsträger, „verfügt augenblicklich über zwei Armeen, zwei Marinen, zwei Diplomatien und zwei Börsen!“ Italiens Lage sei schwierig, da es von Frankreich wegen seiner Zugehörigkeit zum Dreibunde schlecht behandelt werde.

Als in Rußland im Anschluß an die Enthüllungen der „Hamburger Nachrichten“ die elsäß-lothringische Frage verschiedentlich erörtert Nr. 2878 wurde, ließ das Auswärtige Amt darum bitten, diesen Erörterungen Nr. 2879 entgegenzutreten. Das war schwierig, da die russische Presse über die inneren Fragen nichts schreiben durfte und dafür gewissermaßen Nr. 2880 als Sicherheitsventil für die öffentliche Meinung eine größere Freiheit für die Erörterung auswärtiger Fragen erhielt.

Auffallend wirkt in den mitgeteilten Dokumenten die ungünstige Schilderung, die Kaiser Wilhelm II. dem englischen Botschafter, Sir Frank Lascelles, am Geburtstage der Kaiserin Friedrich — 21. November 1896 — von dem Charakter des Zaren entwarf, der, obwohl von den besten Intentionen beseelt, jedes Rückgrats ermangele und Nr. 2881 unstät umherschwanke.

Auch Kaiser Franz Joseph äußerte in dieser Beziehung schwere Besorgnisse. Die immer mehr hervortretende Willensschwäche des Nr. 2882 Zaren erwecke die Befürchtung, daß trotz seines zweifellos vorhandenen Bestrebens, den Frieden zu wahren, und mit sämtlichen Mächten in freundschaftlichen Beziehungen zu bleiben, der junge Kaiser durch die Verhältnisse unter Umständen und gewiß gegen seinen Willen in kriegerische Verwicklungen hineingetrieben werden könnte, wenn irgendein kräftigerer Wille als der seinige es verstünde, die Leidenschaften im Volke zu wecken, um ungestüm das Programm der sogenannten russischen Patrioten auszuführen und den Kaiser mit fortzureißen. Es würde dann fraglich sein, ob Kaiser Nikolaus imstande wäre, der gewaltigen Strömung zu widerstehen. Darin erblickte der Kaiser von Österreich die Hauptgefahr für den Weltfrieden, zumal bei den Russen der Gedanke immer stärker werde, Rußland sei berufen, die Welt zu beherrschen. Er fürchtete eine Schwächung des Dreibundes. Die Hamburger Enthüllungen hatten in der Doppelmonarchie einen überaus deprimierenden Eindruck gemacht.

Die Befürchtungen des Kaisers Franz Joseph sind durch die Vorgänge bei Ausbruch des Weltkrieges zum Unglück der Welt überraschend bestätigt worden.



Alte und neue Balkanhändel 1896—1899

Der zwölfte Band des Aktenwerkes

Erste Hälfte

---

## Inhaltsübersicht

des 12. Bandes

Erste Hälfte

KAPITEL 72

Ein Vorspiel der Reformfrage 1896. Dokumente Nr. 2883—2890 . . . . . 151

KAPITEL 73

Die Armenische Frage und die Mächte 1896. Dokumente Nr. 2891—2913 151

KAPITEL 74

Die Meerengenfrage und die Mächte 1896—1897. Dokumente Nr. 2914—2942 153

KAPITEL 75

Das Ende der Bulgarischen Frage. Der Dreibund und die Anerkennung  
Fürst Ferdinands 1896. Dokumente Nr. 2943—2960 . . . . . 155

KAPITEL 76

Die Mazedonische Gefahr 1896. Dokumente Nr. 2961—2991 . . . . . 157

KAPITEL 77

Die Kretensischen Wirren und die Mächte 1896. Dokumente Nr. 2992—3063 160

KAPITEL 78

Das Europäische Konzert und die Reformfrage. Die Konstantinopeler Bot-  
schafterkonferenzen 1896—1897. Dokumente Nr. 3064—3113 . . . . . 161

KAPITEL 79

Deutsch-Österreichisch-Russische Erörterungen über das Balkanproblem.  
Das Österreichisch - Russische Balkanabkommen 1897. Dokumente  
Nr. 3114—3131 . . . . . 163

---

## Kapitel 72

### Ein Vorspiel der Reformfrage 1896

Der zwölfte Band „Alte und neue Balkanhändel 1896—1899“ ist mit seinen in zwei gebundene Abteilungen zerfallenden 638 Seiten Text und einem Namensregister der Bände 7—12 der umfangreichste der bisher vorliegenden Bände.

Das 72. Kapitel führt wieder in die Frage der türkischen Reformen<sup>Nr. 2883—2890</sup> zurück<sup>1)</sup> und zeigt die Stellung der Großmächte dazu. Englands Vorschlag, den Sultan gewissermaßen unter europäische Aufsicht zu stellen, fand weder in Rußland noch bei den Dreibundmächten Anklang, da man allgemein England mißtraute. Englands Versuch, die Reformfrage im ganzen aufzurollen, ruhte nun fast dreiviertel Jahre hindurch.

In der öffentlichen Meinung Englands bestand indes dauernd ein erhebliches Interesse an der endlichen Abstellung der armenischen Plagen. Als Ende August 1896 neue Armeniermetzeleien einsetzten, die in England großes Aufsehen machten, sah sich die Regierung zu neuen Schritten genötigt.

## Kapitel 73

### Die Armenische Frage und die Mächte 1896

Schon im Januar 1896 hatten die Botschafter der Großmächte in Konstantinopel durch eine von ihnen eingesetzte Kommission statistische Angaben über die Armenierverfolgungen<sup>Nr. 2891</sup> zusammenstellen lassen. Daraus hatte sich ergeben, daß neben der niederen mohammedanischen Bevölkerung häufig auch die Beamten und die Truppen ihren Anteil an den gegen die Armenier begangenen Schandtaten hatten.

Als im Juni 1896 der aus preußischen Diensten hervorgegangene türkische Marschall Kamphövener Pascha in Berlin weilte, schilderte er dem Reichskanzler die Lage in der Türkei sehr schwarz und sah neue Metzeleien der Armenier voraus. Nach der Ansicht des deutschen Botschafters in Konstantinopel, Frhrn. v. Saurma, beruhte die stille<sup>Nr. 2892</sup>

<sup>1)</sup> Vgl. Kapitel 56.

- Nr. 2893 Duldung dieser Vorgänge durch die türkische Regierung darauf, daß sie in den Armeniern Keime der Auflehnung gegen die Staatsgewalt fürchtete, die unschädlich gemacht werden mußten.
- Nr. 2894 Die zur Verzweiflung getriebenen Armenier gaben am 26. August 1896 selbst Anlaß zu neuen Ausschreitungen schlimmster Art. Einige mit Bomben bewaffnete Armenier hatten gewaltsam die Ottomanbank besetzt. Der deutsche Botschafter meldete, daß die hierdurch wütend gemachten Türken zweifellos ein größeres Blutbad unter den Armeniern anrichten würden.
- Nr. 2895 Kaiser Wilhelm II. verfügte zweimalige tägliche Berichterstattung durch den Botschafter auf telegraphischem Wege. Die daraufhin  
 Nr. 2896—  
 2900 erstatteten Meldungen zeigen den weiteren Verlauf. Etwa 8000 Armenier wurden hingschlachtet, ohne daß die türkischen Truppen und die Polizei hinreichend einschritten. Dabei wurden alle in Konstantinopel weilenden Fremden sorgfältig geschont und in keiner Weise belästigt. Der Bitte des deutschen Botschafters, Kriegsschiffe nach dort zu entsenden, widersetzte sich der Kaiser, da diese unter allen Umständen zu spät kämen und nicht durch die Dardanellen fahren dürften; englische und französische Schiffe seien ja da und würden ausreichen.
- Nr. 2901 Am 29. August 1896 sandten die sechs Botschafter der Großmächte in Konstantinopel ein gemeinsames Telegramm an den Sultan <sup>1)</sup>, in dem sie den Sultan als Staatsoberhaupt inständigst baten, unverzüglich genaue und durchgreifende Befehle zu geben, die geeignet seien, diesem unerhörten Zustande der Dinge unverzüglich ein Ende zu bereiten, der für sein Reich die furchtbarsten Folgen herbeiführen könne. Die Pforte suchte sich zu entschuldigen, was aber die Mißstimmung der Botschafter nicht zu beheben vermochte. Schließlich wendete sich der Sultan in seiner Not an den deutschen Botschafter, indem er betonte, daß er den Deutschen Kaiser als seine feste Stütze betrachte, und weitere Ratschläge erbat. „Mein Botschafter ist nicht dazu da,“ bemerkte der Kaiser hierzu, „dem Sultan sein Reich regieren zu helfen; das soll er füglich dem Großvezir überlassen.“
- Nr. 2902 Die Einsetzung einer aus zehn höheren Militärpersonen bestehenden Untersuchungskommission durch den Sultan, der auch  
 Nr. 2903 Kamphövener Pascha angehörte, schien den guten Willen des Sultans zur Abhilfe zu beweisen. Kamphövener Pascha trat aber alsbald aus,  
 Nr. 2904 da er an dieser „Scheinkomödie“ nicht mitwirken wollte, und stellte  
 Nr. 2905 dem deutschen Botschafter einen ausführlichen Bericht über seine  
 Nr. 2906 Beweggründe zu. Ernstliche Abhilfe wurde seitens der Türkei nicht  
 Nr. 2907 geschaffen, und so klangen die Nachrichten aus Kleinasien schon im  
 Nr. 2908 November 1896 wieder wenig erfreulich. Den Großmächten erschien  
 Nr. 2909 es zweifelhaft, ob der Sultan imstande sein würde, der überhand

1) Deutscher Wortlaut siehe S. 262.

nehmenden Anarchie aus eigenem Antriebe zu steuern. Man glaubte nicht an seinen redlichen Willen, die christliche Bevölkerung in den armenischen Provinzen ernstlich zu schützen. Dagegen sprach auch das Verhalten des Sultans gegenüber der den Armeniern anlässlich ihres letzten Aufstandes in Aussicht gestellten Amnestie, die nur zögernd ausgeführt wurde. Auf Antrag des russischen Botschafters, dem sich seine sämtlichen Kollegen anschlossen, wurden hierüber bei der Pforte Anfang Januar 1897 neue Vorstellungen erhoben, die in der Forderung gipfelten<sup>1)</sup>, allen Behörden Weisungen zur sofortigen Befreiung der festgehaltenen Armenier, zu deren Gunsten die Amnestie verkündet sei, zu erteilen.

## Kapitel 74

### Die Meerengenfrage und die Mächte 1896—1897

Die Dokumente des 74. Kapitels, das die Stellung der Mächte zur Meerengenfrage während der Jahre 1896 und 1897 behandelt, stehen im engsten Zusammenhange mit den armenischen Vorgängen, die im 73. Kapitel geschildert sind. Es empfiehlt sich, überall den zeitlichen Zusammenhang mit den dort gegebenen Aktenstücken herzustellen.

Im Gegensatz zum 73. Kapitel, in dem die Aufeinanderfolge der Aktenstücke den Ablauf einer geschichtlichen Handlung ergibt, behandeln die Dokumente Nr. 2914—2942 nur theoretische Erwägungen und zeigen uns die Stellung der Großmächte zu dem von ihnen allen gefürchteten Problem der eines Tages kommenden Aufteilung der Türkei. Wie würde sich Rußland, das traditionell nach dem Bosphorus strebte, wie England, das an der Dardanellenfrage immer auf das höchste interessiert gewesen war, wie schließlich Österreich dazu stellen, das auf dem Balkan sein Hauptaktionsgebiet erblickte? Wie mußte schließlich die Entrollung der Meerengenfrage auf die erst in zweiter Linie interessierten Mächte, insbesondere auf Deutschland, auf Frankreich und Italien zurückwirken?

Für die deutsche Politik stand von vornherein fest, daß die Mächte alles vermeiden sollten, was den Zerfall der Türkei beschleunigen könnte; war aber der Zerfall nicht aufzuhalten, so wollte man — nach Marschalls Auffassung — wenn möglich die Balkanvölker unter sich kämpfen und Rußland unbehindert ins Mittelmeer gelangen lassen. Immer war der feste Zusammenhalt der deutsch-österreichischen Gruppe Vorausbedingung.

In Österreich war man entschlossen, die Besetzung Konstantinopels durch die Russen nicht zu dulden. Bedenken erregte dort nur die

<sup>1)</sup> Deutscher Wortlaut siehe S. 263.

Nr. 2916 hartnäckige Weigerung des Lords Salisbury, für irgendwelche zukünftige Verwicklungen Verpflichtungen zu übernehmen, die England binden könnten. Lord Salisbury hielt sich dauernd zurück, wenn er auch hinsichtlich der von einem Zusammenwirken russischer und  
 Nr. 2917 französischer Streitkräfte im Mittelmeer für England drohenden Gefahren sich zuversichtlich äußerte.

Nr. 2918 Im August 1896 unternahm Kaiser Wilhelm II. einen bemerkenswerten Schritt, um durch unmittelbare Befragung des englischen Botschafters, Sir Frank Lascelles, herauszubekommen, was England tun würde, falls es in Konstantinopel zum Äußersten kommen werde. Der Botschafter berichtete in diesem Sinne sofort nach London und  
 Nr. 2919 erhielt die telegraphische Antwort, als Lösung der Frage sei die Öffnung der Meerengen für alle Nationen anzustreben. In dem Ver-  
 Nr. 2920 halten des Kaisers, der Salisbury vor der ägyptischen Politik des Fürsten Lobanow warnte, lag eine gewisse neue Annäherung an England.

Im August 1896 weilte Fürst Lobanow<sup>1)</sup> in Wien und äußerte sich dort in ausführlichen Gesprächen mit dem Grafen Goluchowski über die Meerengenfrage. Als er am 30. August auf der Reise von Wien nach Kiew plötzlich starb, blieb die Frage offen, wie die russische Politik sich weiterhin zu der Meerengenfrage stellen würde. Man hielt es dort für das Beste, das jetzige Verhältnis aufrechtzuerhalten und die Türkei als „Portier“ an den Dardanellen zu belassen. Der deutsche Reichskanzler betrachtete es gleichfalls nicht

Nr. 2923 als angezeigt, die Frage mit maßgebenden englischen und russischen Persönlichkeiten weiter zu erörtern, wie er — wohl im Hinblick auf den Schritt des Kaisers gegenüber dem englischen Botschafter<sup>2)</sup> — ihm am 26. September 1896 mitteilte. Deutscherseits sollte man, nach seiner Meinung, alles vermeiden, was eine Lösung der Dardanellenfrage zwischen Rußland und England ohne Mitwirkung Österreichs zu befördern vermochte. Der Kaiser erklärte sich einverstanden. Kam  
 Nr. 2924 es einmal zur Teilung der Türkei, so sollte nach Ansicht des Kaisers Rußland Sтамбуl nicht von England und Frankreich als Äquivalent für Ägypten, sondern von den Dreibundmächten erhalten.

Bei dem Gespräche anlässlich der Anwesenheit des russischen Kaiserpaares in Breslau und Görlitz — 5. bis 7. September 1896<sup>3)</sup> — wurde die orientalische Frage vielfach erörtert. Man einigte sich auf die Erhaltung des vertragsmäßig festgelegten „Status quo“ im Orient  
 Nr. 2925 und auf die Stützung der Autorität des Sultans, und war bereit, wenn nötig, einen kräftigen diplomatischen Druck auf den Sultan auszuüben, um Ruhe und Ordnung in seinem Lande aufrechtzuerhalten.

1) Vgl. oben S. 144.

2) Vgl. oben, Dokument Nr. 2918.

3) Vgl. oben S. 144.

Den Angelpunkt aller Erwägungen bildete nach wie vor die voraussichtliche Haltung Englands und Rußlands, über die uns die Dokumente Nr. 2926—2941 ein vielseitig interessantes Material bieten. <sup>Nr. 2926—2941</sup> Besonders bemerkenswert ist aus dieser Zeit ein erneuter Versuch Kaiser Wilhelms II., durch unmittelbare Ausfragung eines Engländers, nämlich des Militärattachés Oberstleutnants Grierson, herauszubringen, <sup>Nr. 2932</sup> ob etwa England mit Rußland heimlich wegen des Austausches von Ägypten gegen Stambul verhandele oder nicht. Grierson erklärte, England könne nicht für Stambul allein kämpfen, und da die anderen nicht dafür kämpfen wollten, wäre niemand da, ihm zu helfen. Der Kaiser sagte ihm darauf <sup>1)</sup>, das sei eine grundlegende Änderung der englischen Mittelmeerpolitik und damit des Ecksteins der europäischen Politik der anderen Mächte, und er hoffe, daß England etwas derartiges nicht hinter dem Rücken der anderen Mächte tun werde. Der Reichskanzler sah in den Äußerungen des Militärattachés die englische Absicht, sich unter keinen Umständen vorher binden zu wollen, <sup>Nr. 2933</sup> sondern sich bis nach dem etwaigen Ausbruche von Feindseligkeiten freie Hand zu sichern.

Am 18. April 1897 erfolgte die Kriegserklärung der Türkei an Griechenland, über die das 80. Kapitel <sup>2)</sup> zahlreiche Dokumente enthält. Die Mächte gewannen als neutrale Zuschauer Zeit zur ruhigen Überlegung. Ein Bericht des Botschafters Grafen Münster vom 20. April 1897 zeigt, daß man in Frankreich strenge Neutralität zu <sup>Nr. 2942</sup> halten wünschte. Auch dort war man der Meinung, ehe die Frage der Meerengen nicht endgültig gelöst sei, werde Europa nicht recht zur Ruhe kommen. Noch aber hoffte man, daß es gelingen werde, den Kampf um die Meerengen zu lokalisieren.

## Kapitel 75

### Das Ende der bulgarischen Frage Der Dreibund und die Anerkennung Fürst Ferdinands 1896

Die Dokumente beginnen mit einer Aufzeichnung des Staatssekretärs Frhrn. v. Marschall vom 11. August 1895, die einen guten <sup>Nr. 2943</sup> Überblick über die bulgarischen Verhältnisse im Sommer 1895 darbietet. Diese Aufzeichnung war im Anschluß an ein Gespräch des Staatssekretärs mit dem zur Kur in Deutschland weilenden Könige von Rumänien entstanden, der die Hauptschwierigkeiten der Lage auf dem Balkan darin erblickte, daß es neben der offiziellen russischen Politik noch eine nicht offizielle gebe, die vielfach entgegengesetzte Wege gehe und oft einflußreicher sei als die erstere. Rußland arbeite

<sup>1)</sup> Englischer Wortlaut siehe Band XII, erste Hälfte, S. 71.

<sup>2)</sup> Vgl. unten S. 167 ff.

in Ostasien gegen England, in Bulgarien gegen Österreich-Ungarn, in Abessinien gegen Italien, indirekt auch gegen England, indem es die englische Stellung in Ägypten bedrohe.

Nr. 2944 Bulgariens Stellung zu den Großmächten wurde durch den Glaubenswechsel des Thronfolgers Prinzen Boris entscheidend beeinflusst. Rußland war nunmehr bereit, den Prinzen Ferdinand als Fürsten von Bulgarien anzuerkennen und zur Erlangung des Einverständnisses  
 Nr. 2945 der Mächte mit dem Sultan in Verhandlungen einzutreten. Deutscherseits war man einverstanden, und auch in Wien, wo man allerdings  
 Nr. 2946, über den Glaubenswechsel auf das tiefste verstimmt war, und in Rom  
 2948 war man bereit, mit dem Berliner Kabinett in dieser Frage zusammenzuwirken.

Nr. 2947 Daß Graf Goluchowski Neigung zeigte, sich offen als Gegner  
 Nr. 2949 Bulgariens zu zeigen und sein Mißfallen durch „schlechte Behandlung“ Bulgariens zu bekunden, erregte Besorgnisse beim Reichskanzler Fürsten v. Hohenlohe, der der Ansicht war, man sei in Wien immer schon über die bulgarischen Dinge mangelhaft unterrichtet gewesen und habe sich daher zu unpraktischen Entschlüssen verleiten lassen. Fürst v. Hohenlohe teilte daher dem Botschafter Grafen zu Eulenburg zwei Erlasse des Fürsten Bismarck aus den Jahren 1880 und 1882 mit, aus denen hervorging, daß das Wiener Kabinett sich nach Bismarcks Meinung seine Balkanpolitik unnötigerweise durch Mißhandlung der dort neu entstandenen Staaten erschwere; Österreich könne in der Form von der vollendetsten Höflichkeit sein, ohne der Schärfe seines sachlichen Auftretens, wo ein solches durch eigene Staatsinteressen geboten sei, den geringsten Abbruch zu tun. „Österreich-Ungarn sollte es nunmehr vermeiden,“ schrieb Fürst  
 Nr. 2950 v. Hohenlohe am 12. Februar 1896 an Kaiser Wilhelm II., „durch

Nr. 2951 eine Gefühls- und Empfindlichkeitspolitik gegenüber Bulgarien dem Dreibunde unnötige Schwierigkeiten“ zu schaffen. Österreich erklärte sich denn auch bereit, die Anerkennung des Prinzen Ferdinand in  
 Nr. 2952 Erwägung zu ziehen, und lenkte ein.

Nr. 2953 Am 15. Februar 1896 stellte die türkische Regierung in Berlin die amtliche Anfrage, ob Deutschland der Anerkennung des Prinzen  
 Nr. 2954 Ferdinand als Fürst von Bulgarien zustimme. Deutschland war ein-  
 Nr. 2955 verstanden, wenn man auch befürchtete, daß der ehrgeizige Fürst nunmehr nach der Erlangung von Mazedonien und nach dem Königstitel streben würde.

Nr. 2956 Nach seiner Anerkennung durch die Pforte, die am 11. Februar 1896 erfolgte, unternahm Fürst Ferdinand eine Rundreise nach Konstantinopel, Petersburg, Paris und Berlin, wo er am 30. April von Kaiser Wilhelm II. empfangen wurde. Während seiner Anwesenheit in Berlin sprach sich der bulgarische Ministerpräsident Stoilow ausführlich mit dem Staatssekretär Frhrn. v. Marschall aus. Danach er-

kannte man in Bulgarien dankbar an, was Rußland zur Befreiung des Landes getan habe, entwickelte aber mehr und mehr den Gedanken der Bildung einer nationalen bulgarischen Partei mit dem Programme, Bulgarien auf der Grundlage des bestehenden staatsrechtlichen Zustandes selbständig zu regieren. In Wien wurde der Fürst nicht Nr. 2957 empfangen.

Im Sommer 1897 kam anlässlich des bevorstehenden zehnjährigen Regierungsjubiläums des Fürsten Ferdinand das Gerücht auf, man beabsichtige, die Unabhängigkeit Bulgariens zu proklamieren. In Nr. 2958 Bulgarien hielt man sich aber zurück, da es gefährlich schien, neue Verwickelungen im Balkan heraufzubeschwören, während Europa gerade durch die Lösung der türkisch-griechischen Frage in Anspruch genommen war<sup>1)</sup>. Für Bulgarien war es wesentlich, zunächst einmal die immer noch nicht behobenen und im Sommer 1897 neu genährten Nr. 2959 Verstimmungen Österreichs gegen Bulgarien zu beseitigen.

Den Abschluß der mitgeteilten Dokumente bildete eine Aufzeichnung des Generalkonsuls in Sofia v. Reichenau vom 29. Juli 1898. Nr. 2960 Danach betrachtete Fürst Ferdinand als sein politisches Programm die innere Festigung und Entwicklung Bulgariens, die Wahrung des Friedens auf der Balkanhalbinsel und die Aufrechterhaltung der Integrität des Türkischen Reiches. Fürst Ferdinand fühlte sich von Deutschland schlecht behandelt, obwohl sich seine Politik doch durchaus im Rahmen und Geiste der türkenfreundlichen deutschen Politik bewegt habe. Er sei sich dessen bewußt, daß er seine nunmehr länger als zehnjährige Existenz weder dem Dreibunde noch Rußland, sondern allein dem Sultan verdanke. Das werde er nicht vergessen und sicher nicht verblendet genug sein, an diesem ihn voll befriedigenden Zustande rütteln zu wollen.

## Kapitel 76

### Die Mazedonische Gefahr 1896

Im Frühjahr 1895 gewannen die Bestrebungen der Mazedonier Nr. 2961 nach politischer Autonomie ihres Landes eine für die Pforte drohende Gestalt. In Bulgarien war man lebhaft beunruhigt und bekundete Nr. 2962 diese Auffassung bei der Pforte, obwohl nach der Annahme un- Nr. 2963 parteiischer Beurteiler die mazedonische Bewegung hauptsächlich von Bulgarien angestiftet schien. Deutscherseits gab man der Pforte den Nr. 2964 Rat, von jeder Verwendung irregulärer Truppen an der mazedonischen Grenze abzusehen.

<sup>1)</sup> Vgl. Kapitel 80, S. 167 ff.

Zweifellos bestand ein innerer Zusammenhang zwischen der Aufrollung der armenischen Frage und den Bestrebungen der bulgarischen Mazedonier, die ihre Loslösung von der Türkei und den Anschluß an Bulgarien erstrebten. Als die bulgarische Regierung derartigen Wünschen gegenüber nachgiebig zu werden schien, stellte das Wiener Kabinett in Berlin, London und Rom den Antrag, in Sofia einen Druck auf die bulgarische Regierung durch die Mitteilung auszuüben, daß sie auf die Unterstützung der Großmächte in keiner Weise würde zählen können.

In der Türkei glaubte man, mit den in Mazedonien vorhandenen regulären Truppen die Ruhe und Ordnung aufrechterhalten zu können, zumal die bulgarische Regierung angesichts der Haltung der Großmächte auch ihrerseits alles aufbot, um die Ruhe zu erhalten, den Übertritt von Banden zu verhindern und die Bewegung im Lande zu unterdrücken. Im August konnte man die Bewegung als beendet ansehen.

Im Dezember 1895 bereits glaubte man mit neuen Wirren in Mazedonien im kommenden Frühjahr rechnen zu müssen. Wien schien geneigt, zur Regelung der mazedonischen Frage eine Konferenz vorzuschlagen, worauf einzugehen man in Deutschland wenig Neigung spürte.

Auch in Rußland zeigte man sich besorgt, und in Wien kam es zu ziemlich gereizten Auseinandersetzungen zwischen dem russischen Botschafter und dem Grafen Goluchowski, da letzterer die Ansicht hatte, die mazedonische Frage würde vollständig tot sein, sobald Rußland seine Hände davon zurückziehe. Rußland beteuerte, nicht daran zu denken, den „Status quo“ der Türkei zu ändern, und auch in Berlin war man der Meinung, daß Rußland seinen Einfluß aufbieten werde, um einen Ausbruch der Feindseligkeiten auf der Balkanhalbinsel für die nächste Zukunft zu verhindern. In Wien bemühte sich der russische Botschafter Graf Kapnist unausgesetzt in der Richtung, eine Verständigung mit Österreich für den Fall neuer Unordnungen in Mazedonien herbeizuführen.

Als der türkische Armeereformer, General Frhr. v. der Goltz, Mitte Januar 1896 von einer Urlaubsreise nach Berlin wieder in Pera eintraf, brachte er den Auftrag mit, den Sultan vertraulich auf rechtzeitige militärische Vorbereitungen in Mazedonien hinzuweisen. Auch in Rußland trug man Bedenken, dort neue Unruhen entstehen zu sehen, wollte sich aber auch nicht in die inneren Angelegenheiten Bulgariens einmischen.

Im Sommer 1896 bot die Übertragung der Unruhen in Kreta<sup>1)</sup> auf mazedonisches Gebiet dem bulgarischen Exarchen eine günstige Gelegenheit, die Pforte um die Gewährung weiterer bulgarischer

<sup>1)</sup> Vgl. Kapitel 77, S. 160/161.

Bischofssitze in Mazedonien anzugehen. Eine Unterstützung dieser Nr. 2979 Forderung durch Deutschland kam nicht in Frage, da man dort annahm, daß die bulgarischen Absichten den russischen Wünschen zuwiderlaufen würden. Ein Bericht des Generalkonsuls in Sofia vom 25. August 1896 gibt einen guten historischen Überblick über die Nr. 2980 damaligen Vorgänge.

Am 30. Januar 1897 kündigte der deutsche Gesandte in Belgrad das Bevorstehen neuer Wirren in Mazedonien an. Österreich wandte Nr. 2981 sich an die Athener Regierung mit der Bitte, alle Anzettelungen in Mazedonien zu verhindern. Gemeinsame Schritte Griechenlands, Serbiens und Bulgariens gegenüber der Türkei schienen bevorzuzustehen, während das Bestreben des Petersburger Kabinetts dahin ging, die Balkanstaaten unter dem Drucke Rußlands und Österreichs stillzuhalten. In gleichem Sinne ließ Fürst Hohenlohe auch Besprechungen Nr. 2982 mit dem Grafen Murawiew aufnehmen, um es zu verhindern, daß im Anschluß an einen griechischen Angriff auf die Türken an der mazedonischen Grenze bulgarische und serbische Streitkräfte den Türken in den Rücken fielen. Auf eine Förderung der bulgarischen, inzwischen amtlich geltend gemachten Wünsche bezüglich der Errichtung neuer Nr. 2983 Bistümer in Mazedonien ging die deutsche Regierung nicht ein. Bulgarien und Serbien waren aber bereit, sich jeder Feindseligkeit Nr. 2985 gegen die Türkei zu enthalten, wenn nur diese Frage erledigt würde.

Am 9. April 1897 begannen die griechisch-türkischen Feindseligkeiten<sup>1)</sup>. Ein ausführliches Gespräch, das der damals zum Besuch in Deutschland weilende Fürst Ferdinand von Bulgarien am 20. April 1897 mit dem Staatssekretär Frhrn. v. Marschall hatte, Nr. 2986 zeigt die Schwierigkeiten der damaligen Lage auf dem Balkan. Auch in Bulgarien bestand eine große nationale Erregung. Man wünschte dort Reformen in Mazedonien und hielt den Augenblick für gekommen, diese Reformen bei dem Sultan durchzusetzen. Marschall betonte mit Schärfe, die beiden nächstbeteiligten Mächte, Österreich-Ungarn und Rußland, seien unbedingt darin einig, irgendeine Störung der Ruhe und Ordnung in Mazedonien seitens irgendeines der Balkanstaaten, auch Bulgariens, nicht zu dulden. Fürst Ferdinand zeigte sich hierüber stark erregt, bat aber schließlich, die deutsche Regierung möge im Sinne der Gewährung weiterer Bischofssitze in Mazedonien die bulgarischen Wünsche bei der Pforte unterstützen. Marschall wich aus. Ein weiteres Gespräch mit dem Fürsten ließ keinen Zweifel darüber, Nr. 2987 daß Bulgarien und Serbien nicht mehr zu halten sein würden, falls etwa Griechenland aus seinem Kriege mit der Türkei einen Gebietszuwachs davontrug. Marschall ließ von diesen Äußerungen den Grafen Goluchowski sofort verständigen.

<sup>1)</sup> Vgl. Kapitel 80, S. 167 ff.

Im April 1897 erregte die Nachricht, daß der bulgarische Agent Markow in Konstantinopel mit der Mobilmachung der bulgarischen Armee gedroht haben sollte, falls nicht die drei neuen Bischofssitze in Mazedonien sofort genehmigt würden, großes Aufsehen. Der deutsche Botschafter, Frhr. v. Saurma, wurde telegraphisch angewiesen, den Sultan zu verständigen, daß Deutschland dem Fürsten von Bulgarien bei seiner neulichen Anwesenheit in Berlin nicht den geringsten Zweifel darüber gelassen habe, daß er sich unter allen Umständen ruhig zu verhalten habe, falls er sich nicht ohne weiteres den unangenehmsten Eingriffen der Großmächte ausgesetzt sehen wollte. Bald stellte sich heraus, daß die Äußerungen Markows übertrieben weiter gemeldet worden waren.

Anfang Januar 1898 bewilligte die Türkei, nach Auswechslung der Ratifikationen des griechisch-türkischen Friedensvertrages, die drei neuen Bischofssitze. Damit trat in der mazedonischen Frage zunächst eine gewisse Beruhigung ein.

## Kapitel 77

### Die Kretensischen Wirren und die Mächte 1896

Seit Ende 1895 waren auf der Insel Kreta, die von jeher zu Aufständen gegen die türkische Herrschaft geneigt war, wieder Unruhen ausgebrochen, die sich im Frühjahr verschärften und schließlich im Juni 1896 zu blutigen Kämpfen zwischen türkischen Truppen und der von griechischer Seite unterstützten christlichen Bevölkerung führten.

Die erste alarmierende Nachricht seitens der britischen Regierung wurde in Berlin Anfang Mai bekannt, als letztere mitteilen ließ, die türkische Regierung scheinbar entschlossen, die Nationalversammlung von Kandia nicht einzuberufen; die Stimmung der Inselbewohner sei darüber sehr erregt. Deutschland hielt sich zunächst zurück, da es in dieser Mitteilung die Absicht Griechenlands vermutete, die Verantwortung für die Vorgänge auf Kreta von sich auf andere abzuwälzen. Ein englisches Kriegsschiff traf am 26. Mai 1896 vor Kanea ein, französische, italienische und russische Schiffe wurden dort erwartet. Nach der Meinung des Botschafters Grafen v. Hatzfeldt waren jetzt energische Versuche angezeigt, die Engländer zur Teilnahme an den in Griechenland zu ergreifenden Schritten zu bewegen.

Die einen Zeitraum von vier Monaten umspannenden, mitgeteilten Aktenstücke Nr. 2996—3063 zeigen das Hin und Her in den Verhandlungen der Großmächte, die sich über das Kreta und Griechenland gegenüber einzuschlagende Verfahren nicht einigen konnten, da Englands Haltung stets zweifelhaft blieb. Für die damalige Beurteilung der englischen Politik sind die aus London gesandten Telegramme und Berichte des deutschen Botschafters Grafen v. Hatzfeldt Nr. 3019,

3021, 3026, 3028, 3031, 3032, 3036, 3040, 3041, 3046, 3055, 3059, 3062 erschöpfend aufschlußreich. Sie zeigen, daß England sich stets in einer vorsichtigen Reserve hielt und insbesondere dem österreichischen Vorschlage einer Blockade Kretas nicht zustimmen wollte. Nr. 3045  
Für die deutsche Politik war es infolgedessen erst recht geboten, Zurückhaltung zu üben, zumal man auch nicht so weit gehen wollte, wie es Lord Salisbury als einzige entscheidende Lösung ansah, den Nr. 3040  
Sultan abzusetzen.

Das Zusammenspiel und Gegeneinanderwirken der an der Türkei mehr oder weniger interessierten Großmächte geht aus den zahlreichen mitgeteilten Dokumenten deutlich hervor. Deutschlands gänzliche Zurückhaltung ist besonders aus den Dokumenten Nr. 3045, 3047, 3050, 3051 und 3056 erkennbar. „Am besten also,“ telegraphierte Reichskanzler Fürst v. Hohenlohe am 12. August 1896 an den Botschafter Grafen v. Hatzfeldt, „wir halten uns zurück und behalten dadurch freie Hand.“ Nr. 3056

In Therapia hatten im August 1896 die Botschafter der Großmächte ein Programm von vierzehn Punkten ausgearbeitet <sup>1)</sup>, das den weiteren Mediationsverhandlungen mit der Türkei zugrunde gelegt werden sollte. Auch Lord Salisbury trat diesem Programm bei, und am 5. September 1896 vermochte der deutsche Botschafter Frhr. v. Saurma aus Therapia zu melden, die kretensischen Deputierten hätten die Mediationsvorschläge angenommen und dankten den Mächten für die von ihnen bewirkte solidarische Intervention. Nr. 3061  
Nr. 3062  
Nr. 3063

Der Sultan erließ ein Reform-Iradee, das die kretische Nationalversammlung annahm. Die Ruhe auf Kreta dauerte aber nur kurze Zeit. Anfang Januar 1897 entstanden neue Verwicklungen, die dann zum griechisch-türkischen Kriege führten <sup>2)</sup>.

## Kapitel 78

### Das Europäische Konzert und die Reformfrage Die Konstantinopeler Botschafterkonferenzen 1896—1897

Die Dokumente Nr. 3064—3113 umfassen einen Zeitraum von genau sechs Monaten, vom 15. Oktober 1896 bis zum 15. April 1897, und machen uns mit den Bemühungen der Mächte vertraut, den immerwährenden Beunruhigungen, die von der Türkei ausgingen, insbesondere von den immer aufs neue gegen die Armenier verübten Grausamkeiten, durch die Schaffung einer durchgreifenden Reform endlich ein Ziel zu setzen.

<sup>1)</sup> Deutscher Wortlaut siehe S. 263/264.

<sup>2)</sup> Vgl. Kapitel 80, S. 167 ff.

Nr. 3064 Besonders in England wurde diese Notwendigkeit empfunden und führte vorübergehend zu einem Versuche, der von der englischen Presse stark befürwortet wurde, mit Rußland und Frankreich als den Genossen des früheren sogenannten armenischen Dreibundes gemeinsam vorzugehen. Beim Zaren ebenso wie bei seinen Ratgebern war aber das Mißtrauen gegen die englische Politik viel zu groß, als daß eine Annäherung sich hätte verwirklichen lassen.

Nunmehr versuchte England, die Frage der türkischen Reformen mit Hilfe des Dreibundes in Fluß zu bringen. Scheiterte dieser Versuch, so wollte es sich an das „europäische Konzert“ wenden.

Nr. 3065 Deutscherseits wurden die Erörterungen durch die in Berlin erfolgende Mitteilung einer Depesche des italienischen Ministers des Äußeren, Marquis Visconti Venosta, an den italienischen Botschafter in Berlin, Grafen Lanza, vom 9. Oktober 1896 in Fluß gebracht<sup>1)</sup>. Staatssekretär Frhr. v. Marschall ließ dem deutschen Geschäftsträger in Rom, Grafen v. Pückler, mitteilen, gesonderte Besprechungen unter den Dreibundmächten mit darauf folgender Initiative könnten leicht den Anlaß zu Mißverständnissen bieten und nach außen hin den Anschein einer Spaltung in dem bisher vorhandenen europäischen Konzert erwecken. Bei der bekannten Feinfühligkeit des Sultans für jede scheinbare oder wirkliche Uneinigkeit unter den Mächten, und bei seiner Geneigtheit, daraus Gründe für den Widerstand gegen erteilte Ratschläge zu entnehmen, schiene es der deutschen Regierung rätlicher, die Besprechungen zu sechs zu beginnen, d. h. nicht nur Österreich-Ungarn und Deutschland neben Italien, sondern auch Rußland, Frankreich und England dazu heranzuziehen.

Nr. 3066—3070 Gegen Englands Mitwirkung herrschten aber nicht nur in Deutschland, sondern nach Mitteilungen des im November aus Paris nach Berlin kommenden Großfürsten Wladimir auch im Lager des Zweibundes schwere Bedenken. Am 20. November 1896 meldete der Nr. 3071 Botschafter in Petersburg, Fürst v. Radolin, der Zar habe den sonst annehmbar scheinenden Vorschlag Lord Salisburys, in Konstantinopel Nr. 3072 gemeinsam vorzugehen, mit der Begründung abgelehnt, er könne sich als Autokrat nicht damit einverstanden erklären, „an etwaigen Koerzitivmaßregeln gegen einen befreundeten autokraten Souverän sich zu beteiligen“.

Nr. 3073 Bemerkenswert ist aus der Reihe der weiterhin mitgeteilten Dokumente der sehr ausführliche und einen guten Überblick vermittelnde Bericht des deutschen Generalkonsuls in Kairo, Grafen v. Metternich, vom 25. November 1896. Seine Ausführungen gipfelten darin, daß alle an der Türkei interessierten Großmächte, vielleicht mit Ausnahme von England, darin einig seien, die letzte Katastrophe in der Türkei solange wie möglich hinauszuschieben.

<sup>1)</sup> Deutscher Wortlaut siehe S. 264 ff.

Die weiteren Einzelheiten der Verhandlungen unter den Mächten über die Frage der türkischen Reformen aus den weiter mitgeteilten Dokumenten zu entnehmen, darf dem Spezialstudium um so eher überlassen bleiben, als aus diesen Erwägungen so gut wie nichts Positives entstanden ist. In der Türkei bemühten sich wieder einmal die Botschafter der Großmächte um die Ausarbeitung eines Reformprogramms. Der Sultan legte aber den größten Wert darauf, daß ihm ein solches Programm nicht vorgelegt werden möchte. Einzeln wendete er sich an die Großmächte, besonders an Deutschland, um unter der Hand zu erfahren, welche Reformen von ihm erwartet würden. Deutschland ging auf seine Wünsche aber nicht ein, da es bei der Orientfrage zu wenig unmittelbar beteiligt sei.

Am 29. Dezember 1896 meldete Botschafter Frhr. v. Saurma, die Arbeiten der Botschafterkonferenz seien binnen kurzem beendet, und am 2. Januar berichtete er über den erfolgten Abschluß des Meinungsaustausches. Die Reformvorschläge selbst würden noch länger auf sich warten lassen. In London kennzeichnete Lord Salisbury den Gang der Verhandlungen als viel zu langsam. Der Sultan raffte sich zu einem eigenen Schritte auf und bat die Mächte Ende Januar 1897 um die Beendigung der Botschafterkonferenzen.

Der weitere Verlauf bietet nur ein geringes geschichtliches Interesse. Lediglich auf die Beurteilung der Arbeiten der Botschafterkonferenzen in Konstantinopel durch den Botschafter Grafen Münster sei noch hingewiesen. Er bezeichnete diese Konferenzen als das größte Fiasko der neueren Diplomatie und als ihren Niedergang. Sie hätten eine Aufgabe übernommen, der sie nicht gewachsen gewesen seien. „Mir wie aus der Seele gesprochen!“ schrieb Kaiser Wilhelm II. an den Rand. „Sie sind eine wahre Schande für uns Europäer!“

Das Gesamtergebnis der langdauernden und mühseligen Arbeiten ist gewesen, daß die entstandenen Schriftsätze nicht einmal der Pforte vorgelegt worden sind.

## Kapitel 79

### Deutsch-Österreichisch-Russische Erörterungen über das Balkanproblem Das Österreichisch-Russische Balkanabkommen 1897

Das Kernstück der mitgeteilten Dokumente Nr. 3114—3131 bildet die Berichterstattung über den Besuch des Kaisers Franz Joseph beim Zaren Nikolaus II. in Petersburg vom 27. bis 29. April 1897.

Bei dieser Monarchenbegegnung hatten Besprechungen stattgefunden, zu denen später auch die beiderseitigen Auswärtigen Minister zugezogen wurden. In diesen Besprechungen wurden gleich-

- lautende Noten der beiden Kaisermächte nach Belgrad, Sofia, Bukarest und Cetinje aufgesetzt und darin betont, beide Souveräne seien fest entschlossen, den allgemeinen Frieden, das Prinzip der Ordnung und den „Status quo“ aufrechtzuerhalten. Es hatten auch bestimmte Abmachungen zwischen den beiden Regierungen stattgefunden, über deren Art und Umfang Graf Goluchowski am 5. Mai 1897 den österreich-ungarischen Botschafter in Berlin zur Mitteilung an den Deutschen Kaiser und die deutsche Regierung unterrichtete. Das zwischen den beiden Kaisern erzielte Einvernehmen war durch einen Notenaustausch „in einer loyalen und jeden Hintergedanken ausschließenden Weise ratifiziert“ worden. In Österreich herrschte um so größere Freude über diese Annäherung an Rußland, als gerade
- Nr. 3114—  
3116 Graf Goluchowski nach Ausweis der Dokumente Nr. 3114—3116 gegen die russische Politik stets sehr mißtrauisch gewesen war.
- Nr. 3123 Der Deutsche Kaiser nahm an der Annäherung lebhaften und inneren Anteil. Wie man bei den anderen Großmächten darüber dachte, geht aus den weiter mitgeteilten Dokumenten hervor.
- Nr. 3127—  
3131

Alte und neue Balkanhändler 1896—1899

Der zwölfte Band des Aktenwerkes

Zweite Hälfte

---

## Inhaltsübersicht

des 12. Bandes

Zweite Hälfte

### KAPITEL 80

Der Griechisch-Türkische Krieg 1897. Dokumente Nr. 3132—3253 . . . . 167

### KAPITEL 81

Die Kretafrage 1898. Dissonanzen im Europäischen Konzert. Dokumente  
Nr. 3254—3309 . . . . . 172

### KAPITEL 82

Die Mazedonische Reformfrage 1898—1899. Dokumente Nr. 3310—3337 . . 175

### KAPITEL 83

Deutschlands Einfluß am Goldenen Horn 1898—1899. Dokumente  
Nr. 3338—3350 . . . . . 175

### ANHANG:

Die Orientreise Kaiser Wilhelms und die Protektoratsfrage 1898—1899.  
Dokumente Nr. 3351—3395 . . . . . 178

---

## Kapitel 80

### Der Griechisch-Türkische Krieg 1897

Die Dokumente des 77. Kapitels<sup>1)</sup> hatten gezeigt, daß die kretensischen Wirren des Jahres 1896 durch das Reform-Iradee des Sultans einen gewissen Abschluß gefunden hatten.

Seit Anfang Januar 1897 waren auf der Insel neue Aufstände ausgebrochen. In Griechenland flammte die panhellenische Begeisterung auf, Demonstrationen fanden statt, um die Regierung zur Parteinahme für die aufständischen Kreter zu veranlassen. Diese fühlte sich außerstande, der Bewegung Herr zu werden, und entsandte zunächst am 6. Februar ein Kriegsschiff und ein Transportschiff, angeblich zur Rettung der griechischen Einwohner, nach der Insel. Zwei Tage später entschloß sich bereits unter dem Drucke der öffentlichen Meinung die griechische Regierung zur Mobilmachung ihrer Flotte und ließ am 10. Februar die Torpedobootsdivision unter dem Befehl des Prinzen Georg von Griechenland nach Kreta auslaufen. Mit diesem Tage setzen die deutschen Dokumente über den griechisch-türkischen Krieg ein.

„Die Gefahr des Augenblicks“, telegraphierte Staatssekretär Frhr. Nr. 3132 v. Marschall am 10. Februar 1897 an den Botschafter Frhrn. v. Saurma nach Konstantinopel, „entspringt aus der früheren Haltung der Türkei und der jetzigen Haltung Griechenlands. Wir werden uns solchen Vorschlägen anderer Mächte, welche geeignet scheinen, die allgemeine Kriegsgefahr zu vermindern, gern anschließen. Eine eigene Initiative mit selbständigen Programmvorschlägen würde der Lage Deutschlands als der einzigen Großmacht, welche keinen Giebel nach dem Mittelmeer zu hat, nicht entsprechen.“

Dieser vorsichtig abwägenden Haltung hat, wie die zahlreichen mitgeteilten Dokumente erweisen — Nr. 3132—3253 —, die Politik Nr. 3132—3253 Deutschlands während des ganzen griechisch-türkischen Krieges gesprochen. Sie beleuchten in täglicher Aufeinanderfolge der von den verschiedenen Stellen eingehenden Meldungen und der daraufhin von

<sup>1)</sup> Vgl. oben S. 160/161.

Berlin ergangenen Weisungen die für die bisherige Geschichtsschreibung zum Teil noch in Dunkel gehüllten Phasen dieses kurzen, für Griechenland sehr ungünstig verlaufenen, schließlich aber doch durch das Eingreifen der Großmächte eigentlich zu seinen Gunsten entschiedenen Krieges. Für unsere Zwecke ist es nur nötig, einige für die Beurteilung der deutschen Politik wesentliche Stücke herauszuheben.

Nr. 3138 Da erscheint von vornherein Deutschlands Zurückhaltung als das bestimmende Merkmal seiner damaligen Politik. Immer wußte es sich in Übereinstimmung mit allen am Orient beteiligten Großmächten zu erhalten. Als am 11. Februar 1897 Graf Münster aus Paris über die Besorgnisse der französischen Regierung berichtete, die nicht im Verdacht stehen wollte, für die Aufständischen auf Kreta Partei zu nehmen, ließ das deutsche Auswärtige Amt dorthin mitteilen, der kaiserliche Gesandte in Athen sei beauftragt, sich auch mit den Vertretern von Rußland und Frankreich über die Art und Weise zu verständigen, wie der griechischen Begünstigung des den Frieden von ganz Europa gefährdenden kretensischen Aufstandes entgegenzutreten sei. „Für uns, die wir weit vom Mittelmeer abliegen, kommt weniger Kreta als der Präzedenzfall in Betracht, wonach ein Staat dritten Ranges wie Griechenland in direktem Widerspruche mit den Intentionen der Mächte eine Frage würde anschneiden können, welche die ernstesten Gefahren für den Frieden in Europa in sich birgt.“

Nr. 3139 Ohne sich voranzustellen, war Deutschland ernstlich in anti-griechischer Richtung tätig. Als der russische Minister des Äußeren, Nr. 3142 Graf Murawiew, am 12. Februar eine an das russische Geschwader im Mittelmeer ergangene Weisung<sup>1)</sup> nach Berlin mitteilte, erklärte die deutsche Regierung ihre Bereitschaft, dem binnen wenigen Tagen an der kretischen Küste anlangenden deutschen Schiffe entsprechende Weisung zu geben.

Nr. 3148 In Athen entwickelten sich die Dinge unaufhaltsam weiter. Am 14. Februar 1897 übergaben sämtliche dortige Vertreter der Mächte dem griechischen Minister der Auswärtigen Angelegenheiten eine gleichlautende Erklärung<sup>2)</sup>, wonach das Vordringen griechischer Truppen auf ottomanisches Gebiet die Mißbilligung aller Mächte finden würde; diese müßten der griechischen Regierung die Verantwortung für alle Folgen derartiger Schritte zuschieben. Die griechische Regierung erwiderte ausweichend.

Kaiser Wilhelm II., dessen Schwester bekanntlich mit dem Kronprinzen Konstantin von Griechenland vermählt war, ließ sich durch diese Familienbeziehungen keineswegs zu einer durch die Verhältnisse nicht gebotenen Begünstigung der Griechen hinreißen. Er betonte

<sup>1)</sup> Deutscher Wortlaut siehe S. 266.

<sup>2)</sup> Deutscher Wortlaut siehe S. 266/267.

vielmehr von Anfang an, daß energische Schritte getan werden müßten, und daß es am besten sei, den Piräus zu blockieren. Der Kommandant von S. M. S. „Kaiserin Augusta“ erhielt die Weisung, sich im Verein mit den kommandierenden Offizieren der Seestreitkräfte der übrigen Großmächte in den kretensischen Gewässern über geeignete Maßnahmen zu verständigen, um jedem aggressiven Akte seitens der griechischen Schiffe entgegenzutreten oder vorzubeugen. Der kaiserliche Wunsch einer Blockade des Piräus fand nicht die Zustimmung Englands und Frankreichs, während die Österreicher von vornherein damit einverstanden waren. Auch Italien war der Gedanke einer Blockade der griechischen Häfen nicht sympathisch.

Nr. 3151

Nr. 3152—  
3154  
Nr. 3156,  
3159, 3161,  
3162  
Nr. 3153,  
3154  
Nr. 3160

Die Ereignisse nahmen ihren weiteren Gang. Wieder hielt sich England auffallend zurück, was die russische Regierung zu der Auffassung brachte, ihrerseits die Führung zu übernehmen. Am 22. Februar 1897 überreichte der russische Geschäftsträger in Berlin, Baron v. Budberg, dort folgende Mitteilung seiner Regierung<sup>1)</sup>:

Nr. 3168

„Wir denken, daß die kontinentalen Großmächte, da England sich unter dem Vorwande, die Großmächte müßten das spätere Schicksal Kretas im voraus bestimmen, sich jeder Aktion gegen Griechenland entzieht, sich sofort, ohne energische Maßregeln zur Unterdrückung der griechischen Herausforderungen aufzuschieben, über folgende Grundsätze einigen könnten:

1. In keinem Falle könnte Kreta in der gegenwärtigen Lage Griechenland einverleibt werden.

2. Da die Türkei die Anwendung der vereinbarten Maßregeln und Reformen zurückgestellt hat, entsprechen diese nicht mehr der gegenwärtigen Lage, und die Mächte sind nunmehr entschlossen, Kreta mit einer autonomen Regierung auszustatten, aber unter Aufrechterhaltung der Integrität des Ottomanischen Reiches.

Diese beiden Punkte müßten solidarisch in Athen und in Konstantinopel notifiziert werden.

Gleichzeitig müßte die griechische Regierung durch ein Ultimatum aufgefordert werden, unverzüglich seine Schiffe und Truppen von der durch die Mächte besetzten Insel zurückzuziehen. Im Falle des Widerstandes würden dieser Drohung scharfe, heute vormittag angekündigte Maßregeln folgen.

Wir glauben, daß dies angesichts der philanthropischen Initiative, womit England sich zu decken sucht, das einzige Mittel ist, den allgemeinen Frieden und das europäische Konzert aufrechtzuerhalten.

gez. Graf v. Murawiew“

<sup>1)</sup> Französischer Wortlaut Band XII, zweite Hälfte, S. 346/347.

Kaiser Wilhelm II. war mit dem russischen Vorschlage völlig einverstanden. „Es geht auch ohne England,“ schrieb er an den Rand des erwähnten Schriftstückes. „Der Kontinent muß endlich mal den Briten zeigen, daß sie denselben nicht zum Besten haben. Ich nehme als selbstverständlich an, daß Rußland dafür sorgt, daß Frankreich unbedingt mitgeht.“

Das weitere Hin und Her der diplomatischen Verhandlungen erweist, wie sehr alle Großmächte Veranlassung hatten, das Aufleben der Orientfrage zu fürchten. Unablässig wechselten die Vorschläge der einzelnen Mächte. So dachte man zeitweise daran, Kreta durch Rußland, England, Frankreich und Italien gemeinsam besetzen zu lassen. Am meisten aber fürchtete man das Übergreifen von Kriegshandlungen auf den Balkan, weil man sich dessen bewußt war, daß auf ein entschiedenes Vorgehen Englands niemals zu rechnen war. Das zeigte sich auch bei der Blockade von Volo<sup>1)</sup>, wo man infolge der englischen Haltung die Zeit verstreichen lassen mußte, innerhalb deren die Blockade, selbst nach der Ansicht des Lords Salisbury, wirksam gewesen sein würde.

Kaiser Wilhelm II. folgerte aus den Ereignissen bei Kreta hauptsächlich, daß für die Abstellung der deutschen Flottenmängel etwas Durchgreifendes geschehen müsse. „Man sieht hieraus wieder,“ notierte er auf einen Bericht des Gesandten in Athen, Frhrn. v. Plessen, vom 28. März 1897, „wie schwer Deutschland den Mangel einer starken Flotte empfindet, da es sich im Konzert nicht durchschlagend fühlbar machen kann. Hätten wir statt eines Schiffes eine starke Kreuzerdivision mit Panzerkreuzern bei Kreta gehabt, so hätte Deutschland ungesäumt auf eigene Faust im Februar allein gleich Athen blockieren können und dadurch die anderen Mächte nolens volens zum Mittun fortgerissen und gezwungen. So ist schließlich nichts geschehen, und derjenige, der alle Pläne durchkreuzt, alle Tatkraft lähmt, und auf den schließlich darum Rücksicht genommen wird, ist England! Und warum? Weil es die stärkste Flotte hat! Uns helfen unsere 1000 000 Grenadiere dabei nichts!“

Sehr beunruhigt waren die Mächte durch die Sorge, daß die Griechen im April 1897 zum Angriff auf ottomanisches Gebiet schreiten könnten. Rußland ließ im Hinblick hierauf am 3. April in Berlin eine Note überreichen, in der es anregte, in Konstantinopel und Athen erklären zu lassen, daß im Falle eines Zusammenstoßes an der griechisch-türkischen Grenze der Angreifer für die Folgen verantwortlich gemacht werden würde, und daß außerdem der Angreifer, wie auch der Ausgang des Kampfes sei, beim Friedensschluß keinen Vorteil erhalten würde<sup>2)</sup>.

<sup>1)</sup> Deutscher Wortlaut der russischen Note vom 14./26. März 1897 siehe S. 267.

<sup>2)</sup> Deutscher Wortlaut siehe S. 268.

Trotzdem überschritten am 10. und 11. April irreguläre griechische Truppen, zum Teil unter Führung griechischer Offiziere, die thessalische Grenze und entzündeten damit den griechisch-türkischen Krieg. Die Türkei sah sich genötigt, nunmehr ihrerseits am 18. April den Krieg an Griechenland zu erklären, der von Anfang an für die Griechen den denkbar ungünstigsten Verlauf nahm. Bereits am 25. April fiel Larissa in die Hände der gut geführten und rücksichtslos vorgehenden Türken, die an militärischer Schulung den Griechen weit überlegen waren. Die Griechen ernteten einen Mißerfolg nach dem anderen, und schon im Mai sahen sie sich genötigt, die Vermittlung der Mächte behufs Erlangung eines Waffenstillstandes anzurufen. Nr. 3226

Schon Ende April hatte sich die Königin von England an den Zaren gewendet und ihn gebeten<sup>1)</sup>, den Abschluß eines Waffenstillstandes zwischen den Kriegführenden durch die drei Garantiemächte des Königreichs — Rußland, England und Frankreich — herbeiführen zu lassen. Der Zar war an sich bereit, diesen Schritt zu unterstützen, vertrat aber die Ansicht, daß er von allen Großmächten getan werden müßte. In Wien war man über das Vorgehen Englands wenig erbaut. Deutschland hielt sich zurück. Schließlich einigten sich in Athen der russische, englische, französische und italienische Gesandte auf eine der griechischen Regierung zu überreichende Erklärung<sup>2)</sup>, wonach die Mächte der griechischen Regierung zur möglichst baldigen Erlangung eines Waffenstillstandes ihre Vermittlung anboten. Nr. 3227

Deutschland machte seine Beteiligung an der Vermittlungsaktion von der vorherigen Anerkennung der Autonomie Kretas durch die griechische Regierung und von dem Versprechen der Zurückziehung der noch auf der Insel weilenden griechischen Truppen abhängig. Dieser Standpunkt wurde auch folgerichtig durchgehalten, selbst als die Kronprinzessin von Griechenland sich an ihren Bruder, den Kaiser Wilhelm II., am 9. Mai mit einer dringenden telegraphischen Bitte wendete, er möge die von den Mächten vorgeschlagene Vermittlung beschleunigen. Der Kaiser antwortete ihr aus Urville am 9. Mai 1897, er könne in der Sache nichts tun, solange Griechenland nicht die Mediation der Mächte nachsuche und sich dabei im voraus der Bedingung unterwerfe, durch Anerkennung der Autonomie Kretas und Zurückziehung der Truppen von dort das verletzte Recht wiederherzustellen. Griechenland gab nun die geforderte Erklärung<sup>3)</sup>, und der deutsche Gesandte in Athen wurde daraufhin am 10. Mai ermächtigt, in Besprechungen mit seinen Kollegen und der griechischen Regierung einzutreten. Nr. 3228  
Nr. 3229  
Nr. 3230  
Nr. 3231  
Nr. 3232  
Nr. 3233  
Nr. 3235  
Nr. 3236

<sup>1)</sup> Deutscher Wortlaut siehe S. 268.

<sup>2)</sup> Deutscher Wortlaut siehe S. 269.

<sup>3)</sup> Deutscher Wortlaut siehe S. 269.

Schon am 12. Mai aber wendete sich die Kronprinzessin aufs  
 Nr. 3237 neue an ihren kaiserlichen Bruder mit der Bitte, auch in Konstanti-  
 nopol für die Einstellung der Feindseligkeiten wirken zu wollen.  
 Nr. 3238 Diesem Wunsche hatte der Kaiser bereits entsprochen.

Die weiteren Dokumente zeigen dann den Kampf um die Friedens-  
 bedingungen und die Einwirkung der Mächte auf die Türkei im  
 Sinne der Mäßigung. So behielten, hauptsächlich auch unter dem  
 Nr. 3243 Drucke des russischen Eintretens<sup>1)</sup>, die Griechen Thessalien, hatten  
 aber der Türkei ihre Kriegskosten zu ersetzen. Dadurch geriet  
 Nr. 3250—Griechenland in die finanzielle Abhängigkeit der Mächte, die seiner  
 3252 finanziellen Gesundung aber schließlich zum Vorteil gereicht hat.

Als im September 1897 die Friedenspräliminarien abgeschlossen  
 waren — der endgültige Frieden zwischen Griechenland und der  
 Türkei wurde erst am 4. Dezember 1897 in Konstantinopel unter-  
 zeichnet —, wechselte Kaiser Wilhelm II. herzliche Telegramme mit  
 Nr. 3253 Kaiser Franz Joseph und dem Zaren, in denen er seine Genug-  
 tuung darüber aussprach, daß die Großmächte des Kontinents zum  
 ersten Male der Welt das Bild des geschlossenen Eintretens für ihre  
 Interessen und die Sache des Friedens gezeigt hätten.

## Kapitel 81

### Die Kretafrage 1898

#### Dissonanzen im Europäischen Konzert

Durch den Abschluß des griechisch-türkischen Krieges im De-  
 zember 1897 fanden weder die griechische noch die kretensische  
 Frage ihre endgültige Lösung. Schon im Dezember 1897 — also im  
 Monat des endgültigen Friedensschlusses — entstanden auf der Insel  
 Kreta neue Unruhen.

Die Botschafter in Konstantinopel hatten sich Anfang Dezember  
 1897 dahin geeinigt, zunächst für eine gewisse Übergangszeit in Kreta  
 eine provisorische Regierung mit einem von den Mächten zu er-  
 nennenden provisorischen Gouverneur einzurichten. Über die Per-  
 sönlichkeit des künftigen Gouverneurs vermochte man sich nicht zu  
 einigen.

<sup>1)</sup> Deutscher Wortlaut einer Note des Grafen Murawiew vom 12. Juli 1897  
 siehe S. 269/270.

Ein grundlegender Bericht des nunmehr in Pera als deutscher Botschafter bevollmächtigten Frhrn. v. Marschall<sup>1)</sup> vom 25. Dezember 1897 weicht uns in die damals herrschenden Schwierigkeiten ein. Der Wunsch, den Prinzen Georg von Griechenland zum Gouverneur von Kreta zu machen, bildete nach deutscher Auffassung voraussichtlich den Ausgangspunkt für die Angliederung Kretas an Griechenland. Russischerseits trat man aber für die Kandidatur ein, da keine andere geeignete Persönlichkeit vorhanden war. Nr. 3254  
Nr. 3255  
Nr. 3256—  
3258

Um diese Kandidatur wurde nun unter den Großmächten lebhaft hin und her verhandelt. Deutschland tat das beste, was möglich war, indem es sich bei diesen Erörterungen auf die Zuschauerrolle zurückzog. Schließlich trat auch England lebhaft für die Kandidatur des Prinzen Georg von Griechenland ein, während der Sultan sich dagegen sträubte. Nr. 3270,  
3274, 3285  
Nr. 3272,  
3273, 3276  
Nr. 3277

Längere Zeit schien, da man sich über die Kandidatur des Prinzen nicht zu einigen vermochte, die kretische Frage, wie es der Botschafter Frhr. v. Marschall am 26. Februar 1898 ausdrückte, „in ein Stadium vollkommener Versumpfung“ zu geraten. Deutschland zog sich immer mehr zurück, ließ sein in Kanea stehendes deutsches Detachement durch S. M. S. „Oldenburg“ am 16. März 1898 einschiffen, die Flagge niederholen und das Schiff nach Messina abgehen. Der innerste Beweggrund Kaiser Wilhelms II. für diese Anordnung war, daß er nicht dazu beitragen wollte, durch Deutschlands Beteiligung an der immer mehr versumpfenden Kreta-Angelegenheit für England die Kastanien aus dem Feuer zu holen. Er ließ aber die russische Regierung wissen, daß es der deutschen Politik fernliege, die diplomatische Tätigkeit Rußlands im Orient dadurch erschweren zu wollen. Dem über die Abberufung des Schiffes besorgten Sultan wurde mitgeteilt, daß diese Maßnahme keineswegs als Symptom eines verminderten deutschen Interesses für die Türkei aufzufassen sei. Nr. 3287  
Nr. 3291

Ende August 1898 brachen auf der Insel Kreta, und zwar in Kandia, neue Aufstände der Mohammedaner aus, die sich gegen die englische Besatzung richteten. Mehrere hundert Christen und 21 englische Soldaten fielen als Opfer von Straßenkämpfen. Daraufhin beschossen am 6. September die englischen Kriegsschiffe Kandia, das zum größten Teil in Flammen aufging. Nunmehr schickten Italien, Rußland und Frankreich Verstärkungen nach Kreta.

Der Botschafter Frhr. v. Marschall sah in diesen Vorgängen ausweislich seines Berichtes vom 13. September 1898 nur eine logische und natürliche Folge der Politik, die seit sechs Monaten von den vier Kretamächten verfolgt worden sei. Deutschland war durch seinen Nr. 3297

<sup>1)</sup> An seine Stelle als Staatssekretär des Äußeren war im August 1897 der bisherige Botschafter in Rom, B. v. Bülow, getreten.

Austritt aus dem Kretakonzert von jeder Verantwortung frei. Es blieb daher auch den weiteren Versuchen der Großmächte, auf die Türkei im Sinne der Zurückziehung der türkischen Behörden und Truppen von der Insel einzuwirken, fern.

Nr. 3300

Nr. 3301

Nr. 3305

Nr. 3307

Schließlich richteten am 4. Oktober die vier beteiligten Mächte an die Pforte eine Note, in der sie die Zurückziehung der türkischen Truppen aus Kreta binnen eines Monats verlangten. Der Sultan rief Deutschlands Vermittlung an. Der Kaiser hat dem Wunsche des Sultans durch einen aus Konstantinopel, wo er auf seiner Palästinafahrt am 18. Oktober angelangt war<sup>1)</sup>, datierten Brief vom 20. Oktober 1898 an den Zaren entsprochen. Es hieß darin wörtlich<sup>2)</sup>: „Ich flehe Dich an, dieser Angelegenheit nochmals Deine ernsteste Aufmerksamkeit zu widmen, und wenn möglich ein Mittel zu finden, wodurch Du den Sultan aus einer gefährlichen und kompromittierenden Lage gegen seine Untertanen befreien und die Kretafrage in einer für ihn annehmbaren Weise lösen kannst. Vergiß nicht, daß sein Heer tapfer und siegreich für Kreta bei Larissa und Domokos gefochten und die Provinz zurückerobert hat . . . Welch glänzende Gelegenheit für Dich, in Erscheinung zu treten und den Sultan vor Schande, die Welt vor blutigem Kriege zu bewahren und die Dankbarkeit aller Mohammedaner zu gewinnen!“

Dieser warmherzige Appell blieb zunächst ohne Erfolg, und erst am 14. Dezember, nachdem die Ernennung des Prinzen Georg von Griechenland zum Oberkommissar von Kreta durchgesetzt worden war, beantwortete der Zar dem Kaiser unter Hinweis auf diese Tatsache seinen Brief.

Nr. 3309

Mit der Ernennung des Prinzen Georg fand, wie Botschafter Frhr. v. Marschall am 28. November 1898 abschließend berichtete, die seit Jahren schwebende kretische Frage einen vorläufigen formellen Abschluß. Nach seiner Meinung hatte nur England in der kretischen Frage eine klare und zielbewußte Politik verfolgt; es hatte auf der wichtigen Insel festen Fuß gefaßt und sich dort häuslich eingerichtet, um so lange zu bleiben, bis Ruhe und Ordnung dauernd hergestellt seien. „Wenn in nächster Zukunft wieder einmal im Orient blutige Konflikte zwischen Christen und Muselmanen stattfinden, und wie üblich die europäische Christenwelt sich in die Brust wirft bei dem Gedanken, daß wir doch bessere Menschen sind, so wird es nützlich sein, der Behandlung der Kretafrage zu gedenken und ernst zu prüfen, ob der muselmanischen Erbitterung wirklich fanatischer Glaubenshaß oder nicht vielmehr christliche Ungerechtigkeit zugrunde liegt.“

<sup>1)</sup> Vgl. S. 178.

<sup>2)</sup> Vgl. Briefe Wilhelms II. an den Zaren 1894—1914. Herausgegeben und eingeleitet von Professor Dr. Walter Goetz. Berlin, Verlag Ullstein (1920).

## Kapitel 82

## Die Mazedonische Reformfrage 1898—1899

Im März 1898 ließ die russische Regierung in Sofia darauf aufmerksam machen, daß nach in St. Petersburg eingegangenen Nachrichten die mazedonische Bewegung in Bulgarien nicht energisch genug bekämpft würde, und daß bedrohliche Wendungen daraus zu befürchten seien. Auch Botschafter Frhr. v. Marschall war nicht unbesorgt, da nach seiner Meinung die jüngsten Vorgänge in Kreta auf die unzufriedene Bevölkerung in Mazedonien zurückwirken mußten. Der russische Botschafter aber hatte Marschall gegenüber wiederholt betont, wenn ein Massaker in Mazedonien verübt werde, sei die Intervention der Mächte unausbleiblich. Die Türkei könne aber Mazedonien weniger leicht verlieren als Kreta. Nr. 3310  
Nr. 3311

Auch England und Italien suchten 1899 in Pera für die Abwehr der mazedonischen Gefahr zu wirken. Der erste Anstoß zu dem Versuche, einen Meinungs-austausch über die mazedonische Frage in Gang zu bringen, ging von dem italienischen Admiral Canevaro aus. Darin lag eine große Gefahr, und die deutsche Politik hielt sich von einer Begünstigung dieses Schrittes durchaus fern. Versuche, den Sultan zu Reformen oder Zugeständnissen zu bewegen, konnten nach deutscher Auffassung nur den entgegengesetzten Erfolg haben und dazu beitragen, die nationalen Leidenschaften in Mazedonien noch höher aufflammen zu lassen. Bald aber trat Rußland in den Vordergrund, indem es dem Sultan die Erwartung der russischen Regierung aussprechen ließ, er möge ungesäumt Maßregeln treffen, „um die mazedonischen Christen wirksam zu schützen und ihr Los zu bessern“. Der Sultan entschloß sich zum Erlaß eines Iradees in diesem Sinne. Nr. 3316—  
3318, 3319,  
3322  
Nr. 3324  
Nr. 3330,  
3332  
Nr. 3331

Die weitere Entwicklung der mazedonischen Reformfrage, bei der Deutschland dauernd im Hintergrunde blieb, ist aus den Dokumenten Nr. 3333—3337, die bis zum Oktober 1899 reichen, zu entnehmen.

## Kapitel 83

## Deutschlands Einfluß am Goldenen Horn 1898—1899

Wichtiger als alle vorhergegangenen Kapitel sind für die Beurteilung der deutschen Politik die im 83. Kapitel enthaltenen Dokumente, die Deutschlands Einfluß am Goldenen Horn in den Jahren 1898 bis 1899 behandeln, denn die Haltung der deutschen Politik in allen Orientfragen wurde durch Deutschlands Beziehungen zur Türkei maßgebend bestimmt. Für den Leser empfiehlt sich auch

hier wieder die Benutzung der synchronistischen Zusammenstellung, da der im 83. Kapitel erörterte Zeitabschnitt — 1897 bis 1899 — auch in den vorhergehenden Kapiteln bereits behandelt ist.

Zunächst ist einer wichtigen Verschiebung im Personalbestande der deutschen Diplomatie zu gedenken. Im Herbst 1897 war der Botschafter Frhr. v. Saurma von Konstantinopel nach Rom versetzt worden. An seine Stelle trat am 20. Oktober 1897 der bisherige Staatssekretär Frhr. v. Marschall, der die Führung der Geschäfte des Auswärtigen Amts schon vorher an den bisherigen Botschafter in Rom, Bernhard v. Bülow<sup>1)</sup>, abgegeben hatte.

Nr. 3338 Schon im November 1897 kam in Pera die Absicht des Deutschen Kaisers zur Sprache, im Jahre 1898 zu einem noch näher zu bestimmenden Zeitpunkte an der feierlichen Einweihung der neubauten Kirche in Jerusalem teilzunehmen. Diese Reise diente in erster Linie religiösen Zwecken, konnte aber naturgemäß auch politische Ergebnisse zeitigen. Sie wurde daher von Frankreich, das sich als Protektor der Christen im Orient fühlte, von ihren ersten Anfängen an mit eifersüchtiger Aufmerksamkeit verfolgt. Nähere Mitteilungen hierüber enthält der den Band abschließende Anhang<sup>2)</sup>.

Von großem historischen und politischen Interesse ist die fortlaufende Berichterstattung des Botschafters Frhrn. v. Marschall aus Pera, von dessen politischer Anschauungswelt — außer den schon früher erwähnten Schriftstücken — die Dokumente Nr. 3339, 3340, 3341, 3348 und 3349 ein besonders beredtes Zeugnis ablegen.

Nr. 3339 In einem Berichte vom 5. März 1898 untersuchte Marschall die Gründe für die bedeutende Stellung, die sich Deutschland in der Türkei zu erwerben gewußt hatte. Er erblickte in dem großen Ansehen Deutschlands in der Türkei und in der warmen Sympathie, die sich gerade jetzt nach dem glücklichen Abschluß des Krieges gegen Griechenland kundgebe, kein unverlierbares Gut. Es gelte, meinte er, den Gegnern scharf auf die Finger zu sehen und aufmerksam zu beobachten, nach welcher Richtung ihre Wünsche und Bestrebungen sich bewegten. Einen großen Teil des Ansehens, das Deutschland in der Türkei genieße, schob Marschall den deutschen Offizieren und ihren Leistungen zu, hauptsächlich dem General Frhrn. v. der Goltz, der den Türken den augenfälligen Beweis deutschen Wissens und Könnens geliefert habe.

Nr. 3340 Rußland, berichtete Marschall am 24. Mai 1898, verfolge offenbar immer das Ziel, die Türkei an der Stärkung ihrer Wehrkraft zu hindern. Deshalb mahne es immer wieder, wenn es sich um die

<sup>1)</sup> Botschafter B. v. Bülow war am 19. Juni 1897 zum stellvertretenden Staatssekretär des Äußeren bestimmt und am 6. August zum Staatssekretär ernannt worden. Er übernahm die Geschäfte am 14. August 1897.

<sup>2)</sup> Vgl. unten S. 178.

Bestellung von Kriegsmaterial handele, die Türkei an die Bezahlung der alten türkischen Kriegsentschädigung vom Kriege 1877/78 her. Der französische Botschafter aber, der die Türken überall isolieren wolle, schade gerade hierdurch den Interessen seines Landes. „Der Türke“, sagt Marschall wörtlich, „hat ein feines Gefühl für das, was wohlstandig ist, und empfindet eine natürliche Abneigung gegen das, was wir ‚parvenu‘ nennen. Und ‚parvenu‘ bleibt ihm die französische Republik und die französische Politik trotz der vornehmen Allianz, mit der sie sich brüstet. — Mit dem politischen Einfluß, den ein Staat auf den anderen ausübt, ist es eine eigene Sache; es ist unter Umständen leicht, durch eine momentane Konstellation solchen Einfluß sich zu erwerben, aber recht schwer, ihn auf die Dauer zu erhalten. Menschliche Geistes- und Muskelkraft stärken sich durch häufige Übung, umgekehrt droht der Einfluß, den wir auf andere Menschen ausüben, im Gebrauch sich abzuschwächen und zu verzehren. Das gilt im privaten Leben und noch mehr in den Beziehungen zweier Staaten. Gerade einem schwächeren Staate gegenüber wird man eine einflußreiche Stellung nur dann bewahren, wenn man sie maßvoll und vorsichtig benutzt, und die eigene Superiorität möglichst wenig fühlbar macht.“

Das Vertrauen der Türken gründete sich nach Marschalls Ansicht auf die Überzeugung, daß Deutschland, weil es den Frieden wolle, auch für die Erhaltung und die Integrität des Ottomanischen Reiches eintrete. Von deutschem Standpunkte hielt Marschall es daher für die richtige Politik, das in der Türkei übliche Intrigenspiel zu Nr. 3341 beobachten, aber von einer gewissen Entfernung aus. Auch sollte die Türkei sich stets bewußt bleiben, Deutschland gegenüber der empfangende Teil zu sein.

Anfangs August 1898 reichte der deutsche Militärattaché in Konstantinopel, Hauptmann Morgen, einen Bericht ein, in dem er eine Nr. 3342 wesentliche Verstärkung der türkischen Landesverteidigung forderte und der deutschen Regierung empfahl, dem Sultan einen tüchtigen deutschen Fußartillerieoffizier als Reorganisator der Befestigungen zu „oktroyieren“. Der Kaiser, dem der Bericht zuzuging, war durchaus dagegen, ebenso auch der stellvertretende Staatssekretär, Frhr. v. Richthofen, der sich dieserhalb an den in Semmering weilenden Nr. 3343 Staatssekretär B. v. Bülow wendete, und vor allem Bülow selbst, der Nr. 3344 sich über die „Morgensche Vielgeschäftigkeit und Eifrigkeit“ in einem langen Briefe an den Kaiser aussprach.

Im Oktober erregte die Orientreise Kaiser Wilhelms II. die Aufmerksamkeit der ganzen Welt. Sie begann mit einem Besuche in Konstantinopel, der vom 18. bis 22. Oktober dauerte. Am 29. Oktober kam das Kaiserpaar in Jerusalem an. Am gleichen Tage erfolgte

dort die Einweihung der evangelischen Erlöserkirche, und zwei Tage später überwies der Kaiser das auf seine Veranlassung von der Türkei für ihn erworbene Grundstück „La Dormition de la Sainte Vierge“ in Jerusalem dem „deutschen Verein vom heiligen Lande“ zur freien Nutznießung. Die Orientreise fand in einem Besuche des Kaiserpaars in Damaskus ihren Abschluß, bei dem der Kaiser den berühmten Trinkspruch ausbrachte, der mit den Worten schloß: „Möge Seine Majestät der Sultan und mögen die 300 Millionen Mohammedaner, welche auf der Welt zerstreut lebend in ihm ihren Kalifen verehren, dessen versichert sein, daß zu allen Zeiten der Deutsche Kaiser ihr Freund sein wird.“ Ein anfangs geplanter Abstecher nach Ägypten wurde aufgegeben, da sich die Lage in Frankreich durch den Fashoda-Konflikt und durch die Dreyfus-Affäre gefährlich zugespitzt hatte.

- Nr. 3346 Die Wirkung der Kaiserreise auf den Sultan, aber auch auf die anderen Mächte war eine große. Eine für den Prinzen Heinrich bestimmte Aufzeichnung vom 15. November 1898 zeigt, daß der Staatssekretär B. v. Bülow besonders die wirtschaftlichen Errungenschaften der Reise sehr hoch anschlug. Zwischen Deutschland und der Türkei waren jedenfalls so nahe Beziehungen angebahnt, daß sie die Einwirkung interessierter anderer Mächte überdauerte.
- Nr. 3349 Vor allem erblickte der Sultan in Deutschland die festeste Stütze der monarchischen Gewalt und rechnete auf die bewährte Uneigennützigkeit der deutschen Politik im Orient. Hierbei lag türkischerseits die Hoffnung zugrunde, deutsche Interessen in der Türkei in einem so weiten Maße engagiert zu sehen, daß im Falle einer Bedrohung des Bestandes des Ottomanischen Reiches durch Rußland Deutschland zum natürlichen Bundesgenossen der Türkei werden mußte.
- Nr. 3350

## A n h a n g

### Die Orientreise Kaiser Wilhelms II. und die Protektorsfrage 1898—1899

- Nr. 3351—  
3395 Der Anhang des Bandes 12 stellt in den Dokumenten Nr. 3351 bis 3395 alles zusammen, was die Orientreise Kaiser Wilhelms II. und die Frage des Protektorats der im Orient lebenden Christen betrifft. Er bringt hauptsächlich den der Reise vorhergehenden Notenwechsel über die Erwerbung der „Dormition de la Sainte Vierge“ in Jerusalem und die Verhandlungen mit dem Papste über die Ausübung des Protektorats über die im Orient lebenden Christen. Hierbei ergeben sich interessante Streiflichter auf die Stellung Frankreichs, das sich stets als Protektor der Christen im Orient angesehen hatte.
- Nr. 3358—  
3365 Auch die Versuche des Sultans, eine unmittelbare Vertretung beim päpstlichen Stuhle zu erhalten, und die schließlich scheiterten, werden dargelegt.

In der Frankreich lebhaft interessierenden Frage seines Protektorate im Orient setzte sich nach der Orientreise des Kaisers in Deutschland die Auffassung durch, daß Deutschland zwar weit entfernt sei, eine Schutzherrschaft über andere Staatsbürger in Anspruch zu nehmen, daß es aber dem Kaiser über die dortigen Deutschen ohne weiteres zustehe. Ein solches Protektorat sei aber nicht erst durch die Orientreise des Kaisers begründet worden, sondern bestehe bereits seit dem 18. Januar 1871. In diesem Sinne äußerte sich auch Staatssekretär B. v. Bülow in seiner Reichstagsrede vom 13. Dezember 1898.

Nr. 3368,  
3370—  
3347, 3387,  
3393



Synchronistische Zusammenstellung  
der  
in den Bänden VII—XII,2 enthaltenen Dokumente

## Vorbemerkung

Die in Klammern stehenden Zahlen bezeichnen  
Anlagen zu den Aktenstücken

Jahr		Band VII	Band VIII	Band IX	Band X	Band XI	Band XII,1	Band XII,2
Tag	Monat	Die Anfänge des neuen Kurses		Der nahe und der ferne Osten	Das türkische Problem 1895	Die Krügerdepesche u. das Europäische Bündnis-system	Alte und neue Balkanhandel	
		I Der russische Draht	II Die Stellung Englands zwischen den Mächten					
	<b>1880</b>							
3.	Oktober						(2949)	
	<b>1882</b>							
4.	Mai						(2949)	
	<b>1889</b>							
7.	Dez.		1672					
18.	„		1673					
22.	„		1674					
	<b>1890</b>							
12.	Februar	1539						
6.	März	1540						
12.	„			2073				
19.	„			2074				
20.	„	1366, 1367						
25.	„	1368						
26.	„		1972					
28.	„	1369						
1.	April	1541						
2.	„		1775					
3.	„	1370, 1371		2075				
5.	„		1777					
8.	„		1974					
9.	„		1776					
12.	„	1542						
14.	„		1778	2076				
16.	„	1543						
20.	„			2077				
22.	„			2078				
26.	„			2079				

Jahr		Band VII	Band VIII	Band IX	Band X	Band XI	Band XII,1	Band XII,2
Tag	Monat	Die Anfänge des neuen Kurses		Der nahe und der ferne Osten	Das türkische Problem 1895	Die Krügerdepesche u. das Europäische Bündnis-system	Alte und neue Balkanhandel	
		I Der russische Draht	II Die Stellung Englands zwischen den Mächten					
1890								
29.	April		1779,1780, 1781					
30.	„		1675	2080				
1.	Mai			2084				
2.	„		1782	2081,2082,				
6.	„			2083				
8.	„			2085				
11.	„		1975	2086				
14.	„	(1373)	1676	2087				
15.	„	1372	1862	2089				
16.	„	1373		2088				
17.	„		1677					
19.	„			2090				
20.	„	1374,1375 1376, 1377						
22.	„	1379	1678					
23.	„	1378	1679	2091				
24.	„		1863	2092				
25.	„		1680					
29.	„	1380	1681					
30.	„		1682					
31.	„		1683, 1783					
2.	Juni		1784,1864 1976					
4.	„	1381, 1382	1684, 1685					
5.	„		1686					
6.	„		1687					
8.	„			2093				
9.	„	1383						
11.	„		1688					
14.	„		1689					
16.	„		1785					
19.	„	1489	1690					
24.	„	1490						
26.	„		1865					
27.	„		1866, 1867					
29.	„		1786					
1.	Juli			2094				
4.	„		1868					

Jahr		Band VII	Band VIII	Band IX	Band X	Band XI	Band XII,1	Band XII,2
Tag	Monat	Die Anfänge des neuen Kurses		Der nahe und der ferne Osten	Das türkische Problem 1895	Die Krügerdepesche u. das Europäische Bündnis-system	Alte und neue Balkanhandel	
		I Der russische Draht	II Die Stellung Englands zwischen den Mächten					
1890								
12.	Juli		1691					
16.	„		1869, 1870	2095				
17.	„		1871, 1872	2096				
18.	„	1609	1692, 1693 1694, 1695, 1874					
19.	„		1873, 1875, 1876, 1877					
20.	„		1696					
21.	„		1878					
22.	„		1698, 1882					
23.	„		1697, 1879, 1880, 1881					
24.	„		1699, 1700					
25.	„		1701, 1702, 1703, 1883					
26.	„	1491						
29.	„		1884					
30.	„	1610	1885					
31.	„			2097				
1.	August		1887	2175				
2.	„		1886, 1888, 1889					
3.	„		1890, 1891	2176				
5.	„		1892					
7.	„			2098				
8.	„			2099, 2100				
9.	„		1893					
10.	„		1894					
11.	„		1895	2101				
19.	„		1787	2102				
25.	„	1611						
26.	„		1896					
29.	„		1977					
31.	„			2103				
4.	Sept.			2104				
7.	„	1613						
8.	„	1612						
15.	„			2177				
24.	„	1614						

Jahr		Band VII	Band VIII	Band IX	Band X	Band XI	Band XII,1	Band XII,2
Tag	Monat	Die Anfänge des neuen Kurses		Der nahe und der ferne Osten	Das türkische Problem 1895	Die Krügerdepesche u. das Europäische Bündnis-system	Alte und neue Balkanhändler	
		I Der russische Draht	II Die Stellung Englands zwischen den Mächten					
<b>1890</b>								
28.	Sept.			2178				
3.	Oktober		1978					
6.	"			2179				
9.	"			2180				
13.	"	1393						
18.	"			2105				
21.	"		1979					
5.	Nov.		1897					
7.	"	1394						
9.	"	1615						
10.	"	1395						
17.	"		1704, 1705					
20.	"	1396						
30.	"	1397						
3.	Dez.	1626						
8.	"		1980					
11.	"	1398						
15.	"		1981					
16.	"	1399						
25.	"		1914					
27.	"		1898					
29.	"		1899					
<b>1891</b>								
4.	Januar							
6.	"	1492, 1544	1900, 1901, 1915					
21.	"	1400						
30.	"	1616						
16.	Februar	1401						
17.	"	1545						
19.	"	1546						
20.	"	1627						
26.	"	1547, 1548, 1552	1788					
27.	"	1464, 1549, 1553						
28.	"	1550, 1551						
2.	März	1554		2106				
3.	"	1555	1982					
4.	"	1556, 1557		2107				

Jahr		Band VII	Band VIII	Band IX	Band X	Band XI	Band XII,1	Band XII,2
Tag	Monat	Die Anfänge des neuen Kurses		Der nahe und der ferne Osten	Das türkische Problem 1895	Die Krügerdepesche u. das Europäische Bündnis-system	Alte und neue Balkanhändel	
		I Der russische Draht	II Die Stellung Englands zwischen den Mächten					
<b>1891</b>								
5.	März	1493, 1558		2108				
6.	„	1465						
7.	„	1402						
9.	„	1403, 1404						
11.	„	1405						
13.	„		1901					
14.	„		1902					
15.	„			2109				
17.	„	1466						
19.	„	1406, 1407, 1467						
23.	„	1408, 1559, 1617						
25.	„	1468						
26.	„	1469	1706					
30.	„	1470, 1560						
31.	„	1561	1916					
1.	April		1789					
4.	„	1562, 1628						
5.	„	1409						
6.	„	1494, 1563	1790					
12.	„		1707					
			1903, 1983					
13.	„	1495						
14.	„	1496, 1629						
15.	„	1410						
17.	„	1497	1791					
18.	„		1708					
21.	„	1411, 1630	1709					
23.	„	1412						
24.	„	1413, 1414						
		1415						
25.	„	1416		2110				
27.	„	1417						
28.	„	1418, 1419						
30.	„	1420, 1421						
1.	Mai	1422						
2.	„	1423, 1498						
4.	„	1564						
5.	„		1792					

Jahr		Band VII	Band VIII	Band IX	Band X	Band XI	Band XII,1	Band XII,2
Tag	Monat	Die Anfänge des neuen Kurses		Der nahe und der ferne Osten	Das türkische Problem 1895	Die Krügerdepesche u. das Europäische Bündnis-system	Alte und neue Balkanhandel	
		I Der russische Draht	II Die Stellung Englands zwischen den Mächten					
<b>1891</b>								
6.	Mai	1424, 1426, 1427, 1631						
7.	„	1425						
8.	„	1428						
9.	„	1565						
10.	„	1566						
14.	„	1499						
15.	„	1567						
18.	„		1710					
20.	„		1711					
21.	„		1984					
23.	„	1632	1712, 1713					
24.	„	1500						
25.	„		1714					
27.	„	1501, 1568	1715					
28.	„		1917					
30.	„		1716					
1.	Juni		1717					
3.	„		1718					
4.	„	1431						
5.	„		1719					
6.	„		1720, 1793					
7.	„		1721					
8.	„		1722					
10.	„		1723, 1918					
13.	„		1794, 1919					
18.	„	1618						
19.	„	1429	1795					
21.	„	1569	1796					
26.	„		1797					
28.	„		1920					
29.	„	1430	1798					
30.	„		1799					
2.	Juli		1780					
6.	„		1724	2111				
11.	„		1725					
19.	„		1726					
20.	„		1922					
21.	„	1570	1727, 1921					

Jahr		Band VII	Band VIII	Band IX	Band X	Band XI	Band XII,1	Band XII,2
Tag	Monat	Die Anfänge des neuen Kurses		Der nahe und der ferne Osten	Das türkische Problem 1895	Die Krügerdesche u. das Europäische Bündnis-system	Alte und neue Balkanhändel	
		I Der russische Draht	II Die Stellung Englands zwischen den Mächten					
<b>1891</b>								
26.	Juli		1985					
28.	„		1801					
29.	„	1571						
30.	„	1502						
3.	August		1802					
4.	„	1471,1505		2112				
		1572						
5.	„	1504						
7.	„	1472,1503,						
		1573						
8.	„	1508						
11.	„	1473						
19.	„	1506						
20.	„	1509						
22.	„	1507						
24.	„		1728					
25.	„	1433						
26.	„		1729					
27.	„	1434						
30.	„	1510						
2.	Sept.	1574						
8.	„		1923					
15.	„		1803					
18.	„	1575						
19.	„		1804	2113, 2114				
20.	„		1805					
24.	„	1576	1806					
2.	Oktober	1577						
5.	„	1578						
7.	„			2115				
12.	„			2116				
14.	„	1579						
20.	„		1807(1924)					
21.	„		1924					
23.	„		1925					
24.	„		1926					
25.	„	1474	1808					
27.	„		1927					
28.	„		1928	2117				
29.	„	1475, 1476						

Jahr		Band VII	Band VIII	Band IX	Band X	Band XI	Band XII,1	Band XII,2
Tag	Monat	Die Anfänge des neuen Kurses		Der nahe und der ferne Osten	Das türkische Problem 1895	Die Krügerdepesche u. das Europäische Bündnis-system	Alte und neue Balkanhändel	
		I Der russische Draht	II Die Stellung Englands zwischen den Mächten					
<b>1891</b>								
30.	Oktober		1929					
31.	„	1477						
2.	Nov.		1930, 1931					
3.	„		1932					
4.	„	1511	1933					
5.	„		1934					
8.	„		1935					
10.	„		1936					
11.	„		1937, 1938					
12.	„		1939					
13.	„		1940					
19.	„		1941, 1942					
23.	„	1512						
24.	„	1513						
25.	„	1514, 1515, 1619, 1633		2118				
30.	„	1634						
3.	Dez.	1432						
20.	„		1986					
23.	„			2119				
25.	„		1943					
30.	„	1478						
<b>1892</b>								
11.	Januar	1479, 1516						
27.	„			2120				
28.	„			2121				
30.	„			2122, 2123				
4.	Februar		1809	2124				
9.	„	1620		2125				
11.	„	1621						
12.	„	1622, 1623						
20.	„	1624						
3.	März	1480						
8.	„	1625						
20.	„	1481						
14.	April	1517						
19.	„		1944					
23.	„	1435						
24.	„	1436	1810					

Jahr		Band VII	Band VIII	Band IX	Band X	Band XI	Band XII,1	Band XII,2
Tag	Monat	Die Anfänge des neuen Kurses		Der nahe und der ferne Osten	Das türkische Problem 1895	Die Krügerdepesche u. das Europäische Bündnis-system	Alte und neue Balkanhandel	
		I Der russische Draht	II Die Stellung Englands zwischen den Mächten					
<b>1892</b>								
29.	April	1437						
30.	„	1438						
4.	Mai		1945					
8.	„	1439						
15.	„	1440						
16.	„	1482						
21.	„	1441						
25.	„	1580,1581, 1584						
26.	„	1582,1583 1585						
27.	„	1586						
30.	„	1587						
8.	Juni	1484,1588						
9.	„	1635						
10.	„	1636						
11.	„	1637						
15.	„	1483						
15.	„	1485						
22.	„		1811					
25.	„		1946					
10.	Juli		1947					
18.	„		1731					
19.	„		1732					
20.	„		1733					
21.	„	1518						
25.	„	1486						
27.	„		1948					
2.	August	1519						
4.	„		1734					
6.	„			2126				
10.	„		1949					
11.	„		1950					
18.	„		1735					
20.	„		1736					
6.	Sept.		1737					
7.	„	1520	1738,1739,					
11.	„		1740					
14.	„		1741, 1951					
19.	„	1589						

Jahr		Band VII	Band VIII	Band IX	Band X	Band XI	Band XII,1	Band XII,2
Tag	Monat	Die Anfänge des neuen Kurses		Der nahe und der ferne Osten	Das türkische Problem 1895	Die Krügerdepesche u. das Europäische Bündnis-system	Alte und neue Balkanhandel	
		I Der russische Draht	II Die Stellung Englands zwischen den Mächten					
<b>1892</b>								
20.	Sept.	1521						
26.	„		1742					
11.	Oktober		1812					
12.	„		1743					
13.	„	1522						
11.	Nov.			2127				
15.	„	1638						
17.	„		1813					
18.	„	1639, 1640 1641, 1642	1952					
23.	„	1487						
24.	„		1744	2128				
8.	Dez.	1523						
12.	„	1524						
26.	„		1814					
28.	„	1525	1815					
<b>1893</b>								
5.	Januar		1817					
6.	„	1643		2129				
7.	„		1816					
13.	„	1644						
14.	„		1818					
18.	„	1590						
19.	„	1591, 1592						
22.	„	1593, 1594	1819					
23.	„	1595						
24.	„		1820					
25.	„	1526						
26.	„	1596						
27.	„	1646						
28.	„		1821					
29.	„		1822					
30.	„	1527	1823					
31.	„	1645, 1647	1824, 1826					
1.	Februar		1825					
2.	„		1827					
4.	„		1828					
5.	„	1648	1829					
6.	„	1649						

Jahr		Band VII	Band VIII	Band IX	Band X	Band XI	Band XII,1 Band XII,2
Tag	Monat	Die Anfänge des neuen Kurses		Der nahe und der ferne Osten	Das türkische Problem 1895	Die Krügerdepesche u. das Europäische Bündnis-system	Alte und neue Balkanhändel
		I Der russische Draht	II Die Stellung Englands zwischen den Mächten				
<b>1893</b>							
8.	Februar		1830				
9.	"		1831				
11.	"	1650					
17.	"	1651					
10.	März	1652					
17.	"			2130			
24.	"	1653					
27.	"			2131			
29.	"	1654		2181			
5.	April	1597	1832				
10.	"			2132			
15.	"			2133			
18.	"		1833, 1834				
30.	"	1528, 1655					
1.	Mai	1656		2134			
26.	"		1745				
27.	"		1746, 1835				
31.	"		1747				
2.	Juni		1904, 2017				
3.	"		1748				
9.	"	1657	1906				
10.	"		1905				
15.	"		1836				
21.	"		1953				
8.	Juli		1907				
9.	"		1837				
11.	"		1838				
13.	"		1839, 1841				
14.	"		1840				
15.	"	1598	1842				
21.	"		1843				
22.	"	1661, 1662					
23.	"		1844				
24.	"		1845				
26.	"		1749				
27.	"		1750				
28.	"	1663	1751				

Jahr		Band VII	Band VIII	Band IX	Band X	Band XI	Band XII, 1	Band XII, 2
Tag	Monat	Die Anfänge des neuen Kurses		Der nahe und der ferne Osten	Das türkische Problem 1895	Die Krügerdepesche u. das Europäische Bündnis-system	Alte und neue Balkanhandel	
		I Der russische Draht	II Die Stellung Englands zwischen den Mächten					
	1893							
31.	Juli		1752, 1753,					
			1754					
1.	August		1755					
2.	„		1756					
4.	„		1757					
18.	„		1758					
19.	„	1446						
20.	„	1442, 1443,						
		1444						
21.	„	1445, 1447						
22.	„	1448						
23.	„	1449						
25.	„	1450						
10.	Sept.		2018					
13.	„		1759					
19.	„		1760, 1908,					
			2019, 2020					
24.	„	1530, 1664						
27.	„	1451, 1658	1761					
28.	„	1529						
6.	Oktober	1452						
8.	„			2182				
10.	„	1453		2183				
13.	„	1531						
16.	„	1488						
17.	„	1532, 1599						
		1600						
18.	„	1601						
20.	„	1602						
24.	„		1762					
25.	„	1603						
28.	„	1665						
30.	„	1533						
1.	Nov.		1846					
6.	„			2135				
16.	„		2021					
27.	„	1534						
28.	„			2136				
6.	Dez.			2137				

Jahr		Band VII	Band VIII	Band IX	Band X	Band XI	Band XII,1	Band XII,2
Tag	Monat	Die Anfänge des neuen Kurses		Der nahe und der ferne Osten	Das türkische Problem 1895	Die Krügerdepesche u. das Europäische Bündnis-system	Alte und neue Balkanhandel	
		I Der russische Draht	II Die Stellung Englands zwischen den Mächten					
<b>1893</b>								
7.	Dez.		1954					
20.	„			2138				
22.	„			2139, 2141				
23.	„			2140				
26.	„	1535						
29.	„		1763					
30.	„			2142, 2143				
31.	„	1454						
<b>1894</b>								
6.	Januar	1455		2144				
12.	„			2145				
20.	„		1955					
27.	„	1536						
29.	„		1987					
30.	„							
12.	Februar	1604						
13.	„			2146				
14.	„			2147				
16.	„		1988, 1989					
18.	„	1666						
19.	„		1990					
20.	„	1456						
27.	„			2148, 2149				
28.	„		1956	2150				
8.	März			2151, 2152				
9.	„		1957					
16.	„	1667						
17.	„	1537, 1668						
28.	„			2153				
31.	„			2154				
1.	April		1764					
4.	„	1669						
6.	„	1670						
14.	„		2022					
17.	„		1847, 2023					
18.	„		2024					
23.	„		2025	2155				
24.	„		1991, 2026					
27.	„		2027					

Jahr		Band VII	Band VIII	Band IX	Band X	Band XI	Band XII,1	Band XII,2
Tag	Monat	Die Anfänge des neuen Kurses		Der nahe und der ferne Osten	Das türkische Problem 1895	Die Krügerdepesche u. das Europäische Bündnis-system	Alte und neue Balkanhändler	
		I Der russische Draht	II Die Stellung Englands zwischen den Mächten					
<b>1894</b>								
1.	Mai		2030					
2.	"		1848, 2028					
9.	"	1671	1849					
10.	"		2029, 2031					
25.	"		2032					
26.	"		2033					
27.	"		2034					
28.	"		2035					
30.	"		2036					
31.	"		2037					
1.	Juni		2038, 2039	2156				
3.	"		2040					
5.	"		1992					
7.	"		2041					
8.	"		1909, 2042					
9.	"		2043					
10.	"			2157				
11.	"		1910, 1958, 1993, 2044, 2047					
12.	"		1959, 1994, 2045, 2046, 2048	2158				
13.	"		1911, 2049, 2050					
14.	"		2051, 2052					
15.	"		1960, 2053, 2054, 2055, 2057					
16.	"		2056, 2058, 2059	2159				
17.	"		1765, 1912, 2060, 2061, 2062, 2063, 2064					
18.	"		1766, 2065, 2066, 2067, 2068					
20.	"		1767					

Jahr		Band VII	Band VIII	Band IX	Band X	Band IX	Band XII,1	Band XII,2
Tag	Monat	Die Anfänge des neuen Kurses		Der nahe und der ferne Osten	Das türkische Problem 1895	Die Krügerdepesche u. das Europäische Bündnis-system	Alte und neue Balkanhandel	
		I Der russische Draht	II Die Stellung Englands zwischen den Mächten					
<b>1894</b>								
21.	Juni		1961, 1995					
22.	„		1913					
25.	„		2069					
26.	„		2070					
29.	„		1850					
30.	„	1605	2071					
1.	Juli	1606, 1607						
4.	„		1852					
5.	„	1608	1851					
9.	„		1853, 1854					
13.	„			2160				
16.	„			2213				
17.	„		1855					
21.	„		1996					
25.	„		1997					
23.	August		1856					
24.	„		1857					
25.	„		1768					
5.	Oktober		1962					
6.	„		1963	2214				
7.	„		1964	2215				
8.	„		1858, 1965					
9.	„			2216				
14.	„			2217				
23.	„	1660						
24.	„	(Band V)						
		1143						
30.	„	1659						
31.	„			2329				
11.	Nov.			2161				
12.	„			2218				
16.	„			2162, 2184				
17.	„			2219, 2220				
22.	„			2163, 2164				
23.	„			2185, 2221				
24.	„		1769					
25.	„		1770					
27.	„	1538		2165				
28.	„			2186				
29.	„			2330				

Jahr		Band VII	Band VIII	Band IX	Band X	Band XI	Band XII,1	Band XII,2
Tag	Monat	Die Anfänge des neuen Kurses		Der nahe und der ferne Osten	Das türkische Problem 1895	Die Krügerdepesche u. das Europäische Bündnis-system	Alte und neue Balkanhandel	
		I Der russische Draht	II Die Stellung Englands zwischen den Mächten					
<b>1894</b>								
30.	Nov.		1771, 1966	2166, 2187				
1.	Dez.			2167, 2188				
4.	"			2168				
5.	"			2189				
8.	"			2190				
11.	"			2171				
12.	"			2191				
13.	"			2169, 2331				
14.	"			2170, 2192				
18.	"			2193				
19.	"			2194				
20.	"			2196				
21.	"			2195				
23.	"			2197, 2198				
30.	"			2172, 2199				
31.	"			2200, 2308				
<b>1895</b>								
2.	Januar			2332				
3.	"		1998, 1999, 2000					
4.	"		2001, 2002	2333				
5.	"			2334				
6.	"	1457		2335, 2336, 2337				
7.	"	1458	1967	2338, 2339				
8.	"		2003	2201, 2340				
9.	"			2341, 2342				
12.	"		1968, 2004					
13.	"		1969, 2005					
21.	"		1970, 2006					
22.	"		2007					
24.	"		2008					
25.	"		2009					
28.	"		1971, 2010					
29.	"			2173				
30.	"		2011					
31.	"		2012	2309				
1.	Februar			2222		2577		
4.	"		2072					

Jahr		Band VII	Band VIII	Band IX	Band X	Band XI	BandXII,1	BandXII,2
Tag	Monat	Die Anfänge des neuen Kurses		Der nahe und der ferne Osten	Das türkische Problem 1895	Die Krügerdepesche u. das Europäische Bündnis-system	Alte und neue Balkanhandel	
		I Der russische Draht	II Die Stellung Englands zwischen den Mächten					
<b>1895</b>								
6.	Februar		2013	2223				
7.	„		2014					
8.	„		2015	2224				
9.	„					2796		
15.	„			2310				
16.	„	1459						
21.	„			2343		2797		
25.	„		1859					
3.	März			2225				
4.	„		1860	2344				
5.	„		1861					
6.	„			2226				
8.	„			2345				
9.	„			2346				
19.	„	1460		2227				
21.	„			2311				
23.	„			2228				
25.	„		2016	2229				
26.	„	1462						
27.	„			2230				
28.	„			2174, 2312				
30.	„	1461						
2.	April			2231				
4.	„			2232, 2233, 2234				
6.	„			2235, 2236				
7.	„			2313				
8.	„			2237, 2238, 2239				
9.	„			2240				
10.	„			2241				
13.	„			2242				
17.	„			2202, 2243, 2244, 2245				
18.	„			2246				
20.	„			2247				
21.	„			2347				
22.	„			2248, 2348				
23.	„			2249, 2250, 2251				

Jahr		Band VII	Band VIII	Band IX	Band X	Band XI	Band XII,1	Band XII,2
Tag	Monat	Die Anfänge des neuen Kurses		Der nahe und der ferne Osten	Das türkische Problem 1895	Die Krügerdepesche u. das Europäische Bündnis-system	Alte und neue Balkanhandel	
		I Der russische Draht	II Die Stellung Englands zwischen den Mächten					
1895								
24.	April			2252, 2253				
26.	"			2254, 2255				
27.	"			2256, 2257				
28.	"			2349				
30.	"			2350				
1.	Mai			2258				
3.	"			2259				
4.	"			2260				
5.	"			2261, 2262				
6.	"			2263				
8.	"			2264				
9.	"		1772	2265, 2266				
11.	"			2267, 2268, 2269				
12.	"			2203, 2270, 2271				
13.	"			2314				
14.	"			2204				
17.	"			2272, 2351				
20.	"			2273				
22.	"			2352				
23.	"			2274, 2275, 2353			2961	
24.	"			2354				
25.	"			2205				
26.	"			2355				
27.	"			2356				
28.	"			2357				
3.	Juni			2206				
7.	"			2276, 2277				
8.	"			2207, 2278, 2279				
10.	"			2208				
11.	"			2358				
12.	"			2280				
16.	"			2209				
17.	"	1463		2210			2962	
18.	"			2315				
19.	"			2359				
20.	"			2316, 2360				

Jahr		Band VII	Band VIII	Band IX	Band X	Band XI	Band XII,1	Band XII,2
Tag	Monat	Die Anfänge des neuen Kurses		Der nahe und der ferne Osten	Das türkische Problem 1895	Die Krügerdepesche u. das Europäische Bündnis-system	Alte und neue Balkanhandel	
		I Der russische Draht	II Die Stellung Englands zwischen den Mächten					
	<b>1895</b>							
21.	Juni		1773					
27.	"			2211, 2212				
29.	"			2281				
30.	"						2963, 2964	
1.	Juli						2965	
2.	"						2966	
4.	"			2282				
6.	"			2283	2394			
7.	"				2395			
10.	"				2396		2967	
13.	"			2361, 2362	2397			
14.	"			2317	2398, 2399			
15.	"				2369			
18.	"				2370			
19.	"			2284				
23.	"				2400			
24.	"			2285				
25.	"				2401			
26.	"				2402			
29.	"				2403			
30.	"			2286, 2318	2371			
31.	"				2372			
1.	August				2373			
2.	"			2287	2374			
3.	"				2375, 2376, 2377, 2404		2968	
4.	"				2378, 2405			
5.	"			2363	2379 bis 2383			
6.	"			2288	2384, 2406			
7.	"				2385			
8.	"				2386, 2488			
9.	"			2289, 2290, 2364				
10.	"				2407, 2408			
11.	"						2943	
12.	"			2291				
13.	"			2292				
14.	"				2387, 2388			
15.	"				2389, 2409			

Jahr		Band VII	Band VIII	Band IX	Band X	Band XI	Band XII,1	Band XII,2
Tag	Monat	Die Anfänge des neuen Kurses		Der nahe und der ferne Osten	Das türkische Problem 1895	Die Krügerdepeche u. das Europäische Bündnis-system	Alte und neue Balkanhandel	
		I Der russische Draht	II Die Stellung Englands zwischen den Mächten					
1895								
16.	August				2390			
17.	"				2410, 2411			
18.	"				2391			
19.	"			2293, 2365	2412, 2413, 2489			
22.	"			2294	2415, 2416, 2417			
23.	"				2414			
24.	"			2295				
27.	"			2296				
28.	"				2418, 2490			
30.	"			2297	2419, 2420, 2491			
31.	"		1774	2298	2392			
1.	Sept.			2299	2421			
2.	"			2300				
3.	"				2422			
4.	"			2301				
11.	"			2302				
12.	"			2303, 2319				
18.	"				2423			
20.	"			2320				
26.	"			2366				
30.	"				2424			
3.	Oktober			2321				
4.	"				2425, 2426			
6.	"			2322	2427, 2428			
7.	"			2304				
9.	"				2429			
10.	"				2430, 2431, (2444)			
12.	"				2432, 2433			
13.	"			2323				
14.	"			2324				
15.	"					2578		
17.	"			2325				
18.	"			(2305)	2434			
19.	"			(2305, 2327)	2435, 2436			
20.	"			2305, 2326				
21.	"				2437			

Jahr		Band VII	Band VIII	Band IX	Band X	Band XI	Band XII,1	Band XII,2
Tag	Monat	Die Anfänge des neuen Kurses		Der nahe und der ferne Osten	Das türkische Problem 1895	Die Krügerdepesche u. das Europäische Bündnis-system	Alte und neue Balkanhändel	
		I Der russische Draht	II Die Stellung Englands zwischen den Mächten					
<b>1895</b>								
22.	Oktober				2438			
23.	„				2439, 2440			
24.	„				2441, 2443			
25.	„				2393, 2442	2579, 2580		
26.	„				2444			
29.	„				2445, 2446	2581, 2815		
1.	Nov.				2447, 2448	2582		
2.	„				2449, 2492,	2583		
					2493			
4.	„				2494			
5.	„				2450, 2495			
6.	„				2496			
8.	„				2451, 2452,			
					2497, 2538			
9.	„				2453, 2498,			
					2502			
10.	„				2454, 2456,			
					2499, 2500,			
					2503			
11.	„				2457, 2501,			
					2504, 2505			
12.	„				2455, 2506,			
					2507			
13.	„				2458, 2459			
					2508, 2509,			
					2539			
14.	„				2460, 2540,			
					2541, 2542			
15.	„				2510, 2511			
					2512, 2543			
				2328	2545			
16.	„				2513, 2514,			
					2515, 2520			
17.	„				2516 bis	2584		
					2519, 2544			
19.	„				2461, 2462,			
					2521, 2522,			
					2523, 2524			

Jahr		Band VII	Band VIII	Band IX	Band X	Band XI	Band XII,1	Band XII,2
Tag	Monat	Die Anfänge des neuen Kurses		Der nahe und der ferne Osten	Das türkische Problem 1895	Die Krügerdepesche u. das Europäische Bündnis-system	Alte und neue Balkanhandel	
		I Der russische Draht	II Die Stellung Englands zwischen den Mächten					
1895								
20.	Nov.				2466, 2525 bis 2528, 2546, 2547			
21.	„				2463, 2465, 2529, 2548, 2549, 2550			
22.	„				2464			
23.	„				2467, 2530, 2531			
25.	„				2468, 2469			
26.	„				2532, 2533, 2534			
29.	„				2535			
30.	„				2551			
2.	Dez.				2552, 2553, 2554			
3.	„				2555, 2556, 2557			
5.	„				2557			
6.	„				2536			
7.	„				2558			
8.	„						2969	
9.	„					2748		
10.	„				2537, 2559 2470, 2471			
11.	„				2560, 2561			
12.	„			2367	2562	2749, 2750		
13.	„				2472, 2563	2751		
15.	„				2473, 2479		2970	
16.	„				2474 bis	2752		
17.	„				2477, 2480, 2564, 2570			
18.	„				2481	2753		
19.	„				2482, 2565, 2566, 2571			
20.	„				2478, 2572	2754		
21.	„				2567, 2573, 2574	2755		
23.	„				2484, 2568, 2569, 2574	2757		

Jahr		Band VII	Band VIII	Band IX	Band X	Band XI	Band XII, 1   Band XII, 2
Tag	Monat	Die Anfänge des neuen Kurses		Der nahe und der ferne Osten	Das türkische Problem 1895	Die Krügerdepesche u. das Europäische Bündnis-system	Alte und neue Balkanhandel
		I Der russische Draht	II Die Stellung Englands zwischen den Mächten				
<b>1895</b>							
24.	Dez.				2483, 2575	2585, 2756	
25.	"			2368		2758	
26.	"				2576		
28.	"					2586, 2759	
30.	"					2587, 2588	
						2640	
31.	"					2589 bis	
						2593(2594)	
<b>1896</b>							
1.	Januar					2594, 2595,	
						2596, 2597,	
						2604, 2641	
2.	"					2598 bis	
						2603	
3.	"				2485	2605 bis	
						2611, 2642,	
						2643, 2644	
4.	"					2612, 2613,	
						2614	
5.	"					2615	
6.	"					2616, 2617,	
						2619, 2622,	
						2623	
7.	"					2618, 2620	
8.	"					2621, 2624,	
						2625, 2645,	
						2760	
9.	"					2626, 2627,	
						2628, 2630	
10.	"					2629, 2631	
11.	"					2632, 2633,	
						2634	
15.	"					2646 bis	
						2649	
16.	"					2650	2883, 2971
17.	"					2635	
19.	"					2651	2884
21.	"					2636, 2761	
22.	"					2659	2885, 2914

Jahr		Band VII	Band VIII	Band IX	Band X	Band XI	Band XII,1	Band XII,2
Tag	Monat	Die Anfänge des neuen Kurses		Der nahe und der ferne Osten	Das türkische Problem 1895	Die Krügerdepesche u. das Europäische Bündnis-system	Alte und neue Balkanhandel	
		I Der russische Draht	II Die Stellung Englands zwischen den Mächten					
	1896							
23.	Januar					2652 bis 2656,2660, 2762	2887, 2972	
24.	„						2973	
25.	„					2661		
27.	„					2662		
28.	„						2891, 2974	
29.	„					2798	2888	
30.	„					2763	2889, 2915	
31.	„					2670		
1.	Februar					2817		
2.	„					2671		
3.	„					2663		
4.	„					2799	2886	
5.	„					2657, 2672	2975	
6.	„						2890, 2944	
7.	„						2945 bis 2948	
8.	„					2664	2976	
9.	„			2306		2764, 2816		
11.	„					2800	2949	
12.	„						2950, 2951	
13.	„				2486	2765	2952	
15.	„					2766	2953	
16.	„					2665	2954,2955, 2977	
18.	„					2658,2666, 2681, 2767	2978	
19.	„					2682		
20.	„					2637		
21.	„					2683		
22.	„					2638,2667, 2684,2685, 2686, 2768		
23.	„					2687, 2688		
24.	„					2668,2669, 2689		
25.	„					2690		
27.	„					2691		
29.	„					(2673)		

Jahr		Band VII	Band VIII	Band IX	Band X	Band XI	Band XII,1	Band XII,2
Tag	Monat	Die Anfänge des neuen Kurses		Der nahe und der ferne Osten	Das türkische Problem 1895	Die Krügerdepesche u. das Europäische Bündnis-system	Alte und neue Balkanhandel	
		I Der russische Draht	II Die Stellung Englands zwischen den Mächten					
<b>1896</b>								
1.	März					2673		
2.	„					2674		
3.	„					2692, 2769		
4.	„					2675, 2693, 2770, 2771, 2772		
5.	„					2676, 2694, 2773		
6.	„					2678, 2774		
7.	„					2677, 2695, 2775		
8.	„					2679, 2776		
12.	„					2709, 2777, 2778		
13.	„					2696, 2779		
14.	„					2818		
15.	„					2639, 2680, 2697, 2698, 2699, 2780		
16.	„					2700		
17.	„					2819		
18.	„					2701 bis 2704, 2781		
19.	„					2705, 2706, 2707		
20.	„					2708		
21.	„					2710 bis 2715		
23.	„					2782		
24.	„					2716		
25.	„					2717, 2718		
26.	„					2719, 2720		
30.	„					2801		
31.	„					2721, 2802		
1.	April					2722, 2724		
2.	„					2723, 2803		
3.	„					2725, 2804		
4.	„					2726		
5.	„					2805		



Jahr		Band VII	Band VIII	Band IX	Band X	Band XI	Band XII, 1	Band XII, 2
Tag	Monat	Die Anfänge des neuen Kurses		Der nahe und der ferne Osten	Das türkische Problem 1895	Die Krügerdepesche u. das Europäische Bündnis-system	Alte und neue Balkanhandel	
		I Der russische Draht	II Die Stellung Englands zwischen den Mächten					
	<b>1896</b>							
16.	Juni						3003, 3004,	
18.	"						3005	
19.	"					2744	3006	
20.	"						3007	
21.	"						3008	
22.	"						3009, 3010	
23.	"					2837		
24.	"					2838	3011, 3012	
27.	"						3014	
28.	"						3013	
29.	"						2892, 3015	
30.	"						3016	
							3019	
1.	Juli						3017, 3021	
2.	"					2810	3018, 3020	
3.	"							
4.	"					2811, 2854	3022, 3023	
5.	"						3024	
6.	"					2790	3025	
7.	"						3026, 3029	
14.	"						3027, 3028	
15.	"					2839		
16.	"					2745		
17.	"						3031	
18.	"						3030	
21.	"						3032	
22.	"					2820, 2855	3033	
						2746, 2812,		
						2821		
24.	"					2840		
25.	"						3034, 3036	
27.	"						3035	
28.	"						3037, 3038	
							3039	
29.	"						2893, 3040,	
30.	"						3041	
							3042	
1.	August					2825	3043, 3044	
4.	"						3045, 3046	
5.	"						3047, 3050	

Jahr		Band VII	Band VIII	Band IX	Band X	Band XI	Band XII,1 Band XII,2
Tag	Monat	Die Anfänge des neuen Kurses		Der nahe und der ferne Osten	Das türkische Problem 1895	Die Krügerdesepesche u. das Europäische Bündnis-system	Alte und neue Balkanhändel
		I Der russische Draht	II Die Stellung Englands zwischen den Mächten				
<b>1896</b>							
6.	August						3048,3049, 3051
10.	"						3052, 3057
11.	"						3053
12.	"						3054,3055, 3056
13.	"						3058
14.	"						2957
18.	"						3059
20.	"						2979
21.	"					2841	3060
22.	"						3061
23.	"					2791	
25.	"						2980
26.	"						2894
27.	"						2895,2896, 2897,2918, 3062
28.	"					2747	2898, 2921
29.	"					2856	2899,2900, 2901, 2919
30.	"						2902
31.	"						2920
1.	Sept.					2857	2903, 2922
4.	"						2923, 2924
5.	"						3063
7.	"					2858	
8.	"					2859, 2860	
9.	"					2861	
10.	"					2862	
11.	"					2792	
14.	"					2826	2925
19.	"					2842	2904
20.	"						2926
21.	"						2927
30.	"					2863	
1.	Oktober						2905
3.	"					2864	
7.	"						2906
8.	"					2865	

Jahr		Band VII	Band VII	Band IX	Band X	Band XI	Band XII,1	Band XII,2
Tag	Monat	Die Anfänge des neuen Kurses		Der nahe und der ferne Osten	Das türkische Problem 1895	Die Krügerdepesche u. das Europäische Bündnis-system	Alte und neue Balkanhandel	
		I Der russische Draht	II Die Stellung Englands zwischen den Mächten					
<b>1896</b>								
9.	Oktober					2866	(3065)	
10.	„					2822, 2867		
15.	„						3064, 3065	
19.	„						(2907)	
20.	„					2868		
21.	„						2907	
22.	„					2869, 2870		
23.	„					2793, 2823, 2871	3066	
24.	„						3067	
25.	„						2908, 2928	
27.	„	1384						
28.	„	1385, 1386, 1387				2872, 2875	3068	
29.	„					2873	3069	
30.	„	1388				2874		
2.	Nov.					2876	3070	
3.	„					2794		
4.	„					2877		
5.	„					2878		
11.	„					2827, 2879		
12.	„						3071	
14.	„	1389, 1390						
16.	„					2795		
19.	„						2909	
20.	„					2828	3072	
24.	„					2881		
25.	„						3073	
26.	„					2813, 2824		
3.	Dez.					2880	3074	
4.	„					2843	3075	
8.	„					2844		
9.	„						3077, 3078	
							3080	
10.	„						2910, 2929,	
							3076, 3079	
12.	„						3081, 3082,	
							3083	
15.	„					2882		

Jahr		Band VII	Band VIII	Band IX	Band X	Band XI	Band XII,1	Band XII,2
Tag	Monat	Die Anfänge des neuen Kurses		Der nahe und der ferne Osten	Das türkische Problem 1895	Die Krügerdepesche u. das Europäische Bündnis-system	Alte und neue Balkanhandel	
		I Der russische Draht	II Die Stellung Englands zwischen den Mächten					
<b>1896</b>								
18.	Dez.						3084	
21.	"						3085	
22.	"						2911, 3086	
24.	"						3088	
25.	"						3087	
27.	"						2930, 3089, 3090	
28.	"						2912, 3091, 3093	
29.	"						3092, 3097	
31.	"						3094	
<b>1897</b>								
1.	Januar						3095	
2.	"						3096, 3098	
3.	"						2913, 3099	
4.	"					2829		
6.	"					2833		
7.	"					2834	3100	
11.	"					2830		
12.	"						2931, 3101	
14.	"					2831		
15.	"					2835	2932, 3102	
16.	"					2836	2933, 3114	
17.	"						3103	
20.	"						3104	
21.	"						2981, 3115	
22.	"						2934, 3116	
26.	"						3105	
29.	"						2935, 2936	
							3106	
3.	Februar						3107	
4.	"						2937, 3108	
6.	"						2938	
8.	"						3117	
9.	"						2982, 3109	
10.	"							
11.	"						3110	3132 bis 3136 3137 bis 3141











Jahr		Band VII	Band VIII	Band IX	Band X	Band XI	Band XII,1	Band XII,2
Tag	Monat	Die Anfänge des neuen Kurses		Der nahe und der ferne Osten	Das türkische Problem 1895	Die Krügerdepesche u. das Europäische Bündnis-system	Alte und neue Balkanhandel	
		I Der russische Draht	II Die Stellung Englands zwischen den Mächten					
<b>1899</b>								
18.	Januar							3320
19.	„							3321, 3322
20.	„							3323
21.	„							3324, 3325,
								3326
3.	Februar							3327
8.	„							3328
16.	„							3329
21.	„							3330
4.	März							3331
13.	„							3332
26.	„							3333
26.	Mai							3334
12.	Juli							3395
26.	„							3335
31.	„							3336
14.	Sept.							3348
23.	„							3349
25.	Oktober							3337
2.	Dez.							3350
<b>1904</b>								
3.	Juni	1391						
10.	„	1392						
<b>1907</b>								
13.	Juni			2307				

Übersetzungen  
der fremdsprachigen Dokumente der Bände 7—12



**Anlage zum Berichte des Botschafters in Petersburg v. Schweinitz an den Reichskanzler v. Caprivi vom 16. Mai 1890**

(Telegramm des Grafen Schuwalow.)  
Eigenhändig

St. Petersburg, den 14. Mai 1890

Geheim

Der russische Minister der Auswärtigen Angelegenheiten las mir heute ein Telegramm des Grafen Schuwalow vom 20. oder 21. März d. Js. vor; die nachstehenden Aufzeichnungen, welche ich mir machte, sobald als ich in meine Wohnung zurückgekehrt war, geben die wesentlichen Sätze des Telegrammes wieder, wenn auch ohne Verbindung und vielleicht nicht in der richtigen Reihenfolge <sup>1)</sup>).

Persönlich und Geheim

Berlin, 21./9. März 1890

Gestern morgen hat der Kaiser mich eingeladen, zu ihm zu kommen; Seine Majestät sagte mir, daß er sich in der traurigen Notwendigkeit befände, sich vom Kanzler zu trennen. Der Kaiser hatte nicht geglaubt, daß dieser Augenblick so nahe wäre, aber er ist überzeugt, die peinliche Entscheidung nicht mehr aufschieben zu können, weil seit einigen Wochen der Fürst v. Bismarck an einer derartigen Überreizung der Nerven leidet, daß man in jedem Augenblick auf eine schwere Erkrankung gefaßt sein muß.

Abgesehen von einigen Meinungsverschiedenheiten in der inneren Politik bestehen keine politischen Gründe für diese Trennung; nur aus Gesundheitsrücksichten, also um ihn zu retten, gibt der Kaiser ihm seine Freiheit. — Seine Majestät fuhr fort: „Ich will, daß Ihr Herrscher, der mein Freund und immer sehr gut zu mir gewesen ist, wisse, daß nichts in unseren Beziehungen geändert werden wird; die Politik, die der Kanzler gemacht hat, war nicht die seinige, es war diejenige meines Großvaters, und es ist die meinige.“ — —

„— Graf Herbert Bismarck hat mir gesagt, daß Sie zögerten, die Verhandlungen über unseren Geheimvertrag im Hinblick auf den sich vollziehenden Wechsel fortzusetzen; lassen Sie Ihren Souverän wissen, daß ich ganz bereit bin, auf seine Gedankengänge einzugehen.“

— — Der Botschafter hat geantwortet, daß er tatsächlich geglaubt habe, die Meinung seiner Regierung einholen zu müssen, der er jetzt die liebenswürdigen Versicherungen Seiner Majestät mitzuteilen sich beeilen werde. —

Der Kaiser sagte: „Ich wünsche daß der Graf Herbert Bismarck bleibt; Sie sind mein Freund, suchen Sie ihn zu überzeugen, daß er nicht auf seinem Rücktrittsgesuche bestehen darf; die Ratschläge seines Vaters werden für seine Führung der Geschäfte immer nützlich sein können.“ —

<sup>1)</sup> Zur Kontrolle vgl. den auszugsweise bei Goriainow a. a. O., S. 343 f. in englischer Übersetzung mitgeteilten Wortlaut des Schuwalowschen Telegramms vom 21. März 1890.

„Ich weiß, daß man sich mit den militärischen Konferenzen beschäftigt, zu denen ich meine kommandierenden Generale der Armee korps zusammenberufen habe; abgesehen von einigen Organisationsänderungen, handelt es sich dabei nur um Maßregeln für den Fall von Unordnungen, die sich aus der Erregung der Arbeiterklasse in einigen Distrikten ergeben könnten.

— — „Bei meiner Thronbesteigung hat man das Gerücht verbreitet, ich sei kriegerisch und strebe nach militärischem Ruhm; damit ist es nichts. Ich will nur den Frieden außen und Ordnung im Innern.“ — —

Hierzu hat Kaiser Alexander die Randbemerkung gemacht: „Das ist genau dasselbe, was ich will.“

Graf Schuwalow schließt sein Telegramm mit der Bitte, instand gesetzt zu werden, auf die allerhöchsten Eröffnungen in geeigneter Weise zu antworten; auf Befehl des Zaren wurde ihm sofort telegraphisch aufgetragen, dessen Dank, Befriedigung und Bereitwilligkeit, die Verhandlung zum Abschluß zu bringen, auszusprechen.

v. Schweinitz

Zu Band VII, S. 45

Nr. 1389

### **Der Verweser des russischen Ministeriums des Äußern Schischkin an den russischen Botschafter in Berlin Grafen von der Osten-Sacken**

Telegramm. Abschrift am 14. November vom Grafen von der Osten-Sacken überreicht  
St. Petersburg, den 2./14. November 1896

Da unser Vertrag mit Deutschland deutlich festsetzt, daß die beiden vertragschließenden Parteien sich verpflichten, das Geheimnis nicht nur hinsichtlich seines Inhalts, sondern auch „hinsichtlich des Vorhandenseins des Vertrages“ zu bewahren, so scheint uns, daß die einzige festzustellende Tatsache die wäre, den besonderen Charakter solcher unter gewissen Umständen unerläßlicher Abmachungen hervorzuheben, die aus Staatsgründen sich nur unter der ausdrücklichen Bedingung abschließen lassen, daß sogar ihr Bestehen durchaus geheim bleibt.

Die vom Fürsten v. Hohenlohe und vom Freiherrn v. Marschall geplanten Erklärungen im Reichstage, die enthüllen würden, daß zu einer nur wenig zurückliegenden Zeit ein derartiger Vertrag bestanden hat, stehen mit der übernommenen Verpflichtung in Widerspruch; ganz abgesehen davon, daß die Verknüpfung der Weigerung der Vertragserneuerung mit der Klausel der Geheimhaltung die Unterstellung bedeuten würde, daß wir besondere Veranlassung hätten, das Geheimnis zu hüten, während es für die beiden Parteien „wechselseitig“ war.

Sie können dem Fürsten v. Hohenlohe und dem Freiherrn v. Marschall sagen, daß ihre Erklärungen im Reichstage den beklagenswertesten Eindruck bei uns machen und nicht verfehlen würden, in Rußland und in der russischen Presse die Anschuldigung hervorzurufen, sie seien ein auf Erzeugung von Mißtrauen abzielendes Manöver. —

gez. Schischkin

Zu Band VII, S. 45/46

Nr. 1390

### **Schriftsatz, bestimmt für den russischen Botschafter in Berlin Grafen von der Osten-Sacken**

Unsigniertes Konzept von der Hand des Staatssekretärs Freiherrn v. Marschall  
Berlin, 14. November 1896

Baron v. Marschall leugnet nicht die Verpflichtungen, gerade das Vorhandensein des Vertrages geheimzuhalten, findet aber die Lage durch die

Enthüllungen des Mannes, der bei dieser Sache der Maßgebendste war und der selber den Vertrag unterzeichnet hat, völlig verändert. Das große Erstaunen, das sich in Deutschland und anderwärts daraus ergeben hat, und die Vorwürfe, die der Fürst v. Bismarck der Regierung macht, daß sie blindlings England folge, legen ihr die Verpflichtung auf, zu sprechen und auf die Interpellation zu antworten. Im entgegengesetzten Falle würde sie den Parteigängern des Fürsten Bismarck das Feld überlassen, um ihre Anklagen zu befestigen und ihre Enthüllungen fortzusetzen. Mit dem Augenblick, wo die Verpflichtung vorliegt, zu sprechen, würde eine jede nicht ein formelles Dementi des Bestehens des Vertrages enthaltende Erklärung einem Eingeständnis gleichkommen. Ein formelles Dementi ist wegen des öffentlichen Bekanntseins seiner Existenz unmöglich und würde die Regierung nutzlos bloßstellen.

Weder der Fürst v. Hohenlohe noch der Freiherr v. Marschall haben die Absicht, der russischen Regierung zuzuschreiben, an dem Geheimnis besonders interessiert gewesen zu sein. Die Gründe der Geheimhaltung sollen nicht berührt werden.

Freiherr v. Marschall ist der Meinung, daß man Erklärungen in diesem Sinne abgeben kann, ohne den Argwohn zu erwecken, daß der Wille vorliege, Mißtrauen zu säen; er glaubt im Gegenteil, daß der Versuch der Regierung, sogar die Existenz des Vertrages zu verschleiern, ihr die Beschuldigung eintragen könnte, Mißtrauen zu säen, indem sie annehmen ließe, daß noch Verpflichtungen vorhanden seien. Freiherr v. Marschall glaubt, daß die Sorge, nicht irgendwelches Mißtrauen zu erwecken, ein gemeinsames Interesse der beiden Kabinette sei, denn ein solches zu unserem Schaden zu erwecken würde bedeuten, es anderswo gegen die deutsche Regierung hervorzurufen.

Zu Band VII, S. 72/79

Nr. 1410

### **Der italienische Minister des Äußern Marchese di Rudini an den italienischen Botschafter in Berlin Grafen de Launay**

Abschrift in französischer Übersetzung, übergeben vom Grafen de Launay am 24. April

Vertraulich

Rom, den 15. April 1891

1. Der vertrauliche Gedankenaustausch, den ich in diesen letzten Tagen durch die Vermittlung Eurer Exzellenz und des Grafen Nigra mit dem Berliner und Wiener Kabinett gehabt habe, hat ergeben, daß die drei Regierungen über die folgenden Punkte in Übereinstimmung sind:

daß es angezeigt ist, schon jetzt zur Erneuerung des Vertrages vom 20. Februar 1887 zu schreiben;

daß die Erneuerung substantiell auf der Grundlage der Aufrechterhaltung des schon Bestehenden stattzufinden habe;

daß Berlin der geeignetste Ort für die Verhandlungen ist.

Nachdem die einleitende Phase der Verhandlungen also beendet ist, kommt es darauf an, daß diese von nun an einen amtlichen Charakter annehmen, um sie schnell zu einem günstigen Abschluß bringen zu können. Indem ich, was mich anbetrifft, hierzu unverzüglich beitragen will, beile ich mich, in dieser Depesche die Gedanken zusammenzufassen, die Euer Exzellenz bei den bevorstehenden Verhandlungen gütigst als Führer nehmen wollen.

2. Vor allem ist nötig, daß Euer Exzellenz dem Reichskanzler die Bereitschaft erklären, ihm die Vorschläge mitzuteilen, die der Königlichen Regierung geeignet erscheinen, eine angemessene Erneuerung des Bündnisses zu erleichtern. Diese Erklärung würde selbstverständlich nicht nur dem Berliner, sondern in gleicher Weise auch dem Wiener Kabinett gemacht

werden, was Seine Exzellenz der Herr Kanzler die Liebenswürdigkeit haben müßte, auch in unserem Interesse vorher zu sondieren. Wenn die beiden Kabinette damit einverstanden sind, wie wir zuversichtlich annehmen, uns die Initiative der ersten Vorschläge zu überlassen, sind Euer Exzellenz schon jetzt ermächtigt, sie in der Fassung bekanntzugeben, die ich in dieser Depesche Ihnen aufzuzeigen, mich anschieke.

3. Eine erste Bemerkung unsererseits würde sich auf die Struktur der neuen Abmachungen beziehen. — 1887 ist die Erneuerung des Bündnisses mittels eines *Zusatzvertrages*<sup>1)</sup> festgestellt worden, in dem der Artikel 1, (dem ein rein formeller zweiter Artikel folgte), erklärt, daß der vorhergehende Vertrag vom 20. Mai 1882 bis zum 30. Mai 1892 bestätigt und in Wirksamkeit erhalten bleibe. — Anlässlich der zweiten Erneuerung, um die es sich jetzt handelt, schiene es vorteilhaft, ohne jedes weitere Wort und textgemäß in dem neuen Verträge die verschiedenen Artikel des Vertrages von 1882 wieder aufzuführen. Und die Bestätigung der Fortdauer des nun schon zehnjährigen Bündnisses könnte aus der Einleitung des neuen Vertrages hervorgehen, in der zu sagen wäre, daß die drei Regierungen sich zu seinem Abschluß durch den festen Entschluß bewogen gefunden hätten, ihren Staaten die Wohltaten zu erhalten, die sie — sowohl vom politischen wie vom monarchischen und sozialen Gesichtspunkt aus — aus der 1882 geschlossenen und schon 1887 zum ersten Male erneuerten Allianz gezogen hätten.

4. Eine zweite und wichtigere Bemerkung unsererseits bezieht sich gleichfalls auf die Struktur des neuen Abkommens. — Als bei Gelegenheit der Verhandlungen von 1887 man zu den ursprünglichen Abmachungen von 1882 andere Festsetzungen hinzufügte, hinsichtlich deren die Kabinette von Wien und Berlin nicht glaubten, eine völlig gleiche Haltung einnehmen zu können, nahm man zu dem Aushülfsmittel Zuflucht, mit Deutschland und Österreich zwei getrennte Verträge,<sup>2)</sup> als Ergänzung des zu erneuernden Hauptvertrages abzuschließen. Die Verbindung zwischen den drei Verträgen wurde indes in feierlicher Weise in dem Unterzeichnungsprotokoll ausgesprochen, dessen Festsetzungen in dieser Hinsicht tatsächlich nicht ausführlicher und abschließender hätten sein können. — Es scheint mir, daß es gut wäre, statt zu einem ähnlichen Aushülfsmittel Zuflucht zu nehmen, die Festsetzungen der drei Sonderverträge in einen und denselben Vertrag zusammenzufassen. Diese Umwandlung der gegenwärtig gültigen Verträge schiene mir der Absicht zu entsprechen, die sich bei den drei Regierungen immer tiefer einwurzelt, sich für die Bewahrung und den Schutz der gemeinsamen Interessen der Ordnung, des Gleichgewichtes und des Friedens als eine untrennbare Gruppe hinzustellen. Wenn aus berechtigten Gründen die drei Mächte nicht sämtlich in der verbündeten Gruppe eine völlig gleiche Stellung einnehmen, wenn gewisse Bande und gewisse Verpflichtungen für die eine unter ihnen Wert besitzen, während die andere sie nicht hat übernehmen können oder wollen, so glauben wir nicht, daß man deshalb auf die Einheitlichkeit des Vertrages verzichten sollte, denn man kann vollkommen einsehen und zulassen, daß neben gemeinsamen Festsetzungen auch Spezialabmachungen zu Lasten der einen oder der anderen der drei vertragschließenden Parteien vorhanden sind. Der Vertrag von 1882 selbst, auf den sich der Zusatzvertrag von 1887 bezieht, liefert uns bereits ein Beispiel der Vieltartigkeit von Verpflichtungen innerhalb der Einheitlichkeit des Vertragsinstruments, wovon man sich sehr leicht überzeugen kann, wenn man die Artikel II

<sup>1)</sup> Text des zweiten Dreibundvertrages vom 20. Februar 1887 — Band IV, S. 257/258 des Aktenwerkes — siehe *Wegweiser*, Band 1, S. 280.

<sup>2)</sup> Text des deutsch-italienischen Separatvertrages siehe Band IV des Aktenwerkes, Nr. 859, und in deutschem Wortlaut *Wegweiser*, Band 1, S. 280 ff.

und III des ersten Vertrages liest, die jeder der drei Mächte erheblich verschiedene Pflichten und Rechte zuweisen.

Wenn unser Vorschlag in Berlin und Wien eine günstige Aufnahme findet, müßte man in dem neuen Verträge außer den Artikeln V und VI, indem man diese Artikel wiederholt — abgesehen von den Änderungen, die ich noch erwähnen will, — die beiden Sonderverträge von 1887 einschließen.

5. Der erste Absatz des Artikels I des zwischen Italien und Österreich-Ungarn gültigen Separatvertrages und der einzige Absatz des Artikels I des zwischen Italien und Deutschland bestehenden Separatvertrages sind wechselseitig identisch, abgesehen von diesem einzigen Unterschiede, daß in dem Verträge mit Deutschland die Verpflichtung, sich für die Verhinderung irgendeines schädlichen territorialen Wechsels im Orient einzusetzen, sich ausdrücklich auf die ottomanischen Küsten und Inseln der Adria und des Ägäischen Meeres bezieht. Wenn man sich an den Buchstaben dieses Paktes hält, könnte eine derartige Beschränkung nur den einzigen Erfolg haben, Deutschland tatsächlich dazu zu zwingen, über der Aufrechterhaltung des status quo auf den ottomanischen Inseln und an den ottomanischen Küsten des Ägäischen Meeres und der Adria zu wachen, Deutschland aber hinsichtlich der Küsten des Schwarzen Meeres und der inneren Landstriche der Balkanhalbinsel davon zu entbinden. Man darf indessen daran zweifeln, daß der Widerwille der deutschen Regierung in bezug auf alles, was seine Tätigkeit auf der Balkanhalbinsel binden kann, so weit geht. Sich für die Aufrechterhaltung des status quo ohne Unterscheidung der verschiedenen Zonen der Halbinsel einzusetzen, müßte ihm das nicht als eine zu lästige oder mit der Freiheit unvereinbare Verpflichtung erscheinen, die es sich in dieser Hinsicht hauptsächlich im Hinblick auf seine Beziehungen mit Rußland zu bewahren wünscht? Ich würde meinen, daß man nicht ohne Hoffnung auf eine günstige Aufnahme fordern könnte, daß Deutschland für die Klausel, um die es sich handelt, auch die Vertragsformel mit Österreich annehmen möge. Und wenn unsere Forderung angenommen wird, dann würde in dem einzigen Verträge unmittelbar hinter dem Artikel V ein Artikel VI folgen, der den ersten Absatz des Artikels I des Sondervertrages mit Österreich-Ungarn wiederherstelle.

6. Der gegenwärtige Artikel II des Sondervertrages mit Deutschland würde sodann als Artikel VII folgen. — Österreich-Ungarn kann offenbar keine Schwierigkeit darin finden, seine Unterschrift zu einer derartigen Abmachung zu geben, die seiner Politik nicht weniger wie derjenigen seiner Verbündeten entspricht.

7. Der gegenwärtige zweite Absatz des gegenwärtigen Artikels I des Sondervertrages mit Österreich-Ungarn würde den Artikel VIII bilden, in dem man allein das Wort „toutefois“ wegläßt. Der Inhalt, der eine ausschließlich doppelseitige Verpflichtung zwischen Italien und Österreich-Ungarn ausdrückt, würde dadurch klar und deutlich aufrechterhalten.

8. Die nordafrikanischen Küsten des mittleren und westlichen Mittelmeergebietes werden ausschließlich in dem Sonderverträge zwischen Italien und Deutschland berührt, und wir sollten nicht fordern, daß Österreich-Ungarn hinsichtlich dieser Gebiete, in denen keine unmittelbaren Interessen zu haben es mehrfach erklärt hat, eine gleiche Stellung übernehmen soll. Indessen scheinen die auf diese Gebiete bezüglichen Abmachungen von 1887, selbst zwischen Italien und Deutschland betrachtet, uns nicht völlig mit den gemeinsamen Interessen übereinzustimmen, die sich als Interessen des Gleichgewichtes und des Friedens darstellen. Der Artikel III des italienisch-deutschen Sondervertrages faßt tatsächlich die äußerste Möglichkeit eines durch französische Angriffe herausgeforderten Krieges ins Auge, aber durchaus nicht die Möglichkeit einer friedlichen und diplomatischen, zwischen den beiden Kabinetten ver-

einbarten Handlung. Es scheint mir, daß man im Anschluß an das, was für das ottomanische Reich zwischen Italien und Österreich-Ungarn durch den Sondervertrag vom 20. Februar 1887 und zwischen Italien, Österreich-Ungarn und England durch die Übereinkunft zu Dreien vom 12./16. Dezember 1887 abgemacht ist, bequem entsprechende Pakte zwischen Italien und Deutschland im Hinblick auf Tripolitanien, Tunesien und Marokko abschließen könnte. Dieser Zweck könnte mittels eines wie folgt abgefaßten Artikels IX erreicht werden:

„Italien und Deutschland verpflichten sich, sich für die Aufrechterhaltung des tatsächlichen und rechtlichen status quo in den nordafrikanischen Gebieten des Mittelmeeres: der Cyrenaika, Tripolitanien, Tunesien und Marokko einzusetzen. Die Vertreter der beiden Mächte in diesen Gebieten werden die Anweisung erhalten, möglichst enge Föhlung zu halten und sich wechselseitig beizustehen. Sollte die Aufrechterhaltung des status quo sich unglücklicherweise als unmöglich herausstellen, so verpflichtet sich Deutschland, Italien bei derjenigen Unternehmung zu unterstützen, die dieses unter der Form einer Okkupation oder einer anderen Bürgschaft in einem berechtigten Interesse des Gleichgewichts und der Entschädigung unternehmen müßte.“

9. Als natürliche Ergänzung des neuen Paktes würden nunmehr ein Artikel X und ein Artikel XI folgen, die den gegenwärtigen Artikel III und IV des Sondervertrages zwischen Italien und Deutschland enthalten, und zwar mit den einzigen Abweichungen, die nötig sind, um deutlicher ins Licht zu setzen, daß es sich hier um eine ausschließlich zwischen Italien und Deutschland übernommene Verpflichtung handelt.

10. Da die Reihe der Separatpakte nunmehr erschöpft wäre, käme man nun auf die Wiedergabe der Artikel VI, VII und VIII zurück, die aus dem Vertrage von 1882 übrig bleiben und in dem neuen Vertrage die Nummern XII, XIII und XIV zu tragen hätten.

11. Der Artikel XII (VI) könnte nach dem Beispiel dessen, was bereits in den beiden Sonderverträgen von 1887 festgesetzt ist, sich darauf beschränken, die Verpflichtung der Geheimhaltung allein für den Inhalt des Vertrages und nicht auch für sein Vorhandensein festzustellen. Das Vorhandensein der Allianz ist bereits mehrere Male zugegeben und von den leitenden Ministern der drei Staaten öffentlich bekundet worden. Auch in der Zukunft wird es nützlich sein, es bestätigen zu können, und es wäre nicht angebracht, etwas zu tun, was durch den Vertrag ausdrücklich verboten ist.

12. Schließlich könnte man im Artikel XIII (VII) für den neuen Vertrag eine Dauer von fünf Jahren nach dem Erlöschen der gegenwärtigen fünfjährigen Periode festsetzen, oder besser noch eine Dauer von sechs Jahren vom Tage der Unterzeichnung des neuen Vertrages an bestimmen.

13. Während der einleitenden Verhandlungen hat man davon gesprochen, die politischen Abmachungen der Allianz mittels irgendeiner Festsetzung wirtschaftlicher Art zu ergänzen, und man hat die Unmöglichkeit erkannt, auf diesem Gebiete genaue Bindungen einzugehen. Es scheint uns indessen nicht, daß man aus diesem Grunde auf jeden Gedanken dieser Art verzichten sollte. Was uns betrifft — und unter dem Vorbehalt der parlamentarischen Billigung für die späteren Abmachungen, die das Ergebnis einer grundsätzlichen Zustimmung wären —, so wären wir nicht abgeneigt, an einem Abkommen teilzunehmen, mittels dessen die drei Verbündeten sich wechselseitig versprächen, sich auf wirtschaftlichem Gebiete (Finanzen, Zölle und Eisenbahnen) außer der Behandlung als meist begünstigte Nation alle besonderen Erleichterungen zuzugestehen, die mit den einem jeden Staate eigenen Anforderungen und mit den etwa bestehenden Abmachungen mit dritten Mächten vereinbar sind.

14. Kraft der Abmachungen vom Februar 1887 und vom Dezember desselben Jahres nimmt England tatsächlich an den in Gültigkeit befindlichen Abmachungen zwischen Italien und Österreich-Ungarn teil, die auf dem Separatvertrage vom 20. Februar 1887 bezüglich des Orients im eigentlichen Sinne, d. h. der unter der Herrschaft des Sultans stehenden Gebiete, beruhen. Es wäre gut, daß Deutschland und Italien, wenn nicht die drei Mächte sich versprächen, sich gemeinsam in einer Form, die die Umstände als die beste erscheinen ließen, dafür einzusetzen, den Zutritt Englands auch zu den zwischen Italien und Deutschland hinsichtlich Tripolitanien, Tunesiens und Marokkos abgeschlossenen Pakten zu erlangen, derart, daß die Mitwirkung Englands uns gesichert wäre: diplomatisch für die Aufrechterhaltung des status quo in diesen Gebieten, und auch militärisch in den Fällen, wo aus einer Erschütterung des status quo durch eine Handlung Frankreichs ein bewaffneter Zusammenstoß zwischen diesem und den beiden verbündeten Mächten sich ergeben könnte.

15. Die beiden oben erwähnten Zusatzpakte sollten, wie ich denke, bequemer in einem Sonderprotokoll Platz finden, was uns indes angeht, so hätten wir keine Schwierigkeit, sie auch in den Text des Vertrages selbst aufzunehmen.

16. Um meinen Gedanken besser zu entwickeln, füge ich hier einen Vertragsentwurf<sup>1)</sup> und den Entwurf eines Protokolls bei, die mit den vorhergehenden Vorschlägen übereinstimmen.

17. Die gegenwärtigen Weisungen gehen über Wien. Es liegt eine Kopie für den Grafen Nigra bei, der ermächtigt wird, dem Grafen Kálnoky davon Kenntnis zu geben. Bei jedem anderen späteren Vorschlage werde ich ebenso verfahren. Es gilt jedoch als abgemacht, daß man die Verhandlungen in Berlin zusammenfassen will, und daß es dem Kaiserlichen Kanzler, dem unsere Vorschläge durch Sie vorgelegt werden, zukommt, uns zu antworten und zwar nicht nur für seine eigene Rechnung, sondern auch für die Rechnung des Wiener Kabinetts, das von ihm vorher zu befragen wäre. Diese Methode, die sich schon für die Wiener Verhandlungen von 1882 und für die Berliner Verhandlungen von 1887 bewährt hat, hat ausgezeichnete Ergebnisse geliefert; es ist gut, sie auch für die gegenwärtigen Verhandlungen in Berlin anzunehmen. Eine doppelte Erörterung an zwei verschiedenen Orten über denselben Gegenstand wäre offensichtlich unmöglich.

18. Ich habe die gegenwärtige Depesche in eine Zahl numerierter Paragraphen geteilt. Auf diese Weise werden die etwaigen Bezugnahmen in unserer weiteren Korrespondenz, besonders in der telegraphischen, leichter sein.

19. Ich schließe, indem ich Ihnen auch im Namen Seiner Majestät das vollkommenste Vertrauen ausspreche, mit der festen Hoffnung, daß die erleuchtete und hingebende Tätigkeit Euer Exzellenz gute Resultate zeitigen wird, für das Wohl des Landes und zum Vorteil der Sache des Friedens, auf dem das Wesen unserer Politik beruht.

gez. Rudini.

## Anlage

### Vertragsentwurf

Artikel VI. Die hohen vertragschließenden Parteien, die nur im Auge haben, den territorialen status quo im Orient so weit irgend möglich aufrechtzuerhalten, verpflichten sich, ihren Einfluß geltend zu machen, um jeder territorialen Veränderung zu begegnen, die der einen oder der anderen der Unterschriftsmächte des gegenwärtigen Vertrages schaden könnte. Zu

<sup>1)</sup> Vgl. die folgende Anlage.

diesem Zwecke werden sie sich alle Nachrichten mitteilen, die geeignet sind, sich wechselseitig über ihre eigenen Pläne wie über diejenigen anderer Mächte aufzuklären.

Artikel VII. Die Festsetzungen des vorigen Artikels sollen sich in keiner Weise auf die ägyptische Frage beziehen, hinsichtlich deren die hohen vertragschließenden Parteien wechselseitig ihre Handlungsfreiheit behalten, immer im Hinblick auf die Grundsätze, auf denen der gegenwärtige Vertrag beruht.

Artikel VIII. In dem Falle, wo infolge von Ereignissen die Aufrechterhaltung des status quo in den Gebieten des Balkans oder der ottomanischen Küsten und Inseln in der Adria und im Ägäischen Meer unmöglich würde, und wo, sei es infolge der Tätigkeit einer dritten Macht oder auf andere Weise, Italien oder Österreich-Ungarn sich genötigt sähen, ihn durch eine zeitweilige oder dauernde Okkupation ihrerseits zu ändern, so soll diese Okkupation nur nach einem vorherigen Abkommen zwischen den beiden Mächten statthaben, das auf dem Grundsätze einer wechselseitigen Entschädigung für jeden territorialen oder anderen Vorteil beruht, den jede von ihnen über den gegenwärtigen status quo hinaus erhalten würde, ein Abkommen, welches den wohlbegründeten Interessen und Ansprüchen der beiden Parteien zu entsprechen hätte.

Artikel IX. Italien und Deutschland verpflichten sich, sich für die Aufrechterhaltung des tatsächlichen und rechtlichen status quo in den nordafrikanischen Gebieten am Mittelmeer, nämlich in der Cyrenaika, Tripolitanien, Tunesien und Marokko, einzusetzen. Die Vertreter der beiden Mächte in diesen Gebieten werden die Weisung erhalten, sich hinsichtlich ihrer Mitteilungen und wechselseitigen Unterstützung in engster Fühlung zu halten. Sollte unglücklicherweise die Aufrechterhaltung des status quo unmöglich werden, so verpflichtet sich Deutschland, Italien bei jeder Handlung in der Form einer Okkupation oder einer anderen Pfandnahme zu unterstützen, die diese letztere Macht im Hinblick auf das Interesse des Gleichgewichts und einer rechtmäßigen Entschädigung unternehmen müßte.

Artikel X. Sollte es eintreten, daß Frankreich sich zur Ausbreitung seiner Okkupation oder aber seines Protektorats oder seiner Souveränität in den nordafrikanischen Gebieten in irgendeiner Form anschickte, und daß infolge dieser Tatsache Italien glaubte, zur Rettung seiner Stellung im Mittelmeer selbst eine Aktion in den genannten nordafrikanischen Gebieten unternehmen zu müssen oder sogar auf dem französischen Gebiete in Europa zu den äußersten Maßnahmen zu schreiten, so würde der daraus zwischen Italien und Frankreich folgende Kriegszustand ipso facto auf die Forderung Italiens und zu gemeinsamen Lasten Italiens und Deutschlands den casus foederis bilden, der durch die Artikel II und V des gegenwärtigen Vertrages vorgesehen ist, ebenso, als wenn eine derartige Möglichkeit darin ausdrücklich ins Auge gefaßt wäre.

Artikel XI. Wenn die Wechselfälle eines von den beiden Mächten gemeinsam gegen Frankreich unternommenen Krieges Italien dazu führten, territoriale Garantien hinsichtlich Frankreichs für die Sicherheit der Grenzen des Königsreichs und seiner maritimen Stellung, ebenso wie im Hinblick auf die Dauerhaftigkeit des Friedens zu suchen, so wird Deutschland dem kein Hindernis entgegensetzen und nach Bedarf und in einem mit den Umständen verträglichen Maße sich dafür einsetzen, die Mittel zur Erreichung eines derartigen Zwecks zu erleichtern.

Artikel XII. Die hohen vertragschließenden Parteien versprechen sich wechselseitig die Geheimhaltung des Inhalts des gegenwärtigen Vertrages.

Artikel XIII. Der gegenwärtige Vertrag soll sechs Jahre von der Auswechslung der Ratifikationen ab in Kraft bleiben.

Artikel XIV. Die Ratifikationen des gegenwärtigen Vertrages sollen

in Berlin binnen einer Frist von fünfzehn Tagen oder früher, wenn es tunlich ist, ausgetauscht werden.

Zu Band VII, S. 94/95

Nr. 1420

**Der italienische Botschafter in Berlin Graf de Launay an den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherrn von Marschall**

Eigenhändig

Berlin, den 30. April 1891

Durch ein Telegramm, das ich in dem Augenblicke empfang, wo Sie mir Ihren liebenswürdigen Besuch machten, teilt der Marquis di Rudini mir mit, daß er die von mir vorgeschlagene neue Formel für den Artikel IX annimmt. — Er gibt mir lediglich die Anweisung, folgenden Abänderungsvorschlag für die letzte auf England bezügliche Phrase vorzuschlagen:

„Es versteht sich, daß in einem derartigen Falle die beiden Mächte sich gleichermaßen mit England in Verbindung zu setzen suchen würden.“

Die Worte „devrait aussi s'établir“<sup>1)</sup> (zustandekommen müßte) wären dann ebenso beseitigt wie die Worte „entente préalable“ (vorherige Verständigung). Das schiene aus dieser Verständigung eine einleitende Bedingung für die Unterstützung durch Deutschland zu machen. Das hieße, in gewisser Art den Wert einer die beiden vertragschließenden Mächte verpflichtenden Klausel dem guten Willen einer dritten Macht ausliefern. Eine derartige Kombination wäre nur in dem Falle zutreffend, wo der Hinzutritt Englands zur Allianz bereits eine vollendete Tatsache wäre. —

Nehmen Sie die vorgeschlagene Abänderung an? — Ich wünschte heute noch Ihre Antwort an den Marquis di Rudini telegraphieren zu können. — Was er fordert, scheint mir annehmbar.

Mein Bureau chiffriert gegenwärtig gerade das, was in unserer heutigen Besprechung abgemacht worden ist.

gez. L a u n a y

Zu Band VII, S. 99/102

Nr. 1426

**Text des Dreibund-Vertrages vom 6. Mai 1891**

Ausfertigung

Ihre Majestäten

der Kaiser von Deutschland, König von Preußen,  
der Kaiser von Österreich, König von Böhmen usw. und Apostolischer  
König von Ungarn, und  
der König von Italien,

fest entschlossen, ihren Staaten die Fortsetzung der Wohltaten zu sichern, die ihnen ebensowohl in politischer Hinsicht wie vom monarchischen und sozialen Gesichtspunkte aus die Aufrechterhaltung des Dreibundes verbürgt, und von dem Wunsche beseelt, zu diesem Zwecke die Dauer dieses am 20. Mai 1882 geschlossenen und durch die Verträge vom 20. Februar 1887, deren Ablauf

<sup>1)</sup> Bezieht sich auf die vom Grafen Launay dem Staatssekretär Frhr. v. Marschall am 27. April 1891 vorgeschlagene neue Fassung des Artikels IX. Darin hieß der letzte Satz: „Il est entendu, que pour pareille éventualité une entente préalable devrait aussi s'établir avec l'Angleterre.“ („Es versteht sich, daß bei einem derartigen Falle eine vorherige Verständigung auch mit England zustandekommen müßte.“)

auf den 30. Mai 1892 festgesetzt war, bereits einmal erneuerten Vertrages zu verlängern, haben zu diesem Zwecke als ihre Bevollmächtigten ernannt:  
Seine Majestät der Kaiser von Deutschland, König von Preußen:

den Herren Leo von Caprivi, General der Infanterie, Reichskanzler, preußischen Ministerpräsidenten;

Seine Majestät der Kaiser von Österreich, König von Böhmen usw. und Apostolischer König von Ungarn:

den Herrn Emmerich Grafen Széchényi de Sárvári Felső-Vidék, diensttuenden Kammerherrn und Geheimen Rat, seinen außerordentlichen bevollmächtigten Botschafter beim Kaiser von Deutschland, Könige von Preußen;

Seine Majestät der König von Italien:

den Herren Eduard Grafen de Launay, seinen außerordentlichen und bevollmächtigten Botschafter bei Seiner Majestät dem Kaiser von Deutschland, Könige von Preußen.

Diese haben nach dem Austausch ihrer in guter und schuldiger Form befundenen Vollmachten folgende Artikel verabredet:

#### Artikel I.

Die hohen vertragschließenden Parteien versprechen sich wechselseitig Frieden und Freundschaft und werden kein Bündnis und keine Verpflichtung eingehen, die sich gegen einen ihrer Staaten richten.

Sie verpflichten sich, in einen Gedankenaustausch über die politischen und wirtschaftlichen Fragen allgemeiner Art, die sich darbieten könnten, einzutreten und versprechen sich außerdem ihre wechselseitige Unterstützung nach Maßgabe ihrer eigenen Interessen.

#### Artikel II.

In dem Falle, wo Italien ohne unmittelbare Herausforderung seinerseits aus irgend einem Grunde von Frankreich angegriffen werden sollte, sollen die beiden anderen vertragschließenden Parteien gehalten sein, der angegriffenen Partei mit allen ihren Kräften Hilfe und Beistand zu leisten.

Diese gleiche Verpflichtung soll Italien im Falle eines nicht unmittelbar herausgeforderten Angriffs Frankreichs gegen Deutschland obliegen.

#### Artikel III.

Wenn eine oder zwei der vertragschließenden Parteien ohne unmittelbare Herausforderung ihrerseits angegriffen werden und sich in einen Krieg mit zwei oder mehreren Großmächten verwickelt sehen sollten, die den gegenwärtigen Vertrag nicht unterzeichnet haben, so soll der „casus foederis“ gleichzeitig für alle hohen vertragschließenden Parteien eintreten.

#### Artikel IV.

In dem Falle, wo eine Großmacht, die den gegenwärtigen Vertrag nicht unterzeichnet hat, die Sicherheit der Staaten einer der hohen vertragschließenden Parteien bedroht und die bedrohte Partei sich dadurch gezwungen sehen sollte, ihr den Krieg zu machen, verpflichten sich die beiden anderen, ihrem Verbündeten gegenüber eine wohlwollende Neutralität zu beobachten. Eine jede behält sich in diesem Falle die Möglichkeit vor, an dem Kriege teilzunehmen, falls sie es für angezeigt hielte, mit ihren Verbündeten gemeinsame Sache zu machen.

#### Artikel V.

Sollte der Frieden einer der hohen vertragschließenden Parteien unter den Umständen bedroht werden, die in den vorhergehenden Artikeln vorgesehen sind, so werden sich die hohen vertragschließenden Parteien rechtzeitig über die militärischen Maßnahmen verständigen, die im Hinblick auf ein etwaiges Zusammenwirken zu treffen wären.

Sie verpflichten sich, von nun an in allen Fällen einer gemeinsamen Beteiligung an einem Kriege nur auf Grund einer gemeinsamen Übereinkunft Waffenstillstand, Frieden oder einen Vertrag abzuschließen.

#### Artikel VI.

Deutschland und Italien, die nur die möglichst lange Aufrechterhaltung des territorialen status quo im Orient im Auge haben, verpflichten sich, ihren Einfluß dahin anzuwenden, daß sie an den ottomanischen Küsten und Inseln im Adriatischen und Ägäischen Meere jeder Gebietsveränderung entgegenwirken, die der einen oder der anderen der Unterschriftsmächte des gegenwärtigen Vertrages schaden könnte. Zu diesem Zwecke werden sie sich alle Nachrichten mitteilen, die geeignet sind, sich wechselseitig über ihre eigenen Pläne sowie über die der anderen Mächte zu unterrichten.

#### Artikel VII.

Österreich-Ungarn und Italien, die nur im Auge haben, den territorialen status quo im Orient so lange wie möglich aufrechtzuerhalten, verpflichten sich, ihren Einfluß dahin anzuwenden, daß sie jeder Gebietsveränderung entgegenwirken, die die eine oder andere Unterschriftsmacht des gegenwärtigen Vertrages schädigen könnte. Sie werden sich zu diesem Zwecke alle Nachrichten mitteilen, die geeignet sind, sich wechselseitig über ihre eigenen Pläne sowie über die anderer Mächte zu unterrichten. Indes soll in dem Falle, wo infolge der Ereignisse die Aufrechterhaltung des status quo in den Gebieten des Balkans oder der ottomanischen Küsten und Inseln in der Adria und im Ägäischen Meer unmöglich würde, und wo, sei es infolge des Verhaltens einer dritten Macht, sei es auf andere Weise, Österreich-Ungarn oder Italien sich gezwungen sähen, ihn durch eine zeitweilige oder dauernde Besetzung ihrerseits zu ersetzen, diese Besetzung nur nach einem vorherigen Abkommen zwischen den beiden Mächten stattfinden, das auf dem Grundsätze einer wechselseitigen Entschädigung für jeden territorialen oder anderen Vorteil beruht, den jede von ihnen über den gegenwärtigen status quo hinaus erhalte, und das den wohlbegründeten Interessen und Ansprüchen der beiden Parteien Genüge zu leisten hätte.

#### Artikel VIII.

Die Abmachungen der Artikel VI und VII sollen sich in keiner Weise auf die ägyptische Frage beziehen, hinsichtlich derer die hohen vertragsschließenden Parteien wechselseitig ihre Handlungsfreiheit behalten, immer unter Berücksichtigung der Grundsätze, auf denen der gegenwärtige Vertrag beruht.

#### Artikel IX.

Deutschland und Italien verpflichten sich, sich für die Erhaltung des territorialen status quo in den nordafrikanischen Gebieten am Mittelmeer, also in der Cyrenaika, in Tripolitanien und Tunesien, einzusetzen. Die Vertreter der beiden Mächte in diesen Gebieten werden die Anweisung erhalten, sich hinsichtlich gegenseitiger Mitteilungen und Hilfeleistung in engerer Fühlung zu halten.

Sollten unglücklicherweise auf Grund einer reiflichen Prüfung der Lage Deutschland und Italien beide anerkennen, daß die Aufrechterhaltung des status quo unmöglich würde, so verpflichtet sich Deutschland, nach einer formellen und vorgängigen Übereinkunft Italien bei jeder Aktion in Form einer Besetzung oder anderen Pfandnahme zu unterstützen, die diese letztere Macht in eben diesen Gebieten im Hinblick auf ein Interesse des Gleichgewichts und berechtigter Entschädigung unternehmen müßte.

Es versteht sich, daß bei einer derartigen Möglichkeit die beiden Mächte sich gleicherweise mit England in Verbindung zu setzen suchen würden.

**Artikel X.**

Sollte es sich ereignen, daß sich Frankreich anschickte, seine Okkupation oder aber sein Protektorat oder seine Souveränität in irgend einer Form auf die nordafrikanischen Gebiete auszudehnen, und sollte infolge dieser Tatsache Italien zur Bewahrung seiner Stellung am Mittelmeer selbst eine Aktion an den genannten nordafrikanischen Gebieten unternehmen zu müssen oder aber auf dem französischen Landgebiete in Europa zu den äußersten Maßregeln greifen zu müssen glauben, so würde der sich daraus ergebende Kriegszustand zwischen Italien und Frankreich ohne weiteres (ipso facto) auf das Verlangen Italiens und zu gemeinsamen Lasten Deutschlands und Italiens den durch Artikel II und V des gegenwärtigen Vertrages vorgesehenen casus foederis ebenso herstellen, als wenn eine derartige Möglichkeit darin ausdrücklich ins Auge gefaßt wäre.

**Artikel XI.**

Sollten die Wechselfälle eines jeden solchen gemeinsam gegen Frankreich von den beiden Mächten unternommenen Krieges Italien dazu führen, hinsichtlich Frankreichs für die Sicherung der Grenzen des Königreichs und seiner Machtstellung zur See, ebenso auch im Hinblick auf die Dauerhaftigkeit und den Frieden, territoriale Pfänder zu erstreben, so wird Deutschland dem keinerlei Hindernis in den Weg legen und nach Bedarf und in einem mit den Umständen verträglichen Maße sich anschicken, die Mittel zur Erreichung eines derartigen Zweckes zu erleichtern.

**Artikel XII.**

Die hohen vertragschließenden Parteien versprechen sich wechselseitig, den Inhalt des gegenwärtigen Vertrages geheimzuhalten.

**Artikel XIII.**

Die Unterschriftsmächte behalten sich vor, in den Vertrag später in Form eines Protokolls und einstimmig diejenigen Änderungen aufzunehmen, deren Nützlichkeit durch die Umstände erwiesen wäre.

**Artikel XIV.**

Der gegenwärtige Vertrag soll für den Zeitraum von sechs Jahren von der Auswechselung der Ratifikationen ab in Kraft bleiben; wenn er aber nicht ein Jahr zuvor durch die eine oder andere der hohen vertragschließenden Parteien gekündigt worden ist, soll er für dieselbe Zeitdauer von sechs weiteren Jahren in Kraft bleiben.

**Artikel XV.**

Die Ratifikationen des gegenwärtigen Vertrages sollen in Berlin binnen fünfzehn Tagen oder früher, wenn es zugänglich ist, ausgetauscht werden.

Zu Urkund dessen haben die wechselseitigen Bevollmächtigten den gegenwärtigen Vertrag unterzeichnet und ihr Wappensiegel beigefügt.

Geschehen zu Berlin, in dreifacher Ausfertigung, am 6. Mai 1891.

(Siegel) v. Caprivi.

(Siegel) Széchényi.

(Siegel) Launay

Zu Band VII, S. 103

Nr. 1427.

**Protokoll vom 6. Mai 1891**

In dem Augenblicke, wo die unterzeichneten Bevollmächtigten der drei Mächte zur Unterzeichnung des an diesem Tage zwischen Deutschland, Osterreich-Ungarn und Italien abgeschlossenen Vertrages schreiten, erklären sie gegenseitig, hierzu pflichtmäßig bevollmächtigt, folgendes:

1. Unter dem Vorbehalt parlamentarischer Billigung für die tatsächlichen Abmachungen, die sich aus der gegenwärtigen grundsätzlichen Erklärung ergeben könnten, versprechen sich die hohen vertragschließenden Parteien von diesem Augenblicke an auf wirtschaftlichem Gebiete (Finanzen, Zölle, Eisenbahnen) über die Behandlung als meist begünstigte Nation hinaus alle Erleichterungen und alle besonderen Vorteile, die mit den Anforderungen eines jeden der drei Staaten und mit ihren wechselseitigen Verpflichtungen gegenüber dritten Mächten vereinbar sind.

2. Da der Hinzutritt Englands zu den Abmachungen des heutigen Vertrages über den Orient im eigentlichen Sinne, d. h. über die Gebiete des ottomanischen Reiches, grundsätzlich bereits angenommen ist, so werden sich die hohen vertragschließenden Parteien im geeigneten Augenblick und in dem Maße, wie die Umstände es mit sich bringen würden, dafür einsetzen, einen entsprechenden Beitritt hinsichtlich der nordafrikanischen Landstriche des mittleren und westlichen Mittelmeergebietes einschließlich Marokkos hervorzuführen. Dieser Zutritt ließe sich gegen die Annahme des in den Artikeln IX und X des heutigen Tages enthaltenen Programms durch England verwirklichen.

Zu Urkund dessen haben die drei Bevollmächtigten das gegenwärtige Protokoll in dreifacher Ausfertigung unterzeichnet.

Geschehen zu Berlin am 6. Mai 1891.

v. Caprivi.  
Széchenyi.  
Launay.

Zu Band VII, S. 181/183

Nr. 1487.

## Deutsche Akzessionserklärung zum österreichisch-rumänischen Bündnisvertrag

Ausfertigung

Seine Majestät der Kaiser von Österreich, König von Böhmen usw. und Apostolischer König von Ungarn, und

Seine Majestät die König von Rumänien haben in Sinaia am 25./13. Juli des laufenden Jahres folgenden Freundschafts- und Bündnisvertrag geschlossen: <sup>1)</sup>

### Artikel 1.

Die hohen vertragschließenden Parteien versprechen sich Frieden und Freundschaft und werden keine Allianz oder Verbindlichkeit eingehen, die gegen den einen ihrer Staaten gerichtet ist. Sie verpflichten sich, eine freundschaftliche Politik zu verfolgen und sich nach Maßgabe ihrer Interessen Beistand zu leisten.

### Artikel 2.

Wenn Rumänien ohne irgendeine Herausforderung seinerseits angegriffen werden sollte, so ist Österreich-Ungarn verpflichtet, ihm rechtzeitig Hilfe und Beistand gegen den Angreifer zu leisten. Wenn Österreich-Ungarn unter denselben Umständen in einem Teile seiner an Rumänien grenzenden Staaten angegriffen würde, wird der casus foederis für letzteres sogleich eintreten.

### Artikel 3.

Wenn eine der hohen vertragschließenden Parteien sich von einem Angriffe unter den oben erwähnten Bedingungen bedroht fände, werden

<sup>1)</sup> Hier folgt zunächst der ganze Vertrag von 7 Punkten und dann nach dem 1. Absatze des Artikels 7 die Aufforderung Deutschlands zum Beitritt.

sich die wechselseitigen Regierungen über die Maßnahmen verständigen, die im Hinblick auf ein Zusammenwirken ihrer Armeen zu ergreifen wären. Diese militärischen Fragen, hauptsächlich die der Einheit der Operationen und des Durchmarsches durch die wechselseitigen Gebiete, sollen durch eine Militärkonvention geregelt werden.

#### Artikel 4.

Wenn entgegen ihrem Wunsche und ihrer Hoffnung die hohen vertragsschließenden Parteien zu einem gemeinsamen Kriege unter den in den vorherigen Artikeln vorgesehenen Umständen gezwungen wären, so verpflichten sie sich, getrennt weder über einen Frieden zu verhandeln noch ihn abzuschließen.

#### Artikel 5.

Der gegenwärtige Vertrag soll für die Dauer von vier Jahren vom Tage der Auswechslung der Ratifikationen ab in Kraft bleiben. Wenn ein Jahr vor seinem Ablauf der gegenwärtige Vertrag nicht gekündigt ist, oder wenn seine Revision durch keine der hohen vertragsschließenden Parteien verlangt worden ist, soll er als auf die Dauer von drei weiteren Jahren verlängert angesehen werden.

#### Artikel 6.

Die hohen vertragsschließenden Parteien versprechen sich wechselseitig, den Inhalt des gegenwärtigen Vertrages geheimzuhalten.

#### Artikel 7.

Der gegenwärtige Vertrag soll ratifiziert und die Ratifikationen im Zeitraume von drei Wochen oder früher, wenn es möglich ist, ausgetauscht werden.

und sodann<sup>1)</sup> Seine Majestät den Kaiser von Deutschland, König von Preußen, eingeladen, den Bestimmungen des oben genannten Vertrages beizutreten.

Demzufolge hat Seine Majestät der Kaiser von Deutschland, König von Preußen, seinen Vertreter in Bukarest, den Legationsrat Bernhard v. Bülow, zu diesem Zwecke mit seinen Vollmachten versehen, um formell den in dem obenerwähnten Vertrag enthaltenen Festsetzungen beizutreten. In Ausführung dieser Akzessionsakte übernimmt Seine Majestät der Kaiser von Deutschland, König von Preußen, im Namen des Deutschen Reiches gegenüber Ihren Majestäten, dem Kaiser von Österreich, Könige von Böhmen usw. und Apostolischem Könige von Ungarn,

und dem Könige von Rumänien, und gleichzeitig übernehmen Ihre Majestäten der Kaiser von Österreich, König von Böhmen usw. und Apostolischer König von Ungarn, und der König von Rumänien gegenüber Seiner Majestät dem Kaiser von Deutschland, Könige von Preußen, die gleichen Verpflichtungen, zu denen die hohen vertragsschließenden Parteien sich wechselseitig durch die Festsetzungen des genannten oben eingefügten Vertrages verpflichtet haben.

Die gegenwärtige Akzessionsakte soll ratifiziert und die Ratifikationen innerhalb eines Zeitraumes von drei Wochen oder früher, wenn es tunlich ist, ausgetauscht werden.

Zu Urkund dessen haben die wechselseitigen Bevollmächtigten die gegenwärtige Akzessionsakte unterzeichnet und mit ihrem Wappensiegel versehen. Geschehen zu Bukarest am 23./11. November des Jahres des Heiles 1892.

(Siegel) B. v. Bülow.

(Siegel) A. Goluchowski.

(Siegel) Al. Lahovari.

<sup>1)</sup> Siehe Anmerkung 1 auf voriger Seite.

Zu Nr. 1527.

**Aufzeichnung für den Großfürsten-Thronfolger über die Ziele des Dreibundes**

Weit davon entfernt, aggressive Tendenzen zu haben, hat der Dreibund im Gegenteil einen eminent defensiven und friedlichen Zweck; er ist von dem Erhaltungsinstinkt der Unterschriftsmächte diktiert worden.

Bevor sie diesen Bund schlossen, haben sich die drei Mächte von den schweren Gefahren Rechenschaft abgelegt, die heute die Monarchien von seiten der französischen Republik und von seiten der Parteigänger der revolutionären, überall unter verschiedenen Namen ein wenig verstreuten Doktrin bedrohen. Da diese Gemeinsamkeit der monarchischen Interessen eine der hauptsächlichsten Grundlagen des Bundes bildet, könnte jede Macht, die entsprechende Interessen besitzt, ihm beitreten.

Das politische Gebiet ist indes nicht das einzige, wo sich die Interessen der verbündeten Mächte begegnen. Es handelt sich auch darum, durch Abmachungen wirtschaftlicher Art eine Gemeinsamkeit auf dem Gebiete der materiellen Interessen zu schaffen, mit dem doppelten Zwecke, in Europa die Möglichkeiten eines bewaffneten Konfliktes zu vermindern und den Absichten der großen Republik jenseits des Meeres die Stirn zu bieten, die auf einen vollständigen Abschluß des europäischen Handels in ganz Amerika abzielen.

Zu Band VII, S. 337/338

Nr. 1601.

**Der Botschafter in Paris Graf Münster an das Auswärtige Amt**

Telegramm. Abschrift

Nr. 260

Paris, den 18. Oktober 1893

Habe folgendes Telegramm an Marschallin Mac Mahon gerichtet, da Ort und Zeit der Beisetzung noch nicht bekannt:

„Herzogin von Magenta, Schloß La Forest.

Seine Majestät der deutsche Kaiser hat mich, so wie er von dem grausamen Verluste Kenntnis erhalten hat, den Sie soeben erlitten haben, in tiefem Mitgefühl beauftragt, in seinem Namen einen Kranz auf den Sarg des tapferen und edlen Marschalls niederzulegen. Indem ich Ihnen, Frau Herzogin, meine persönlichen Gefühle des aufrichtigsten Beileides zum Ausdruck bringe, bitte ich Sie, mich gütigst Tag und Ort wissen lassen zu wollen, wo ich die Ehre haben kann, mich dieses hohen Auftrages zu entledigen.

Graf Münster, deutscher Botschafter.“

(gez.) Münster.

Zu Band VII, S. 453

Nr. 1667.

**Kaiser Wilhelm II. an Kaiser Alexander III. von Rußland**

Telegramm in Klarschrift. Konzept

(Berlin, den 16. März 1894)

Mit lebhafter Genugtuung beeeile ich mich, Dich zu verständigen, daß der Handelsvertrag heute durch den Reichstag beschlossen worden ist.

Ich hoffe, daß dieses friedliche Werk, das dank Deiner mächtigen ihm gewidmeten Mitwirkung soeben zu gutem Ende geführt worden ist, nicht

ernengte wird, die traditionellen Bande der Freundschaft, die zwischen unseren beiden Ländern und unseren beiden Häusern bestehen, noch enger zu knüpfen.

Fest von unseren Vätern ehemals auf die monarchischen Grundsätze geglaubten Bestrebungen betrachte ich als ein heiliges Vermächtnis<sup>1)</sup>, das zu bewahren und zum Glücke unserer Völker zu entwickeln wir berufen sind.

Wilhelm.

Zu Band VII, S. 453

Nr. 1918.

### Kaiser Alexander III. von Rußland an Kaiser Wilhelm II.

*Im Namen v. E. K. v. E. Kaiserliche*

St. Petersburg, Palais Anitschkow, den 17. März 1894

Indem ich Dir meinen warmen Dank für den lebenswichtigen Elfer-Aussprache, mit dem Du mir die Annahme unseres Handelsvertrages durch den Reichstag mitgeteilt hast, fühle ich mich durch die Gefühle, die Du mir bei dieser Gelegenheit zum Ausdruck bringst, tief berührt. Da Du den ganz besonderen Wert kennst, den ich den von Dir angeführten Traditionen beimesse, darfst Du nicht an der Erwiderung meiner aufrichtigsten Wünsche zweifeln.

Alexander

Zu Band VIII, S. 28, 29

Nr. 1919.

### Der französische Botschafter in Berlin Herbertte an den Reichskanzler von Caprivi

*Monseigneur*

Berlin, den 15. Juli 1890

In seiner Nummer 30 dieses Monats hat der „Reichsanzeiger“ den vollständigen Text eines zwischen Deutschland und England geschlossenen Abkommens veröffentlicht, dessen Artikel 2) sich auf die Anerkennung einer zeitigen Abtretung der Insel Woffa und der vom Sultanat von Sansibar abhängigen Festlandgebiete an das Deutsche Reich durch den Sultan von Sansibar bezieht.

Die Regierung der französischen Republik glaubt hinsichtlich der Verwirklichung dieses Planes alle Vorbehalte machen zu müssen, bevor auf Grund gegenseitiger Übereinstimmung Deutschland nicht ihr gegenüber sich seiner Verpflichtung unterwirft, die es durch seinen Beitritt vom 27. November 1886 zu der england-französischen Erklärung vom 10. März 1862, die Unabhängigkeit des Sultanat von Sansibar zu respektieren, übernommen hat.

Der unterzeichnete französische Botschafter ist übrigens ermächtigt, für die Regelung dieser Frage in einem Gedankenaustausch mit der Reichskanzlei einzutreten.

Jules Herbertte

<sup>1)</sup> „L'Espérance“. Vgl. Dok. Nr. 454, Wigweiser, Band 1, S. 72.

Nr. 1704.

**Der französische Botschafter in Berlin Herbette an den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherrn von Marschall**

Note. Abschrift

Berlin, den 17. November 1890

Im Verlauf der Unterredungen, die wir im August des Jahres über die wechselseitigen Beziehungen Deutschlands und Frankreichs an der Ostküste Afrikas gemeinsam gehabt haben, haben Euer Exzellenz mir erklärt, die Kaiserliche Regierung sei bereit, das Protektorat Frankreichs über Madagaskar mit allen seinen Folgen anzuerkennen.

Meinerseits bin ich in der Lage gewesen, schon bei unserer Unterredung vom 6. dieses Monats Ihnen die Versicherung zu geben, daß unter diesen Bedingungen die Regierung der französischen Republik gegen die Erwerbung des kontinentalen Teils der Staaten des Sultans von Sansibar und der Insel Mafia durch Deutschland keinen Einwand erheben würde.

Es galt übrigens als abgemacht, daß die der deutschen Gerichtsbarkeit unterstehenden Persönlichkeiten auf Madagaskar und die entsprechenden französischen in den vom Sultan von Sansibar an Deutschland abgetretenen Gebieten in jeder Hinsicht die Behandlung als meistbegünstigte Nation genießen sollten.

In der Absicht, die vollständige Übereinstimmung der beiden Regierungen über die oben spezifizierten Punkte endgültig zu besiegeln, habe ich die Ehre, Euer Exzellenz diese Mitteilung zu machen, und ich bitte Sie, mir ein bestätigendes Empfangsschreiben zukommen zu lassen.

(gez.) Jules Herbette

Zu Band VIII, S. 51/53

Nr. 1714

**Anlage****Entwurf des Marquis di Rudini zu einem Notenaustausch zwischen Italien, Österreich und England**

Abschrift von der Hand des Botschafters in Rom, Grafen zu Solms-Sonnenwalde

Notenentwurf, den jeder Minister der äußeren Angelegenheiten den wechselseitigen Botschaftern der drei anderen Mächte zuzustellen hätte.

Die in London am 12. Februar und in Wien am 16. Dezember 1887 zwischen Italien, England und Österreich-Ungarn ausgetauschten Noten regeln in praktischer Art die Haltung und die zu befolgende Linie, die diese drei Mächte hinsichtlich der sich auf die Lage des ottomanischen Reiches beziehenden Fragen für die Gegenwart sowohl wie für die Möglichkeiten der Zukunft angenommen haben.

Nachdem die Kabinette von Rom, Berlin und Wien anlässlich der jüngsten Erneuerung ihres Bündnisvertrages die besondere Aufmerksamkeit des Londoner Kabinetts auf den Vorteil gelenkt haben, den für die Sache des europäischen Friedens der Zutritt Englands zu den Grundsätzen bilden würde, die die drei Verbündeten als Grundlage für ihre wechselseitigen Abmachungen hinsichtlich ihrer Sicherheit und des Gleichgewichts im mittleren und westlichen Teile des Mittelmeeres angenommen haben, hat sich zwischen den vier Kabinetten ein vertraulicher Ideenaustausch darüber entwickelt. Aus dessen Ergebnis haben diese Mächte folgende Punkte festgestellt, die die in den am 12. Februar und am 24. März 1887 zwischen Italien, England und Österreich-Ungarn ausgetauschten Noten enthaltenen Feststellungen ergänzen und genauer bezeichnen.

1. Aufrechterhaltung des territorialen Status quo in den nordafrikanischen Gebieten des Mittelmeeres: der Cyrenaika, Tripolitanien, Tunesien und Marokko, durch die vereinigten Anstrengungen der vier Mächte. Die Vertreter der vier Mächte in diesen Gebieten sollen als Weisung erhalten, sich hinsichtlich ihrer wechselseitigen Mitteilungen und Unterstützung in engster Fühlung zu halten.

2. Wenn Italien in den obenerwähnten Gegenden, falls die Aufrechterhaltung des status quo unglücklicherweise unmöglich würde, aus einem Interesse des Gleichgewichts und rechtmäßiger Entschädigung seine tatsächliche Aktion in der Form einer Besetzung oder einer anderen Pfandnahme unternehmen müßte, so erklärt sich England schon jetzt bereit, sich nach einer formellen und vorhergehenden Abkunft Deutschland zuzugesellen, um die Aktion Italiens in dem oben angezeigten Sinne zu unterstützen.

3. Die drei verbündeten Mächte werden bei jeder Gelegenheit das Werk Englands in Ägypten unterstützen.

4. Sollte Frankreich sich anschicken, seine Okkupation oder aber sein Protektorat oder seine Souveränität unter irgendeiner Form auf die nordafrikanischen Gebiete auszudehnen, oder sollte es das Werk Englands in Ägypten stören wollen, so würde der Versuch Frankreichs von Deutschland, Italien und England als ein Schlag gegen ihre gemeinsamen Interessen betrachtet werden. Falls eine von diesen Mächten in einem derartigen Falle die Initiative zu einer militärischen Aktion unternähme, würden die beiden anderen nach einem formellen und vorherigen Abkommen diese Aktion militärisch unterstützen.

5. Die vier Mächte tauschen schon jetzt und vorbehaltlich eines vorherigen und formellen Abkommens zu geeigneter Zeit eine gleichlautende Erklärung für den Fall aus, wo der Angriff Frankreichs in Europa gegen eine von ihnen sich vollziehen würde.

Der unterzeichnete Minister der auswärtigen Angelegenheiten (oder anderer Titel) von . . . richtet die gegenwärtige Note an den Botschafter Seiner Majestät . . . und stellt fest, daß die fünf oben aufgeführten Punkte für das Verhalten und die etwaige Stellung seiner eigenen Regierung eine unabweichbare Richtungslinie bilden.

Zu Band VIII, S. 54

Nr. 1715

### Anlage

#### Notenentwurf (Lord Salisbury an Graf Torielli)

Reinschrift

N. B. eine gleichlautende Note wäre durch den Marquis di Rudini an Lord Dufferin zu richten.

Die in London am 12. Februar und in Wien am 16. Dezember 1887 zwischen England, Italien und Österreich-Ungarn ausgetauschten Noten regeln in praktischen Ausdrücken die von den drei Mächten für die Gegenwart wie für die Möglichkeit der Zukunft hinsichtlich der sich auf die Lage des ottomanischen Reiches beziehenden Fragen angenommene Haltung und Behandlungslinie.

Nachdem das römische Kabinett die Aufmerksamkeit des Londoner Kabinetts auf den Vorteil gelenkt hat, den es gleichermaßen haben würde, im Interesse der Sicherheit und des Gleichgewichts die auf das mittlere und westliche Mittelmeergebiet bezüglichen Festsetzungen, so wie sie in den zu London am 12. Februar 1887 zwischen England und Italien ausgetauschten Noten niedergelegt sind — ein Notenaustausch, dem Österreich-Ungarn beitrug —, zu ergänzen und besser zu präzisieren, haben die daraufhin erfolgten Besprechungen zu einem völligen Übereinkommen (entente) geführt, dessen hauptsächlichste Punkte hier folgen:

1. — Die beiden Mächte werden alle ihre Anstrengungen der Aufrechterhaltung des territorialen status quo in den nordafrikanischen Gebieten am Mittel-

meer, der Cyrenaika, Tripolitanien, Tunesien und Marokko, widmen. Die Vertreter der beiden Mächte in diesen Gebieten werden als Weisung erhalten, sich hinsichtlich der wechselseitigen Mitteilungen und Unterstützung in engster Föhlung zu erhalten;

2. — Wenn Italien in diesen Gebieten, falls die Aufrechterhaltung des status quo unglücklicherweise unmöglich würde, aus einem Interesse des Gleichgewichts und rechtmäßiger Entschädigung eine tatsächliche Aktion in der Form einer Besetzung oder einer anderen Pfandnahme unternehmen müßte, so erklärt sich England schon jetzt bereit, die Tätigkeit Italiens in dem obenbezeichneten Sinne zu unterstützen.

3. — Italien wird seinerseits bei jedem Anlaß das Werk Englands in Ägypten unterstützen.

4. — Sollte Frankreich sich anschicken, seine Okkupation oder aber sein Protektorat oder seine Souveränität unter irgendeiner Form auf die nordafrikanischen Gebiete auszudehnen, so würde der Versuch Frankreichs durch England und Italien als ein Schlag gegen ihre gemeinsamen Interessen angesehen werden. Falls Italien in einem derartigen Falle die Initiative zu einer militärischen Aktion ergriffe, würde ihm England nach einem formellen und vorherigen Abkommen seine tatsächliche Unterstützung leihen.

5. — Gerade so würde es in dem Falle sein, wo der Angriff Frankreichs gegen Italien sich auf dem eigenen Landgebiete des Königreichs auswirken würde.

Indem er feststellt, daß die fünf oben aufgeführten Punkte für die beiden Regierungen einen Anhalt für ihr etwaiges Verhalten und ihre Stellung bilden, ergreift der Unterzeichnete usw.

Zu Band VIII, S. 89

Nr. 1740

### Anlage

#### Aus einem Privatbriefe des Lord Rosebery an den englischen Unterstaatssekretär Sir Philip Currie

Abschrift

Meine persönliche Ansicht war diese, aber sie darf auch für nichts mehr genommen werden, als daß in dem Falle, daß Frankreich grundlos Italien angriffe, die Interessen Englands als Mittelmeer- und indische Macht es naturgemäß zur Hülfeleistung für Italien veranlassen würden, weil seine Sympathie, da es so lange und hartnäckig in der Sache der italienischen Freiheit mitgewirkt hat, es in die gleiche Richtung führen würden. Das war meine persönliche Überzeugung. Aber darüber hinaus kann ich nichts sagen, und in keinem Falle könnte ich eine autoritative Mitteilung an die italienische Regierung als vom britischen Kabinett herrührend machen. Meine Ansicht war einfach diese, daß in der befürchteten und ins Auge gefaßten Eventualität die natürliche Kraft der Dinge die gewünschte defensive Mitwirkung zustandebringen wird.

Zu Band VIII, S. 131

Nr. 1767

#### Der Botschafter in Rom Bernhard von Bülow an den Reichskanzler Grafen von Caprivi

Ausfertigung

Nr. 110

Rom, den 20. Juni 1894

Wie ich telegraphisch zu melden mich beehrte, habe ich Gelegenheit gefunden, mich gegenüber dem Ministerpräsidenten und dem Minister der Auswärtigen Angelegenheiten über die Kongofrage eingehend auszulassen.

„Der am 8. November 1884 zwischen dem Deutschen Reiche und dem Kongostaate geschlossene Vertrag,“ sagte ich beiden Ministern, „ebenso wie die Kongoakte von 1885 haben die Grenzen und die Beziehungen zwischen Deutschland und diesem Staate klar bestimmt. Um diesen Stand der Dinge zu ändern, wäre die Zustimmung der Kaiserlichen Regierung nötig, eine Tatsache, die selbst England anerkannt hat. Schon bei dem englisch-deutschen Abkommen vom 1. Juli 1890 hatte die britische Regierung dem Berliner Kabinett den Wunsch ausgesprochen, einen Landstreifen zwischen dem deutschen Gebiete und der Grenze des Kongostaates zu besitzen. Die Kaiserliche Regierung wies dies ausdrücklich deshalb zurück, weil ein solches Zugeständnis seine politische Stellung verringert und seine unmittelbaren Handelsbeziehungen mit dem Kongostaate unterbrochen haben würde. Wenn das Londoner Kabinett nichtsdestoweniger durch die Konvention zwischen England und dem Kongo vom 12. Mai des Jahres, Artikel III, den Landstreifen zu erhalten wünschte, der sich von dem nördlichsten Hafen des Tanganyika-Sees bis zum südlichsten Punkte des Albert Edward-Sees erstreckt, so bedürfte es vor allem der Zustimmung der Kaiserlichen Regierung. Wenn England eine so klare Pflicht vernachlässigt und seinen Zweck zum Schaden und ohne Vorwissen Deutschlands zu erreichen sucht, so hat es einen schweren Verstoß gegen die geltenden Verträge begangen. Infolgedessen hat die Kaiserliche Regierung gegen die englische Kongo-Konvention vom 12. Mai des Jahres protestiert, und es wird sie nicht eher anerkennen, ehe nicht ihren Rechten und ihren verletzten Interessen voll und ganz Genüge geleistet ist.“ . . .

Zu Band VIII, S. 301/302.

Nr. 1924

### Anlage I

#### Italienisches Promemoria

Unsignierte Ausfertigung

Berlin, den 20. Oktober 1891

Der Herzog von Tetuan<sup>1)</sup> hat dem Marquis Maffei<sup>2)</sup> bestätigt, daß, wenn der Sultan von Marokko sich enthält, den Absichten Frankreichs in dem Gebiet südlich von Figuig entgegenzuarbeiten, die französische Regierung die Drohung, die Gebiete von Tuat und Gurara zu besetzen, nicht ausführen wird. In dem entgegengesetzten Falle würde sie sie besetzen. —

Die italienische Botschaft hat den Auftrag erhalten, Seine Exzellenz den Herrn Baron von Marschall zu bitten, sie über die Haltung zu verständigen, die die Kaiserliche Regierung einzunehmen gedenkt, falls die französische Regierung, ohne auf die Vorstellungen der Kabinette von Berlin, Rom und London irgendwie zu achten, ihre Pläne auszuführen sich anschickte. —

Zu Band VIII, S. 334/336

Nr. 1966

#### Der italienische Minister des Äußern Baron Blanc an den englischen Botschafter in Rom Sir Clare Ford

Unsignierte Abschrift, von dem italienischen Botschafter in Berlin Grafen Lanza im Auswärtigen Amt überreicht am 5. März 1895

Rom, den 30. November 1894

Die Königliche Regierung hat ihren Vertretern anbefohlen, in den marokkanischen Angelegenheiten völlig im Einvernehmen mit England vorzugehen,

<sup>1)</sup> O'Donell Herzog von Tetuan war spanischer Minister des Äußeren im Kabinett Canovas.

<sup>2)</sup> Marquis Maffei war italienischer Gesandter in Madrid.

und der spanischen Regierung die Überzeugung ausgedrückt, daß sie bei Befolgung derselben Linie die gemeinsamen Interessen Spaniens und Italiens im Mittelmeergebiet sichern würde; Italien könne darauf zählen, daß die Unterstützung seiner Alliierten ihm bei dieser friedlichen und erhaltenden Politik nicht gefehlt haben würde.

Nun hat aber die spanische Regierung einerseits zum Ausdruck gebracht, die marokkanische Frage in der Hauptsache als eine Angelegenheit französisch-spanischer Abmachungen anzusehen, in der sie nur gemeinsam mit Frankreich vorgehen könnte.

Es wäre überflüssig, an unsere Bemühungen zu erinnern, die wir angewandt haben, um die spanische Regierung von einer gemeinsamen Aufsicht über die Zölle und einer Marokko von einem französischen Syndikat als Entschädigung für Melilla angebotenen Anleihe abzubringen. Wenn diese Aufsicht und diese Anleihe haben verhindert werden können, so ist es uns auf der anderen Seite aber nicht gelungen, Spanien zur Teilung des richtigen Standpunktes des Sultans von Marokko zu bringen, der den Mißbrauch politischer Bevormundungen Frankreichs über mächtige Häuptlinge der marokkanischen Stämme als eine Gefahr für die Unabhängigkeit und Integrität Marokkos und als einen berechtigten Grund bezeichnet, politische Konsulate, die einen solchen Schutz in Fez ausübten, auszuschließen. Spanien hat sogar tatsächlich lieber sein Recht geopfert, in Fez ebenso wie England einen örtlichen Handelskonsul zu halten, statt sich von Frankreich in der Frage der politischen Protektionen über einflußreiche marokkanische Untertanen zu trennen. Unseren Ratschlägen, eine Verständigung mit England vorzuziehen, haben die spanischen Staatsmänner einen grundsätzlichen Widerstand entgegengesetzt, der, wie die französisch-spanische Presse unterstrich, zwischen den spanischen Interessen in Marokko und denen der Gibraltar besetzenden Macht (immer) bestehen würde, und sie haben nicht verheimlicht, daß ein etwaiger bevormundender Schritt Englands in Tanger von ihnen als den Interessen Spaniens ebensowohl wie Frankreichs zuwiderlaufend angesehen werden würde, während Italien darin ein Element der Sicherheit für die italienisch-spanischen Mittelmeeresinteressen gesehen haben würde. In einem Worte: Spanien hat, wie uns scheint, sich sowohl in politischem wie in kommerziellem Sinne von dem Gedanken leiten lassen, sich, wenn auch nicht Gebietsteilungen, so doch wenigstens einen Anteil daran bei Frankreich zu sichern, wenn dieses seine Pläne in den östlichen und südlichen Teilen Marokkos verwirklichen würde. Deshalb wollte es Frankreich, wie uns scheint, tatsächliche Unterpfänder dafür geben, daß Spanien durchaus nicht an die Interessen des Dreibundes gebunden sei, und sich bei seinen Verhandlungen mit Frankreich — um von ihm bessere Bedingungen zu erhalten — sogar der Vorteile bedienen, die ihm die Unterstützung Italiens verschaffte; eine Unterstützung, die das Madrider Kabinett in Paris als eine Grundlage für eine französisch-spanisch-italienische Verständigung vorwies. Unsere Unterstützung drohte daher unter gewissen Umständen von ihrem Zwecke abgelenkt zu werden und der spanisch-englischen Verständigung zu schaden, die wir im Gegenteil zu erleichtern wünschen würden.

Andererseits hat England, als es unserem Wunsche entsprechen wollte, mit ihm vor allem in Marokko gemeinsam vorzugehen, das getan, indem es uns bei mehreren Anlässen Kenntnis von bereits zwischen ihm und Frankreich geschlossenen Übereinkünften gab, denen uns anzuschließen es uns einlud. Es wird uns erlaubt sein, in dieser Hinsicht lediglich zu bemerken, daß Spanien sich hierdurch in seinen Neigungen zu Verhandlungen mit Frankreich selbst nur um so mehr ermutigt fühlen mußte.

Die Königliche Regierung, die von dem Grundsatz, daß der Dreibund und England im Mittelmeergebiet gemeinsame Interessen haben, nicht abweichen wollte, konnte sich den Seitensprüngen (équivoques), die in der spanischen

Politik zum Ausdruck kamen, nicht anschließen. Wir haben das volle Vertrauen, daß früh oder spät die Gemeinsamkeit der Interessen, von der ich soeben sprach, praktisch von dem Kabinett von St. James anerkannt werden wird, und wir haben nicht die Absicht, uns über das zu beklagen, was es in den englisch-französischen Abmachungen in Afrika für Italien Ungünstiges geben konnte; aber die Zukunft der spanischen Politik könnte uns ein gleiches Vertrauen nicht einflößen. Wir wollen uns nicht zu Richtern aufwerfen über die Anschauungen des deutschen und des österreich-ungarischen Botschafters in Madrid, die der Meinung sind, Spanien sei bereits in die sogenannte französische Einflußzone geraten; wir wollen auch diese Tatsache nicht mit der von Konstantinopel durch den englischen Botschafter bezeugten vergleichen, wonach Frankreich die Vorherrschaft im Orient wiedergewonnen hätte, Frankreich, dessen Unternehmungen auf den Handelswegen von Tripolitanien nach Wadei — nach unserer Kenntnis aus Wien — keinem Hindernisse seitens der ottomanischen Regierung begegnen zu sollen scheinen. Was nun Spanien betrifft, so halten wir es indes für nützlich, es freundschaftlich zu warnen, wenn wir es auf einem Wege verpflichtet sehen, auf dem wir ihm ehrlicher Weise nicht zu folgen vermögen; auf dem, in der Erwartung von Entschädigungen, die wir für unsere Rechnung von Frankreich nicht annehmen würden, es indirekt, soweit es von ihm abhängt, die französischen Unternehmungen erleichtert, die sich vom Südatlas bis an die Bai von Tadschura auszudehnen drohen. Wir würden, sowohl als Mittelmeermacht, wie als Mitglied des Dreibundes oder als Mithafter Englands in Afrika, glücklich sein, Lord Kimberley in gerechtem und freundschaftlichem Geiste würdigen zu sehen, was wir pflichtmäßig tun, damit unsere gemeinsamen Interessen aufhören, zu unserem schweren Nachteil sich nach der Seite Frankreichs eher als nach dem Dreibunde hin zu verlagern.

Zu Band VIII, S. 376

Nr. 1999

### Der Botschafter in Rom Bernhard von Bülow an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 5

Rom, den 3. Januar 1895

Baron Blanc schreibt mir heute, Donnerstag morgens: „Lieber Freund, Baratieri<sup>1)</sup> steht der beharrlichen Drohung eines abessinischen Einbruchs gegenüber, der, wie wir wissen, bereits seit mehreren Monaten in Obock und Dschibuti vorbereitet worden ist, wo man augenblicklich die Verstärkung der russischen Mission erwartet, und wo die französisch-russische Allianz in Ermanglung von etwas Besserem ein Aktionsgelände gefunden zu haben scheint.

Es ist möglich, daß trotz der italienisch-englischen Solidarität, die am 5. Mai für Harrar und seitdem für den Sudan bestätigt worden ist, die in der armenischen Untersuchung offenbarte Übereinstimmung Englands mit Rußland und Frankreich sich vom Schwarzen nach dem Roten Meere ausdehnt. In jedem Falle scheinen die halbamtlichen Einladungen aus Paris, sich vom Dreibunde zu trennen, mit Vorbedacht durch eine schwere Drohung gegen Erythräa gestützt zu werden.

Der Ihreige Blanc.“

Bülow.

1) Baratieri, italienischer General, war 1891—1896 Gouverneur von Erythräa.

Nr. 2002.

**Der Botschafter in Rom Bernhard von Bülow an den Reichskanzler  
Fürsten von Hohenlohe**

Entzifferung

Nr. 3

Rom, den 4. Januar 1895

Baron Blanc ließ mich mit der Bitte um absolute Diskretion Einsicht in das nachstehende Schreiben nehmen, welches er heute an meinen englischen Kollegen Sir Clare Ford gerichtet hat:

„Mein lieber Botschafter!

Es ist nicht nur Spanien, das nicht an die italienisch-englische Verständigung glaubt und gute Gründe dafür zu haben scheint, die Fortdauer der englisch-französischen Abmachungen in ganz Afrika voraussehen; auch Menelik teilt diese Ansicht. Diese Persönlichkeit hat die Pariser Zeitungspakete, die unseren Marsch auf Chartum ankündigten, und die ihm französische Agenten mit dem Auftrage überbrachten, ihn wissen zu lassen, England würde nicht betrübt sein, uns unterwegs aufgehalten zu sehen, sehr ernst genommen. Menelik selbst hat, aufgestachelt von denselben Agenten, die ihm über Dschibuti Taler, Munition und Waffen lieferten, es auf sich genommen, uns durch die Häuptlinge von Tigre in dem Augenblicke angreifen zu lassen, wo wir von den Derwischen angegriffen werden würden. Man berichtet uns, daß er bei dem, was er kürzlich unmittelbar nach London hat schreiben lassen, die volle Überzeugung hege, Ihnen damit nicht unangenehm zu sein. Er sieht Sie in Zeila, was nicht mehr mit dem Innern des Landes verkehrt, eingeschlossen und untätig; zum abessinischen Hafen ist Dschibuti geworden, von wo die Karawanen nach Choa, wenn sie zufällig ausgeplündert werden, mit Denaren von Frankreich bar entschädigt werden. Die Krönung des französisch-abessinischen Gebäudes ist die russische Mission, die von den Franzosen sorgfältig und sicher von Dschibuti nach Harrar geleitet werden wird, wo sie unsere Erklärungen vom 5. Mai von Grund auf zerstören wird, deren Geheimhaltung Frankreich ausnutzt. Die in Europa ein wenig chimärische französisch-russische Allianz hat also endlich an den Ufern des Golfes von Aden ein Tätigkeitsgebiet gegen Sie und gegen uns gefunden. Das italienische Protektorat über Abessinien, von dem Frankreich und Rußland selbst Akt genommen haben, wird in dem Augenblicke in Aufsehen erregender Weise dementiert sein, wo die halbamtlichen Organe des Quai d'Orsay den König ins Spiel bringen, der „Temps“, indem er auffordert, das Ministerium zu wechseln, und die „Débats“, indem sie ihm nahelegen, sich vom Dreibunde zurückzuziehen. So, mein lieber Botschafter, ist die Lage in dem Augenblicke, wo ich Ihnen schreibe.“ . . .

Nr. 2061.

Anlage

## Aide-Mémoire

Vom französischen Botschafter in Berlin Herbert am 17. Juni dem Staatssekretär  
Freiherrn von Marshall überreicht

Berlin, den 17. Juni 1894

In Übereinstimmung mit dem Vorschlage, der uns von der Reichskanzlei am 13. dieses Monats gemacht worden ist, sind wir bereit, „die Gemeinsamkeit der Anschauungen der beiden Regierungen über die Not-

wendigkeit zu bestätigen, den gesetzmäßigen status quo in Afrika, so wie er aus den internationalen Abmachungen hervorgeht, zu schützen“.

Nach Erledigung dieses Punktes wären wir der Meinung, daß die beiden Regierungen parallel die in London und in Brüssel in Bezug auf die Konvention vom 12. Mai unternommenen Besprechungen fortsetzen sollten. Sie würden nicht gehalten sein, ganz die gleiche Sprache zu führen. Es würde genügen, daß sie wechselseitig jede ihre besonderen Gesichtspunkte verteidigten, aber mit der wechselseitigen, durch die Aufrichtigkeit der ausgetauschten Erklärungen bestätigten Gewißheit, daß die beiden Mächte einer endgültigen Regelung erst zustimmen werden, wenn sie sich über die Anerkennung geeinigt haben, daß sie wechselseitig eine vollkommene Genugtuung erlangt haben. Das würde nur in dem Falle zutreffen, wo eine solchermaßen sowohl in London wie in Brüssel durchgeführte Verhandlung nicht zu dem Ergebnis führen würde, daß etwa gemeinsam mit den anderen interessierten Mächten die Eventualität einer Konferenz zu prüfen wäre.

Unser Programm gegenüber England und dem Kongostaate ist, das Recht zu schützen, indem wir die Interessen versöhnen und die Eigenliebe schonen.

Nun hat Lord Kimberley unserem Botschafter in London erklärt, (und eine Erklärung in diesem Sinne ist gleichermaßen im britischen Parlament abgegeben worden), daß die Regierung der Königin durchaus nicht beabsichtige, die englische Herrschaft vom Kap bis nach Alexandria aufzurichten. „Das ist eine Politik“, hat er gesagt, „die man unter die absurden Wahngedanken verweisen muß“.

Wenn England aufrichtig diese Verhandlungsgrundlage annehmen will, wäre die Zuflucht zu einer Konferenz für den Augenblick entbehrlich.

Um zu einer zufriedenstellenden Regelung zu gelangen, wäre das bequemste Verfahren sicherlich, vom Könige Leopold den Rücktritt von der Konvention unter folgenden Bedingungen zu erlangen:

1. Der Kongostaat würde anerkennen, daß er sich nicht außerhalb der Grenzen entwickeln kann, die ihm durch die Konventionen von 1884, 1887 und im allgemeinen durch die Akte von Berlin gesetzt sind, d. h. im Norden Ubangi und der vierte Breitengrad bis zur Grenze des Kongobeckens und im Osten die Grenzen, deren Aufrechterhaltung die deutsche Regierung verlangt.

2. Der Kongostaat würde infolgedessen auf jeden Plan verzichten, die außerhalb dieser Grenzen liegenden Gebiete zu pachten oder zu besetzen.

3. Der Kongostaat würde anerkennen, daß er ohne die Zustimmung der Mächte und hauptsächlich Frankreichs hinsichtlich der Vorzugsrechte nicht einer anderen Macht unter irgendeinem Titel, sei es umsonst oder zu Lasten des Betreffenden, die Pachtung oder Verwaltung des Ganzen oder eines Teiles des Gebietes übertragen kann, das ihm in den früheren Akten entsprechend der oben gegebenen Auslegung zugesprochen ist. Er könnte nicht irgendeiner Macht oder irgendeiner Privatperson dem entgegenstehende Vorteile oder Vorrechte einräumen, deren sich nicht in gleicher Weise eine (andere) Macht oder die Angehörigen einer der Unterschriftsmächte der Berliner Akte zu erfreuen vermöchten.

Diese Vorschläge würden offenbar in Brüssel leichter angenommen werden müssen als in London. Aber es ist zu fürchten, daß König Leopold, auf die Unterstützung Englands pochend, dem in diesem Augenblicke von den Protesten der interessierten Mächte auf ihn ausgeübten Drucke Widerstand leistet.

Um diese Widerstände zu besiegen, müßte man sich dann nach London wenden. Die Botschafter Deutschlands und Frankreichs könnten in diesem Sinne einen gemeinsamen Schritt tun und durch ihr gleichzeitiges Handeln die Zustimmung des Londoner Kabinetts zu einer Formel erlangen, die schließlich von dem Souverän des Kongo unterschrieben werden würde.

Das sind die Ansichten der Regierung der Republik über die zur Sicherung des Erfolges der schwebenden Verhandlung geeigneten Bedingungen. Die Gefühle der Mäßigung, von denen sie Zeugnis ablegen, sind ein sicherer Bürge für die Loyalität, mit der wir uns anschicken werden, nichts zu tun, was mit dem feststehenden Rechte und den Interessen der anderen Staaten im Widerspruch stehen könnte.

Zu Band IX, S. 243

Nr. 2215.

**Der englische Botschafter in Berlin Sir Edward Malet an den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherrn von Marschall**

Ausfertigung

Berlin, den 7. Oktober 1894

Ich habe die Ehre, Euer Exzellenz zu benachrichtigen, daß ich von dem Staatssekretär Ihrer Majestät für auswärtige Angelegenheiten gebeten worden bin, Euer Exzellenz zu fragen, ob die Kaiserliche Regierung gewillt ist, sich mit England, Frankreich, Rußland und den Vereinigten Staaten zu einer Intervention zwischen Japan und China zu vereinigen. Diese würde als Grundlage eine Entschädigung Japans für seine Kriegsausgaben und die von den Mächten zu garantierende Unabhängigkeit Koreas haben.

Edward Malet.

Zu Band IX, S. 295/296

Nr. 2272.

**Der Botschafter in Petersburg Fürst von Radolin an das Auswärtige Amt**

Telegraph. Entzifferung

Nr. 128

St. Petersburg, den 17. Mai 1895

Fürst Lobanow las mir soeben den von ihm verfaßten Entwurf einer Instruktion für unseren Vertreter in Tokio vor, welchen er mich bat, behufs schleuniger Beendigung der japanischen Angelegenheiten der Kaiserlichen Regierung als Vorschlag zu unterbreiten.

„1. Entschädigung für die Wiederabtretung von Liaotung:

Von streng juristischem Standpunkte aus hat Japan seinerseits von China keine Entschädigung für diese Abtretung zu fordern, in Erwägung dessen, daß sie bedingungslos und an die drei Mächte, aber nicht an China erfolgt ist. Man darf eine Entschädigung dieser Art nicht mit der Kriegskontribution verwechseln, die nur die Erstattung der Kriegskosten darstellt, die aber von dem eroberten Gebiet, das der Sieger behalten will, mehr oder weniger unabhängig sind. Sollte indessen Japan auf dieser Entschädigung bestehen, so müßte man versuchen, sie auf eine mäßige Ziffer zurückzuführen.

2. Räumung der Halbinsel Liaotung: hierfür wäre, wenn möglich, ein Termin bald nach den ersten Zahlungen festzusetzen.

3. Fischerinseln: Bürgschaften für die Freiheit der Schifffahrt im Kanal von Formosa wären zu beanspruchen. Sie könnten bestehen: entweder in der Verpflichtung, auf den Fischerinseln keine neue Befestigung

zu errichten, noch diese Inseln an eine dritte Macht abzutreten, oder in einer allgemeinen strengen Verpflichtung. Der Vertreter Frankreichs wird in dieser Frage die Initiative ergreifen und von seinen Kollegen unterstützt werden.

4. Diese verschiedenen Punkte werden den Gegenstand einer zwischen der japanischen Regierung und den Vertretern der drei Mächte zu Tokio auszutauschenden Note bilden müssen. Für die hierfür ebenso wie für die Redaktion der Noten zu unternehmenden Schritte müssen die Vertreter der drei Mächte sich untereinander verständigen und diese Besprechungen im Geiste der Einmütigkeit und des wechselseitigen Wohlwollens führen.“

Zu Band IX, S. 299/300

Nr. 2274.

### Der Botschafter in Petersburg Fürst von Radolin an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 135

St. Petersburg, den 23. Mai 1895

Fürst Lobanow dankt für Mitteilung Erlasses Nr. 240;<sup>1)</sup> hat mir nachstehendes im Sinne desselben abgefaßtes Telegramm mitgeteilt, welches er nach Tokio sendet, um Vertreter nicht länger ohne Instruktion zu lassen:

„Um ihre Intervention in der chino-japanischen Angelegenheit abzuschließen, sind die drei Mächte übereingekommen, über folgende Punkte in Besprechungen mit der japanischen Regierung einzutreten.

#### 1. Entschädigung für die Wiederabtretung von Liaotung.

Von streng juristischem Standpunkte aus hat Japan seinerseits von China keine Entschädigung für diese Abtretung zu fordern, in Erwägung dessen, daß sie bedingungslos und an die drei Mächte, aber nicht an China erfolgt ist. Man darf eine Entschädigung dieser Art nicht mit der Kriegskontribution verwechseln, die nur die Erstattung der Kriegskosten darstellt, die aber von dem eroberten Gebiet, das der Sieger behalten will, mehr oder weniger unabhängig sind. Sollte indessen Japan auf dieser Entschädigung bestehen, so müßte man versuchen, sie auf eine mäßige Ziffer zurückzuführen.

#### 2. Räumung der Halbinsel.

Hierfür wäre, wenn möglich, ein Termin bald nach den ersten Zahlungen festzusetzen.

#### 3. Fischerinseln.

Grundsätzlich wäre die völlige Freiheit der Durchfahrt durch den Kanal von Formosa festzustellen. Die Vertreter der drei Mächte werden sich untereinander verständigen, um diese Forderung in derselben Art wie die beiden vorhergehenden Punkte in die Verhandlungen einzuführen, und Japan fragen, welche Bürgschaften es bieten kann, um diese Freiheit der Durchfahrt zu sichern. Wenn Japan die Verpflichtung nicht übernehmen will, auf den Fischerinseln keine neue Befestigung anzulegen, noch jemals diese Inseln an eine dritte Macht abzutreten, werden sie sich mit einer scharf gefaßten allgemeinen Erklärung begnügen.

4. Diese verschiedenen Punkte werden den Gegenstand einer zwischen der japanischen Regierung und den Vertretern der drei Mächte zu Tokio auszutauschenden Note bilden müssen. Für die hierfür ebenso wie für die Redaktion der Noten zu unternehmenden Schritte müssen die Ver-

<sup>1)</sup> Dokument Nr. 2273.

trefer der drei Mächte sich untereinander verständigen und dauernd im Geiste der Einmütigkeit und des wechselseitigen Wohlwollens handeln.

Nach Maßgabe des Vorschreitens dieser Besprechungen, werden Sie mir telegraphisch darüber berichten.“

.....

Zu Band IX, S. 308/309

Nr. 2287.

**Promemoria des Unterstaatssekretärs im Auswärtigen Amt  
Freiherrn von Rotenhan**

Reinschrift

Vertraulich

(Berlin, den 2. August 1895)

Die Kaiserlich deutsche Regierung, von dem lebhaften Wunsche beseelt, mit der Kaiserlich russischen Regierung in der chino-japanischen Frage übereinstimmend zu handeln, bedauert gleichwohl, die Ansichten des St. Petersburger Kabinetts hinsichtlich der Bedingungen, von denen Japan die Räumung von Liaotung abhängig macht, nicht teilen zu können.

Im besonderen kann die Regierung die von Japan geforderte Summe von fünfzig Millionen Taëls nicht als zu hoch ansehen.

Da Liaotung ein strategischer Punkt von höchster Wichtigkeit ist, würde sein Besitz Japan in die Lage gesetzt haben, in jedem Augenblicke die Stadt Peking zu bedrohen.

Wenn es Liaotung aufgibt, hat Japan sich der wertvollsten Frucht seines Sieges beraubt.

Unter diesen Bedingungen scheint die genannte Summe derart bescheiden, daß die Kaiserliche Regierung es nicht für angezeigt halten würde, gegen diese Forderung Einwände zu erheben, zumal die japanische Regierung sie hauptsächlich gestellt hat, um die öffentliche Meinung ihres Landes zu beruhigen.

Als sie von Japan die Wiederabtretung von Liaotung forderten, waren die drei Mächte darin einig, diesem Kaiserreiche das Recht zuzugestehen, als Entschädigung eine Ergänzung zu der Kriegsentschädigung zu fordern, wie sie durch den Friedensvertrag von Schimonoseki festgesetzt worden war.

Die fünfzig Millionen Taëls bilden also nur eine Erhöhung der Kriegsentschädigung.

Es scheint billig und den Gesichtspunkten, die die drei Mächte geleitet haben, entsprechend, auf die Räumung der genannten Halbinsel sinngemäß die Bedingungen anzuwenden, von denen nach Artikel VIII des fraglichen Vertrages die Räumung von Wei-hei-wei abhängt.

Rotenhan.

Zu Band IX, S. 318

Nr. 2294.

**Anlage**

**Der russische Minister des Äußern Fürst Lobanow an den russischen  
Geschäftsträger in Berlin von Tscharykow**

Telegramm. Abschrift, von Tscharykow am 22. August dem Staatssekretär  
Freiherrn von Marschall überreicht

St. Petersburg, den 10./22. August 1895

Antwort auf das vom deutschen Botschafter mitgeteilte Telegramm. Der Kaiser war sehr empfänglich für die Beweggründe, die Kaiser Wilhelm geleitet haben, die von Japan für Liaotung verlangte Entschädigung herabzusetzen. Die Ziffer von 30 statt 50 Millionen wird von uns unter der Bedingung angenommen, daß die Japaner Liaotung alsbald nach der Bezahlung

dieser Entschädigung räumen. Wir verzichten auch auf den Gedanken, die genannte Entschädigung auf die letzten Termine der Kriegskontribution staffelweise zu verteilen. Was diese letztere betrifft, so sehen wir keinen Grund, deren Verfallstage zu ändern und in eine zwischen Japan und China durch den Vertrag von Schimonoseki bereits unmittelbar geregelte Frage einzugreifen; das hieße den Rahmen des zwischen uns in unseren gemeinsamen Weisungen vom 10./22. Mai des Jahres festgesetzten Programms erweitern. Unsere Gesandten in Tokio hätten sich allerdings mit der japanischen Regierung über die Einzelheiten der Räumung von Liaotung zu verständigen.

Wenn Sie die Antwort der deutschen Regierung haben werden, wollen Sie sie uns bitte mitteilen.

(gez. L o b a n o w.)

Zu Band IX, S. 327/328

Nr. 2305.

**Der Gesandte in Tokio Freiherr von Gutschmid an den Reichskanzler  
Fürsten von Hohenlohe**

**Anlage I**

Abschrift

Tokio, den 18. Oktober 1895

Der unterzeichnete außerordentliche Gesandte und bevollmächtigte Minister Seiner Majestät des Kaisers von Deutschland hat nicht ermangelt, die beiden Erklärungen zur Kenntnis seiner Regierung zu bringen, die seine Exzellenz der Herr Marquis Saionzi, bevollmächtigter stellvertretender Minister der auswärtigen Angelegenheiten, ihm im Namen seiner Regierung abgegeben hat, nämlich:

**A. — unter dem Datum des 19. Juli:**

„daß die Regierung Seiner Majestät des Kaisers von Japan den Kanal von Formosa als eine große Seestraße der Nationen ansieht, und daß dieser Kanal sich infolgedessen außerhalb seiner ausschließlichen Überwachung oder Aneignungsmöglichkeit befindet. Er verpflichtet sich, die Inseln von Formosa und die Fischerinseln an keine Macht abzutreten.“

**und B. — unter dem Datum des 7. Oktober:**

„daß die Regierung Seiner Majestät des Kaisers von Japan beschlossen hat:

1. Die Gesamtsumme der Ausgleichsentschädigung für die Wiederabtretung der Halbinsel Liaotung auf dreißig Millionen Taëls herabzusetzen, und

2. aus dem Abschlusse des Handels- und Schiffahrtsvertrages mit China keine Bedingung für die Räumung der genannten Halbinsel zu machen und die obenerwähnte Räumung im Zeitraume von drei Monaten vom Tage der völligen Abtragung der genannten Entschädigung von dreißig Millionen Taëls durch China auszuführen.“

Der Unterzeichnete ist soeben davon verständigt worden, daß die Regierung Seiner Majestät des Kaisers von Deutschland, indem sie von den oben erwähnten Erklärungen Kenntnis nimmt, die Regierung Seiner Majestät des Kaisers von Japan zu dieser neuen Probe der Weisheit und der Mäßigung nur beglückwünschen kann.

Indem der Unterzeichnete auf Befehl seiner Regierung das Vorstehende zur Kenntnis seiner Exzellenz des bevollmächtigten stellvertretenden Ministers der auswärtigen Angelegenheiten bringt, bittet er ihn, ihm den Empfang der gegenwärtigen Note gütigst bestätigen zu wollen, und ergreift die Gelegenheit, um ihm die Versicherungen seiner sehr hohen Wertschätzung zu erneuern.

(gez.) v. G u t s c h m i d

Noch: Nr. 2305

**Anlage II****(Bestätigungsschreiben des Marquis Saionzi vom 19. Oktober 1895)**

Ausfertigung

Tokio, den 19. Oktober 1895

Der Unterzeichnete, bevollmächtigte stellvertretende Minister der äußeren Angelegenheiten hat die Ehre, seiner Exzellenz dem Herrn Baron v. Gutschmid, außerordentlichem Gesandten und bevollmächtigtem Minister Seiner Majestät des Kaisers von Deutschland, den Empfang seiner vom gestrigen 18. Oktober datierten Note zu bestätigen, in der er ihm die Glückwünsche seiner Regierung in Bezug auf die beiden Erklärungen mitgeteilt hat, die der Unterzeichnete ihm im Namen seiner Regierung abgegeben hatte, nämlich:

**A. — unter dem Datum des 19. Juli:**

„daß die Kaiserliche Regierung den Kanal von Formosa als eine große Wasserstraße der Nationen ansieht, und daß dieser Kanal sich infolgedessen außerhalb seiner ausschließlichen Überwachung und Aneignungsmöglichkeit befindet. Die Kaiserliche Regierung verpflichtet sich, die Inseln von Formosa und die Fischerinseln an keine Macht abzutreten.“

**und B. — unter dem Datum des 7. Oktober:**

„daß die Kaiserliche Regierung beschlossen hat:

1. die Gesamtsumme der Ausgleichsentschädigung für die Wiederabtretung der Halbinsel Feng-tien auf dreißig Millionen Taëls herabzusetzen.

2. aus dem Abschluß des Handels- und Schiffahrtsvertrages mit China keine Bedingung für die Räumung der genannten Halbinsel zu machen und die obenerwähnte Räumung im Zeitraume von drei Monaten vom Tage der völligen Abtragung der genannten Entschädigung von dreißig Millionen Taëls durch China auszuführen.“

Der Unterzeichnete ergreift diese Gelegenheit, um Seiner Exzellenz dem Herrn deutschen Gesandten die Versicherungen seiner sehr hohen Wertschätzung zu erneuern.

Marquis Saionzi

Zu Band IX, S. 399

Nr. 2342

**Der Botschafter in Paris Graf Münster an das Auswärtige Amt**

Telegramm in Klarschrift. Abschrift

Nr. 12

Paris, den 9. Januar 1895

Die „Agence Havas“ bringt folgende Note: „Da im Anschluß an die Verurteilung des Exkapitän Dreyfus durch das Kriegsgesicht gewisse Blätter fortfahren, die ausländischen Botschaften in Paris ins Spiel zu bringen, sind wir zur Verhinderung der weiteren Ausbreitung dieser Ansicht ermächtigt, an die schon am 30. November 1894 hierüber mitgeteilte Note zu erinnern. Gewisse Blätter greifen beharrlich in gewissen über die militärische Spionage veröffentlichten Artikeln die ausländischen Botschaften und Gesandtschaften in Paris an. Wir sind zu der Erklärung ermächtigt, daß die auf diese bezüglichen Anschuldigungen jeder Begründung entbehren.“

(gez.) Münster

Zu Band IX, S. 415/416

Nr. 2358

**Der Botschafter in Paris Graf Münster an den Reichskanzler  
Fürsten von Hohenlohe**

Ausfertigung

Nr. 119

Paris, den 11. Juni 1895

... Hanotaux verlas einen Passus aus den an den Grafen Montebello erlassenen Instruktionen:

„Frankreich stellt die Berücksichtigung seiner Bündnisse in den Vordergrund seiner Sorgen. Wir sind daher geneigt, mit allem möglichen Nachdruck die Anschauungen der Kaiserlichen Regierung hinsichtlich der Friedensbedingungen zwischen China und Japan zu unterstützen.“

und schloß seine Rede mit folgendem Hinweis auf das russisch-französische Verhältnis:

„Zwei große Mächte, durch den Zug ihrer Empfindungen und ihrer gegenseitigen Interessen aufeinander zugeführt, haben sich die Hand gereicht. Sie haben eine Entente geknüpft, die sie naturgemäß in der unablässigen Arbeit der fortlaufenden Politik einander nähert, und die, immer friedliebend, ihnen eine wechselseitige Sicherheit verbürgt.“

... Die Beantwortung dieser Frage übernahm Herr Ribot, welcher nach dem offiziellen Bericht über das französisch-russische Verhältnis folgendes sagte:

„Ja, wir haben die Interessen Frankreichs mit den Interessen einer großen Nation verbunden; wir haben es getan für den Schutz des Friedens und für die Aufrechterhaltung des Gleichgewichts in Europa. Und wenn in den Zielen, in der oberen Leitung, in dem höchsten Zwecke unserer Politik sich auch nichts ändert, so ist doch eine gewisse Veränderung in Europa seit 1891 vorhanden.“

Sie haben, Herr Goblet, das Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten in einer schwierigen Epoche gekannt, und nicht ich werde Ihnen irgendeinen Akt der von Ihnen verfolgten Politik vorwerfen. Ich habe immer meinen Vorgängern Gerechtigkeit widerfahren lassen, sie alle waren aufrichtige Patrioten, sie haben getan, was sie tun konnten, aber Sie waren in einem schwierigen Zeitabschnitt, und Sie hatten nicht die Sicherheit, die wir aus dieser Allianz geschöpft haben, die die Verbürgung für den Frieden der Welt ist und bleiben muß.“

---

Zu Band X, S. 3/4

Nr. 2369

**Der Botschafter in Rom Bernhard von Bülow an den Reichskanzler  
Fürsten von Hohenlohe**

Ausfertigung

Nr. 130

Rom, den 15. Juli 1895

Geheim

Am 12. ds. Mts. erhielt ich von Baron Blanc das nachstehende Billet:  
„Lieber Botschafter! Ich hoffe, daß wir uns vor Ihrer Abreise noch sprechen werden. Ich werde Ihnen noch eine vollkommen objektive kleine Denkschrift zu überreichen haben. Viele herzliche Grüße. (gez.) A. Blanc.“ Als ich

gestern dem Minister des Äußern vor Antritt meines Urlaubs meinen Abschiedsbesuch machte, übergab mir derselbe das anliegende sekrete Aide-mémoire<sup>1)</sup> . . .

. . . Um Unklarheiten und Übertreibungen vorzubeugen, ersuchte ich den Minister des Äußern um tunlichst präzise Formulierung seines diesbezüglichen Standpunkts und notierte unter seinem Diktat nachstehendes:

„Wenn man den Frieden in Afrika und befriedigende Beziehungen zu den beiden Mächten, Frankreich und Rußland, wünscht, die das italienische Protektorat nicht anerkennen, ist es unvorsichtig, nicht an eine Lösung der äthiopischen Frage zu denken. Diese Lösung besteht nicht in unbegrenzten Kriegen um Tigre in südlicher Richtung und auch nicht in einer unbestimmten und kostspieligen Ausdehnung der italienischen Verwaltung bis nach Choa. Die wahre Lösung ist die, deren Grundlagen wir mit England bereits in den Verhandlungen mit dem Ministerium Rosebery über Zeila und Harrar gelegt haben; wonach, nachdem unser Einfluß einmal tatsächlich gesichert ist, es selbst nicht mehr nötig sein würde, eine militärische Expedition nach Harrar zu unternehmen, damit die Rebellion in Choa vereinzelt sich in sich selbst auflöse. Frankreich erklärt uns, unbeschadet der Unterzeichnung oder Nichtunterzeichnung der 1891 vereinbarten Abgrenzung, daß es außerhalb dieser zu bestimmenden Grenzen nicht einen politischen Einfluß darüber hinaus auszuüben wünscht. Rußland erklärt seinerseits, es habe in Abessinien keine anderen als kirchliche Interessen, hinsichtlich deren wir zwischen Popen und Lazaristen gleichgültig sind. England könnte also ohne irgendwelche Gefahr eines internationalen Konfliktes uns die südliche Pforte unseres Protektorats, und das ist Zeila, überlassen. Das würde den Frieden in Abessinien sichern und eine Lage beenden, die wir nicht einen internationalen Charakter annehmen sehen möchten. Für Zeila haben wir uns in Ermangelung einer Abtretung — oder vielmehr eines Kondominiums, das angenehm wäre, da es uns an England bände — letzthin darauf beschränkt, uns mit der Anwesenheit eines Zivilkommissars mit italienischer Flagge in Zeila zu begnügen. Angesichts der wohlbekanntenen Koalition der Abessinier und der Derwische und angesichts des in der Erklärung vom 5. Mai 1894 bestätigten Rechtes Englands, seine Grenzlinie mit Harrar zu schützen, wäre es natürlich, daß die beiden Mächte solidarisch die eine wie die andere von Zeila aus die Schutzaktion zu leiten vermöchten, die für die Beruhigung von Harrar günstig wäre.“

Zu Band X, S. 5/8

Noch: Nr. 2369.

### Anlage

#### Aide Mémoire des Barons Blanc

Unsignierter Abdruck, von dem italienischen Minister des Äußeren Baron Blanc am 14. Juli dem Botschafter Bernhard von Bülow übergeben

Rußland hat soeben abschließend erklärt, daß es Menelik als unabhängigen Souverän betrachtet, und daß es das Recht habe, unter Nichtanerkennung des italienischen Protektorats mit Menelik solche Beziehungen zu unterhalten, wie es ihm passe.

So verwirklicht sich also der seit langer Zeit in Paris angekündigte Plan, in Abessinien in Ermangelung eines besseren ein Aktionsgelände für die französisch-russische Allianz zu finden; und diese Tätigkeit, die sich in einer moralischen und materiellen Unterstützung derjenigen ausspricht, die von

<sup>1)</sup> Siehe unten.

der französisch-russischen Allianz nicht als in der Rebellion, sondern als in regelrechtem Kriege mit Italien befindlich betrachtet werden, derjenigen, die in Paris und Petersburg die demnächstige Fortsetzung der Feindseligkeiten gegen uns ankündigen, bildet eine unverhüllte Herausforderung des Dreibundes.

In seiner Eigenschaft als Verbündeter der Mittelmächte — die französische Regierung hat uns das mehrere Male wiederholt — ist Italien tatsächlich zunächst durch Frankreich und jetzt durch Rußland als außerhalb des europäischen Gesetzes stehend bezeichnet worden, und zwar in allem, was die durch die Berliner und Brüsseler Akte festgesetzten Regeln für Afrika betrifft. Und um von Frankreich und Rußland die Wohltaten der internationalen Abmachungen zu erlangen, muß Italien, so ist es ihm wenigstens formell von Frankreich erklärt worden, aus dem Dreibunde ausscheiden.

Man hat es durch den wirtschaftlichen Krieg und durch die radikale Propaganda dazu nicht zwingen können; man hofft, durch diplomatische Isolierung dahin zu gelangen, vermöge wiederholter Erklärungen der Mittelmächte, daß sie für die uns angehenden Fragen im Mittelmeergebiet und in Afrika kein Interesse hätten; und die bevorstehenden Feindseligkeiten in Abessinien bleiben die Erwartung der Gegner des Dreibundes außen und innen, die Hoffnung derjenigen, die eine Revolution in Italien wollen.

Die französisch-russische Gruppe zeigt sich übrigens in allen Punkten zu gemeinsamem Handeln entschlossen, was ihr eine Kraft verleiht, die unsere Gruppe in den Übereinkünften, die in Friedenszeiten als jeder praktischen Anwendbarkeit ermangelnd angesehen werden, nicht findet. Die französisch-russische Gruppe ähnelt einer Armee, die im Angesicht einer nicht manövrierenden Armee manövriert, und während sie gegen unsere auswärtigen Interessen, oder sogar im Inneren durch Mittel gegen uns wirkt, die unsere Verbündeten nicht zu kennen scheinen, und die sich mit einem föderalistischen, vom Vatikan wie von den republikanischen Mächten offen eingestandenen Programm verbinden, hat die tatsächliche Auflösung des Dreibundes in den amtlichen Kreisen zu Paris, Petersburg, Konstantinopel und Madrid angekündigt werden können, ohne daß irgendeine Tatsache, die die Verbündeten in einem greifbaren Interesse wieder verbände, sich als Antwort auf die Tatsachen eingestellt hätte, auf Grund deren sich die französisch-russische Solidarität täglich befestigt.

Die Frage, zu wissen, ob zwischen Frankreich und Rußland schriftliche Verpflichtungen ähnlich denen, die in den Schranken des Dreibundes schlummern, vorhanden seien, scheint angesichts dieser tatsächlichen Lage von einer im praktischen Sinne untergeordneten Bedeutung.

Um die Allianz, der Italien angehört, wieder lebend zu machen, um ihr eine dauerhafte Anziehungskraft für das italienische Gewissen zu sichern, um sie über jeden Wechsel der an der Macht befindlichen Personen hinweg zu befestigen, haben wir gesucht, sie im Frieden auf reale Interessen zu gründen, auf tatsächliche Lagen, in denen das italienische Interesse sich wirklich mit den Interessen der Allianz verbunden fühlt.

Angesichts dessen, was die Gegner der Allianz in Italien als Gleichgültigkeit der beiden Kaiserreiche gegen unsere Interessen bezeichnen, sogar als eine Unterordnung unserer Interessen unter die Kombinationen, die die beiden Kaiserreiche gelegentlich sogar zu unserem Schaden mit Frankreich in Afrika und mit Rußland im Orient getroffen haben, haben wir nicht die Gelegenheit und den Vorwand dieser selben Kombinationen unserer Verbündeten ergreifen wollen, um unsererseits uns in der Richtung auf Frankreich zu entwickeln. Dabei hat uns Frankreich häufig zu einem gemeinsamen Vorgehen in Ägypten eingeladen und uns erklärt, daß Tripolis im Falle einer Komplikation eine der von 1866 ähnlichen Haltung unsererseits büßen müßte. Wir haben uns auch nicht Rußland gegenüber entwickelt, das uns vorwirft,

unsere alte anti-österreichische Solidarität im Orient vergessen zu haben; wir haben den Gedanken verworfen, eine Bürgschaft gegen die Verpflichtungen des *casus foederis* in einer russischen Vermittlung zu finden; wir haben offen und frei Frankreich und Rußland gegenüber in der Frage unserer Kolonien, ebenso wie in den anderen Fragen im Hinblick auf eine Politik des Friedens und gegenseitiger Achtung unsere Interessen und unsere Rechte klargestellt; und um diesen Frieden in allem zu sichern, ohne den Anspruch zu erheben, daß unsere Verbündeten gegen ihren Willen in unsere berechtigtesten Interessen eingreifen sollen, haben wir — sogar in dem unglücklichsten Zeitabschnitt, der durch das letzte britische Kabinett bezeichnet wird —, soviel es von uns abhing, eine Rückkehr zu der wahren Grundlage unserer nationalen Politik vorzubereiten gesucht, d. h. zu einer Verständigung zwischen dem Dreibunde und England.

Wir haben keinen Appell nach London gerichtet, gegen den unsere Würde sich sträubte, im Sinne eines Vertrauens, das allein die Tatsachen wiederherzustellen vermöchten; wir haben von dem Kabinett Rosebery weder Mitwirkung noch Gegenseitigkeit erwartet; wir haben von England weder Verpflichtungen, noch Aufklärungen über seine Politik gefordert, während wir die unsrige einsetzten und außer Zweifel stellten.

Auf unser Risiko und unsere Gefahr haben wir die Kräfte der Derwische auf uns gezogen und die englische Besetzung Ägyptens, wie es der Rapport Cromer anerkannt hat, gegen jeden Angriff noch mehr gesichert; wir haben das Einflußrecht Englands am Nil bestätigt; wir haben einer Koalition von Abessinern und Derwischen, die von der französisch-russischen Gruppe ermutigt und unterstützt waren, die Stirn geboten, ohne uns über die tatsächliche Ermutigung zu beklagen, die diese Koalition in dem Umstande fand, daß die Pforte unseres Protektorats im Süden, der Hafen von Zeila, uns verschlossen blieb. Wir allein haben bei den spanisch-marokkanischen Zwischenfällen eine Politik verfolgt, die genau die traditionelle Politik Englands war, sogar als das letzte englische Kabinett dort eine Politik nach französischer Art trieb, sogar als es so auf diese Weise Spanien auf Frankreich zu drängte, Spanien, das wir gerade im Gegenteil mit unserer Gruppe und uns zu verbinden versuchten. Wir haben bei Beginn der armenischen Angelegenheiten England die Unterstützung gewährt, um die es uns in Konstantinopel bat, ohne uns darüber zu beklagen, daß es in der Folge uns gegen eine unfruchtbare Verbindung mit Rußland und Frankreich preisgab; wir haben in den Angelegenheiten des äußersten Orients von Anfang an mit England die Pläne zu einem etwaigen gemeinsamen Handeln ausgetauscht, die unsererseits in keiner Weise Lügen gestraft worden sind, selbst als Deutschland es für angezeigt gehalten hatte, sich den französisch-russischen Schritten anzuschließen. Das gegenwärtige Kabinett hat schließlich durch seine unveränderlich gerade Haltung gegen die Verbündeten und gegen England allein auf Italien die Angriffe und Schwierigkeiten gezogen, die die französisch-russische Gruppe ganz naturgemäß gegen Italien lenkt, da es diejenige Seite des Dreibundes bildet, die die Alliierten zu befestigen vergessen haben.

So ist die Lage beim Amtsantritt des Kabinetts Salisbury, das mit der Anwesenheit italienischer Staatsmänner an der Macht zusammenfällt, die allem zum Trotz fortgefahren haben, unsere Politik auf den Dreibund und auf die Solidarität Italiens und Englands zu gründen.

Was das Wiener Kabinett betrifft, so haben wir, obwohl es sich unserem Einverständnis mit England in der armenischen Frage nicht angeschlossen hat, indem es behauptete, daß diese Frage Österreich-Ungarn nicht interessierte, nicht gezögert, so wie sich die natürliche Verbindung der armenischen und mazedonischen Angelegenheiten zeigte, dem von Österreich-Ungarn an uns gerichteten Appell hinsichtlich eines in Sofia zu unternehmenden Schrittes zu

entsprechen. In diesem Schritte scheint sich die Gruppe der vier Mächte wiederherzustellen, was eine gute Vorbedeutung wäre.

Obwohl Österreich-Ungarn die ganz einfache Erneuerung der mit Spanien geschlossenen Übereinkünfte für ausreichend gehalten hat, die nur dazu gedient hatten, Spanien statt jeder tatsächlichen Solidarität mit uns sich in Pfändern gegenüber Frankreich erschöpfen zu lassen, die unter unseren Nachfolgern den Ausgangspunkt für einen Westpakt bilden könnten, der sich über die Pyrenäen wie unter Ludwig XIV. und über die Alpen wie zu Zeiten der Cisalpinischen Republik hinwegsetzte, haben wir in gewisser Art sogar gegen unsere Verbündeten für den Dreibund gearbeitet, indem wir darauf bestanden, daß die vorgeschlagene italienisch-spanische Verständigung weder eine nur scheinbare noch eine trügerische sein sollte, und daß ein herausfordernder Pakt nicht eine Zweideutigkeit in die Beziehungen der souveränen Häuser bringen sollte, ein Kennzeichen mehr für die Aufopferung unserer Interessen im Mittelmeer und in Afrika.

Unsere Festigkeit ist unveränderlich, aber wir befinden uns in einem historischen Moment, der die Entscheidung darüber bringen muß, ob Italien, indem es seine friedlichen Interessen auf den Dreibund und auf England gründete, zum Spielball einer Utopie geworden ist.

Unsere Diplomatie hat durchaus nicht die Anweisung, an Türen zu klopfen, die sich vor ihr nicht groß auf tun. In derselben Weise, wie sie ihre Pflicht getan hat, werden unsere Streitkräfte die ihrige bei den demnachstigen Angriffen tun, die von den Abessiniern in Petersburg und in Paris in Aussicht gestellt worden sind.

Nachdem der casus foederis, den auszusprechen wir niemals die Initiative ergriffen haben, nun von Frankreich und Rußland formell gegen Italien ausgesprochen worden ist, ist der Dreibund nicht durch uns, sondern durch unsere gemeinsamen Gegner auf den Plan gerufen worden.

Für die verbündeten Mächte und für das befreundete England handelt es sich darum, die Befestigung der Allianz durch die tatsächliche und friedliche Bürgschaft für die Rechte und die Sicherheit eines Verbündeten zu sichern oder preiszugeben.

Das ist einer jener entscheidenden Augenblicke, die in der Diplomatie wie im Kriege mitunter nur von kurzer Dauer sind.

Zu Band X, S. 27

Nr. 2386

### Der englische Premierminister Marquess of Salisbury an den Botschafter in London Grafen Hatzfeldt

Eigenhändig

Persönlich

Donnerstag, den 8. August (1895)

Die Königin teilt mir mit, daß Seine Majestät der Kaiser Dienstag nachmittag zwei oder drei Stunden auf mich gewartet habe. Das ist das erste Mal, daß ich von diesem Umstande erfahre, und ich bin unglücklich darüber.

Ich hatte nicht die geringste Ahnung, daß Seine Majestät mit mir plaudern wollte, und als ich um 3<sup>3</sup>/<sub>4</sub> Uhr eine telephonische Mitteilung erhielt, daß er mich um 4 Uhr empfangen wollte, hatte ich mir vorgestellt, daß das eine lebenswürdige Höflichkeit seinerseits sei, — und als ich von der Audienz bei der Königin herauskam, habe ich die Einladung als durch die große Länge meiner Audienz erledigt angesehen.

Ich kann nur mein sehr großes Bedauern für die Unbequemlichkeit wiederholen, die ich, ohne es zu wollen, Seiner Majestät bereitet habe.

Glauben Sie an mich als immer den Ihrigen.

Salisbury

Zu Band X, S. 98

Nr. 2452

**Kaiser Wilhelm II., z. Z. in Piesdorf, an Kaiser Nikolaus II. von Rußland**

Telegramm in Klarschrift. Abschrift

Piesdorf, den 8. November 1895

Empfange soeben Nachrichten in Geheimschrift von Stambul, daß neues Ministerium von der mohamedanischen Bevölkerung so wenig gebilligt wird, daß die Erregung im Zunehmen begriffen ist. Truppen mit Ausnahme der Yildiz-Garden sind durchaus nicht mehr zuverlässig. Sie enden mit den Worten: „Katastrophe ist nahe“.

Ich würde mich freuen, Ihre Ansicht über weitere Entwicklung der Dinge zu erfahren, bevor ein Zwischenfall eintritt.

Beste Grüße an die liebe Alix.

(gez.) Willy

Zu Band X, S. 98

Nr. 2453

**Kaiser Nikolaus II. von Rußland an Kaiser Wilhelm II.**

Telegramm. Ausfertigung

Zarskoë Selo Palais, den 9. November 1895

Dank für die Nachrichten. Ich denke, daß unter „Katastrophe“ Entthronung des Sultans verstanden wird, in welche die Mächte sich nicht einmischen sollten, da es eine interne Frage ist. Aber wenn das Leben von Christen bedroht ist, sollten alle Botschafter in Stambul Maßnahmen ergreifen<sup>1)</sup>, um weiterem Blutvergießen vorzubeugen. Ich habe derartige Weisungen an meine Vertretung gesandt, da meiner Ansicht nach England jetzt in seinen Forderungen mäßig und vorsichtig sein sollte. Beste Grüße von Alix.

Nicky

Zu Band X, S. 117

Nr. 2467

**Anlage****Der englische Geschäftsträger in Berlin Martin Gosselin an den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherrn von Marschall**

Note. Unsignierte Ausfertigung

Englische Botschaft, Berlin, den 23. November 1895

Die Regierung Ihrer Majestät hat mit großer Genugtuung von der Sprache gehört, die der Kaiserliche Botschafter in Konstantinopel Seiner Majestät dem Sultan gegenüber geführt hat. Es scheint, daß diese Sprache eine ausgezeichnete Wirkung hervorgebracht hat, und Lord Salisbury bittet mich, Euer Exzellenz den besten Dank der Regierung Ihrer Majestät für die freundschaftliche Unterstützung Deutschlands auszudrücken.

Seine Lordschaft ist auch erfreut, vom Grafen Hatzfeldt zu hören, daß auch Baron von Saurma Herrn Herbert in seinen Bemühungen, Milde für die Aufständischen von Zeitun zu erlangen, unterstützt hat. Eine sehr ernsthafte Wirkung in der öffentlichen Meinung würde eintreten, wenn es den türkischen Truppen erlaubt würde, dort Grausamkeiten zu begehen.

<sup>1)</sup> Randbemerkung Kaiser Wilhelms II.: „Sie haben das bereits ohne Nutzen getan.“

Zu Band X, S. 216/217

Nr. 2555

**Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Marschall  
an den Botschafter in Rom Bernhard von Bülow**

Konzept

Nr. 869

Berlin, den 3. Dezember 1895

[Abgegangen am 4. Dezember]

„Telegramm aus Rom<sup>1)</sup> an die italienische Botschaft in Berlin

Wir sind mehr denn je überzeugt, daß wir, wenn wir die Verträge von 1887, das einzige Mittel, den Frieden und das Vorwiegen des schützenden Einflusses im Orient zu sichern, nicht anwenden, wir dann der Gefahr der Anarchie in der Türkei und eines europäischen Krieges auf der Grundlage territorialer Aufteilungen entgegengehen. Wir bekunden vertraulich diese Überzeugung zur Entlastung von der Verantwortlichkeit.

(gez.) B l a n c.“

Zu Band X, S. 258

Nr. 2574

Anlage

**Der englische Premierminister Lord Salisbury an den englischen  
Botschafter in Berlin Sir Frank Lascelles**

Telegramm. Unsignierte Abschrift, vom englischen Botschafter am 23. Dezember dem Staatssekretär Freiherrn von Marschall mitgeteilt

Erhalten 21. Dezember 1895

Stellen Sie bitte in möglichst kategorischer Form in Abrede, daß der Plan eines englisch-russischen Kondominiums in Konstantinopel Rußland gegenüber jemals von der Regierung Ihrer Majestät erwähnt worden sei.

Zu Band XI, S. 23

Nr. 2594

**Der englische Premierminister Marquess of Salisbury an den englischen  
Botschafter in Berlin Sir Frank Lascelles**

Telegramm. Abschrift

Vom englischen Botschafter in Berlin am 1. Januar 1896 überreicht

London, den 31. Dezember 1895

Das Kolonialamt hat mir eine Erwidierung folgenden Inhalts auf meine Fragen hinsichtlich der von Baron von Marschall zu Euer Exzellenz über die Unruhen in Transvaal gemachten Bemerkungen geschickt.

Indem Herr Chamberlain im allgemeinen auf die Bemerkungen des Barons von Marschall eingeht, verwendet er, in Übereinstimmung sowohl mit Sir Hercules Robinson wie mit Präsident Krüger, seine äußersten Anstrengungen darauf, Gewalt abzuwenden und die Ruhe wiederherzustellen. Der Staatssekretär für die Kolonien ist einer Politik der Gewalt durchaus entgegen und hofft zuversichtlich, daß ihr Ausbruch abgewendet werden kann. Er erkennt völlig an, daß ein derartiger Ausbruch für die verschiedenen europäischen Interessen in Südafrika sehr schädlich sein würde.

<sup>1)</sup> Steht auf S. 217 (Bd. X, Nr. 2555).

Zu Band XI, S. 43

Nr. 2623

**Kaiser Nikolaus II. von Rußland an Kaiser Wilhelm II.**

Telegramm. Ausfertigung

Zarskoë Selo Palais, den 6. Januar 1896

Meinen allerbesten Dank für Ihren freundlichen Brief durch Radolin. Ganz einverstanden mit allem, was Sie sagen. Besten Gruß von Alix.

Nicky

Zu Band XI, S. 89

Nr. 2657

**Der Botschafter in Rom Bernhard von Bülow an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe**

Entzifferung

Nr. 10

Rom, den 5. Februar 1896

Der Generaldirektor des hiesigen statistischen Amts, Herr Bodio, hatte sich vor einiger Zeit in Angelegenheiten seines Ressorts nach Paris begeben. Herr Bodio ist seit langem mit dem gegenwärtigen französischen Ministerpräsidenten Bourgeois befreundet. Mit Bezug auf diesen Pariser Aufenthalt des Herrn Bodio schrieb mir Baron Blanc gestern abend aus eigenem Antrieb:

„Bodio, der einer Archiv-Angelegenheit halber nach Paris gegangen ist, hat seinen Freund Bourgeois gesehen und ihn gefragt, warum seitens Frankreichs keine Neigung vorhanden sei, in eine Regelung von Sonderfragen, wie die Abgrenzung in Afrika, die Handelsfragen, besonders in Tunis, usw., einzutreten. Die sehr breit und lang ausgeführte Antwort von Herrn Bourgeois an seinen alten Freund Bodio ist folgende gewesen: „Wir können Elsaß-Lothringen nicht eher vergessen, als wir nicht den Krieg machen wollen. Die Ereignisse werden es uns zurückgeben; und hierfür ist nötig, daß alle unsere auswärtigen Angelegenheiten diesem Zwecke untergeordnet werden. Wir können daher keine Angelegenheit mit Ihnen einleiten, solange Sie die Verbündeten von Deutschland sein werden.“ — Das ist immer die Sprache des Herrn Billot, der, wie man sieht, bevollmächtigt ist, so zu sprechen. Natürlich war Bodio weder bevollmächtigt zu sprechen, noch gehalten, uns zu melden, was er gehört hat. Dies bleibt also unter uns.“

Bülow

Zu Band XI, S. 152/153

Nr. 2698

**Der englische Premierminister Marquess of Salisbury an den englischen Botschafter in Berlin Sir Frank Lascelles**

Telegramm

Vom englischen Botschafter dem Auswärtigen Amt übergebene Abschrift

Unsigniert

15. März 1896

Seit einiger Zeit hat die Regierung Ihrer Majestät mit den ägyptischen militärischen Autoritäten sich über die Bewegungen der Derwische beraten, die die Lage der Italiener in Kassala sowohl wie die ägyptischen Posten um die Stadt Suakim herum bedrohen. In der Annahme, daß ein Angriff auf Kassala erfolgreich wäre, oder sogar wenn militärische Gründe die italienische Regierung veranlassen sollten, ihre Truppen von Kassala zurückzuziehen, würde ein

Ausbruch des Fanatismus sich sicherlich ergeben und der Einfluß des Kalifen Abdullah beträchtlich vermehrt werden, während die Derwisch-Truppen ermutigt werden, die Grenzen Ägyptens anzugreifen, deren Verteidigung eine ernsthafte Anstrengung bedeuten würde.

Irgendein sofortiger Schritt wird von den militärischen Autoritäten in England und Ägypten nachdrücklich verlangt, und die Regierung Ihrer Majestät hat nach reiflicher Überlegung entschieden, daß der für die dauernden und gegenwärtigen Interessen Ägyptens vorteilhafteste Schritt ein Vorrücken im Niltal, und daß die Besetzung von Dongola ein Ausweg sein würde.

Zweifellos muß diese Operation früher oder später unternommen werden, und die Regierung Ihrer Majestät hat der ägyptischen Regierung angedeutet, daß sie vorbereitet sein möge, dieser Operation sofortige Unterstützung und Billigung zu verschaffen. Da indessen diese Operation von einem gewissen Umfange ist, wird sie eine größere Ausgabe von Kapital erfordern, als der ägyptischen Regierung ohne weiteres zur Verfügung steht.

Es ist daher die Hoffnung der Regierung Ihrer Majestät, daß eine Summe von 500 000 £, aus dem Reservekapital von 2 500 000 £, von den Verwaltern der Schuldenkasse für diesen Zweck bewilligt werden möge. Dieses Kapital, das sich angehäuft hat, wird für außergewöhnliche Ausgaben verfügbar gehalten.

Zu Band XI, S. 161

Nr. 2706

**Anlage**

**Ausschnitt aus „Le Temps“ vom 18. März 1896**

Der Ministerrat hat sich heute morgen im Elysée unter dem Vorsitz des Herrn Felix Faure versammelt.

Die Sitzung war hauptsächlich der Beratung der laufenden äußeren Fragen und besonders der ägyptischen Angelegenheiten gewidmet. Zu diesem Gegenstande geben wir folgende Note wieder, deren Text der Presse mitgeteilt ist:

„Der Minister der auswärtigen Angelegenheiten hat dem Ministerrat mitgeteilt, daß er gestern von dem englischen Botschafter in Frankreich einen Brief erhalten habe, der ihn über den Plan einer militärischen Expedition nach Dongola unterrichtet.

In einer Unterredung, die er daraufhin mit Lord Dufferin hatte, hat Herr Berthelot von ihm Mitteilungen über die Gründe und den Zweck dieses Planes verlangt und seine Aufmerksamkeit auf den Ernst der sich daraus ergebenden Folgen gerichtet.“

Zu Band XI, S. 187

Nr. 2734

**Anlage**

**Der russische Minister des Äußern Fürst Lobanow an den russischen Botschafter in Berlin Grafen von der Osten-Sacken**

Telegramm. Abschrift, am 15. Mai vom Grafen von der Osten-Sacken überreicht  
St. Petersburg, den 3./15. Mai 1896

Nachrichten gemäß, die uns zukommen, und die die von Curzon<sup>1)</sup> am 12. Mai im englischen Parlament gemachten Erklärungen ergänzen, soll eine

<sup>1)</sup> Lord Curzon war 1895—1898 Parlaments-Unterstaatssekretär im Foreign Office.

Brigade von dreitausend Mann bei Bombay vereinigt werden, um nach Suakim befördert zu werden, um dort vom 1. Juni an die ägyptische Garnison bis auf ein Bataillon, das nach dem Nil geschickt wird, zu ersetzen. Da die Interessen Deutschlands in allem, was den Suezkanal und das Rote Meer betrifft, mit den unsrigen völlig übereinstimmen, muß man sich fragen, ob es nicht nötig ist, Rückhalte zu formulieren, die auf die Änderungen abzielen, die durch die erwähnte Maßregel im status quo im Roten Meere verursacht werden. Bitte verständigen Sie sich hierüber mit dem Berliner Kabinett.

(gez.) L o b a n o w.

Zu Band XI, S. 190

Nr. 2735

### Anlage

#### Aide-mémoire des Reichskanzlers Fürsten von Hohenlohe

Dem russischen Geschäftsträger Baron von Budberg am 20. Mai 1896 übergeben  
Undatiertes und unsigniertes Reinkonzept

Die Regierung Seiner Majestät des Kaisers von Deutschland verkennt weder die Wichtigkeit der deutschen Interessen, die mit der freien Durchfahrt durch den Suezkanal verknüpft sind, noch die Notwendigkeit, sie vorkommendenfalls zu schützen. Die alleinige Tatsache aber, daß die englische Regierung die ägyptische Garnison von Suakim durch indische Truppen ersetzt, stellt im Hinblick auf die deutschen Interessen noch keine so drohende Gefahr dar, daß sie uns zwingen könnte, schon heute aus einer Zurückhaltung herauszutreten, welche die aus den jüngsten Erfahrungen gezogenen Lehren uns aufzuerlegen mit beitragen.

Zu Band XI, S. 272

Nr. 2801

#### Der italienische Botschafter in Berlin Graf Lanza an den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherrn von Marschall

Ausfertigung

Berlin, den 30. März 1896

Ich habe die Ehre, auf Befehl meiner Regierung Euer Exzellenz die folgende Mitteilung zu machen:

„Für den Fall einer stillschweigenden Weiterverlängerung des am 6. Mai 1891 zwischen Italien, Deutschland und Österreich-Ungarn geschlossenen Bündnisvertrages glaubt die Königlich italienische Regierung die beiden hohen vertragschließenden Parteien daran erinnern zu müssen, daß es abgemacht bleibt, daß die im Mai 1882 in Bezug auf England ausgewechselten Minister-Erklärungen, deren Abschrift beigelegt ist, für dieselbe Dauer wie der obenerwähnte Vertrag in Kraft bleiben. Die Königliche Regierung würde Wert darauf legen, von der Kaiserlichen Regierung eine entsprechende Versicherung zu erhalten.“

In der Zuversicht, daß Euer Exzellenz mir gütigst diese Versicherung werden zukommen lassen wollen, bitte ich Sie, die Versicherung meiner vollen Hochachtung entgegenzunehmen.

C. L a n z a.

Zu Band XI, S. 279/280

Nr. 2807

### Anlage I

#### Der italienische Minister des Äußern Herzog von Sermoneta an den italienischen Botschafter in Berlin Grafen Lanza

Undatierte, unsignierte Ausfertigung  
Am 28. April vom Grafen Lanza dem Staatssekretär Freihorn von Marschall übergeben

#### Entwurf einer der Kaiserlichen Regierung mitzuteilenden Depesche

Der vertrauliche Gedankenaustausch, der soeben hinsichtlich der auf England bezüglichen Ministererklärung vom Mai 1882 stattgefunden hat, hat uns in die Lage versetzt, uns zu überzeugen, daß die in dieser Erklärung enthaltene Versicherung auch heute noch der gemeinsamen Anschauung der drei verbündeten Mächte entspricht. Jetzt noch stimmen die drei Kabinette darin überein, England als nicht mit den Kombinationen gemeint anzusehen, im Hinblick auf welche der Dreibund sich gebildet hat und erneuert worden ist. Soweit es uns angeht, vereinigt diese Feststellung die Verpflichtungen, die sich für uns aus dem Wortlaute des Vertrages ergeben, mit den Forderungen unserer besonderen Lage. Italien würde sich tatsächlich eintretendenfalls in der völligen Unmöglichkeit befinden, und zwar wegen seiner geographischen Lage, mit seinen Verbündeten an einem Kampfe gegen die beiden beträchtlichsten Seemächte der Welt teilzunehmen. Kein Ministerium in Italien vermöchte die Verantwortung zu übernehmen, das Land in einen solchen Krieg hineinzuziehen.

Indem wir die Aufmerksamkeit unserer Verbündeten auf diesen Punkt richten, gehorchen wir einem Loyalitätskrupel, den Sie zweifellos würdigen werden: wir ziehen es vor, Ihnen schon heute die Realität der Dinge vor Augen zu stellen, als den Versuch zu machen, selbst schweigend durch einen geistigen Rückhalt die etwaige Tragweite unserer eigenen Verpflichtungen für uns abzuschwächen. Unser Freimut muß den beiden Kabinetten den Beweis und das Unterpfand für unsere gewissenhafte Treue gegen den Dreibund, so wie er besteht, und wie wir ihn erhalten zu sehen wünschen, liefern.

Wollen Sie bitte, Herr Graf, von dieser Depesche dem Minister der auswärtigen Angelegenheiten Kenntnis geben.

Zu Band XI, S. 280

Noch: Nr. 2807

### Anlage II

#### Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Marschall an den italienischen Botschafter in Berlin Grafen Lanza

Unsigniertes Reinkonzept  
Antwortentwurf

Berlin, den 29. April 1896

Die Regierung Seiner Majestät des Kaisers von Deutschland bestätigt dem Herrn Botschafter Italiens die von Seiner Exzellenz gestern gemachte Mitteilung, aus der hervorgeht, daß die italienische Regierung nicht in der Lage zu sein glauben würde, gegen eine englisch-französische Koalition zu handeln, falls eine solche Koalition sich verwirklichen sollte. Die von der italienischen Regierung in den Ausdrücken dieser Erklärung formulierte Reserve berührt die deutschen Interessen nicht, weil diese sich eintretendenfalls durch die neue Gruppierung der europäischen Mächte gesichert finden würden, die eine unmittelbare Folge der obengenannten Koalition sein würde. Nur könnte

die deutsche Regierung dieser Reserve nicht die Eigenschaft einer Interpretation, sei es des Textes der zwischen Deutschland, Italien und Osterreich-Ungarn geschlossenen Verträge, sei es der von der deutschen Diplomatie geführten Sprache, beilegen. Denn der Stachel einer unmittelbaren und vorwiegenden Feindschaft gegen Rußland, die eine derartige Auslegung dem Dreibunde geben würde, würde den in der Hauptsache unpersönlichen Charakter dieses Verteidigungspaktes von Grund auf ändern, der viel mehr auf etwaige Angriffe als auf individuelle Gegner abzielt.

Zu Band XI, S. 347

Nr. 2852

**Kaiser Nikolaus II. von Rußland an Kaiser Wilhelm II.**

Abschrift

Moskau, den 25. Mai 1896

Mein Herr Bruder und teuerster Freund!

Mit ganz besonderer Freude habe ich aus den Händen Seiner Königlichen Hoheit des Prinzen Heinrich den Brief entgegengenommen, den Eure Majestät die Güte hatten, an mich zu richten. Die Wahl Ihres so geliebten Bruders zur Vertretung Eurer Erhabenen Person bei meinen Krönungsfeierlichkeiten und die gütigen Empfindungen, die Eure Majestät mir bei dieser Gelegenheit ausdrückten, sind in meinen Augen ebensoviele neue und beredte Zeugnisse der unveränderten Fortdauer der intimen Freundschaftsbeziehungen, die traditionell unsere Häuser verbinden. Eure Majestät kennen den ganzen Wert, den ich dem beimesse, und dürfen nicht daran zweifeln, wie sehr es mir immer am Herzen liegen wird, die durch eine ruhmreiche Vergangenheit geschaffenen Bande enger zu knüpfen. Es ist mir eine Genugtuung, die uns beseelenden wechselseitigen Empfindungen als das beste Unterpfand für das Wohl der monarchischen Grundsätze, des Weltfriedens und des Gedeihens der benachbarten Völker zu betrachten, deren Geschieke Gott uns anvertraut hat. Der Prinz Heinrich wird Ihnen mündlich meinen Dank und meine aufrichtigsten Freundschaftswünsche übermitteln, aber ich halte darauf, dem noch die Versicherung meiner hohen Achtung und der unwandelbaren Zuneigung hinzuzufügen, mit der ich bin,

mein Herr Bruder, Eurer Majestät  
guter Bruder und Freund  
(gez.) Nikolaus.

Zu Band XI, S. 359

Nr. 2859

**Kaiser Nikolaus II. von Rußland, z. Z. in Kiel, an Kaiser Wilhelm II., z. Z. in Görlitz**

Telegramm. Ausfertigung

Kiel, den 8. September 1896

Ich habe die Freude gehabt, die schönsten Schiffe Ihrer Flotte und auch die Hohenzollern zu besichtigen. Lassen Sie mich Ihnen sowohl meinen wie auch Alix' wärmsten und tiefsten Dank für alle Ihre Freundlichkeit und Gastfreundschaft ausdrücken und Ihnen wiederum versichern, daß Sie in mir immer einen aufrichtigen und loyalen Freund und Unterstützer der Ideen finden werden, über die wir jetzt gesprochen haben.

Nicky.

Zu Band XI, S. 359/360

Nr. 2860

**Kaiser Wilhelm II., z. Z. in Görlitz, an Kaiser Nikolaus II. von Rußland,  
z. Z. in Kiel**

Telegramm. Abschrift

Görlitz, Ständehaus, den 8. September 1896

Mit meinem wärmsten Danke für Ihre freundlichen Worte bitte ich Sie, den Ausdruck meiner treuesten und loyalsten Freundschaft entgegenzunehmen, die auch von meinem ganzen Lande gefühlt und verstanden wird, wie Sie aus dem Enthusiasmus gesehen haben werden, mit dem Sie überall begrüßt worden sind. Meine Flotte wird stolz gewesen sein, sich dem militärischen Auge des neuen Admirals zu zeigen. Die Ideen, die wir besprochen haben, werden sich unter Ihrer belebenden Behandlung entwickeln und blühen, und ich verspreche, daß ich Sie bei Ihrem Werke mit allem, was in meinen Kräften steht, unterstützen und in der Zeit der Not hinter Ihnen stehen werde. Ich hoffe und vertraue, daß der Himmel unserem Werke seinen Segen geben wird, da Er weiß, daß wir als Monarchen von Seinen Gnaden uns Ihm für das Leben und das Glück unserer Länder und Völker verantwortlich fühlen. Gott befohlen, Gott segne Sie und die liebe Alix.

Willy.

Zu Band XII, 1. Hälfte, S. 21

Nr. 2901

**Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Marschall  
an Kaiser Wilhelm II., z. Z. in Barby**

Telegramm. Entzifferung

Berlin, den 29. August 1896

Eurer Majestät Botschafter in Konstantinopel telegraphiert soeben:

„Nachstehendes Kollektivtelegramm haben die sechs Botschafter angesichts der hier immer gefahrvoller sich gestaltenden Lage der Verhältnisse heute an Seine Majestät den Sultan gelangen lassen:

„Die Vertreter der sechs Großmächte, zu einer Konferenz über die Lage vereinigt, glauben sich verpflichtet, die ihnen zukommenden ersten Nachrichten über die Fortsetzung der Unordnung in der Hauptstadt und in der Umgebung der ernstesten Beachtung Eurer Kaiserlichen Majestät zu empfehlen. Unaufhörlich verfolgen und massakrieren straflos Banden bewaffneter Leute die Armenier, und nicht damit zufrieden, sie in den Straßen umzubringen, dringen sie in die Häuser, sogar in solche, die von Fremden besetzt sind, um sich ihrer Opfer zu bemächtigen und sie umzubringen. Derartige Vorgänge haben sich sogar unter den Augen einiger Vertreter und mehrerer Mitglieder ihrer Botschaften ereignet.

Außerhalb der Stadt haben derartige Schreckensszenen noch in dieser Nacht in mehreren Dörfern des Bosphorus, so in Bebek, Rumili-Hissar, Kandili und anderen stattgefunden.

Angesichts derartiger Geschehnisse wenden sich die Vertreter der Großmächte im Namen ihrer Regierungen unmittelbar an die Person Eurer Majestät als Staatsoberhaupt, um Euer Majestät inständigst zu bitten, unverzüglich genaue und durchgreifende Befehle zu geben, die geeignet sind, diesem unerhörten Zustande der Dinge unverzüglich ein Ende zu bereiten, der für Ihr Reich die furchtbarsten Folgen herbeizuführen vermag.“

Marschall.

Schlußbemerkung Kaiser Wilhelms II.:

Zu spät!

Die armen Kerls sind tot, und das wollte Abdul Hamid!

Man setze ihn ab!

Zu Band XII, 1. Hälfte S. 42/43

Nr. 2913

**Anlage****(Erklärung der Botschafter der Großmächte in Konstantinopel)**

(3. Januar 1897)

Die Vertreter der Großmächte machen darauf aufmerksam, daß die Art, in der die Amnestie durch die ottomanischen Autoritäten gehandhabt wird, besonders in Konstantinopel, die Wirkung dieser Maßnahme der Gnade zerstört. Ihre schnelle Ausführung würde eine allgemeine Beruhigung hervorrufen, aber sie wird mit soviel Langsamkeit und Vorbehalten angewendet, daß die Unruhe, die sie zu zerstreuen bezweckt, fortbesteht und sich erhöht. Die Vertreter der Großmächte verlangen demzufolge, daß, den Versprechungen Seiner Kaiserlichen Majestät des Sultans gemäß, allen Behörden Weisungen zur sofortigen Befreiung der festgehaltenen Armenier, zugunsten derer die Amnestie verkündet worden ist, erteilt werden. —

Zu Band XII, 1. Hälfte, S. 205/207

Nr. 3061

**Anlage****(Text der Mediationsvorschläge der Botschafter in Konstantinopel,****22. August 1896)**

Abschrift

Abgeänderte Vorschläge, die die Botschafter als von der Pforte annehmbar betrachten:

1. Der Generalgouverneur der Insel Kreta wird ein Christ sein und für fünf Jahre durch den Sultan mit Genehmigung der Großmächte ernannt werden.

2. Der Gouverneur wird das Vetorecht für die von der Versammlung verabschiedeten Gesetze haben mit Ausnahme derjenigen, die Veränderungen der konstitutionellen Bestimmungen der Insel (organisches Grundgesetz, Pakt von Halepa und seine Abänderungen) bezwecken; diese sollen der Genehmigung Sr. M. des Sultans unterworfen werden.

Das Vetorecht soll für eine Frist von zwei Monaten gelten, nach deren Ablauf die Gesetze als angenommen betrachtet werden sollen.

3. Der Generalgouverneur wird das Recht erhalten, im Falle von Unruhen auf der Insel für die Wiederherstellung der Ordnung über die Kaiserlichen Truppen zu verfügen, die für gewöhnlich an den bestimmten Punkten Garnison halten.

4. Der Generalgouverneur wird die Angestellten zweiter Ordnung, deren Liste später festgesetzt werden wird, unmittelbar ernennen. Die höheren Anstellungen verbleiben der Ernennung durch den Sultan.

5. Die öffentlichen Ämter sollen zu zwei Dritteln den Christen und zu einem Drittel den Muselmännern zugeteilt werden.

6. Die Wahl zur Generalversammlung und die Sitzungen dieser Versammlung sollen alle zwei Jahre stattfinden. Die Sitzungen werden vierzig bis achtzig Tage dauern. Die Versammlung wird das zweijährige Budget beschließen, die Rechnungen prüfen, und die ihm vom Generalgouverneur oder den Abgeordneten unterbreiteten Gesetzentwürfe und Vorschläge nach der Majorität der anwesenden Mitglieder erörtern und beschließen.

Die Vorschläge der Kretenser, die auf eine Erhöhung der Ausgaben des Budgets abzielen, können nur dann den Gegenstand einer Erörterung der Versammlung bilden, wenn sie durch den Generalgouverneur, den Verwaltungsrat oder die zuständigen Bureaus vorgelegt werden.

7. Jeder Vorschlag, der auf eine Erhöhung der Ausgaben abzielt, kann nur erörtert werden, wenn er durch den Generalgouverneur, den Verwaltungsrat oder die zuständigen Bureaus eingeführt wird.

8. Die Vorschläge des Firman von 1887, das Kreta die Hälfte des Aufkommens der Zölle auf der Insel bewilligt, sollen wieder in Kraft gesetzt werden.

Der Zoll für die Einfuhr von Tabak soll der Insel gehören.

Die Hohe Pforte wird das aus dem nicht von der Versammlung genehmigten Budget sich ergebende Defizit zu ihren Lasten übernehmen, nach Abzug der der Insel vorgeschossenen Summe.

9. Eine Kommission aus europäischen Offizieren wird zur Reorganisation der Gendarmerie schreiten.

10. Eine Kommission aus fremden Rechtsgelehrten wird die in der Organisation der Justiz vorzunehmenden Reformen studieren, unter ausdrücklichem Vorbehalt der aus den Kapitulationen sich ergebenden Rechte.

11. Die Veröffentlichung von Büchern und Schriften, die Gründung von Druckereien und wissenschaftlichen Gesellschaften sollen durch den Generalgouverneur entsprechend dem Gesetz genehmigt werden.

12. Die aus der Cyrenaika stammenden Einwanderer können sich auf Kreta nicht ohne Genehmigung des Gouverneurs dauernd einrichten. Dieser Beamte erhält das Recht, alle Einwanderer aus diesem Gebiete, die nicht imstande sind, Existenzmittel nachzuweisen, oder deren Anwesenheit ihm für die öffentliche Ordnung gefährlich schiene, auszuweisen.

13. Innerhalb der sechs Monate, die auf die Anerkennung der vorstehenden Vorschläge folgen, soll die Generalversammlung zusammenberufen werden, und die Wahlen sollen entsprechend dem Gesetze von 1889 angeordnet werden. Bis zum Zusammentritt der Versammlung wird der Generalgouverneur in Übereinstimmung mit dem Verwaltungsrat durch vorläufige Anordnungen die Ausführung der gegenwärtigen Vorschläge regeln.

14. Die Mächte werden sich bei der Hohen Pforte von der Ausführung aller dieser Vorschläge zuverlässig überzeugen.

#### Zusatz.

Die Vertreter der Mächte sind der Meinung, daß es angezeigt ist, die Forderung der Einrichtung einer Zoll-Übertaxe günstig aufzunehmen, die als Entschädigung für die durch die letzten Ereignisse verursachten Schäden bestimmt sein soll. Aber es ist nach ihrer Meinung wesentlich, deren Verwendung durch die Konsuln überwachen zu lassen. —

Zu Band XII, 1. Hälfte, S. 213/215

Nr. 3065

### **Der italienische Minister des Äußern Marquis Visconti Venosta an den italienischen Botschafter in Berlin Grafen Lanza**

Übersetzung

Abschrift, vom italienischen Botschafter in Berlin am 14. Oktober dem Auswärtigen Amt übergeben

Rom, den 9. Oktober 1896

Die Besorgnisse, die man bis zu diesen letzten Tagen in Bezug auf Konstantinopel hatte, scheinen sich zu verringern. Nach den Berichten des königlichen Botschafters wäre ein jedes Anzeichen neuer Attentate seitens der armenischen Aufwiegler verschwunden; andererseits sollen die von den Mächten gegebenen Ratschläge im Palast einen ziemlich beträchtlichen Eindruck gemacht haben, so daß man das Vertrauen hegen könnte, daß, falls ein ähnliches Attentat wie im letzten August sich ereignete, die Unterdrückung nicht so blind und grausam sein würde, wie sie es damals gewesen ist.

Aber die gegenwärtige Ruhe könnte in keiner Weise eine Verringerung des Interesses und der Wachsamkeit seitens der Mächte rechtfertigen: diese Ruhe müßte im Gegenteil den Anlaß zu einer vertieften Prüfung der Möglichkeiten gewähren, die sich in einer mehr oder weniger entfernten Zukunft einstellen könnten, und außerdem der Mittel, die zur Vermeidung jeder zukünftigen Gefahr anzuwenden wären.

Der erste zu prüfende Punkt wäre der sich auf die Möglichkeit beziehende, daß in der Hauptstadt des Kaiserreichs die Blutszenen wie vor wenigen Wochen sich erneuern könnten. Wir wissen nicht, ob die anderen Kabinette ihre Anschauungsweise in dieser Hinsicht geändert haben: aber es ist anzunehmen, daß jedes Kabinett auf eigene Rechnung eine derartige Möglichkeit geprüft und bereits die Maßregeln beschlossen hat, die bestimmt wären, seine Landesgenossen und die Interessen der Menschlichkeit zu schützen, ebenso wie es dem Kommandanten seines Geschwaders die notwendigen Weisungen gegeben haben wird. Aber diese von der Dringlichkeit des Augenblicks empfohlenen Weisungen könnten vielleicht einer erneuten Prüfung durch jedes Kabinett bedürftig sein, sogar unter dem Gesichtspunkte der allgemeinen Lage in Europa in diesen Augenblicken verhältnismäßiger Ruhe. Ich wünsche daher, daß Euer Exzellenz über diesen Beweggrund mit Seiner Exzellenz dem Herrn Staatssekretär sprechen und mir über seine Anschauungen möglichst genaue Mitteilungen liefern möchten.

Was ich hierüber gesagt habe, bildet bis jetzt weder die einzige, noch die wichtigste Seite des schweren Problems, das den Orient bedroht. Selbst dann, wenn die Möglichkeit schwerer Unruhen in Konstantinopel durch Übereinkünfte und durch die notwendigen Maßregeln beseitigt wäre, bliebe immer noch die armenische Frage zu lösen, — eine gefährliche Frage, die sich bereits auf alle Teile des Kaiserreiches erstreckt, — falls die verschiedenen Provinzen, hauptsächlich diejenigen Anatoliens, nicht besser und sicherer organisiert werden. Die im vergangenen Oktober den sechs anatolischen Provinzen von der türkischen Regierung aufgezwungenen Reformen haben ihren Zweck in keiner Weise erreicht. Ich prüfe nicht, ob sie im wesentlichen unzureichend waren: ich beschränke mich darauf, die Meinung auszusprechen, daß sie wahrscheinlich praktisch nicht wirksam gewesen sind, weil sie ohne das unmittelbare Zusammenwirken der Mächte angenommen worden sind und eben wegen dieser Tatsache ohne die sichere Bürgschaft, die ein derartiges Zusammenwirken sowohl gegenüber den Bevölkerungen sowie gegenüber den zu ihrer Anwendung berufenen Behörden gebildet haben würde. Bei diesem Stande der Dinge wäre es vielleicht nützlich, daß die Mächte in diesen Augenblicken verhältnismäßiger Ruhe die den Gegenstand der Betrachtung bildende Frage aufs neue prüften, ob es klug sein würde, sich eher mit der Türkei über die zur endgültigen Regelung der Frage geeigneten Maßnahmen zu verständigen, als die Zukunft ihrem Schicksale zu überlassen. Dieses hinsichtlich Kretas mit einem so ausgezeichneten Ergebnis erprobte Verfahren ist einer guten Aufnahme durch die Mächte besonders zu empfehlen: in der Praxis wird es nicht unmöglich sein, ein Verfahren zu finden, das den Mächten erlaubt, in die Entscheidungen der türkischen Regierung einzugreifen, ohne deren Empfindlichkeit zu verletzen oder ihrem Ansehen zu schaden.

Ich habe nur eine Betrachtungsweise auseinandergesetzt, — ich mache keinen Vorschlag, — die ich der Würdigung der beiden verbündeten Kabinette unterbreiten möchte: ich spreche daher darüber nur mit Ihnen und Ihrem Wiener Kollegen. Selbst wenn dieser ganz vertrauliche Gedankenaustausch nicht zu einer festen Schlußfolgerung führen sollte, würde es uns immer sehr angenehm und nützlich sein, die innerste Meinung der beiden Regierungen über diesen sehr wichtigen Gegenstand kennen zu lernen, über den ihre Ansicht zu ergründen wir in dieser letzten Zeit keine Gelegenheit gehabt haben.

Sprechen Sie daher bitte mit dem Staatssekretär der auswärtigen Angelegenheiten über das Vorstehende: es handelt sich durchaus nicht um einen formellen Schritt unsererseits, sondern um einen ganz einfachen Gedankenaustausch, der uns durch den Wunsch eingegeben ist, gemeinsam mit unseren Verbündeten vorzugehen.

(gez.) Visconti Venosta

Zu Band XII, 2. Hälfte, S. 318

Nr. 3142

### Anlage

#### Der russische Minister des Äußern Graf Murawiew an den russischen Botschafter in Berlin Grafen von der Osten-Sacken

Telegramm. Abschrift, unsigniert und undatiert  
Vom russischen Botschafter am 12. Februar 1897 mitgeteilt

Das russische Geschwader im Mittelmeer — Kommandant Admiral Andrew — hat den Befehl erhalten, sich nach Kreta zu begeben und sich mit den Befehlshabern der Seestreitkräfte der Großmächte zu verständigen, um einen Angriff seitens der hellenischen Flotte abzuwehren. Im Dringlichkeitsfalle wären die Kommandanten in der Lage, ihre Detachements auszuschiffen und mit den türkischen Behörden zur Wiederherstellung der Ruhe auf der Insel zusammenzuwirken, die auf diese Weise durch europäische Kräfte vorläufig in Verwahrung genommen würde, bis die Großmächte sich entschlossen, die kretische Frage übereinstimmend zu lösen.

Zu Band XII, 2. Hälfte, S. 323/324

Nr. 3148

#### Der Gesandte in Athen Freiherr von Plessen an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 10

Athen, den 14. Februar 1897

Antwort auf Telegramm Nr. 2.

Sämtliche Vertreter der Mächte haben Minister der Auswärtigen Angelegenheiten soeben einzeln nachstehende gleichlautende Erklärung abgegeben:

„Nach der Entsendung der hellenischen Kriegsschiffe nach Kreta, denen die Entsendung der Torpedoboote folgte, haben wir der Königlichen Regierung die Mißbilligung nicht verheimlicht, die seitens der Mächte Handlungen begegnen würden, die ihren gemeinsamen Wünschen nach Aufrechterhaltung des Friedens im Orient so zuwider sind.

Wir erfahren heute, daß die Dinge eine in anderem Sinne ernste Wendung nehmen, daß reguläre griechische Truppen sich anschicken sollen, bewaffnet in einen Punkt des ottomanischen Gebietes einzudringen. Wenn diese Nachricht begründet ist, ist es in einer solchen Lage unsere Pflicht, unter Erwartung der Weisungen, die uns zweifellos binnen kurzer Frist zugehen werden, auf die Mißbilligung<sup>1)</sup> scharf hinzuweisen, die derartige Handlungen seitens aller unserer Regierungen finden, und der hellenischen Regierung zu erklären<sup>2)</sup>, daß die Mächte nur ihr die Verantwortung für die Folgen einer Handlung zuschieben, die mit vollem Rechte die lebhafteste Besorgnis der europäischen Kabinette erweckt.“

Der Minister der Auswärtigen Angelegenheiten hat darauf folgendes erwidert:

„Die bisherigen Ereignisse in Kreta haben eine Anarchie herbeigeführt, in der die christlichen Familien ebenso wie ihr Hab und Gut der Willkür und der Plünderung der fanatischen und zügellosen Bevölkerung ausgesetzt worden sind.

Die Königliche Regierung konnte diesen jammervollen Zustand nicht länger dulden, in dem sich die mit uns durch die Religion<sup>3)</sup> und durch geheiligte Bande verbundenen Einwohner befunden haben.

Sie hat infolgedessen den Beschluß gefaßt, Truppen zur Besetzung der Insel und zur Wiederherstellung der Ordnung und des Friedens dorthin zu entsenden.“

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

1) Da pfeifen die Athener drauf.

2) Das Declariren und Desapprobiren nützt nichts. Kanonen vor den Piräus, das ist die richtige Antwort.

3) Heiliger Pobedonostzeff!

Schlußbemerkung des Kaisers:

Das ist Krieg! Schnell die Flotten vor den Piräus, ehe es zu spät ist. W.

Zu Band XII, 2. Hälfte, S. 388

Nr. 3207

**Anlage**

**Der russische Minister des Äußern Graf Murawiew an den russischen Botschafter in Berlin Grafen von der Osten-Sacken**

Telegramm. Abschrift, vom russischen Botschafter am 27. März Freiherrn von Marschall mitgeteilt

Geheim

St. Petersburg, den 14./26. März 1897

Wir denken, daß, wenn wir die englische Zurückhaltung hinsichtlich der Blockade von Volo erwägen, nichts übrig bleibt, als die Tatsache der Zustimmung des englischen Kabinetts zur Blockade der griechischen Küste in dem Falle, wo die Admirale diese nötig fänden, zu Protokoll zu nehmen. Tatsächlich hat man die Zeit<sup>1)</sup> verstreichen lassen, wo die Blockade von Volo wirksam gewesen sein würde, wie es auch Lord Salisbury anerkannt hat.

Heute ist die griechische Armee an den Küsten Thessaliens versammelt, und die vorgeschlagene Blockade vermöchte nicht die Ergebnisse zu erreichen, die man sich davon versprach.

Obendrein läßt uns die Enthaltung Englands einerseits und das für die Blockaden der Küsten Griechenlands und Kretas unzureichende<sup>2)</sup> maritime Kontingent Deutschlands befürchten, daß eine getrennte Aktion der vier Großmächte allein in Konstantinopel, in Athen oder anderwärts Zweifel an der allgemeinen und vollständigen Übereinstimmung der Mächte, die doch für die Aufrechterhaltung des Ansehens Europas so unerläßlich ist, entstehen lassen könnte.

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

1) Ja, seit dem 14. Februar!

2) Das ist doch bisher nicht als „insuffisant“ angesehen worden und hat jedenfalls am besten getroffen beim Schießen! Eine schöne Blamage für die eben erfolgte Kreuzer-Ablehnung im Reichstage.

Zu Band XII, 2. Hälfte, S. 397/398

Nr. 3218

**Der russische Minister des Äußern Graf Murawiew an den russischen Botschafter in Berlin Grafen von der Osten-Sacken**

Telegramm. Unsignierte Abschrift. Vom russischen Botschafter in Berlin am 3. April mitgeteilt

Geheim

St. Petersburg, den 21. März/3. April 1897

Im Hinblick auf den bevorstehenden Jahrestag des 28. März<sup>1)</sup>, der dank der Erregung der Geister in Griechenland zu neuen Ausschreitungen führen könnte, und wegen der Ausführung der geplanten Blockade müßten die Großmächte ihre Vertreter in Konstantinopel und Athen beauftragen, zu erklären, daß im Falle eines Zusammenstoßes an der griechisch-türkischen Grenze der Angreifer für die Störung verantwortlich gemacht werden würde, die sich daraus für den allgemeinen Frieden ergeben könnte, den zu schützen Europa durchaus entschlossen ist; außerdem ausdrücklich zu erklären, daß der Angreifer, wie auch der Ausgang des Kampfes sei, keinen Vorteil erhalten würde.

Das Kaiserliche Kabinett ist der Meinung, daß diese Erklärung der Presse übergeben und bei den beiden Regierungen zu Konstantinopel und zu Athen ganz offen behandelt werden müßte.

Zu Band XII, 2. Hälfte, S. 412

Nr. 3227

**Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Marschall an den Geschäftsträger in Petersburg von Tschirschky**

Telegramm

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Mumm von Schwarzenstein

Nr. 141

Berlin, den 1. Mai 1897

Der russische Botschafter hat gestern nachstehendes Telegramm des Grafen Murawiew zu meiner Kenntnis gebracht:

„Die Königin von England hat sich an den Kaiser, unseren Erhabenen Herrn, mit der Anregung gewandt, den Abschluß eines Waffenstillstandes zwischen den Kriegführenden durch die drei Garantiemächte Griechenlands (Rußland, Frankreich und England) herbeiführen zu lassen. Seine Majestät wäre ganz geneigt, einen Schritt zu dem angegebenen Zwecke zu unterstützen, ist aber der Meinung, daß dieser letztere von allen Großmächten getan werden müßte. — Es erschiene uns unerläßlich, vorher die Pläne der griechischen Regierung zu erkunden, die vielleicht eine Vermittlung noch nicht wünschen könnte. Andererseits hören wir von Nelidow, daß der Sultan nicht geneigt sei, eine Vermittlung der Großmächte anzunehmen, sondern einen Schritt seitens der hellenischen Regierung bei ihm vorziehen würde.“

1) Offenbar ist der 6. April, der Jahrestag der Unabhängigkeitserklärung Griechenlands, gemeint. Der 28. März würde dem 9. April (neuen Stils) entsprechen.

Zu Band XII, 2. Hälfte, S. 416

Nr. 3230

**Der Gesandte in Athen Freiherr von Plessen an das Auswärtige Amt**

Telegramm. Entzifferung

**(Entwurf einer der griechischen Regierung zu überreichenden Erklärung)**

„Die Vertreter von usw. bitten ihren Kollegen und Doyen, der es übernehmen will, der hellenischen Regierung sowohl in ihrem wie in seinem Namen die Vermittlung der Mächte zur Erlangung des möglichst schnellen Abschlusses eines Waffenstillstandes zwischen Griechenland und der Türkei vorzuschlagen, der einen Schritt vorwärts zur friedlichen und endgültigen Lösung der Schwierigkeiten sein würde.

Herr Onu<sup>1)</sup> wird diese Gelegenheit wahrnehmen, um dem Herrn Minister der Äußeren Angelegenheiten auseinanderzusetzen, daß in einer so kritischen und drängenden Lage Griechenland auf den freundschaftlichen und besorgten Schritt der Mächte nicht besser zu antworten vermöchte, als indem es ihnen die Sorge für seine Interessen überläßt, und ohne Rückhalt ihren Ratschlägen und Ermahnungen beitrifft.“ . . .

Zu Band XII, 2. Hälfte, S. 421

Nr. 3235

**Der Gesandte in Athen Freiherr von Plessen an das Auswärtige Amt**

Nr. 144

Athen, den 10. Mai 1897

„Nach der Euer Exzellenz durch mein Büro am 8. Mai des Jahres gemachten Mitteilung über den von der hellenischen Regierung gefaßten Entschluß, dem Wunsche der Großmächte zu entsprechen und die formelle Verpflichtung zur Zurückberufung ihrer auf Kreta stehenden Truppen zu übernehmen, habe ich die Ehre, Euer Exzellenz mitzuteilen, daß ich im Augenblick der Verwirklichung dieser Zurückberufung von der Erklärung der Großmächte vom 2. März Kenntnis nehme, der gemäß sie entschlossen sind, Kreta mit einer durchaus tatsächlichen, autonomen Regierung auszustatten, und ich erkläre Ihnen im Namen der hellenischen Regierung, daß sie die Verpflichtung übernimmt, die genannte Regierung anzuerkennen.“

Zu Band XII, 2. Hälfte, S. 426/427

Nr. 3243

**Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Rotenhan an den Botschafter in Konstantinopel Freiherrn von Saurma**

Telegramm. Konzept

Nr. 190

Berlin, den 12. Juli 1897

Der russische Botschafter hat hier folgende Note des Grafen Murawiew mitgeteilt:

„In Beantwortung der Mitteilung, die mir der türkische Botschafter über das neue türkische Zirkular gemacht hat, habe ich ihm erklärt, daß die Türkei angesichts der zahlreichen Bezeugungen türkenfreundlicher Gesinnungen Rußlands nicht daran zweifeln könnte; das Kaiserliche

<sup>1)</sup> Onu war russischer Gesandter in Athen.

Kabinett sei daher umsomehr berechtigt, ihm nicht zu verhehlen, daß der Kaiser in der Frage der Grenze in Thessalien fest entschlossen sei, die zwischen den Großmächten hergestellte und in der gemeinsamen Erklärung der Botschafter in Konstantinopel formulierte Übereinstimmung aufrecht zu erhalten. Nachdem wir in jeder Lage und nach Maßgabe der Möglichkeit die Türkei unterstützt haben, könnten wir ihm gegenwärtig nur den aufrichtigen und wahrhaft freundschaftlichen Rat geben, sich unverzüglich den Wünschen der Großmächte anzubequemen, — da jeder verzögernde Widerstand unfehlbar die gefährlichsten Folgen für das ottomanische Reich nach sich ziehen müßte. Wollen Sie bitte dem Berliner Kabinett diese Antwort mitteilen.“

. . . . .

Verzeichnis

der in den

**BÄNDEN 7–12**

des Aktenwerkes enthaltenen Schriftstücke und der deutschen  
Übertragungen der fremdsprachigen Dokumente

★

## Vorbemerkung

Die an zweiter Stelle stehenden Seitenzahlen des „Wegweisers“  
bezeichnen die deutschen Übersetzungen

## 7. Band

### Die Anfänge des neuen Kurses

#### I.

#### Der russische Draht

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des	
				Aktenwerks	Wegweisers
			44. Kapitel	Bd. 7	
		1890	<b>Nichterneuerung des Rückversicherungsvertrages 1890</b>		
1366	Berlin	20. März	Staatssekretär Graf Herbert Bismarck an Kaiser Wilhelm II. . . . .	3	3
1367	„	20. „	Staatssekretär Graf Herbert Bismarck an Kaiser Wilhelm II. . . . .	4	4
1368	„	25. „	Aufzeichnung des Unterstaatssekretärs im Auswärtigen Amt Graf v. Berchem . . . .	4	5
1369	„	28. „	Aufzeichnung des Reichskanzlers v. Caprivi	10	5
1370	Petersburg	3. April	Botschafter v. Schweinitz an Reichskanzler v. Caprivi . . . . .	11	5
1371	„	3. „	Botschafter v. Schweinitz an Kaiser Wilhelm II. . . . .	15	6
1372	„	15. Mai	Botschafter v. Schweinitz an Reichskanzler v. Caprivi . . . . .	17	6
1373	„	16. „	Botschafter v. Schweinitz an Reichskanzler v. Caprivi . . . . .	19	6
	„	14. „	Anlage, betreffend ein Telegramm des Grafen Schuwalow . . . . .	20	4, 6, 221
1374	Berlin	20. „	Aufzeichnung des Vortragenden Rats im Auswärtigen Amt v. Holstein . . . . .	22	6
1375	„	20. „	Aufzeichnung des Staatssekretärs Frhr. v. Marschall . . . . .	23	6
1376	„	20. „	Aufzeichnung des Vortragenden Rats im Auswärtigen Amt v. Kiderlen . . . . .	24	6
1377	„	20. „	Aufzeichnung des Vortragenden Rats im Auswärtigen Amt Raschdau . . . . .	27	7
1378	„	23. „	Aufzeichnung des Reichskanzlers v. Caprivi	29	7
1379	„	22. „	„ „ „ „ „ „	30	7
1380	„	29. „	Reichskanzler v. Caprivi an Botschafter v. Schweinitz . . . . .	33	7

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des	
				Aktenwerks	Wegweisers
		<b>1890</b>		Bd. 7	
1381	Wien	4. Juni	Botschafter Prinz Heinrich VII. Reuß an Staatssekretär Frhr. v. Marshall . . .	36	7
1382	Petersburg	4. Juni	Botschafter v. Schweinitz an Reichskanzler v. Caprivi . . . . .	38	8
1383	Therapia	9. „	Botschafter v. Radowitz an Reichskanzler v. Caprivi . . . . .	41	8
		<b>1896</b>			
1384	Berlin	27. Okt.	Reichskanzler Fürst Hohenlohe an Kaiser Wilhelm II. . . . .	41	8
1385	Essen	28. „	Chef des Zivilkabinetts v. Lucanus an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . .	43	8
1386	Berlin	28. „	Reichskanzler Fürst Hohenlohe an Chef des Zivilkabinetts v. Lucanus . . . . .	43	8
1387	Wien	28. „	Geschäftsträger Prinz v. Lichnowsky an Auswärtiges Amt . . . . .	44	8
1388	„	30. „	Geschäftsträger Prinz v. Lichnowsky an Auswärtiges Amt . . . . .	44	8
1389			Der Verweser des russischen Ministeriums des Außern Schischkin an russischen Botschafter Graf v. der Osten-Sacken .	45	8, 222
1390		14. Nov.	Aide-Mémoire, bestimmt für russischen Botschafter Graf v. der Osten-Sacken .	45	9, 222
		<b>1904</b>			
1391	München	3. Juni	Unterstaatssekretär a. D. Graf v. Berchem an Reichskanzler Graf v. Bülow . . . .	47	9
1392	Berlin	10. „	Aufzeichnung des Vortragenden Rats im Auswärtigen Amt v. Holstein . . . . .	48	9
			45. Kapitel		
			<b>Erneuerung des Dreibund-Vertrages Erste Versuche Frankreichs, Italien vom Dreibund abzusprengeu 1891</b>		
		<b>1890</b>			
1393	Rom	13. Okt.	Geschäftsträger Frhr. v. Doernberg an Reichskanzler v. Caprivi . . . . .	53	9
1394	Mailand	7. Nov.	Aufzeichnung des Reichskanzlers v. Caprivi	53	9
1395		10. „	„ „ „ „ „	55	9
1396	Rom	20. „	Botschafter Graf zu Solms-Sonnenwalde an Reichskanzler v. Caprivi . . . . .	56	9
1397	Wien	30. „	Botschafter Prinz Heinrich VII. Reuß an Reichskanzler v. Caprivi . . . . .	57	9

Lau- fende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des	
				Akten- werks	Weg- weisers
		<b>1890</b>		Bd. 7	
1398	Wien	11. Dez.	Botschafter Prinz Heinrich VII. Reuß an Reichskanzler v. Caprivi . . . . .	58	9
1399	„	16. „	Botschafter Prinz Heinrich VII. Reuß an Reichskanzler v. Caprivi . . . . .	61	9
		<b>1891</b>			
1400	„	21. Jan.	Botschafter Prinz Heinrich VII. Reuß an Reichskanzler v. Caprivi . . . . .	62	9
1401	Rom	16. Febr.	Österreich-ungarischer Botschafter Frhr. v. Bruck an Graf Kálnoky . . . . .	62	9
1402	Berlin	7. März	Aufzeichnung des Staatssekretärs Frhr. v. Marschall . . . . .	64	10
1403	„	9. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf v. Hatzfeldt . . . . .	67	10
1404	Rom	9. „	Botschafter Graf Solms-Sonnenwalde an Auswärtiges Amt . . . . .	68	10
1405	Wien	11. „	Botschafter Prinz Heinrich VII. Reuß an Reichskanzler v. Caprivi . . . . .	68	10
1406	„	19. „	Botschafter Prinz Heinrich VII. Reuß an Reichskanzler v. Caprivi . . . . .	69	10
1407	Berlin	19. „	Aufzeichnung des Staatssekretärs Frhr. v. Marschall . . . . .	70	10
1408	Rom	23. „	Botschafter Graf zu Solms-Sonnenwalde an Reichskanzler v. Caprivi . . . . .	71	10
1409	„	5. April	Botschafter Graf zu Solms-Sonnenwalde an Auswärtiges Amt . . . . .	72	10
1410	„	15. „	Italienischer Minister des Äußern Marchese di Rudini an Botschafter Graf de Launay nebst Anlage (Vertragsentwurf) . . . .	72 77	10, 223 10, 227
1411	Wien	21. „	Botschafter Prinz Heinrich VII. Reuß an Reichskanzler v. Caprivi . . . . .	79	10
1412	Berlin	23. „	Aufzeichnung des Reichskanzlers v. Caprivi	81	11
1413	Berlin	24. „	Aufzeichnung des Vortragenden Rats im Auswärtigen Amt v. Kiderlen . . . . .	83	11
1414	„	24. „	Aufzeichnung des Staatssekretärs Frhr. v. Marschall . . . . .	86	11
1415	( „ )	( 24. „ )	Aufzeichnung des Reichskanzlers v. Caprivi	87	11
1416	Berlin	25. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Prinz Heinrich VII. Reuß . . .	88	11
1417	Wien	27. „	Botschafter Prinz Heinrich VII. Reuß an Reichskanzler v. Caprivi . . . . .	90	11
1418	Rom	28. „	Militärattaché Oberstleutnant v. Engelbrecht an Kaiser Wilhelm II. . . . .	91	11
1419	Berlin	28. „	Aufzeichnung des Reichskanzlers v. Caprivi	93	11
1420	Berlin	30. „	Botschafter Graf de Launay an Staatssekretär Frhr. v. Marschall . . . . .	94	11, 229

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des	
				Aktenwerks	Wegweisers
		<b>1891</b>		Bd. 7	
1421	Berlin	30. April	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Prinz Heinrich VII. Reuß . . .	95	11
1422	„	1. Mai	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Prinz Heinrich VII. Reuß . . .	97	11
1423	Wien	2. „	Botschafter Prinz Heinrich VII. Reuß an Auswärtiges Amt . . . . .	97	11
1424	Berlin	6. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Kaiser Wilhelm II. . . . .	97	11
1425	„	7. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf Solms-Sonnenwalde . . .	98	11
1426	„	6. „	Text des Dreibund-Vertrages vom 6. Mai 1891 . . . . .	99	11, 229
1427	„	6. „	Protokoll . . . . .	103	11, 232
1428	„	8. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Prinz Heinrich VII. Reuß . . .	103	12
1429	„	29. Juni	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Prinz Heinrich VII. Reuß . . .	104	12
1430	Rom	29. „	Botschafter Graf zu Solms-Sonnenwalde an Reichskanzler v. Caprivi . . . . .	105	12
<b>Anhang A.</b>					
<b>Aufmarsch- und Rüstungsfragen im Dreibund 1891—1892</b>					
		<b>1891</b>			
1431	Wien	4. Juni	Militärattaché Oberstleutnant v. Deines an Preußisches Kriegsministerium . . . . .	109	12
1432	Berlin	3. Dez.	Chef des Generalstabes Graf Schlieffen an Reichskanzler v. Caprivi . . . . .	110	12
1433	„	25. Aug.	Reichskanzler v. Caprivi an Botschafter Prinz Heinrich VII. Reuß . . . . .	110	12
1434	Wien	27. „	Botschafter Prinz Heinrich VII. Reuß an Reichskanzler v. Caprivi . . . . .	112	13
		<b>1892</b>			
1435	Rom	23. April	Botschafter Graf zu Solms-Sonnenwalde an Reichskanzler Graf v. Caprivi . . . . .	114	13
1436	„	24. „	Botschafter Graf zu Solms-Sonnenwalde an Reichskanzler Graf v. Caprivi . . . . .	116	13
1437	Berlin	29. „	Aufzeichnung des Staatssekretärs Frhr. v. Marschall für Reichskanzler Graf v. Caprivi . . . . .	118	13
1438	Karlsbad	30. „	Reichskanzler Graf v. Caprivi an Staatssekretär Frhr. v. Marschall . . . . .	119	13
1439	Rom	8. Mai	Botschafter Graf zu Solms-Sonnenwalde an Reichskanzler Graf v. Caprivi . . . . .	121	13

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des	
				Aktenwerks	Wegweisers
		<b>1892</b>		Bd. 7	
1440	Berlin	15. Mai	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf zu Solms-Sonnenwalde . .	122	13
1441	„	21. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf zu Solms-Sonnenwalde . .	122	13
<b>Anhang B.</b>					
<b>Der erneuerte Dreibund und das italienisch-französische Verhältniß 1893—1895</b>					
		<b>1893</b>			
1442	Berlin	20. Aug.	Aufzeichnung des Unterstaatssekretärs Frhr. v. Rotenhan . . . . .	127	14
1443	Rom	20. „	Botschafter Graf zu Solms-Sonnenwalde an Auswärtiges Amt . . . . .	127	14
1444	„	20. „	Botschafter Graf zu Solms-Sonnenwalde an Auswärtiges Amt . . . . .	128	14
1445	Berlin	21. „	Unterstaatssekretär Frhr. v. Rotenhan an Botschafter Prinz Heinrich VII. Reuß .	128	14
1446	Paris	19. „	Stellvertretender Geschäftsträger Graf Arco an Reichskanzler Graf v. Caprivi . . . .	128	14
1447	Wien	21. „	Botschafter Prinz Heinrich VII. Reuß an Reichskanzler Graf v. Caprivi . . . . .	129	14
1448	Rom	22. „	Botschafter Graf zu Solms-Sonnenwalde an Auswärtiges Amt . . . . .	130	14
1449	Paris	23. „	Geschäftsträger v. Schoen an Auswärtiges Amt . . . . .	130	14
1450	„	25. „	Geschäftsträger v. Schoen an Reichskanzler Graf v. Caprivi . . . . .	131	14
1451	„	27. Sept.	Botschafter Graf Münster an Reichskanzler Graf v. Caprivi . . . . .	133	14
1452	„	6. Okt.	Geschäftsträger v. Schoen an Auswärtiges Amt . . . . .	134	15
1453	Berlin	10. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Geschäftsträger v. Schoen . . . . .	135	15
1454	Paris	31. Dez.	Botschafter Graf Münster an Auswärtiges Amt . . . . .	135	15
		<b>1894</b>			
1455	„	6. Jan.	Botschafter Graf Münster an Reichskanzler Graf v. Caprivi . . . . .	135	15
1456	Rom	20. Febr.	Botschafter B. v. Bülow an Reichskanzler Graf v. Caprivi . . . . .	136	15
		<b>1895</b>			
1457	„	6. Jan.	Botschafter B. v. Bülow an Auswärtiges Amt . . . . .	139	15
1458	Berlin	7. „	Reichskanzler Fürst Hohenlohe an Botschafter Graf Münster . . . . .	139	16

Lau- fende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des	
				Akten- werks	Weg- weisers
		<b>1895</b>		Bd. 7	
1459	Rom	16. Febr.	Botschafter B. v. Bülow an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	140	16
1460	Berlin	19. März	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Bot- schafter Graf zu Eulenburg . . . . .	141	16
1461	Wien	30. „	Botschafter Graf zu Eulenburg an Reichs- kanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	143	16
1462	Rom	26. „	Botschafter B. v. Bülow an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	145	16
1463	„	17. Juni	Botschafter B. v. Bülow an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	147	16
<b>46. Kapitel</b>					
<b>Erneuerung des Rumänischen Ver- trages 1892</b>					
		<b>1891</b>			
1464	Bukarest	27. Febr.	Gesandter B. v. Bülow an Reichskanzler v. Caprivi . . . . .	151	17
1465	„	6. März	Gesandter B. v. Bülow an Reichskanzler v. Caprivi . . . . .	153	17
1466	„	17. „	Gesandter B. v. Bülow an Reichskanzler v. Caprivi . . . . .	155	17
1467	Wien	19. „	Botschafter Prinz Heinrich VII. Reuß an Reichskanzler v. Caprivi . . . . .	155	17
1468	„	25. „	Botschafter Prinz Heinrich VII. Reuß an Reichskanzler v. Caprivi . . . . .	156	17
1469	Berlin	26. „	Reichskanzler v. Caprivi an Botschafter Prinz Heinrich VII. Reuß . . . . .	158	17
1470	Wien	30. „	Botschafter Prinz Heinrich VII. Reuß an Reichskanzler v. Caprivi . . . . .	160	17
1471	Sinaia	4. Aug.	Gesandter B. v. Bülow an Reichskanzler v. Caprivi . . . . .	163	17
1472	„	7. „	Gesandter B. v. Bülow an Reichskanzler v. Caprivi . . . . .	165	17
1473	„	11. „	Gesandter B. v. Bülow an Reichskanzler v. Caprivi . . . . .	167	18
1474	Berlin	25. Okt.	Aufzeichnung des Vortragenden Rats im Auswärtigen Amt v. Kiderlen . . . . .	168	18
1475	„	29. „	Aufzeichnung des Reichskanzlers v. Caprivi	170	18
1476	„	29. „	Aufzeichnung des Staatssekretärs Frhr. v. Marschall . . . . .	171	18
1477	Sinaia	31. „	Gesandter B. v. Bülow an Reichskanzler v. Caprivi . . . . .	172	18
1478	Bukarest	30. Dez.	Gesandter B. v. Bülow an Auswärtiges Amt . . . . .	172	18

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des	
				Aktenwerks	Wegweisers
		<b>1892</b>		Bd. 7	
1479	Wien	11. Jan.	Botschafter Prinz Heinrich VII. Reuß an Reichskanzler Graf v. Caprivi . . . . .	173	18
1480	„	3. März	Botschafter Prinz Heinrich VII. Reuß an Reichskanzler Graf v. Caprivi . . . . .	174	18
1481	Bukarest	20. „	Gesandter B. v. Bülow an Auswärtiges Amt . . . . .	176	18
1482	„	16. Mai	Gesandter B. v. Bülow an Reichskanzler Graf v. Caprivi . . . . .	177	18
1483	Wien	11. Juni	Botschafter Prinz Heinrich VII. Reuß an Reichskanzler Graf v. Caprivi . . . . .	177	18
1484	Bukarest	8. „	Gesandter B. v. Bülow an Reichskanzler Graf v. Caprivi . . . . .	178	18
1485	Sinaia	15. „	Gesandter B. v. Bülow an Reichskanzler Graf v. Caprivi . . . . .	180	18
1486	„	25. Juli	Geschäftsträger Mumm v. Schwarzenstein an Auswärtiges Amt . . . . .	181	19
1487	Bukarest	23. Nov.	Deutsche Akzessionserklärung zum österreich-rumänischen Bündnisvertrag . . .	181	19, 233
		<b>1893</b>			
1488	Sinaia	16. Okt.	Gesandter B. v. Bülow an Reichskanzler v. Caprivi nebst 2 Anlagen . . . . .	183	19
			47. Kapitel <b>Französisch-Russischer Zweibund 1890—1894</b>		
		<b>1890</b>			
1489	Petersburg	19. Juni	Geschäftsträger Graf v. Pourtalès an Reichskanzler v. Caprivi . . . . .	191	19
1490	Paris	24. „	Botschafter Graf Münster an Reichskanzler v. Caprivi . . . . .	193	19
1491	Paris	26. Juli	Botschafter Graf Münster an Reichskanzler v. Caprivi . . . . .	194	20
		<b>1891</b>			
1492	„	4. Jan.	Botschafter Graf Münster an Reichskanzler v. Caprivi . . . . .	195	20
1493	Petersburg	5. März	Militärbevollmächtigter General v. Villaume an Kaiser Wilhelm II. . . . .	196	20
1494	Paris	6. April	Botschafter Graf Münster an Reichskanzler v. Caprivi . . . . .	200	21
1495	„	13. „	Bericht des Militärattachés Rittmeister v. Funcke . . . . .	201	20
1496	Berlin	14. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter v. Schweinitz . . . . .	202	21
1497	Petersburg	17. „	Botschafter v. Schweinitz an Reichskanzler v. Caprivi . . . . .	203	21

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des	
				Aktenwerks	Wegweisers
		<b>1891</b>		Bd. 7	
1498	Bukarest	2. Mai	Gesandter v. Bülow an Reichskanzler v. Caprivi . . . . .	205	21
1499	Berlin	14. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter v. Schweinitz . . . . .	205	21
1500	Petersburg	24. „	Botschafter v. Schweinitz an Reichskanzler v. Caprivi . . . . .	206	21
1501	„	27. „	Desgl. . . . .	207	21
1502	„	30. Juli	Geschäftsträger A. v. Bülow an Reichskanzler v. Caprivi . . . . .	207	22
1503	Berlin	7. Aug.	Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt Frhr. v. Rotenhan an Botschafter v. Schweinitz . . . . .	210	22
1504	Petersburg	5. „	Botschafter v. Schweinitz an Reichskanzler v. Caprivi . . . . .	211	22
1505	Sinaia	4. „	Gesandter B. v. Bülow an Reichskanzler v. Caprivi . . . . .	215	22
1506	Berlin	19. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter v. Schweinitz . . . . .	216	23
1507	Petersburg	22. „	Botschafter v. Schweinitz an Reichskanzler v. Caprivi . . . . .	217	23
1508	„	8. „	Botschafter v. Schweinitz an Reichskanzler v. Caprivi . . . . .	217	23
1509	Paris	20. „	Geschäftsträger v. Schoen an Reichskanzler v. Caprivi . . . . .	218	23
1510	„	30. „	Bericht des Militärattachés Rittmeisters v. Funcke . . . . .	224	23
1511	Wien	4. Nov.	Bericht des Militärattachés Oberstleutnants v. Deines . . . . .	225	24
1512	Paris	23. „	Botschafter Graf Münster an Auswärtiges Amt . . . . .	226	24
1513	Berlin	24. „	Aufzeichnung des Reichskanzlers v. Caprivi . . . . .	226	24
1514	„	25. „	„ „ „ „ „ „ . . . . .	227	24
1515	„	25. „	„ „ Staatssekretärs Frhr. v. Marschall . . . . .	228	24
		<b>1892</b>			
1516	Paris	11. Jan.	Botschafter Graf Münster an Reichskanzler Graf v. Caprivi . . . . .	231	24
1517	„	14. April	Botschafter Graf Münster an Reichskanzler Graf v. Caprivi . . . . .	231	24
1518	Petersburg	21. Juli	Geschäftsträger A. v. Bülow an Reichskanzler Graf v. Caprivi . . . . .	232	24
1519	Paris	2. Aug.	Geschäftsträger v. Schoen an Reichskanzler Graf v. Caprivi . . . . .	233	24
1520	„	7. Sept.	Geschäftsträger v. Schoen an Reichskanzler Graf v. Caprivi . . . . .	234	24

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des	
				Aktenwerks	Wegweisers
		<b>1892</b>		Bd. 7	
1521	Paris	20. Sept.	Geschäftsträger v. Schoen an Reichskanzler Graf v. Caprivi . . . . .	236	25
1522	„	13. Okt.	Botschafter Graf Münster an Reichskanzler Graf v. Caprivi . . . . .	237	25
1523	„	8. Dez.	Botschafter Graf Münster an Reichskanzler Graf v. Caprivi . . . . .	239	25
1524	Kopenhagen	12. „	Gesandter Frhr. v. den Brincken an Vortragenden Rat im Auswärtigen Amt Graf v. Pourtalès . . . . .	240	25
1525	Petersburg	28. „	Geschäftsträger A. v. Bülow an Reichskanzler Graf v. Caprivi . . . . .	241	25
		<b>1893</b>			
1526	Berlin	25. Jan.	Aufzeichnung des Staatssekretärs Frhr. v. Marschall . . . . .	243	26
1527	„	30. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter v. Werder . . . . .	244	26, 235
1528	Petersburg	30. April	Botschafter v. Werder an Reichskanzler Graf v. Caprivi . . . . .	245	26
1529	Paris	28. Sept.	Botschafter Graf Münster an Reichskanzler Graf v. Caprivi . . . . .	245	26
1530	Karlsbad	24. „	Reichskanzler Graf v. Caprivi an Staatssekretär Frhr. v. Marschall . . . . .	247	26
1531	Kopenhagen	13. Okt.	Gesandter Frhr. v. den Brincken an Reichskanzler Graf v. Caprivi . . . . .	247	26
1532	Paris	17. „	Botschafter Graf Münster an Reichskanzler Graf v. Caprivi . . . . .	248	26
1533	„	30. „	Botschafter Graf Münster an Reichskanzler Graf v. Caprivi . . . . .	250	26
1534	Petersburg	27. Nov.	Botschafter v. Werder an Reichskanzler Graf v. Caprivi . . . . .	253	27
1535	„	26. Dez.	Botschafter v. Werder an Reichskanzler Graf v. Caprivi . . . . .	255	27
		<b>1894</b>			
1536	Paris	29. Jan.	Botschafter Graf Münster an Reichskanzler Graf v. Caprivi . . . . .	256	27
1537	„	17. März	Botschafter Graf Münster an Reichskanzler Graf v. Caprivi . . . . .	257	27
1538	„	27. Nov.	Botschafter Graf Münster an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	258	28
			48. Kapitel		
			<b>Deutsch-französische Beziehungen 1890—1894</b>		
		<b>1890</b>			
1539	Paris	12. Febr.	Botschafter Graf Münster an Auswärtiges Amt . . . . .	263	28

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des	
				Aktenwerks	Wegweisers
		<b>1890</b>		Bd. 7	
1510	Paris	6. März	Botschafter Graf Münster an Fürst Bismarck . . . . .	263	28
1511	„	1. April	Botschafter Graf Münster an Auswärtiges Amt . . . . .	264	28
1512	Berlin	12. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf Münster . . . . .	266	29
1513	„	16. „	Vortragender Rat im Auswärtigen Amt v. Kiderlen an Gesandten Graf Eulenburg . . . . .	267	29
		<b>1891</b>			
1544	Paris	4. Jan.	Botschafter Graf Münster an Reichskanzler v. Caprivi . . . . .	270	29
1545	Berlin	17. Febr.	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf Münster . . . . .	271	29
1516	Paris	19. „	Botschafter Graf Münster an Reichskanzler v. Caprivi . . . . .	271	29
1547	Berlin	26. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf Münster . . . . .	274	29
1548	Paris	26. „	Botschafter Graf Münster an Auswärtiges Amt . . . . .	275	29
1549	„	27. „	Botschafter Graf Münster an Reichskanzler v. Caprivi . . . . .	275	29
1550	Berlin	28. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf Münster . . . . .	279	30
1551	Paris	28. „	Botschafter Graf Münster an Reichskanzler v. Caprivi . . . . .	279	30
1552	Wien	26. „	Botschafter Prinz Heinrich VII. Reuß an Reichskanzler v. Caprivi . . . . .	282	30
1553	London	27. „	Botschafter Graf v. Hatzfeldt an Reichskanzler v. Caprivi . . . . .	283	30
1554	Berlin	2. März	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf Münster . . . . .	284	30
1555	Paris	3. „	Botschafter Graf Münster an Auswärtiges Amt . . . . .	285	30
1556	Berlin	4. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf Münster . . . . .	286	30
1557	„	4. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf Münster . . . . .	286	30
1558	Paris	5. „	Botschafter Graf Münster an Reichskanzler v. Caprivi . . . . .	287	30
1559	„	23. „	Botschafter Graf Münster an Reichskanzler v. Caprivi . . . . .	289	30
1560	Berlin	30. „	Aufzeichnung des Vortragenden Rats im Auswärtigen Amt v. Holstein . . . . .	290	30
1561	„	31. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf Münster . . . . .	290	30

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des	
				Aktenwerks	Wegweisers
		<b>1891</b>		Bd. 7	
1562	Paris	4. April	Botschafter Graf Münster an Auswärtiges Amt . . . . .	291	30
1563	„	6. „	Botschafter Graf Münster an Reichskanzler v. Caprivi . . . . .	291	30
1564	„	4. Mai	Desgl. . . . .	293	31
1565	Darmstadt	9. „	Kaiser Wilhelm II. an Auswärtiges Amt	295	31
1566	Berlin	10. „	Aufzeichnung des Vortragenden Rats im Auswärtigen Amt Raschdau . . . . .	296	31
1567	Freiburg i. B.	15. „	Major im Generalstabe Frhr. v. Hoiningen gen. Huene an Auswärtiges Amt . . . . .	299	31
1568	Paris	27. „	Botschafter Graf Münster an Reichskanzler v. Caprivi . . . . .	300	31
1569	„	21. Juni	Botschafter Graf Münster an Reichskanzler v. Caprivi . . . . .	302	32
1570	Berlin	21. Juli	Reichskanzler v. Caprivi an Statthalter v. Elsaß-Lothringen Fürst Hohenlohe . . . . .	304	32
1571	Paris	29. „	Geschäftsträger v. Schoen an Reichskanzler v. Caprivi . . . . .	306	32
1572	Berlin	4. Aug.	Reichskanzler v. Caprivi an Geschäftsträger v. Schoen . . . . .	307	32
1573	„	7. „	Aufzeichnung des Reichskanzlers v. Caprivi	308	32
1574	„	2. Sept.	Reichskanzler v. Caprivi an Statthalter von Elsaß-Lothringen Fürst Hohenlohe . . . . .	309	32
1575	„	18. „	Aufzeichnung des Reichskanzlers v. Caprivi	310	32
1576	Paris	24. „	Geschäftsträger v. Schoen an Reichskanzler v. Caprivi . . . . .	310	32
1577	„	2. Okt.	Botschafter Graf Münster an Reichskanzler v. Caprivi . . . . .	312	33
1578	„	5. „	Botschafter Graf Münster an Reichskanzler v. Caprivi . . . . .	314	33
1579	„	14. „	Botschafter Graf Münster an Reichskanzler v. Caprivi . . . . .	316	33
		<b>1892</b>			
1580	Berlin	25. Mai	Reichskanzler Graf v. Caprivi an Botschafter Graf Münster . . . . .	318	33
1581	Paris	25. „	Botschafter Graf Münster an Reichskanzler Graf v. Caprivi . . . . .	318	33
1582	„	26. „	Botschafter Graf Münster an Auswärtiges Amt . . . . .	321	33
1583	„	26. „	Botschafter Graf Münster an Auswärtiges Amt . . . . .	321	33
1584	Berlin	25. „	Aufzeichnung des Reichskanzlers Graf v. Caprivi . . . . .	322	33
1585	„	26. „	Aufzeichnung des Staatssekretärs Frhr. v. Marschall . . . . .	322	33

Lauf- fenie Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des	
				Akten- werks	Weg- weisers
		<b>1892</b>		Bd. 7	
1586	Berlin	27. Mai	Reichskanzler Graf v. Caprivi an Kaiser Wilhelm II. . . . .	324	33
1587	Paris	30. „	Geschäftsträger v. Schoen an Reichskanzler Graf v. Caprivi . . . . .	325	33
1588	„	8. Juni	Botschafter Graf Münster an Reichskanzler Graf v. Caprivi . . . . .	326	33
1589	Berlin	19. Sept.	Aufzeichnung des Reichskanzlers Graf v. Caprivi . . . . .	329	34
		<b>1893</b>			
1590	Paris	18. Jan.	Botschafter Graf Münster an Auswärtiges Amt . . . . .	330	34
1591	Berlin	19. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf Münster . . . . .	330	34
1592	Paris	19. „	Botschafter Graf Münster an Auswärtiges Amt . . . . .	331	34
1593	„	22. „	Botschafter Graf Münster an Auswärtiges Amt . . . . .	331	34
1594	„	22. „	Botschafter Graf Münster an Auswärtiges Amt . . . . .	332	34
1595	„	23. „	Botschafter Graf Münster an Reichskanzler Graf v. Caprivi . . . . .	332	34
1596	Berlin	26. „	Aufzeichnung des Vortragenden Rats im Auswärtigen Amt v. Kiderlen für Staatssekretär Frhr. v. Marschall . . . . .	333	34
1597	Paris	5. April	Botschafter Graf Münster an Reichskanzler Graf v. Caprivi . . . . .	334	34
1598	Berlin	16. Juli	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an französischen Botschafter Herbette . . . . .	335	34
1599	Hubertusstock	17. Okt.	Kaiser Wilhelm II. an Auswärtiges Amt . . . . .	336	35
1600	Berlin	17. „	Vortragender Rat im Auswärtigen Amt v. Holstein an Staatssekretär Frhr. v. Marschall . . . . .	337	35
1601	Paris	18. „	Botschafter Graf Münster an Auswärtiges Amt . . . . .	337	35, 235
1602	„	20. „	Botschafter Graf Münster an Auswärtiges Amt . . . . .	338	35
1603	„	25. „	Botschafter Graf Münster an Reichskanzler Graf v. Caprivi . . . . .	338	35
		<b>1894</b>			
1604	Paris	12. Febr.	Botschafter Graf Münster an Reichskanzler Graf v. Caprivi . . . . .	339	35
1605	Kiel	30. Juni	Kaiser Wilhelm II. an Botschafter Graf Münster . . . . .	340	35
1606	Paris	1. Juli	Botschafter Graf Münster an Auswärtiges Amt . . . . .	341	36

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des	
				Aktenwerks	Wegweisers
		<b>1894</b>		Bd. 7	
1607	Paris	1. Juli	Botschafter Graf Münster an Auswärtiges Amt . . . . .	341	36
1608	„	5. „	Botschafter Graf Münster an Reichskanzler Graf v. Caprivi . . . . .	342	36
			49. Kapitel		
			<b>Der Draht nach Rußland 1890—1892</b>		
		<b>1890</b>	<b>A. Äußere Politik</b>		
1609	Berlin	18. Juli	Aufzeichnung des Vortragenden Rats im Auswärtigen Amt Raschdau . . . . .	347	36
1610	Petersburg	30. „	Botschafter v. Schweinitz an Reichskanzler v. Caprivi . . . . .	348	36
1611	„	25. Aug.	Botschafter v. Schweinitz an Reichskanzler v. Caprivi . . . . .	351	37
1612	Berlin	8. Sept.	Aufzeichnung des Reichskanzlers v. Caprivi	352	37
1613	Petersburg	7. „	Geschäftsträger Graf v. Pourtalès an Reichskanzler v. Caprivi . . . . .	353	37
1614	„	24. „	Geschäftsträger Graf v. Pourtalès an Reichskanzler v. Caprivi . . . . .	355	37
1615	„	9. Nov.	Botschafter v. Schweinitz an Reichskanzler v. Caprivi . . . . .	356	37
		<b>1891</b>			
1616	Berlin	30. Jan.	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Prinz Heinrich VII. Reuß . . .	362	37
1617	Kiew	23. März	Konsul Raffauf an Reichskanzler v. Caprivi	362	37
1618	Petersburg	18. Juni	Botschafter v. Schweinitz an Reichskanzler v. Caprivi . . . . .	364	37
1619	„	25. Nov.	Geschäftsträger A. v. Bülow an Reichskanzler v. Caprivi, nebst Anlage . . . .	365	37
		<b>1892</b>			
1620	Wien	9. Febr.	Botschafter Prinz Heinrich VII. Reuß an Reichskanzler Graf v. Caprivi . . . . .	368	37
1621	Dresden	11. „	Gesandter Graf C. v. Dönhoff an Preussischen Minister Graf v. Caprivi . . . . .	370	37
1622	Berlin	12. „	Aufzeichnung des Staatssekretärs Frhr. v. Marschall . . . . .	372	37
1623	Petersburg	12. „	Botschafter v. Schweinitz an Reichskanzler Graf v. Caprivi . . . . .	374	38
1624	„	20. „	Botschafter v. Schweinitz an Reichskanzler Graf v. Caprivi . . . . .	382	38
1625	Wien	8. März	Botschafter Prinz Heinrich VII. Reuß an Reichskanzler Graf v. Caprivi . . . . .	384	38

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
				Bd. 7	
			<b>B. Handelspolitische Beziehungen</b>		
		<b>1890</b>			
1626	Berlin	3. Dez.	Aufzeichnung des Staatssekretärs Frhr. v. Marschall . . . . .	389	38
		<b>1891</b>			
1627	Petersburg	20. Febr.	Botschafter v. Schweinitz an Reichskanzler v. Caprivi . . . . .	392	38
1628	Berlin	4. April	Aufzeichnung des Reichskanzlers v. Caprivi	394	38
1629	„	14. „	„ „ Staatssekretärs Frhr. v. Marschall . . . . .	394	38
1630	„	21. „	Aufzeichnung des Staatssekretärs Frhr. v. Marschall . . . . .	396	38
1631	„	5. Mai	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter v. Schweinitz . . . . .	398	38
1632	„	23. „	Aufzeichnung des Staatssekretärs Frhr. v. Marschall . . . . .	400	38
1633	„	25. Nov.	Aufzeichnung des Staatssekretärs Frhr. v. Marschall . . . . .	401	38
1634	„	30. „	Aufzeichnung des Vortragenden Rats im Auswärtigen Amt v. Holstein . . . . .	402	39
			50. Kapitel		
			<b>Der Draht nach Rußland 1892—1894</b>		
			<b>A. Äußere Politik</b>		
		<b>1892</b>			
1635	Kopenhagen	8. Juni	Gesandter Frhr. v. den Brincken an Reichskanzler Graf v. Caprivi . . . . .	407	39
1636	Berlin	9. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter v. Schweinitz . . . . .	408	39
1637	Wien	10. „	Botschafter Prinz Heinrich VII. Reuß an Reichskanzler Graf v. Caprivi . . . . .	409	39
1638	„	15. Nov.	Botschafter Prinz Heinrich VII. Reuß an Reichskanzler Graf v. Caprivi . . . . .	410	39
1639	Neues Palais (Potsdam)	18. „	Kaiser Wilhelm II. an Reichskanzler Graf v. Caprivi . . . . .	412	39
1640	Berlin	18. „	Reichskanzler Graf v. Caprivi an Kaiser Wilhelm II. . . . .	413	39
1641	Göhrde	18. „	Kaiser Wilhelm II. an Reichskanzler Graf v. Caprivi . . . . .	413	39
1642	Gatschina	18. „	Kaiser Alexander III. an Kaiser Wilhelm II.	414	39
		<b>1893</b>			
1643	Wien	6. Jan.	Botschafter Prinz Heinrich VII. Reuß an Reichskanzler Graf v. Caprivi . . . . .	415	40
1644	Petersburg	13. „	Botschafter v. Werder an Reichskanzler Graf v. Caprivi . . . . .	416	40

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des	
				Aktenwerks	Wegweisers
		<b>1893</b>		Bd. 7	
1645	Petersburg	31. Jan.	Botschafter v. Werder an Reichskanzler Graf v. Caprivi . . . . .	418	40
1646	Berlin	27. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter v. Werder . . . . .	419	40
1647	Petersburg	31. „	Botschafter v. Werder an Reichskanzler Graf v. Caprivi . . . . .	420	40
1648	Wien	5. Febr.	Kaiser Franz Joseph an Kaiser Wilhelm II.	421	41
1649	Petersburg	6. „	Botschafter v. Werder an Reichskanzler Graf v. Caprivi . . . . .	422	41
1650	„	11. „	Desgl. . . . .	423	41
1651	Berlin	17. „	Reichskanzler Graf v. Caprivi an Botschafter v. Werder . . . . .	425	41
1652	Wien	10. März	Botschafter Prinz Heinrich VII. Reuß an Reichskanzler Graf v. Caprivi . . . . .	428	41
1653	Petersburg	24. „	Botschafter v. Werder an Reichskanzler Graf v. Caprivi . . . . .	429	41
1654	Berlin	29. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter v. Werder . . . . .	430	41
1655	Petersburg	30. April	Botschafter v. Werder an Reichskanzler Graf v. Caprivi . . . . .	432	41
1656	Wien	1. Mai	Botschafter Prinz Heinrich VII. Reuß an Reichskanzler Graf v. Caprivi . . . . .	434	42
1657	„	9. Juni	Geschäftsträger Prinz Max von Ratibor an Reichskanzler Graf v. Caprivi . . . . .	436	42
1658	„	27. Sept.	Botschafter Prinz Heinrich VII. Reuß an Reichskanzler Graf v. Caprivi . . . . .	437	42
		<b>1894</b>			
1659	Neues Palais (Potsdam)	30. Okt.	Kaiser Wilhelm II. an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	439	42
1660	Kassel	23. „	Botschafter v. Schweinitz an Reichskanzler Graf v. Caprivi . . . . .	439	42
		<b>1893</b>	<b>B. Handelspolitische Beziehungen</b>		
1661	Petersburg	22. Juli	Botschafter v. Werder an Auswärtiges Amt	443	42
1662	Berlin	22. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter v. Werder . . . . .	444	43
1663	Petersburg	28. „	Botschafter v. Werder an Reichskanzler Graf v. Caprivi . . . . .	444	43
1664	Karlsbad	24. Sept.	Reichskanzler Graf v. Caprivi an Staatssekretär Frhr. v. Marschall . . . . .	446	43
1665	Petersburg	28. Okt.	Geschäftsträger Graf Rex an Reichskanzler Graf v. Caprivi . . . . .	447	43
		<b>1894</b>			
1666	Berlin	18. Febr.	Kronratsprotokoll vom 18. Februar 1894 .	447	43
1667	( „ )	(16. März)	Kaiser Wilhelm II. an Kaiser Alexander III.	453	43, 235
1668	Petersburg	17. „	Kaiser Alexander III. an Kaiser Wilhelm II.	453	43, 236

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des	
				Aktenwerks	Wegweisers
		<b>1894</b>		Bd. 7	
1669	Wien	4. April	Botschafter Prinz Heinrich VII. Reuß an Reichskanzler Graf v. Caprivi . . . . .	453	43
1670	Petersburg	6. „	Geschäftsträger Graf Rex an Reichskanzler Graf v. Caprivi . . . . .	454	43
1671	Kiew	9. Mai	Konsul Schäffer an Reichskanzler Graf v. Caprivi . . . . .	455	43

## 8. Band

## Die Anfänge des neuen Kurses

## II.

## Die Stellung Englands zwischen den Mächten

			51. Kapitel	Bd. 8	
		<b>1889</b>	<b>Erster Annäherungsversuch Deutschlands. Der Helgoland-Sansibarvertrag. Frankreichs Gegenwirkung. 1890.</b>		
1672	London	7. Dez.	Botschafter Graf Hatzfeldt an Fürst Bismarck . . . . .	3	47
1673	Berlin	18. „	Staatssekretär Graf Herbert Bismarck an Botschafter Graf Hatzfeldt . . . . .	4	47
1674	London	22. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Fürst Bismarck . . . . .	6	48
		<b>1890</b>			
1675	„	30. April	Botschafter Graf Hatzfeldt an Reichskanzler v. Caprivi . . . . .	8	48
1676	„	14. Mai	Botschafter Graf Hatzfeldt an Staatssekretär Frhr. v. Marschall . . . . .	11	48
1677	Berlin	17. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf Hatzfeldt . . . . .	14	48
1678	London	22. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt . . . . .	15	48
1679	Berlin	23. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf Hatzfeldt . . . . .	16	48
1680	„	25. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf Hatzfeldt . . . . .	16	48
1681	„	29. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf Hatzfeldt . . . . .	17	48
1682	London	30. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt . . . . .	19	48
1683	Berlin	31. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf Hatzfeldt . . . . .	20	48

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des	
				Aktenwerks	Wegweisers
		<b>1890</b>		Bd. 8	
1684	Berlin	4. Juni	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Kaiser Wilhelm II. . . . .	21	48
1685	„	4. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf Hatzfeldt . . . . .	21	48
1686	London	5. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt . . . . .	22	48
1687	Berlin	6. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf Hatzfeldt . . . . .	23	48
1688	London	11. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Reichskanzler v. Caprivi . . . . .	24	48
1689	„	14. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt . . . . .	25	49
1690	Paris	19. „	Botschafter Graf Münster an Reichskanzler v. Caprivi . . . . .	26	49
1691	„	12. Juli	Botschafter Graf Münster an Reichskanzler v. Caprivi . . . . .	27	49
1692	Berlin	18. „	Französischer Botschafter Herbette an Reichskanzler v. Caprivi . . . . .	28	49, 236
1693	„	18. „	Aufzeichnung des stellvertretenden Staatssekretärs v. Holstein . . . . .	29	49
1694	Berlin	18. „	Aufzeichnung des Dirigenten der Kolonialabteilung des Auswärtigen Amtes Kayser . . . . .	30	49
1695	„	18. „	Der stellvertretende Staatssekretär v. Holstein an Botschafter Graf Hatzfeldt . . . . .	30	49
1696	„	20. „	Der stellvertretende Staatssekretär v. Holstein an Botschafter Graf Münster . . . . .	31	49
1697	„	23. „	Reichskanzler v. Caprivi an Botschafter Graf Münster . . . . .	31	49
1698	London	22. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Reichskanzler v. Caprivi . . . . .	33	49
1699	„	24. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an das Auswärtige Amt . . . . .	34	49
1700	„	24. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an das Auswärtige Amt . . . . .	34	49
1701	Berlin	25. „	Reichskanzler v. Caprivi an Botschafter Graf Hatzfeldt . . . . .	35	49
1702	Paris	25. „	Botschafter Graf Münster an das Auswärtige Amt . . . . .	36	49
1703	„	25. „	Botschafter Graf Münster an Reichskanzler v. Caprivi . . . . .	36	49
1704	Berlin	17. Nov.	Französischer Botschafter Herbette an Staatssekretär Frhr. v. Marschall . . . . .	38	50, 237
1705	„	17. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an französischen Botschafter Herbette . . . . .	39	50

Lau- fende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des	
				Akten- werks	Weg- weisers
				Bd. 8	
			<b>52. Kapitel</b>		
			<b>Auf dem Wege zur Quadrupelallianz : Der Dreibund und die Entente à trois</b>		
			<b>A. Unter dem Kabinett Salisbury</b>		
		<b>1891</b>			
		<b>1890—1892</b>			
1706	London	12. April	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt . . . . .	43	50
1707	Rom	12. „	Botschafter Graf zu Solms-Sonnenwalde an Reichskanzler v. Caprivi . . . . .	43	50
1708	Berlin	18. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf Hatzfeldt . . . . .	44	50
1709	Wien	21. „	Botschafter Prinz Heinrich VII. Reuß an Reichskanzler v. Caprivi . . . . .	45	51
1710	London	18. Mai	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt . . . . .	46	51
1711	Berlin	20. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf Hatzfeldt . . . . .	47	51
1712	London	23. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Reichskanzler v. Caprivi . . . . .	48	51
1713	„	23. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt . . . . .	48	51
1714	Rom	25. „	Botschafter Graf zu Solms-Sonnenwalde an Reichskanzler v. Caprivi . . . . .	49	51
			Anlage . . . . .	51	51, 237
1715	Rom	27. „	Botschafter Graf zu Solms-Sonnenwalde an Reichskanzler v. Caprivi . . . . .	53	51
			Anlage. Projet de Note (Lord Salisbury au Comte Tornielli) . . . . .	54	51, 238
1716	Berlin	30. „	Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf Hatzfeldt . . . . .	55	51
1717	London	1. Juni	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt . . . . .	55	51
1718	„	3. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Reichskanzler v. Caprivi . . . . .	56	51
1719	„	5. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Reichskanzler v. Caprivi . . . . .	57	51
1720	„	6. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt . . . . .	57	51
1721	Paris	7. „	Botschafter Graf Münster an Auswärtiges Amt . . . . .	58	52
1722	London	8. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Reichskanzler v. Caprivi . . . . .	59	52
1723	Wien	10. „	Botschafter Prinz Heinrich VII. Reuß an Reichskanzler v. Caprivi . . . . .	61	52

Lau- fende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des	
				Akten- werks	Weg- weisers
		<b>1891</b>		Bd. 8	
1724	Windsor Castle	6. Juli	Aufzeichnung des Staatssekretärs Frhr. v. Marschall . . . . .	62	53
1725	London	11. „	Graf Metternich an Reichskanzler v. Caprivi . . . . .	64	53
1726	Petersburg	19. „	Geschäftsträger A. v. Bülow an Reichskanzler v. Caprivi . . . . .	64	53
1727	London	21. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Reichskanzler v. Caprivi . . . . .	66	52
1728	Wien	24. Aug.	Botschafter Prinz Heinrich VII. Reuß an Reichskanzler v. Caprivi . . . . .	69	53
1729	London	26. „	Geschäftsträger Graf Metternich an Reichskanzler v. Caprivi . . . . .	71	53
1730	Berlin	30. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Geschäftsträger v. Mutzenbecher . . . . .	72	52
			<b>B. Unter den Kabinetten Gladstone und Rosebery 1892—1895</b>		
		<b>1892</b>			
1731	Berlin	18. Juli	Unterstaatssekretär Frhr. v. Rotenhan an Botschafter Graf Hatzfeldt . . . . .	75	54
1732	London	19. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt . . . . .	75	54
1733	Berlin	20. „	Aufzeichnung des Vortragenden Rats im Auswärtigen Amt Raschdau . . . . .	76	54
1734	Cowes	4. Aug.	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt . . . . .	80	54
1735	Rom	18. „	Botschafter Graf zu Solms-Sonnenwalde an Reichskanzler Graf v. Caprivi . . . . .	80	54
1736	London	20. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt . . . . .	82	54
1737	„	6. Sept.	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt . . . . .	82	54
1738	„	7. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Reichskanzler Graf v. Caprivi . . . . .	84	54
			Nachschrift . . . . .	84	54
1739	„	7. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Reichskanzler Graf v. Caprivi . . . . .	85	54
1740	„	11. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Reichskanzler Graf v. Caprivi . . . . .	87	54
			Anlage . . . . .	89	54, 239
1741	Rom	14. „	Botschafter Graf zu Solms-Sonnenwalde an Auswärtiges Amt . . . . .	90	54
1742	„	26. „	Botschafter Graf zu Solms-Sonnenwalde an Reichskanzler Graf v. Caprivi . . . . .	90	55
1743	Paris	12. Okt.	Botschafter Graf Münster an Reichskanzler Graf v. Caprivi . . . . .	91	55

Lauf- fense Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des	
				Akten- werks	Weg- weisers
				Bd. 8	
1744	London	24. Nov.	Botschafter Graf Hatzfeldt an Reichskanzler Graf v. Caprivi . . . . .	93	55
		<b>1893</b>			
1745	London	26. Mai	Botschafter Graf Hatzfeldt an Reichskanzler Graf v. Caprivi . . . . .	96	55
1746	„	27. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Reichskanzler Graf v. Caprivi . . . . .	100	55
1747	„	31. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Reichskanzler Graf v. Caprivi . . . . .	101	55
1748	Berlin	3. Juni	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Bot- schafter Graf Hatzfeldt . . . . .	102	55
1749	London	26. Juli	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt . . . . .	103	55
1750	Berlin	27. „	Aufzeichnung des Vortragenden Rats v. Holstein . . . . .	105	55
1751	„	28. „	Aufzeichnung des Staatssekretärs Frhr. v. Marschall . . . . .	106	55
1752	Cowes	31. „	Rat im Kaiserlichen Gefolge v. Kiderlen an Auswärtiges Amt . . . . .	107	56
1753	„	31. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt . . . . .	108	56
1754	London	31. „	Geschäftsträger Graf Metternich an Aus- wärtiges Amt . . . . .	110	56
1755	Rom	1. Aug.	Botschafter Graf zu Solms-Sonnenwalde an Reichskanzler Graf v. Caprivi . . . . .	112	56
1756	Berlin	2. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Bot- schafter Graf Hatzfeldt . . . . .	113	56
1757	„	4. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Bot- schafter Graf Hatzfeldt . . . . .	115	56
1758	Wien	18. „	Botschafter Prinz Heinrich VII. Reuß an Reichskanzler Graf v. Caprivi . . . . .	116	57
1759	London	13. Sept.	Botschafter Graf Hatzfeldt an Reichskanzler Graf v. Caprivi . . . . .	117	57
1760	„	19. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Reichskanzler Graf v. Caprivi . . . . .	119	57
1761	„	27. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Reichskanzler Graf v. Caprivi . . . . .	122	57
1762	Berlin	24. Okt.	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Bot- schafter Graf Hatzfeldt . . . . .	124	57
1763	London	29. Dez.	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt . . . . .	127	57
		<b>1894</b>			
1764	Berlin	1. April	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Bot- schafter B. v. Bülow . . . . .	128	57
1765	Rom	17. Juni	Botschafter B. v. Bülow an Auswärtiges Amt	129	58

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Akten- Weg- weisers	
		<b>1894</b>		Bd. 8	
1766	Rom	18. Juni	Botschafter B. v. Bülow an Auswärtiges Amt . . . . .	130	58
1767	„	20. „	Botschafter B. v. Bülow an Reichskanzler Graf v. Caprivi . . . . .	130	58, 239
1768	„	25. Aug.	Geschäftsträger v. Müller an Reichskanzler Graf v. Caprivi . . . . .	133	58
1769	Berlin	24. Nov.	Reichskanzler Fürst Hohenlohe an Botschafter B. v. Bülow . . . . .	134	58
1770	Rom	25. „	Botschafter B. v. Bülow an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	136	58
1771	„	30. „	Botschafter B. v. Bülow an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	138	58
		<b>1895</b>			
1772	„	9. Mai	Botschafter B. v. Bülow an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	140	58
1773	„	21. Juni	Botschafter B. v. Bülow an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	141	58
1774	London	31. Aug.	Botschafter Graf Hatzfeldt an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	141	59
<b>53. Kapitel</b>					
<b>Die Bedeutung der Mittelmeerfragen für die Gruppierung der Mächte</b>					
<b>A. Die Ägyptische Frage</b>					
		<b>1890</b>			
1775	Pera	2. April	Geschäftsträger v. Winckler an Auswärtiges Amt . . . . .	145	59
1776	„	9. „	Botschafter v. Radowitz an Reichskanzler v. Caprivi . . . . .	146	59
1777	Berlin	5. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf Hatzfeldt . . . . .	148	59
1778	London	14. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Reichskanzler v. Caprivi . . . . .	149	59
1779	„	29. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Reichskanzler v. Caprivi . . . . .	151	59
1780	Paris	29. „	Botschafter Graf Münster an Reichskanzler v. Caprivi . . . . .	152	59
1781	London	29. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Reichskanzler v. Caprivi . . . . .	153	59
1782	Pera	2. Mai	Botschafter v. Radowitz an Auswärtiges Amt . . . . .	154	59
1783	„	31. „	Botschafter v. Radowitz an Reichskanzler v. Caprivi . . . . .	154	59
1784	Berlin	2. Juni	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf Hatzfeldt . . . . .	156	59

Laufende N.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des	
				Akten- werks	Weg- weisers
		<b>1890</b>		Bd. 8	
1785	Therapia	16. Juni	Botschafter v. Radowitz an Reichskanzler v. Caprivi . . . . .	156	59
1786	London	29. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Reichskanzler v. Caprivi . . . . .	157	59
1787	Therapia	19. Aug.	Botschafter v. Radowitz an Reichskanzler v. Caprivi . . . . .	158	59
		<b>1891</b>			
1788	Paris	26. Febr.	Botschafter Graf Münster an Reichskanzler v. Caprivi . . . . .	159	59
1789	Pera	1. April	Botschafter v. Radowitz an Reichskanzler v. Caprivi . . . . .	161	59
1790	Berlin	6. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Bot- schafter Graf Hatzfeldt . . . . .	162	59
1791	„	17. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Bot- schafter v. Radowitz . . . . .	163	59
1792	Pera	5. Mai	Botschafter v. Radowitz an Reichskanzler v. Caprivi . . . . .	164	59
1793	London	6. Juni	Botschafter Graf Hatzfeldt an Reichskanzler v. Caprivi . . . . .	166	59
1794	Berlin	13. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Bot- schafter Graf Hatzfeldt . . . . .	171	59
1795	„	19. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Bot- schafter v. Radowitz . . . . .	172	59
1796	„	21. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Bot- schafter v. Radowitz . . . . .	172	59
1797	Pera	26. „	Botschafter v. Radowitz an Auswärtiges Amt . . . . .	173	59
1798	Berlin	29. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Bot- schafter Graf Hatzfeldt . . . . .	174	59
1799	London	30. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt . . . . .	174	60
1800	„	2. Juli	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt . . . . .	175	60
1801	Therapia	28. „	Botschafter v. Radowitz an Reichskanzler v. Caprivi . . . . .	175	60
1802	London	3. Aug.	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt . . . . .	176	60
1803	Berlin	15. Sept.	Unterstaatssekretär Frhr. v. Rotenhan an Botschafter Graf Hatzfeldt . . . . .	176	60
1804	London	19. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt . . . . .	177	60
1805	Berlin	20. „	Unterstaatssekretär Frhr. v. Rotenhan an Botschafter Graf Hatzfeldt . . . . .	179	60
1806	London	24. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Unterstaats- sekretär Frhr. v. Rotenhan . . . . .	179	60

Lau- fende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des	
				Akten- werks	Weg- weisers
		<b>1891</b>		Bd. 8	
1807	London	20. Okt.	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt . . . . .	180	60
1808	Berlin	25. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf Hatzfeldt . . . . .	181	60
		<b>1892</b>			
1809	„	4. Febr.	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter v. Radowitz . . . . .	181	60
1810	Pera	24. April	Botschafter v. Radowitz an Reichskanzler v. Caprivi . . . . .	182	60
1811	Therapia	22. Juni	Botschafter v. Radowitz an Reichskanzler v. Caprivi . . . . .	182	60
1812	Berlin	11. Okt.	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Prinz Heinrich VII. Reuß . . .	183	60
1813	London	17. Nov.	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt . . . . .	184	60
1814	Berlin	26. Dez.	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf Hatzfeldt . . . . .	184	60
1815	London	28. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Reichskanzler v. Caprivi . . . . .	184	60
		<b>1893</b>			
1816	Berlin	7. Jan.	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf Hatzfeldt . . . . .	185	60
1817	Kairo	5. „	Generalkonsul Graf Leyden an Reichskanzler Graf v. Caprivi . . . . .	186	60
1818	London	14. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt . . . . .	187	60
1819	„	22. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Reichskanzler Graf v. Caprivi . . . . .	187	60
1820	Berlin	24. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf Hatzfeldt . . . . .	188	60
1821	„	28. „	Aufzeichnung des Staatssekretärs Frhr. v. Marschall . . . . .	188	60
1822	Pera	29. „	Botschafter Fürst Radolin an Reichskanzler Graf v. Caprivi . . . . .	189	61
1823	London	30. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt . . . . .	190	61
1824	Berlin	31. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf Hatzfeldt . . . . .	191	61
1825	London	1. Febr.	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt . . . . .	192	61
1826	Berlin	31. Jan.	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Fürst Radolin . . . . .	193	61
1827	London	2. Febr.	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt . . . . .	193	61

Lau- fende Nr	Ort	Datum	Inhalt	Seite des	
				Akten- werks	Weg- weisers
		<b>1893</b>		Bd. 8	
1828	London	4. Febr.	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt . . . . .	194	61
1829	„	5. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Reichskanzler Graf v. Caprivi . . . . .	195	61
1830	„	8. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Reichskanzler Graf v. Caprivi . . . . .	199	61
1831	Berlin	9. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Fürst Radolin . . . . .	199	61
1832	London	5. April	Botschafter Graf Hatzfeldt an Reichskanzler Graf v. Caprivi . . . . .	200	61
1833	„	18. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt . . . . .	202	61
1834	Berlin	18. „	Unterstaatssekretär Frhr. v. Rotenhan an Botschafter Graf Hatzfeldt . . . . .	203	61
1835	London	27. Mai	Botschafter Graf Hatzfeldt an Reichskanzler Graf v. Caprivi . . . . .	203	61
1836	„	15. Juni	Botschafter Graf Hatzfeldt an Reichskanzler Graf v. Caprivi . . . . .	205	61
1837	Berlin	9. Juli	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf Hatzfeldt . . . . .	205	62
1838	Therapia	11. „	Botschafter Fürst Radolin an Auswärtiges Amt . . . . .	207	62
1839	London	13. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt . . . . .	207	62
1840	Berlin	14. „	Vortragender Rat v. Holstein an Botschafter Graf Hatzfeldt . . . . .	208	62
1841	London	13. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Reichskanzler Graf v. Caprivi . . . . .	210	62
1842	„	15. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt . . . . .	212	62
1843	Berlin	21. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Fürst Radolin . . . . .	213	62
1844	„	23. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf Hatzfeldt . . . . .	213	62
1845	London	24. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Reichskanzler Graf v. Caprivi . . . . .	214	62
1846	„	1. Nov.	Botschafter Graf Hatzfeldt an Reichskanzler Graf v. Caprivi . . . . .	214	62
		<b>1894</b>			
1847	„	17. April	Botschafter Graf Hatzfeldt an Reichskanzler Graf v. Caprivi . . . . .	215	62
1848	Berlin	2. Mai	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf Hatzfeldt . . . . .	217	62
1849	London	9. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Reichskanzler Graf v. Caprivi . . . . .	219	62

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des	
				Aktenwerks	Wegweisers
		<b>1894</b>		Bd. 8	
1850	Berlin	29. Juni	Unterstaatssekretär Frhr. v. Rotenhan an Generalkonsul Frhr. v. Heyking . . . .	221	62
1851	„	5. Juli	Unterstaatssekretär Frhr. v. Rotenhan an Generalkonsul Frhr. v. Heyking . . . .	222	62
1852	London	4. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Reichskanzler Graf v. Caprivi . . . . .	223	62
1853	Berlin	9. „	Unterstaatssekretär Frhr. v. Rotenhan an Generalkonsul Frhr. v. Heyking . . . .	226	62
1854	„	9. „	Unterstaatssekretär Frhr. v. Rotenhan an Botschafter Graf Hatzfeldt . . . . .	227	62
1855	„	17. „	Unterstaatssekretär Frhr. v. Rotenhan an Generalkonsul Frhr. v. Heyking . . . .	228	63
1856	London	23. Aug.	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt . . . . .	228	63
1857	„	24. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Reichskanzler Graf v. Caprivi . . . . .	229	63
1858	„	8. Okt.	Geschäftsträger Graf Metternich an Reichskanzler Graf v. Caprivi . . . . .	230	63
		<b>1895</b>			
1859	Kairo	25. Febr.	Generalkonsul Frhr. v. Heyking an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	231	63
1860	Berlin	4. März	Reichskanzler Fürst Hohenlohe an Generalkonsul Frhr. v. Heyking . . . . .	233	63
1861	Kairo	5. „	Generalkonsul Frhr. v. Heyking an Auswärtiges Amt . . . . .	234	63
		<b>1890</b>	<b>B. Die Tunis- und die Tripolisfrage</b>		
1862	Berlin	15. Mai	Aufzeichnung des Reichskanzlers v. Caprivi	237	63
1863	„	24. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf Hatzfeldt . . . . .	238	63
1864	London	2. Juni	Botschafter Graf Hatzfeldt an Reichskanzler v. Caprivi . . . . .	240	64
1865	Berlin	26. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf Hatzfeldt . . . . .	241	64
1866	Paris	27. „	Botschafter Graf Münster an Auswärtiges Amt . . . . .	242	64
1867	London	27. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt . . . . .	242	64
1868	„	4. Juli	Botschafter Graf Hatzfeldt an Reichskanzler v. Caprivi . . . . .	243	64
1869	„	16. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt . . . . .	243	64
1870	„	16. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt . . . . .	244	64

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des	
				Aktenwerks	Wegweisers
		<b>1890</b>		Bd. 8	
1871	Berlin	17. Juli	Reichskanzler v. Caprivi an Botschafter Graf Hatzfeldt . . . . .	244	64
1872	„	17. „	Aufzeichnung des Reichskanzlers v. Caprivi	245	64
1873	„	19. „	Reichskanzler v. Caprivi an Kaiser Wilhelm II. . . . .	248	64
1874	London	18. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt . . . . .	250	64
1875	Berlin	19. „	Reichskanzler v. Caprivi an Botschafter Graf Hatzfeldt . . . . .	251	64
1876	„	19. „	Reichskanzler v. Caprivi an Botschafter Graf zu Solms-Sonnenwalde . . . . .	251	64
1877	London	19. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Reichskanzler v. Caprivi . . . . .	252	64
1878	Berlin	21. „	Reichskanzler v. Caprivi an den Geschäftsträger Grafen Monts . . . . .	254	64
1879	„	23. „	Reichskanzler v. Caprivi an Botschafter Graf zu Solms-Sonnenwalde . . . . .	255	65
1880	„	23. „	Reichskanzler v. Caprivi an Botschafter Graf Münster . . . . .	256	65
1881	Rom	23. „	Botschafter Graf zu Solms-Sonnenwalde an Auswärtiges Amt . . . . .	256	65
1882	London	22. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Reichskanzler v. Caprivi . . . . .	257	65
1883	Paris	25. „	Botschafter Graf Münster an Auswärtiges Amt . . . . .	259	65
1884	Berlin	29. „	Stellvertr. Staatssekretär v. Holstein an Botschafter Graf zu Solms-Sonnenwalde	259	65
1885	Rom	30. „	Botschafter Graf zu Solms-Sonnenwalde an Auswärtiges Amt . . . . .	260	65
1886	Berlin	2. Aug.	Reichskanzler v. Caprivi an Botschafter Graf zu Solms-Sonnenwalde . . . . .	261	65
1887	London	1. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt . . . . .	262	65
1888	Berlin	2. „	Stellvertretender Staatssekretär v. Holstein an Botschafter Graf Hatzfeldt . . . . .	263	65
1889	„	2. „	Desgl. . . . .	264	65
1890	„	3. „	„ . . . . .	264	66
1891	London	3. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt . . . . .	265	66
1892	Berlin	5. „	Reichskanzler v. Caprivi an Botschafter Graf Hatzfeldt . . . . .	266	66
1893	London	9. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt . . . . .	269	66
1894	Berlin	10. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf Hatzfeldt . . . . .	270	66

Lau- fende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des	
				Akten- werks	Weg- weisers
		<b>1890</b>		Bd. 8	
1895	Rom	11. Aug.	Botschafter Graf zu Solms-Sonnenwalde an Reichskanzler v. Caprivi . . . . .	271	66
1896	„	26. „	Botschafter Graf zu Solms-Sonnenwalde an Reichskanzler v. Caprivi . . . . .	272	66
1897	Berlin	5. Nov.	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf Hatzfeldt . . . . .	273	66
1898	„	27. Dez.	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf Hatzfeldt . . . . .	273	66
1899	Pera	29. „	Botschafter von Radowitz an Auswärtiges Amt . . . . .	275	66
		<b>1891</b>			
1900	London	6. Jan.	Botschafter Graf Hatzfeldt an Reichskanzler v. Caprivi . . . . .	275	66
1901	Pera	13. März	Botschafter von Radowitz an Auswärtiges Amt . . . . .	279	66
1902	Berlin	14. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter v. Radowitz . . . . .	280	66
1903	Rom	12. April	Botschafter Graf zu Solms-Sonnenwalde an Reichskanzler v. Caprivi . . . . .	280	66
		<b>1893</b>			
1904	Therapia	2. Juni	Botschafter Fürst Radolin an Reichskanzler Graf v. Caprivi . . . . .	281	66
1905	Berlin	10. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Fürst Radolin . . . . .	283	66
1906	Rom	9. „	Botschafter Graf zu Solms-Sonnenwalde an Reichskanzler Graf v. Caprivi . . . . .	284	66
1907	Therapia	8. Juli	Botschafter Fürst Radolin an Auswärtiges Amt . . . . .	285	66
1908	„	19. Sept.	Geschäftsträger v. Tschirschky an Reichskanzler Graf v. Caprivi . . . . .	286	67
		<b>1894</b>			
1909	Berlin	8. Juni	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter B. v. Bülow . . . . .	287	67
1910	„	11. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf Hatzfeldt . . . . .	287	67
1911	Rom	13. „	Botschafter B. v. Bülow an Auswärtiges Amt . . . . .	288	67
1912	„	17. „	Botschafter B. v. Bülow an Auswärtiges Amt . . . . .	289	67
1913	„	22. „	Botschafter B. v. Bülow an Reichskanzler Graf v. Caprivi . . . . .	289	67
		<b>1890</b>	<b>C. Die Marokkofrage</b>		
1914	Berlin	25. Dez.	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf Hatzfeldt . . . . .	293	68

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des	
				Akten- werks	Weg- weisers
		<b>1891</b>		Bd. 8	
1915	London	6. Jan.	Botschafter Graf Hatzfeldt an Reichskanzler v. Caprivi . . . . .	293	68
1916	Berlin	31. März	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf Hatzfeldt . . . . .	294	68
1917	Tanger	28. Mai	Ministerresident Graf v. Tattenbach an Reichskanzler v. Caprivi . . . . .	296	68
1918	London	10. Juni	Sekretär bei der Botschaft Graf Metternich an Reichskanzler v. Caprivi . . . . .	296	68
1919	Berlin	13. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf Hatzfeldt . . . . .	297	68
1920	Madrid	28. „	Botschafter Frhr. v. Stumm an Reichskanzler v. Caprivi . . . . .	298	68
1921	Berlin	21. Juli	Stellvertr. Staatssekretär Frhr. v. Rotenhan an Botschafter Frhr. v. Stumm . . . . .	299	68
1922	„	20. „	Aufzeichnung des Reichskanzlers v. Caprivi . . . . .	299	68
1923	„	8. Sept.	Aufzeichnung des Staatssekretärs Frhr. v. Marschall . . . . .	300	68
1924	„	21. Okt.	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf Hatzfeldt . . . . .	301	68
	„	20. „	Anlage I. Italienisches Promemoria . . . . .	301	68, 240
	„	20. „	Anlage II. Aufzeichnung des Vortragenden Rats v. Holstein . . . . .	302	68
1925	London	23. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt . . . . .	303	68
1926	Berlin	24. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf zu Solms-Sonnenwalde . . . . .	304	68
1927	London	27. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt . . . . .	305	68
1928	Berlin	28. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf Hatzfeldt . . . . .	306	68
1929	London	30. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt . . . . .	306	68
1930	Berlin	2. Nov.	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf Hatzfeldt . . . . .	307	68
1931	„	2. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Frhr. v. Stumm . . . . .	308	68
1932	„	3. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf Hatzfeldt . . . . .	309	68
1933	„	4. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf zu Solms-Sonnenwalde . . . . .	309	68
1934	„	5. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Frhr. v. Stumm . . . . .	311	68
1935	„	8. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf Hatzfeldt . . . . .	311	68

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des	
				Aktenwerks	Wegweisers
		<b>1891</b>		Bd. 8	
1936	Madrid	10. Nov.	Botschafter Frhr. v. Stumm an Auswärtiges Amt . . . . .	312	68
1937	London	11. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt . . . . .	313	68
1938	Rom	11. „	Botschafter Graf zu Solms-Sonnenwalde an Auswärtiges Amt . . . . .	314	68
1939	„	12. „	Botschafter Graf zu Solms-Sonnenwalde an Auswärtiges Amt . . . . .	314	68
1940	London	13. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt . . . . .	314	68
1941	Rom	19. „	Botschafter Graf zu Solms-Sonnenwalde an Auswärtiges Amt . . . . .	315	68
1942	Berlin	19. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf Hatzfeldt . . . . .	316	68
1943	Tanger	25. Dez.	Ministerresident Graf v. Tattenbach an Auswärtiges Amt . . . . .	316	68
		<b>1892</b>			
1944	„	19. April	Ministerresident Graf v. Tattenbach an Reichskanzler Graf v. Caprivi . . . . .	317	68
1945	Berlin	4. Mai	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an den Ministerresidenten Graf v. Tattenbach .	318	68
1946	London	25. Juni	Geschäftsträger Graf Metternich an Reichskanzler Graf v. Caprivi . . . . .	319	68
1947	Rom	10. Juli	Botschafter Graf zu Solms-Sonnenwalde an Reichskanzler Graf v. Caprivi . . . . .	320	68
1948	Tanger	27. „	Ministerresident Graf v. Tattenbach an Auswärtiges Amt . . . . .	320	68
1949	Berlin	10. Aug.	Stellvertr. Staatssekretär Frhr. v. Rotenhan an Ministerresident Graf v. Tattenbach	322	68
1950	„	11. „	Stellvertretender Staatssekretär Frhr. v. Rotenhan an Botschafter Graf Hatzfeldt	323	68
1951	„	14. Sept.	Stellvertr. Staatssekretär Frhr. v. Rotenhan an Ministerresident Graf v. Tattenbach	323	68
1952	London	18. Nov.	Botschafter Graf Hatzfeldt an Reichskanzler Graf v. Caprivi . . . . .	324	68
		<b>1893</b>			
1953	Berlin	21. Juni	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf Hatzfeldt . . . . .	324	68
1954	London	7. Dez.	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt . . . . .	325	68
		<b>1894</b>			
1955	Rom	27. Jan.	Botschafter B. v. Bülow an Reichskanzler Graf v. Caprivi . . . . .	325	68
1956	„	28. Febr.	Botschafter B. v. Bülow an Reichskanzler Graf v. Caprivi . . . . .	326	68

Lau- fende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des	
				Akten- werks	Weg- weisers
		<b>1894</b>		Bd. 8	
1057	Rom	9. März	Botschafter B. v. Bülow an Reichskanzler Graf v. Caprivi . . . . .	328	68
1058	London	11. Juni	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt . . . . .	329	68
1059	Berlin	12. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf Hatzfeldt . . . . .	329	68
1060	„	15. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an den Gesandten Graf v. Tattenbach . . . . .	330	68
1061	Rom	21. „	Botschafter B. v. Bülow an Reichskanzler Graf v. Caprivi . . . . .	330	68
1062	Tanger	5. Okt.	Gesandter Graf v. Tattenbach an Auswärtiges Amt . . . . .	331	68
1063	Berlin	6. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an den Gesandten Graf v. Tattenbach . . . . .	332	68
1064	Rom	7. „	Botschafter B. v. Bülow an Reichskanzler Graf v. Caprivi . . . . .	332	68
1065	„	8. „	Botschafter B. v. Bülow an Reichskanzler Graf v. Caprivi . . . . .	333	68
1066	„	30. Nov.	Italienischer Minister des Außern Baron Blanc an den englischen Botschafter Sir Clare Ford . . . . .	334	68, 240
		<b>1895</b>			
1067	Tanger	7. Jan.	Gesandter Graf v. Tattenbach an Auswärtiges Amt . . . . .	336	68
1068	Berlin	12. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an den Gesandten Graf v. Tattenbach . . . . .	337	68
1069	„	13. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter B. v. Bülow . . . . .	337	68
1070	Tanger	21. „	Gesandter Graf v. Tattenbach an Auswärtiges Amt . . . . .	338	68
1071	Berlin	28. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an den Gesandten Graf v. Tattenbach . . . . .	339	68
			<b>54. Kapitel</b>		
			<b>Die Bedeutung der Kolonialfragen für die Gruppierung der Mächte</b>		
			<b>A. England und Italien</b>		
			<b>Massaua—Kassala—Zeila</b>		
1072	London	26. März	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt . . . . .	343	69
1073	Berlin	3. April	Reichskanzler v. Caprivi an Graf zu Solms-Sonnenwalde . . . . .	345	69
1074	Rom	8. „	Botschafter Graf zu Solms-Sonnenwalde an Reichskanzler v. Caprivi . . . . .	347	69

Lau- fende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des	
				Akten- werks	Weg- weisers
		<b>1890</b>		Bd. 8	
1975	Rom	11. Mai	Geschäftsträger Frhr. v. Doernberg an Reichskanzler v. Caprivi . . . . .	350	69
1976	Berlin	2. Juni	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf Hatzfeldt . . . . .	350	69
1977	London	29. Aug.	Botschafter Graf Hatzfeldt an Reichskanzler v. Caprivi . . . . .	351	69
1978	„	3. Okt.	Geschäftsträger Graf Metternich an Reichskanzler v. Caprivi . . . . .	352	69
1979	„	21. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Reichskanzler v. Caprivi . . . . .	352	69
1980	Berlin	8. Dez.	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf zu Solms-Sonnenwalde . .	353	69
1981	London	15. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Reichskanzler v. Caprivi . . . . .	353	69
		<b>1891</b>			
1982	Rom	3. März	Botschafter Graf zu Solms-Sonnenwalde an Reichskanzler v. Caprivi . . . . .	354	69
1983	„	12. April	Botschafter Graf zu Solms-Sonnenwalde an Reichskanzler v. Caprivi . . . . .	355	69
1984	Paris	21. Mai	Botschafter Graf Münster an Reichskanzler v. Caprivi . . . . .	355	69
1985	Rom	26. Juli	Botschafter Graf zu Solms-Sonnenwalde an Reichskanzler v. Caprivi . . . . .	356	69
1986	„	20. Dez.	Botschafter Graf zu Solms-Sonnenwalde an Reichskanzler Graf v. Caprivi . . . . .	357	68
		<b>1894</b>			
1987	„	30. Jan.	Botschafter B. v. Bülow an Reichskanzler Graf v. Caprivi . . . . .	358	68
1988	„	16. Febr.	Botschafter B. v. Bülow an Auswärtiges Amt . . . . .	360	69
1989	„	16. „	Botschafter B. v. Bülow an Auswärtiges Amt . . . . .	360	69
1990	„	19. „	Botschafter B. v. Bülow an Reichskanzler Graf v. Caprivi . . . . .	361	69
1991	„	24. April	Botschafter B. v. Bülow an Reichskanzler Graf v. Caprivi . . . . .	362	69
1992	„	5. Juni	Botschafter B. v. Bülow an Reichskanzler Graf v. Caprivi . . . . .	363	69
1993	Berlin	11. „	Aufzeichnung des Dirigenten Kayser . . .	365	69
1994	„	12. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter B. v. Bülow . . . . .	369	69
1995	Rom	21. „	Botschafter B. v. Bülow an Reichskanzler Graf v. Caprivi . . . . .	371	69
1996	„	21. Juli	Botschafter B. v. Bülow an Auswärtiges Amt . . . . .	374	69

Lau- fende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des	
				Akten- werks	Weg- weisers
		<b>1894</b>		Bd. 8	
1907	London	25. Juli	Geschäftsträger Graf Metternich an Reichskanzler Graf v. Caprivi . . . . .	375	69
		<b>1895</b>			
1908	Berlin	3. Jan.	Reichskanzler Fürst Hohenlohe an Botschafter B. v. Bülow . . . . .	375	69
1999	Rom	3. „	Botschafter B. v. Bülow an Auswärtiges Amt	376	69, 242
2000	Berlin	3. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter B. v. Bülow . . . . .	377	69
2001	Rom	4. „	Botschafter B. v. Bülow an Auswärtiges Amt . . . . .	377	69
2002	„	4. „	Botschafter B. v. Bülow an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	378	69, 243
2003	Berlin	8. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter B. v. Bülow . . . . .	380	69
2004	London	12. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt . . . . .	380	69
2005	Rom	13. „	Botschafter B. v. Bülow an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	381	69
2006	Berlin	21. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf Hatzfeldt . . . . .	383	69
2007	London	22. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt . . . . .	384	69
2008	Berlin	24. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter B. v. Bülow . . . . .	385	69
2009	London	25. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt . . . . .	386	69
2010	„	28. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	387	69
2011	„	30. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt . . . . .	389	69
2012	„	31. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt . . . . .	390	69
2013	„	6. Febr.	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt . . . . .	391	69
2014	„	7. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt . . . . .	392	69
2015	Rom	8. „	Botschafter B. v. Bülow an Auswärtiges Amt . . . . .	393	69
2016	London	25. März	Botschafter Graf Hatzfeldt an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	393	69
			<b>B. England und Deutschland</b>		
			<b>Samoa—Kongo</b>		
2017	„	2. Juni	Botschafter Graf Hatzfeldt an Reichskanzler Graf v. Caprivi . . . . .	397	70

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des	
				Akten- werks	Weg- weisers
		<b>1893</b>		Bd. 8	
2018	Berlin	10. Sept.	Unterstaatssekretär Frhr. v. Rotenhan an Botschafter Graf Hatzfeldt . . . . .	402	70
2019	London	19. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Reichskanzler Graf v. Caprivi . . . . .	405	70
2020	„	19. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Reichskanzler Graf v. Caprivi . . . . .	409	70
2021	Berlin	16. Nov.	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Kaiser Wilhelm II. . . . .	412	70
		<b>1894</b>			
2022	London	14. April	Botschafter Graf Hatzfeldt an Reichskanzler Graf v. Caprivi . . . . .	413	70
2023	Berlin	17. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf Hatzfeldt . . . . .	414	70
2024	„	18. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf Hatzfeldt . . . . .	416	70
2025	London	23. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Reichskanzler Graf v. Caprivi . . . . .	419	70
2026	„	24. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Reichskanzler Graf v. Caprivi . . . . .	423	70
2027	„	27. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt . . . . .	425	70
2028	Berlin	2. Mai	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf Hatzfeldt . . . . .	425	70
2029	London	10. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Reichskanzler Graf v. Caprivi . . . . .	426	71
2030	Brüssel	1. „	Gesandter Graf v. Alvensleben an Reichskanzler Graf v. Caprivi . . . . .	427	71
2031	Berlin	10. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf Hatzfeldt . . . . .	428	71
2032	„	25. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an den Gesandten Graf v. Alvensleben . . . . .	429	71
2033	Brüssel	26. „	Gesandter Graf Alvensleben an Auswärtiges Amt . . . . .	429	71
2034	Berlin	27. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an den Gesandten Graf v. Alvensleben . . . . .	430	71
2035	„	28. „	Reichskanzler Graf v. Caprivi an Botschafter Graf Hatzfeldt . . . . .	430	71
2036	„	30. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter B. v. Bülow . . . . .	432	71
2037	„	31. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf Hatzfeldt . . . . .	433	71
2038	„	1. Juni	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an den Staatssekretär Graf v. Grelle-Rogier . . . . .	434	71
2039	London	1. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Reichskanzler Graf v. Caprivi . . . . .	435	71

Lau- fende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des	
				Akten- werks	Weg- weisers
		<b>1894</b>		Bd. 8	
2040	London	3. Juni	Botschafter Graf Hatzfeldt an Staatssekretär Lord Kimberley . . . . .	439	72
2041	Paris	7. „	Botschafter Graf Münster an Auswärtiges Amt . . . . .	440	72
2042	Berlin	8. „	Aufzeichnung des Staatssekretärs Frhr. v. Marschall . . . . .	440	72
2043	„	9. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf Hatzfeldt . . . . .	442	72
			Anlage. Entwurf einer Note . . . . .	442	72
2044	London	11. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt . . . . .	444	72
2045	Berlin	12. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf Hatzfeldt . . . . .	445	73
2046	„	12. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf Münster . . . . .	446	72
2047	Neues Palais	11. „	Kaiser Wilhelm II. an Reichskanzler Graf v. Caprivi . . . . .	446	72
2048	London	12. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt . . . . .	448	72
2049	Berlin	13. „	Aufzeichnung des Staatssekretärs Frhr. v. Marschall . . . . .	450	72
2050	„	13. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an den Gesandten Graf v. Alvensleben . . . . .	451	72
2051	„	14. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf Hatzfeldt . . . . .	452	72
2052	Neues Palais	14. „	Kaiser Wilhelm II. an Reichskanzler Graf v. Caprivi . . . . .	452	72
2053	Berlin	15. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf Hatzfeldt . . . . .	454	72
2054	Wien	15. „	Botschafter Graf zu Eulenburg an Auswärtiges Amt . . . . .	455	72
2055	Berlin	15. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf zu Eulenburg . . . . .	455	72
2056	London	16. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt . . . . .	456	72
2057	Brüssel	15. „	Gesandter Graf v. Alvensleben an Auswärtiges Amt . . . . .	457	72
2058	„	16. „	Gesandter Graf v. Alvensleben an Auswärtiges Amt . . . . .	458	72
2059	Berlin	16. „	Aufzeichnung des Staatssekretärs Frhr. v. Marschall . . . . .	458	73
2060	Wien	17. „	Botschafter Graf zu Eulenburg an Auswärtiges Amt . . . . .	459	73

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des	
				Aktenwerks	Wegweisers
		<b>1894</b>		Bd. 8	
2061	Berlin	17. Juni	Aufzeichnung des Staatssekretärs Frhr. v. Marschall . . . . .	459	73
	„		Anlage. Aide-Memoire . . . . .	461	73, 243
2062	„	17. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf Hatzfeldt . . . . .	462	73
2063	Rom	17. „	Botschafter B. v. Bülow an Auswärtiges Amt . . . . .	463	73
2064	London	17. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt . . . . .	464	73
2065	Berlin	18. „	Aufzeichnung des Staatssekretärs Frhr. v. Marschall . . . . .	465	73
2066	„	18. „	Aufzeichnung des Staatssekretärs Frhr. v. Marschall . . . . .	465	73
2067	London	18. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt . . . . .	466	73
2068	Wien	18. „	Botschafter Graf zu Eulenburg an Reichskanzler Graf v. Caprivi . . . . .	467	73
2069	Paris	25. „	Botschafter Graf Münster an Reichskanzler Graf v. Caprivi . . . . .	469	73
2070	London	26. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Reichskanzler Graf v. Caprivi . . . . .	471	73
2071	„	30. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Reichskanzler Graf v. Caprivi . . . . .	472	73
		<b>1895</b>			
2072	Berlin	4. Febr.	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter B. v. Bülow . . . . .	474	73

## 9. Band

## Der nahe und der ferne Osten

			55. Kapitel	Bd. 9
		<b>1890</b>	<b>Die Bedeutung der Orientfragen für die Gruppierung der Mächte</b>	
2073	Pera	12. März	Botschafter v. Radowitz an Reichskanzler Fürst Bismarck . . . . .	3 77
2074	Wien	19. „	Botschafter Prinz Heinrich VII. Reuß an Reichskanzler Fürst Bismarck . . . . .	4 77
2075	„	3. April	Botschafter Prinz Heinrich VII. Reuß an Reichskanzler v. Caprivi . . . . .	5 77

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des	
				Aktenwerks	Wegweisers
		<b>1890</b>		Bd. 9	
2076	London	14. April	Botschafter Graf Hatzfeldt an Reichskanzler v. Caprivi . . . . .	7	77
2077	Wien	20. „	Botschafter Prinz Heinrich VII. Reuß an Reichskanzler v. Caprivi . . . . .	9	77
2078	Pera	22. „	Botschafter v. Radowitz an Reichskanzler v. Caprivi . . . . .	11	77
2079	Berlin	26. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf Hatzfeldt . . . . .	13	77
2080	London	30. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt . . . . .	14	77
2081	Berlin	2. Mai	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf Hatzfeldt . . . . .	14	77
2082	London	2. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Reichskanzler v. Caprivi . . . . .	16	77
2083	„	2. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Reichskanzler v. Caprivi . . . . .	18	77
2084	Petersburg	1. „	Botschafter v. Schweinitz an Reichskanzler v. Caprivi . . . . .	21	77
2085	Berlin	6. „	Aufzeichnung des Vortragenden Rats v. Kiderlen . . . . .	23	77
2086	London	8. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Reichskanzler v. Caprivi . . . . .	26	78
2087	Berlin	11. „	Aufzeichnung des Reichskanzlers v. Caprivi	28	78
2088	„	15. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf Hatzfeldt . . . . .	33	78
2089	London	14. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Reichskanzler v. Caprivi . . . . .	34	78
2090	Berlin	19. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf Hatzfeldt . . . . .	35	78
2091	London	23. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Reichskanzler v. Caprivi . . . . .	36	78
2092	Wien	24. „	Botschafter Prinz Heinrich VII. Reuß an Reichskanzler v. Caprivi . . . . .	37	78
2093	Therapia	8. Juni	Botschafter v. Radowitz an Reichskanzler v. Caprivi . . . . .	40	78
2094	„	1. Juli	Botschafter v. Radowitz an Reichskanzler v. Caprivi . . . . .	41	78
2095	London	16. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Reichskanzler v. Caprivi . . . . .	42	78
2096	Berlin	17. „	Stellvertretender Staatssekretär v. Holstein an Botschafter v. Radowitz . . . . .	43	78
2097	„	31. „	Reichskanzler v. Caprivi an Botschafter Graf Hatzfeldt . . . . .	44	78
2098	Osborne	7. Aug.	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt . . . . .	45	78

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des	
				Aktenwerks	Wegweisers
		<b>1890</b>		Bd. 9	
2099	Berlin	8. Aug.	Stellvertretender Staatssekretär v. Holstein an Botschafter Graf Hatzfeldt . . . . .	45	78
2100	„	8. „	Reichskanzler v. Caprivi an Botschafter Graf Hatzfeldt . . . . .	46	78
2101	London	11. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt . . . . .	47	78
2102	„	19. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Reichskanzler v. Caprivi . . . . .	48	78
2103	Berlin	31. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf Hatzfeldt . . . . .	49	78
2104	Wien	4. Sept.	Botschafter Prinz Heinrich VII. Reuß an Reichskanzler v. Caprivi . . . . .	52	78
2105	Berlin	18. Okt.	Aufzeichnung des Vortragenden Rats v. Holstein . . . . .	54	78
		<b>1891</b>			
2106	London	2. März	Botschafter Graf Hatzfeldt an Reichskanzler v. Caprivi . . . . .	56	79
2107	Berlin	4. „	Aufzeichnung des Reichskanzlers v. Caprivi	57	79
2108	„	5. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf Hatzfeldt . . . . .	58	79
2109	London	15. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Reichskanzler v. Caprivi . . . . .	58	79
2110	Berlin	25. April	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter v. Radowitz . . . . .	61	79
2111	Windsor Castle	6. Juli	Aufzeichnung des Staatssekretärs Frhr. v. Marschall . . . . .	63	79
2112	Sinaia	4. Aug.	Gesandter v. Bülow an Reichskanzler v. Caprivi . . . . .	66	79
2113	Berlin	19. Sept.	Unterstaatssekretär Frhr. v. Rotenhan an Botschafter Graf Hatzfeldt . . . . .	68	79
2114	Petersburg	19. „	Geschäftsträger A. v. Bülow an Reichskanzler v. Caprivi . . . . .	71	79
2115	Berlin	7. Okt.	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter v. Radowitz . . . . .	72	79
2116	Wien	12. „	Botschafter Prinz Heinrich VII. Reuß an Reichskanzler v. Caprivi . . . . .	72	79
2117	London	28. „	Aufzeichnung des Botschafters Graf Hatzfeldt . . . . .	73	79
2118	Berlin	25. Nov.	Aufzeichnung des Staatssekretärs Frhr. v. Marschall . . . . .	77	80
2119	London	23. Dez.	Botschafter Graf Hatzfeldt an Reichskanzler Graf v. Caprivi . . . . .	78	80
		<b>1892</b>			
2120	Berlin	27. Jan.	Aufzeichnung des Staatssekretärs Frhr. v. Marschall . . . . .	78	80

Lau- fende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des	
				Akten- werks	Weg- weisers
		<b>1892</b>		Bd. 9	
2121	Berlin	28. Jan.	Aufzeichnung des Reichskanzlers Graf v. Caprivi . . . . .	79	80
2122	„	30. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Prinz Heinrich VII. Reuß . . .	80	80
2123	Wien	30. „	Botschafter Prinz Heinrich VII. Reuß an Reichskanzler Graf v. Caprivi . . . . .	83	80
2124	Petersburg	4. Febr.	Botschafter v. Schweinitz an Reichskanzler Graf v. Caprivi . . . . .	86	80
2125	Berlin	9. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter v. Schweinitz . . . . .	87	80
2126	„	6. Aug.	Unterstaatssekretär Frhr. v. Rotenhan an Geschäftsträger A. v. Bülow . . . . .	87	80
2127	„	11. Nov.	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf Hatzfeldt . . . . .	88	80
2128	London	24. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Reichskanzler Graf v. Caprivi . . . . .	90	80
		<b>1893</b>			
2129	Wien	6. Jan.	Botschafter Prinz Heinrich VII. Reuß an Reichskanzler Graf v. Caprivi . . . . .	94	80
2130	Petersburg	14. März	Botschafter v. Werder an Reichskanzler Graf v. Caprivi . . . . .	95	80
2131	Berlin	27. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter v. Werder . . . . .	96	80
2132	„	10. April	Aufzeichnung des Vortragenden Rats v. Kiderlen . . . . .	97	80
2133	Wien	15. „	Botschafter Prinz Heinrich VII. Reuß an Reichskanzler Graf v. Caprivi . . . . .	98	80
2134	„	1. Mai	Botschafter Prinz Heinrich VII. Reuß an Reichskanzler Graf v. Caprivi . . . . .	99	80
2135	Berlin	6. Nov.	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf Hatzfeldt . . . . .	101	81
2136	„	28. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf Hatzfeldt . . . . .	102	81
2137	London	6. Dez.	Botschafter Graf Hatzfeldt an Reichskanzler Graf v. Caprivi . . . . .	102	81
2138	München	20. „	Preußischer Gesandter Graf zu Eulenburg an den Preußischen Minister Graf v. Caprivi . . . . .	105	81
2139	Berlin	22. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf Hatzfeldt . . . . .	109	81
2140	„	23. „	Desgl. . . . .	110	81
2141	Wien	22. „	Botschafter Prinz Heinrich VII. Reuß an Reichskanzler Graf v. Caprivi . . . . .	111	81
2142	London	30. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Reichskanzler Graf v. Caprivi . . . . .	114	81

Lau- fende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des	
				Akten- werks	Weg- weisers
		<b>1893</b>		Bd. 9	
2143	London	30. Dez.	Botschafter Graf Hatzfeldt an Vortragenden Rat v. Holstein . . . . .	117	81
		<b>1894</b>			
2144	Wien	6. Jan.	Botschafter Prinz Heinrich VII. Reuß an Reichskanzler Graf v. Caprivi . . . . .	123	81
2145	„	20. „	Botschafter Prinz Heinrich VII. Reuß an Reichskanzler Graf v. Caprivi . . . . .	124	81
2146	„	13. Febr.	Geschäftsträger Prinz v. Ratibor an Reichskanzler Graf v. Caprivi . . . . .	126	81
2147	London	14. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt . . . . .	127	81
2148	„	27. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt . . . . .	129	82
2149	„	27. „	Österreich-ungarischer Botschafter Graf Deym an Minister des Äußern Graf Kálnoky . . . . .	130	82
2150	„	28. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Reichskanzler Graf v. Caprivi . . . . .	131	82
2151	Berlin	8. März	Aufzeichnung des Reichskanzlers Graf v. Caprivi . . . . .	134	82
2152	„	8. „	Desgl. . . . .	134	82
2153	„	28. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf Hatzfeldt . . . . .	138	82
		—	Anlage 1. Österreich-ungarischer Minister Graf Kálnoky an Botschafter v. Szögyény . . . . .	139	82
	„	28. „	Anlage 2. Aufzeichnung des Reichskanzlers Graf v. Caprivi . . . . .	141	82
2154	Abbazia	31. „	Gesandter Graf zu Eulenburg an Auswärtiges Amt . . . . .	142	82
2155	Berlin	23. April	Aufzeichnung des Reichskanzlers Graf v. Caprivi . . . . .	144	82
			Anlage. Aufzeichnungen des Ministers Graf Kálnoky . . . . .	144	82
2156	„	1. Juni	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf zu Eulenburg . . . . .	146	82
2157	„	10. „	Aufzeichnung des Reichskanzlers Graf v. Caprivi . . . . .	147	82
		—	Anlage 1. Aufzeichnung des Botschafters v. Szögyény . . . . .	147	82
		—	Anlage 2. Aufzeichnung des Botschafters v. Szögyény . . . . .	149	82
2158	„	12. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf zu Eulenburg . . . . .	151	82
2159	Wien	16. „	Botschafter Graf zu Eulenburg an Auswärtiges Amt . . . . .	152	82

Lau- fende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des	
				Akten- werks	Weg- weis- rs
		<b>1894</b>		Bd. 9	
2160	London	13. Juli	Botschafter Graf Hatzfeldt an Reichskanzler Graf v. Caprivi . . . . .	153	82
2161	London	11. Nov.	Botschafter Graf Hatzfeldt an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	153	82
2162	Berlin	16. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf Hatzfeldt . . . . .	160	83
2163	London	22. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	164	83
2164	„	22. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	166	83
2165	Paris	27. „	Botschafter Graf Münster an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	168	83
2166	Berlin	30. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf Hatzfeldt . . . . .	171	83
2167	„	1. Dez.	Aufzeichnung des Unterstaatssekretärs Frhr. v. Rotenhan für Staatssekretär Frhr. v. Marschall . . . . .	171	83
2168	Wien	4. „	Botschafter Graf zu Eulenburg an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	172	83
2169	Berlin	13. „	Reichskanzler Fürst Hohenlohe an Botschafter Graf zu Eulenburg . . . . .	176	83
2170	Wien	14. „	Botschafter Graf zu Eulenburg an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	179	84
2171	Rom	11. „	Botschafter B. v. Bülow an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	182	84
2172	Berlin	30. „	Aufzeichnung des Grafen Metternich für Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	182	84
		<b>1895</b>			
2173	Wien	29. Jan.	Botschafter Graf zu Eulenburg an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	184	84
2174	„	28. März	Botschafter Graf zu Eulenburg an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	184	84
			56. Kapitel		
			<b>Der Armenische Dreibund</b>		
			<b>Das Zusammenwirken von England, Rußland und Frankreich 1890—1895</b>		
		<b>1890</b>			
2175	Therapia	1. Aug.	Botschafter v. Radowitz an Reichskanzler v. Caprivi . . . . .	189	84
2176	„	3. „	Botschafter v. Radowitz an Reichskanzler v. Caprivi . . . . .	191	84
2177	Petersburg	15. Sept.	Geschäftsträger Graf v. Pourtalès an Reichskanzler v. Caprivi . . . . .	193	84
2178	Therapia	28. „	Botschafter v. Radowitz an Reichskanzler v. Caprivi . . . . .	194	84

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des	
				Aktenwerks	Wegweisers
		<b>1890</b>		Bd. 9	
2179	Berlin	6. Okt.	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Geschäftsträger Graf v. Pourtalès . . . . .	195	84
2180	Petersburg	9. „	Geschäftsträger Graf v. Pourtalès an Reichskanzler v. Caprivi . . . . .	196	84
		<b>1893</b>			
2181	London	29. März	Botschafter Graf Hatzfeldt an Reichskanzler Graf v. Caprivi . . . . .	197	85
2182	Berlin	8. Okt.	Aufzeichnung des Staatssekretärs Frhr. v. Marschall . . . . .	198	85
2183	„	10. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf Hatzfeldt . . . . .	199	85
		<b>1894</b>			
2184	Pera	16. Nov.	Botschafter Fürst Radolin an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	201	85
2185	„	23. „	Botschafter Fürst Radolin an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	204	85
2186	„	28. „	Botschafter Fürst Radolin an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	205	85
2187	„	30. „	Botschafter Fürst Radolin an Auswärtiges Amt . . . . .	208	85
2188	Berlin	1. Dez.	Reichskanzler Fürst Hohenlohe an Botschafter Fürst Radolin . . . . .	209	85
2189	Pera	5. „	Botschafter Fürst Radolin an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	209	85
2190	Petersburg	8. „	Botschafter v. Werder an Auswärtiges Amt	212	85
2191	London	12. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	213	85
2192	Berlin	14. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf Münster . . . . .	214	85
2193	Rom	18. „	Botschafter B. v. Bülow an Auswärtiges Amt . . . . .	215	85
2194	Berlin	19. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter B. v. Bülow . . . . .	215	85
2195	Rom	21. „	Botschafter B. v. Bülow an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	216	85
2196	Pera	20. „	Botschafter Fürst Radolin an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	219	85
2197	Berlin	23. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter B. v. Bülow . . . . .	220	85
2198	„	23. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf Hatzfeldt . . . . .	221	85
2199	„	30. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter B. v. Bülow . . . . .	221	85
2200	Rom	31. „	Botschafter B. v. Bülow an Auswärtiges Amt . . . . .	222	85

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des	
				Aktenwerks	Wegweisers
		<b>1895</b>		Bd. 9	
2201	Berlin	8. Jan.	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter B. v. Bülow . . . . .	223	85
2202	Pera	17. April	Botschafter Fürst Radolin an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	224	85
2203	Berlin	12. Mai	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Kaiser Wilhelm II. . . . .	227	85
2204	„	14. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Geschäftsträger Graf Henckel v. Donnersmark . . . . .	229	85
2205	Pera	25. „	Geschäftsträger Graf Henckel v. Donnersmark an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	229	85
2206	Therapia	3. Juni	Geschäftsträger Graf Henckel v. Donnersmark an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	231	85
2207	London	8. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt . . . . .	232	86
2208	Petersburg	10. „	Botschafter Fürst Radolin an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	233	86
2209	Therapia	16. „	Geschäftsträger Graf Henckel v. Donnersmark an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	233	86
2210	„	17. „	Geschäftsträger Graf Henckel v. Donnersmark an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	235	86
2211	London	27. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt . . . . .	235	86
2212	Therapia	27. „	Botschafter Frhr. v. Saurma an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	236	86
<b>57. Kapitel</b>					
<b>Der „ostasiatische Dreibund“</b>					
<b>Das Zusammenwirken von Deutschland, Rußland und Frankreich in Ostasien 1894—1895</b>					
		<b>1894</b>			
2213	Berlin	16. Juli	Unterstaatssekretär Frhr. v. Rotenhan an den Gesandten v. Kiderlen . . . . .	241	86
2214	„	6. Okt.	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Geschäftsträger Graf Metternich . . . . .	242	86
2215	„	7. „	Englischer Botschafter Sir Edward Malet an Staatssekretär Frhr. v. Marschall . .	243	86, 245
2216	„	9. „	Aufzeichnung des Staatssekretärs Frhr. v. Marschall . . . . .	243	87
2217	„	14. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an den Gesandten Frhr. Schenck zu Schweinsberg . . . . .	244	87
2218	„	12. Nov.	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf Hatzfeldt . . . . .	245	87

Lau- fende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des	
				Akten- werks	Weg- weisers
		<b>1894</b>		Bd. 9	
2219	Straßburg	17. Nov.	Reichskanzler Fürst Hohenlohe an Staatssekretär Frhr. v. Marschall . . . . .	245	87
2220	Berlin	17. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	246	87
2221	Peking	23. „	Gesandter Frhr. Schenck zu Schweinsberg an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . .	248	87
		<b>1895</b>			
2222	Berlin	1. Febr.	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf Hatzfeldt . . . . .	248	87
2223	London	6. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt . . . . .	250	87
2224	„	8. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Vortragenden Rat v. Holstein . . . . .	252	87
2225	Peking	3. März	Gesandter Frhr. Schenck zu Schweinsberg an Auswärtiges Amt . . . . .	252	87
2226	Berlin	6. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an den Gesandten Frhr. v. Gutschmid . . . . .	253	87
2227	„	19. „	Reichskanzler Fürst Hohenlohe an Kaiser Wilhelm II. . . . .	253	88
2228	„	23. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Geschäftsträger v. Tschirschky . . . . .	258	88
2229	Petersburg	25. „	Geschäftsträger v. Tschirschky an Auswärtiges Amt . . . . .	259	88
2230	Berlin	27. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Geschäftsträger v. Tschirschky . . . . .	259	88
2231	„	2. April	Aufzeichnung des Vortragenden Rats v. Mühlberg . . . . .	260	88
2232	„	4. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Geschäftsträger v. Tschirschky . . . . .	261	88
2233	„	4. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf Hatzfeldt . . . . .	261	88
2234	London	4. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt . . . . .	262	88
2235	Berlin	6. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf Hatzfeldt . . . . .	263	88
2236	London	6. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt . . . . .	264	88
2237	Berlin	8. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Geschäftsträger v. Tschirschky . . . . .	265	88
2238	„	8. „	Promemoria des Gesandten z. D. v. Brandt	265	88
2239	London	8. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt . . . . .	266	88
2240	Berlin	9. „	Promemoria des Gesandten z. D. v. Brandt	267	88
2241	Paris	10. „	Botschafter Graf Münster an Auswärtiges Amt . . . . .	268	88

Lau- fende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des	
				Akten- werks	Weg- weisers
		<b>1895</b>		Bd. 9	
2242	London	13. April	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt . . . . .	268	88
2243	Petersburg	17. „	Geschäftsträger v. Tschirschky an Auswärtiges Amt . . . . .	269	88
2244	Berlin	17. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an den Gesandten Frhr. v. Gutschmid . . . . .	270	89
2245	Berlin	17. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an den Gesandten Frhr. v. Gutschmid . . . . .	270	89
2246	„	18. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf Hatzfeldt . . . . .	271	89
2247	Petersburg	20. „	Geschäftsträger v. Tschirschky an Auswärtiges Amt . . . . .	271	89
2248	London	22. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt . . . . .	272	89
2249	„	23. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt . . . . .	273	89
2250	Berlin	23. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an den Gesandten Frhr. v. Gutschmid . . . . .	274	89
2251	Tokio	23. „	Gesandter Frhr. v. Gutschmid an Auswärtiges Amt . . . . .	274	89
2252	„	24. „	Gesandter Frhr. v. Gutschmid an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	275	89
			Anlage . . . . .	278	89
2253	Berlin	24. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an den Gesandten v. Kiderlen . . . . .	279	89
2254	Tokio	26. „	Gesandter Frhr. v. Gutschmid an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	279	89
2255	„	26. „	Gesandter Frhr. v. Gutschmid an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	280	89
2256	„	27. „	Gesandter Frhr. v. Gutschmid an Auswärtiges Amt . . . . .	281	89
2257	Berlin	27. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an den Gesandten Frhr. v. Gutschmid . . . . .	281	89
2258	„	1. Mai	Aufzeichnung des Staatssekretärs Frhr. v. Marschall . . . . .	282	89
2259	„	3. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Fürst Radolin . . . . .	283	89
2260	„	4. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf Hatzfeldt . . . . .	284	89
2261	„	5. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an den Gesandten Frhr. v. Gutschmid . . . . .	285	89
2262	„	5. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Kaiser Wilhelm II. . . . .	285	89
2263	„	6. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an den Gesandten Frhr. Schenk zu Schweinsberg . . . . .	286	89

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des	
				Aktenwerks	Wegweisers
		1895		Bd. 9	
2264	Petersburg	8. Mai	Botschafter Fürst Radolin an Auswärtiges Amt . . . . .	286	89
2265	„	9. „	Botschafter Fürst Radolin an Auswärtiges Amt . . . . .	287	89
2266	Berlin	9. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Fürst Radolin . . . . .	288	89
2267	„	11. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Fürst Radolin . . . . .	289	89
2268	„	11. „	Aufzeichnung des Staatssekretärs Frhr. v. Marschall . . . . .	290	89
2269	„	11. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf Hatzfeldt . . . . .	292	89
2270	Petersburg	12. „	Botschafter Fürst Radolin an Auswärtiges Amt . . . . .	293	89
2271	Berlin	12. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Fürst Radolin . . . . .	294	89
2272	Petersburg	17. „	Botschafter Fürst Radolin an Auswärtiges Amt . . . . .	295	89, 245
2273	Berlin	20. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Fürst Radolin . . . . .	296	89
2274	Petersburg	23. „	Botschafter Fürst Radolin an Auswärtiges Amt . . . . .	299	89, 246
2275	Berlin	23. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an den Gesandten Frhr. v. Gutschmid . . . . .	300	89
2276	„	7. Juni	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an den Gesandten Frhr. v. Gutschmid . . . . .	301	89
2277	Tokio	7. „	Gesandter Frhr. v. Gutschmid an Auswärtiges Amt . . . . .	301	89
2278	Berlin	8. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an den Gesandten Frhr. v. Gutschmid . . . . .	302	89
2279	„	8. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf Münster . . . . .	302	89
2280	„	12. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an den Gesandten Frhr. v. Gutschmid . . . . .	303	89
2281	„	29. „	Unterstaatssekretär Frhr. v. Rotenhan an den Gesandten Frhr. v. Gutschmid . . . . .	304	89
2282	Tokio	4. Juli	Gesandter Frhr. v. Gutschmid an Auswärtiges Amt . . . . .	305	89
2283	Berlin	6. „	Unterstaatssekretär Frhr. v. Rotenhan an Botschafter Fürst Radolin . . . . .	305	89
2284	Tokio	19. „	Gesandter Frhr. v. Gutschmid an Auswärtiges Amt . . . . .	306	89
2285	(Berlin)	(24. „ )	Aufzeichnung des Unterstaatssekretärs Frhr. v. Rotenhan . . . . .	307	89

Lau- fende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des	
				Akten- werks	Weg- weisers
		<b>1895</b>		Bd. 9	
2286	Berlin	30. Juli	Aufzeichnung des Unterstaatssekretärs Frhr. v. Rotenhan . . . . .	308	89
2287	( „ )	(2. Aug.)	Promemoria des Unterstaatssekretärs Frhr. v. Rotenhan . . . . .	308	89, 247
2288	( „ )	(6. „ )	Aufzeichnung des Unterstaatssekretärs Frhr. v. Rotenhan . . . . .	309	89
2289	Petersburg	9. „	Botschafter Fürst Radolin an Auswärtiges Amt . . . . .	310	89
2290	„	9. „	Botschafter Fürst Radolin an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	311	89
2291	Berlin	12. „	Unterstaatssekretär Frhr. v. Rotenhan an Botschafter Fürst Radolin . . . . .	314	89
2292	Petersburg	13. „	Botschafter Fürst Radolin an Auswärtiges Amt . . . . .	315	89
2293	Berlin	19. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Bot- schafter Fürst Radolin . . . . .	315	89
2294	„	22. „	Aufzeichnung des Staatssekretärs Frhr. v. Marschall . . . . .	316	89
	Petersburg	22. „	Anlage. Russischer Minister Fürst Loba- now an den russischen Geschäftsträger v. Tscharykow . . . . .	318	89, 247
2295	„	24. „	Botschafter Fürst Radolin an Auswärtiges Amt . . . . .	318	89
2296	Berlin	27. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Reichs- kanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	319	89
2297	Paris	30. „	Geschäftsträger v. Schoen an Auswärtiges Amt . . . . .	320	89
2298	Berlin	31. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an den Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	321	89
2299	Werki	1. Sept.	Reichskanzler Fürst Hohenlohe an Staats- sekretär Frhr. v. Marschall . . . . .	322	89
2300	Berlin	2. „	Aufzeichnung des Staatssekretärs Frhr. v. Marschall . . . . .	323	89
2301	„	4. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Bot- schafter Fürst Radolin . . . . .	323	89
2302	Tokio	11. „	Gesandter Frhr. v. Gutschmid an Aus- wärtiges Amt . . . . .	324	89
2303	Berlin	12. „	Unterstaatssekretär Frhr. v. Rotenhan an den Gesandten Frhr. v. Gutschmid . . . . .	324	89
2304	Tokio	7. Okt.	Gesandter Frhr. v. Gutschmid an Aus- wärtiges Amt . . . . .	325	89
2305	„	20. „	Gesandter Frhr. v. Gutschmid an Reichs- kanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	326	89
	„	18. „	Anlage 1. Abschrift . . . . .	327	89, 248
	„	19. „	Anlage 2. Ausfertigung . . . . .	328	89, 249

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des	
				Aktenwerks	Wegweisers
2306	Tokio	1896 9. Febr.	Gesandter Frhr. v. Gutschmid an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	Bd. 9 328	90
2307	„	1907 13. Juni	Botschafter Frhr. Mumm v. Schwarzenstein an Reichskanzler Fürst Bülow . . . . .	330	90
58. Kapitel					
<b>Die deutsch-russischen Beziehungen und die französisch-russische Allianz 1894—1895</b>					
2308	Schloß Zehista	1894 Dez.	Aufzeichnung des Geschäftsträgers Graf Rex . . . . .	337	91
2309	Petersburg	1895 31. Jan.	Botschafter v. Werder an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	341	91
2310	„	15. Febr.	Botschafter v. Werder an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	342	91
2311	„	21. März	Geschäftsträger v. Tschirschky an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	344	91
2312	Wien	28. „	Botschafter Graf zu Eulenburg an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	346	91
2313	„	7. April	Botschafter Graf zu Eulenburg an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	348	91
2314	Petersburg	13. Mai	Botschafter Fürst Radolin an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	351	92
2315	London	18. Juni	Botschafter Graf Hatzfeldt an den Vortragenden Rat v. Holstein . . . . .	353	92
2316	Paris	20. „	Botschafter Graf Münster an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	355	92
2317	Petersburg	14. Juli	Botschafter Fürst Radolin an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	357	92
2318	Berlin	30. „	Aufzeichnung des Unterstaatssekretärs Frhr. v. Rotenhan . . . . .	358	92
2319	Petersburg	12. Sept.	Reichskanzler Fürst Hohenlohe an Kaiser Wilhelm II. . . . .	360	93
2320	Paris	20. „	Geschäftsträger v. Schoen an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	362	93
2321	(Rominten)	(Okt.)	Aufzeichnung des Botschafters Graf zu Eulenburg . . . . .	365	93
2322	Petersburg	6. „	Erster Sekretär v. Tschirschky an Staatssekretär Frhr. v. Marschall . . . . .	369	93
2323	Liebenberg	13. „	Aufzeichnung des Botschafters Graf zu Eulenburg . . . . .	370	93

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des	
				Aktenwerks	Wegweisers
		<b>1895</b>		<b>Bd. 9</b>	
2324	Berlin	14. Okt.	Aufzeichnung des Staatssekretärs Frhr. v. Marschall . . . . .	375	93
2325	Petersburg	17. „	Botschafter Fürst Radolin an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	377	93
2326	Berlin	20. „	Vortragender Rat v. Holstein an Botschafter B. v. Bülow . . . . .	378	93
2327	Petersburg	19. „	Botschafter Fürst Radolin an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	378	93
2328	Berlin	15. Nov.	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter B. v. Bülow . . . . .	379	93
<b>59. Kapitel</b>					
<b>Deutsch-französische Beziehungen</b>					
<b>Der Dreyfus-Prozeß 1894—1895</b>					
		<b>1894</b>			
2329	Paris	31. Okt.	Botschafter Graf Münster an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	385	94
	„	29. Nov.	Botschafter Graf Münster an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	387	94
2330	„	13. Dez.	Botschafter Graf Münster an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	389	94
2331	„	<b>1895</b>			
2332	„	2. Jan.	Botschafter Graf Münster an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	392	94
2333	Berlin	4. „	Reichskanzler Fürst Hohenlohe an Botschafter Graf Münster . . . . .	393	94
2334	Paris	5. „	Botschafter Graf Münster an Auswärtiges Amt . . . . .	393	94
2335	Berlin	6. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf Münster . . . . .	394	94
2336	Paris	6. „	Botschafter Graf Münster an Auswärtiges Amt . . . . .	394	94
2337	„	6. „	Botschafter Graf Münster an Auswärtiges Amt . . . . .	395	94
2338	Berlin	7. „	Reichskanzler Fürst Hohenlohe an Botschafter Graf Münster . . . . .	396	94
2339	Paris	7. „	Botschafter Graf Münster an Auswärtiges Amt . . . . .	397	94
2340	Berlin	8. „	Reichskanzler Fürst Hohenlohe an Botschafter Graf Münster . . . . .	397	94
2341	Paris	9. „	Botschafter Graf Münster an Auswärtiges Amt . . . . .	398	94
2342	„	9 „	Botschafter Graf Münster an Auswärtiges Amt . . . . .	399	94, 249

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des	
				Aktenwerks	Wegweisers
		<b>1895</b>		<b>Bd. 9</b>	
2343	Paris	21. Febr.	Botschafter Graf Münster an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	399	95
2344	„	4. März	Botschafter Graf Münster an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	400	95
2345	„	8. „	Geschäftsträger v. Schoen an Auswärtiges Amt . . . . .	402	95
2346	„	9. „	Geschäftsträger v. Schoen an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	403	95
2347	Berlin	21. April	Aufzeichnung des Vortragenden Rats Frhr. Mumm v. Schwarzenstein . . . . .	405	95
2348	Paris	22. „	Botschafter Graf Münster an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	405	95
2349	„	28. „	Botschafter Graf Münster an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	406	95
2350	„	30. „	Botschafter Graf Münster an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	408	95
2351	„	17. Mai	Botschafter Graf Münster an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	408	95
2352	„	22. „	Botschafter Graf Münster an Auswärtiges Amt . . . . .	410	95
2353	Prökelwitz	23. „	Botschafter Graf zu Eulenburg an Auswärtiges Amt . . . . .	410	95
2354	Berlin	24. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf Münster . . . . .	411	95
2355	Paris	26. „	Botschafter Graf Münster an Auswärtiges Amt . . . . .	411	95
2356	Berlin	27. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf Münster . . . . .	412	95
2357	Paris	28. „	Botschafter Graf Münster an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	412	95
2358	„	11. Juni	Botschafter Graf Münster an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	415	95, 250
2359	Berlin	19. „	Vortragender Rat v. Holstein an Botschafter Graf Hatzfeldt . . . . .	417	95
2360	London	20. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt . . . . .	417	95
2361	Berlin	13. Juli	Unterstaatssekretär Frhr. v. Rotenhan an Botschafter Graf Münster . . . . .	418	95
2362	Paris	13. „	Botschafter Graf Münster an Auswärtiges Amt . . . . .	418	95
2363	„	5. Aug.	Geschäftsträger v. Schoen an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	419	96
2364	Cowes	9. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt . . . . .	420	96

Lau- fende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des	
				Akten- werks	Weg- weisers
		<b>1895</b>		Bd. 9	
2365	Paris	19. Aug.	Geschäftsträger v. Schoen an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	421	96
2366	„	26. Sept.	Geschäftsträger v. Schoen an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	421	96
2367	„	12. Dez.	Botschafter Graf Münster an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	422	96
2368	„	25. „	Botschafter Graf Münster an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	423	96

## 10. Band

## Das türkische Problem 1895

			60. Kapitel	Bd. 10	
		<b>1895</b>	<b>Salisburys Aufteilungsplan. Cowes 1895</b>		
2369	Rom	15. Juli	Botschafter B. v. Bülow an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	3	99, 250
			Anlage Aide Mémoire . . . . .	5	99, 251
2370	Berlin	18. „	Stellvertretender Staatssekretär Frhr. v. Rotenhan an Botschafter Graf Hatzfeldt	9	99
2371	London	30. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Vortragenden Rat v. Holstein . . . . .	9	99
2372	„	31. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Vortragenden Rat v. Holstein . . . . .	10	99
2373	Berlin	1. Aug.	Unterstaatssekretär Frhr. v. Rotenhan an Botschafter Graf Hatzfeldt . . . . .	13	
2374	„	2. „	Unterstaatssekretär Frhr. v. Rotenhan an Botschafter Graf Hatzfeldt . . . . .	15	99
2375	London	3. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt . . . . .	16	99
2376	Berlin	3. „	Unterstaatssekretär Frhr. v. Rotenhan an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	19	100
2377	„	3. „	Vortragender Rat v. Holstein an den Ge- sandten v. Kiderlen . . . . .	19	100
2378	„	4. „	Unterstaatssekretär Frhr. v. Rotenhan an den Gesandten v. Kiderlen . . . . .	20	100
2379	„	5. „	Unterstaatssekretär Frhr. v. Rotenhan an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	21	100
2380	Cowes	5. „	Gesandter v. Kiderlen an Auswärtiges Amt	22	100
2381	„	5. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Vortragenden Rat v. Holstein . . . . .	22	100
2382	Berlin	5. „	Vortragender Rat v. Holstein an Reichs- kanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	23	100

Lau- fende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des	
				Akten- werks	Weg- weisers
		<b>1895</b>		<b>Bd. 10</b>	
2383	Berlin	5. Aug.	Vortragender Rat v. Holstein an den Ge- sandten v. Kiderlen . . . . .	24	100
2384	Alt-Aussee	6. „	Reichskanzler Fürst Hohenlohe an Aus- wärtiges Amt . . . . .	24	100
2385	Cowes	7. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt . . . . .	25	100
2386	(London)	8. „	Premierminister Marquess of Salisbury an Botschafter Graf Hatzfeldt . . . . .	27	100, 254
2387	London	14. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt . . . . .	28	100
2388	Berlin	14. „	Vortragender Rat v. Holstein an Bot- schafter Graf Hatzfeldt . . . . .	29	100
2389	„	15. „	Unterstaatssekretär Frhr. v. Rotenhan an Botschafter Graf Hatzfeldt . . . . .	29	100
2390	London	16. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt . . . . .	30	100
2391	Wien	18. „	Botschafter Graf zu Eulenburg an Reichs- kanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	32	100
2392	London	31. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	33	101
2393	„	25. Okt.	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt . . . . .	35	101
<b>61. Kapitel</b>					
<b>Salisbury und die Armenische Frage Juli bis Dezember 1895</b>					
<b>A. Vom Antritt des neuen Kabinetts Salis- bury bis zur Annahme des Armenischen Reformplanes. Juli bis Oktober 1895</b>					
		<b>1895</b>			
2394	London	6. Juli	Botschafter Graf Hatzfeldt an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	39	101
2395	Berlin	7. „	Stellvertretender Staatssekretär Frhr. v. Rotenhan an Botschafter Frhr. v. Saurma	40	101
2396	London	10. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	40	101
2397	Berlin	13. „	Stellvertretender Staatssekretär Frhr. v. Rotenhan an Botschafter Graf Hatzfeldt	41	101
2398	„	14. „	Stellvertretender Staatssekretär Frhr. v., Rotenhan an Botschafter Frhr. v. Saurma . . . . .	42	101
2399	Therapia	14. „	Botschafter Frhr. v. Saurma an Reichs- kanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	42	101

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des	
				Aktenwerks	Wegweisers
		<b>1895</b>		Bd. 10	
2400	London	23. Juli	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt . . . . .	44	101
2401	Berlin	25. „	Stellvertretender Staatssekretär Frhr. v. Rotenhan an Botschafter Frhr. v. Saurma . . . . .	44	101
2402	Therapia	26. „	Botschafter Frhr. v. Saurma an Auswärtiges Amt . . . . .	45	101
2403	London	29. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt . . . . .	45	101
2404	Berlin	3. Aug.	Stellvertretender Staatssekretär Frhr. v. Rotenhan an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	45	101
2405	Alt-Aussee	4. „	Aufzeichnung des Reichskanzlers Fürst Hohenlohe . . . . .	46	101
2406	Therapia	6. „	Botschafter Frhr. v. Saurma an Auswärtiges Amt . . . . .	47	101
2407	„	10. „	Botschafter Frhr. v. Saurma an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	48	101
2408	„	10. „	Botschafter Frhr. v. Saurma an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	49	101
2409	„	15. „	Botschafter Frhr. v. Saurma an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	50	101
2410	„	17. „	Botschafter Frhr. v. Saurma an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	51	101
2411	„	17. „	Botschafter Frhr. v. Saurma an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	53	101
2412	Berlin	19. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Frhr. v. Saurma . . . . .	54	101
2413	Therapia	19. „	Botschafter Frhr. v. Saurma an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	54	101
2414	(Berlin)	(23. „ )	Aufzeichnung des Vortragenden Rats Mumm v. Schwarzenstein . . . . .	56	101
2415	Therapia	22. „	Botschafter Frhr. v. Saurma an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	57	101
2416	„	22. „	Botschafter Frhr. v. Saurma an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	59	101
2417	„	22. „	Botschafter Frhr. v. Saurma an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	61	101
2418	„	28. „	Botschafter Frhr. v. Saurma an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	61	101
2419	London	30. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt . . . . .	62	101
2420	Berlin	30. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	63	101

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des	
				Aktenwerks	Wegweisers
		<b>1895</b>		Bd. 10	
2421	Werki	1. Sept.	Reichskanzler Fürst Hohenlohe an Staatssekretär Frhr. v. Marschall . . . . .	64	101
2422	Therapia	3. „	Botschafter Frhr. v. Saurma an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	65	101
2423	„	18. „	Botschafter Frhr. v. Saurma an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	65	101
2424	„	30. „	Botschafter Frhr. v. Saurma an Auswärtiges Amt . . . . .	66	101
2425	„	4. Okt.	Botschafter Frhr. v. Saurma an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	67	101
2426	„	4. „	Botschafter Frhr. v. Saurma an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	68	101
2427	Berlin	6. „	Aufzeichnung des Reichskanzlers Fürst Hohenlohe . . . . .	69	101
2428	Therapia	6. „	Botschafter Frhr. v. Saurma an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	69	102
2429	Berlin	9. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Kaiser Wilhelm II. . . . .	71	102
2430	„	10. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Frhr. v. Saurma . . . . .	72	102
2431	Wien	10. „	Geschäftsträger Prinz v. Lichnowsky an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	72	102
2432	Berlin	12. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an den Geschäftsträger Prinz v. Lichnowsky . . . . .	73	102
2433	Therapia	12. „	Botschafter Frhr. v. Saurma an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	73	102
2434	„	18. „	Botschafter Frhr. v. Saurma an Auswärtiges Amt . . . . .	74	102
2435	„	19. „	Botschafter Frhr. v. Saurma an Auswärtiges Amt . . . . .	75	102
2436	Petersburg	19. „	Botschafter Fürst Radolin an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	75	102
2437	München	21. „	Reichskanzler Fürst Hohenlohe an Auswärtiges Amt . . . . .	76	102
2438	Therapia	22. „	Botschafter Frhr. v. Saurma an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	78	102
2439	„	23. „	Botschafter Frhr. v. Saurma an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	79	102
2440	„	23. „	Botschafter Frhr. v. Saurma an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	80	102
2441	London	24. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt für den Vortragenden Rat v. Holstein . . . . .	81	102
2442	„	25. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt . . . . .	81	102

Lau- fende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des	
				Akten- werks	Weg- weisers
		<b>1895</b>		Bd. 10	
2443	Petersburg	24. Okt.	Botschafter Fürst Radolin an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	83	102
2444	Therapia	26. „	Botschafter Frhr. v. Saurma an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	84	102
	Trapezunt	10. „	Anlage. Österreich-ungarischer Generalkonsul Zagorski an Botschafter Frhr. v. Calice . . . . .	85	102
			<b>B. Das Fiasko des Armenischen Dreibundes</b>		
2445	Therapia	29. „	Botschafter Frhr. v. Saurma an Auswärtiges Amt . . . . .	91	102
2446	Petersburg	29. „	Botschafter Fürst Radolin an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	91	102
2447	Therapia	1. Nov.	Botschafter Frhr. v. Saurma an Auswärtiges Amt . . . . .	94	103
2448	„	1. „	Desgl. . . . .	94	103
2449	London	2. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	95	103
2450	Therapia	5. „	Botschafter Frhr. v. Saurma an Auswärtiges Amt . . . . .	96	103
2451	„	8. „	Botschafter Frhr. v. Saurma an Auswärtiges Amt . . . . .	97	103
2452	Piesdorf	8. „	Kaiser Wilhelm II. an Kaiser Nikolaus II.	98	103, 255
2453	Zarskoë-Selo	9. „	Kaiser Nikolaus II. an Kaiser Wilhelm II.	98	103, 255
	Palais				
2454	Berlin	10. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf Hatzfeldt . . . . .	98	103
2455	„	12. „	Aufzeichnung des Reichskanzlers Fürst Hohenlohe . . . . .	99	103
2456	Pera	10. „	Botschafter Frhr. v. Saurma an Auswärtiges Amt . . . . .	101	103
2457	„	11. „	Botschafter Frhr. v. Saurma an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	102	103
2458	„	13. „	Botschafter Frhr. v. Saurma an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	103	103
2459	„	13. „	Botschafter Frhr. v. Saurma an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	104	103
2460	„	14. „	Botschafter Frhr. v. Saurma an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	105	103
2461	London	19. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt . . . . .	107	103
2462	Pera	19. „	Botschafter Frhr. v. Saurma an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	107	104
2463	Rumpenheim	21. „	Kaiser Wilhelm II. an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	109	104

Lau- fende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des	
				Akten- werks	Weg- weisers
		<b>1895</b>		Bd. 10	
2464	Berlin	22. Nov.	Reichskanzler Fürst Hohenlohe an Kaiser Wilhelm II. . . . .	112	104
2465	Wien	21. „	Botschafter Graf zu Eulenburg an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	114	104
2466	Pera	20. „	Botschafter Frhr. v. Saurma an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	115	104
2467	Berlin	23. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf zu Eulenburg . . . . .	116	104
	„	23. „	Anlage. Englischer Geschäftsträger Martin Gosselin an Staatssekretär Frhr. v. Marschall . . . . .	117	105, 255
2468	„	25. „	Aufzeichnung des Staatssekretärs Frhr. v. Marschall . . . . .	117	105
2469	Pera	25. „	Botschafter Frhr. v. Saurma an Auswärtiges Amt . . . . .	118	105
2470	„	11. Dez.	Botschafter Frhr. v. Saurma an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	118	105
2471	„	11. „	Botschafter Frhr. v. Saurma an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	119	105
2472	Berlin	15. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Kaiser Wilhelm II. . . . .	121	105
2473	„	16. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf zu Eulenburg . . . . .	121	105
2474	„	17. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Frhr. v. Saurma . . . . .	122	105
2475	Wien	17. „	Botschafter Graf zu Eulenburg an Auswärtiges Amt . . . . .	123	105
2476	Rom	17. „	Botschafter B. v. Bülow an Auswärtiges Amt . . . . .	123	105
2477	Wien	17. „	Botschafter Graf zu Eulenburg an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	124	105
2478	Rom	20. „	Botschafter B. v. Bülow an Auswärtiges Amt . . . . .	125	105
2479	Pera	16. „	Botschafter Frhr. v. Saurma an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	127	105
			<b>Anhang: Die Episode von Zeitun</b>		
2480	„	17. „	Botschafter Frhr. v. Saurma an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	131	106
2481	Berlin	18. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Frhr. v. Saurma . . . . .	132	106
2482	Pera	19. „	Botschafter Frhr. v. Saurma an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	133	106
2483	Berlin	24. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Kaiser Wilhelm II. . . . .	133	106

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des	
				Aktenwerks	Wegweisers
		<b>1895</b>		Bd. 10	
2484	Pera	23. Dez.	Botschafter Frhr. v. Saurma an Auswärtiges Amt . . . . .	133	106
		<b>1896</b>			
2485	„	3. Jan.	Botschafter Frhr. v. Saurma an Auswärtiges Amt . . . . .	134	106
2486	„	13. Febr.	Botschafter Frhr. v. Saurma an Auswärtiges Amt . . . . .	135	106
2487	„	18. April	Botschafter Frhr. v. Saurma an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	135	106
<b>62. Kapitel</b>					
<b>Versuche einer Neugruppierung der Mächte. Graf Goluchowskis Fiasko 2. Hälfte 1895</b>					
<b>A. Goluchowskis Balkanpolitik</b>					
		<b>1895</b>			
2488	Ischl	8. Aug.	Botschafter Graf zu Eulenburg an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	139	107
2489	Berlin	19. „	Reichskanzler Fürst Hohenlohe an Botschafter Graf zu Eulenburg . . . . .	141	107
2490	Wien	28. Okt.	Geschäftsträger Prinz v. Lichnowsky an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	144	107
2491	„	30. „	Geschäftsträger Prinz v. Lichnowsky an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	147	107
2492	„	2. Nov.	Geschäftsträger Prinz v. Lichnowsky an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	148	107
2493	London	2. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	149	107
2494	Berlin	4. „	Aufzeichnung des Staatssekretärs Frhr. v. Marschall . . . . .	151	107
2495	„	5. „	Reichskanzler Fürst Hohenlohe an Botschafter Graf zu Eulenburg . . . . .	155	107
2496	„	6. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf zu Eulenburg . . . . .	157	108
2497	Wien	8. „	Botschafter Graf zu Eulenburg an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	157	108
2498	„	9. „	Botschafter Graf zu Eulenburg an Staatssekretär Frhr. v. Marschall . . . . .	159	108
2499	„	10. „	Botschafter Graf zu Eulenburg an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	160	108
2500	„	10. „	Botschafter Graf zu Eulenburg an Kaiser Wilhelm II. . . . .	162	108
2501	Berlin	11. „	Reichskanzler Fürst Hohenlohe an Botschafter Graf zu Eulenburg . . . . .	164	108

Lau- fende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Akten- werks   Weg- weisers	
			<b>B. Österreichs Vorstoß in der Orientfrage und Englands Zurückweichen</b>	Bd. 10	
		<b>1895</b>	<b>Flottendemonstration und Stationärfrage</b>		
2502	Rom	9. Nov.	Botschafter B. v. Bülow an Auswärtiges Amt . . . . .	169	108
2503	Berlin	10. „	Reichskanzler Fürst Hohenlohe an Bot- schafter B. v. Bülow . . . . .	170	108
2504	Rom	11. „	Botschafter B. v. Bülow an Auswärtiges Amt . . . . .	171	108
2505	Wien	11. „	Botschafter Graf zu Eulenburg an Aus- wärtiges Amt . . . . .	172	108
2506	Pera	12. „	Botschafter Frhr. v. Saurma an Auswär- tiges Amt . . . . .	173	109
2507	Berlin	12. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Bot- schafter Graf zu Eulenburg . . . . .	173	109
2508	Wien	13. „	Botschafter Graf zu Eulenburg an Aus- wärtiges Amt . . . . .	174	109
2509	Rom	13. „	Botschafter B. v. Bülow an Auswärtiges Amt . . . . .	175	109
2510	Berlin	15. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Bot- schafter Frhr. v. Saurma . . . . .	176	109
2511	„	15. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Reichs- kanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	176	109
2512	Rom	15. „	Botschafter B. v. Bülow an Auswärtiges Amt . . . . .	178	109
2513	Berlin	16. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Reichs- kanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	179	109
2514	Wien	16. „	Botschafter Graf zu Eulenburg an Aus- wärtiges Amt . . . . .	180	109
2515	Petersburg	16. „	Botschafter Fürst Radolin an Auswärtiges Amt . . . . .	181	109
2516	London	17. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt . . . . .	182	109
2517	Pera	17. „	Botschafter Frhr. v. Saurma an Auswär- tiges Amt . . . . .	182	109
2518	Petersburg	17. „	Botschafter Fürst Radolin an Auswärtiges Amt . . . . .	183	109
2519	Wien	17. „	Botschafter Graf zu Eulenburg an Reichs- kanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	184	109
2520	Petersburg	16. „	Botschafter Fürst Radolin an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	185	109
2521	Rom	19. „	Botschafter B. v. Bülow an Auswärtiges Amt . . . . .	185	109
2522	Pera	19. „	Botschafter Frhr. v. Saurma an Auswär- tiges Amt . . . . .	186	109

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Akten- Wegweisers	
		<b>1895</b>		Bd. 10	
2523	Pera	19. Nov.	Botschafter Frhr. v. Saurma an Auswärtiges Amt . . . . .	187	109
2524	„	19. „	Botschafter Frhr. v. Saurma an Auswärtiges Amt . . . . .	187	109
2525	London	20. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt . . . . .	188	109
2526	Pera	20. „	Botschafter Frhr. v. Saurma an Auswärtiges Amt . . . . .	189	109
2527	Paris	20. „	Botschafter Graf Münster an Auswärtiges Amt . . . . .	189	109
2528	Pera	20. „	Botschafter Frhr. v. Saurma an Auswärtiges Amt . . . . .	190	109
2529	Berlin	21. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter B. v. Bülow . . . . .	190	109
2530	Göhrde	23. „	Kaiser Wilhelm II. an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	191	109
2531	Berlin	23. „	Reichskanzler Fürst Hohenlohe an Kaiser Wilhelm II. . . . .	192	109
2532	Pera	26. „	Botschafter Frhr. v. Saurma an Auswärtiges Amt . . . . .	193	109
2533	Berlin	26. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Frhr. v. Saurma . . . . .	194	109
2534	( „ )	(26. „ )	Aufzeichnung des Staatssekretärs Frhr. v. Marschall . . . . .	195	109
2535	„	29. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Frhr. v. Saurma . . . . .	195	109
2536	„	6. Dez.	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf Hatzfeldt . . . . .	196	109
2537	Pera	10. „	Botschafter Frhr. v. Saurma an Auswärtiges Amt . . . . .	197	109
			<b>C. Versuche einer Aktivierung der Entente à trois</b>		
2538	Rom	8. Nov.	Botschafter B. v. Bülow an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	201	109
2539	„	13. „	Botschafter B. v. Bülow an Auswärtiges Amt . . . . .	201	109
2540	Berlin	14. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter B. v. Bülow . . . . .	202	109
2541	„	14. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf zu Eulenburg . . . . .	202	109
2542	„	14. „	Reichskanzler Fürst Hohenlohe an Botschafter Graf zu Eulenburg . . . . .	203	110
2543	„	15. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	204	110

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des	
				Akten- werks	Weg- weisers
		<b>1895</b>		Bd. 10	
2544	Berlin	17. Nov.	Österreich-ungarischer Botschafter v. Szögyény an Staatssekretär Frhr. v. Marschall . . . . .	205	110
2545	Wien	15. „	Botschafter Graf zu Eulenburg an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	206	110
2546	Berlin	20. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter B. v. Bülow . . . . .	207	110
2547	„	20. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf Hatzfeldt . . . . .	208	110
2548	„	21. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Kaiser Wilhelm II. . . . .	209	110
2549	„	21. Nov.	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter B. v. Bülow . . . . .	210	110
2550	Rom	21. „	Botschafter B. v. Bülow an Auswärtiges Amt . . . . .	211	110
2551	London	30. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	213	110
2552	Berlin	2. Dez.	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf Hatzfeldt . . . . .	213	110
2553	„	2. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf zu Eulenburg . . . . .	214	110
2554	London	2. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt . . . . .	215	110
2555	Berlin	3. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter B. v. Bülow . . . . .	216	110, 256
2556	Rom	3. „	Botschafter B. v. Bülow an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	218	110
2557	„	5. „	Botschafter B. v. Bülow an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	223	110
	„	3. „	Anlage. Italienischer Minister des Äußern Baron Blanc an Botschafter Ferrero . . . . .	224	110
2558	„	7. „	Botschafter B. v. Bülow an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	226	110
2559	Berlin	10. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf Münster . . . . .	227	111
2560	Paris	12. „	Botschafter Graf Münster an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	228	111
2561	London	12. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt . . . . .	229	111
2562	„	13. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an den Vortragenden Rat v. Holstein . . . . .	230	111
2563	Berlin	15. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf Hatzfeldt . . . . .	231	111
2564	„	17. „	Reichskanzler Fürst Hohenlohe an Botschafter B. v. Bülow . . . . .	232	111

Lau- fende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des	
				Akten- werks	Weg- weisers
		<b>1895</b>		Bd. 10	
2565	Berlin	19. Dez.	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Bot- schafter Graf zu Eulenburg . . . . .	237	111
2566	Petersburg	19. „	Botschafter Fürst Radolin an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	238	111
2567	Wien	21. „	Botschafter Graf zu Eulenburg an Reichs- kanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	239	111
2568	„	23. „	Botschafter Graf zu Eulenburg an Aus- wärtiges Amt . . . . .	241	111
2569	Berlin	23. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Bot- schafter Graf zu Eulenburg . . . . .	242	111
			<b>A n h a n g: Ein Russisch-Englisches Kondominium in Konstantinopel?</b>		
2570	„	17. „	Aufzeichnung des Staatssekretärs Frhr. v. Marschall . . . . .	249	111
2571	„	19. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Bot- schafter Graf Hatzfeldt . . . . .	249	111
2572	„	20. „	Kaiser Wilhelm II. an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	251	112
2573	„	21. „	Aufzeichnung des Staatssekretärs Frhr. v. Marschall . . . . .	255	112
2574	„	23. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Kaiser Wilhelm II. . . . .	257	112
		21. „	Anlage. Englischer Premierminister Lord Salisbury an Botschafter Sir Frank Lascelles . . . . .	258	112, 256
2575	Petersburg	24. „	Botschafter Fürst Radolin an Auswärtiges Amt . . . . .	258	113
2576	Wien	26. „	Botschafter Graf zu Eulenburg an Aus- wärtiges Amt . . . . .	259	113

## 11. Band

## Die Krügerdepesche und das europäische Bündnissystem 1896

			63. Kapitel	Bd. 11	
			<b>Die Krüger-Depesche und ihre Rück- wirkungen auf das Deutsch-Englische Verhältnis 1896</b>		
		<b>1895</b>			
2577	Berlin	1. Febr.	Aufzeichnung des Staatssekretärs Frhr. v. Marschall . . . . .	3	117
2578	„	15. Okt.	Aufzeichnung des Staatssekretärs Frhr. v. Marschall . . . . .	5	117

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des	
				Aktenwerks	Wegweisers
		<b>1895</b>		Bd. 11	
2579	Neues Palais	25. Okt.	Kaiser Wilhelm II. an Staatssekretär Frhr. v. Marschall . . . . .	8	118
2580	London	25. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt . . . . .	12	118
2581	Berlin	29. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf Hatzfeldt . . . . .	12	118
2582	London	1. Nov.	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt . . . . .	13	118
2583	„	2. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	14	119
2584	Berlin	17. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Kaiser Wilhelm II. . . . .	14	119
2585	Pretoria	24. Dez.	Konsul v. Herff an Auswärtiges Amt . . . . .	15	119
2586	Berlin	28. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf Hatzfeldt . . . . .	15	119
2587	„	30. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Konsul v. Herff . . . . .	16	119
2588	Pretoria	30. „	Konsul v. Herff an Auswärtiges Amt . . . . .	16	119
2589	Berlin	31. „	Aufzeichnung des Staatssekretärs Frhr. v. Marschall . . . . .	17	119
2590	„	31. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Konsul v. Herff . . . . .	19	119
2591	„	31. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf Hatzfeldt . . . . .	19	119
2592	Pretoria	31. „	Die Deutschen in Pretoria an Kaiser Wilhelm II. . . . .	20	119
2593	„	31. „	Konsul v. Herff an Auswärtiges Amt . . . . .	21	119
		<b>1896</b>			
2594	Berlin	1. Jan.	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Kaiser Wilhelm II. . . . .	21	119
		<b>1895</b>			
	London	31. Dez.	Anlage. Englischer Premierminister Marquess of Salisbury an Botschafter Sir Frank Lascelles . . . . .	23	119, 256
		<b>1896</b>			
2595	„	1. Jan.	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt . . . . .	23	119
2596	„	1. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt . . . . .	24	119
2597	„	1. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt . . . . .	24	119
2598	Berlin	2. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf Hatzfeldt . . . . .	25	119
2599	„	2. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Kaiser Wilhelm II. . . . .	26	119

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des	
				Aktenwerks	Wegweisers
		<b>1896</b>		Bd. 11	
2600	Berlin	2. Jan.	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf Hatzfeldt . . . . .	27	119
2601	„	2. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf Hatzfeldt . . . . .	27	119
2602	London	2. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt . . . . .	28	119
2603	Berlin	2. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf Hatzfeldt . . . . .	28	119
2604	Pretoria	1. „	Konsul v. Herff an Auswärtiges Amt . .	29	119
2605	London	3. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt . . . . .	29	119
2606	„	3. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt . . . . .	29	119
2607	Berlin	3. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf Hatzfeldt . . . . .	30	119
2608	„	3. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter B. v. Bülow . . . . .	30	119
2609	„	3. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Konsul v. Herff . . . . .	31	119
2610	„	3. „	Kaiser Wilhelm II. an Präsident Krüger .	31	119
2611	London	3. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt . . . . .	32	120
2612	Berlin	4. „	Vortragender Rat v. Holstein an Botschafter Graf Hatzfeldt . . . . .	33	120
2613	London	4. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt . . . . .	33	120
2614	Pretoria	4. „	Konsul v. Herff an Auswärtiges Amt . .	34	120
2615	Berlin	5. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Konsul v. Herff . . . . .	35	120
2616	Pretoria	6. „	Konsul v. Herff an Auswärtiges Amt . .	36	120
2617	Neues Palais	6. „	Kaiser Wilhelm II. an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	36	120
2618	Berlin	7. „	Reichskanzler Fürst Hohenlohe an Kaiser Wilhelm II. . . . .	37	120
2619	„	6. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf Hatzfeldt . . . . .	39	120
2620	London	7. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt . . . . .	40	120
2621	Berlin	8. „	Vortragender Rat v. Holstein an Botschafter Graf Hatzfeldt . . . . .	41	120
2622	Petersburg	6. „	Botschafter Fürst Radolin an Auswärtiges Amt . . . . .	42	120
2623	Zarskoë Selo	6. „	Kaiser Nikolaus II. von Rußland an Kaiser Wilhelm II. . . . .	43	120, 257

Lau- fende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des	
				Akten- werks	Weg- weisers
		<b>1896</b>		Bd. 11	
2624	Petersburg	8. Jan.	Botschafter Fürst Radolin an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	44	120
2625	London	8. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt . . . . .	44	120
2626	Berlin	9. „	Vortragender Rat v. Holstein an Bot- schafter Graf zu Eulenburg . . . . .	45	120
2627	London	9. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt . . . . .	46	120
2628	Berlin	9. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Bot- schafter Graf Hatzfeldt . . . . .	47	120
2629	„	10. „	Vortragender Rat v. Holstein an Bot- schafter Graf Hatzfeldt . . . . .	48	120
2630	Pretoria	9. „	Konsul v. Herff an Auswärtiges Amt . .	49	120
2631	London	10. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt . . . . .	49	120
2632	„	11. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt . . . . .	50	120
2633	Berlin	11. „	Aufzeichnung des Staatssekretärs Frhr. v. Marschall . . . . .	51	120
2634	„	11. „	Aufzeichnung des Staatssekretärs Frhr. v. Marschall . . . . .	52	120
2635	London	17. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt . . . . .	52	120
2636	„	21. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an den Vor- tragenden Rat v. Holstein . . . . .	53	120
2637	Berlin	20. Febr.	Aufzeichnung des Vortragenden Rats v. Holstein . . . . .	56	120
2638	„	22. „	Aufzeichnung des Staatssekretärs Frhr. v. Marschall . . . . .	59	120
2639	London	15. März	Botschafter Graf Hatzfeldt an Reichs- kanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	61	120
<b>64. Kapitel</b>					
		<b>1895</b>	<b>Kontinentalliga gegen England? 1896</b>		
2640	Berlin	30. Dez.	Aufzeichnung des Vortragenden Rats v. Holstein . . . . .	67	121
		<b>1896</b>			
2641	„	1. Jan.	Reichskanzler Fürst Hohenlohe an Bot- schafter Graf Münster . . . . .	69	121
2642	Rom	3. „	Botschafter B. v. Bülow an Auswärtiges Amt . . . . .	72	122
2643	Berlin	3. „	Vortragender Rat v. Holstein an Bot- schafter v. Bülow . . . . .	73	122

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des	
				Aktenwerks	Wegweisers
		<b>1896</b>		<b>Bd. 11</b>	
2644	Berlin	3. Jan.	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter B. v. Bülow . . . . .	74	122
2645	Meran	8. „	Botschafter Graf zu Eulenburg an Auswärtiges Amt . . . . .	75	122
2646	Berlin	15. „	Reichskanzler Fürst Hohenlohe an Botschafter Graf Hatzfeldt . . . . .	75	122
2647	Rom	15. „	Botschafter B. v. Bülow an Auswärtiges Amt . . . . .	76	122
2648	Berlin	15. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter v. Bülow . . . . .	76	122
2649	Rom	15. „	Botschafter B. v. Bülow an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	77	122
2650	Paris	16. „	Botschafter Graf Münster an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	80	122
2651	Berlin	19. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Fürst Radolin . . . . .	82	122
2652	Petersburg	23. „	Botschafter Fürst Radolin an Auswärtiges Amt . . . . .	84	123
2653	Berlin	23. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Fürst Radolin . . . . .	84	123
2654	Petersburg	23. „	Botschafter Fürst Radolin an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	84	123
2655	Berlin	23. „	Reichskanzler Fürst Hohenlohe an Botschafter B. v. Bülow . . . . .	86	123
2656	Rom	23. „	Botschafter B. v. Bülow an Auswärtiges Amt . . . . .	88	123
2657	„	5. Febr.	Botschafter B. v. Bülow an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	89	123, 257
2658	„	18. „	Botschafter B. v. Bülow an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	89	123
			<b>65. Kapitel</b>		
			<b>Englands Absage an die Entente à trois</b>		
2659	London	22. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt . . . . .	95	124
2660	Berlin	23. „	Reichskanzler Fürst Hohenlohe an Botschafter Graf Hatzfeldt . . . . .	95	124
2661	„	25. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf Hatzfeldt . . . . .	96	124
2662	Rom	27. „	Botschafter B. v. Bülow an Auswärtiges Amt . . . . .	97	125
2662	London	3. Febr.	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt . . . . .	99	125

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des	
				Aktenwerks	Wegweisers
		<b>1896</b>		Bd. 11	
2664	London	8. Febr.	Botschafter Graf Hatzfeldt an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	99	125
2665	Berlin	16. „	Aufzeichnung des Vortragenden Rats v. Holstein . . . . .	102	125
2666	Rom	18. „	Botschafter B. v. Bülow an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	103	125
2667	Berlin	22. „	Aufzeichnung des Vortragenden Rats v. Holstein . . . . .	104	125
2668	London	24. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	104	125
2669	Wien	24. „	Botschafter Graf zu Eulenburg an Auswärtiges Amt . . . . .	105	125
<b>66. Kapitel</b>					
<b>Deutschlands Absage an Österreichs Dreibundaspirationen</b>					
		<b>1896</b>			
2670	Wien	31. Jan.	Botschafter Graf zu Eulenburg an Kaiser Wilhelm II. . . . .	109	125
2671	Berlin	2. Febr.	Reichskanzler Fürst Hohenlohe an Kaiser Wilhelm II. . . . .	112	126
2672	„	5. „	Reichskanzler Fürst Hohenlohe an Botschafter Graf zu Eulenburg . . . . .	114	127
2673	Wien	1. März	Botschafter Graf zu Eulenburg an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	115	127
	„	29. Febr.	Anlage. Aufzeichnung des ersten Sekretärs der Botschaft Prinz v. Lichnowsky	116	127
2674	Berlin	2. März	Aufzeichnung des Reichskanzlers Fürst Hohenlohe . . . . .	119	127
2675	„	4. „	Reichskanzler Fürst Hohenlohe an Kaiser Wilhelm II. . . . .	120	127
2676	„	5. „	Reichskanzler Fürst Hohenlohe an Botschafter Graf zu Eulenburg . . . . .	122	127
2677	„	7. „	Reichskanzler Fürst Hohenlohe an Botschafter Graf zu Eulenburg . . . . .	125	127
2678	Wien	6. „	Botschafter Graf zu Eulenburg an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	126	128
2679	„	8. „	Botschafter Graf zu Eulenburg an Auswärtiges Amt . . . . .	129	128
2680	Berlin	15. „	Aufzeichnung des Reichskanzlers Fürst Hohenlohe . . . . .	130	128

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	des Wegweisers
			67. Kapitel	Bd. 11	
			<b>Die Ägyptische Frage und die Mächte. Französisch-Englische Annäherungsversuche und ihr Scheitern</b>		
			1896		
2681	Berlin	18. Febr.	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf Hatzfeldt . . . . .	135	128
2682	London	19. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt . . . . .	135	128
2683	Berlin	21. „	Vortragender Rat v. Holstein an Botschafter Graf Hatzfeldt . . . . .	136	129
2684	„	22. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf Hatzfeldt . . . . .	137	129
2685	London	22. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt . . . . .	137	129
2686	Pera	22. „	Botschafter Frhr. v. Saurma an Auswärtiges Amt . . . . .	138	129
2687	Berlin	23. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Fürst Radolin . . . . .	139	129
2688	„	23. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf zu Eulenburg . . . . .	139	129
2689	„	24. „	Reichskanzler Fürst Hohenlohe an Botschafter Fürst Radolin . . . . .	140	129
2690	Wien	25. „	Botschafter Graf zu Eulenburg an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	143	129
2691	Berlin	27. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf Hatzfeldt . . . . .	145	129
2692	„	3. März	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Frhr. v. Saurma . . . . .	146	129
2693	London	4. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt . . . . .	147	130
2694	„	5. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	147	130
2695	Pera	7. „	Botschafter Frhr. v. Saurma an Auswärtiges Amt . . . . .	150	130
2696	Paris	13. „	Botschafter Graf Münster an Auswärtiges Amt . . . . .	151	130
2697	Kairo	15. „	Generalkonsul in Kairo Graf Metternich an Auswärtiges Amt . . . . .	151	130
2698	—	15. „	Lord Salisbury an Botschafter Sir F. Lascelles . . . . .	152	130, 257
2699	London	15. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	153	131
2700	Berlin	16. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter B. v. Bülow . . . . .	155	130

Lau- fende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des	
				Akten- werks	Weg- weisers
		<b>1896</b>		Bd. 11	
2701	Rom	18. März	Botschafter B. v. Bülow an Auswärtiges Amt . . . . .	155	130
2702	Berlin	18. „	Aufzeichnung des Staatssekretärs Frhr. v. Marschall . . . . .	156	130
2703	Paris	18. „	Botschafter Graf Münster an Auswärtiges Amt . . . . .	156	131
2704	London	18. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt . . . . .	157	131
2705	Berlin	19. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf Hatzfeldt . . . . .	157	130
2706	Paris	19. „	Botschafter Graf Münster an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	158	131, 258
2707	London	19. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	161	131
2708	„	20. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt . . . . .	162	131
2709	Kairo	12. „	Generalkonsul Graf Metternich an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	163	131
2710	Berlin	21. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf Hatzfeldt . . . . .	165	131
2711	Rom	21. „	Botschafter B. v. Bülow an Auswärtiges Amt	166	130
2712	Berlin	21. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter B. v. Bülow . . . . .	166	130
2713	Petersburg	21. „	Botschafter Fürst Radolin an Auswärtiges Amt . . . . .	167	130
2714	London	21. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt . . . . .	168	130
2715	„	21. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	169	131
2716	Berlin	24. „	Aufzeichnung des Staatssekretärs Frhr. v. Marschall . . . . .	170	130
2717	London	25. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt . . . . .	170	130
2718	„	25. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt . . . . .	171	131
2719	„	26. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt . . . . .	172	130
2720	Kairo	26. „	Generalkonsul Graf Metternich an Auswärtiges Amt . . . . .	173	130
2721	Paris	31. „	Botschafter Graf Münster an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	174	131
2722	„	1. April	Botschafter Graf Münster an Auswärtiges Amt . . . . .	175	131
2723	Berlin	2. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf Münster . . . . .	176	131

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des	
				Aktenwerks	Wegweisers
		1896		Bd. 11	
2724	Wien	1. April	Botschafter Graf zu Eulenburg an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	177	131
2725	Pera	3. „	Botschafter Frhr. v. Saurma an Auswärtiges Amt . . . . .	178	131
2726	Berlin	4. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Frhr. v. Saurma . . . . .	179	131
2727	Pera	7. „	Botschafter Frhr. v. Saurma an Auswärtiges Amt . . . . .	179	131
2728	Berlin	7. „	Aufzeichnung des Staatssekretärs Frhr. v. Marschall . . . . .	180	131
2729	„	14. „	Aufzeichnung des Staatssekretärs Frhr. v. Marschall . . . . .	181	131
2730	Paris	25. „	Botschafter Graf Münster an den Vortragenden Rat v. Holstein . . . . .	181	131
2731	Wien	30. „	Botschafter Graf zu Eulenburg an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	182	131
2732	Petersburg	5. Mai	Botschafter Fürst Radolin an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	184	131
2733	Berlin	8. „	Aufzeichnung des Staatssekretärs Frhr. v. Marschall . . . . .	184	131
2734	„	15. „	Aufzeichnung des Staatssekretärs Frhr. v. Marschall . . . . .	185	132
	Petersburg	15. „	Anlage. Fürst Lobanow an Botschafter Graf v. der Osten-Sacken . . . . .	187	132, 258
2735	Berlin	20. „	Reichskanzler Fürst Hohenlohe an Botschafter Fürst Radolin . . . . .	188	132
			Anlage. Aide-mémoire . . . . .	190	132, 259
2736	Pera	20. „	Botschafter Frhr. v. Saurma an Auswärtiges Amt . . . . .	190	132
2737	London	21. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	191	132
2738	„	21. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	193	132
2739	„	22. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	195	132
2740	Rom	22. „	Botschafter B. v. Bülow an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	198	132
2741	Berlin	24. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf Hatzfeldt . . . . .	200	132
2742	London	24. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an den Vortragenden Rat v. Holstein . . . . .	201	132
2743	Kairo	28. „	Generalkonsul Graf Metternich an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	204	133
2744	London	18. Juni	Botschafter Graf Hatzfeldt an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	205	133

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des	
				Aktenwerks	Wegweisers
		<b>1896</b>		Bd. 11	
2745	London	15. Juli	Botschafter Graf Hatzfeldt an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	207	133
2746	Paris	22. „	Botschafter Graf Münster an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	208	133
2747	Wien	28. Aug.	Botschafter Graf zu Eulenburg an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	209	133
<b>68. Kapitel</b>					
		<b>1895</b>	<b>Italiens Afrika-Nöte und die Mächte</b>		
2748	Rom	9. Dez.	Botschafter B. v. Bülow an Auswärtiges Amt . . . . .	213	133
2749	Berlin	13. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf Hatzfeldt . . . . .	214	133
2750	London	13. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt . . . . .	215	133
2751	„	15. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt . . . . .	216	133
2752	„	17. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt . . . . .	216	133
2753	„	18. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt . . . . .	217	133
2754	Berlin	20. „	Reichskanzler Fürst Hohenlohe an Botschafter Graf Münster . . . . .	218	133
2755	Rom	21. „	Botschafter B. v. Bülow an Auswärtiges Amt . . . . .	219	133
2756	„	24. „	Botschafter B. v. Bülow an Auswärtiges Amt . . . . .	220	133
2757	London	23. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	221	133
2758	Berlin	25. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter B. v. Bülow . . . . .	222	133
2759	„	28. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter B. v. Bülow . . . . .	223	133
		<b>1896</b>			
2760	London	8. Jan.	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt . . . . .	223	133
2761	Rom	21. „	Botschafter B. v. Bülow an Auswärtiges Amt . . . . .	224	133
2762	„	23. „	Botschafter B. v. Bülow an Auswärtiges Amt . . . . .	224	134
2763	„	30. „	Botschafter B. v. Bülow an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	225	134
2764	„	9. Febr.	Botschafter B. v. Bülow an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	228	134

Lau- fende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des	
				Akten- werks	Weg- weisers
		<b>1896</b>		Bd. 11	
2765	Berlin	13. Febr.	Aufzeichnung des Reichskanzlers Fürst Hohenlohe . . . . .	229	134
2766	„	15. „	Reichskanzler Fürst Hohenlohe an Bot- schafter B. v. Bülow . . . . .	230	134
2767	Rom	18. „	Botschafter B. v. Bülow an Reichs- kanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	232	134
2768	Berlin	22. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Bot- schafter B. v. Bülow . . . . .	233	134
2769	Rom	3. März	Botschafter B. v. Bülow an Auswärtiges Amt . . . . .	234	134
2770	Berlin	4. „	Reichskanzler Fürst Hohenlohe an Bot- schafter Graf Hatzfeldt . . . . .	235	134
2771	—	(4. „ )	Aufzeichnung des Staatssekretärs Frhr. v. Marschall . . . . .	236	134
2772	London	4. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Reichs- kanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	237	134
2773	„	5. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Reichs- kanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	238	134
2774	„	6. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt . . . . .	239	134
2775	Berlin	7. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Bot- schafter B. v. Bülow . . . . .	239	135
2776	London	8. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt . . . . .	240	135
2777	„	12. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt . . . . .	241	135
2778	Rom	12. „	Botschafter B. v. Bülow an Auswärtiges Amt . . . . .	241	135
2779	Berlin	13. „	Aufzeichnung des Staatssekretärs Frhr. v. Marschall . . . . .	242	135
2780	Rom	15. „	Botschafter B. v. Bülow an Auswärtiges Amt . . . . .	243	135
2781	„	18. „	Botschafter B. v. Bülow an Reichs- kanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	244	135
2782	„	23. „	Botschafter B. v. Bülow an Auswärtiges Amt . . . . .	245	135
2783	Berlin	11. April	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Bot- schafter B. v. Bülow . . . . .	245	136
2784	Venedig	12. „	Botschafter B. v. Bülow an Auswärtiges Amt . . . . .	246	136
2785	Rom	22. „	Botschafter B. v. Bülow an Auswärtiges Amt . . . . .	247	136
2786	„	25. „	Botschafter B. v. Bülow an Reichs- kanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	248	136

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des	
				Aktenwerks	Wegweisers
		<b>1896</b>		<b>Bd. 11</b>	
2787	Rom	13. Mai	Botschafter B. v. Bülow an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	250	136
2788	„	20. „	Botschafter B. v. Bülow an Auswärtiges Amt	253	136
2789	Berlin	21. Mai	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter B. v. Bülow . . . . .	254	136
2790	„	5. Juli	Aufzeichnung des Vortragenden Rats v. Holstein . . . . .	254	136
2791	Rom	23. Aug.	Geschäftsträger Graf Pückler an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	255	136
2792	„	11. Sept.	Geschäftsträger Graf Pückler an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	258	136
2793	„	23. Okt.	Botschafter B. v. Bülow an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	260	136
2794	„	3. Nov.	Botschafter B. v. Bülow an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	261	136
2795	„	16. „	Botschafter B. v. Bülow an Auswärtiges Amt . . . . .	263	137
			<b>69. Kapitel</b>		
			<b>Stillschweigende Erneuerung des Dreibundvertrages 1896</b>		
			<b>Anhänge:</b>		
			<b>A. Der Dreibund und das Italienisch-Französische Verhältnis</b>		
			<b>B. Verlängerung des Rumänischen Vertrages</b>		
			<b>C. Sturdzas Berliner Mission</b>		
2796	Berlin	9. Febr.	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter B. v. Bülow . . . . .	267	137
2797	„	21. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter B. v. Bülow . . . . .	268	137
		<b>1896</b>			
2798	Rom	29. Jan.	Botschafter B. v. Bülow an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	268	137
2799	Berlin	4. Febr.	Reichskanzler Fürst Hohenlohe an Kaiser Wilhelm II. . . . .	270	137
2800	„	11. „	Reichskanzler Fürst Hohenlohe an Botschafter B. v. Bülow . . . . .	271	137
2801	„	30. März	Italienischer Botschafter Graf Lanza an Staatssekretär Frhr. v. Marschall . . . . .	272	137, 259
2802	„	31. „	Reichskanzler Fürst Hohenlohe an Botschafter B. v. Bülow . . . . .	273	138
2803	Rom	2. April	Botschafter B. v. Bülow an Auswärtiges Amt . . . . .	275	138

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des	
				Aktenwerks	Wegweisers
		<b>1896</b>		Bd. 11	
2804	Rom	3. April	Botschafter B. v. Bülow an Auswärtiges Amt . . . . .	276	138
2805	Wien	5. „	Botschafter Graf zu Eulenburg an 'Auswärtiges Amt' . . . . .	277	138
2806	Berlin	7. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an den Geschäftsträger Prinz v. Lichnowsky . .	278	138
2807	„	30. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter B. v. Bülow . . . . .	278	138
	—	—	Anlage 1. Italienischer Minister Herzog von Sermoneta an den italienischen Botschafter Graf Lanza . . . . .	279	138, 260
	Berlin	29. „	Anlage 2. Staatssekretär Frhr. v. Marschall an den italienischen Botschafter Graf Lanza . . . . .	280	138, 260
2808	Rom	12. Mai	Botschafter B. v. Bülow an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	281	138
2809	Berlin	30. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter B. v. Bülow . . . . .	282	138
2810	„	2. Juli	Reichskanzler Fürst Hohenlohe an Botschafter B. v. Bülow . . . . .	282	138
2811	Rom	3. „	Botschafter B. v. Bülow an Auswärtiges Amt . . . . .	283	138
2812	„	22. „	Botschafter B. v. Bülow an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	285	139
2813	„	26. „	Botschafter B. v. Bülow an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	285	139
		<b>1897</b>			
2814	„	19. Juli	Geschäftsträger Graf Pückler an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	286	139
		<b>1895</b>	<b>Anhang A: Der Dreibund und das Italienisch-Französische Verhältnis 1896</b>		
2815	„	29. Okt.	Botschafter B. v. Bülow an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	287	139
		<b>1896</b>			
2816	„	9. Febr.	Botschafter B. v. Bülow an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	288	139
2817	„	1. „	Italienischer Minister Baron Blanc an den italienischen Botschafter Graf Tornielli .	289	139
2818	London	14. März	Botschafter Graf Hatzfeldt an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	291	139
2819	Rom	17. „	Botschafter B. v. Bülow an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	293	139
2820	„	21. Juli	Desgl. . . . .	294	139
2821	„	22. „	Desgl. . . . .	296	139

Lau- fende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des	
				Akten- werks	Weg- weisers
		<b>1896</b>		Bd. 11	
2822	Rom	10. Okt.	Geschäftsträger Graf Pückler an Reichs- kanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	297	139
2823	„	23. „	Botschafter B. v. Bülow an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	299	139
2824	„	26. Nov.	Botschafter B. v. Bülow an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	300	139
			<b>Anhang B: Die Verlängerung des ru- mänischen Vertrags 1896—1899</b>		
2825	Sinaia	1. Aug.	Gesandter Graf Leyden an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	301	140
2826	„	14. Sept.	Gesandter Graf Leyden an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	302	140
2827	Berlin	11. Nov.	Aufzeichnung des Vortragenden Rats v. Holstein . . . . .	302	140
2828	„	20. „	Aufzeichnung des Staatssekretärs Frhr. v. Marschall . . . . .	305	140
		<b>1897</b>			
2829	Bukarest	4. Jan.	Gesandter Graf Leyden an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	305	140
2830	Rom	11. „	Botschafter B. v. Bülow an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	306	140
2831	Berlin	14. „	Reichskanzler Fürst Hohenlohe an Bot- schafter B. v. Bülow . . . . .	307	140
		<b>1898</b>			
2832	„	30. Dez.	Staatssekretär B. v. Bülow an den ru- mänischen Gesandten Beldiman . . . .	307	140
			<b>Anhang C: Sturdzas Berliner Mission 1896—1897</b>		
		<b>1897</b>			
2833	Berlin	6. Jan.	Aufzeichnung des Stellvertretenden Staats- sekretärs Frhr. v. Rotenhan . . . . .	309	140
2834	„	7. „	Reichskanzler Fürst Hohenlohe an Kaiser Wilhelm II. . . . .	310	140
2835	„	15. „	Aufzeichnung des Vortragenden Rats Mumm v. Schwarzenstein . . . . .	312	140
2836	„	16. „	Reichskanzler Fürst Hohenlohe an Kaiser Wilhelm II. . . . .	314	140
			<b>70. Kapitel</b>		
			<b>Deutsch-Französische Beziehungen Ein Annäherungsversuch Hanotaux'?</b>		
		<b>1896</b>			
2837	Berlin	22. Juni	Aufzeichnung des Berliner Korrespon- denten der „Kölnischen Zeitung“ A. v. Huhn . . . . .	317	141

Lau- fende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des	
				Akten- werks	Weg- weisers
		<b>1896</b>		Bd. 11	
2838	Berlin	23. Juni	Aufzeichnung des Berliner Korrespondenten der „Kölnischen Zeitung“ A. v. Huhn . . . . .	320	141
2839	Paris	14. Juli	Botschafter Graf Münster an Auswärtiges Amt . . . . .	322	141
2840	London	24. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt . . . . .	323	141
2841	Kopenhagen	21. Aug.	Geschäftsträger Frhr. v. Seefried an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	323	141
2842	Berlin	19. Sept.	Aufzeichnung des Berliner Korrespondenten der „Kölnischen Zeitung“ A. v. Huhn . . . . .	324	141
2843	Petersburg	3. Dez.	Botschafter Fürst Radolin an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	331	142
2844	Berlin	8. „	Reichskanzler Fürst Hohenlohe an Botschafter Fürst Radolin . . . . .	332	142
<b>71. Kapitel</b>					
<b>Das Deutsch-Russische Verhältnis und die Französisch-Russische Allianz Zarenbesuche in Deutschland und Frankreich</b>					
		<b>1896</b>			
2845	Petersburg	7. April	Botschafter Fürst Radolin an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	337	142
2846	Berlin	15. „	Vortragender Rat v. Holstein an Botschafter Frhr. v. Saurma . . . . .	337	142
2847	Petersburg	18. „	Botschafter Fürst Radolin an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	340	142
2848	Berlin	23. „	Vortragender Rat v. Holstein an Botschafter Graf Münster . . . . .	342	142
2849	„	1. Mai	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf zu Eulenburg . . . . .	345	143
2850	Petersburg	14. „	Botschafter Fürst Radolin an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	345	143
2851	Berlin	19. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf Münster . . . . .	346	143
2852	Moskau	25. „	Kaiser Nikolaus II. an Kaiser Wilhelm II.	347	143, 261
2853	Paris	26. „	Botschafter Graf Münster an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	347	143
2854	„	3. Juli	Botschafter Graf Münster an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	349	143
2855	„	21. „	Botschafter Graf Münster an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	351	144

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des	
				Aktenwerks	Wegweisers
		<b>1896</b>		Bd. 11	
2856	Wien	29. Aug.	Botschafter Graf zu Eulenburg an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	353	144
2857	Petersburg	1. Sept.	Geschäftsträger v. Tschirschky an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	354	144
2858	Breslau	7. „	Aufzeichnung des Staatssekretärs Frhr. v. Marschall . . . . .	357	144
2859	Kiel	8. „	Kaiser Nikolaus II. an Kaiser Wilhelm II.	359	144, 261
2860	Görlitz	8. „	Kaiser Wilhelm II. an Kaiser Nikolaus II.	359	144, 262
2861	„	9. „	Kaiser Wilhelm II. an Auswärtiges Amt .	360	144
2862	Berlin	10. „	Aufzeichnung des Reichskanzlers Fürst Hohenlohe . . . . .	361	145
2863	„	30. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Kaiser Wilhelm II. . . . .	363	145
2864	Paris	3. Okt.	Botschafter Graf Münster an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	363	145
2865	Wien	8. „	Geschäftsträger Prinz v. Lichnowsky an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	366	145
2866	Paris	9. „	Botschafter Graf Münster an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	367	145
2867	„	10. „	Botschafter Graf Münster an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	368	145
2868	Wiesbaden	20. „	Kaiser Wilhelm II. an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	369	145
2869	Paris	22. „	Botschafter Graf Münster an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	370	146
2870	Petersburg	22. „	Botschafter Fürst Radolin an Auswärtiges Amt . . . . .	372	146
2871	Wien	23. „	Geschäftsträger Prinz v. Lichnowsky an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	373	146
2872	Berlin	28. „	Aufzeichnung des Staatssekretärs Frhr. v. Marschall . . . . .	375	146
2873	Petersburg	29. „	Botschafter Fürst Radolin an Auswärtiges Amt . . . . .	375	146
2874	Paris	30. „	Bericht des Militärattachés Oberstleutnant v. Schwartzkoppen . . . . .	376	146
2875	Petersburg	28. „	Botschafter Fürst Radolin an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	380	146
2876	Berlin	2. Nov.	Aufzeichnung des Reichskanzlers Fürst Hohenlohe . . . . .	381	146
2877	Wien	4. „	Geschäftsträger Prinz v. Lichnowsky an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	381	147
2878	Petersburg	5. „	Botschafter Fürst Radolin an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	383	147
2879	Berlin	11. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Fürst Radolin . . . . .	383	147

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des	
				Aktenwerks	Wegweisers
		1896		Bd. 11	
2880	Petersburg	20. „	Botschafter Fürst Radolin an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	384	147
2881	Berlin	24. „	Aufzeichnung des Staatssekretärs Frhr. v. Marschall . . . . .	385	147
2882	Petersburg	15. Dez.	Botschafter Fürst Radolin an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	386	147

## 12. Band

## Alte und neue Balkanhändel 1896—1899

## Erste Hälfte

## 72. Kapitel

		1896	Ein Vorspiel der Reformfrage 1896	Bd. 12, 1	
2883	Petersburg	16. Jan.	Botschafter Fürst Radolin an Auswärtiges Amt . . . . .	3	151
2884	Berlin	19. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Frhr. v. Saurma . . . . .	4	151
2885	„	22. „	Aufzeichnung des Staatssekretärs Frhr. v. Marschall . . . . .	4	151
2886	„	4. Febr.	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf zu Eulenburg . . . . .	6	151
2887	Petersburg	23. Jan.	Botschafter Fürst Radolin an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	7	151
2888	London	29. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	8	151
2889	Wien	30. „	Botschafter Graf zu Eulenburg an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	9	151
2890	Petersburg	6. Febr.	Botschafter Fürst Radolin an Auswärtiges Amt . . . . .	11	151

## 73. Kapitel

## Die Armenische Frage und die Mächte 1896

2891	Pera	28. Jan.	Botschafter Frhr. v. Saurma an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	15	151
2892	Berlin	28. Juni	Aufzeichnung des Reichskanzlers Fürst Hohenlohe . . . . .	17	151
2893	Therapia	29. Juli	Botschafter Frhr. v. Saurma an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	17	152
2894	„	26. Aug.	Botschafter Frhr. v. Saurma an Auswärtiges Amt . . . . .	18	152

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des	
				Aktenwerks	Wegweisers
		<b>1896</b>		Bd.	
2895	Berlin	27. Aug.	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Frhr. v. Saurma . . . . .	12, 1	
2896	Therapia	27. „	Botschafter Frhr. v. Saurma an Auswärtiges Amt . . . . .	19	152
2897	„	27. „	Botschafter Frhr. v. Saurma an Auswärtiges Amt . . . . .	19	152
2898	Berlin	28. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Kaiser Wilhelm II. . . . .	20	152
2899	„	29. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Kaiser Wilhelm II. . . . .	20	152
2900	„	29. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Kaiser Wilhelm II. . . . .	21	152
2901	„	29. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Kaiser Wilhelm II. . . . .	21	152, 262
2902	Therapia	30. „	Botschafter Frhr. v. Saurma an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	22	152
2903	„	1. Sept.	Botschafter Frhr. v. Saurma an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	23	152
2904	„	19. „	Botschafter Frhr. v. Saurma an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	24	152
2905	„	1. Okt.	Botschafter Frhr. v. Saurma an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	26	152
2906	„	7. „	Botschafter Frhr. v. Saurma an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	28	152
2907	„	21. „	Botschafter Frhr. v. Saurma an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	30	152
	Konstantinopel	19. „	Anlage. Türkischer Marschall Kamphövenner Pascha an Botschafter Frhr. v. Saurma . . . . .	30	152
2908	Therapia	25. „	Botschafter Frhr. v. Saurma an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	37	152
2909	„	19. Nov.	Botschafter Frhr. v. Saurma an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	39	152
2910	Pera	10. Dez.	Botschafter Frhr. v. Saurma an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	39	153
2911	„	22. „	Botschafter Frhr. v. Saurma an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	40	153
2912	„	28. „	Botschafter Frhr. v. Saurma an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	41	153
		<b>1897</b>			
2913	„	3. Jan.	Botschafter Frhr. v. Saurma an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	42	153
			Anlage . . . . .	42	153, 262

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des	
				Aktenwerks	Wegweisers
			<b>74. Kapitel</b>	Bd.	
				12, 1	
			<b>Die Meerengenfrage und die Mächte 1896—1897</b>		
		<b>1896</b>			
2014	Berlin	22. Jan.	Aufzeichnung des Staatssekretärs Frhr. v. Marschall . . . . .	47	153
2015	Wien	30. „	Botschafter Graf zu Eulenburg an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	49	153
2016	Paris	25. April	Botschafter Graf Münster an den Vortragenden Rat v. Holstein . . . . .	50	154
2017	London	8. Juni	Botschafter Graf Hatzfeldt an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	51	154
2018	Neues Palais	27. Aug.	Kaiser Wilhelm II. an Staatssekretär Frhr. v. Marschall . . . . .	52	154
2019	Berlin	29. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	55	154
2020	„	31. „	Aufzeichnung des Staatssekretärs Frhr. v. Marschall . . . . .	55	154
2021	Wien	28. „	Botschafter Graf zu Eulenburg an Auswärtiges Amt . . . . .	55	154
2022	„	1. Sept.	Botschafter Graf zu Eulenburg an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	58	154
2023	Breslau	4. „	Reichskanzler Fürst Hohenlohe an Kaiser Wilhelm II. . . . .	60	154
2024	Arnsdorf	4. „	Kaiser Wilhelm II. an Auswärtiges Amt . . . . .	61	154
2025	Wien	14. „	Botschafter Graf zu Eulenburg an Auswärtiges Amt . . . . .	62	154
2826	Therapia	20. „	Botschafter Frhr. v. Saurma an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	63	155
2927	Wien	21. „	Botschafter Graf zu Eulenburg an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	64	155
2928	Therapia	25. „	Botschafter Frhr. v. Saurma an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	64	155
2929	London	10. Dez.	Botschafter Graf Hatzfeldt an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	65	155
2930	Petersburg	27. „	Botschafter Fürst Radolin an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	67	155
			<b>1897</b>		
2931	London	12. Jan.	Botschafter Graf Hatzfeldt an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	69	155
2932	Berlin	15. „	Kaiser Wilhelm II. an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	71	155
2933	„	16. „	Reichskanzler Fürst Hohenlohe an Kaiser Wilhelm II. . . . .	72	155

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des	
				Aktenwerks	Wegweisers
		<b>1897</b>		Bd.	
2934	Berlin	22. Jan.	Aufzeichnung des Stellvertretenden Staatssekretärs Frhr. v. Rotenhan . . . . .	12, 1	
2935	London	29. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	74	155
2936	Wien	29. „	Botschafter Graf zu Eulenburg an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	76	155
2937	London	4. Febr.	Botschafter Graf Hatzfeldt an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	76	155
2938	Berlin	6. „	Reichskanzler Fürst Hohenlohe an Botschafter Graf zu Eulenburg . . . . .	78	155
2939	Petersburg	22. „	Botschafter Fürst Radolin an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	78	155
2940	„	10. März	Botschafter Fürst Radolin an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	81	155
2941	„	4. April	Geschäftsträger v. Tschirschky an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	81	155
2942	Paris	20. „	Botschafter Graf Münster an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	82	155
				83	155
			<b>75. Kapitel</b>		
			<b>Das Ende der Bulgarischen Frage Der Dreibund und die Anerkennung Fürst Ferdinands 1896</b>		
		<b>1895</b>			
2943	Neuershausen	11. Aug.	Aufzeichnung des Staatssekretärs Frhr. v. Marschall . . . . .	91	155
		<b>1896</b>			
2944	Petersburg	6. Febr.	Botschafter Fürst Radolin an Auswärtiges Amt . . . . .	94	156
2945	Berlin	7. „	Reichskanzler Fürst Hohenlohe an Kaiser Wilhelm II. . . . .	95	156
2946	Wien	7. „	Botschafter Graf zu Eulenburg an Auswärtiges Amt . . . . .	96	156
2947	Rom	7. „	Botschafter B. v. Bülow an Auswärtiges Amt . . . . .	96	156
2948	Wien	7. „	Botschafter Graf zu Eulenburg an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	97	156
2949	Berlin	11. „	Reichskanzler Fürst Hohenlohe an Botschafter Graf zu Eulenburg . . . . .	99	156
		<b>1880</b>			
	Friedrichsruh	3. Okt.	Anlage 1. Reichskanzler Fürst Bismarck an Botschafter Prinz Heinrich VII. Reuß	102	156
		<b>1882</b>			
	Berlin	4. Mai	Anlage 2. Botschafter Graf v. Hatzfeldt an Botschafter Prinz Heinrich VII. Reuß	103	156

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des	
				Aktenwerks	Wegweisers
		<b>1896</b>		Bd.	
2950	Berlin	12. Febr.	Reichskanzler Fürst Hohenlohe an Kaiser Wilhelm II. . . . .	104	156
2951	Wien	12. „	Botschafter Graf zu Eulenburg an Auswärtiges Amt . . . . .	104	156
2952	„	13. „	Botschafter Graf zu Eulenburg an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	105	156
2953	Berlin	15. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Kaiser Wilhelm II. . . . .	106	156
2954	„	16. „	Reichskanzler Fürst Hohenlohe an Kaiser Wilhelm II. . . . .	107	156
2955	„	16. „	Aufzeichnung des Vortragenden Rats v. Holstein . . . . .	107	156
2956	„	3. Mai	Aufzeichnung des Staatssekretärs Frhr. v. Marschall . . . . .	109	156
2957	Wien	14. Aug.	Botschafter Graf zu Eulenburg an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	112	157
		<b>1897</b>			
2958	Sofia	27. Juli	Verweser des Generalkonsulats Haering an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	113	157
2959	„	24. Aug.	Generalkonsul v. Voigts-Rhetz an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	114	157
		<b>1898</b>			
2960	Berlin	29. Juli	Generalkonsul v. Reichenau an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	115	157
			<b>76. Kapitel</b>		
			<b>Die Mazedonische Gefahr 1896</b>		
		<b>1895</b>			
2961	Pera	23. Mai	Geschäftsträger Graf Henckel v. Donnersmarck an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	121	157
2962	Therapia	17. Juni	Geschäftsträger Graf Henckel v. Donnersmarck an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	122	157
2963	Berlin	30. „	Unterstaatssekretär Frhr. v. Rotenhan an Generalkonsul v. Voigts-Rhetz . . . . .	123	157
2964	„	30. „	Unterstaatssekretär Frhr. v. Rotenhan an Botschafter Frhr. v. Saurma . . . . .	124	157
2965	„	1. Juli	Reichskanzler Fürst Hohenlohe an Kaiser Wilhelm II. . . . .	124	158
2966	Therapia	2. „	Botschafter Frhr. v. Saurma an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	126	158
2967	Wien	10. „	Geschäftsträger Prinz v. Lichnowsky an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	127	158
2968	Therapia	3. Aug.	Botschafter Frhr. v. Saurma an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	128	158

Lau- fende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des	
				Akten- werks	Weg- weisers
		<b>1895</b>		Bd. 12, 1	
2969	Wien	8. Dez.	Botschafter Graf zu Eulenburg an Reichs- kanzler Fürst zu Hohenlohe . . . . .	129	158
2970	Berlin	16. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Bot- schafter Graf zu Eulenburg . . . . .	129	158
		<b>1896</b>			
2971	Petersburg	16. Jan.	Botschafter Fürst Radolin an Auswärtiges Amt . . . . .	130	158
2972	Wien	23. „	Botschafter Graf zu Eulenburg an Aus- wärtiges Amt . . . . .	131	158
2973	Berlin	24. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Bot- schafter Graf zu Eulenburg . . . . .	132	158
2974	Wien	28. „	Botschafter Graf zu Eulenburg an Aus- wärtiges Amt . . . . .	132	158
2975	„	5. Febr.	Botschafter Graf zu Eulenburg an den Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	133	158
2976	Pera	8. „	Botschafter Frhr. v. Saurma an Auswärtiges Amt . . . . .	134	158
2977	Berlin	16. „	Aufzeichnung des Vortragenden Rats v. Holstein . . . . .	134	158
2978	„	18. „	Aufzeichnung des Staatssekretärs Frhr. v. Marschall . . . . .	135	158
2979	Therapia	20. Aug.	Botschafter Frhr. v. Saurma an Reichs- kanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	135	159
2980	Sofia	25. „	Generalkonsul v. Voigts-Rhetz an Reichs- kanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	136	159
		<b>1897</b>			
2981	Berlin	21. Jan.	Aufzeichnung des Stellvertretenden Staats- sekretärs Frhr. v. Rotenhan . . . . .	138	159
2982	Wien	9. Febr.	Botschafter Graf zu Eulenburg an Reichs- kanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	138	159
2983	Pera	3. März	Botschafter Frhr. v. Saurma an Reichs- kanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	139	159
2984	Berlin	4. „	Reichskanzler Fürst Hohenlohe an Bot- schafter Fürst Radolin . . . . .	141	159
2985	Petersburg	8. „	Botschafter Fürst Radolin an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	142	159
2986	Berlin	20. April	Aufzeichnung des Staatssekretärs Frhr. v. Marschall . . . . .	142	159
2987	„	22. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Bot- schafter Graf zu Eulenburg . . . . .	145	159
2988	Sofia	23. „	Generalkonsul v. Voigts-Rhetz an Aus- wärtiges Amt . . . . .	146	160
2989	Berlin	26. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Bot- schafter Frhr. v. Saurma . . . . .	147	160

Lau- fende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des	
				Akten- werks	Weg- weisers
		<b>1897</b>		Bd	
2900	Pera	28. April	Botschafter Frhr. v. Saurma an Auswärtiges Amt . . . . .	12, 1	
2901	„	3. Nov.	Botschafter Frhr. v. Saurma an Auswärtiges Amt . . . . .	148	160
				149	160
			<b>77. Kapitel</b>		
			<b>Die Kretensischen Wirren und die Mächte 1896</b>		
		<b>1896</b>			
2992	Berlin	6. Mai	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an den Gesandten Frhr. v. Plessen . . . . .	153	160
2993	Athen	13. „	Gesandter Frhr. v. Plessen an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	154	160
2994	London	26. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt . . . . .	155	160
2995	„	29. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt . . . . .	155	160
2996	Berlin	30. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Frhr. v. Saurma . . . . .	156	160
2997	Pera	3. Juni	Botschafter Frhr. v. Saurma an Auswärtiges Amt . . . . .	156	160
2998	Berlin	8. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Frhr. v. Saurma . . . . .	157	160
2999	„	9. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Frhr. v. Saurma . . . . .	157	160
3000	Therapia	10. „	Botschafter Frhr. v. Saurma an Auswärtiges Amt . . . . .	157	160
3001	„	14. „	Botschafter Frhr. v. Saurma an Auswärtiges Amt . . . . .	158	160
3002	Berlin	15. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Frhr. v. Saurma . . . . .	158	160
3003	Therapia	16. „	Botschafter Frhr. v. Saurma an Auswärtiges Amt . . . . .	159	160
3004	„	16. „	Botschafter Frhr. v. Saurma an Auswärtiges Amt . . . . .	159	160
3005	„	16. „	Botschafter Frhr. v. Saurma an Auswärtiges Amt . . . . .	160	160
3006	Athen	18. „	Gesandter Frhr. v. Plessen an Auswärtiges Amt . . . . .	161	160
3007	Paris	19. „	Botschafter Graf Münster an Auswärtiges Amt . . . . .	161	160
3008	Therapia	20. „	Botschafter Frhr. v. Saurma an Auswärtiges Amt . . . . .	161	160
3009	„	21. „	Botschafter Frhr. v. Saurma an Auswärtiges Amt . . . . .	162	160

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des	
				Aktenwerks	Wegweisers
		<b>1896</b>		Bd.	
3010	Berlin	21. Juni	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Frhr. v. Saurma . . . . .	12, 1	
3011	Therapia	23. „	Botschafter Frhr. v. Saurma an Auswärtiges Amt . . . . .	162	160
3012	„	23. „	Botschafter Frhr. v. Saurma an Auswärtiges Amt . . . . .	163	160
3013	Berlin	27. „	Botschafter Frhr. v. Saurma an Auswärtiges Amt . . . . .	163	160
3014	Berlin	27. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf Hatzfeldt . . . . .	164	160
3014	Therapia	24. „	Botschafter Frhr. v. Saurma an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	164	160
3015	„	28. „	Botschafter Frhr. v. Saurma an Auswärtiges Amt . . . . .	164	160
3016	„	29. „	Botschafter Frhr. v. Saurma an Auswärtiges Amt . . . . .	165	160
3017	„	1. Juli	Botschafter Frhr. v. Saurma an Auswärtiges Amt . . . . .	165	160
3018	Berlin	2. „	Botschafter Frhr. v. Saurma an Auswärtiges Amt . . . . .	166	160
3018	Berlin	2. „	Reichskanzler Fürst Hohenlohe an Botschafter Fürst Radolin . . . . .	166	160
3019	London	30. Juni	Botschafter Graf Hatzfeldt an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	166	160
3020	Therapia	2. Juli	Botschafter Graf Hatzfeldt an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	167	160
3020	Therapia	2. Juli	Botschafter Frhr. v. Saurma an Auswärtiges Amt . . . . .	170	160
3021	London	1. „	Botschafter Frhr. v. Saurma an Auswärtiges Amt . . . . .	170	160
3021	London	1. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	170	160
3022	Therapia	3. „	Botschafter Fürst Radolin an Auswärtiges Amt . . . . .	171	160
3022	Therapia	3. „	Botschafter Frhr. v. Saurma an Auswärtiges Amt . . . . .	171	160
3023	Petersburg	3. „	Botschafter Fürst Radolin an Auswärtiges Amt . . . . .	172	160
3024	Berlin	4. „	Botschafter Fürst Radolin an Auswärtiges Amt . . . . .	172	160
3024	Berlin	4. „	Stellvertretender Staatssekretär Frhr. v. Rotenhan an den Gesandten Frhr. v. Plessen . . . . .	173	160
3025	Petersburg	5. „	Stellvertretender Staatssekretär Frhr. v. Rotenhan an den Gesandten Frhr. v. Plessen . . . . .	173	160
3025	Petersburg	5. „	Botschafter Fürst Radolin an Auswärtiges Amt . . . . .	174	160
3026	London	6. „	Botschafter Fürst Radolin an Auswärtiges Amt . . . . .	174	160
3026	London	6. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt . . . . .	175	160
3027	Athen	7. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt . . . . .	175	160
3027	Athen	7. „	Gesandter Frhr. v. Plessen an Auswärtiges Amt . . . . .	175	160
3028	London	7. „	Gesandter Frhr. v. Plessen an Auswärtiges Amt . . . . .	175	160
3028	London	7. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt . . . . .	177	160
3029	Berlin	6. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt . . . . .	177	160
3029	Berlin	6. „	Stellvertretender Staatssekretär Frhr. v. Rotenhan an Botschafter Fürst Radolin . . . . .	177	160
3030	„	17. „	Stellvertretender Staatssekretär Frhr. v. Rotenhan an den Rat Gesandten v. Kiderlen . . . . .	178	160

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Wegweisers	
				Aktenwerks	Wegweisers
		1896		Bd.	
3031	London	16. Juli	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt . . . . .	12, 178	160
3032	„	18. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt . . . . .	180	160
3033	Alt-Aussee	21. „	Aufzeichnung des Reichskanzlers Fürst Hohenlohe . . . . .	181	160
3034	Berlin	25. „	Aufzeichnung des Vortragenden Rats v. Holstein . . . . .	181	160
3035	„	27. „	Stellvertretender Staatssekretär Frhr. v. Rotenhan an den Rat Gesandten v. Kiderlen . . . . .	183	160
3036	London	25. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	184	160
3037	Bergen	28. „	Gesandter v. Kiderlen an Auswärtiges Amt	187	160
3038	Berlin	28. „	Stellvertretender Staatssekretär Frhr. v. Rotenhan an Geschäftsträger v. Tschirschky	187	160
3039	„	28. „	Stellvertretender Staatssekretär Frhr. v. Rotenhan an den Rat Gesandten v. Kiderlen . . . . .	188	160
3040	London	29. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt . . . . .	189	161
3041	„	29. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt . . . . .	190	161
3042	Wien	30. „	Geschäftsträger Prinz v. Lichnowsky an Auswärtiges Amt . . . . .	191	161
3043	Wilhelmshöhe	1. Aug.	Aufzeichnung des Gesandten v. Kiderlen	192	161
3044	Berlin	1. „	Aufzeichnung des Stellvertretenden Staatssekretärs Frhr. v. Rotenhan . . . . .	192	161
3045	„	4. „	Stellvertretender Staatssekretär Frhr. v. Rotenhan an den Gesandten v. Plessen	193	161
3046	London	4. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt . . . . .	193	161
3047	Berlin	5. „	Stellvertretender Staatssekretär Frhr. v. Rotenhan an Botschafter Graf Hatzfeldt	194	161
3048	„	6. „	Aufzeichnung des Stellvertretenden Staatssekretärs Frhr. v. Rotenhan . . . . .	195	161
3049	Ischl	6. „	Botschafter Graf zu Eulenburg an Auswärtiges Amt . . . . .	196	161
3050	Berlin	5. „	Stellvertretender Staatssekretär Frhr. v. Rotenhan an den Gesandten v. Kiderlen	197	161
3051	Wilhelmshöhe	6. „	Aufzeichnung des Gesandten v. Kiderlen	198	161
3052	Wien	10. „	Botschafter Graf zu Eulenburg an Auswärtiges Amt . . . . .	198	161
3053	Berlin	11. „	Stellvertretender Staatssekretär Frhr. v. Rotenhan an den Gesandten v. Kiderlen	199	161

Lau- fende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des	
				Akten- werks	Weg- weisers
		<b>1896</b>			
3054	Wilhelmshöhe	12. Aug.	Gesandter v. Kiderlen an Auswärtiges 'Amt	Bd. 12,1 200	161
3055	London	12. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt . . . . .	200	161
3056	Berlin	12. „	Reichskanzler Fürst Hohenlohe an Botschafter Graf Hatzfeldt . . . . .	201	161
3057	Therapia	10. „	Botschafter Frhr. v. Saurma an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	202	161
3058	Wien	13. „	Botschafter Graf zu Eulenburg an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	203	161
3059	London	18. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt . . . . .	204	161
3060	Therapia	21. „	Botschafter Frhr. v. Saurma an Auswärtiges Amt . . . . .	205	161
3061	„	22. „	Botschafter Frhr. v. Saurma an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	205	161
			'Anlage . . . . .	205	161, 263
3062	London	27. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an 'Auswärtiges 'Amt . . . . .	207	161
3063	Therapia	5. Sept.	Botschafter Frhr. v. Saurma an Auswärtiges Amt . . . . .	207	161
			<b>78. Kapitel</b>		
			<b>Das Europäische Konzert und die Reformfrage. Die Konstantinopeler Botschafterkonferenzen 1896—1897</b>		
		<b>1896</b>			
3064	London	15. Okt.	Geschäftsträger Prinz v. Hohenlohe-Oehringen an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	211	162
3065	Berlin	15. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Geschäftsträger Graf Pückler . . . . .	212	162
	Rom	9. „	Anlage. Italienscher Minister Marquis Visconti Venosta an Botschafter Graf Lanza . . . . .	213	162, 264
3066	„	23. „	Botschafter B. v. Bülow an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	215	162
3067	Wien	24. „	Geschäftsträger Prinz v. Lichnowsky an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	216	162
3068	London	28. „	Geschäftsträger Prinz v. Hohenlohe-Oehringen an Auswärtiges 'Amt . . . . .	218	162
3069	Petersburg	29. „	Botschafter Fürst Radolin an Auswärtiges Amt . . . . .	218	162
3070	Rom	2. Nov.	Botschafter B. v. Bülow an Auswärtiges Amt . . . . .	219	162

Lau- fende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des	
				Akten- werks	Weg- weisers
		<b>1896</b>		Bd. 12, 1	
3071	Neues Palais	12. Nov.	Kaiser Wilhelm II. an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	220	162
3072	Petersburg	20. „	Botschafter Fürst Radolin an Auswärtiges Amt . . . . .	222	162
3073	Kairo	25. „	Generalkonsul Gesandter Graf Metternich an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	222	162
3074	Wien	3. Dez.	Botschafter Graf zu Eulenburg an Reichs- kanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	230	163
3075	Petersburg	4. „	Botschafter Fürst Radolin an Auswärtiges Amt . . . . .	231	163
3076	Berlin	10. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Bot- schafter Graf Hatzfeldt . . . . .	232	163
3077	London	9. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Reichs- kanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	232	163
3078	„	9. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Reichs- kanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	233	163
3079	„	10. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Reichs- kanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	234	163
3080	Petersburg	9. „	Botschafter Fürst Radolin an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	235	163
	„	10. „	Nachschrift . . . . .	237	163
3081	Wien	12. „	Botschafter Graf zu Eulenburg an Reichs- kanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	237	163
3082	Paris	12. „	Botschafter Graf Münster an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	238	163
3083	Petersburg	12. „	Botschafter Fürst Radolin an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	239	163
3084	London	18. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Reichs- kanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	239	163
3085	„	21. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt . . . . .	241	163
3086	„	22. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Reichs- kanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	241	163
3087	Pera	25. „	Botschafter Frhr. v. Saurma an Auswärtiges Amt . . . . .	243	163
3088	„	24. „	Botschafter Frhr. v. Saurma an Reichs- kanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	244	163
3089	Wien	27. „	Botschafter Graf zu Eulenburg an Reichs- kanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	246	163
3090	Petersburg	27. „	Botschafter Fürst Radolin an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	248	163
3091	Pera	28. „	Botschafter Frhr. v. Saurma an Auswär- tiges Amt . . . . .	249	163
3092	„	29. „	Botschafter Frhr. v. Saurma an Auswär- tiges Amt . . . . .	250	163

Lau- fende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des	
				Akten- werks	Weg- weisers
		<b>1896</b>		Bd.	
3093	Berlin	28. Dez.	Stellvertretender Staatssekretär Frhr. v. Rotenhan an Botschafter Frhr. v. Saurma . . . . .	12, 1	
3094	„	31. „	Reichskanzler Fürst Hohenlohe an Botschafter Frhr. v. Saurma . . . . .	250	163
		<b>1897</b>			
3095	„	1. Jan.	Aufzeichnung des Reichskanzlers Fürst Hohenlohe . . . . .	251	163
3096	„	2. „	Aufzeichnung des Stellvertretenden Staatssekretärs Frhr. v. Rotenhan für den Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	252	163
		<b>1896</b>			
3097	Pera	29. Dez.	Botschafter Frhr. v. Saurma an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	253	163
		<b>1897</b>			
3098	„	2. Jan.	Botschafter Frhr. v. Saurma an Auswärtiges Amt . . . . .	254	163
3099	„	3. „	Botschafter Frhr. v. Saurma an Auswärtiges Amt . . . . .	255	163
3100	London	7. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	256	163
3101	Berlin	12. „	Stellvertretender Staatssekretär Frhr. v. Rotenhan an Kaiser Wilhelm II. . . . .	256	163
3102	London	15. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	257	163
3103	Berlin	17. „	Stellvertretender Staatssekretär Frhr. v. Rotenhan an Botschafter Graf Hatzfeldt . . . . .	259	163
3104	London	20. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	260	163
3105	Berlin	26. „	Aufzeichnung des Stellvertretenden Staatssekretärs Frhr. v. Rotenhan . . . . .	263	163
3106	London	29. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	264	163
3107	Pera	3. Febr.	Botschafter Frhr. v. Saurma an Auswärtiges Amt . . . . .	265	163
3108	London	4. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	265	163
3109	Pera	9. „	Botschafter Frhr. v. Saurma an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	266	163
3110	Petersburg	11. „	Botschafter Fürst Radolin an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	268	163
3111	Paris	7. April	Botschafter Graf Münster an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	269	163
3112	Pera	9. „	Botschafter Frhr. v. Saurma an Auswärtiges Amt . . . . .	271	163

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des	
				Akten- werks	Weg- weisers
3113	Petersburg	1897	Geschäftsträger v. Tschirschky an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	Bd. 12, 1	163
		15. April		271	
			79. Kapitel		
			<b>Deutsch-österreichisch-Russische Erörterungen über das Balkanproblem</b>		
			<b>Das österreichisch-Russische Balkanabkommen 1897</b>		
3114	Wien	16. Jan.	Botschafter Graf zu Eulenburg an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	275	164
3115	Berlin	21. „	Aufzeichnung des Stellvertretenden Staatssekretärs Frhr. v. Rotenhan . . . . .	278	164
3116	„	22. „	Vortragender Rat v. Holstein an Botschafter Graf zu Eulenburg . . . . .	279	164
3117	„	8. Febr.	Aufzeichnung des Vortragenden Rats v. Holstein . . . . .	282	163
3118	Wien	6. März	Botschafter Graf zu Eulenburg an Staatssekretär Frhr. v. Marschall, nebst Anlage	284	163
3119	Petersburg	8. „	Botschafter Fürst Radolin an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	288	163
3120	Wien	27. April	Geschäftsträger Prinz v. Lichnowsky an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	290	163
3121	Petersburg	29. „	Geschäftsträger v. Tschirschky an Auswärtiges Amt . . . . .	290	163
3122	„	30. „	Geschäftsträger v. Tschirschky an Auswärtiges Amt . . . . .	291	163
3123	Schlitz	1. Mai	Kaiser Wilhelm II. an Geschäftsträger Prinz v. Lichnowsky . . . . .	292	164
3124	Wien	5. „	Geschäftsträger Prinz v. Lichnowsky an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	292	163
3125	Petersburg	1. „	Geschäftsträger v. Tschirschky an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	293	163
3126	Wien	5. „	Österreich-ungarischer Minister Graf Goluchowski an Botschafter v. Szögyény-Marich . . . . .	295	164
3127	Berlin	7. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf Hatzfeldt . . . . .	298	164
3128	Wien	7. „	Geschäftsträger Prinz v. Lichnowsky an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	299	164
3129	Rom	25. „	Botschafter B. v. Bülow an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	300	164
3130	Berlin	13. Juli	Aufzeichnung des Vortragenden Rats v. Holstein . . . . .	302	164
3131	Wien	31. Dez.	Botschafter Graf zu Eulenburg an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	304	164

## 12. Band Zweite Hälfte

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des	
				Aktenwerks	Wegweisers
			80. Kapitel		
		<b>1897</b>	<b>Der Griechisch-Türkische Krieg 1897</b>	Bd.	
				12, 2	
3132	Berlin	10. Febr.	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Frhr. v. Saurma . . . . .	309	167
3133	„	10. „	Aufzeichnung des Staatssekretärs Frhr. v. Marschall . . . . .	310	167
3134	„	10. „	Aufzeichnung des Vortragenden Rats v. Holstein . . . . .	311	167
3135	„	10. „	Aufzeichnung des Staatssekretärs Frhr. v. Marschall . . . . .	311	167
3136	Petersburg	10. „	Botschafter Fürst Radolin an Auswärtiges Amt . . . . .	312	167
3137	London	11. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt . . . . .	313	167
3138	Berlin	11. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf Münster . . . . .	313	168
3139	„	11. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf Hatzfeldt . . . . .	314	168
3140	„	11. „	Aufzeichnung des Staatssekretärs Frhr. v. Marschall . . . . .	315	168
3141	„	11. „	Reichskanzler Fürst Hohenlohe an den Gesandten Frhr. v. Plessen . . . . .	317	168
3142	„	12. „	Aufzeichnung des Staatssekretärs Frhr. v. Marschall . . . . .	317	168
			Anlage. Russischer Minister Graf Murawiew an Botschafter Graf v. d. Ostensacken . .	318	168, 266
3143	Pera	12. „	Botschafter Frhr. v. Saurma an Auswärtiges Amt . . . . .	318	168
3144	Berlin	13. „	Reichskanzler Fürst Hohenlohe an Botschafter Fürst Radolin . . . . .	319	168
3145	„	14. „	Desgl. . . . .	320	168
3146	„	14. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf zu Eulenburg . . . . .	322	168
3147	Paris	14. „	Botschafter Graf Münster an Auswärtiges Amt . . . . .	322	168
3148	Athen	14. „	Gesandter Frhr. v. Plessen an Auswärtiges Amt . . . . .	323	168, 266
3149	Berlin	14. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf zu Eulenburg . . . . .	325	168
3150	Pera	14. „	Botschafter Frhr. v. Saurma an Auswärtiges Amt . . . . .	325	168
3151	Berlin	15. „	Reichskanzler Fürst Hohenlohe an Botschafter Graf zu Eulenburg . . . . .	326	169

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des	
				Aktenwerks	Wegweisers
		1897		Bd.	
3152	Berlin	15. Febr.	Reichskanzler Fürst Hohenlohe an Kaiser Wilhelm II. . . . .	12, 2	
3153	Wien	15. „	Botschafter Graf zu Eulenburg an Auswärtiges Amt . . . . .	326	169
3154	Berlin	17. „	Reichskanzler Fürst Hohenlohe an Botschafter Graf zu Eulenburg . . . . .	328	169
3155	„	16. „	Reichskanzler Fürst Hohenlohe an Botschafter Graf Hatzfeldt . . . . .	329	169
3156	London	17. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt . . . . .	330	169
3157	„	17. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt . . . . .	331	169
3158	„	18. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt . . . . .	333	169
3159	„	18. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt . . . . .	334	169
3159	Berlin	18. „	Aufzeichnung des Staatssekretärs Frhr. v. Marschall . . . . .	334	169
3160	Rom	17. „	Botschafter B. v. Bülow an Auswärtiges Amt . . . . .	335	169
3161	Paris	18. „	Botschafter Graf Münster an Auswärtiges Amt . . . . .	336	169
3162	Berlin	18. „	Vortragender Rat v. Holstein an Botschafter Graf Münster . . . . .	337	169
3163	„	19. „	Aufzeichnung des Staatssekretärs Frhr. v. Marschall . . . . .	338	169
3164	„	19. „	Vortragender Rat v. Holstein an Botschafter Graf Hatzfeldt . . . . .	340	169
3165	Petersburg	21. „	Botschafter Fürst Radolin an Auswärtiges Amt . . . . .	342	169
3166	Berlin	21. „	Aufzeichnung des Staatssekretärs Frhr. v. Marschall . . . . .	342	169
3167	„	21. „	Reichskanzler Fürst Hohenlohe an Botschafter Graf zu Eulenburg . . . . .	345	169
3168	„	22. „	Reichskanzler Fürst Hohenlohe an Kaiser Wilhelm II. . . . .	346	169
3169	Hubertusstock	23. „	Kaiser Wilhelm II. an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	348	170
3170	Berlin	23. „	Reichskanzler Fürst Hohenlohe an Kaiser Wilhelm II. . . . .	349	170
3171	„	23. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf Münster . . . . .	350	170
3172	London	23. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt . . . . .	351	170
3173	Berlin	24. „	Reichskanzler Fürst Hohenlohe an Botschafter Graf Hatzfeldt . . . . .	353	170
3174	„	24. „	Reichskanzler Fürst Hohenlohe an den Gesandten Frhr. v. Plessen . . . . .	354	170

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des	
				Aktenwerks	Wegweisers
		<b>1897</b>		Bd.	
3175	Berlin	6. März	Das Oberkommando der Marine an Staatssekretär Frhr. v. Marschall . . . . .	12, 2	
3176	„	6. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an den Kommandierenden Admiral v. Knorr . . . . .	355	170
3177	London	8. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt . . . . .	356	170
3178	Wien	9. „	Botschafter Graf zu Eulenburg an Auswärtiges Amt . . . . .	357	170
3179	London	9. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt . . . . .	358	170
3180	Paris	10. „	Botschafter Graf Münster an Auswärtiges Amt . . . . .	359	170
3181	Petersburg	11. „	Botschafter Fürst Radolin an Auswärtiges Amt . . . . .	360	170
3182	Berlin	11. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Fürst Radolin . . . . .	360	170
3183	„	11. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Fürst Radolin . . . . .	362	170
3184	„	11. „	Aufzeichnung des Staatssekretärs Frhr. v. Marschall . . . . .	362	170
3185	„	12. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf zu Eulenburg . . . . .	363	170
3186	Petersburg	12. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Fürst Radolin an Auswärtiges Amt . . . . .	364	170
3187	London	16. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt . . . . .	365	170
3188	Berlin	17. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt . . . . .	366	170
3189	Petersburg	17. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Fürst Radolin . . . . .	367	170
3190	„	17. „	Botschafter Fürst Radolin an Auswärtiges Amt . . . . .	367	170
3191	Berlin	18. „	Botschafter Fürst Radolin an Auswärtiges Amt . . . . .	369	170
3192	London	18. „	Reichskanzler Fürst Hohenlohe an Geschäftsträger v. Tschirschky . . . . .	370	170
3193	„	17. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt . . . . .	371	170
3194	„	18. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt . . . . .	373	170
3194	Berlin	18. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf Hatzfeldt . . . . .	374	170
3195	„	19. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf Hatzfeldt . . . . .	376	170
3196	London	19. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt . . . . .	376	170

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des	
				Aktenwerks	Wegweisers
		<b>1897</b>		Bd.	
3197	London	19. März	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt . . . . .	12, 2	170
3198	Petersburg	19. „	Geschäftsträger v. Tschirschky an Auswärtiges Amt . . . . .	378	170
3199	Berlin	20. „	Reichskanzler Fürst Hohenlohe an Geschäftsträger v. Tschirschky . . . . .	379	170
3200	„	20. „	Vortragender Rat v. Holstein an Botschafter Graf Hatzfeldt . . . . .	380	170
3201	Wien	20. „	Botschafter Graf zu Eulenburg an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	381	170
3202	Berlin	21. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf Hatzfeldt . . . . .	382	170
3203	„	24. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf Hatzfeldt . . . . .	383	170
3204	London	24. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt . . . . .	384	170
3205	Paris	25. „	Geschäftsträger v. Müller an Auswärtiges Amt . . . . .	385	170
3206	Berlin	26. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf Hatzfeldt . . . . .	386	170
3207	„	27. „	Aufzeichnung des Staatssekretärs Frhr. v. Marschall . . . . .	387	170
	Petersburg	26. „	Anlage. Russischer Minister Graf Murawiew an Botschafter Graf v. der Ostensacken . . . . .	388	170, 267
3208	London	27. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt . . . . .	389	170
3209	„	27. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt . . . . .	390	170
3210	„	29. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt . . . . .	391	170
3211	„	30. „	Aufzeichnung des Staatssekretärs Frhr. v. Marschall . . . . .	392	170
3212	Wien	30. „	Botschafter Graf zu Eulenburg an Auswärtiges Amt . . . . .	393	170
3213	Petersburg	30. „	Geschäftsträger v. Tschirschky an Auswärtiges Amt . . . . .	394	170
3214	Wien	2. April	Geschäftsträger Prinz v. Lichnowsky an Auswärtiges Amt . . . . .	394	170
3215	Athen	28. März	Gesandter Frhr. v. Plessen an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	395	170
3216	Berlin	1. April	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Kaiser Wilhelm II. . . . .	396	170
3217	Athen	2. „	Gesandter Frhr. v. Plessen an Auswärtiges Amt . . . . .	397	170

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des	
				Aktenwerks	Wegweisers
		<b>1897</b>		Bd.	
3218	Petersburg	3. April	Russischer Minister Graf Murawiew an Botschafter Graf v. der Osten-Sacken . .	12, 2	
3219	London	11. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt . . . . .	397	170, 268
3220	Berlin	11. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf Hatzfeldt . . . . .	398	170
3221	Wien	14. „	Botschafter Graf zu Eulenburg an Auswärtiges Amt . . . . .	401	170
3222	London	14. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	403	170
3223	Berlin	16. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt . . . . .	404	170
3224	„	17. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf Hatzfeldt . . . . .	407	170
3225	„	19. „	Aufzeichnung des Staatssekretärs Frhr. v. Marschall . . . . .	408	170
3226	„	19. „	Aufzeichnung des Vortragenden Rats v. Holstein . . . . .	409	170
3227	„	20. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Frhr. v. Saurma . . . . .	411	171
3227	„	1. Mai	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Geschäftsträger v. Tschirschky . . . . .	412	171, 268
3228	Petersburg	1. „	Geschäftsträger v. Tschirschky an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	412	171
3229	Berlin	3. „	Reichskanzler Fürst Hohenlohe an den Gesandten Frhr. v. Plessen . . . . .	415	171
3230	Athen	6. „	Gesandter Frhr. v. Plessen an Auswärtiges Amt . . . . .	416	171, 269
3231	Berlin	7. „	Reichskanzler Fürst Hohenlohe an Kaiser Wilhelm II. . . . .	417	171
3232	Athen	9. „	Gesandter Frhr. v. Plessen an Auswärtiges Amt . . . . .	418	171
3233	Urville	9. „	Gesandter v. Kiderlen an Auswärtiges Amt . . . . .	418	171
3234	Berlin	10. „	Reichskanzler Fürst Hohenlohe an Geschäftsträger v. Tschirschky . . . . .	419	171
3235	Athen	10. „	Gesandter Frhr. v. Plessen an Auswärtiges Amt . . . . .	421	171, 269
3236	Berlin	10. „	Reichskanzler Fürst Hohenlohe an den Gesandten Frhr. v. Plessen . . . . .	421	171
3237	Athen	12. „	Gesandter Frhr. v. Plessen an Auswärtiges Amt . . . . .	422	172
3238	Urville	12. „	Gesandter v. Kiderlen an Auswärtiges Amt . . . . .	422	172
3239	Berlin	12. Juni	Reichskanzler Fürst Hohenlohe an Kaiser Wilhelm II. . . . .	423	172

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des	
				Aktenwerks	Wegweisers
		1897		Bd. 12, 2	
3240	Berlin	4. Juli	Aufzeichnung des Stellvertretenden Staatssekretärs Frhr. v. Rotenhan . . . . .	425	172
3241	„	4. „	Stellvertretender Staatssekretär Frhr. v. Rotenhan an Botschafter Frhr. v. Saurma . . . . .	425	172
3242	Semmering	8. „	Botschafter B. v. Bülow an Auswärtiges Amt . . . . .	426	172
3243	Berlin	12. „	Stellvertretender Staatssekretär Frhr. v. Rotenhan an Botschafter Frhr. v. Saurma . . . . .	426	172, 269
3244	„	12. „	Vortragender Rat v. Holstein an Botschafter Frhr. v. Saurma . . . . .	427	172
3245	„	13. „	Aufzeichnung des Vortragenden Rats v. Holstein . . . . .	428	172
3246	„	14. „	Stellvertretender Staatssekretär Frhr. v. Rotenhan an Botschafter Frhr. v. Saurma . . . . .	429	172
3247	Petersburg*	14. „	Botschafter Fürst Radolin an Auswärtiges Amt . . . . .	430	172
3248	Berlin	16. Aug.	Aufzeichnung des Vortragenden Rats Mumm v. Schwarzenstein . . . . .	430	172
3249	Petersburg	18. „	Botschafter Fürst Radolin an Auswärtiges Amt . . . . .	432	172
3250	Berlin	20. „	Stellvertretender Staatssekretär B. v. Bülow an Kaiser Wilhelm II. . . . .	433	172
3251	Petersburg	20. „	Botschafter Fürst Radolin an Auswärtiges Amt . . . . .	435	172
3252	Berlin	31. „	Stellvertretender Staatssekretär B. v. Bülow an Kaiser Wilhelm II. . . . .	436	172
3253	Budapest	20. Sept.	Stellvertretender Staatssekretär B. v. Bülow an Auswärtiges Amt . . . . .	438	172
<b>81. Kapitel</b>					
<b>Die Kretafrage 1898. Dissonanzen im Europäischen Konzert</b>					
		1897			
3254	Pera	25. Dez.	Botschafter Frhr. v. Marschall an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	441	173
3255	Berlin	25. „	Staatssekretär B. v. Bülow an Botschafter Fürst Radolin . . . . .	447	173
3256	Petersburg	28. „	Botschafter Fürst Radolin an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	448	173
3257	„	30. „	Botschafter Fürst Radolin an Auswärtiges Amt . . . . .	449	173

Lau- fende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des	
				Akten- werks	Weg- weisers
		<b>1898</b>		Bd. 12, 2	
3258	Wien	1. Jan.	Botschafter Graf zu Eulenburg an Auswärtiges Amt . . . . .	450	173
3259	Berlin	2. „	Aufzeichnung des Staatssekretärs B. v. Bülow . . . . .	451	173
3260	Wien	2. „	Botschafter Graf zu Eulenburg an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	452	173
3261	Pera	9. „	Botschafter Frhr. v. Marschall an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	453	173
3262	Athen	12. „	Gesandter Frhr. v. Plessen an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	455	173
3263	London	13. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	457	173
3264	Berlin	15. „	Aufzeichnung des Vortragenden Rats v. Holstein . . . . .	458	173
3265	„	18. „	Staatssekretär B. v. Bülow an Botschafter Graf zu Eulenburg . . . . .	461	173
3266	Pera	16. „	Botschafter Frhr. v. Marschall an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	465	173
3267	Berlin	17. „	Staatssekretär B. v. Bülow an Botschafter Graf Hatzfeldt . . . . .	466	173
3268	Pera	18. „	Botschafter Frhr. v. Marschall an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	469	173
3269	London	19. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt . . . . .	471	173
3270	Berlin	20. „	Staatssekretär B. v. Bülow an Botschafter Graf Hatzfeldt . . . . .	472	173
3271	London	20. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	472	173
3272	Pera	23. „	Botschafter Frhr. v. Marschall an Auswärtiges Amt . . . . .	473	173
3273	„	26. „	Botschafter Frhr. v. Marschall an Auswärtiges Amt . . . . .	474	173
3274	Berlin	31. „	Staatssekretär B. v. Bülow an Botschafter Graf Hatzfeldt . . . . .	475	173
3275	„	2. Febr.	Staatssekretär B. v. Bülow an Botschafter Graf Hatzfeldt . . . . .	476	173
3276	London	2. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt . . . . .	476	173
3277	Pera	8. „	Botschafter Frhr. v. Marschall an Auswärtiges Amt . . . . .	477	173
3278	Petersburg	9. „	Botschafter Fürst Radolin an Auswärtiges Amt . . . . .	477	173
3279	Pera	9. „	Botschafter Frhr. v. Marschall an Auswärtiges Amt . . . . .	478	173

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des	
				Aktenwerks	Wegweisers
		<b>1898</b>		<b>Bd.</b>	
3280	Berlin	10. Febr.	Staatssekretär B. v. Bülow an Botschafter Frhr. v. Marschall . . . . .	12, 2 478	173
3281	„	10. „	Staatssekretär B. v. Bülow an Botschafter Frhr. v. Marschall . . . . .	479	173
3282	„	12. „	Staatssekretär B. v. Bülow an Botschafter Frhr. v. Saurma . . . . .	480	173
3283	Wien	14. „	Botschafter Graf zu Eulenburg an Auswärtiges Amt . . . . .	481	173
3284	London	16. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt . . . . .	482	173
3285	Petersburg	16. „	Botschafter Fürst Radolin an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	482	173
3286	Pera	20. „	Botschafter Frhr. v. Marschall an Auswärtiges Amt . . . . .	484	173
3287	„	26. „	Botschafter Frhr. v. Marschall an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	486	173
3288	London	28. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt . . . . .	489	173
3289	Petersburg	13. März	Botschafter Fürst Radolin an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	489	173
3290	Berlin	15. „	Staatssekretär B. v. Bülow an Botschafter Fürst Radolin . . . . .	491	173
3291	Pera	15. „	Botschafter Frhr. v. Marschall an Auswärtiges Amt . . . . .	493	173
3292	Berlin	15. „	Staatssekretär B. v. Bülow an Botschafter Frhr. v. Marschall . . . . .	494	173
3293	Athen	23. „	Gesandter Frhr. v. Plessen an Auswärtiges Amt . . . . .	494	173
3294	Wien	24. „	Botschafter Graf zu Eulenburg an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	495	173
3295	Berlin	21. April	Staatssekretär B. v. Bülow an Kaiser Wilhelm II. . . . .	496	173
3296	„	21. „	Staatssekretär B. v. Bülow an Botschafter Frhr. v. Marschall . . . . .	497	173
3297	Therapia	13. Sept.	Botschafter Frhr. v. Marschall an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	498	173
3298	„	14. „	Botschafter Frhr. v. Marschall an Auswärtiges Amt . . . . .	501	174
3299	Rom	15. „	Geschäftsträger Graf Pückler an Auswärtiges Amt . . . . .	502	174
3300	Berlin	17. „	Stellvertretender Staatssekretär v. Derenthall an Botschafter Graf zu Eulenburg	502	174
3301	Semmering	18. „	Staatssekretär B. v. Bülow an Auswärtiges Amt . . . . .	503	174

Lau- fende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des	
				Akten- werks	Weg- weisers
		<b>1898</b>		Bd.	
3302	Berlin	20. Sept.	Aufzeichnung des Stellvertretenden Staatssekretärs v. Derenthall . . . . .	12, 2 504	174
3303	Petersburg	2. Okt.	Botschafter Fürst Radolin an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	504	174
3304	„	4. „	Botschafter Fürst Radolin an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	505	174
3305	Therapia	7. „	Botschafter Frhr. v. Marschall an Auswärtiges Amt . . . . .	508	174
3306	Berlin	2. Nov.	Stellvertretender Staatssekretär Frhr. v. Richthofen an Staatssekretär B. v. Bülow	508	174
3307	Jerusalem	3. „	Staatssekretär B. v. Bülow an Auswärtiges Amt . . . . .	509	174
3308	Rom	28. Okt.	Botschafter Frhr. v. Saurma an Auswärtiges Amt . . . . .	510	174
3309	Pera	28. Nov.	Botschafter Frhr. v. Marschall an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	510	174
<b>82. Kapitel</b>					
<b>Die Mazedonische Reformfrage</b>					
<b>1898—1899</b>					
		<b>1898</b>			
3310	Sofia	22. März	Generalkonsul v. Reichenau an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	515	175
3311	Pera	12. Dez.	Botschafter Frhr. v. Marschall an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	516	175
3312	Berlin	30. „	Staatssekretär B. v. Bülow an Botschafter Frhr. v. Marschall . . . . .	520	175
		<b>1899</b>			
3313	Pera	1. Jan.	Botschafter Frhr. v. Marschall an Auswärtiges Amt . . . . .	522	175
3314	Wien	5. „	Botschafter Graf zu Eulenburg an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	522	175
3315	Pera	7. „	Botschafter Frhr. v. Marschall an Auswärtiges Amt . . . . .	523	175
3316	„	14. „	Botschafter Frhr. v. Marschall an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	524	175
3317	„	16. „	Botschafter Frhr. v. Marschall an Auswärtiges Amt . . . . .	526	175
3318	Berlin	16. „	Staatssekretär B. v. Bülow an Geschäftsträger v. Tschirschky . . . . .	527	175
3319	Petersburg	17. „	Geschäftsträger v. Tschirschky an Auswärtiges Amt . . . . .	528	175
3320	Pera	18. „	Botschafter Frhr. v. Marschall an Auswärtiges Amt . . . . .	529	175

Lau- fende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des	
				Akten- werks	Weg- weisers
		<b>1899</b>		Bd. 12, 2	
3321	Sofia	19. Jan.	Generalkonsul v. Reichenau an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	529	175
3322	Berlin	19. „	Staatssekretär B. v. Bülow an Kaiser Wilhelm II. . . . .	530	175
3323	Pera	20. „	Botschafter Frhr. v. Marschall an Auswärtiges Amt . . . . .	532	175
3324	Berlin	21. „	Staatssekretär B. v. Bülow an Botschafter Frhr. v. Marschall . . . . .	533	175
3325	Pera	21. „	Botschafter Frhr. v. Marschall an Auswärtiges Amt . . . . .	533	175
3326	„	21. „	Botschafter Frhr. v. Marschall an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	534	175
3327	„	3. Febr.	Botschafter Frhr. v. Marschall an Auswärtiges Amt . . . . .	536	175
3328	Petersburg	8. „	Botschafter Fürst Radolin an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	537	175
3329	Belgrad	16. „	Gesandter Frhr. v. Waecker-Gotter an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	538	175
3330	Pera	21. „	Botschafter Frhr. v. Marschall an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	540	175
3331	„	4. März	Botschafter Frhr. v. Marschall an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	541	175
3332	Petersburg	13. „	Geschäftsträger v. Tschirschky an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	541	175
3333	Pera	26. „	Botschafter Frhr. v. Marschall an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	543	175
3334	Therapia	26. Mai	Botschafter Frhr. v. Marschall an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	544	175
3335	Sofia	26. Juli	Generalkonsul v. Reichenau an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	548	175
3336	Berlin	31. „	Stellvertretender Staatssekretär Frhr. v. Richthofen an Generalkonsul v. Reichenau . . . . .	549	175
3337	Sofia	25. Okt.	Generalkonsul v. Reichenau an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	550	175
<b>83. Kapitel</b>					
<b>Deutschlands Einfluß am Goldenen Horn 1898—1899</b>					
		<b>1897</b>			
3338	Pera	20. Nov.	Botschafter Frhr. v. Marschall an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	557	176
		<b>1898</b>			
3339	„	5. März	Botschafter Frhr. v. Marschall an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	559	176

Lau- fende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des	
				Akten- werks	Weg- weisers
		<b>1898</b>		Bd.	
3340	Pera	24. Mai	Botschafter Frhr. v. Marschall an Reichs- kanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	12, 2 562	176
3341	Neuershausen	6. Aug.	Botschafter Frhr. v. Marschall an Reichs- kanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	566	177
3342	Therapia	4. „	Geschäftsträger v. Schlözer an Reichs- kanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	571	177
3343	Berlin	9. „	Stellvertretender Staatssekretär Frhr. v. Richthofen an Staatssekretär B. v. Bülow	572	177
3344	Semmering	13. „	Staatssekretär B. v. Bülow an den Stell- vertretenden Staatssekretär Frhr. v. Richthofen . . . . .	575	177
3345	London	12. Okt.	Geschäftsträger Graf zu Kastell-Rüden- hausen an Reichskanzler Fürst Hohen- lohe . . . . .	575	178
3346	Pera	11. Nov.	Geschäftsträger v. Schlözer an Auswärtiges Amt . . . . .	577	178
3347	Malta	15. „	Staatssekretär B. v. Bülow an General- konsul v. Müller . . . . .	578	178
		<b>1899</b>			
3348	Therapia	14. Sept.	Botschafter Frhr. v. Marschall an Aus- wärtiges Amt . . . . .	580	178
3349	„	23. „	Botschafter Frhr. v. Marschall an Reichs- kanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	581	178
3350	Wien	2. Dez.	Botschafter Graf zu Eulenburg an Reichs- kanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	584	178
			<b>A n h a n g: Die Orientreise Kaiser Wil- helms II. und die Protektoratsfrage 1898—1899</b>		
		<b>1898</b>			
3351	Berlin	10. Jan.	Staatssekretär B. v. Bülow an Botschafter Frhr. v. Marschall . . . . .	589	178
3352	„	22. Febr.	Preußischer Staatsminister B. v. Bülow an den Gesandten O. v. Bülow . . . . .	590	178
3353	„	23. „	Staatssekretär B. v. Bülow an Botschafter Frhr. v. Marschall . . . . .	591	178
3354	Pera	23. „	Botschafter Frhr. v. Marschall an Aus- wärtiges Amt . . . . .	591	178
3355	Berlin	24. „	Staatssekretär B. v. Bülow an Botschafter Frhr. v. Marschall . . . . .	592	178
3356	Pera	24. „	Botschafter Frhr. v. Marschall an den Vor- tragenden Rat Mumm v. Schwarzen- stein . . . . .	593	178
3357	„	25. „	Botschafter Frhr. v. Marschall an Reichs- kanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	594	178

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des	
				Aktenwerks	Wegweisers
		<b>1898</b>		Bd.	
3358	Pera	4. März	Botschafter Frhr. v. Marschall an Auswärtiges Amt . . . . .	12, 2	
3359	"	30. "	Botschafter Frhr. v. Marschall an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	598	179
3360	Berlin	15. April	Staatssekretär B. v. Bülow an Botschafter Frhr. v. Marschall . . . . .	598	179
3361	Pera	16. "	Botschafter Frhr. v. Marschall an Auswärtiges Amt . . . . .	602	179
3362	"	18. "	Botschafter Frhr. v. Marschall an Auswärtiges Amt . . . . .	603	179
3363	Berlin	19. "	Botschafter Frhr. v. Marschall an Auswärtiges Amt . . . . .	604	179
3364	Berlin	19. "	Staatssekretär B. v. Bülow an Botschafter Frhr. v. Marschall . . . . .	605	179
3364	Pera	8. Mai	Botschafter Frhr. v. Marschall an Auswärtiges Amt . . . . .	606	179
3365	"	20. "	Botschafter Frhr. v. Marschall an Auswärtiges Amt . . . . .	606	179
3366	Berlin	23. April	Botschafter Frhr. v. Marschall an Auswärtiges Amt . . . . .	606	179
3366	Berlin	23. April	Staatssekretär B. v. Bülow an Botschafter Frhr. v. Marschall . . . . .	607	179
3367	Pera	28. Mai	Botschafter Frhr. v. Marschall an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	608	179
3368	Berlin	4. Juni	Staatssekretär B. v. Bülow an Kaiser Wilhelm II. . . . .	610	179
3369	"	23. Juli	Stellvertretender Staatssekretär Frhr. v. Richthofen an Geschäftsträger v. Schlözer . . . . .	611	179
3370	Paris	7. Sept.	Geschäftsträger v. Below-Schlatau an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	612	179
3371	Rom	9. "	Geschäftsträger v. Below-Rutzau an Fürst Hohenlohe . . . . .	614	179
3372	Therapia	11. "	Botschafter Frhr. v. Marschall an Auswärtiges Amt . . . . .	616	179
3373	"	11. "	Botschafter Frhr. v. Marschall an Auswärtiges Amt . . . . .	616	179
3374	Berlin	12. "	Stellvertretender Staatssekretär v. Derenthall an Botschafter Frhr. v. Marschall . . . . .	617	179
3375	Semmering	18. "	Staatssekretär B. v. Bülow an Auswärtiges Amt . . . . .	618	179
3376	Therapia	2. Okt.	Botschafter Frhr. v. Marschall an Auswärtiges Amt . . . . .	619	179
3377	Berlin	5. "	Staatssekretär B. v. Bülow an Botschafter Frhr. v. Marschall . . . . .	620	179
3378	Therapia	8. "	Botschafter Frhr. v. Marschall an Auswärtiges Amt . . . . .	620	179
3379	Berlin	9. "	Staatsminister B. v. Bülow an den Geschäftsträger v. Below-Rutzau . . . . .	621	179

Lau- fende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des	
				Akten- werks	Weg- weisers
		1898		Bd.	
3380	Pera	13. Okt.	Botschafter Frhr. v. Marschall an Auswärtiges Amt . . . . .	12, 2	
3381	Kephalonia	15. „	Staatssekretär B. v. Bülow an Auswärtiges Amt . . . . .	621	179
3382	Rom	14. „	Geschäftsträger v. Below-Rutzau an Auswärtiges Amt . . . . .	622	179
3383	„	15. „	Geschäftsträger v. Below-Rutzau an Auswärtiges Amt . . . . .	622	179
3384	„	16. „	Geschäftsträger v. Below-Rutzau an Auswärtiges Amt . . . . .	624	179
3385	Konstantinopel	19. „	Staatssekretär B. v. Bülow an Auswärtiges Amt . . . . .	625	179
3386	Rom	21. „	Geschäftsträger v. Below-Rutzau an Auswärtiges Amt . . . . .	625	179
3387	Paris	4. Nov.	Botschafter Graf Münster an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	626	179
3388	Beirut	6. „	Staatssekretär B. v. Bülow an Auswärtiges Amt . . . . .	627	179
3389	Berlin	7. „	Stellvertretender Staatssekretär Frhr. v. Richthofen an Staatssekretär B. v. Bülow	628	179
3390	Rom	8. „	Geschäftsträger v. Below-Rutzau an Fürst Hohenlohe . . . . .	628	179
3391	„	25. „	Geschäftsträger v. Below-Rutzau an Fürst Hohenlohe . . . . .	629	179
3392	Pera	29. „	Botschafter Frhr. v. Marschall an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . . . .	631	179
3393	Rom	22. Dez.	Geschäftsträger v. Below-Rutzau an Fürst Hohenlohe . . . . .	631	179
3394	„	27. „	Gesandter Frhr. v. Rotenhan an Auswärtiges Amt . . . . .	635	179
		1899			
3395	„	12. Juli	Gesandter Frhr. v. Rotenhan an Fürst Hohenlohe . . . . .	637	179



Synchronistische Zusammenstellung  
der in den Bänden 1—6 des Aktenwerkes  
enthaltenen Schriftstücke

Nachtrag  
zum „Wegweiser“, Band 1



## Dokumente der Bände 1—6 in geschichtlicher Folge

Datum des Schriftstückes	Band I	Band II	Datum des Schriftstückes	Band I	Band II
<b>1870*</b>			<b>1873</b>		
9. Sept. bis 28. Nov.		215—225	12. Sept.	132	
<b>1871</b>			15. „	118	
26. Februar	1		20. „	133	
14. März		226	22. „	119	
8. April bis 30. Dez.	2—63		29. „	134	
<b>1872</b>			10., 17. Oktober	135, 136	
13. Januar	64		22. „	129	
15. „	65		30. „	137	
31. „	66		10., 13., 20. Nov.	138, 139,	
16. April	67			140	
17. „	120		8. Dezember	130	
6. bis 26. Mai	68—78		31. „	141	
1. bis 29. Juni	79—88		<b>1874</b>		
16., 20., 29. Juli	121—123		6. Jan. bis 31. Dez.	142—154	
15. August	89		<b>1875</b>		
10., 11. September	124, 125		10. Januar	194	
3., 14. Oktober	90, 91		28. Febr. bis 28. Juli	155—191	
23. November	92		28. Dezember	195	
3., 10. 20. Dez.	93—95		<b>1876</b>		
<b>1873</b>			4. Januar		227
2. bis 7. Februar	96—99		10., 17. März	192, 193	
10. Februar	126		21. April	197	
17. Februar			22. „	196	
bis 15. März	100—113		14. Aug. bis 23. Okt.		228—251
6. Mai	127		1. November	198	
2., 10., 19., 25. Juni	114, 115, 116, 128		1. Nov. bis 14. Nov.		252—259
3. September	131		15. November	199	
4. „	117		16. bis 29. Nov.		260—264
			9. Dezember	200	

\* Für die Jahre 1870 bis 1884 einschließlich ist die Zusammenfassung größerer Gruppen von Schriftstücken möglich, da die Kapitel sich zeitlich aneinander anschließen.

Datum des Schriftstückes	Band I	Band II	Datum des Schriftstückes	Band II	Band III	Band IV
<b>1876</b>			<b>1879</b>			
18. Dezember		267	2. bis 6. Januar		655—	
20. "		268			658	
30. "		265	11. April bis 27. Juli	434— 439		
<b>1877</b>			8. bis 15. August		440—	
6. bis 14. Januar		269—271			446	
15. Januar		266	15. August		514	
17. bis 25. Januar		272—274	24. August		447—	
27. Januar	201		bis 10. September		466	
4. Februar		275	10. September		659	
6. "	202		12. bis 14. Sept.		467—	
3. März	203				470	
4. bis 8. März		276—279	14. September			709
12. März	204		15. bis 16. Sept.		471—	
13. März bis 28. April		280—292			477	
8. bis 26. Mai	205—210		16. September			710
6. Juni		293	17. September		478	
15. "	211	294	18. September		479	711
28. "		295	19. bis 26. Sept.		480—	
29. "	212				486	
2. Juli	213		27. September			712
10. "		296	28. Sept. bis 8. Okt.		487—	
31. "		297			504	
21. Oktober	214		8. Oktober			713
25. November		298	10. "		505	
15. Dezember		299	14. "			714
			17. "		506	715
			18. Okt. bis 14. Nov.		507—	
					512	
			21. November		660	
			23. "		661	

Datum des Schriftstückes	Band II	Band III
<b>1878</b>		
3. bis 20. Januar	300—302	
26. Januar.		650
28. Jan. bis 4. März	303—333	
4. März		651
5. "		652
6. "	334	
7. "		653
8. März bis 22. Juli	335—433	
28. August		654

Datum des Schriftstückes	Band III	Band IV
<b>1880</b>		
29. Januar	513	
3. bis 6. Februar	515—518	
8. April	662	
9. "	663	
30. "		716

Datum des Schriftstückes	Band III	Band IV	Datum des Schriftstückes	Band III	Band IV
<b>1880</b>			<b>1882</b>		
6. Mai	664		19. Januar	543	
12. „		717	29. „	544	
27. „	665		31. „	545	
10. Juni	666		14. Feb. bis 22. Mai	546—572	
27. „		718	4. September		726
4. August	519		7. „		727, 728
17. Oktober	533				729
2. November	534		13. „		730
7. „		719	16. „	672	
8. „	535		22. Oktober		731
14. „		720	31. „		732
18. Dezember	520		2. November		733
22. „	521		4. „		734
25. „	522		24. „	673	
			30. Dezember	573	
<b>1881</b>			<b>1883</b>		
14. Januar	523		14. Januar		735
16. „	(524)		22. „	674	
17. „	524		5. Februar	600	
20. „		721	6. „	599	
1. Februar	525		10. Feb. bis 6. März	574—580	
8. „		722	9. März	601	
15. März	526, 527		11. u. 22. März	581, 582	
2. Mai	528, 529		30. März	602	
13. „	536		29. April	603	
17. „	530		28. Juni	604	
19. „	537		19. u. 21. Aug.	583, 584	
26. „	667		25. August	605	
15. Juni	531		6. September	675	
18. „	532		8. „	585, 606	
16. Juli	668		11. u. 12. Sept.	607, 608	
15. November	669		15. September	586, 609	
16. „	670		18. „	610	
16. Dezember	538		26. September	587—598	
21. „	539		bis 30. Oktober		
22. „	671		16. November	611	
23. „	540		18. „	676	
26. „		723	19. „	612	
31. „	541		6. Dezember	677	
			20. „	613	
<b>1882</b>			28. „	614	
7. Januar	542	724			
15. „		725			

Datum des Schriftstückes	Band III	Band IV	Datum des Schriftstückes	Band III	Band IV
<b>1884</b>			<b>1884</b>		
21. Jan. bis 27. März	615—630		12. August		749
4. April		736	14. bis 17. August	682—685	
6. „	678		20. August		751
8. „	(678)		21. „	643	
29. „		737	23. „	686	750
5. bis 11. Mai		738—740	25. „	687	
20. bis 22. „	631—633		30. „	688	752
24. Mai	634	742	5. September	644	
25. „		741	7. „	689	
1. bis 17. Juni		743—746	17. „	690	
17. Juni	637		19. „	645, 646	
19. „	635		22. „	691	
22. „		747	23. „	647	
26. „	679		24. „	692	753
29. „	638		29. „	648	
2. Juli	639		1. Oktober		754
9. „		748	3. „	649	
21. „	640		5. „	693	755
5. August	641		6. „	694	
7. „	642, 680		7. „	695	
11. „	681		5. Dezember		756

Datum	Band III	Band IV	Band V	Datum	Band IV	Band V	Band VI
<b>1885</b>				<b>1885</b>			
4. Jan.	696			13. April		766, 767	
24. „	697	757		14. „		(767), 768	
25. „		758		15. „		769	
27. „	698			23. „		770	
3. Febr.		759		24. „		771	
7. März		760		28. „		772	
15. „		761, 762		1. Mai		773	
30. „	699			4. „		774	
31. „	700			6. „		775	
3. April	701			17. „		776	
8. „		763		25. „	702		
9. „		764, 765		26. „	703		

Datum	Band III	Band IV	Band V
<b>1885</b>			
27. Mai		777	
4. Juni	704		
24. „	705		
26. „		779	
29. „		780, 781	
2. Juli		782	
8. „		783	
16. „		778	
19. Aug.		784	
26. „	706		
21. Sept.	707		
25. „	708		
28. „			956
29. „			957

Datum	Band IV	Band V	Band VI
<b>1885</b>			
3. Okt.	785	958	
9. „		959	
10. „	820		
14. „	821		
9. Nov.	786		
10. „		962	
13. „	787		
19. „		963	
22. „		960, 964	
23. „		961	
24. „		965	
29. „		966	
30. „		967	
5. Dez.	788	968	
6. „		969	
7. „	861		
9. „	789, 862	970, 971	
13. „		972	
<b>1886</b>			
28. Febr.			1223
19. März	790		
2. April	791		

Datum	Band IV	Band V	Band VI
<b>1886</b>			
21. April	792		
22. „	793		
29. „			1224
8. Mai			1225
12. „			1198
25. „			1226
2. Juni	794		
23. „		973	
27. „		974	
4. Juli		975	
13. „		976	
22. „			1199
31. „		977	
5. Aug.	822	978	
10. „		979, 980, 981	
12. „		982	
13. „	795, 863		
15. „		983	
17. „		984	
20. „	864		
2. Sept.		985	
9. „		986	
13. „		987	
20. „	865	1008	
22. „	796	988	
23. „		1009	
24. „	866	1010	
27. „	867	1013	
28. „	868		1227
29. „	797	1012	
30. „		1011	
1. Okt.	869		1200
2. „	798		
3. „		1014	1228
4. „	870		
5. „	823		
6. „		1015	
7. „	799	1016	1201
8. „			1229
11. „	824		
12. „		1017	
14. „	800, 825		1230
15. „	826		

Datum	Band IV	Band V	Band VI	Datum	Band IV	Band V	Band VI
<b>1886</b>				<b>1886</b>			
16. Okt.	827			23. Dez.	840		1209
17. „	828	989, 1018		24. „		1003	1210
18. „			1231	27. „	841		
19. „	801			28. „	842		
20. „	802, 829			30. „		1061	1239, 1240
22. „	803, 830, 831	1019	1232				
26. „	804, 832		1202	<b>1887</b>			
	871			1. Jan.	(843)		1211
30. „	833			3. „	843	1004	
31. „	834			4. „			1241
5. Nov.			1203	5. „	844	1005	
6. „		1020		6. „		1030, 1062	
7. „	835			7. „		1064	
9. „			1204, 1205	9. „		1065	
			1206	10. „		1063	
13. „			1233	11. „	878		
15. „		990		15. „		1027	
16. „		991	1207, 1234	16. „	845	1026, 1032	
18. „	805			17. „		1066	
19. „	806			22. „		1031, 1067	1242
22. „		992		24. „	846	1006	
23. „	(836)	993, 995		26. „	847, 887		
24. „	807, 872			27. „			1243
27. „	873	1021		30. „		1033	
30. „	(836)			31. „	879		1244
1. Dez.	836			1. Febr.	848		1248
2. „		994		2. „	880		1245
3. „		1022		3. „	881, 882, 883		
4. „	837			4. „			1246
5. „	874		1235	5. „	884		
6. „	875			6. „	849, 885, 886		
8. „	838	997		7. „	887, 888		
9. „		996, 998		8. „	850		1247
10. „		1023, 1024		10. „	889, 890		
12. „			1290	12. „	851, 891		
14. „	876	1001, 1028		13. „	892		
16. „		1025		16. „	852, 893		1249, 1250
17. „		1000		17. „	853	1007, 1068	
18. „			1236	18. „	854, 895		
19. „		1002, 1029		19. „	855, 856, 857		
20. „	839		1208, 1237				
21. „	877	1060	1238				
22. „		999					

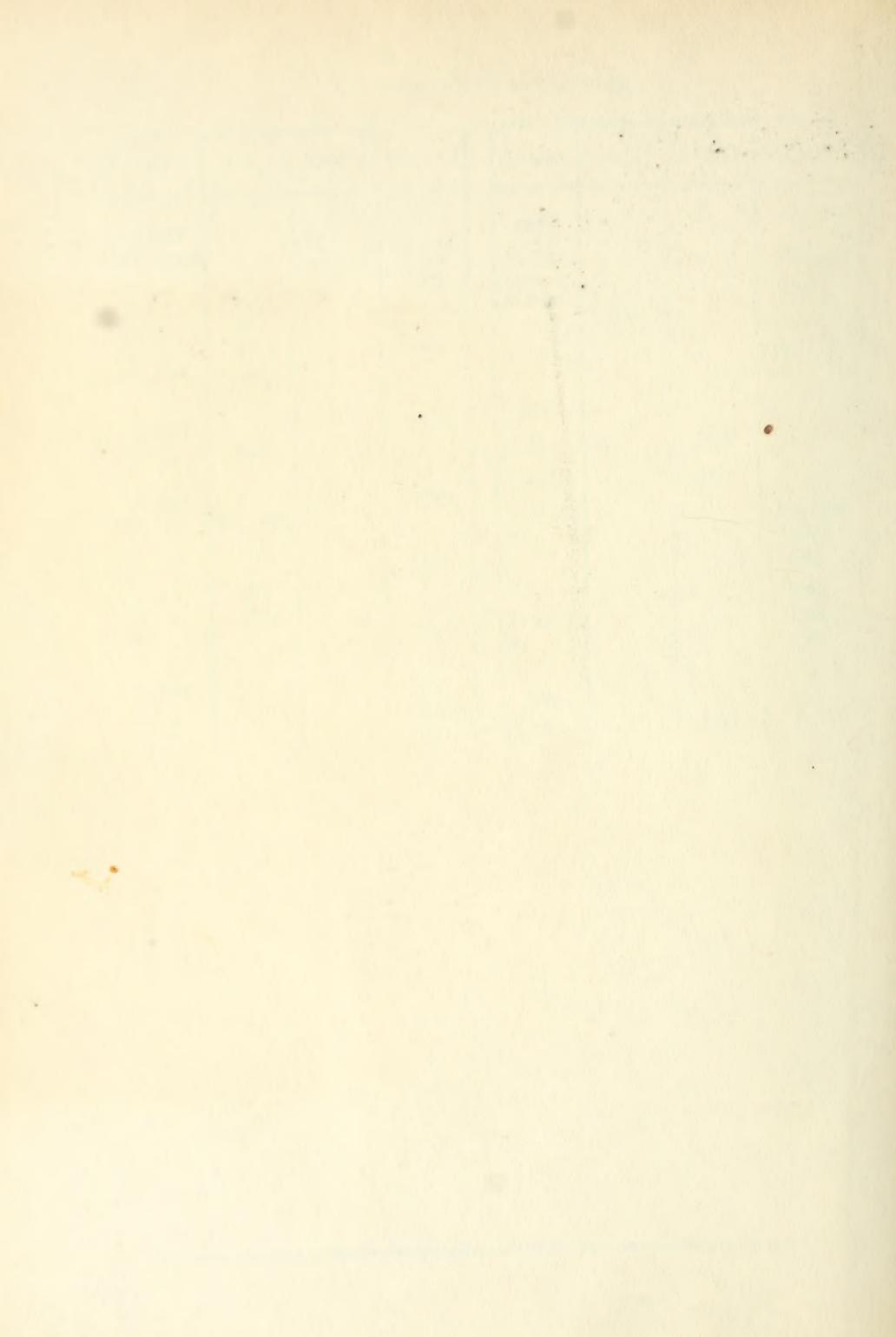
Datum	Band IV	Band V	Band VI	Datum	Band IV	Band V	Band VI
<b>1887</b>				<b>1887</b>			
20. Febr.	858, 859		1251	23. Mai		1080, 1081, 1104, 1105	
21. „		1069		24. „		1038	
23. „	894		1252	25. „		1137	
24. „	896			26. „		1106	
25. „			1253				
28. „	897	1070					
				1. Juni			1213
2. März	808			3. „			1268
5. „	898		1254	6. „		1082, 1083	
6. „	899			8. „			1269
9. „			1212	9. „		1039	
10. „			1255	10. „			1214
11. „	860, 900, 901			12. „		1084, 1085, 1087	
15. „	902			13. „		1040, 1086, 1088, 1107	
17. „	903			14. „		1041	
18. „	904			15. „		1089	
19. „		1071	1256	16. „		1090	1270
23. „	905, 906			17. „		1042, 1091	
26. „	809, 810			18. „		1092, 1108	
				23. „		1093	
14. April		1034, 1072		29. „		1094	
22. „			1257, 1258 1259	30. „		1095	
24. „			1260, 1261	1. Juli		1043	
25. „	811	1073	1262	4. „		1096	
27. „	812		1263	5. „			1271
28. „	813, 814		1264	6. „			1272
29. „	815			8. „	817	1044	
30. „		1074		9. „			1273
				11. „			1274
2. Mai	816			13. „		1097	
4. „		1075		14. „		1138	
8. „		1101		17. „		1139	1275
9. „		1035		20. „		1098	
11. „		1077, 1102	1265	28. „		1099, 1100	
12. „		1076					
15. „		1078, 1103		1. Aug.		1045	
16. „			1266	3. „	907		
18. „		1079	1267	5. „		1046	
19. „		1036		6. „		1047, 1048	
21. „		1037					

Datum	Band IV	Band V	Band VI	Datum	Band IV	Band V	Band VI
<b>1887</b>				<b>1887</b>			
8. Aug.	908			17. Nov.		1128	1152
10. "	909			18. "			1154
12. "	910			19. "		1129—	1155
14. "	911					1132	
15. "		1049		22. "	930, 931		
18. "	912			23. "	933	1133	1156, 1294,
19. "		1050, 1051					(1295)
23. "	913	1052		24. "	932	1134, 1144	1157, 1296
24. "	818			26. "	934		
29. "		1053, 1054	1215	27. "		1135	
				29. "	935		
2. Sept.			1216	30. "	936		1158, 1297
3. "		1055					
4. "	914			1. Dez.	937		1159, 1160,
6. "		1056					1298
13. "	915			2. Dez.		1136, 1145,	
21. "		1117				1146	
24. "	916			4. "			1299,
28. "		1118	1217				(1300)
				5. "	938		
3. Okt.			1291	6. "			1161
9. "		1119		8. "			1162
11. "		1140		9. "	939		
12. "	917	1120		10. "	940	1146	
15. "	921		1292	11. "			1178
19. "		1121		13. "			1301
20. "	918, 921		1218, 1293	14. "		1057, 1146	1166, 1302
21. "	919			15. "			1163, 1164,
24. "	920						1165, 1167,
27. "		1122					1219
				16. "			1179
1. Nov.		1123, 1124		17. "			1168
3. "		1125		18. "			1169, 1180
4. "	921	1126		19. "		1058	1181, 1182
6. "		1141		20. "			1183, 1184
7. "	922		1150	22. "			1185
8. "	923			23. "		1147	
9. "			1151	27. "			1186
10. "	924	1127, 1142		28. "			1303
11. "	925			29. "			1172, 1173
12. "	926, 927						1187
13. "	928			30. "			1170
16. "	929		1153	31. "		1059	1171, 1188

Datum	Band IV	Band V	Band VI	Datum	Band IV	Band V	Band VI
<b>1888</b>				<b>1888</b>			
2. Jan.			1304	12. April			1280, 1337
4. „			1189	14. „			1317
5. „			1174, 1276,	27. „			1338
			1305	28. „			1281, 1339
7. „			1306				
8. „			1190	1. Mai			1282
12. „			1192	3. „			1340
13. „			1220	9. „			(1341)
14. „		1109	1191	10. „			1341
17. „			1193, 1195	20. „			1283
18. „		1110		21. „			1284
19. „			1175, 1194,	28. „			1285
			1196				
21. „		1111		24. Juni			1342
22. „		1112					
23. „			1307	4. Juli			(1343)
24. „			1197	13. „			1344
25. „			1177, 1308	18. „			1286
27. „			1176	22. „			1345
28. „		1113		25. „			1346, 1347
30. „		1114	1309	30. „			1348
31. „		1115					
				2. Aug.			1349
2. Feb.			1310	19. „			1350
3. „		1116		21. „	942		
6. „			1311				
11. „	941			20. Sept.			1351
1. März			1312	5. Okt.			1352
5. „			1278	9. „			1353
15. „			1277	11. „			1354
20. „			1313	19. „			1287
27. „			1314				
31. „			1279, 1328	1. Dez.			1355
2. April			1315				
3. „			1331	<b>1889</b>			
4. „			1330, 1332	11. Jan.	943		
5. „			1329, 1333,	12. „			1221
			1334	16. „	944		
7. „			1335				
8. „			1336	2. März			1318
10. „			1316	7. „			1288

Datum	Band IV	Band V	Band VI	Datum	Band IV	Band V	Band VI
<b>1889</b>				<b>1889</b>			
10. März			1319	30. Juli			1326
16. „			1320	5. Aug.			1327
22. „	945			18. „	955		
27. „	946			15. Okt.			1358, 1359
28. „	947		1321				
29. „	948			<b>1890</b>			
5. April			1322	23. Jan.		1149	
13. „	949			26. Febr.		1148	
4. Juni			1356	3. März			1289, 1360
21. „	950, 951, 952			17. „			(1361), 1362
22. „			1222	25. „			1363
23. „	953			10. April			1364
24. „	954			28. „			1365
30. „			1357				
22. Juli			1323	<b>1894</b>			
23. „			1324	24. Okt.		1143	
27. „			1325				





Author-Schwertfeger, Bernhard

224486

HM.6d.

Title Die diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes, 1871-

S4157d

1914. Vol.2.

DATE

NAME OF BORROWER

University of Toronto  
Library

DO NOT  
REMOVE  
THE  
CARD  
FROM  
THIS  
POCKET

Acme Library Card Pocket  
Under Pat. "Ref. Index File"  
Made by LIBRARY BUREAU

